

## Die Bedingungen der Sozialdemokratie.

N. Berlin, 24. Septbr. (Priv.-Tel.) Alle Fraktionen des Reichstages haben, wie es sich vor dem Zusammentritt des Hauptausschusses von selbst ergibt, gestern Beratungen abgehalten, in denen die aktuellen politischen Fragen besprochen wurden. Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat Beschlüsse nicht gefaßt, aber es herrschte Uebereinstimmung, daß der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung durchaus zu begrüßen sei, und daß eine weitere Verschleppung der preußischen Wahlrechtsreform nicht mehr geduldet werden dürfe. Mit der Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung, die die Sozialdemokratie als eine der Voraussetzungen für ihren Eintritt in die Reichsregierung fordert, ist man in den Kreisen der Fortschrittlichen Volkspartei einverstanden. Auch von sozialdemokratischer Seite liegt ein Beschluß vor. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parliamentsausschuß haben gestern in gemeinsamer Sitzung aber in getrennter Abstimmung mit 55 gegen 10 und mit 25 gegen 11 Stimmen beschlossen, den Eintritt von Sozialdemokraten in eine etwa neu zu bildende Regierung unter folgenden Bedingungen zu billigen:

1) Uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschiedenheit des Reichstags vom 19. Juli 1917, mit der Vereichschaftserklärung, einem Völkerverbund beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Verhandlung aller Streitfälle und der allgemeinen Abrüstung beruht;

2) Vollkommen einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, Wiederherstellung Belgiens, Verständigung über Entschädigung, ebenso Wiederherstellung Serbiens und Montenegros;

3) die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Tarest dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß sein; sofortige Einführung der Zivilverwaltung in allen besetzten Gebieten. Bei Friedensschluß sind die besetzten Länder freizugeben, demokratische Volksvertretungen sind alsbald zu begründen;

4) Autonomie Elsaß-Lothringens für alle deutschen Bundesstaaten allgemeines, gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht. Der preußische Landtag ist aufzulösen, wenn nicht das gleiche Wahlrecht unverzüglich aus den Beratungen des Herrenhausauschusses hervorgeht;

5) Einheitlichkeit der Reichsleitung. Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen, Berufung von Regierungsvertretern aus der Parlamentsmehrheit oder aus Personen, die der Politik der Parlamentsmehrheit entsprechen. Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung; die politischen Veröffentlichungen der Krone und der Militärbehörden sind vor ihrer Veröffentlichung dem Reichskanzler mitzuteilen;

6) Sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt wurde; die Zensur darf nur auf rein militärische Fragen angewandt werden. (Fragen der Kriegsstrategie und Taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial). Einrichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, die aufgrund des Belagerungszustandes verhängt werden, Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen.

Im Anschluß an die Fraktionsitzungen fand gestern Abend noch eine interfraktionelle Besprechung statt, in der die Vertreter der Mehrheitsparteien über das Ergebnis ihrer Fraktionsberatungen berichteten.

## Das österreichische Parlament und die süd-slawische Frage.

Wien, 24. September.

Die heutigen Veröffentlichungen über die geplante Lösung der bosnischen Frage haben im österreichischen Abgeordnetenhaus großes Aufsehen erregt. Nach den Mitteilungen hat es den Anschein, daß sich die österreichische Regierung dem Plane, Bosnien und die Herzegowina, die bisher gemeinsam von beiden Reichshälften verwaltet wurden, unter die Oberhoheit der Stephanskrone zu bringen, keineswegs ablehnend verhalten werde. In österreichischen Abgeordnetentreffen war es bekannt, daß die ungarische Regierung in der letzten Woche in diesem Sinne Verhandlungen eingeleitet hatte. Auch wird heute berichtet, daß Dr. Wekerle vertraulich auch führenden österreichischen Politikern bereits im Januar dieses Jahres von dieser seiner Absicht bezüglich der staatsrechtlichen Stellung Bosniens und der Herzegowina Mitteilung gemacht hat. In deutschen Abgeordnetentreffen ist man der Meinung, daß eine derartige Lösung auf verfassungsmäßigem Wege kaum möglich sei, da sich im österreichischen Reichsrat die erforderliche Mehrheit für eine Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Ungarn nicht finden würde. Aus führenden polnischen Abgeordnetentreffen erfährt man, daß schon vor Monaten von ungarischer Seite der Vorschlag unterbreitet wurde, Bosnien und die Herzegowina Ungarn zu überlassen, wogegen Ungarn seine Unterstützung bei einer Lösung der polnischen Frage in subdualistischer Form in Aussicht stellte, so wie es jetzt eine Art subdualistischer Lösung der staatsrechtlichen Stellung Bosniens und der Herzegowina in Aussicht nimmt. Auf czechischer Seite wird jede einseitige Lösung der süd-slawischen Frage abgelehnt, gleichzeitig aber auch betont, daß unter keinen Umständen eine Lösung die Zustimmung der Czechen finden könnte, die eine Abspaltung eines Teiles der Südslawen zur Folge hätte.

Ein führender deutsch-nationaler Abgeordneter äußerte sich, es sei sehr fraglich, ob die von Ungarn geplante Lösung des süd-slawischen Problems von längerer Dauer sein würde, denn der Wille zur Beteilung aller Südslawen in eine staatliche Einheit ist vornehmlich bei den Slowenen sehr stark. Eine weitere Frage wäre die der an Oesterreich zu leistenden Entschädigungen für die Aufwendungen in den annektierten Provinzen. Von einer Entschädigung territorialer Natur, wie etwa die Angliederung der überwiegend deutschen Komitate Westungarns an Oesterreich, will man ja anscheinend in Ungarn nichts wissen. Die österreichische Kulturarbeit vieler Jahrzehnte in Bosnien und der Herzegowina sowie die großen Opfer an Gut und Blut, welche die Annexion gefordert, endlich die Opfer für die Ausschließung des Landes, jetzt für ein Einsengerecht hinzugeben, geht nicht an. Jedenfalls hat es den Anschein, als ob bei den vielfachen Schwierigkeiten, die allenthalben aufstauen, eine Erledigung dieser Frage nicht leicht zustande kommen könnte, um so mehr, als die Zustimmung der Parlamente nötig ist.

Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Tuzar erklärte, die Czechen seien selbstverständlich dagegen, daß auf der einen Seite das polnische Problem, auf der anderen Seite separat das süd-slawische Problem gelöst werde. Diese Art der Lösung, welche jetzt im Vordergrund zu sehen scheint, haben in czechischen Kreisen sehr verstimmt. Uebrigens könne das süd-slawische Problem nicht ohne Befragung des Reichsrates gelöst werden, schon mit Rücksicht auf Dalmatien, das ja im Reichsrat vertreten ist. Was die künftige Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina betrifft, so habe der österreichische Reichsrat ja ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Es müsse aber daran festgehalten werden, daß, wenn einmal die

Verfassungsfrage in der Monarchie ernstlich aufgerollt wird, das Problem zur Gänze gelöst werden muß. Die Czechen werden in der süd-slawischen Frage die Initiative nicht ergreifen. Sie werden aber mit den Südslawen solidarisch vorgehen, von denen bestimmt zu erwarten ist, daß ihre Abgeordneten im Reichsrat gegen die jetzt aufgetauchten Pläne auftreten werden.

Der Verband der deutsch-nationalen Parteien hat in seiner letzten Sitzung ein Komitee zur Erörterung der süd-slawischen Frage eingesetzt, dem die Abgeordneten Dr. Waldner, Marchl, Reunteufel, Dr. Urban, Pacher und Einspinner angehören. Abgeordneter Doktor Waldner wird heute dieses Komitee zu einer Sitzung einberufen.

## Reise des gemeinsamen Finanzministers nach Bosnien.

Der gemeinsame Finanzminister Dr. Freiherr v. Spitzmüller hat sich in Begleitung des Sektionschefs Dr. Otto Franges v. Mitrovica und des Regierungsekretärs Dr. Ernest Träger heute früh von hier nach Sarajevo begeben.

## Die Schwierigkeiten der von Ungarn vorgeschlagenen Lösung.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Budapest, 24. September.

Graf Stephan Tisza wird, wie hier verlautet, Mittwoch in Wien eintreffen, um dem Monarchen Bericht über die Besprechungen zu erstatten, die er auf seiner Reise im Süden der Monarchie gepflogen hat. Die Eindrücke, die Graf Tisza aus Bosnien und der Herzegowina mitbringt, sind, wie in den hiesigen politischen Kreisen betont wird, für die von Ungarn in Aussicht genommene Lösung der süd-slawischen Frage nicht die günstigsten. Graf Tisza konnte sehen, daß sich die jugoslawische Bewegung auch in den annektierten Provinzen ziemlich tief eingemischt hat. Die Veranstaltung eines Plebiszits, beziehungsweise die Befragung des bosnischen Landtages, würde, wie sich Graf Tisza überzeugen konnte, aller Wahrscheinlichkeit nach kein günstiges Ergebnis für die geplante Lösung haben. Es ist vor allem zu berücksichtigen, daß sich das muslimische Element in Bosnien und der Herzegowina während des Krieges mit den serbischen Parteien so ziemlich verständigt hat. Während bisher immer die Auffassung vorherrschte, daß die Muslimen Bosniens und der Herzegowina ihre Stimmen gegen den Anschluß an Kroatien und für die Angliederung an Ungarn abgeben würden, gewann Graf Tisza während seines Aufenthaltes in Sarajevo den Eindruck, daß ein großer Teil der Muslimen nunmehr mit den Serben gehen würde. Graf Tisza ist überzeugt, daß die jugoslawische Bewegung auch unter den Muslimen etwas an Boden gewonnen hat.

In den maßgebenden ungarischen Kreisen herrscht die Auffassung, die durch die Eindrücke des Grafen Tisza bekräftigt wird, daß in erster Reihe in Kroatien-Slavonien normale Verhältnisse wieder hergestellt werden müssen, ehe man an die endgültige Regelung des süd-slawischen Problems, beziehungsweise der Frage der Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina denken könne und aus diesem Grunde hat auch die ungarische Regierung die Lösung der Banuskrisis in den Vordergrund gestellt. Der neue Banus, der aller Wahrscheinlichkeit nach im Laufe dieser Woche ernannt werden dürfte, soll verschiedene Vollmachten erhalten. Hier verbreitet sich immer mehr die Meinung, daß angesichts der sich mehrenden Schwierigkeiten und Widerstände auf allen Seiten die Frage der Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina in der nächsten Zeit dilatorisch behandelt werden dürfte.

### Ungarn und die südslawische Frage.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 23. September.

Im Klub der Unabhängigkeitspartei, wo sich auch Handelsminister Baron Sztrenyi eingefunden hatte, kam heute die Auffassung zur Geltung, daß die letzten Audienzen des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle die schwebenden Fragen der Klärung nähergebracht haben. Dies gilt vor allem für die Lösung der Banuskrisis, die für die allernächste Zeit erwartet wird. Der Monarch hat die Unterbreitungen des Ministerpräsidenten über die Lösung der Banuskrisis gebilligt und dessen Vorschläge angenommen. Wie hier verlautet, sollen aber die Personalschwierigkeiten noch nicht vollständig überwunden sein.

Was die Regelung des südslawischen Problems betrifft, so weist man in hiesigen politischen Kreisen darauf hin, daß Ministerpräsident Dr. Wekerle seinen Standpunkt, der die Lösung im Rahmen der Länder der ungarischen Krone vorsieht, aufrechterhalten hat. Man glaubt, daß auch Graf Tisza den Standpunkt Dr. Wekerles unterstützen wird. Wie hier erklärt wird, gebe es für die ungarische Regierung nur zwei Möglichkeiten: die Durchsetzung ihres Standpunktes oder die unveränderte Aufrechterhaltung des Statusquo. Eine wie immer geartete dritte Lösung würde auf die einmütige Zurückweisung der Regierung und des Parlaments stoßen. Man weiß, daß es noch zu weiteren Verhandlungen zwischen den maßgebenden Faktoren kommen

wird, aber man erblickt die Grenzen der Lösungsmöglichkeit in den vom Ministerpräsidenten Dr. Wekerle bei den jüngsten Audienzen vertretenen Ansichten. In diesem Sinne mißt man den Verhandlungen und Besprechungen Doktor Wekerles in Wien eine klärende Wirkung bei.

## Die staatsrechtliche Stellung Bosniens und der Herzegowina.

Nach den geltenden Gesetzen.

Wien, 23. September.

Das staatsrechtliche Verhältnis von Bosnien und der Herzegowina ist durch das sogenannte Verwaltungsgesetz vom 22. Februar 1880 (ungarischer Gesetzartikel 6 ex 1880), die a. h. Handschreiben vom 5. Oktober 1908 und die bosnische Verfassung vom 17. Februar 1910 geregelt. Nachdem auf Grund des Artikels 25 des Berliner Vertrages vom 13. Juli 1878 der österreichisch-ungarischen Monarchie das zeitlich unbeschränkte Mandat erteilt worden war, die türkischen Provinzen Bosnien und die Herzegowina zu „besetzen und zu verwalten“, wurde durch das Gesetz vom 22. Februar 1880 die Einflusnahme der beiderseitigen Regierungen „auf die durch das gemeinsame Ministerium zu leitende provisorische Verwaltung Bosniens und der Herzegowina unter verfassungsmäßiger Verantwortung im Geiste der für die gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie bestehenden Gesetze“ normiert. § 5 dieses Gesetzes lautet: Jede Aenderung des bestehenden Verhältnisses dieser Länder zur Monarchie bedarf der übereinstimmenden Genehmigung der Legislativen der beiden Teile der Monarchie. Die ursprünglich dem gemeinsamen Ministerrate, später einer aus Funktionären der gemeinsamen Ministerien und der beiderseitigen Regierungen bestehenden Kommission übertragene Leitung der Verwaltung ging auf Grund der a. h. Entschliessung vom 26. Februar 1879 mit gewissen Ausnahmen auf das gemeinsame Finanzministerium über, welches die Verwaltung namens des gemeinsamen Ministeriums noch heute innehat.

Dieses Verhältnis der Monarchie zu den „okkupierten“ Provinzen dauerte bis zum 5. Oktober 1908. Von diesem Tage datiert eine Reihe von kaiserlichen Handschreiben an die beiderseitigen Ministerpräsidenten und an den Minister des Aeußern, in welchen der Monarch erklärte, die Rechte seiner Souveränität auf Bosnien und die Herzegowina zu erstrecken und die für das kaiserliche und königliche Haus geltende Erbfolgeordnung auch für diese Länder in Wirksamkeit zu setzen sowie ihnen gleichzeitig verfassungsmäßige Einrichtungen zu gewähren. In dem Handschreiben an den Minister des Aeußern wurde erklärt, daß für die Schaffung verfassungsmäßiger Einrichtungen in Bosnien und der Herzegowina die klare und unzweideutige Rechtsstellung der beiden Länder die unerläßliche Voraussetzung bilde. Völkerrechtlich abgeschlossen wurde die Annexion durch die mit der Türkei abgeschlossene Konvention vom 26. Februar 1909, die am 26. April 1909 ratifiziert wurde, jedoch bis heute der parlamentarischen Genehmigung entbehrt.

Zur Herbeiführung der vollständigen staatsrechtlichen Wirkksamkeit der Annexion wurden dann entsprechend dem in den kaiserlichen Handschreiben den beiden Ministerpräsidenten erteilten Auftrage den beiden Parlamenten Gesetzentwürfe unterbreitet, die sich inhaltlich nicht vollkommen decken und bisher gleichfalls von den Parlamenten nicht verabschiedet wurden. In dem österreichischen Entwurfe wurden die kaiserlichen Verfügungen zur „Genehmigung“, in Ungarn zur „Kenntnisnahme“ entsprechend dem § 5 des Gesetzes vom 22. Februar 1880, beziehungsweise des Gesetzartikels 6 vom Jahre 1880, den Parlamenten vorgelegt. In dem ungarischen Entwurfe heißt es außerdem: „Der Reichstag nimmt zur Kenntnis, daß Es. kaiserliche und Apostolische königliche Majestät . . . mit Rücksicht auf jene alten Bande, welche seine ruhmreichen Vorfahren auf dem ungarischen Throne an diese Länder knüpfen, seine Souveränitätsrechte auf diese Länder ausgedehnt hat.“ Es ist in der letzten Zeit wiederholt dargelegt worden, daß aus der politischen Verbindung Ungarns mit Bosnien und der Herzegowina in der vorostmanischen Zeit eine staatsrechtliche Konsequenz für die Gegenwart nicht gezogen werden könne.

In der bosnischen Verfassung vom 17. Februar 1910 wird in der Einleitung erklärt, daß die durch das sogenannte Verwaltungsgesetz festgelegten Grundlagen bis zur verfassungsmäßigen Aenderung dieses Gesetzes ungeschmälert aufrechtbleiben müssen und „daß durch die verfassungsmäßigen Einrichtungen Bosniens und

der Herzegowina in keiner Weise die durch die Gesetze beider Staaten der Monarchie festgestellten Beziehungen Bosniens und der Herzegowina zu diesen Staaten berührt werden können“.

Der Wirkungskreis des kroatisch-slawonischen Landtages ist durch den Ausgleich mit Ungarn sehr eingeeignet. So ist das gesamte Finanzwesen für Ungarn und Kroatien sowohl hinsichtlich der Gesetzgebung als der Verwaltung gemeinsam. Demgemäß gehören die Feststellung des gesamten Steuersystems, die Bewilligung der direkten und indirekten Steuern sowohl hinsichtlich der Steuergattungen als der Steuersätze, die Einführung neuer Steuern, die Prüfung der Schlussrechnungen, die Aufnahme neuer Staatsschulden oder die Konvertierung bereits bestehender Schulden, die Belastung oder der Verkauf von unbeweglichem Staatseigentum, wie überhaupt alle Verfügungen, die sich auf eine allen unter der St. Stephanskrone stehenden Ländern gemeinsame Finanzangelegenheit beziehen, vor den ungarischen Reichstag. Nach § 42 der bosnischen Verfassung erstreckt sich dagegen die Kompetenz des bosnisch-herzegowinischen Landtages auch auf die Einführung neuer Steuern sowie die Erhöhung schon bestehender, auf die Festsetzung von Zuschlägen zu einer bereits bestehenden Steuer, ferner auf die Prüfung und Genehmigung der Rechnungsabschlüsse und der Resultate der vom Landtage genehmigten Budgets, auf die Aufnahme neuer Anleihen und die Konvertierung schon bestehender, auf die Veräußerung und Belastung des Landesvermögens.

Wenn auch Vertreter Bosniens und der Herzegowina in die ungarische Delegation entsendet werden sollten und deren Zahl damit erhöht werden würde, müßte auch die österreichische Delegation vermehrt werden. § 7 des Gesetzes über die gemeinsamen Angelegenheiten besagt: „Die Delegation des Reichsrates zählt 60 Mitglieder, wovon ein Drittel dem Herrenhause und zwei Drittel dem Hause der Abgeordneten entnommen werden.“ Das Gesetz über die gemeinsamen Angelegenheiten ist ausdrücklich als Ergänzung des Staatsgrundgesetzes bezeichnet und zu seiner Aenderung ist mithin eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Im ungarischen Gesetze heißt es: „Die Zahl der Mitglieder der Delegationen wird im Einvernehmen beider Teile festgestellt werden. Diese Zahl darf auf jeder Seite 60 nicht überschreiten.“ Auch dieses Gesetz müßte mithin bei einer Vermehrung der Delegationsmandate abgeändert werden. Im ungarisch-kroatischen Ausgleich wird festgesetzt, daß aus den Abgeordneten Kroatiens - Slawoniens seitens des Abgeordnetenhauses vier, seitens des Oberhauses ein Mitglied in die Delegation gewählt werden.

**Eine Rede des Grafen Tisza in Sarajevo.  
In Erwiderung auf einen Trinkspruch des  
Barons Sarkotic.**

Sarajevo, 23. September.

Bei dem zu Ehren des auf seiner Informationsreise durch die Südländer der Monarchie hier weilenden Grafen Stephan Tisza vom Landeschef Baron Sarkotic im Monat gegebenen Dejeuner dankte der Landeschef in einer Tischrede dem Gaste für seinen Besuch und sprach den Wunsch aus, daß er einen recht tiefen Einblick in alles hier gewinnen möge, und fuhr sodann fort: „Erzählen, bitte ich auch, in die Psyche der einzelnen Menschen zu blicken, denn in ihnen liegt mehr oder weniger der Ausdruck der Volkspsyche und von der Psyche hebt sich der Geist ab, der für das Denken und Fühlen von größtem Einfluß ist. Ich bitte auch, in die Geschichte zu blicken, die man nicht umsonst eine weise Lehrmeisterin nennt. Die Weltmeister der Zukunft, die sich über sie hinwegsehen, dürften Schiffbruch erleiden.“ Der Landeschef wies auf die Verschiedenheit der Volkspsyche in Bosnien und der Herzegowina hin, die bei den Moslims anders als bei den Serben, bei diesen wieder anders als bei den Kroaten ist. Auch ihre Geschichte seit der Einwanderung in diese Länder bis zur Gegenwart ist eine ganz andere. Redner sagte, er wolle daraus keine politischen Schlüsse ziehen, sondern nur als Verwaltungsorgan zeigen, welche Schwierigkeiten sich für die Verwaltung aus dem so verschiedenen Denken und Fühlen der drei Konfessionen ergeben. Bei diesen Verschiedenheiten ist aber allen ein heiliges Gefühl gemeinsam: die Liebe zur heimatischen Scholle. Redner bereite in dem Grafen Tisza den stärksten Repräsentanten der Großmachstellung Oesterreich-Ungarns und glaube, daß er angesichts der Leistungen des bosnisch-herzegowinischen Volkes, die für immer sein Ruhmesblatt bleiben werden, für die Großmachstellung der Monarchie in diesem Kriege viel Sympathie für dieses Volk haben müsse. Der Landeschef dankte zum Schlusse dem Grafen Tisza für alles Wohlwollen, das er während seiner Ministerpräsidentschaft dem Lande erwiesen hatte und brachte ein Hoch auf den Gast aus.

In seiner Erwiderung dankte Graf Stephan Tisza für die warmen Begrüßungsworte und sagte: Er habe einem alten Herzenswunsche entsprochen, um gerade in dieser wichtigen kritischen Zeit einen unmittelbaren persönlichen Einblick in die diesigen Verhältnisse zu erlangen. Er fuhr sodann fort: Die ganze Welt ist im Gären begriffen, und nach meinen Wahnehmungen spielt sich diese Gärung auch in der bosnisch-herzegowinischen Welt ab. Wenn jemand auf der Welt national veranlagt und gesinnt ist, so bin ich es, und jemand, der so warm fühlt für die eigene Nation, muß auch Verständnis haben für die nationalen Gefühle der Angehörigen anderer Nationen. Ich glaube aber, jeder Patriot soll zwei Eigenschaften haben: Ein warmes Herz und einen nüchternen Verstand, ein warmes Herz voll Liebe für seine Nation und einen nüchternen Verstand, der peinlich die Grenzen des Erreichbaren und Möglichen abwägt, das Volk vor gefährlichen Illusionen warnt, und von Bestrebungen zurückhält, die über das Erreichbare hinausgehen und dem eigenen Volke nicht eine bessere schöne Zukunft, sondern Gefahr und Verderben bringen. Das ganze Leben der ungarischen Nation ist nichts anderes als das Ineinlangbringen der nationalen Wünsche mit den Erfordernissen des praktischen Lebens, mit den Grenzen des Erreichbaren. Wir Ungarn haben oft manches von unseren nationalen Idealen opfern müssen, um eben das für unser Volk zu sichern, was erreichbar war, und wenn wir es zu etwas gebracht haben, so ist es in erster Reihe dem Umstande zu verdanken, daß sich große Patrioten gefunden haben, die sich persönlich dafür einsetzten, die Bestrebungen des Volkes in den Grenzen des Erreichbaren zu halten.

Mit warmen Sympathien, die ich für dieses schöne Land und dessen nationale Bestrebungen hege, möchte ich bitten, sich diese patriotische Aufgabe vor Augen halten zu wollen. Wir leben in einer Zeit, wo alles scheinbar ins Schwanken geraten ist, wo die wildesten Pläne zum Vorschein kommen, wo die zielbewußte Aktion unserer ärgsten Feinde darauf losgeht, Uneinigkeit zwischen uns zu streuen und die Monarchie durch innere Zwistigkeiten ins Verderben zu stürzen. Unter solchen Um-

ständen ist es eine heilige Pflicht, daß die Volksführer mehr denn je die erhöhte Verantwortung fühlen, die auf ihnen lastet, alles andere beiseite lassend, mit dem Einsatz ihrer ganzen Person ihr Volk auf den richtigen Pfad führen, der vor gefährlichen und verderbenbringenden Unternehmungen zurückhält.

Redner verwies darauf, wieviel Bosnien der Monarchie zu verdanken hat, die dieses Land aus Verderben und Anarchie gerettet und es segenteicher, friedlicher, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung zugeführt hat, und fuhr fort: Die Monarchie lebt und wird leben, sie wird sich durch alle Phrasen ihrer Feinde und deren ganze journalistische Propaganda nicht aus der Welt schaffen lassen.

Graf Tisza hob sodann die enge Bräderschaft hervor, die sich speziell zwischen den Ungarn und Bosniaken im Felde gebildet hat. Jetzt heißt es im Hinterlande, durch politische Umtriebe unserer Feinde nicht verderben lassen, was in der heiligen Gemeinschaft des vereint geopfertem Blutes da draußen in den Schützengräben unsere Söhne erreicht haben. Wir müssen durch diesen Krieg einander nähergebracht werden und uns nicht beirren lassen durch die Verlockungen, die in der letzten Zeit von den Feinden ausgestreut werden. Wir sind geeint durch das Schicksal und durch die weltgeschichtliche Entwicklung. Wir müssen trachten, einig zu bleiben und einen Weg zu suchen, um unsere nationalen Wünsche und Ideale, soweit es die gegebenen Verhältnisse und Anforderungen der staatlichen Machtstellung gestatten, zu verwirklichen. Wir sind an einem kritischen Wendepunkt angelangt. Es handelt sich darum, ob wir aus dieser Feuersbrunst gestärkt und geeint hervorgehen für alle Zeiten, ob wir einer besseren und schöneren Zukunft entgegengehen können, oder uns irreführen lassen durch die Lobfeinde der Monarchie, die auch Lobfeinde des bosnischen Volkes sind, und ob wir uns von diesen für nicht realisierbare Pläne gewinnen lassen.

Redner erhob sein Glas darauf, daß die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina den richtigen Weg finden möge, der wirklich auf die Höhen der großen Menschheitsideale führt, der es ermöglicht, daß sie im Rahmen einer großen, freien, mächtigen, unabhängigen und von der ganzen Welt geschätzten Großmacht ihr nationales, eigenes Leben frei entwickeln könne und ihre nationalen Ideale im Rahmen der gegebenen Möglichkeit zur Erfüllung bringe.

Die Rede des Grafen Tisza wurde mit lebhaften Ziviltäufel aufgenommen.

## Die staatlichen Aufwendungen Oesterreichs für Bosnien.

Wien, 23. September.

In den Verhandlungen, die über die südslawische Frage gegenwärtig stattfinden, spielt die künftige Stellung Bosniens und der Herzegowina eine besondere Rolle. Ungarn hat den Wunsch, daß Bosnien und die Herzegowina aus der gemeinsamen Verwaltung ausgeschieden und mit dem Gebiete der Stefanskrona vereinigt werden. Eine solche Lösung hätte auch sehr wichtige staatsfinanzielle Auseinandersetzungen zur unbedingten Folge. Oesterreich hat nämlich in den vierzig Jahren, die seit der Okkupation verstrichen sind, sehr bedeutende finanzielle Aufwendungen für Bosnien gemacht. Im jetzigen Kriege wurden gleichfalls große Summen für die Verteidigung dieser beiden Länder ausgelegt, und die Refundierung dieser Beträge würde, wenn die Frage der Ausscheidung Bosniens aus der gemeinsamen Verwaltung aktuell wird, jedenfalls in den Verhandlungen einen breiten Raum einnehmen müssen.

Die Aufwendungen für Bosnien gliedern sich in zwei Gruppen. Die Okkupation, welche im Jahre 1878 auf Grund des vom Berliner Kongreß erteilten Mandates durchgeführt wurde, hatte einen Kostenaufwand zur Folge, der mit 200 Millionen Kronen für beide Staaten der Monarchie angegeben worden war. Dieser Aufwand verteilt sich auf Oesterreich und Ungarn in dem Verhältnis der alten Quote von 70 zu 30 Prozent, welche im Verlaufe der ganzen Entwicklung unverändert beibehalten wurde, da die späteren Erhöhungen der ungarischen Quote dieses Verhältnis unberührt gelassen haben. Auf Oesterreich würde also von den Kosten der Okkupation ein Betrag von 140 Millionen Kronen entfallen. In der späteren Folge war dann das Gesetz vom 22. Februar 1880 maßgebend. § 3 dieses Gesetzes bestimmt, daß die Kosten der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina durch die eigenen Einkünfte dieser Länder gedeckt werden sollen. Insofern dies nicht in vollem Maße erreichbar wäre, sind die Vorlagen über die zu bedeckenden Summen im Einvernehmen mit den Regierungen der beiden Staaten der Monarchie festzustellen, und finanzielle Leistungen für bleibende Investitionen in Bosnien, wie für Eisenbahnen, öffentliche Bauten und ähnliche Ausgaben dürfen nur auf Grund von in beiden Teilen der Monarchie übereinstimmend zustande gekommenen Gesetzen gewährt werden.

In diesem Sinne wurden die Beiträge für die finanzielle Verwaltung Bosniens und der Herzegowina geregelt. In der ganzen Zeit haben diese Länder die Kosten der Verwaltung aus eigenem gedeckt und für die Zwecke der ordentlichen Administration sind Beiträge Oesterreichs oder Ungarns nicht in Anspruch genommen worden. Dagegen wurden in jedem Jahre die Kosten für die Bedürfnisse der in Bosnien und der Herzegowina stehenden Truppen in beiden Staaten der Monarchie als Aufwendungen in Anspruch genommen und in die Budgets des betreffenden Jahres eingestellt. Diese Budgetpost bildet regelmäßig einen Teil der Beitragsleistung zum Aufwande für die gemeinsamen Angelegenheiten und erscheint in den österreichischen sowie in den ungarischen Staatsvoranschlägen nach der Quote. Sie stellt wechselnde Beträge dar, die sich aber im Laufe der Entwicklung mit geringen Schwankungen um gewisse Summen bewegt haben. So finden wir beispielsweise im Jahre 1882 für Oesterreich einen solchen Beitrag von 4,3, für Ungarn von 2,1 Millionen Kronen. Im Jahre 1883 stellte sich die Beitragsleistung höher. Sie betrug nämlich für Oesterreich 6,1, für Ungarn nicht ganz drei Millionen Kronen. Später ermäßigte sich diese Beitragsleistung wieder, so daß sie beispielsweise im Jahre 1884 für Oesterreich 4,9, im Jahre 1885 für Oesterreich 4,3, im Jahre 1890 und 1891 je 2,9 Millionen Kronen ausmachte. Würde man diese alljährlichen Beitragsleistungen Oesterreichs für die in Bosnien stehenden Truppen, Leistungen, welche gemeinlich mit dem Namen Okkupationskredite bezeichnet werden, zusammenfassen, so würde man für diese vierzigjährige Periode zu einem Gesamtaufwande gelangen, der sich für Oesterreich um die Ziffer von rund 150 bis 160 Millionen Kronen bewegen würde. Fügt man diese Ziffer dem Anteile Oesterreichs an den Kosten der Okkupation im Jahre 1878 hinzu, so würde man zu einem gesamten Aufwande von rund 300 Millionen Kronen gelangen.

Endlich wären auch noch die Anteile Oesterreichs an den in Bosnien durchgeführten Investitionen hervorzuheben. Diese Aufwendungen wurden durch Anleihen bestritten, welche von den beiden Staaten der Monarchie garantiert wurden, derart, daß jene Summen, welche durch die eigenen Einnahmen Bosniens nicht gedeckt sind, von beiden Staaten bestritten werden müssen. Diese Anleihen sind die vierprozentige Anleihe vom Jahre 1894 mit 24 Millionen, die zwei viereinhalbprozentigen Eisenbahnanleihen der Jahre 1898 und 1902 mit zusammen 100 Millionen Kronen, weiter die Anleihe zur Amtenablösung von 40 Millionen und die Eisenbahnanleihe des Jahres 1914 mit 60 Millionen Kronen. Insgesamt umfassen diese Staatsschulden Bosniens 184 Millionen Kronen, und der Teil dieser Anleihen, für welchen Oesterreich die Garantie übernommen hat, stellt sich auf 128,8 Millionen Kronen. Die jährlichen Zinsen dieses österreichischen Anteiles berechnen sich mit 5,8 Millionen Kronen. Davon unabhängig wurden als Beiträge Oesterreichs und Ungarns für den Bau der Bahnen in Bosnien, namentlich in den früheren Budgets, alljährlich gewisse Summen eingestellt, die aus den Kosten der gemeinsamen Sebarung bestritten wurden. Im Kriege wurden die militärischen Aufwendungen für die Verteidigung Bosniens und der Herzegowina aus den allgemeinen Kriegskosten bestritten; eine Rechnung ist noch nicht gelegt und der Anteil Bosniens und der Herzegowina an den Gesamtkosten steht noch nicht fest.

Anlässlich der Erwägung, ob nicht Bosnien und die Herzegowina aus der gemeinsamen Verwaltung aus-

geschieden werden, entsteht unter anderen auch die Frage, ob die österreichische Industrie auf die mineralischen Bodenschätze, die sie bisher zum Teile schon verwertet hat, in Zukunft verzichten könnte. Die Produktion Bosniens stellte sich im letzten Friedensjahre folgendermaßen: An Braunkohle wurden 8,4 Millionen Meterzentner gewonnen. Die Förderung an Eisenerzen betrug 2,2 Millionen Meterzentner, an Schwefelkieseln 77.000 Meterzentner, an Manganerzen 47.000 Meterzentner. In den Kriegsjahren hat sich die Erzproduktion bedeutend gehoben, in Eisenerzen und Manganerzen, ferner auch in einigen Metallerzen hat sie sich vervielfacht. Seit einiger Zeit befinden sich die überaus reichen Eisenerzlager bei Prijedor im Abbau und die Erze werden sowohl österreichischen als auch ungarischen Hochofenwerken zugewiesen. Die Manganerzförderung ist für die österreichische Stahlindustrie von besonderer Wichtigkeit. Schon vor dem Kriege hat Oesterreich mehrere 100.000 Meterzentner bosnischer Eisenerze jährlich verhüttet. Die Braunkohlengewinnung Bosniens dürfte in Zukunft von Bedeutung werden, da im Lande noch große, bisher unangebaute Kohlenflöze vorhanden sind. Bei der Wichtigkeit, die nach Beendigung des Krieges insbesondere der österreichischen Eisen- und Stahlerzeugung zukommen wird, und der zu erwartenden Knappheit an Erzen wäre die eventuelle Behinderung des Bezuges bosnischer Erze für die gesamte österreichische Industrie ein schwerer Nachteil.

## Die südslawische Frage.

Drachtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

v Budapest, 25. September.

Ministerpräsident Dr. Wekerle erklärte über die südslawische Frage in der gestrigen Konferenz der Journalisten: „Die südslawische Frage erhält ihre Aktualität durch jene systematischengearbeiteten, deren Zweck die Veränderung des staatsrechtlichen Verbandes ist. Es handelt sich nicht darum, einer nationalen Vereinigung auf alle Fälle in den Weg zu treten, sondern darum, daß gegen die Interessen der ungarischen Nation und der Monarchie eine innerlich so wenig einheitliche Masse, die weder ethnographisch, noch konfessionell, noch kraft ihrer Traditionen oder ihrer Lebensart eine Einheit jemals gebildet hat oder jetzt bildet, zusammengeschnitten werden soll. Es gibt keinen ungarischen Politiker von Bedeutung, der in dieser Hinsicht anderer Meinung wäre. Diesen ungarischen Standpunkt halten wir auch weiterhin noch aufrecht und wir halten es als unser gesetzlich verbürgtes Recht. Andererseits darf man aber nicht dagegen Stellung nehmen, daß auch Oesterreich auf diese Frage Einfluß nimmt. Die ausdrücklichen Verfügungen mehrerer unserer Gesetze geben Oesterreich das Recht, mitzusprechen, so daß es keinem Zweifel unterliegt, daß der gegenwärtige Zustand nur in gemeinsamem Einverständnis abgeändert werden kann.“

Graf Stephan Tisza ist von seiner Reise nach Agram und Sarajewo wieder in die ungarische Hauptstadt zurückgekehrt. Er hat mit südslawischen Politikern aller Richtungen Fühlung genommen, ebenso mit Mohammedanern in Bosnien. Unter diesen Politikern befanden sich einzelne Anhänger einer Angliederung Bosniens an Ungarn (das Projekt, das auch von der ungarischen Regierung verfolgt wird), ferner Vertreter der sogenannten großkroatischen Lösung, darunter der bekannte Politiker Dr. Pilar; endlich wurde dem Grafen Tisza von 23 Anhängern der jugoslawischen Lösung ein Memorandum überreicht. Diese Politiker wünschen die Vereinigung aller serbo-kroatischen Länder. Sie scheinen bei dem Grafen Tisza auf heftigen Widerstand gestoßen zu sein. Der „Beste Lloyd“ berichtet von einer erregten Debatte, worin Graf Tisza die Forderungen des Memorandums aufs entschiedenste zurückwies.

fr Wien, 25. September.

Die ungarischen Pläne bezüglich der südslawischen Frage werden von allen österreichischen Parteien heftig bekämpft. Es tauchte sogar das falsche Gerücht auf, daß Deutsche und Tschechen eine gemeinsame Aktion in dieser Frage geplant hätten. Bisher hatte man geglaubt, daß die südslawische Frage nur im Zusammenhang mit der austro-polnischen Lösung angeschnitten werden solle. Obwohl nun von dieser kaum mehr die Rede ist, verlautete in der letzten Zeit, daß der ungarische Ministerpräsident in der letzten Zeit in mehreren Audienzen und in zahlreichen Besprechungen mit den führenden Staatsmännern der Monarchie die ungarische Lösung der bosnischen Frage forcierte.

Es war weiter erzählt worden, daß der Ministerpräsident Huszarik zuletzt im gemeinsamen Ministerrat den Absichten der ungarischen Regierung den heftigsten Widerstand entgegengesetzt habe. Es wurde daher in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß das bosnische Problem noch nicht spruchreif sei. Nunmehr aber gewinnt man den Eindruck, daß die Verhandlungen bereits sehr weit gediehen sind. Der Widerspruch gegen die ungarische Regierung äußert sich naturgemäß am heftigsten bei den Südslawen und Tschechen, die heute schon den schärfsten Kampf gegen Ungarn ankündigen. Der Vorstand des tschechischen Klubs ist für den nächsten Montag nach Wien einberufen. An dieser Besprechung werden auch die südslawischen Führer und die Altpolen teilnehmen. Aber nicht nur diese Parteien, sondern auch alle übrigen wollen gleich in der ersten Sitzung des Hauses dringliche Anfragen in dieser Angelegenheit einbringen.

Die deutschen Parteien haben einen Ausschuß zur Beratung der südslawischen Frage eingesetzt, der sofort zusammentreten wird. Auf polnischer Seite verhält man sich ziemlich zurückhaltend. Man erklärt jedoch, daß die südslawische Frage programmgemäß nur im Zusammenhang mit der polnischen Frage zu lösen sei. Die österreichische Regierung wird durch den Minister-

präsidenten im Parlament wahrscheinlich schon am ersten Tage ihren Standpunkt in der bosnischen Frage in einer ausführlichen Erklärung bekannt geben. Es verlautet, die österreichische Regierung sei mit dem ungarischen Plane bezüglich Bosniens nicht einverstanden und werde erklären, daß die Angelegenheit noch nicht abgeschlossen sei.

Zum Verständnis der Situation sei daran erinnert, daß es drei Projekte einer Lösung der südslawischen Frage gibt, das eine, sogenannte jugoslawische, wird von den Serben sowie von einem erheblichen Teil der Kroaten und auch von manchen österreichischen Slowenen gefordert. Dieses Projekt würde die Vereinigung von Kroatien und Slawonien, Bosnien und der Herzegowina, Dalmatien, Serbien und Montenegro vorsehen, wozu nach den Wünschen radikaler Politiker auch das ungarische Banat und die slowenischen Länder von Oesterreich kommen sollen. Die zweite Lösungsmöglichkeit ist die sogenannte großkroatische. Sie besteht in der Vereinigung von Kroatien, Slawonien, Bosnien, Herzegowina und Dalmatien, ferner womöglich auch der österreichisch-slowenischen Gebiete. Ihre Anhänger findet man bei der stark durchgesetzten kroatischen Rechtspartei (Frank-Partei), mit der auch einflussreiche bosnische Politiker wie der Erzbischof Stadler von Sarajewo und der oben erwähnte Dr. Pilar gesinnungsverwandt sind. Die dritte Lösung besteht in der Angliederung Dalmatiens an Kroatien und Bosniens an das Königreich Ungarn, aber ohne engeren Zusammenhang mit Kroatien. In diese Lösung treten nur die mohammedanischen Großgrundbesitzer Bosniens ein. Sie will aber das Ziel der ungarischen Regierungspolitik. In Oesterreich nähert man sich jetzt vielfach der großkroatischen Lösung, natürlich ohne Einbeziehung der österreichischen Slowenen; und der Kampf zwischen Budapest und Wien wird sich in der nächsten Zeit hauptsächlich auf diese beiden Lösungsmöglichkeiten beziehen.

**Einschränkung der gestrigen halbamtlichen Mitteilungen über Bosnien.**

Wien, 24. September.

Die „Wiener Politische Rundschau“ erhält von unterrichteter Seite folgende Mitteilung:

„Die in den heutigen Wiener Morgenblättern veröffentlichten Informationen über die Beratungen zur Lösung der südslawischen Frage, vor allem betreffend die künftige staatsrechtliche Gestaltung Bosniens und der Herzegowina, bedürfen noch einer Ergänzung, um gewisse Punkte von Belang ins rechte Licht zu rücken. Vor allem sei festgestellt, daß das Ministerium des Aeußern lediglich den Zweck verfolgte, die Presse zu informieren. Die Veranlassung zu den betreffenden Aeußerungen lag ausschließlich in der Tatsache, daß die Presse des feindlichen Auslandes mit sehr durchsichtiger Tendenz die Nachricht verbreitet, daß Bosnien und die Herzegowina im Königreiche Ungarn aufgehen, das heißt ihre nationale und politische Selbständigkeit verlieren sollen. Deshalb erschien es auch von außenpolitischem Interesse geboten, der falschen Auffassung entgegenzutreten, daß eine Inkorporierung Bosniens und der Herzegowina in Ungarn geplant sei.

In einer Darstellung wird folgende Ansicht vertreten: Da die Autonomie Bosniens und der Herzegowina in manchen Punkten weiter gehe als die Kroatiens und Slavoniens, würden auch die autonomen Gerechtfame Kroatiens entsprechend erweitert werden. Diese Frage ist nicht aktuell. Es sollte lediglich angedeutet werden, daß Kroatien in einem anderen staatsrechtlichen Verhältnis zu Ungarn steht, als es Bosnien haben würde. Wie dies einmal geordnet werden wird, ob es nicht vielleicht zu einer Erweiterung der Autonomie in Kroatien führen wird, das ist eine Zukunftsfrage, die momentan nicht zur Diskussion steht.

Schließlich sei nochmals mit Betonung darauf hingewiesen, daß die gegenwärtigen Besprechungen bisher zu keiner Entscheidung geführt haben, sondern sich in einem Stadium befinden, wo alle maßgebenden Faktoren ihren Standpunkt mit Aussicht auf Erfolg zu vertreten in der Lage sind.“



## Die südslavische Frage und Deutschösterreich.

Die Regelung der südslavischen Frage steht offenbar bevor. Graf Tisza, dem hierbei eine hervorragende persönliche Rolle zugebracht ist, weilt in Serajewo. Dieser Reise Tiszas nach Bosnien kommt eine besondere Bedeutung zu, sie dürfte den Abschluß der Beratungen über die Lösung der südslavischen Frage bilden. Wie diese erfolgen soll, ist derzeit noch nicht bekannt. Es stehen noch Meinung gegen Meinung. Aber aus dem Gewirre unerlosener Pläne haben sich in den letzten Wochen immer bestimmtere Vorschläge herausgeschält. Nun kann wohl als bestimmt hingestellt werden, daß wir es mit einer ungarischen Lösung der südslavischen Frage zu tun haben. Der austropolnischen Lösung, die noch immer vollständig in der Luft hängt, und bis jetzt nur den Wunsch gewisser Kreise bildet, tritt eine ungarisch-südslavische Lösung mit voller Bestimmtheit an die Seite. Von deutschem Standpunkte kann man grundsätzlich gegen diese Form der Lösung der südslavischen Frage keine Einwendung erheben, wenn sich die Lösung nur auf die außerhalb Oesterreichs wohnenden südslavischen Elemente bezieht. Dieser Forderung ist offenbar Rechnung getragen. Von unseren Slovenen wird nicht weiter gesprochen. Die jugoslawische Richtung dürfte nicht zur Geltung kommen. Das müßte Grundsatz für jeden österreichischen und ungarischen Politiker sein, der an die Lösung der Südslavenfragen herantrat. Es bleiben somit die von Serben und Kroaten bewohnten Gebiete Ungarns und Kroatiens, Bosnien und die Herzegowina, und dann Dalmatien übrig. Wenn vordem von einem Südslavengebiete außerhalb Oesterreichs gesprochen wurde, konnte Dalmatien nicht mitinbegriffen sein, da seine tatsächliche jetzige Zugehörigkeit zu Oesterreich an den verbrühten Rechten Ungarns auf das Königreich nichts ändert. Nach einem Plane, der große Fürsprecher zu haben scheint, soll nun Dalmatien mit Kroatischen-Slawonen vereinigt werden, während Bosnien und die Herzegowina als autonomes Land an Ungarn geschlagen wird. An eine wirkliche Einverleibung in dem Sinne, daß man aus Bosnien und der Herzegowina ungarische Komitate schafft, ist nicht gedacht. Es wird die Form gesucht, daß Bosnien und die Herzegowina mit möglichster Selbstverwaltung fortan nicht mehr als sogenannte Reichslande Oesterreichs-Ungarns erscheinen, sondern lediglich von Ungarn aus verwaltet werden.

Wenn man sich heuer ein wenig in Bosnien und der Herzegowina umgesehen hat, könnte man unschwer erkennen, daß dort mit einer derartigen Lösung bereits gerechnet wird. Ungarischerseits sind die Vorarbeiten für eine Angliederung Bosniens und der Herzegowina an das Gebiet der heiligen Stephanskrone schon seit langem in vollem Gange. Oesterreich scheint hierzu stillschweigend seine Zustimmung gegeben zu haben. Grundsätzlich ist vom deutschen österreichischen Standpunkte gegen diese Lösung nichts einzuwenden. Um so mehr müssen wir bedauern, daß auch dieser Anlaß wiederum vorüberzugehen droht, ohne daß andere Fragen mit Ungarn, die in Verbindung mit der Südslavenfrage leicht erledigt werden könnten, bereinigt werden. Wenn Oesterreich sich aller seiner Rechte auf Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina begibt, wenn es von allen seinen wirtschaftlichen Interessen dort zugunsten Ungarns zurücktritt, so könnte doch wohl andererseits auf eine Gegenleistung Ungarns an Oester-

reich gedacht werden. Man hat nun hier offenbar immer auf die austropolnische Frage hingewiesen. Nun waren es aber zunächst ungarische politische Kreise, die der austropolnischen Lösung größten Widerstand entgegensetzten. Sie ist auch aus anderen Gründen mehr als fraglich geworden. Für den deutschösterreichischen Standpunkt kommt lediglich die Absonderung Galiziens in Betracht. Die Einnahme galizianischer Volksvertreter auf die innere österreichische Politik muß beseitigt werden. Als sogenannte Kombination für eine ungarische Lösung der Südslavenfrage kommt also die österreichische Lösung der Polenfrage nicht in Betracht. Da hätte nun ein deutscher Kurs in Oesterreich mit gutem Rechte und gewiß nicht ohne Erfolg einsehen können. Wenn man sich schon um das Schicksal der Südslaven im Bereiche der heiligen Stephanskrone so lebhaft bekümmert, so war man doch gewiß vom deutschösterreichischen Standpunkte berechtigt, sich auch ein klein wenig um das Schicksal der im Bereiche der Stephanskrone lebenden Deutschen zu sorgen.

Wir wollen jetzt zu einem möglichst guten Einvernehmen mit Ungarn kommen. Ein solches liegt im ungarischen und auch im deutschösterreichischen Interesse. Unerledigt dabei war bis jetzt lediglich die Sorge um das Schicksal unserer Volksgenossen jenseits der Leitha. Diese hätte jetzt bereinigt werden können. Es scheint noch nicht zu spät zu sein, wenn auch die für eine Lösung derartiger Fragen notwendige Bearbeitung der öffentlichen Meinung jetzt etwas zu spät einlefen würde. In den westlichen ungarischen Randgebieten gibt es Komitate mit überwiegend deutscher Bevölkerung. Diese Behauptung wird auch durch einen Versuch, nachzuweisen, daß jetzt dort vorwiegend die madjarische Sprache herrscht, nicht umgestoßen. Preßburg, Dedenburg und Steinamanger kann man auch heute noch nicht den deutschen Charakter abprechen.

Eine Abtrennung dieser Gebiete oder wenigstens einzelner Teile derselben an die westlich hiervon liegenden österreichischen deutschen Provinzen Niederösterreich und Steiermark würde die madjarische Vorherrschaft in Ungarn nicht schwächen, dafür aber das Deutschtum in Oesterreich erheblich stärken. Wenn den Ungarn nun an einem deutschen Kurse in Oesterreich im eigenen Interesse gelegen sein muß, so könnten sie auch bei einigermaßen entschlossenem und planmäßigem Vorgehen österreichischer Regierungen zu bestimmen sein, etwas dazu zu tun, daß in Oesterreich die Deutschen ihre Rolle spielen können, die ihnen bei der Schaffung des Ausgleiches zugebracht war und die in Ungarn die Madjaren tatsächlich spielen. Die Ungarn würden sich hierbei außerdem noch die dauernde und verlässliche Unterstützung ihrer politischen Bestrebungen im Gebiete ihres Reiches seitens Deutschösterreichs sichern.

26/IX. 1918

### Ungarn und die südslawische Frage. Mitteilungen von unterrichteter Seite.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 25. September.

Von einer Persönlichkeit, die mit der südslawischen Frage vollkommen vertraut ist, erhält Ihr Korrespondent die folgenden Mitteilungen:

In den hiesigen maßgebenden Kreisen haben die Nachrichten, die aus Wien hier eingetroffen sind, unangenehm überrascht. Dies gilt insbesondere von der Forderung, daß Oesterreich eventuell Anspruch auf drei westungarische Komitate erheben will. Von seiten der Regierung wird erklärt, daß der österreichischen Regierung derartige Tendenzen nicht nur ferne liegen, sondern daß sie die Möglichkeit einer Diskussion solcher Ideen auf das entschiedenste perhorreszieren. Was die Lösung der südslawischen Frage betrifft, so hat Dr. Wekerle ausdrücklich erklärt, daß diese Frage nicht von ungarischer Seite initiiert wurde, daß jedoch das Ministerium in dem Augenblicke, als diese Angelegenheit von anderer Stelle in den Vordergrund gerückt wurde, pflichtgemäß eine Lösungsmodalität in Vorschlag brachte. Dieser Vorschlag der ungarischen Regierung ist, wie es scheint, in Oesterreich von südslawischer Seite zum Teil unrichtig wiedergegeben worden. Es wird nämlich behauptet, daß Ungarn sich Dalmatien angliedern wolle. Ein solcher Gedanke liegt nicht nur der ungarischen Regierung, sondern auch allen ungarischen Parteien fern und er ist auch in den Verhandlungen niemals aufgetaucht, konnte daher auch nicht den Gegenstand der Ablehnung bilden. Es hängt nur von Oesterreich ab, ob es der Abtrennung Dalmatiens zustimmen will.

Was Bosnien und die Herzegowina betrifft, wird hier betont, daß durch eine Angliederung dieser Länder an Kroatien und eventuell durch eine Einverleibung Dalmatiens das serbische Element dem kroatischen gegenüber eine Verstärkung erfahren würde. In Bosnien und der Herzegowina leben zirka 800.000 Mohammedaner, 400.000 Kroaten und 600.000 Serben. Diese Serben Bosniens und der Herzegowina haben dort jetzt schon eine sehr mächtige Stellung und würden, wenn sie durch die Serben in Kroatien-Slawonien, die bekanntlich die führende

Stellung innehaben, verstärkt würden, das ganze Territorium unter serbische Führung bringen.

Graf Tisza hat sich jetzt auf seiner Reise im Süden dahin ausgesprochen, er hege die Befürchtung, daß das südslawische Programm nur ein Deckmantel für die großserbische Bewegung sei. Es müßte demnach, wenn die südslawische Frage gelöst werden soll, verhindert werden, daß diese in serbischem Sinne erfolge. Die sogenannte ungarische Lösung würde nach Ansicht der hiesigen Kreise die Sicherheit bieten, daß in Bosnien und der Herzegowina keine großserbische Politik getrieben werden könnte. Es ist aber irrig, zu glauben, daß man in Ungarn für die Angliederung Bosniens und der Herzegowina besonders begeistert ist. Wenn in Oesterreich die Auffassung herrscht, daß die sogenannte ungarische Lösung für die Monarchie nicht wünschenswert sei, besteht von ungarischer Seite nicht das geringste Hindernis, den Status quo aufrecht zu erhalten. Es wird aber unbedingt eine Veränderung in der kroatischen Regierung eintreten, um dort die staatsstreuen Elemente zu stärken. Dies hält man hier für die erste Voraussetzung zur Lösung des südslawischen Problems.

## Die Besprechungen des Grafen Tisza in Sarajevo.

### Das Memorandum der Serben, Kroaten und Slowenen.

Wien, 26. September.

Wir erhalten aus Sarajevo ein von den Herren Bojislav Sola, Dr. Sunaric, Danilo Dimovic, Dr. Jokic und Dr. Andric gemeinsam verfaßtes Telegramm, in dem es u. a. heißt:

Alle Serben und Kroaten, die Anhänger aller kroatischen und serbischen Parteien, mit Ausnahme der Stadler-Partei, haben durch den gewesenen Landtagspräsidenten Bojislav Sola ein gemeinsames Memorandum dem Grafen Tisza übergeben.

In diesem Memorandum haben wir unsere politischen Ansichten offen und klar dargelegt. Es ist dies das erste Mal, daß in Bosnien und der Herzegowina die Kroaten, Serben und Slowenen (für die Slowenen hat das Memorandum Monsignore Canler gefertigt) ein einheitliches Programm aufgestellt haben. Dieses Programm stellt in erster Reihe fest, daß die Serben, Kroaten und Slowenen ein einheitliches Volk sind.

Wir haben entschieden gegen die direkte Angliederung und ohne Befragen der Volksvertretung geplante Vereinigung mit Ungarn Stellung genommen. Wir haben insbesondere mit viel warmer Sympathie die großen Leiden und Opfer hervorgehoben, welche die ungarische Nation für ihre nationalen und verfassungsmäßigen Rechte dargebracht hat. Wir hoffen, daß die Söhne der ungarischen Nation, mit der wir schon infolge der geographischen Lage im besten und aufrichtigsten Einvernehmen leben sollten, unsere Bestrebungen begreifen werden. Dafür, daß das Einvernehmen und das gegenseitige Verhältnis sich aufrichtig gestalten kann, ist die erste Voraussetzung, daß die Vereinbarung zwei national und staatlich gleichberechtigte und selbständige Nationen schließt. Wir Serben, Kroaten und Slowenen sind heute mit der ungarischen Nation in dieser Beziehung nicht gleichberechtigt.

Das Memorandum hebt dann hervor, daß an ein Zusammenarbeiten der Bevölkerung mit der Verwaltung nur unter folgenden Bedingungen gedacht werden könne: Amnestie aller wegen politischer Delikte Verurteilten; Sicherung der Ernährung; Entschädigung für alle Schäden, welche Unschuldige erlitten haben; Wiederherstellung der Verfassung bei Einberufung des aufgelösten Landtages. Die Ersatzwahlen müßten vollkommen frei sein; die Regierung kann nur solchen Männern übergeben werden, die das Vertrauen des Landtages genießen.

Samstag um 3 Uhr nachmittags hat uns Graf Tisza zur Besprechung dieses Memorandums empfangen. Es waren erschienen die Mitglieder des ehemaligen Landtagspräsidiums Sola, Sunaric und Dimovic, die früheren Abgeordneten Jokic und Zelavic und der Direktor des Franziskanergymnasiums Dr. Jkic. Graf Tisza war erregt. Er hat sofort das Memorandum mit äußerster harten Worten kritisiert und dessen Ton und Inhalt als ungeziemend bezeichnet. Graf Tisza sagte: „Es sind dieselben Töne, die uns aus Prag, Laibach und von der Entente ertönen.“ Er bezeichnete das Selbstbestimmungsrecht der Völker als eine falsche Münze, durch die unsere Gegner Zwiespalt in der Monarchie säen wollen. Hierauf gab Graf Tisza in der schroffsten Form seinem Unwillen über das Memorandum Ausdruck und die Mitglieder der Abordnung verließen ihn sofort, ohne ein Wort zu sagen.

## Die Budapest Besprechungen des Grafen Tisza.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 26. September.

Nach seiner Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Dr. Wekerle begab sich Graf Stephan Tisza in den Klub der Arbeitspartei, wo er mit dem Grafen Rudo Klebelsberg und Eugen Balogh konferierte. Um die Mittagstunde erschien Ministerpräsident Dr. Wekerle im Klub der Arbeitspartei, um mit dem Grafen Tisza zu sprechen, traf ihn jedoch nicht mehr an. Graf Tisza begab sich später in das Ministerpräsidium, wo er mit Dr. Wekerle eine zweite längere Besprechung hatte.

27./IX. 1918

25

### Gerüchte über die geplante Bildung eines Koalitionskabinetts.

Wien, 26. September.

Heute in den Mittagsstunden fanden beim Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek Besprechungen statt, an denen Führer und Mitglieder des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses teilnahmen. Diesen Besprechungen wird in parlamentarischen Kreisen die größte Wichtigkeit beigelegt.

Die Parlamentarier wurden, soweit sie in Wien anwesend waren, einzeln zum Ministerpräsidenten berufen und verblieben beim Kabinettschef in längeren Konferenzen. Beim Ministerpräsidenten waren erschienen vom Herrenhause der Obmann der Verfassungspartei Max Egon Fürst Fürstenberg und der Obmann der Mittelpartei Freiherr v. Czeditz, von den Parteien des Abgeordnetenhauses Präsident Dr. Groß, der Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien Dr. Waldner, für den Tschechischen Verband Vizepräsident Tufar, der Obmann der ukrainischen parlamentarischen Vertretung Dr. Petruszewycz, das Mitglied des Präsidiums des Polenklubs Hofrat Dr. German und als Vertreter des Klubs der deutschen Sozialdemokraten Vizepräsident Seiß.

Die Besprechungen nahmen mehrere Stunden in Anspruch. In den Abendstunden verlautete, daß es sich um Fragen der äußeren und inneren Politik von höchster Bedeutung gehandelt habe.

In diesem Zusammenhange wurde von verlässlicher Seite erzählt, daß die Bildung eines Koalitionskabinetts geplant sei.

Auch an anderen maßgebenden Stellen fanden im Verlaufe des heutigen Tages wichtige Besprechungen der leitenden Staatsmänner statt, die bis in die späten Abendstunden währten.

Für den morgigen Tag sind weitere Konferenzen und Beratungen in Aussicht genommen. Sowohl Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek als auch der Minister des Äußeren Graf Burian werden mit den Führern der Parteien in Fühlung treten.

Genf, 25. September.

Die „Gazette de Lausanne“ schreibt in ihrem Leitartikel vom 21. d.: Die bulgarische Niederlage wird die diplomatische Situation für den König Ferdinand nicht verbessern. Ein Unglück kommt selten allein. Eine neue Gefahr tritt drohend auf. Die sehr einflußreiche „Newyork Times“ führt eine Aktion, um den Präsidenten Wilson zu bestimmen, Bulgarien und der Türkei den Krieg zu erklären, denn, wie die „Newyork Times“ meinen, muß man sich auf der ganzen Linie entscheiden. Der Augenblick wird kommen, wo unsere Verbündeten uns fragen werden: Seid ihr für Serbien, Rumänien und Griechenland oder werdet ihr diese Länder zugunsten der Bulgaren verraten? Das amerikanische Blatt wird vermutlich mit seiner Kampagne Erfolg haben. Es ist leicht möglich, daß König Ferdinand bald einen Gegner mehr haben wird. Dann wird sich beim

König die peinige Sorge verschärfen und bei Herrn Malinow die Wendung zur Entente deutlicher werden.

Auf die Stimme des „Manchester Guardian“ kam keine Antwort, aber der bemerkenswerte „Times“-Artikel an die bulgarische Adresse vom 28. August bleibt aufrecht. Dort hieß es: Die Verbündeten werden die Serben, Griechen und Rumänen zu euren Gunsten nicht verraten. Wenn ihr Frieden haben wollt, müßt ihr Beweise für eure Reue geben.

Hoffen wir, daß diese Wünsche gehört worden sind. Wird die Niederlage in Mazedonien die Bulgaren zu ernstlichen Erwägungen und zur Einkehr in sich selbst bewegen?

**Die südslawische Frage in Oesterreich.**

Unser Wiener Vertreter drahtet uns:

Ich hatte eine Unterredung mit einer hohen österreichischen Persönlichkeit, die mit den Absichten der österreichischen Regierung bei den Verhandlungen Oesterreichs mit Ungarn über die südslawische Frage genau vertraut ist. Der Gewährsmann erklärte, Oesterreich ist auf Wunsch und Initiative Ungarns mit diesem in Verhandlungen zur Lösung der südslawischen Frage eingetreten. Man unterscheidet hier drei Formen, die trialistische, die subdualistische (d. h. Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit einem Großkroatien), endlich die rein dualistische (d. h. Angliederung Bosniens und der Herzegowina direkt an Ungarn). Oesterreich würde gewiß die trialistische Lösung vorziehen, aber welche Lösung immer gewählt wird, so muß es doch eine solche sein, welche die Hauptbeteiligten, nämlich die Südslawen, befriedigt. Die Verhandlungen sind über das Orientierungsstadium noch nicht hinausgekommen. Die Entscheidung ist nach keiner Richtung hin gefallen, könne auch ohne Zustimmung Oesterreichs nicht erfolgen.

## Richtige und falsche Demokratisierung.

Von Prof. Dr. W. J. Vonn, München.

27

Die Ablehnung des österreichischen Friedensvorschlags durch die Alliierten ist nicht ausschließlich aus sachlichen Gründen erfolgt. Stark mitgespielt hat jedenfalls der Gedanke, daß es sich wiederum um eine deutsche Friedensinitiative handle, die immer erfolge, wenn die militärische Sachlage nicht befriedigend erscheine. Wir sind nun einmal in den Ruf der politischen Zweideutigkeit gekommen, ob mit Recht oder mit Unrecht, soll hier nicht untersucht werden. Die Aufgabe der Stunde ist es, diesen Ruf zu beseitigen. Das kann nicht dadurch geschehen, daß Leute, die einen Verständigungsfrieden abgelehnt haben, solange sie optimistisch dachten, jetzt mit lauter Stimme nach einem solchen rufen und die Verantwortung für ihre Sinnesänderung überflüssigerweise der Obersten Heeresleitung zuschieben. Es nützt auch nichts, daß Politiker, die bis jetzt in der Politik nur die Autorität militärischer Stellen gelten lassen wollten, auf einmal für demokratische Gedanken eintreten. Sie setzen uns dadurch nur dem Vorwurf aus, daß wir eine falsche Demokratisierung betrieben und bestellte Arbeit machten, wie es die verschiedenen Friedensoffensiven gewesen seien. Durch ähnliche Zweideutigkeiten ist die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 ihren vollen Erfolg beraubt worden, den sie wohl erreicht hätte, wenn die Parlamentarisierung damals nicht vereitelt worden wäre und Michaelis' Austritten nicht die Unfruchtbarkeit und die Bedeutsamkeit der ganzen Aktion in Frage gestellt hätte.

Es ist daher durchaus möglich, daß heute selbst die weitgehendste Demokratisierung Deutschlands nach außen hin nicht mehr den Erfolg erzielen wird, der früher möglich war. Sie kann ihn auf jeden Fall nur erreichen, wenn sie sich als eine vom deutschen Volk getragene Bewegung vollzieht und nicht als politische Schiebung, die fürs feindliche Ausland berechnet erscheint. Ihr Ergebnis muß eine Regierung sein, die wirklich regiert und sich nicht immer von anderen Faktoren bestärken läßt, daß sie das tut und tun darf. Sie muß nicht nur bona fide parlamentarisch sein und das preussische Wahlrecht ohne Künsteleien durchsetzen, sondern sie muß der Welt zeigen, daß sie die wirkliche Reichsleitung ist und mit der von ihr vertretenen Politik steht und fällt, ganz einerlei, wer sich ihr widersetzt. Ob Graf Hertling diese Regierung bildet oder ein anderer, ist nicht das Entscheidende; entscheidend ist eine Politik, so unabweisbar, daß der Gegner nicht länger die Verhandlungsfähigkeit der Regierung anzweifeln kann. Dazu bedarf es keiner Verfassungsänderung, sondern nur der festen Uebnahme der politischen Geschäfte durch die politische Leitung unter Ausschaltung aller Hemmungen, die etwa noch vorhanden sein mögen. Männer, die nicht den Mut haben, für die eigene politische Erkenntnis einzutreten, sondern die schlechte Gewohnheit besitzen, sich hinter die Autorität der Obersten Heeresleitung zu verziehen, stärken eine solche Regierung nicht, sie laden nur ein überflüssiges Odium auf die Oberste Heeresleitung, deren Aufgaben groß genug sind. Das Vertrauen zu ihr kann man durch ruhige Zuversicht in militärischen Dingen weit besser beweisen als dadurch, daß man bei jeder Aenderung der militärischen Sachlage vor aller Welt einen Wechsel der eigenen politischen Anschauung verkündet und sie für die Zweckmäßigkeit dieses Wechsels als Kronzeugen anführt. Solange man bei rein politischen Erörterungen immer wieder die Oberste Heeresleitung in die Diskussion zieht, erleichtert man dem feindlichen Auslande die Behauptung, die Reichsregierung sei nur ein Strohmann und man muß sich darüber klar sein, daß eine solche Regierung von den Gegnern nicht als verhandlungsfähig betrachtet werden wird, ganz einerlei, wer sie bildet.

Man kann gewiß zweifeln, ob die Demokratisierung, sei sie auch noch so ehrlich, einen Frieden bringt, wie wir ihn wünschen, ob nicht unsere Gegner immer wieder neue Vorwände finden werden. Das ist aber nur für diejenigen, die die Demokratisierung Deutschlands nur als Friedensmanöver, nicht als politischen Zweck betrachten, ein Grund, sich von der Umgestaltung fern zu halten. Wer an die Notwendigkeit der Umgestaltung glaubt, kann das Risiko ruhig auf sich nehmen. Als wir den uneingeschränkten Unterseebootskrieg begannen und damit den Eintritt Amerikas in den Krieg in den Lauf nehmen mußten, sind wir ganz andere Gefahren gelaufen. Wir sollten einmal versuchen, in politischen Dingen den gleichen Mut und die gleiche Verantwortungstreue zu haben wie in militärischen. Dazu muß man, die Dinge ganz und klar machen, nicht bloß das Richtige tun und dann durch die Pressebureauks verbreiten lassen, es bleibe alles beim alten. Man wird uns die Ehrlichkeit unserer Demokratisierung nicht glauben, wenn unsere Außenpolitik dynastische Ziele zu verfolgen scheint, so wenig man an unseren Willen zum Verständigungsfrieden geglaubt hat, als wir der Regelung der Ostfragen die Form des Gewaltfriedens gegeben hatten. Klarheit bei uns kann den Frieden bringen, sie muß es nicht. Unklarheit wird ihn unmöglich machen. Kommt er trotz aller Demokratisierung nicht zustande, so ist das

schlimmste, was geschehen kann, die Neuordnung der Dinge, die längst unvermeidlich ist. Und für die Verteidigung eines derartigen neugeordneten Deutschland wird sich das deutsche Volk mit der gleichen Begeisterung einsetzen, die die Hoffnung auf die kommende neue Zeit im August 1914 ausgelöst hat.

### Rundgebungen der Vaterlands-Partei.

Der Vorstand der Deutschen Vaterlands-Partei sandte dem Kaiser ein Telegramm, in dem es heißt:

Mit den Waffen kommt der Feind nicht an sein Ziel, er rechnet auf unseren inneren Zusammenbruch. Meisterhaft benützt er unsere Erbfehler: Zwietracht und politische Schwäche. Wir fürchten, daß er durch ein nachträgliches scheinbares Eingehen auf das österreichische Friedensangebot in irgendeiner Form seinem unehrlichen Spiel die Krone aufsetzt. Nicht der Frieden ist sein Ziel, sondern unsere Unterjochung.

Diesen Gefahren gegenüber gibt es für das deutsche Volk und seine Regierung nur eine Rettung: geschlossene Einheit im Siegeswillen. Wir bitten Eure Majestät versichert zu sein, daß das deutsche Volk auch heute noch entschlossener Führung auf diesem Wege folgt. Keine Erscheinung dieser Lage, die durch Verführung und Mißleitung hervorgerufen ist, kann diese Tatsache umstoßen. Der Eckstein deutscher Macht ist die Treue zu Kaiser und Reich. Je stärker der Feind daran rüttelt, desto härter wird unser Wille: In Treue fest!

In einem Aufruf der Vaterlands-Partei wird gesagt:

In ernstster Stunde wenden wir uns an unsere Volksgenossen. Die wirkliche Gefahr liegt nicht auf dem Schlachtfeld, sie liegt in der Heimat. Die Schwäche unserer politischen Haltung ermutigt den Feind. Wir gleiten auf schiefer Ebene. Wir räumen ohne Not und ohne Gegenleistung eine politische Stellung nach der anderen, mit der einzigen Wahrung, daß der Feind seine Ansprüche dauernd steigert. Neben aus verantwortlichem und unverantwortlichem Mund mußten unsern Feind mit Genehmigung erfüllen, wovon er schon erreicht hat! Das feindliche Friedensprogramm ist und bleibt die Unterjochung Deutschlands. Die Demokratien der Feinde haben ihre Kriegsdiktatoren erwählt, wir zersplittern unsere Kraft in Mehrheitskämpfen. So siegt der Feind, ehe er uns auch nur von ferne besiegt hat.

Was gilt es heute? Es gilt im Ernst der Stunde die ganze Kraft, den ganzen Willen des deutschen Volkes zusammenzureißen. Einigkeit im Siegeswillen! Einzelschicksale müssen zurücktreten, wo das Volksschicksal zur Entscheidung steht. Die Folgen eines verlorenen Krieges sind für Deutschland und jeden Deutschen furchtbarer als jede Vorstellung.

Wir sagen darum vor allem: Keine Einmischung unserer Feinde in den Ostfrieden! Treue den Bäumen! Volle Kolonial- und Seegeltung! Volle Wiederherstellung ungehinderten Waren- und Rohstoffverkehrs! Das Land unserer Bundesgenossen ebenso unverehrt und gesichert wie unser eigenes! Erleichterung unserer finanziellen Kriegslast!

Fest im Glauben an unsere Kraft! Ungebogen und hart! — das ist unsere Lösung! Frankreich darf uns in seiner tapferen Haltung nicht beschämen. Jeder, dem die Zukunft unseres Volkes am Herzen liegt, möge darum die Zustimmung zu dem Telegramm an unseren Kaiser durch seine Unterschrift bezeugen.

Wir bitten alle, Männer wie Frauen, Listen zur Sammlung von Unterschriften in Umlauf zu setzen und bis zum 1. November an die Deutsche Vaterlands-Partei, Berlin W. 9, Schellingstr. 1, zu senden. Alle durch Aushang dieses Aufrufes kenntlich gemachten Sammelstellen und alle Ortsgruppen der Deutschen Vaterlands-Partei nehmen mündliche und schriftliche Meldungen zur Unterschrift des Telegramms entgegen.

### Die Wirkung in Oesterreich.

Die Aussichten des Koalitionskabinetts.

Wien, 28. September. (Drahtmeldung unseres Wiener Vertreters.) Der Ministerpräsident Juszar hat gestern die Verhandlungen zwecks Bildung des Koalitionskabinetts eröffnet, das auf den breitesten Grundlagen unter der Heranziehung von Sozialdemokraten und aller slawischen Gruppen gebildet werden soll. Die bisherigen Chancen sind nicht günstig. Die Tschechen und die Südslawen verlangen vorher weitgehende rechtliche Änderungen; zumindest müßte, meinen sie, den tschechischen und südslawischen Gebieten die Stellung als Bundesstaaten zugesichert werden. Die deutschen Bürgerlichen Parteien dagegen verlangen Garantien für Festhalten am deutschen Bündnis, was natürlich bei Eintritt der Tschechen und Südslawen in

ein Koalitionskabinet keineswegs selbstverständlich ist. Die Parlamentskreise beurteilen daher das Zustandekommen einer Koalition skeptisch.

Charakteristisch für die Hoffnungen der Tschechen ist, daß sie glauben, es werde ein Koalitionskabinet gegründet werden mit Frhrn. v. Beck oder Grafen Lammasch an der Spitze, in welches auch die Tschechen eintreten würden.

Das würde auch den Wsfall Oesterreichs bedeuten.



## Das Kompromißprogramm der Nationalliberalen.

Als Gegenstück zu den Beschlüssen der Sozialdemokraten hat nun auch die nationalliberale Reichstagsfraktion nach mehrstündigen Beratungen eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Sie lauten:

„Der Ernst der Zeit erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte und den Entschluß, möglichst weite Kreise auf einem gemeinsamen Boden zu vereinigen. Hierfür stellt die nationalliberale Reichstagsfraktion folgende Richtlinien auf:

### 1. Innenpolitik.

1. Eine engere Verbindung zwischen Regierung und Volksvertretung ist herzustellen durch Eintritt weiterer Vertrauensmänner derjenigen Parteien in die Regierung, die bereit sind, die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte mit zu übernehmen. Zu diesem Zweck müssen die Artikel 9 Satz 2 und 21 Abs. 2 der Reichsverfassung aufgehoben werden.

2. Die Einheitlichkeit der Reichsleitung ist dadurch sicherzustellen, daß eine ständige Beteiligung der Staatssekretäre an der Führung der Geschäfte und an der Gesamtpolitik gewährleistet und durch geeignete organische Einrichtungen, insbesondere durch gemeinsame Sitzungen und Beschlüßfassungen, geregelt wird. Auch zwischen der Reichsleitung und den verantwortlichen Militärbehörden muß eine Einheitlichkeit hergestellt werden.

3. Wir verlangen eine den politischen und wirtschaftlichen Anforderungen der Zeit entsprechende durchgreifende Reform des Auswärtigen Amtes und des auswärtigen Dienstes.

4. Wir erwarten eine schnelle Regelung des preussischen Landtagswahlrechts gemäß der Regierungsvorlage.

5. Mit dem Wegfall der Kriegsnotwendigkeiten muß nach kürzester Ubergangszeit die staatliche Zwangswirtschaft ein Ende nehmen.

6. Die Regelung der mit dem Belagerungszustand zusammenhängenden Fragen, insbesondere der Zensur und des Versammlungsrechts, hat durch ein Reichsgesetz zu erfolgen, dessen Vorlegung beim Wiedierzusammentritt des Reichstags wir erwarten.

7. Die Regelung der Staatsform von Elsaß-Lothringen ist eine innerdeutsche Angelegenheit; die Entscheidung ist alsbald zu treffen.

8. In den besetzten Gebieten des Ostens soll die militärische Verwaltung in eine Zivilverwaltung überleitet werden. Die staatlichen Einrichtungen dieser Gebiete sind derart auszubauen, daß allen Kreisen der Bevölkerung die Beteiligung offensteht.

### 2. Außenpolitik.

1. Wir erklären, in Uebereinstimmung mit der Reichsleitung und der obersten Heeresleitung, daß wir einem Frieden mit unseren Feinden auf der Grundlage der Unversehrtheit des Reichsgebiets und der Rückgabe der deutschen Kolonien zustimmen. Die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Belgiens erfordert die Sicherung einer wirklichen Neutralität und die Wahrung des kulturellen und innerpolitischen Selbstbestimmungsrechts des flämischen Volkes.

2. Die durch die Friedensverträge mit Rußland festgestellte Lösung der östlichen Randstaaten von Rußland, die dem Willen ihrer Völker entspricht, bildet die Grundlage für ein wirtschaftliches Zusammenwirken und für die gegenseitige Sicherung dieser Staaten und des Deutschen Reiches. Eine den Wünschen beider Teile entsprechende enge politische, wirtschaftliche und militärische Verbindung des Baltikums und Litauens mit Deutschland ist baldigst durchzuführen. Der Weltfriedensvertrag darf diese Ergebnisse nicht gefährden.

3. Wir treten ein für die tatkräftige Beteiligung Deutschlands an jeder einen dauernden Frieden fördernden zwischenstaatlichen Vereinbarung. Daher begrüßen wir den Gedanken des Völkerbundes, der künftige Kriege durch ständige Schlichtegerichte sowie durch gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen verhüten soll. Jeder Wirtschaftskrieg muß ausgeschlossen sein. Mit einem Völkerbund ist er ebenso unvereinbar wie irgendwelche Beschränkung der Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere.

## Der Wiederzusammentritt des Abgeordneten- hauses.

Wien, 28. September.

Die parlamentarische Situation wird durch die Ereignisse in Bulgarien beeinflusst. Die innerpolitischen Notwendigkeiten sind gegenüber den auswärtigen Ereignissen momentan in den Hintergrund getreten. Die Besprechungen der Parteiführer mit dem Ministerpräsidenten und der deutschen Delegierten mit dem Minister des Aeußern haben bisher nur ein unvollständiges Tatsachenmaterial ergeben. Die Konsequenzen aus diesen Ereignissen für die innere Politik sind noch nicht sichtbar. Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat die Absicht, am Beginn der ersten Sitzung in einer umfangreichen Erklärung, die zum Teile auch im Namen des Ministers des Aeußern Grafen Burian abgegeben wird, die Pläne der Regierung für die Weiterentwicklung der innerpolitischen Situation vorzulegen. Aus den bisherigen Äußerungen des Ministerpräsidenten weiß man nur, daß eine Verfassungsreform geplant ist und daß sich Freiherr v. Hussarek mit dem Gedanken trägt, diese Verfassungsreform mit einem Konzentrationsministerium durchzuführen. Beide Absichten sind nicht neu und wurden auch bereits von den Amtsvorgängern des Freiherrn v. Hussarek vergeblich durchzuführen versucht. Speziell die Idee eines Konzentrationsministeriums wird so ziemlich von allen Parteien abgelehnt. Freiherr v. Hussarek wird sich in seiner Erklärung auch über die bosnisch-herzegowinische Frage äußern. Diesem Passus der Erklärung des Ministerpräsidenten wird mit allgemeinem Interesse entgegengeesehen, da es bekannt ist, daß die österreichische Regierung mit den ungarischen Vorschlägen über Bosnien und die Herzegowina keinesfalls einverstanden ist. Die bevorstehende Erklärung des Ministerpräsidenten wird zweifellos eine große politische Debatte im Abgeordnetenhaus hervorrufen, die mindestens eine Woche in Anspruch nehmen wird.

An die politische Debatte sollen sich programmgemäß die Verhandlungen des Plenums über die Steuervorlagen der Regierung schließen. Der Finanzausschuß ist für Montag einberufen, um den Rest der bisher eingebrachten Steuervorlagen zu erledigen. Bevor das Plenum des Abgeordnetenhauses in die Steuerberatung eintritt, wird Finanzminister Freiherr v. Wimmer dem Hause Auskunft über die weiteren Steuerpläne der Regierung geben. Der Finanzminister hat diese Zusage dem Finanzausschuß gemacht. Der Finanzausschuß hat in seinen letzten Verhandlungen den Standpunkt eingenommen, daß die zur Deckung des laufenden zweimilliardendefizits im Staatshaushalte notwendigen Steuern planmäßig und in einem Zuge gemacht werden müssen. Was dem Abgeordnetenhaus bisher vorliegt, ist nur ein Teil der notwendigen Steuern. Die restlichen Vorlagen sollen erst Ende Oktober oder Anfang November dem Hause zugehen. Zwischen dem Finanzminister und dem Finanzausschuß bestand insofern ein Gegensatz, als der Finanzminister die bisher eingebrachten Steuervorlagen bis längstens Ende Oktober verabschiedet haben will, während der Finanzausschuß und die Parteien vor der Erledigung der bisher eingebrachten Steuervorlagen auch Kenntnis von den weiteren Steuerplänen der Regierung haben wollen. Der Finanzausschuß hat sich bei seinen letzten Verhandlungen für einen Finanzplan ausgesprochen. Es hatte den Anschein, als ob der Finanzminister nicht abgeneigt wäre, diesem Wunsch Rechnung zu tragen. Jedenfalls zeigen die Parteien in der Steuerfrage eine reservierte Haltung, solange die weiteren Absichten der Regierung nicht bekannt sind.

Die Stimmung der Parteien ist momentan mehr denn je von den auswärtigen Ereignissen beeinflusst. Die ersten Nachrichten über die Vorgänge in Bulgarien haben bei den deutschen Parteien Besorgnisse erregt, die jedoch durch die Erklärung des Ministers des Aeußern Grafen Burian an die deutschen Delegierten gemildert wurden. Graf Burian hat ausdrücklich betont, daß die Einhaltung der Bündnispflicht bezüglich Deutschlands für die Monarchie über jeden Zweifel stehe. Mißtrauisch verhalten sich die deutschen Parteien gegenüber den angeblichen Plänen einer Verfassungsreform, die jetzt in Verbindung mit den auswärtigen Ereignissen mit einer gewissen Tendenz verbreitet werden. Sicher ist, daß alle Versuche, eine Verfassungsreform im föderalistischen Sinne durchzuführen, bei den deutschen Parteien die schroffste Ablehnung erfahren müßten. Auf die Tschechen haben die aus Bulgarien kommenden Nachrichten geradezu alarmierend gewirkt. Aus den Äußerungen tschechischer Abgeordneter geht hervor, daß die tschechischen Parteien sich gegenüber allen Vorgängen in Oesterreich als völlig desinteressiert erklären. Die tschechischen Parteien stehen vollkommen abseits. Eine ähnliche Stimmung mach

sich bei den Südslawen geltend, die außerdem noch durch die ungarischen Pläne über Bosnien und die Herzegowina verstimmt sind. Die Polen sind die kühlen Rechner geblieben, die sie bisher waren. Das Präsidium des Polenklubs hat heute mit dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek über die Landespostulate für Galizien verhandelt. Der Polenklub macht seine Haltung bei den Abstimmungen von dem Entgegenkommen der Regierung zu diesen Landespostulaten abhängig. Das Abgeordnetenhaus tritt am Dienstag in einem Augenblick zusammen, in dem sich wichtige weltgeschichtliche Ereignisse vollziehen. Der österreichische Reichsrat steht vor Aufgaben, die für die Zukunft des Staates von entscheidender Bedeutung sind.

### Besprechungen beim Ministerpräsidenten.

Abg. Tenzel hatte heute nachmittag eine längere Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek, bei der die inner- und außenpolitischen Ereignisse, die bevorstehende Tagung des Abgeordnetenhauses und die Auffassungen über die Bildung eines Koalitionskabinetts erörtert wurden.

Gleichfalls nachmittags erschien unter der Führung seines Obmannes Dr. Tertul das Präsidium des Polenklubs beim Ministerpräsidenten um mit ihm über die Landespostulate zu konferieren. Den Besprechungen wohnte auch Minister Ritter v. Salecki bei. Vorher war das Präsidium des Polenklubs zu einer längeren internen Sitzung veranlaßt.

### Partei- und Ausschußberatungen.

Der Verband der deutschnationalen Parteien tritt morgen Sonntag um 10 Uhr vormittags zu einer Vollversammlung zusammen, in der Obmann Professor Doktor Waldner über die Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek und dem Minister des Aeußern Grafen Burian berichtet wird.

Am Montag tagen der Justiz- sowie der Finanzausschuß, am Dienstag beginnen der sozialpolitische, der Ernährungssowie der Flüchtlingsausschuß ihre Beratungen.

Die Obmannkonferenz ist für Montag, 5 Uhr nachmittags, einberufen.

## Die südslawische Frage.

Von Abg. Dr. Otto Steinwender.

Als der Krieg ausbrach, war Polen, das österreichische, das preussische wie das russische, daran gewiß unschuldig; erst aus dem Kriege hat sich die polnische Frage entwickelt, allerdings mit einer Notwendigkeit, die man hätte voraussehen und auf die man sich hätte vorbereiten sollen. Vielleicht war die Voraussicht vorhanden, an Vorbereitung fehlte es gänzlich, so daß wir noch heute vor einer offenen polnischen Frage stehen. In diesem Punkt hat also die Diplomatie vollständig versagt.

Noch übler steht es mit der Staatskunst in der südslawischen Frage. Abgesehen von allem, was vorangegangen ist, drängt sie seit vierzig Jahren zur Entscheidung, und wenn es auch gelänge, ein ganzes Menschenalter in den Sumpf der Vergessenheit unterzutauchen, das weiß zum mindesten jeder, daß die südslawische Frage den Anlaß zum Weltkriege gegeben hat, mögen auch die tieferen Gründe anderswo liegen. Es wäre also von der Staatskunst nicht zu viel verlangt, wenn man erwarten würde, sie sei auf die Lösung dieser Frage vorbereitet. Sie ist es nicht, sie läßt uns ratlos dastehen.

Was bringen nun die Beteiligten für die südslawische Frage, die seit einiger Zeit stürmisch nach Lösung drängt, mit? Leider müssen wir sagen, das deutsche Volk in Oesterreich nicht mehr als die offizielle österreichische Politik. Wir haben uns durchgefressen, ohne ein Ziel ins Auge zu fassen. Der provinziell gewiß sehr leidige, weltpolitisch aber fast bedeutungslose Streit mit den Tschechen ließ uns kaum Zeit, uns um die österreichischen Südslawen zu kümmern; was darüber hinaus lag, Kroatien, Bosnien oder gar Serbien, störte unsere Seelenruhe nicht. Darum wissen wir von diesen Dingen auch herzlich wenig, und jetzt sollen wir reden. Aber was? Und jetzt sollen wir einem Ziele zusteuern, aber wohin?

Dem Rufe nach staatenbildender nationaler Einheit des Südslawentums haben sich auch die Slowenen, oder sagen wir richtiger, haben sich auch führende Politiker der Slowenen angeschlossen. Dieser Forderung gegenüber kann es vom deutschen und vom österreichischen Standpunkt nur eine Antwort geben. Aus nationalen, aus staatlichen und aus wirtschaftlichen Gründen halten wir das slowenische Gebiet fest. Aber auch vom rein slowenischen Standpunkt ist dieser Unionsgedanke abzulehnen. Die Slowenen bilden mit den Kroaten und Serben ebensowenig ein Volk, als die Deutschen mit den Holländern oder Dänen, und der Zug ihrer Volkswirtschaft drängt die Slowenen nach Westen und ans Meer, und an diesem Zuge werden sie festgehalten durch die geographischen Verhältnisse, durch die Linien des Verkehrs und durch eine Vergangenheit von mehr als tausend Jahren, die Slowenen und Deutsche innerhalb historischer Grenzen in Ländern zusammengeschlossen hat, die ihren Bestand nicht den Launen von Regenten oder Obrigkeiten und nicht papierernen Gesetzen verdanken. Innerhalb dieser Länder haben sich die Slowenen günstig entwickelt, und innerhalb dieser Länder ist die Bahn frei, und soll sie noch freier werden für jede Art des Fortschritts.

Natürlich wird über unser Verhältnis zu den Slowenen noch viel zu reden sein, und wir

sind auch jederzeit bereit zu reden und zu verhandeln im Sinne der Gerechtigkeit und zu beiderseitigem Vorteil. Weit schwieriger ist es, von der großen südslawischen Frage nach Ausschluß der österreichischen Slowenen zu sprechen, weil in dieser Beziehung eine übereinstimmende Meinung auf unserer Seite noch nicht besteht. Aber man wird sich leicht überzeugen, daß wir zu keinerlei Forderungen aufsteigen müssen in Interesse Oesterreichs, der Gesamtmonarchie, der Südslawen selbst und des dauernden Friedens. Wir müssen verlangen eine endgültige Ordnung, welche das kroatische Volk befriedigt und dem berechtigten Drange nach nationaler Zusammenfassung und Unabhängigkeit innerhalb der Monarchie entspricht. Diesem Verlangen nach dauernder Ordnung wäre gewiß nicht entsprochen mit einer Zerschlagung des kroatischen Volkskörpers in Teile, die keinen Bestand hätten.

Die zweite Forderung ist die des ungehinderten wirtschaftlichen Zusammenhanges zwischen dem organisierten südslawischen Volkskörper und Oesterreich. Wir müssen in freiem Austausch zwischen Rohstoffen, die der Südosten liefert, und zwischen Industrieerzeugnissen, die er braucht, stehen und dürfen in Einfuhr und Ausfuhr nicht abgesperrt werden vom Südosten. Die österreichische Volkswirtschaft kann den Balkan nicht preisgeben. Dasselbe Recht bliebe natürlich auch Ungarn gewahrt, ein Vorrecht geben und nehmen wir nicht. Dieser unser Standpunkt entspricht vollkommen den Wünschen und den Bedürfnissen der Kroaten in allen Ländern, in die sie gegenwärtig geteilt sind, auf diesem Standpunkt müssen wir uns aber auch mit Ungarn zusammensuchen, denn für Oesterreich wie für Ungarn hängt die politische und wirtschaftliche Zukunft von ihrer Einigkeit ab.

## Der Akt war fertig.

Auf den ersten Blick scheint es einfach unerklärlich, wie die Regierung einen Tag vor dem Zusammentritt des Abgeordnetenhauses und drei Tage, nachdem ihr die Not des Vaterlandes den Gedanken der Konzentration aller Kräfte eingegeben hatte, dazu kommt, die Teilung der böhmischen Landesverwaltungscommission zu verordnen. Ganz abgesehen, ob diese Teilung nützlich ist oder nicht, wird doch nicht bezweifelt werden können, daß die Sache keine Eile hatte und daher, wenn der Anruf zur Sammlung aller Kräfte ernst gemeint sein soll, verschoben hätte werden müssen. Am Donnerstag ladet man die Slaven in ein Konzentrationsministerium ein und am Samstag gibt man eine Vorordnung heraus, von der man weiß, daß sie die Tschechen als eine neue und schwere Kränkung empfinden werden! Man klagt darüber, daß sich die Tschechen zu keinen Verhandlungen bequemen wollen, und tut alles, was geeignet ist, sie in ihrer Verbissenheit zu bestärken! Und darin soll ein Gran Verstand liegen? Doch die Sache wird sich wohl einfach erklären lassen. Es war halt im Ministerrat schon beschlossen, der Akt war bereits hinausgegeben, und daß sich die Weltgeschichte inzwischen rapid geändert hat, wird doch den Aktentlauf nicht zu hemmen vermögen! Und von diesem Hussarek erwarten die Leute wunderwelche Tiefstimmigkeiten zur Verfassungsreform!

Aber wer soll den Schwindel fortan ernst nehmen? Wenn es wahr wäre, daß die Regierung tief durchdrungen ist von der Notwendigkeit und von der Dringlichkeit der Verfassungsreform: wie soll es dann begründet werden, daß just jene Reform unausschießbar geworden sei, da doch das ganze Verhältnis zwischen den Nationen und der Nationen zum Staate auf neue Grundlagen gestellt werden soll? Diese „Teilung“ der Verwaltungscommission ist doch, da es sich ja um s t a a t l i c h e B e a m t e handelt, eine Grundabernheit: von der Regierung eine Gaukelei, bei den Deutschen eine Selbstfopperie. Gibt es denn, in Hinsicht der Ausführung von Gesetzen, n a t i o n a l e Beamte, oder ist es nicht so, daß der k. k. Beamte, wenn er Gesetze handhabt, nur gemäß dem Gesetz zu entscheiden habe? Nur die nationalverbändlerischen Dummköpfe sind fähig, sich eine nationale Selbstverwaltung in der Erscheinung von k. k. Beamten vorzustellen! Dabei läuft als besondere Unverschämtheit mit, jene auf einem absolutistischen Patent beruhende Kommission, die eine Gesetzwidrigkeit durch ihr ganzes Dasein ist, als eine d a u e r n d e Einrichtung anzusehen, die also nicht, was längst hätte geschehen müssen, abzuschaffen ist, vielmehr zu reformieren sei! Wenn die Deutschen nicht die Schmach fühlen, daß das Land, von dem sie ein so beträchtlicher Teil sind, nicht einmal das bescheidene Maß der Selbstverwaltung hat, wie es die sechzig Jahre alten Landesordnungen vorhergesehen haben, sondern durch Beamte, die die Regierung bestellst, verwaltet wird; daß die Tschechen, die demokratisches Gefühl haben, die Schande spüren und die Unpreiung der Regierung, die sich dabei noch erdreißet, von der „autonomen Verwaltung“ zu reden, als eine Beleidigung empfinden werden, konnte wohl vorausgesehen werden. Ueberhaupt der Einfall, die nationale Auseinandersetzung durch die „Ausgestaltung“ des Statuts der Landesverwaltungscommission herbeizuführen! Und Leute, die solche Ansichten haben, können im fünften Jahre des Weltkrieges regieren!

Wir sind dabei überzeugt, daß die „Reform“ die an sich schon sehr minderwertige Verwaltung der Kommission noch schlechter machen wird. Man erwäge nur die Bestimmung über die Landeshaushalt. Jede Abteilung stellt den Voranschlag „hinsichtlich sämtlicher Einnahmen und Ausgaben selbständig fest“ und das Plenum kann ohne Zustimmung der Abteilung gar nichts ändern. Was soll sich nun die Abteilung da Zurückhaltung auferlegen, wenn die wirkliche B e d e u t u n g doch das Land als eine Einheit aufbringen muß? So lange das Land als Einheit ist, ist die Vorstellung, daß es in Teilen verwaltet werden könne, ein Widerspruch; die Teilung ist wirklich nur eine Dekoration. . . . Es ist ja alles nur bedrucktes Papier, was da gemacht wird. So ist zum Leiter der leitender Kreishauptmannschaft der bisherige Leiter der leitenden Kreishauptmannschaft Hofrat Siegl, zum Leiter der leitenden Kreishauptmannschaft Prag-Umgebung der Hofrat Schrom, bisher im Präsidialbüro der Prager Statthaltereilätig, mit der Wirksamkeit vom 1. Jänner 1919 ernannt worden. Das sind nun Hussareks Verfassungsreformer, da das Reich in Trümmer geht!

1./X. 1918

### Die deutsch-bürgerlichen Parteien und die bosnische Frage.

Das zur Beratung der südslawischen Frage eingesetzte Komitee des Verbandes der deutschnationalen Parteien hat zu den von der ungarischen Regierung angestrebten Vorschlägen zur Lösung der südslawischen Frage Stellung genommen. An die Zustimmung der deutschnationalen Parteien zu der von Ungarn beabsichtigten Angliederung Bosniens und der Herzegowina als autonomen Körper an die Länder der Stephanskrone wäre nur dann zu denken, wenn Ungarn entsprechende wirtschaftliche und verkehrspolitische Kompensationen leisten würde, die auch im Ausgleich zum Ausdruck kommen müßten, und wenn von Ungarn eine Rückerstattung des in Bosnien und der Herzegowina investierten österreichischen Kapitals erfolgen würde. Von einer Abtretung Dalmatiens könnte niemals die Rede sein. Eine solche Abtretung wäre nur diskutabel, wenn sie unter ganz bestimmten Bedingungen an Kroatien erfolgen würde.

2./X. 1918

**Erdusabsichten der deutsch-nationalen Abgeordneten.**

Die deutschnationalen Abgeordneten regen an, daß alle deutschen Abgeordneten im Reichsrat mit Rücksicht auf die heutige Stebe des Abg. Stanel den Saal verlassen und sich als ein General-Landtag konstituieren sollen.

mehr, nachdem Vizkanzler v. Bayer die Mehrheitsparteien gebeten hat, von seiner Kandidatur für den Kanzlerposten abzusehen, die Kanzlerkandidatur des Prinzen Max von Baden im Vordergrunde.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, habe der Großherzog von Baden bereits seine Zustimmung zur Uebernahme des Kanzleramtes durch den Prinzen Max gegeben.

**Audienzen des Ministers des Aeußern, des  
Ministerpräsidenten und des Generalstabschefs.**

Wien, 1. Oktober.

Der Kaiser hat sich heute abend von Reichenau nach Baden begeben und hat dort den Chef des Generalstabes Generalobersten Freiherrn v. Arz empfangen.

Der Kaiser fuhr dann nach Wien und empfing in der Hofburg den Minister des Aeußern Grafen Burian und den Ministerpräsidenten Freiherrn v. Saffarek in besonderen Audienzen.

Um 1/12 Uhr nachts traf der Kaiser wieder in Reichenau ein.

3./X. 1918

**Die südslawische Frage.**

In den Beratungen, die gegenwärtig an maßgebenden Stellen gepflogen werden, nimmt die südslawische Frage einen breiten Raum ein, zumal, da sie infolge der jüngsten Balkanvorgänge zu einer Angelegenheit erster Ordnung geworden und in den Brennpunkt der Ereignisse gerückt ist. Die bosnische Reise des Grafen Tizza hat insofern eine Klärung herbeigeführt, als sie die Unmöglichkeit der sogenannten subjunktiven Lösung erwiesen hat. Der Widerstand gegen eine derartige Lösung, die in irgendeiner Form die Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Ungarn brächte, ist in den beiden Ländern so allgemein, daß an diese Ordnung der Dinge nicht zu denken ist. Es kann sich vielmehr nur um eine Zusammenfassung Bosniens und der Herzegowina mit Kroatien und Slavonien sowie Dalmatien handeln, wobei aber jede Benachteiligung Oesterreichs gänzlich ausgeschlossen, vielmehr die vollste Parität Oesterreichs und Ungarns gegenüber dem neuen staatsrechtlichen Gebilde gewährleistet sein müßte. Nur jene Lösung hat Aussicht auf Verwirklichung und auf Bestand, welche die Interessen Oesterreichs und Ungarns gleichmäßig berücksichtigt und keinerlei Preisgabe des Rechtes Oesterreichs bedeutet. Darin sind in Oesterreich alle politischen Kreise eines Sinnes.



3./X. 1918

## Die italienische „Anerkennung“ der Südslaven.

(Von dem Korrespondenten der „Reichspost“)

Venanz, 30. September.

Die von der Agenzia Stefani bekanntgegebene Formel der angeblichen Anerkennung der Südslaven stellt sich, genau betrachtet, als ein richtiges Sophistenstücklein Sonninos dar.

14 Tage hat man es sich in Rom überlegt, bis man die in dreitägigem Ministerrat ausgebrütete Anerkennungsformel der Öffentlichkeit übergab, und wir möchten sehr bezweifeln, ob die Anhänger der italienisch-jugoslavischen Politik in Italien heute befriedigt und entzückt sind. Denn was hätte denn eigentlich anerkannt werden sollen und was ist in Wirklichkeit anerkannt worden? Worum es den südslavischen Irredentisten in Paris und Rom zu tun war, das war, daß man sie selbst als die berufenen Vertreter des von ihnen geplanten südslavischen Einheitsstaates anerkenne, daß neben der staatlichen Organisation, die sie sich aus Serbien, Montenegro und den südslavischen Staaten der Monarchie zusammensammeln wollten, die Gesamtheit ihrer Kriegsziele selbst anerkannt würden, welche nun einmal im Widerspruche mit denen Italiens und der übrigen Unterzeichner des Londoner Abkommens stehen. Denn nur nach dieser Anerkennung, die ja mit einem Verzicht Italiens auf mehr als die Hälfte seiner eigenen Anspruchsgebiete gleichbedeutend ist, sind diese Jugoslawen — worunter wohl gemerkt hier immer nur die paar auf Ententekosten in den westlichen Ententeländern herumvagabundierenden politischen Agitatoren zu verstehen sind — zu einer vollen Mitarbeit bei der Entente bereit. Die Note der italienischen Regierung erkennt aber nichts weiter an, als „daß die Bewegung der südslavischen Völker zur Erlangung der Unabhängigkeit und ihrer Konstituierung in einem freien Staate den Grundsätzen entspricht, für welche die Verbündeten kämpfen.“ Man mag diese Erklärung drehen und wenden wie man will, es wird nichts herauskommen, was auch nur annähernd den Erwartungen jener Südslaven entspricht. Italien, das in jenem Vertrage mit der Londoner und Pariser Regierung für einen selbständigen serbischen Staat und für die fernere Unabhängigkeit Montenegros eintritt und somit seine eigenen Bundesgenossen gegen den jugoslavischen Einheitsstaat festgelegt hat, erkennt auch in dieser jüngsten Erklärung diesen nicht an, denn Sonnino weiß sehr wohl, daß er eine ganz erheblich andere Bedrohung Italiens noch bedeuten würde, als jemals die Nachbarschaft der Oesterreich-Ungarischen Monarchie es gewesen wäre. Als vor drei Jahren die Reste des serbischen Heeres in San Giovanni di Medua lagern nach italienischer Hilfe den Horizont absuchten, da hat Sonnino die von Epidemien täglich aufs neue dezimierten Heerhaufen noch die Fußwanderung bis nach Vlorä machen lassen, damit nur recht viel der Manneskraft des serbischen Volkes liegen blieb und selbst für den Fall eines

Endsieges der Entente und damit Serbiens dieses selbst auf Jahrzehnte hinaus zur Kraftlosigkeit verurteilt würde, während Italien inzwischen einen Vorsprung gewänne, der es vor jeder künftigen slavischen Bedrohung sichern müßte. Dieser Gesichtspunkt ist für Italien immer noch mitbestimmend und wir werden sicherlich in Bälde die Anzeichen dafür feststellen können, die Sonnino auch in Zukunft so wie bisher mit dem Schwalle seiner Rhetorik zu umkleiden bemüht sein wird, um Italiens Selbstlosigkeit in möglichst glänzendem Lichte darzustellen.

Wir begreifen nunmehr vollends das Ergebnis des letzten Ministerrates, das in jener Formel des Abgeordneten Stefani festgelegt ist, und verstehen weshalb die italienische Zensur so hartnäckig jede Besprechung des Ergebnisses jenes Ministerrates insbesondere in den jugoslavistischen Blättern Italiens unterdrückte.

**Ein deutscher Bloß in Oesterreich.**

Drahtbericht unseres Korrespondenten.

Wien, 3. Oktober. Die Bildung eines großen deutschen Bloßs, der alle deutschen Abgeordneten umfassen soll, wird bereits in die Wege geleitet. Heute nachmittag treten die Führer der deutschen nationalen Partei, der christlich-sozialen Vereinigung sowie des deutsch-sozialdemokratischen Klubs und der Wiener freibeitlichen Parteien zu einer Sitzung zusammen, um über die nächsten Schritte zu beraten. An dieser Konferenz beteiligten sich auch Vertreter aller deutschen Gruppen des Herrenhauses. Im Verfassungsausschuß der deutsch-nationalen Parteien, der fast ununterbrochen beisammen war, wurde ein Antrag Deuffel eingebracht, der die Grundlage zur weiteren Verhandlung bildet. Es heißt darin: Die Verbandsovertretung hat sofort um eine Audienz bei der Krone nachzusuchen, in welcher Klarheit darüber zu schaffen ist, ob die Krone auf dem Boden der Erhaltung des österreichischen Einheitsstaates mit Aufrechterhaltung der Kronlandsverfassung steht, oder ob sie die Umbildung Oesterreichs in einen Bundesstaat bzw. Staatenbund anstrebt, und wie weit die Krone die Wilsonsche Formel des Selbstbestimmungsrechts anerkennt. Falls die Krone die Wilsonsche Formel ganz oder teilweise billigt, beauftragt der Verband seinen Obmann Dr. Waldner, sämtliche deutsche Abgeordnete des österreichischen Abgeordnetenhauses zur Bildung einer deutschen Nationalversammlung aufzufordern, deren Aufgabe es ist, die Vornahme der Konstituierung einer nationalen Vertretung der Deutschen Oesterreichs auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker herbeizuführen und zur Beschlußfassung darüber, in welcher Form sich das deutsche Volk mit den andern Nationen Oesterreichs in Zukunft in einem staatlichen Gange zu vereinigen gewillt ist. Im Sinne dieses Antrags werden sich in den nächsten Tagen die Mitglieder der Verfassungskommission des Herrenhauses Graf Czernin, Dr. Baernreiter und Dr. Sieghardt zum Kaiser begeben, um die Meinung der Krone darüber einzuholen, in welcher Weise die Neuerrichtung Oesterreichs vor sich gehen soll. Sie wollen vollständige Klarheit darüber gewinnen, ob die Krone die Föderalisierungspläne annimmt. In diesem Falle werden sie mitteilen, daß sich die Deutschen zu einer nationalen Versammlung konstituieren, um parallel mit den andern Völkern für die nationale und staatliche Selbstbestimmung der Deutschen innerhalb des Rahmens der Monarchie zu wirken.

4. I. 1918

49

## Wichtige Besprechungen ungarischer Parteiführer in Wien.

Budapest, 8. Oktober.

Graf Stefan Tisza, Graf Julius Andrássy und Graf Albert Apponyi trafen heute früh gleichzeitig in Wien ein, wo auch Ministerpräsident Welerle schon vierundzwanzig Stunden früher sich eingefunden hatte. In den Budapester politischen Kreisen wußte man von dem Zweck dieser gleichzeitigen Wiener Reise der ungarischen Parteiführer bloß so viel, daß es sich um wichtige Besprechungen handeln würde. Zeitungsnachrichten, die wissen wollten, daß der König die ungarischen Politiker in Audienz empfangen werde, erweckten in der Öffentlichkeit die Mutmaßung, die Wiener Besprechungen würden dem in jüngster Zeit in der ungarischen Presse häufig ventilierten Gedanken einer Parteikonzentration gelten. Diese Vermutung hat sich aber als irrig erwiesen. Es hat sich in den in Wien gepflogenen Besprechungen um anderes als die zukünftige Gestal-

tung der ungarischen Parteiverhältnisse und um Wichtigeres als alle machtpolitischen Fragen der inneren Politik Ungarns gehandelt. Auch hat eine Audienz der ungarischen Herren beim König weder stattgefunden, noch ist sie überhaupt für diese Gelegenheit geplant gewesen.

Die ungarischen Parteiführer erschienen heute früh zunächst im Ungarischen Palais in der Bankgasse im Empfangssalon des Ministerpräsidenten Welerle, wo sie mit diesem fünf Viertelstunden lang beisammen waren. Dann begaben sie sich zusammen mit dem Ministerpräsidenten ins Ballhaus zum Minister des Aeußern, wo sie mit dem Grafen Burián fast volle zwei Stunden lang konferierten. Diese Besprechungen mit dem Minister des Aeußern haben den eigentlichen Zweck der Wiener Reise der ungarischen Parteiführer gebildet. Die ungarischen Herren waren nach Wien gekommen, um vom Grafen Burián und dem Ministerpräsidenten Welerle über sehr wichtige Fragen der internationalen Politik informiert zu werden und den verantwortlichen Staatsmännern ihre Meinung über diese Fragen mitzuteilen. Graf Burián hatte vor dem Empfang der ungarischen Herren im Laufe des Vormittags in der gleichen Angelegenheit auch österreichische Politiker der beiden Häuser des Reichsrates bei sich gesehen. Der Gedankenaustausch des Ministers des Aeußern mit den ungarischen Parteiführern ergab restlose Übereinstimmung der Anschauungen in der ihnen vorgelegten hochwichtigen Angelegenheit.

Ministerpräsident Welerle und die ungarischen Parteiführer traten mit dem Nachmittagsschnellzuge die Heimreise nach Budapest an. Die Grafen Tisza, Andrássy und Apponyi legten die Fahrt im Salonwagen des Ministerpräsidenten zurück, und selbstverständlich ist während der Reise die Gelegenheit zur Fortsetzung des Gedankenaustausches genützt worden. Bei diesem Anlasse ist auch die Rückwirkung der weltpolitischen Lage, wie sie sich demnächst gestalten dürfte, auf die parteipolitischen Verhältnisse in Ungarn erörtert worden. Von allen Seiten ist die Notwendigkeit erkannt worden, daß die Parteiführer, aber auch ihre Gefolgschaften in der nächsten Zeit unter Zurückstellung aller trennenden Momente in ununterbrochenem Kontakt miteinander stehen müssen, um für die Interessen Ungarns angesichts der bevorstehenden Ereignisse mit vereinter Kraft einstehen zu können.

5./X. 1918

**Deutschböhmisches Forderungen.**

Der Hauptausschuß der deutschböhmisches Vereinigung hielt eine Beratung ab, in der die volle Selbständigkeit Deutschböhmens getarbart wurde, das frei über seine staatliche Zugehörigkeit entscheiden will und an der Gemeinbürgerschaft aller Deutschen in Oesterreich trenn festhält. Der Vorsitzende Abgeordnete Vacher wurde beauftragt, sofort im Einvernehmen mit sämtlichen deutschböhmisches Reichsratsabgeordneten und Herrenhausmitgliedern, dem deutschen Volksrat und dem Verband der deutschen Bezirke und der deutschböhmisches Städtekanzlei die Einsetzung eines ständigen Ausschusses einzuleiten, dem es obliegen wird, das Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmens zur vollen Geltung zu bringen. Zu diesem Zwecke werden die Vertreter der deutschböhmisches Vereinigung unverzüglich mit den beteiligten Kreisen und mit der Regierung sich ins Einvernehmen setzen. Die erste und wichtigste Aufgabe des Ausschusses wird die Sicherstellung der Ernährung und die Versorgung Deutschböhmens mit Kohle und den sonstigen Bedarfsgegenständen bilden.

5./X. 1918

**Deutschösterreich.****Einstimmiger Beschluß der deutschnationalen Parteien.**

Der entschlossene Wille aller Deutschen, sich durch die weltpolitischen Geschehnisse nicht überrennen zu lassen, vielmehr als Schmiede des Schicksals ihres Volkes das alte Oesterreich derart umzugestalten, daß die Deutschen in einem Staate „Deutschösterreich“ ihre Zukunft für alle Zeiten sichern, hat auf das Parlament seine Wirkung nicht verfehlt. Allen-halben wurde erwogen, welche Folgenungen dieser Schritt der Deutschen auf die anderen Nationen ausübe.

Eifrig erörterten dies insbesondere die Tschechen. Sie verhehlten sich nicht, daß der Plan der Deutschen, nunmehr ihrerseits die Verfassungsfrage aufzuwerfen, die tschechischen Politiker vor schwere Entschlüsse stelle. Sollen sie sich zum historischen oder nationalen Staatsrecht bekennen? Sollen sie die großen Vorteile, die ihnen die Deutschen durch einen tschechischen nationalen Staat bieten, zugunsten nebelhafter Zukunftshoffnungen auf den tschechisch-slowakischen Staat aufgeben? Man konnte drei verschiedene Ansichten von tschechischen Abgeordneten hierüber hören. Eine kleine Gruppe ist der Ansicht, man könne über die deutschen Forderungen sprechen. Die Tschechen glauben nur nicht, daß sich eine Provinz Deutschböhmen, die von Reichenberg bis zum südlichsten Böhmerwald reiche, ohne das übrige Böhmen regieren lasse. Wortführer dieser Gruppe sind die Tschechischkriterialen, in deren Namen Abgeordneter Dr. Hruban im Abgeordnetenhaus sprach, doch auch einige Jungtschechen. Die zweite Gruppe wird von einem großen Teil der tschechischen Sozialdemokraten dargestellt. Diese erklären, der tschechische Staat müsse vor allem sich selbst genügen. Darum bedürfte er alle Kohlenbergwerke, auch die von Brüx. Unter wirtschaftspolitischem Titel geht man auf diese Weise auf nationale Eroberungen aus. Der Rest der Tschechen rechnet auf den tschecho-slowakischen Staat, der Böhmen, Mähren, Schlesien — auf das nebenbei auch die Polen Anspruch erheben — und die Slowakei umfassen solle; die Deutschen der Sudetenländer sollen diesem Staat angehören und die Tschechen werden nicht müde, den Sudeten-Deutschen die schönsten Versprechungen für die Zukunft zu machen, wenn sie sich nur zum tschechischen Staat bekehren würden.

Von den jüdislawischen Abgeordneten wollen die Führer augensichtlich bei einem allslawischen Kongress in Laibach. Abg. Spincic er-

klärte vorläufig bloß im Parlament, die Südslawen würden sich durch das deutsche Programm nicht verlocken lassen. Die Polen können sich in Versicherungen, daß ihnen nur ein Allpolen Feil bringen könne, nicht genügen; für sie habe die ganze innerpolitische Frage kein Interesse. Mit lebhafter Sympathie nahmen die Ukrainer den deutschen Plan auf. Sie verlangen das Selbstbestimmungsrecht für die Ukrainer Galiziens und drohen mit allen Mitteln der Gewalt, sich einem Anschluß an ein polnisches Königreich zu widersetzen. Auch die Rumänen erklären, daß sie für die vier Millionen Rumänen in Oesterreich und Ungarn die eigene Staatlichkeit fordern. Sie wollen keine Ausschaltung aus der Monarchie, sind vielmehr überzeugt, daß der neue rumänische Senat die größte Anziehungskraft auf das freie Rumänien ausüben werde.

Bei den deutschen Parteien beschäftigte man sich gestern mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Schaffung des Staates Deutschösterreich. Diesbezüglich ist von entscheidender Bedeutung, daß in der gestrigen Sitzung des Verbandsausschusses der deutschnationalen Parteien einstimmig folgender Beschluß gefaßt wurde: Der Verbandsausschuß erklärt, die allgemeinen Grundsätze der Resolution der deutschen sozialdemokratischen Partei als Grundlage der weiteren Verhandlungen anzunehmen und behält sich vor, zu dieser Resolution weitere Vorschläge zu machen. Einen ähnlichen Beschluß werden in kurzer Zeit die Christlichsozialen fassen. Damit ist die volle Einmütigkeit der Vertreter des deutschen Volkes in Oesterreich hergestellt. Eine kleine Gruppe von deutschnationalen Abgeordneten, geführt vom Abgeordneten Teufel, regte einen Aufruf an das deutsche Volk und eine Konstituante für Oesterreich an. Allein die Deutschnationalen Partei erklärte ein solches Vorgehen angesichts der Verhandlungen mit den Christlichsozialen und deutschen Sozialdemokraten für nicht angezeigt. In Wirklichkeit ist der Zweck dieses Planes durch das gemeinsame Vorgehen sämtlicher deutschen Abgeordneten schon erreicht.

Im übrigen ist der Friedensantrag der Sozialdemokraten, der die Errichtung eines österreichischen Staatenbundes vorsieht, einem 27gliedrigen Ausschuß zugewiesen worden. Die Tschechen und Südslawen werden bei dessen Beratungen bald zeigen müssen, ob es ihnen ausschließlich um das wahre Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes zu tun ist oder um die Unterdrückung der Deutschen in Oesterreich.

## Die nationalen Programme in Oesterreich

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 2. Oktober. (Verspätet eingetroffen.)

Aus dem sozialdemokratischen Friedensantrag (siehe „Vossische Zeitung“ vom 3. Oktober morgens) sind die seinerzeit von der Wiener Zensur gestrichenen Punkte 5 und 6 nachzutragen. Sie lauten:

5. „Oesterreich-Ungarn erklärt sich damit einverstanden, daß die Ostfrage auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker neu geregelt wird, und daß die Friedensverträge von Bukarest und Brest-Litowsk im Sinne der auf einem allgemeinen Staatskongreß, zu dem auch die russische Sowjetrepublik einzuordnen ist, abzuschließenden Vereinbarungen abgeändert werden. Das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen, polnischen, litauischen, lettischen und estnischen Volkes soll unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden. Was besonders Polen betrifft, so erklärt Oesterreich-Ungarn, daß es die staatliche Zukunft des polnischen Volkes nicht einseitig durch Vereinbarungen mit dem Deutschen Reiche regeln will. Es soll vielmehr dem polnischen Volke selbst überlassen werden, durch eine nach Warschau einzuberufende, auf Grund des allgemeinen und gleichen Stimmrechtes zu wählende Versammlung selbst seine staatliche Zukunft zu bestimmen.“

6. „Im Interesse des Friedens hat sich Oesterreich-Ungarn schon im Jahre 1915 bereit erklärt, an Italien territoriale Zugeständnisse zu machen. In seiner Friedensnote vom 1. August 1917 hat der Papst seine Ueberzeugung ausgedrückt, daß der Frieden nur dadurch ermöglicht werden kann, daß Oesterreich-Ungarn und Italien alle territorialen Streitfragen, die zwischen ihnen bestehen, in versöhnlichem Geiste erörtern, indem sie nach Maßgabe der Gerechtigkeit und Billigkeit dem Wunsche der Völker Rechnung tragen und ihre Sonderinteressen dem gesamten Wohl der menschlichen Gesellschaft unterordnen. Dieser Auffassung entsprechend, erklärte sich Oesterreich-Ungarn bereit, über die Lösung der territorialen Streitfrage im Süden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes des italienischen und slowakischen Volkes zu verhandeln.“

Der polnische Antrag (siehe gleichfalls „Vossische Zeitung“ vom 3. Oktober morgens) lautet in seinem zweiten Teil wörtlich: „Von diesem Grundsatze geleitet (Über Schiedsgericht, Völkerfrieden usw.), erklären wir Vertreter des polnischen Volkes in Oesterreich: Wir erachten die Teilung Polens als einen an dem polnischen Volk verübten Gewaltakt. Wir verlangen die Wiederherstellung des aus dem gegenwärtigen und aus sämtlichen polnischen Teilen zusammengesetzten polnischen Staates, mit eigenen Meeresküsten und besonders den vorwiegend von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebieten Westschlesiens.“

2. Wir verwahren uns dagegen, daß die polnische Frage als eine innerpolitische Angelegenheit einer der Teilungsmächte betrachtet und behandelt wird. Wir verwerfen jede einseitige Lösung der polnischen Frage und verlangen die Teilnahme der Vertreter des polnischen Volkes an dem Weltfriedenskongreß, welcher die polnische Frage zu lösen hat.

3. Unserer Freiheit zustrebend, frei von jeder Absicht, über ein anderes Volk zu herrschen, unterstützen wir das Bestreben eines jeden Volkes zur Erreichung seiner völligen Unabhängigkeit.“

Der Abgeordnete Dfner brachte einen Antrag ein, welcher lautete: „Die k. u. k. Regierung wird aufgefordert, den k. u. k. Minister des Aeußeren zu veranlassen, er möge Vertreter des österreichischen und des ungarischen Abgeordnetenhauses ehestens einberufen, um hierbei gemeinsam die Friedensbedingungen zu beraten und insbesondere die 14 Punkte der Note Wilsons auf ihre Erfüllbarkeit einer eingehenden Beratung zu unterziehen.“

6./X. 1918

### Für die volle Selbständigkeit Deutschböhmens.

Der Hauptausschuß der Deutschböhmisches Vereinigung hielt heute vormittags unter Vorsitz des Abgeordneten Pachner eine Beratung ab, in der folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

1. Die Deutschböhmisches Vereinigung im Abgeordnetenhaus fordert im Sinne ihrer von ganz Deutschböhmen gebilligten feierlichen Kundgebung vom 22. Jänner l. J. bei der Neuordnung der Verhältnisse in Oesterreich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die volle Selbständigkeit Deutschböhmens, das frei über seine staatliche Zugehörigkeit entscheiden will und an der Gemeinbürgerschaft aller Deutschen in Oesterreich treu festhält.

2. Der Vorsitzende wird beauftragt, sofort im Einvernehmen mit sämtlichen deutschböhmisches Reichsratsabgeordneten ohne Unterschied der Partei den deutschböhmisches Herrenhausmitgliedern, dem Deutschen Volksrat für Böhmen, dem Verband der deutschen Bezirke Böhmens und der deutschböhmisches Stadtkanzlei die Einsetzung eines ständigen Ausschusses einzuleiten, dem es obliegen wird, das Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmens zur vollen Geltung zu bringen. Zu diesem Zweck werden die Vertreter der Deutschböhmisches Vereinigung unverzüglich mit den beteiligten Kreisen und mit der Regierung sich ins Einvernehmen setzen. Die erste und wichtigste Aufgabe des Ausschusses wird die Sicherstellung der Ernährung und die Versorgung Deutschböhmens mit Kohle und den sonstigen Bedarfsgegenständen bilden.

6./X. 1918

## Deutschösterreichs Selbstbestimmungsrecht.

Die Grundzüge der Deutschen sozialdemokratischen Partei des österreichischen Abgeordnetenhauses über das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Oesterreich sind vom Verbandsausschusse der deutschnationalen Parteien als Grundlage der weiteren Verhandlungen angenommen worden. Es wird also unter Zugrundelegung der von den Sozialdemokraten aufgestellten, von uns gestern mitgeteilten Sätze über die Neuordnung der Dinge in Oesterreich unter den Deutschen beraten werden. An diesen Beratungen werden die Vertreter aller deutschen Parteien teilnehmen. Das ist ein Ereignis von großer politischer Bedeutung. Daß es gelungen ist, eine Plattform für eine gemeinsame Beratung zu schaffen, ist von bester Vorbedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge. Dabei braucht man sich überschwinglichen Hoffnungen nicht hinzugeben. Es wäre im Gegenteil ein arger Fehler, wenn man an den Beschluß der deutschnationalen Parteien Erwartungen knüpfen wollte, die über den Rahmen des Ge-

wollten hinausgehen. Es handelt sich darum, dem von den slavischen Völkern Oesterreichs verkündeten und bereits mit aller Entschiedenheit vertretenen Selbstbestimmungsrechte. das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Oesterreich entgegenzusetzen. Solches zu tun war hoch an der Zeit. Es kann den bürgerlichen Parteien der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie unhaltbaren Zuständen zuliebe an Formeln und Plänen festhielten, die vielleicht — aber eben auch nur vielleicht — im Interesse des Staates gelten möchten, mit den Interessen des deutschen Volkes aber nichts gemein hatten. Das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Oesterreich ist die Rückkehr auf den einzig richtigen Standpunkt, der den Vertretern eines Volkes vorschreibt, zunächst wahrzunehmen, was dem eigenen Volke nützt und wohnt und dann erst sich um die Interessen anderer zu sorgen.

Im Übrigen ist ja diesem Selbstbestimmungsrechte der Deutschen in Oesterreich durch die Forderungen der Deutschen vorgearbeitet. Was jetzt in Böhmen durch Regierungsmaßnahmen verfügt wird, ist schon gute Vorarbeit für das, was durch die Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes verwirklicht werden soll. Den unerlösten Plänen der Tschechen auf Errichtung ihres selbständigen Reiches kann zudem nur dann wirkungsvoll entgegengetreten werden, wenn man das Selbstbestimmungsrecht, das sie wollen, in gleichem Maße — aber eben nur in völligem Rahmen — unter Verwertung aller historisch geographischen Landarten auch für die Deutschen fordert. Es wird sich zunächst bei der Beratung der sozialdemokratischen Grundzüge darum handeln, sie im einzelnen festzulegen, genauer zu umschreiben. Es wird dann den Tschechen wohl nicht mehr so leicht wie bis jetzt fallen, ein Selbstbestimmungsrecht zu fordern und gleichzeitig das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu konfiszieren. Es wird damit zugleich vor aller Welt die volle Verlegenheit tschechischer Politik aufgedeckt und bewiesen, daß nicht jene, die am lautesten und unverschämtesten über Vergewaltigung und Unterdrückung schreien, auch wirklich ein Recht dazu haben, sich zurückgesetzt zu fühlen.

Zunächst also reinliche Scheidung der Nationalitäten in Oesterreich unter Zugrundelegung ihrer wirklichen Rechtsansprüche auf Land und Leute. Nach der Scheidung die Frage des Zusammenlebens der einzelnen Volkstämme. Wie dieses Miteinander oder Zusammenleben sich gestalten soll, ist keine Hauptfrage mehr, vom nationalen Standpunkte genommen, das ist eine Sorge anderer, die in der Hauptsache auch diesen überlassen werden kann. Es wäre ein arger Fehler deutscher Politik, wenn man nach der Gewinnung des vollen Selbstbestimmungsrechtes für Deutschösterreich, nach Anerkennung slavischer Nationalstaaten neben diesem Deutschösterreich zu Zwangsmitteln greifen wollte, um die eben reinlich Geschiedenen auch dann wieder zusammenzufassen, wenn einzelne Teile nicht wollen. Ist die nationale Seite der Frage einmal gelöst, dann werden wirtschaftliche Sorgen selbst wirksamer als politische Programme und dynastische Interessen ein Zusammengehen verlangen. Es darf nur erst einmal die Probe gemacht werden. Ein tschechisches Reich, das nur die Tschechen umfaßt, in das nicht Millionen Deutscher eingeschlossen werden, um von einer slavischen Mehrheit aufgezogen zu werden, ein völlig auf sich selbst gestelltes tschechisches Volk wird gar bald mit der so gewonnenen Selbständigkeit nichts anzufangen wissen, und sich selbst um einen Anschluß bemühen. Ganz anders ist die Stellung der Deutschen aber dann, wenn — und das ist zweifellos zu erwarten — die Tschechen kommen müssen, als wenn sie im Gefühle oder in der Einbildung leben, wider ihren Willen festgehalten worden zu sein.



## Deutschösterreichs Erwachen.

Von Reichsratsabgeordneten August Deutl.

Seit den Tagen Maria Theresias und Kaiser Josephs war das deutsche Element in Oesterreich mit seiner Kultur das herrschende und identifizierte sich mit der strammen zentralen Regierung. Diese historische Tatsache ist schon seit dem 67er Ausgleich mit Ungarn vielfach durchlöchert worden. In der langen Zeit der Aera Laaffe, dann später, als slawische Parlamentarier in die verschiedenen Ministerien einzogen, begann eine Slawisierung der Zentralbehörden. Die Verhältnisse gestalteten sich derart, daß von einer Herrschaft der Deutschen in Oesterreich seit vielleicht dreißig Jahren nicht mehr die Rede sein konnte. Die Deutschen in Oesterreich waren so in den Hintergrund gedrängt worden, daß sie keineswegs als das führende oder regierende Volk angesehen werden konnten. Trotzdem hatten sie noch immer das Bestreben, den österreichischen Staat zu stützen, zu fördern, zu erhalten und bildeten aus diesem Grunde, wenn auch sehr häufig mit Widerwillen, die getreue Regierungsgruppe. Damit hatten sie aber auch das Odium auf sich zu nehmen, daß alle Anwürfe, die gegen die Regierung gerichtet werden konnten, sich stets auch gegen sie lehrten.

So lange man die Deutschen in Oesterreich mit der Regierung in einen Topf warf, waren sie in einer unerquicklichen Situation, die sich kaum mehr länger ertragen ließ; aus diesem Grunde waren bereits wiederholt Versuche gemacht worden, einen deutschen Block zu schmieden, eine Vereinigung aller deutschen Abgeordneten zustandezubringen, die sich ausschließlich auf den Schutz der nationalen Interessen beschränken sollte. In den Kreisen der deutschen Abgeordneten gab es aber noch immer einige, die den Glauben hegten, die Vorherrschaft der Deutschen wiederherstellen zu können, und diese verhinderten die wiederholt gemachten Versuche, einen Zusammenschluß aller deutschen Parteien zu einem nationalen Ganzen herbeizuführen.

Der Plan dieser Männer erlitt mit dem Rücktritt Seidlers Schiffbruch. Nunmehr war die Möglichkeit vorhanden, daß jene deutschen Elemente im Nationalverband, die schon längst ein Zusammengehen mit den deutschen Sozialdemokraten und den Christlichsozialen vorschlugen, den nötigen Einfluß erhielten, um dieser Idee zum Durchbruch zu verhelfen. Der Gedanke einer einheitlichen Zusammenfassung aller deutschen Volksvertreter ist eine Naturnotwendigkeit geworden. Dieser Zusammenschluß und die Bildung einer einheitlichen nationalen Gruppe sämtlicher deutscher Abgeordneten ist berechtigt und berufen, auf die innerpolitische Neuordnung in Oesterreich entscheidenden Einfluß zu nehmen.

Im Sinne der Wilsonschen Friedensformel sind wir bereit, die Neuordnung Oesterreichs nach der Formel des Selbstbestimmungsrechtes der Völker derart vorzunehmen, daß jede Nationalität ihre volle Autonomie und Selbstständigkeit finden möge. Die Zeit drängt Stunde um Stunde ergeben sich neue politische

Gestaltungen. Es wird mit Hochdruck gearbeitet und es ist möglich, falls der Waffenstillstand eintritt, daß in der Zwischenzeit bis zu den Friedensverhandlungen auch die Neuordnung Oesterreichs im Wege gütlicher Verhandlungen greifbare Formen annimmt. Die Umwandlung des Staates wird aus dem zentralistisch regierten zweifellos in einen föderativen Bundesstaat vor sich gehen, in welchem jede Nation ihre nationalen, politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten vollständig selbständig zu ordnen berechtigt sein soll. Und ebenso auch die Deutschen in einem Staate Deutschösterreich, der alle deutschen Gebiete zu umfassen hat.

Darmit werden wir Deutsche in Oesterreich gute Borarbeit für die Friedensverhandlungen geleistet haben. Nachdem die leitenden Staatsmänner Oesterreichs und Deutschlands sich zur Annahme der Wilsonschen Friedenspunkte erklärt, so besteht die Hoffnung, daß durch die angebahnte Umwandlung des Staates die Herbeiführung eines endgültigen Friedens erleichtert wird.

## Wiener Erläuterungen.

Meldung des Wiener I. I. Telegr.-Korr.-Büros.

Wien, 6. Oktober.

Die Blätter erhalten aus unterrichteten Kreisen folgende erläuternde Mitteilungen über den Friedensschritt:

Es ist zunächst hervorzuheben, daß dieser Schritt Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und der Türkei nicht als Entschluß aufzufassen ist, der plötzlich unter dem Eindruck der militärischen Ereignisse zustande gekommen wäre. Den Ausgangspunkt der Friedenspolitik bildet die Note vom Dezember 1916. Der damalige Schritt hatte noch einen sehr unbestimmten Charakter. Die Bedingungen waren nicht genau umschrieben und nur in großen Zügen angedeutet. Im Laufe der Entwicklung ist es nun zu einer Kristallisierung der Bedingungen gekommen. Im Laufe der Monate Februar, März, April kamen Worte über einen allgemeinen gerechten Frieden, über einen Frieden ohne Annexionen und Kompensationen im Umlauf; in weiterer Folge wurde der Gedanke über die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes, die Herabsetzung der Rüstungen erörtert, weiter als notwendiger Grundsatz der Gedanke von der Freiheit der Meere proklamiert, sowie schließlich der Grundsatz aufgestellt, daß ein Wirtschaftskrieg und wirtschaftliche Vergewaltigungen nach dem Kriege verhindert werden müßten.

Aus diesen Leitfäden ist das ganze gegenwärtige Friedensprogramm entstanden. Alle diese Punkte wurden auch, wie erinnerlich, in Unterredungen und Reden vom Grafen Czernin als eine geeignete Grundlage für die Friedensverhandlungen angenommen. Diese Punkte fanden schließlich auch die Zustimmung des Deutschen Reichstages, so daß die Einheitlichkeit der Auffassung der Verbündeten hierdurch zum Ausdruck kam. Es folgte sodann die Friedensnote des Papstes, deren Vorschläge und Grundgedanken von uns als annehmbare Grundlage angenommen wurden. Die Entente freilich hat die Note des Papstes nicht beantwortet, nur Präsident Wilson hat in seiner Note vom 8. Januar 1918 in seinen 14 Punkten Vorschläge gemacht und Grundzüge proklamiert, die im wesentlichen mit dem Programm der Mittelmächte übereinstimmen. Graf Czernin und Graf Hertling haben die Vorschläge Wilsons im großen und ganzen, abgesehen von einer Reserve bezüglich gewisser Punkte, als geeignete Friedensgrundlage bezeichnet. In ähnlichem Sinne haben die Delegationen und der Deutsche Reichstag hierzu Stellung genommen.

Es ist festzustellen, daß es stets Präsident Wilson war, der sich mit einem konkreten Friedensprogramm befaßte, während die Entente an ihren Eroberungsabsichten festhielt. Es kam dann der letzte Vorschlag des Grafen Burian über eine vorläufige Aussprache der kriegführenden Mächte. Der Vorschlag wurde abgelehnt, von Wilson jedoch nicht mit der Absicht der Abschneidung von Friedenserörterungen, da er ja in seiner Rede vom 27. 9. neuerlich darauf zurückkam und in objektiver Weise die Notwendigkeit des gerechten Friedens betonte, der nicht einseitig wäre, sondern beiden Seiten gerecht werden soll, somit das Prinzip hoher Gerechtigkeit nach allen Seiten aufstellte. In diesem Moment der Proklamierung dieses Grundsatzes einer gleichmäßigen Gerechtigkeit für alle Teile wurde es klar, daß

eine Anknüpfung, zum Frieden zu gelangen, auf diese Weise möglich wurde, da der Grundsatz der Ausschaltung einseitiger Bevorzugung die Lösung einer Gruppe von schwierigen Fragen gestattet. Der Schritt ist somit nicht aus momentanen Ereignissen geboren, sondern hat sich im Laufe einer natürlichen Entwicklung stetig durchgerungen.

Unter diesen Umständen erwarten wir, daß unser Schritt zur Annäherung und zur Aussprache führen wird. Wenn wir diese Hoffnung ausdrücken, wissen wir gleichwohl nicht, wie die Entente und Wilson diesen Schritt auffassen werden. Politisch gerechtfertigt ist der Schritt schon aus dem Grunde, weil Wilson die einzige Macht repräsentiert, die an die Entente politisch nicht gebunden ist. In formeller Beziehung wird festgestellt, daß unser Schritt nicht als ein Vermittlungsansuchen aufzufassen ist.

7./X. 1918

7  
62

## Ein Ausruf des deutschen Volksrates für Oesterreich.

Wien, 7. Oktober.

Der deutsche Volksrat für Oesterreich hielt am 6. d. unter dem Vorsitz seines Obmannes Universitätsprofessor Dr. Rudolf Geyer eine außerordentlich zahlreich besuchte Volksversammlung ab, die von den deutschen Volksräten von Böhmen, Mähren, Ost- und Westschlesien, Wien und Niederösterreich, Ober-, Mittel- und Untersteiermark, Salzburg, Kärnten, Steir, Tirol, Triest und dem Küstenlande, ferner von Galizien und der Bukowina beschiedt war. Außerdem nahmen an der Tagung auch die Herrenhausmitglieder Herzog von Beaufort, Abt Helmer und Hofrat Dr. v. Wettstein teil, ferner die Reichsratsabgeordneten Präsident Dr. Groß, Dr. Robert Freißler, Helb, Kemetter, Keschmann, Kittinger, v. Langen-  
jan, v. Lodgeman, Luksch, Malik, Marchl, Nagel, Neunteufel, Pacher, Koller, Steinwender, Sylvester, Teltshik, Urban, Waber und Witzl, die Landtagsabgeordneten Landesauschuß Dr. Wilhelm Freißler (Brünn) und Ott (Oberberg) sowie zahlreiche Vertreter der Presse.

Den Bericht über die äußere und innerpolitische Lage erstattete Universitätsprofessor Dr. Paul Samassa. An seine Darlegungen knüpften sich mehrstündige Beratungen, als deren Ergebnis folgender Ausruf an das deutsche Volk in Oesterreich einstimmig beschlossen wurde:

Der deutsche Volksrat für Oesterreich steht der Entscheidung über den Frieden mit ruhiger Entschlossenheit entgegen. Bleiben die Bedingungen für unser nationales und wirtschaftliches Leben unerschüttert, so wird unser Volk einen solchen Frieden als das Ende unendlicher Opfer und als die Verheißung einer besseren Zukunft begrüßen. Bestehen aber die Feinde auf unserer Vernichtung, dann haben wir keine andere Wahl, als in untrennbarer Einheit mit dem Deutschen Reiche und unter Zurückweisung jedes schmählichen Gedankens an einen Sonderfrieden uns noch weiter zu wehren bis zum entscheidenden Ende. Von der Schande eines Sonderfriedens beschmutzt darf Oesterreichs Schicksal in die Geschichte nicht eingehen.

In jedem Falle muß dieser Krieg eine völlige Veränderung in der Stellung unseres Volkes herbeiführen. Die Zukunft unseres eigenen Volkes wird von nun an unsere ausschließliche Sorge sein. Einmütig und entschlossen fordern wir deshalb unser volles, uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht. Wir freuen uns, daß zur Durchsetzung dieser Forderung der Zusammenhalt aller deutschen Parteien angebahnt ist. Ein selbständiger deutschösterreichischer Staat soll entstehen; ihm sollen alle Deutschen Oesterreichs angehören. Keine deutsche Minderheit soll seines Schutzes entraten. Frei und nach eigenem Ermessen wollen wir die innere und äußere Gestaltung unseres zukünftigen Volks bestimmen.

Aber noch kämpfen die verbündeten Heere gegen den gemeinsamen Feind. Desto schwerere Aufgaben sind an die Verantwortlichen für die Zeit zwischen Krieg und Frieden gestellt. Alles muß sofort getan werden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wir fordern daher alle unsere Volksgenossen in der Heimat und an der Front zu erhöhter Wachsamkeit und Pflichterfüllung auf; es gilt, damit nach allen ihren Taten der Hingebung und Aufopferung uns selbst und unseren heldenhaften Bundesgenossen, dem Deutschen Reiche, den entscheidenden Dienst vor Abschluß dieses Ringens zu leisten. Deutsche in Oesterreich! Laßt uns dem deutschen Volksrecht der Zukunft einig und entschlossen entgegenstreiten! Ungehindert von der Sorge für andere und frei von allen Rücksichten werden wir dann mit ungleich besserem Erfolge arbeiten können für unser eigenes Volk, für seinen Fortschritt und für den Zusammenhang mit dem politischen, nationalen und wirtschaftlichen Leben des gesamten Deutschtums."

### Kritische Tage

Die Deutschen in Oesterreich für den  
Föderalismus

nk. Wien, 4. Oktober.

Ernstste, schwere Tage liegen hinter uns. Es galt, den schwersten Schlag zu überwinden, den die Mittelmächte bisher während des ganzen Weltkrieges erlitten: das Ausscheiden Bulgariens. Heute schon kann man sagen, daß dies gelungen ist. Wir tragen alle wieder den Kopf hoch — freilich etwas anders als bisher orientiert.

Die Nachricht von dem Verlangen Bulgariens nach Waffenstillstand und Sonderfrieden, ja selbst die Nachrichten über die schweren Bedingungen der Entente sind hier überraschend ruhig von der Bevölkerung aufgenommen worden, und nur ein Gedanke hat sich freigemacht: daß es jetzt mehr als je gelte, festbereint mit dem Deutschen Reich zu handeln.

Die Bevölkerung ist ruhig und besonnen, war aber enttäuscht von der Rede des Ministerpräsidenten bei der Eröffnung des Abgeordnetenhauses. Man hatte politische Entschlüsse erwartet, aber es kam nur die Enttäuschung. Gleich nach Thronbesteigung Kaiser Karls hieß es, daß eine gründliche Verfassungsreform in Oesterreich in den Vordergrund zu treten habe, aber es geschah nichts. Die deutschen Abgeordneten, die naturgemäß die Vorgänge der letzten Tage am schmerzlichsten empfunden hatten, scheinen sich nun doch endlich aufgerafft zu haben. Der Verlauf der inneren Krise Deutschlands hat hierzu viel beigetragen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird sich in unserem Parlament eine neue Situation schaffen. Zwei Gedanken haben sich überall emporgedrungen: Sobald als möglich einen dauernden Frieden herbeizuführen und sofort an das innere Reformwerk einer gründlichen Föderalisierung Oesterreichs zu gehen. Die Deutschen Oesterreichs, die sich lange gegen eine Föderalisierung gesträubt haben, scheinen bekehrt. Hoffentlich ist es nicht zu spät. Die große Frage ist nun, wie sich die Magyaren zu diesem Programm stellen werden.

#### „Das neue Oesterreich“

Frankfurt, 7. d. (Wolff.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet: Wie aus unterrichteten Kreisen aus Wien verlautet, soll ein Kabinett Lammasch die Aufgabe übernehmen, das alte Oesterreich zu liquidieren, vor allem auch die Finanzprobleme der Uebergangszeit zu lösen unter besonderer Berücksichtigung der Schulden.

Frankfurt, 7. d. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in einem Leitartikel: Das verbündete Nachbarreich an der Donau steht vor einem Wendepunkt. Es handelt sich nicht um eine der vielen Krisen, die seit Jahrhunderten die weiten Teile der Monarchie in längeren oder meist kürzeren Zwischenräumen bald mehr, bald minder heftig durchrütteln und die dann in Oesterreich wenigstens durch irgend eine vorläufige Lösung beendet zu werden pflegen. Diesmal geht es um's Ganze, ob und in welcher Form die habsburgische Monarchie fortbestehen soll. Man ist nun, wie es scheint, an dem Punkt angelangt, an dem vor fast einem Jahrhundert Graf Hohenwart Schiffbruch gelitten hat, am Föderalismus. Diesmal soll es, und das ist freilich ein großer Unterschied, ein Föderalismus nicht der historischen und veralteten Kronländer werden, und Professor Lammasch, einer der Freunde des Kaisers, Graf Martinich, und Graf Czernin scheinen dazu ausersehen, ihn in die Wege zu leiten.

## Tschechische Widerstände.

Drahtmeldung des „Vossischen Zeitung“.

in Wien, 7. Oktober.

Der tschechische Nationalkongress, der für morgen (Dienstag) nach Prag einberufen war, und an dem auch polnische und slowakische Delegierte teilnehmen sollten, ist verschoben worden. Man will erst das Eintreffen der Antwort Wilsons abwarten. Die Eile, mit der Abg. Stanek diesen Nationalrat einberufen hatte, verursachte unter den Tschechen nicht geringe Erregung, weil zur Entscheidung gebracht werden sollte, ob die tschechischen — ebenso wie die polnischen und slowakischen — Abgeordneten noch weiter im Reichsrat erscheinen und nach dem Ausdruck der „Narodni Politika“ dort ihre kostbare Zeit vergeuden sollen. Die Verschiebung des Prager Nationaltages ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß Meinungsverschiedenheiten unter den tschechischen Delegierten bestanden.

Die „Narodni Politika“ schreibt, die Versuche, die slowakischen Parteien zu Verhandlungen mit den Deutschen zu bringen, seien vergebens. Dies gelte auch von den letzten Vorschlägen der deutschen Sozialdemokraten auf Umänderung Oesterreichs und Bildung eines deutsch-österreichischen Staates. Das Blatt sagt: Während der deutsch-sozialdemokratische Vorschlag die Einführung der Föderalisierung mit einer teilweise gemeinsamen Vertretung fordert, streben die Slawen vorerst die Bildung starker Nationalstaaten an, die dann mit den nationalen Nachbarn die gemeinsamen Interessenfragen regeln würden. Die Anschauung in dem deutsch-sozialdemokratischen Vorschlag, daß es gelingen werde, das Ausland durch das Versprechen der Regierung zu beruhigen, daß die Beziehungen der Nationen mit dem Reich auf Grundlage der Freiheit und Autonomie aller Völker geregelt werden, ist unannehmbar, da es bei den slawischen Völkern dieses Vertrauen nicht mehr gibt. Deshalb wird bei Tschechen nach internationalen Garantien für die vollkommene Durchführung des Selbstbestimmungsrechts gemauert. Uebrigens ist auch die österreichische Regierung nicht imstande, den durch den deutsch-sozialdemokratischen Vorschlag getragenen Umbau Oesterreichs durchzuführen, wenn auch nur ein einziges Volk hierzu seine Zustimmung verweigert. Und so gibt es leider keine Hilfe — es geht nicht.

„Narodni Politika“ irrt sich. Nach dem deutschen Zusammenfluß verweigert kein einziges Volk mehr die Zustimmung; und die Deutschen wollen jetzt genau wie die Tschechen ihre volle nationale Autonomie und erst nach deren Durchführung die Regelung der nationalen Interessenfragen. Gewiß fordern die Deutschen auch die Freiheit für die Deutsch-Böhmen. Nach dem System Wilsons werden ihnen die Tschechen das nicht unter Verzicht auf geschichtliche Landesgrenzen verweigern können.

Der „Deutsche Volksrat für Oesterreich“ hat gestern in einer zahlreich besuchten Versammlung einen Aufruf an das deutsche Volk in Oesterreich erlassen, in dem das volle uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht, der Zusammenfluß aller deutschen Parteien und die Entstehung eines selbständigen deutsch-österreichischen Staates gefordert werden. Der Aufruf weist den schmählichen Gedanken an einen Sonderfrieden zurück.

## Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Oesterreich.

### Vollversammlung des Deutschen Volksrates für Oesterreich.

Der Deutsche Volksrat für Oesterreich hielt am 6. d. M. unter dem Vorsitz seines Obmannes Universitätsprofessors Dr. Rudolf Geher eine außerordentlich zahlreich besuchte Vollversammlung ab, die von den Deutschen Volksräten von Böhmen, Mähren, Ost- und Westschlesien, Wien und Niederösterreich, Ober-, Mittel- und Untersteiermark, Salzburg, Kärnten, Krain, Tirol, Triest und dem Küstenlande, ferner von Galizien und der Bukowina besetzt war. Außerdem nahmen an der Tagung Herrenhausmitglied Abt Helmer, ferner die Reichsratsabgeordneten Präsident Dr. Groß, Dr. Robert Freißler, Feld, Kemetter, Keschmann, Kittinger, v. Langenhan, v. Lodgman, Lutsch, Masik, Moráhl, Nagels, Neunteufel, Pacher, Rauer, Steinwender, Sylvester, Tetzsch, Urban, Baber und Dr. Wichtl, die Landtagsabgeordneten Landesauschuß Dr. Wilhelm Freißler (Brünn) und Ott (Oberberg) teil.

Den Bericht über die äußere und innerpolitische Lage erstattete Universitätsprofessor Dr. Paul Samassa. An seine Darlegungen knüpften sich mehrstündige Beratungen, als deren Ergebnis folgender Aufruf an das deutsche Volk in Oesterreich einstimmig beschlossen wurde:

„Der Deutsche Volksrat für Oesterreich sieht der Entscheidung über den Frieden mit ruhiger Entschlossenheit entgegen. Bleiben die Bedingungen für unser nationales und wirtschaftliches Leben unerschüttert, so wird unser Volk einen solchen Frieden als das Ende unendlicher Opfer und als die Verheißung einer besseren Zukunft begrüßen. Bestehen aber die Feinde auf unserer Vernichtung, dann haben wir keine andere Wahl, als in untrennbarer Einheit mit dem Deutschen Reiche und unter Zurückweisung jedes schmähligen Gedankens an einen Sonderfrieden uns noch weiter zu wehren bis zum entscheidenden Ende. Von der Schande eines Sonderfriedens beschmutzt, darf Österreichs Schild in die Geschichte nicht eingehen.“

In jedem Falle muß dieser Krieg eine völlige Veränderung in der Stellung unseres Volkes herbeiführen. Die Zukunft unseres eigenen Volkes wird von nun an unsere ausschließliche Sorge sein. Einmütig und entschlossen fordern wir deshalb unser volles, uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht. Wir freuen uns, daß zur Durchsetzung dieser Forderung der Zusammenschluß aller deutschen Parteien angebahnt ist. Ein selbständiger deutsch-österreichischer Staat soll entstehen; ihm sollen alle Deutschen Oesterreichs angehören. Keine deutsche Minderheit soll seines Schutzes entzogen. Frei und nach eigenem Ermessen wollen wir die innere und äußere Gestaltung unserer Zukunft nunmehr selbst bestimmen.

Aber noch kämpfen die verbündeten Heere gegen den gemeinsamen Feind. Desto schwerere Aufgaben sind an die Verantwortlichen für die Zeit zwischen Krieg und Frieden gestellt. Alles muß sofort getan werden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wir fordern daher alle unsere Volksgenossen in der Heimat und an der Front zu erhöhter Wachsamkeit und Pflichterfüllung auf; es gilt damit, nach allen ihren Taten der Hingebung und Aufopferung uns selbst und unseren heldenhaften Bundesgenossen, dem Deutschen Reiche, den

entscheidenden Dienst vor Abschluß dieses Ringens zu leisten.

Deutsche in Oesterreich! Laßt uns dem deutschen Volksrecht der Zukunft einig und entschlossen entgegenstreiten! Ungehindert von der Sorge für andere, und frei von allen Rücksichten werden wir dann mit ungleich besserem Erfolge arbeiten können für unser eigenes Volk, für seinen Fortschritt und für den Zusammenhang mit dem politischen, nationalen und wirtschaftlichen Leben des gesamten Deutschlands.“

Eine Reihe weiterer Anträge beschäftigte sich mit den Vorarbeiten für die Durchführung des im Auftrage geforderten Selbstbestimmungsrechtes. In einer Entscheidung wurden die Volksräte in den einzelnen Ländern aufgefordert, alle Vorkehrungen für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in Oesterreich zu treffen. Der Vorstand des Deutschen Volksrates für Oesterreich wird demnächst in dieser Angelegenheit nähere Weisungen ergehen lassen.

Das Verhältnis zwischen Abgeordneten und Volksrat erörterte als Berichterstatter Direktor Dr. von Wolawa. Er führte aus, daß sich im Zusammenhang mit den bevorstehenden Organisationsarbeiten auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes nunmehr an Stelle der bisherigen losen Zusammenarbeit von Abgeordneten und Volksräten eine dauernde Verbindung von selbst ergeben werde. Er gab unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich alle deutschen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei zur Mitarbeit bereit finden werden. Gelegenheit dazu werde die von der Versammlung beschlossene Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses von Vertretern der Abgeordneten und des Volksrates bieten.

### Die Tschechen wandern aus dem Reichsrat aus.

Wien, 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der „Täglichen Rundschau“.) Innerpolitisch kursieren hier die wildesten Gerüchte. Tatsache ist bisher nur, daß die Tschechen den Sitzungsaal nicht betreten. Im Finanzausschuß beantragten die Tschechen die Ablehnung der Finanzvorlagen, da dieselben angesichts der Weltlage lächerlich wären. Schließlich war der Finanzausschuß beschlußunfähig.

Bemerkenswert ist es auch, daß die Tschechen ihre heutige Klubberatung nicht mehr im Parlament, sondern im Hotel Continental abhalten. Große Bedeutung wird dem gestrigen Ministerrat beigemessen. Man spricht von einer Regierungsaktion zur Schaffung der nationalen Autonomie, um für Wilsons Antworten fait accompli zu schaffen. Man rechnet auch auf die Einberufung der Delegationen in dieser Woche.

In deutschen Parlamentstreifen wird es mit lebhafter Gemühtung begrüßt, daß Hussarek seine Erklärung über den Friedensschritt in den Worten ausklingen ließ, daß eine Antwort der Gegner, die in Mißachtung unseres bereitwilligen Entgegenkommens, einen rücksichtslosen Vernichtungswillen enthüllen würde, auf unbeugsame Entschlossenheit auf seiden der Verbündeten, den Bestand bis zum Aeußersten zu verteidigen, zu rechnen hätte.





### Das neue Oesterreich

Nicht nur das Deutsche Reich, auch Oesterreich ist in diesen Tagen in eine Krisis eingetreten, die für die Zukunft des Landes entscheidend sein wird. Man hat sich dazu entschlossen, die Nationalitätenfrage nun einmal anders zu behandeln als bisher, und hat damit eines der widerhaarigsten Probleme der neuesten Geschichte angeschnitten. Die rechte Lösung konnte bekanntlich all die Jahre her nicht gefunden werden, trotz der aufreibenden Kämpfe, die das Land durchtoben, seit es überhaupt so etwas wie einen Parlamentarismus gibt. Man hat soviel versucht und nie ist es gelungen, die Gegensätze zwischen Tschechen und Deutschen — das ist die Kardinalfrage — zu überbrücken. Was nun vorgeschlagen wird, ist nichts als die völlige Umgestaltung des alten historischen Oesterreichs; was bisher ein geschlossener Staat war, soll nun ein loses Gefüge von Einzelstaaten werden.

Es ist nicht das erstemal, daß die Richtung zum Föderalismus in Oesterreich gesucht wird. In den Jahren 1870/71 hat das Ministerium Hohenwart einen großen Plan ausgearbeitet, der eine Art Föderations-Staat zum Ziele hatte. Allerdings: die Grundlage war damals doch eine völlig andere. Man wollte wohl den einzelnen Kronländern größere Autonomie geben, man wollte sie aber in ihrer Zusammensetzung lassen wie sie waren. Nicht um Nationalitäten handelte es sich damals, sondern um die alten staatlichen Gebilde, die eben ohne Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit ihrer Bürgerschaft auf dynastischer Grundlage entstanden waren. Damals scheiterte der Plan am schärfsten Widerstande der deutsch-liberalen Elemente, die sich gegen die tschechisch-kerikale Unterdrückung auflehnten, wie sie nach den Plänen Hohenwarts zu befürchten war.

Heute liegen die Dinge erheblich anders. Der Krieg hat den Beweis erbracht, daß im heutigen Oesterreich Teile aneinandergelötet sind, die mit aller Macht auseinanderstreben. Es ist ja ein offenes Geheimnis in Oesterreich, daß ein großer Teil der tschechischen Armee versagt hat, weil seine Sympathien auf der Feindeseite waren. Die Gegensätze zwischen Deutschen und Tschechen hat dieser Krieg nicht verwischt, sondern sehr erheblich verstärkt. Man hat versucht, diese Tatsache nicht allzu offenkundig werden zu lassen, indem man das Parlament so lange es irgend tunlich schien, nicht einberief. Sobald aber die Tagungen wieder aufgenommen wurden, zeigte sich mit erschreckender Deutlichkeit, daß auf der bisherigen Grundlage ein Zusammenarbeiten unmöglich geworden ist. Diese Erkenntnis scheint nun in Oesterreich durchgedrungen zu sein und die deutschen Sozialdemokraten sind die ersten, die mit einem bestimmten Programm an die Öffentlichkeit getreten sind.

Ihr erster Grundsatz ist das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen innerhalb des jetzigen Oesterreichs. Sie verlangen Zusammenfassung aller deutschen Teile zu einem deutsch-österreichischen Staate, „der seine Beziehungen zu den andern Nationen Oesterreichs und zum Deutschen Reiche nach seinem eigenen Bedürfnis regeln soll“. Soweit also soll die Selbständigkeit der einzelnen Teile gehen. Und diese einzelnen Teile sollen nicht nach historisch-dynastischen Gesichtspunkten gebildet werden, sondern nach dem Prinzip der Nationalität. Die Tschechen sollen zu einem Staate zusammengenommen werden, die Südslawen, die Italiener und so fort. So soll jeder sein Haus selbst bestellen, nach seiner Neigung und nach seinem Bedürfnis. Auf welcher Grundlage nun aber zwischen diesen eine Art von Bundesstaat errichtet werden könnte, wird nicht gesagt. Es ist mehr das Trennende betont, als das Zusammenschließende.

Aus tschechischen Kreisen ist sofort auf einen sehr wesentlichen Unterschied in der Auffassung hingewiesen worden. Die deutschen Sozialdemokraten wollen innerhalb des heutigen Oesterreichs den Neubau aufführen — die Tschechen und ihr Kreis binden sich in ihren Plänen nicht an diese Grenzen. Eine Einigung in diesen Fragen wird schwere Reibungen mit sich bringen.

Der österreichische Ministerpräsident erklärte im Abgeordnetenhaus, daß die Grundsätze im Friedensangebot an Wilson in manchen Einzelheiten eine Modifikation der politischen Auffassung bedinge, an der die öffentliche Orientierung auf österreichischer Seite bisher festgehalten habe. Diese Orientierung wird noch deutlicher verschoben werden, wenn Oesterreich-Ungarn zum Föderalismus übergehen will, der sich in einem Staatenbunde ausprägen würde. Die

deutsch-nationale Partei hat sich zu den föderalistischen Vorschlägen bekannt. Diese Entschliebung ist von außerordentlicher Tragweite, sie wird in der Tat ein neues Oesterreich begründen. Bisher hatten die Deutschen in Oesterreich sich einer solchen Entwicklung mit ganzer Kraft widersetzt, sie wollten in engem Zusammenschluß mit Deutschland und im Bündnis mit Deutschland sein und bleiben. Diese Bündnispolitik wird im Bundesstaat nicht weiter bestehen können, denn gegen diese Politik richten sich vornehmlich die Forderungen und Bestrebungen anderer Nationalitäten Oesterreich-Ungarns.

Oesterreich-Ungarn ist aus dem römischen Reich deutscher Nation hervorgegangen und war infolgedessen in Politik und Kultur stark deutsch orientiert; eine Mehrheit dafür war nicht vorhanden; die Politik wurde bestimmt durch die Monarchie, die das gemeinsame Band um die Nationalitäten schlang. Zerfällt die Monarchie in die einzelnen Bundesstaaten, so wird eine einheitliche Bündnispolitik ausgeschlossen sein, man denke nur an die Gegensätze zwischen den Deutschen einerseits und den Tschechen und Südslawen andererseits. Auch in Ungarn will eine starke Strömung nur mehr Personalunion. Der Föderalismus in Oesterreich würde also die einzelnen Staaten auch nach außen ziemlich auf eigene Füße stellen und Bündnisse wären nur mehr denkbar, wenn sie im Willen und Interesse aller oder einer großen Mehrheit liegen würden.

Es bleibt der Monarchie kein anderer Ausweg, sie muß sich durch den Föderalismus und die Demokratie verjüngen, wenn sie die Kraft für friedlichen und gedeihlichen Fortbestand gewinnen will. Bündnisriege wird sie dann nicht mehr führen können, das wird im Völkerbund auch nicht mehr nötig sein, außer es wäre, um zur Verteidigung zu den Waffen zu greifen.

## Die Krise des österreichischen Staates.

Wien, 10. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. v. Hussarek, die beim ersten Anhören auf die deutschen Parteien keinen irgendwie bemerkenswerten Eindruck gemacht und noch wenig Anstoß erweckt hatte, wird heute von der gesamten Presse als ein Ereignis von gar nicht abzuschätzender Tragweite behandelt und je nach dem Parteistandpunkt auf das Ernsteste getabelt, oder als der tatsächlichen Lage entsprechend elegisch kommentiert. Den Stein des Anstoßes bildet der Satz: „Der Kraft der Idee der freien Selbstbestimmung der Völker wollen wir auch unsere innere Friedensgestaltung anvertrauen in der Hoffnung, daß auf dieser freien Selbstbestimmung der Völker ihr Zusammenwirken nach gemeinsamen Zielen hervorzuwachsen wird.“ Die Kritiker sehen darin die Liquidationserklärung des alten Österreich, das von den freien Völkern wieder hergestellt werden könne, aber nicht hergestellt werden müßte. Daran knüpfen sich Angriffe gegen den Ministerpräsidenten Freiherrn von Hussarek, der sich von den Ereignissen treiben ließ, anstatt am gemeinsamen österreichischen Rahmen für die freien Völker festzuhalten. Die „Arbeiterzeitung“ hält es schon jetzt für zweifelhaft, daß die einmal ausgeschiedenen Völker überhaupt noch den Mut haben könnten, sich wieder zu einem österreichischen Staatenbund zu vereinigen.

Wir können uns nicht dazu entschließen, den Worten des Freiherrn von Hussarek den ihnen zugemuteten Sinn zuzuschreiben. Wir sehen vielmehr darin nur eine rhetorische Floskel, in der dem Schlagwort des Staates Reverenz erwiesen ist. Es ist ganz unmöglich, daß ein österreichischer Ministerpräsident so beiläufig erklärt, Österreich habe aufgehört zu existieren, er hoffe aber, daß es wieder entstehen wird. Der Staat selbst hat so viel Attribute und Funktionen, daß er gar nicht aufhören kann, ohne daß etwas anderes an seine Stelle tritt, oder wenigstens eine Liquidation durchgeführt wird. Um beim nächsten zu bleiben: Hat Österreich aufgehört, eine gemeinsame Währung zu haben? Will der Ministerpräsident sagen, daß Krone und Dynastie in der Luft schweben? Das alles ist ganz unmöglich, und so halten wir eine authentische Interpretation des unglücklichen Satzes für unausbleiblich.

Wien, 10. Oktbr. (Priv.-Tel.) Wie verlautet, steht für die kommenden Tage eine Proklamation des Kaisers „An meine Völker“ bevor, die sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bezieht.

Wien, 9. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die Parteien des Abgeordnetenhauses drängen auf Einberufung der Delegationen. Im Plenum des Abgeordnetenhauses findet gegenwärtig eine innerpolitische Debatte statt. Das allgemeine Interesse ist jedoch auf die Entwicklung der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet. Die Parlamentsarbeit stockt, weil man vorher Klarheit zum mindesten über die neue Friedensnote der Mittelmächte haben will. In der gestern Nachmittag erfolgten Besprechung der Obmänner der Delegationsausschüsse, in der auch die drei gemeinsamen Minister anwesend waren, wurde das vorläufige Arbeitsprogramm der Delegationen festgestellt. Der Heeresauschuss der österreichischen Delegation tritt am Montag zusammen, der Ausschuss für Neuhéres am Mittwoch. Graf Burian hat in der Obmännerbesprechung erklärt, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach bereits zu Beginn der kommenden Woche in der Lage sein werde, die Antwort der Ententemächte auf die Friedensnote im Ausschuss für Neuhéres der Delegationen zu besprechen. In diesem Falle wird Burian sein Exposé kommenden Dienstag im Ausschuss für Neuhéres der ungarischen Delegation halten und am Mittwoch im Ausschuss für Neuhéres der österreichischen Delegation wiederholen.

Die von den deutschen Parteien aufgegriffene Parole der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zieht immer weitere Kreise. Gestern haben sich auch bereits die Ukrainer mit diesem Problem befaßt; sie fordern für die kommende Woche die Einberufung einer

Nationalversammlung, in der das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer proklamiert werden soll. Die Beratungen der deutschen Parteien über die deutsch-sozialdemokratische Resolution dauern fort. Der Leitungsausschuss der deutsch-nationalen Parteien befaßt sich gestern damit, ebenso die christlich-soziale Vereinigung. Die Zustimmung im Prinzip ist bei beiden Gruppen bereits fester. Die Beratungen der deutschen Parteien dürften im Laufe des heutigen Tages abgeschlossen werden, doch werden die gemeinsamen Besprechungen mit den deutschen Sozialdemokraten fortgesetzt werden.

### Deutsch-Tirol.

Wien, 8. Oktbr. (W. B.) Die Blätter melden: Eine Vertretung von Deutsch-Tirol, die den Minister des Aeußern auf die Beunruhigung der Deutschen Tirols, besonders an der italienischen Sprachgrenze, aufmerksam machte, erklärte Graf Burian, daß zu Beunruhigung kein Anlaß vorliege. Besonders betonte Graf Burian, daß der Friedensantrag der Monarchie an Wilson sich ausdrücklich auf die Beibehaltung der Grenzen Italiens nach den klar festgesetzten nationalen Linien die Rede sei. Die Tiroler Bevölkerung könne auf Grund anderer Forderungen Wilsons auch für sich den Grundsat des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Anspruch nehmen. Daher könne auch in Tirol nichts geschehen, was gegen den Willen der großen Mehrheit des einen oder anderen Teils des Landes gerichtet sei.

### Der südslawische Staat.

Das heute zu erwartende Manifest des Kaisers von Oesterreich und Königs von Ungarn wird mit seiner Proklamierung eines besonderen, aus Kroatien, Slavonien, Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina zu bildenden südslawischen Staatswesens die erste Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker außerhalb des aufgelösten russischen Reiches bringen, das in diesem Kriege zur allein staatenbildenden Kraft erhoben ist. Zur Gründung des neuen Staates werden aus Ungarn Kroatien und Slavonien, aus Oesterreich Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina ausgesondert und neu vereinigt, so daß das Gebiet von der Drau bis zur Adria, von Krain bis zur serbischen Grenze reicht. Die Bestrebungen, die zur staatlichen Zusammenfassung dieser Gebiete jetzt führen, gehen in ihren Anfängen weit zurück. Sie hatten namentlich in Kroatien ihren Grund in dem Verlangen, zur Hebung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Landes und auch aus geschichtlichen Erinnerungen alle die Gebiete wieder unter dem Banner von Kroatien vereint zu sehen, die man als frühere Bestandteile des kroatischen Reiches ansprach, insbesondere Dalmatien. Namentlich während des Weltkrieges erhielten diese Wünsche eine starke Beförderung durch die tüchtigen Leistungen, in denen die kroatischen Truppenverbände zur Verteidigung des Reichsaanzers beizutragen. Deshalb erklärte der ungarische Ministerpräsident Tisza am 12. September, die kroatischen nationalen Gesichtspunkte würden honoriert werden durch die Verwirklichung des Ideals eines größeren Kroatiens bei Aufrechterhaltung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Ungarn. Man strebe nicht dem Dualismus zu, als solle das größere Kroatien neben Oesterreich und Ungarn als dritte Reichsmacht seinen Platz haben, sondern wolle eine neue lebensfähigere Form des Dualismus schaffen.

Sind diese Gesichtspunkte jetzt bei der endgültigen Regelung der staatsrechtlichen Fragen tatsächlich maßgebend gewesen, so wird also das neue größere Kroatien als Teilstaat Ungarns in die Geschichte eintreten, und die Krone des heiligen Stefan hat auf Kosten der österreichischen Kaiserkrone Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina als Morgengabe für die neue Zeit erhalten.

**Krisengerüchte im Parlament.****Berufungen von Parlamentariern zum Kaiser.**

Wien, 10. Oktober.

In parlamentarischen Kreisen besteht heute der Eindruck, daß sich die Anzeichen einer bevorstehenden Kabinettskrise bereits bemerkbar machen. Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat heute die Parteiführer ersucht, sie mögen sich in den nächsten Tagen in Wien aufhalten, da Berufungen zum Kaiser zu erwarten seien. Der Ministerpräsident hat ferner mit einer Reihe von Führern der parlamentarischen Parteien im Laufe des Vormittags konferiert. Die politischen Empfänge werden nachmittag fortgesetzt.

Unmittelbar nach den vormittägigen Besprechungen verlautete in den parlamentarischen Kreisen auf das bestimmteste, daß die angekündigte Neuordnung in Oesterreich schon jetzt vorbereitet werden soll und daß im Zusammenhange damit in der allernächsten Zeit mit einschneidenden Veränderungen, die auch die Regierung betreffen, gerechnet werden müsse.

Im weiteren Zusammenhange mit diesen Meldungen tauchte wieder das Gerücht von einer Berufung des Herrenhausmitgliedes Hofrat Dr. Lammach zum Ministerpräsidenten auf. Es wurde, wie in der letzten Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß Hofrat Dr. Lammach an die Spitze eines sogenannten Friedenskabinetts treten soll.

Von führender deutscher parlamentarischer Seite wird dazu bemerkt, daß ein Ministerium Lammach bei den deutschen Parteien Widerstand begegnen würde, weil seine Ansichten speziell über die auswärtige Politik der Monarchie sich mit den Anschauungen der deutschen Parteien niemals in Einklang bringen ließen. Im Zusammenhange mit diesem Gerüchte wurden heute auch bereits andere Namen genannt.

Es wird auf die heutige Audienz des Ackerbauministers Grafen Silva-Tarouca hingewiesen, der man in parlamentarischen Kreisen Bedeutung beimißt. Auch vom Grafen Silva-Tarouca verlautet, daß er ein Programm für die künftige Neugestaltung Oesterreichs ausgearbeitet habe, das auf dem Selbstbestimmungsrechte aller Nationen fußt und für dessen Durchführung ein aus Vertretern sämtlicher Nationen zusammengesetztes Koalitionsministerium zu sorgen hätte.

In unterrichteten politischen Kreisen wird betont, daß von einer formellen Kabinettskrise noch nicht gesprochen werden könne, obwohl ja ein Wechsel im Ministerium für die nächste Zeit zu erwarten sei. Vorkäufig handle es sich um die Klärung der weit auseinandergehenden Ansichten über die Frage der Selbstbestimmung. Diesem Zwecke gelten auch die Berufungen von Politikern zum Kaiser, wie sie ja auch in Ungarn erfolgt seien.

## Oesterreichischer Reichsrat.

### Abgeordnetenhaus.

(90. Sitzung.) Beginn der Sitzung 1 Uhr.

#### Erklärungsbearbeitung und Erörterung dringlicher Anfragen.

Abg. Dr. Dulibic (Kroate) beschäftigt sich mit den Ernährungsverhältnissen in den südslawischen Ländern, besonders in Dalmatien. Er dankt Kroaten für die Hilfe, die es in der Ernährung Dalmatiens gewährt hat. Wenn die zahlreichen Ansuchen der Poluitar ihren tatsächlichen Ueberzeugungen entsprechen würden, wäre die südslawische Frage schon längst gelöst. Aber die Zustände im Süden verschlechtern sich immer mehr. Da könne man sich nicht wundern, daß die Südslawen Worten und Versprechungen der österreichischen Regierung nicht mehr glauben wollen. Nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten weiß die Regierung trotz aller Deklarationen und Worten der Südslawen noch immer nicht, was die Südslawen wollen. Sie kennt ihre Bestrebungen nicht. Graf Tisza hat von allen Personen, mit denen er in Dalmatien und Bosnien in Berührung trat, die richtige Antwort bekommen. Graf Tisza wird zermalmt werden, nicht von den Südslawen, von seinem eigenen Volke, den Magyaren, die ebenso rechtlos sind wie die Südslawen.

Auch Generaloberst Freiherr v. Sartoie soll Informationen über den Willen des südslawischen Volkes geben. Aber was kann man von ihm erwarten, da er auf dem Standpunkt steht, daß es im Süden nicht eine Nation, sondern mehrere Nationen gebe. Redner beklagt sich über die im Süden herrschenden Zustände, über die Einschränkung des Versammlungsrechtes, die Verfolgung der Jugend und Lehrer, über die Verschleppung von Staatsbürgern als Geiseln und über die Militärjustiz.

#### Plenarsitzung der österreichischen Delegation.

Die österreichische Delegation hält Dienstag den 15. d. um 4 Uhr nachmittags eine Plenarsitzung. Tagesordnung: Ergänzungswahlen in den Ausschuss für Außeneres und in den Heeresauschuss.

#### Beratungen der Herrenhausgruppen.

Im Herrenhause fand heute vormittag eine kurze Sitzung des Exekutivkomitees der Verfassungspartei statt. Nachmittags treten das Plenum der Verfassungspartei und das Exekutivkomitee der Rechten des Herrenhauses zu einer Sitzung zusammen.

#### Deutschösterreichische Unabhängigkeitspartei.

Die „Politischen Tagebücher“ melden: Gestern abend fand eine Sitzung der deutschösterreichischen Unabhängigkeitspartei statt, bei der Abg. Malik und Hruschka ihren Eintritt in die genannte Partei vollzogen. Abgeordneter Malik meldete den Beitritt des Abg. Dr. Jäger an. Die deutschösterreichische Unabhängigkeitspartei zählt demnach derzeit acht Abgeordnete. Nach Erörterung der politischen Lage wurde festgestellt, daß die Partei sich bei der Behandlung aller politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen in der nächsten Zukunft ausschließlich von ihrer Rückwirkung auf den Unabhängigkeitsgedanken und dessen Ziel leiten lassen werde. Bei der Besprechung der parlamentarischen Vorgänge wurde festgestellt, daß Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek in seiner Rede vom Dienstag dieser Woche den Grundsatz des Rechtes der Völker Oesterreichs auf Selbstbestimmung in weitgehendster Weise anerkannt hat. Um so mehr sei es Pflicht aller Deutschen Oesterreichs, sich ungesäumt zur Errichtung des vollkommen selbständigen und unabhängigen Eigenstaates zu vereinigen.

**Zusammenluß der Deutschen in Oesterreich.**

Wien, 8. Oktober.

Eine parteiamtliche Verlautbarung der Deutschnationalen besagt: „Der Verbandsauschuß der deutschnationalen Parteien hat in täglich fortgesetzten Sitzungen über die gemeinsame Grundlage für den Zusammenschluß aller deutschen Abgeordneten zu einer Gesamtversammlung und über eine gemeinsame nationale Kundgebung beraten, in welcher die Stellung des deutschen Volkes in Oesterreich neu bestimmt und für eine unabhängige Volkspolitik die Zukunftslinie gezogen werden soll. Der Verbandsauschuß war dabei von dem Bestreben geleitet, alles zu vermeiden, was das Zustandekommen dieser nationalen Einheit aller deutschen Abgeordneten und damit auch die nationale Einheit des ganzen deutschen Volkes in Oesterreich stören könnte.“

Im Finanzauschuß beantragte Mastalka mit Rücksicht auf die allgemeine Lage die Vertagung der Verhandlungen. Finanzminister Freiherr v. Wimmer trat dem Antrag entgegen und erklärte, daß die Regierung selbstverständlich auf dem Boden der gegenwärtig geltenden Verfassung stehe. Wenn auch Kende-

zungen im staatsrechtlichen Bau Oesterreichs bevorständen, werde die Arbeit, die im Auschuß geleistet werde, keine überflüssige sein, denn Steuern seien auch für ein staatsrechtlich ausgestaltetes Oesterreich notwendig. Die Regierung müsse daher dringend bitten, die Verhandlungen im Auschuß fortzusetzen und die Vorlagen ehestens der Erledigung zuzuführen.

## Die Kabinettskrise und die Berufungen zum Kaiser.

Wien, 10. Oktober.

Dreißundzwanzig Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden am Samstag vom Kaiser in Audienz empfangen werden. Die Krone hat den Wunsch, die Anschauungen der Vertreter der einzelnen Parteien über das Selbstbestimmungsrecht unmittelbar kennen zu lernen. Diese Berufungen werden in parlamentarischen Kreisen in Zusammenhang gebracht mit einer Kabinettskrise, die schon für die kommende Woche erwartet wird. Das Ministerium *Sussarek* hat während seiner verhältnismäßig kurzen Amtstätigkeit wiederholt eine Reform der Verfassung angekündigt. Es war auch bekannt, daß im staatsrechtlichen Departement des Ministerratspräsidenten an einer Reform der Verfassung gearbeitet wurde, die sich in der Richtung einer Ausgestaltung im autonomistischen Sinne bewegte. Die auswärtigen Ereignisse der letzten Wochen, insbesondere die Kapitulation Bulgariens, die Friedensnote der Mittelmächte und die Antwort Wilsons haben die staatsrechtlichen Ansprüche der einzelnen Nationen mit Hochdruck gesteigert. Der Ministerpräsident selbst hat zur Erhöhung der Fiebertemperatur, die jetzt bei allen Parteien zu konstatieren ist, mit seiner letzten Rede beigetragen, indem er durch die schrankenlose Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen auch diejenigen Parteien auf diesen Weg drängte, die bisher eine gewisse Reserve eingehalten haben. Die Regierung will jetzt mit den Parteien über eine Verständigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes verhandeln, nachdem der Ministerpräsident schon vorher dasselbe Selbstbestimmungsrecht ohne jede Gegenleistung zugestanden hat. Die Verhandlungen über eine Verständigung sollen beginnen, nachdem die Polen in Galizien sich bereits als integrierender Bestandteil des neuen polnischen Staates betrachten, die Tschechen ganz unverhüllt das Losreißen des tschechisch-slowakischen Staates von der Monarchie ankündigen, die Südslaven dasselbe für den südslawischen Staat fordern und selbst die deutschen Parteien gemeinsam über die Errichtung eines deutschösterreichischen Staates beraten.

Ueber das Programm der bevorstehenden Verhandlungen verlautet folgendes: Den Nationen soll auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker das Recht eingeräumt werden, sich praktisch zu konstituieren. Zur Durchführung dieser Konstituierung soll ein sogenanntes

Völkerministerium eingesetzt werden, in welches alle Nationen ihre Vertreter zu entsenden hätten. Die Konstituierung nationaler Staaten hätte sich innerhalb der Grenzen Oesterreichs zu vollziehen, so daß nach diesen Plänen die Gemeinamkeit in irgendeiner Form aufrecht zu erhalten bliebe. Es verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß nach dieser Richtung verschiedene Vorschläge gemacht worden sind. Die Berufung der Parteiführer des Abgeordnetenhauses zum Kaiser soll hauptsächlich Informationszwecken dienen. Es soll untersucht werden, wie weit diese Idee bei den einzelnen Nationen Anhang findet.

Im Zusammenhang mit der Absicht der Bildung eines Völkerministeriums sind heute im Abgeordnetenhause die verschiedensten Gerüchte über den voraussichtlichen Chef des neuen Kabinetts aufgetaucht. In den letzten Tagen wurde von Herrenhausmitglied Hofrat *Lammajsch* gesprochen. Wie jedoch in unterrichteten Kreisen behauptet wird, ist eine Berufung des Hofrates *Lammajsch* als Kabinettschef nicht in Aussicht genommen. Es wurde vielmehr daran gedacht, Hofrat *Lammajsch* als Minister ohne Portefeuille in das neue Kabinett zu berufen.

Als zweiter Anwärter wurde auch Ackerbauminister Graf *Silva-Tarouca* genannt, von dem es bekannt ist, daß er ein Anhänger des Gedankens eines Völkerministeriums ist. Nach der Ansicht der parlamentarischen Kreise beruht jedoch auch dieses Gerücht kaum auf Wahrheit. Als sehr erster Kandidat wurde in den Abendstunden im Abgeordnetenhause Herrenhausmitglied Fürst *Friedrich Lobkowitz* genannt, dessen Name auch bereits anlässlich früherer Kabinettskrisen aufgetaucht ist und von dem man voraussetzt, daß er als einflussreiches Mitglied der Rechten des Herrenhauses auch das Vertrauen der slawischen Parteien erwarten konnte.

Die Idee eines Völkerministeriums findet bei den Parteien des Abgeordnetenhauses eine sehr kühle Aufnahme. Die Deutschen verhalten sich reserviert, tschechische Abgeordnete erklären ganz offen, daß sie sich durch einen solchen Schritt von ihrer bisherigen Taktik nicht abbringen lassen, die Polen sind fast alle abwesend und bereiten in Krakau ihre Nationalversammlung vor, die übrigen Parteien warten die Ereignisse ab. Man glaubt, daß die Entscheidung Anfang der nächsten Woche fallen wird.

Unter dem Eindruck der heutigen Krisengerüchte trat heute nachmittag die Obmännerkonferenz zusammen. Es wurde beschlossen, in der nächsten Woche mit den Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses auszusparen. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am 22. Oktober statt. Die kommende Woche ist mit Verhandlungen in der Delegation ausgefüllt. Montag ist der Heeresausmarsch, Mittwoch der Ausschluß für Neuzeres, Dienstag das Plenum der Delegation einberufen. Im Ausschluß für Neuzeres wird Minister des Neuzeren Graf *Burian* ein Exposé über die auswärtige Lage halten. Die Plenarsitzung der Delegation ist zwar nur als eine rein formale geplant, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß seitens der Delegierten verschiedene Anfragen gestellt werden, die mit den gegenwärtigen aktuellen Ereignissen zusammenhängen.

### Die zum Kaiser berufenen Abgeordneten.

Die Berufungen der Parteiführer zum Kaiser, die Ministerpräsident *Freiherr v. Sussarek* heute mittag bei seinen Besprechungen mit den Abgeordneten angekündigt hat, sind im Laufe der Abendstunden erfolgt. Die Audienzen werden Samstag nachmittags ihren Anfang nehmen und dürften voraussichtlich auch den ganzen Sonntag beanspruchen. Es werden beim Kaiser in Audienz erscheinen: Vom Verband der deutschnationalen Parteien *Dr. Waldner*, *Dr. Urban* und *Dr. Stözl*; von der Christlichsozialen Vereinigung *Hausner*, *Fink* und *Dr. Mataja*; als Vertreter der neuen deutschen Unabhängigkeitspartei Abgeordneter *Teufel*; von der Freiheitlichen Vereinigung Abgeordneter *Friedmann*; vom Klub der deutschen Sozialdemokraten *Dr. Adler*, *Seib* und *Seliger*; vom Polenklub *Dr. Tertil* und *Graf Baworowski*; von den polnischen Radikaldemokraten *Reizes*; von den Tschechen *Stanel*, *Klofac*, *Dr. Fiedler*, *Dr. Gruban* und *Lusar*; von den Rumänen *Dr. v. Sjoscescul-Grecul*; von den Südslaven *Dr. Poroshec* und von den Ukrainern *Dr. Petruszewycz* und *Dr. Eugen Lewicki*.

## Ein Kabinett Lammasch in Oesterreich.

Gerücht von einem ungarischen Ministerium Kamlyi.

Wie wir bestimmt hören, ist der österreichische Ministerpräsident Dr. v. Huszarz zur Disposition gestellt. Als sein Nachfolger ist vom Kaiser Hofrat Professor Dr. Lammasch in sichere Aussicht genommen, wenn nicht schon in dem Augenblick, in dem diese Zeilen erscheinen, seine Ernennung vollzogen ist.

In Ergänzung dieser Information geht uns folgende Meldung eines unserer Wiener Berichterstatter zu:

ir Wien, 10. Oktober.

Das Kabinett Huszarz beabsichtigt zurückzutreten. Huszarz hat heute die Parteiführer ersucht, sie mögen sich in den nächsten Tagen in Wien aufhalten, da Berufungen zum Kaiser zu erwarten seien. Der Ministerpräsident hat ferner mit einer Reihe von Parteiführern im Laufe des Vormittags konferiert. Die angekündigte Neuorientierung soll in Oesterreich schon jetzt vorbereitet werden. Damit in Verbindung steht das Gerücht von einem in Aussicht genommenen Kabinett Lammasch. Es wurde in der letzten Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß Hofrat Lammasch an die Spitze eines sogenannten Friedenskabinetts treten soll.

Von führender deutscher parlamentarischer Seite wird dazu bemerkt, daß ein Kabinett Lammasch bei den deutschen Parteien großen Widerständen begegnen würde, weil seine Ansichten über die auswärtige Politik der Monarchie sich mit den Anschauungen der deutschen Parteien nicht in Einklang bringen lassen.

Der Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca hat, wie verlautet, ein Programm für die künftige Neugestaltung Oesterreichs ausgearbeitet, das auf dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen fußt, und für dessen Durchführung ein aus Vertretern sämtlicher Nationen zusammengesetztes Koalitionskabinett zu sorgen hätte.

Einem weiteren uns zugegangenen Bericht zufolge ist in Wien und Budapest das Gerücht im Umlauf, daß das Ministerium Bekerle durch ein Kabinett ersetzt werden soll, an dessen Spitze Graf Michael Karolyi stehen werde.

## Eine Proklamation Kaiser Karls.

Drahtmeldung der „Frankfurter Zeitung“.

Wien, 10. Oktober.

Wie verlautet, steht eine Proklamation des Kaisers „An meine Völker“ bevor, die sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bezieht.



## Das neue Oesterreich.

Drachmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 11. Oktober.

Oesterreich wie Ungarn sind im Begriff, eine tiefgreifende Umwandlung ihres Regierungssystems durchzuführen; in Wien, wie in Budapest stehen, wie schon kurz mitgeteilt, Kabinettswechsel bevor, die den Boden für den Neuaufbau ebnen sollen. Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat, wie das Fremdenblatt meldet, den Parteiführern gestern mitgeteilt, daß das Kabinett entschlossen sei, zurückzutreten, und Kaiser Karl wird morgen einundzwanzig Parteiführer zu programmatischen Besprechungen in Audienz empfangen. Diese beiden Tatsachen stehen mit der bevorstehenden Neuordnung im engsten Zusammenhang. Es ist begreiflich, daß die Krone angesichts der Bewegung, die unter der Parole des Selbstbestimmungsrechts auch alle österreichischen Nationalitäten ergriffen hat, das Bedürfnis fühlt, in enge Fühlung mit den Vertrauensmännern dieser Nationalitäten zu treten.

Ueber die Grundlagen der bevorstehenden Verhandlungen verlautet: Den Nationen Oesterreichs sollen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts solche Zugeständnisse eingeräumt werden, daß sie sich als Staaten konstituieren können. Zur Durchführung der Umformung soll ein sogenanntes „Völkerministerium“ eingesetzt werden, in das alle Völker ihre Vertreter zu entsenden hätten. Diese Errichtung nationaler Staaten soll sich selbstverständlich innerhalb der Grenzen der Monarchie vollziehen, und ihre Gesamtheit soll aufrecht erhalten bleiben.

An die Spitze dieses Völkerministeriums soll, wie verlautet, Hofrat v. Lammasch treten. Hofrat v. Lammasch steht politisch den Christlich-Sozialen sehr nahe. In den letzten Jahren hat er energisch an der Herbeiführung des Friedens gearbeitet, bisweilen allerdings in einer Weise, die vielfach, namentlich in Deutschland, Bedenken erregt hat. Zugleich mit seinen pazifistischen Bestrebungen hat er auch immer auf die Umwandlung Oesterreichs in einen Föderativstaat freier Nationen gedrängt.

In anderen Kreisen wird indessen bestritten, daß Lammasch an die Spitze des nächsten Ministeriums treten werde; ihm sei vielmehr nur ein Ministerposten ohne Portefeuille zugebach. Als mögliche Ministerpräsidenten werden neben Lammasch der Fürst Ferdinand Lobkowitz und der Ackerbauminister Graf Sclva-Larouca genannt, der als Anhänger des Gedankens eines Völkerministeriums gilt. Der Name des Fürsten Lobkowitz ist bereits bei früheren Kabinettskrisen aufgetaucht. Man glaubt, daß der Fürst das Vertrauen der Slowen besitze. (Fürst Lobkowitz, 1908—1913 Oberstlandmarschall von Böhmen, ist seit dem Oktober 1917 dritter Vizepräsident des Herrenhauses.) Als Minister kommen u. a. Professor Joseph Redlich, ebenfalls ein Anhänger der Föderalisierung, und der sozialdemokratische Abgeordnete Renner in Betracht. Auch andere Männer, die sich eingehend mit der Autonomiefrage befaßt haben, gelten als „Winksträber“.

Hofrat Lammasch hat heute auf Befragen erklärt, er habe noch keine Berufung erhalten. Er sagte, der Friede sei auf dem Wege; er zeigte sich in dieser Ansicht sehr erwartungsvoll.

Die deutschen Parteien verhalten sich dem Gedanken des Völkerministeriums gegenüber vorläufig noch reserviert. Unter den Sozialdemokraten sind die Anschauungen scheinbar noch geteilt. Die Polen, die in Krakau ihre Nationalversammlung vorbereiten, sind von Wien abwesend.

Folgende Abgeordnete werden morgen beim Kaiser zur Audienz erscheinen: Vom Verbands der deutsch-nationalen Parteien die Abgeordneten Dr. Waldner, Dr. Urban und Dr. Stöckel; von der christlich-sozialen Vereinigung Dr. Hausner, Fink und Dr.

Mataja; als Vertreter der neuen deutschen unabhängigen Partei Abgeordneter Teufel; von der freiheitlichen Vereinigung Dr. Friedmann; vom Klub der deutschen Sozialdemokraten Dr. Adler, Seif und Seliger; vom Polenklub Dr. Tertil und Graf Barworowski; von den polnischen radikalen Demokraten Abgeordneter Reichus; von den Tschechen Dr. Fiedler, Dr. Gruban, Tuffar, Stanek und Klossac; von den Ruthenen Dr. Jospicul-Grecul; von den Südslawen Dr. Korofec; von den Ukrainern Petruczewicz und Dr. Eugen Lewickij.

Budapest, 10. Oktober.

Zu der Nachricht, daß ein Manifest des Kaisers über die Neuordnung in Oesterreich bevorstehe, erzählt „As Est“: Die Führer der ungarischen Parteien Graf Stefan Tisza, Graf Julius Andrássy und Graf Apponyi sowie der Ministerpräsident Dr. Bekerele haben in ihren heutigen Audienzen beim Kaiser ihren Bedenken gegen das Manifest Ausdruck gegeben. Ob es ihnen gelungen ist, den Kaiser von der Nichtigkeit ihrer Bedenken zu überzeugen, bleibt abzuwarten.

**Oesterreichischer Reichsrat.**

**Abgeordnetenhaus.**

(91. Sitzung.) Beginn der Sitzung 11 Uhr.

**Klärungsdebatte und dringliche Anfragen.**

Abg. Dr. *M i c h e j d a* (Polen) beschäftigt sich mit dem für die nächste Zeit nach Troppau einberufenen deutschen Volkstage und wendet sich dagegen, daß auf diesem Volkstage für die Errichtung einer Provinz Deutsch-Schlesien Propaganda gemacht werden soll, welcher nicht nur von Deutschen bewohnte Gebiete, sondern auch von Tschechen und Polen bewohnte Teile Schlesiens und außerdem bedeutende Gebietssteile Mährens zugeschlagen werden sollen. Redner beschäftigt sich sodann mit den Landesverhältnissen in Schlesien und führt Beschwerde über die Zurücksetzung der polnischen und tschechischen Bevölkerung in der Verwaltung Schlesiens. Deutsches Schwerkapital und deutscher Großgrundbesitz gründeten die sogenannte deutschfreundliche Partei. Die polnische Bevölkerung in Schlesien will den Frieden, und sie ist überzeugt, daß er kommen muß, da sich nun das deutsche Volk in Deutschland wie ein Mann erhoben und die neue von Wilson propagierte Weltordnung angenommen erklärt hat.

11./X. 1918

86

## Abgeordneter Dr. Mataja über die Verleumdungen eines Budapester Sensationsblattes.

Das in Budapest erscheinende Sensationsblatt „Az Est“ (Abend) hatte gegen den Abg. Dr. Mataja die Beschuldigung erhoben, daß er Lieferungs-geschäfte mache. Um dem Angegriffenen Gelegenheit zu geben, öffentlich gegen diese Beschuldigungen Stellung zu nehmen, veranstaltete der Deutsche Wählerverein Leopoldstadt Montag abends in Reisinger's Saal in der Großen Stadlgasse eine stark besuchte Versammlung, zu der u. a. erschienen waren: Reichsratsabgeordneter Stadtrat Dr. Mataja, der gewesene Pfarrer Schnabl, die Gemeinderäte Körber, Jung und Pöner, die Bezirksräte Coufal, Jünger, Ludikowsky, Scheibenreif (Landstraße) und Kammer (Neubau), der Vorsitzende des Ortschulrates Leopoldstadt Direktor Bichler, Armeninstitutsobmann Junghofer, Oberbezirksarzt Dr. Wielsch, die Kooperatoren Fuß und Persch, Betriebsleiter Niedermayr, Schriftleiter Nial, der Obmann des Leopoldstädter Volkswahlvereines „Dr. Karl Lueger“ Bezirksrat Wiesinger, Hasenkapitän Inspektor Peithner v. Lichtenfels, Vizepräsident des Schifferverbandes Kapitän Milosch, der Obmann des Christlichen Hausbesorger- und Portiervereines Gangwolf, der Obmann der Straßenbahnbediensteten Armenrat Nagy, Vorsitzende Frau Bodenik mit den Ausschüßdamen des Christlichen Frauenvereines „Donau-stadt“, der Ausschüß des Landstrafer Volkswahlvereines, der Obmann des Christlich-deutschen Jungherrenklubs Leitner, zahlreiche Armenräte usw., ferner als Regierungsvertreter Polizeikommissär Zeidler.

Altvorsteher Jägerberger sagte in seiner Begrüßungsansprache: Unser einziges Denken ist bei unseren Soldaten im Felde und aller innigster Wunsch ist es, daß es diesen Helden gelingen möge, die Feinde zu besiegen, und daß uns in ehester Zeit ein ehrenvoller Friede beschieden sein möge. (Stürmische Zurufe.) Trotzdem wir die politische Tätigkeit voll und ganz zurückgestellt haben, können es manche Gegner es nicht unterlassen, Angriffe gegen unsere Partei oder deren Vertreter zu richten. Der Redner verwies auf die Angriffe gegen Abg. Dr. Mataja, den Vertreter des Wahlkreises im Reichsrate.

Abg. Stadtrat Dr. Mataja führte hierauf u. a. aus: Ich bin so heimtückisch und schwer von einer Zeitung angegriffen worden, daß mir nur der Appell an meine Wähler übrig bleibt, damit mir nicht in späterer Zeit der Vorwurf gemacht wird, daß ich eine so schwerwiegende Beschuldigung hätte auf mir sitzen lassen. Ich habe eine Berichtigung der Zeitung eingeschickt, sie hat sie aber nicht in entsprechender Weise gebracht. Die Zeitung „Az Est“ hat nämlich am 20. September 1918 eine Notiz gebracht, in welcher ich beschuldigt werde, daß ich angeblich an Lieferungs-geschäften beteiligt sei und mit dem Schwiegersohne des Bürgermeisters, Herrn Schmalzhofers, der sich in ein Sanatorium zurückgezogen habe, Lieferungs-geschäfte abgeschlossen hätte und mit noch zwei christlich-sozialen Abgeordneten infolge übergroßer Gewinne in eine unangenehme Lage geraten sei. Ich habe am 25. September an die Redaktion des „Az Est“ eine Berichtigung geschickt, in welcher ich sage:

„Bis zu dem Augenblicke, in dem ich die Notiz Ihres Blattes vor Augen bekam ist es nie irgend jemand beige-fallen, irgend welche mit Lieferungen oder Lieferungsgewinnen irgendwie im Zusammenhange stehende Beschuldigungen oder auch nur Zweifel irgendwelcher Art mir gegenüber laut werden zu lassen. Ich bin an Lieferungen welcher Art immer in keiner Weise interessiert und habe niemals mit irgend jemanden Lieferungs-geschäfte abgeschlossen. Sofern es mir möglich war, an der Approvisionierung des Landes mitzuwirken, habe ich selbstverständlich niemals daraus Gewinn gezogen. Die Nennung meines Namens in einem derartigen Zusammenhang ist daher vollständig aus der Luft gegriffen. Meinem leider seit 6. August l. J. sehr schwer erkrankten Freunde Schmalzhofers kann Ihre Notiz infolge ärztlichen Verbotes vorläufig nicht zur Kenntnis gebracht werden.“ — Daraufhin hat der „Az Est“ am 1. Oktober, also eine Woche später, so daß er Zeit genug gehabt hätte, sich über das, was er gebracht hatte, zu informieren, einfach eine entstellte „Berichtigung“ gebracht. Es kann nun vorkommen, daß eine auswärtige Zeitung über hiesige Verhältnisse falsch informiert wird. Aber es hätte der Redaktion „Az Est“ auffallen müssen, daß, obwohl ich

politische Gegner in Wien genug habe, keine derartige Beschuldigung in einem Wiener Blatte gegen mich erhoben wurde. Wenn es etwas gibt, was mit der Stellung eines Volksvertreters unvereinbar ist, so ist es das, gerade in der heutigen Zeit aus den schweren Verhältnissen Nutzen zu ziehen. Ich habe dem „Az Est“ klar und deutlich meine Meinung geschrieben. Der „Az Est“ sagt: „Die Angelegenheit des Dr. Mataja.“ Es gibt keine Angelegenheit Dr. Mataja! Es gibt nur Verleumdungen des „Az Est“ (Stürmischer Beifall). Ich fordere den „Az Est“ auf, wenn er nicht den Vorwurf gemeiner Verleumdung verdienen will, mit seinem Material herauszukommen und zu sagen, was ich für Lieferungs-geschäfte gemacht habe. Heraus mit der Sprache! (Laute Zustimmung.) Es wird niemand glauben, daß meine politischen Gegner mich nicht angreifen würden, wenn sie Grund dazu hätten. Also „Az Est“ heraus mit der Sprache und mit dem „Material“, sonst bist du gerichtet in den Augen aller anständigen Menschen! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Gemeinderat Körber betonte, daß schon die Schreibweise „es soll“, „wie es heißt“ das Vorgehen des „Az Est“ kennzeichne und versicherte, die Wählerschaft habe unerwartliches Vertrauen zu Dr. Mataja und werde ihn gegen solche elende Gegner unentwegt unterstützen. (Großer Beifall.) Direktor Bichler beantragte daraufhin eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung, die einstimmig unter stürmischen Kundgebungen für Abgeordneten Mataja angenommen wurde. Nach einigen Schlussworten des Vorsitzenden Jägerberger wurde die Versammlung geschlossen.

Anschließend an die Versammlung beim Reisinger fand in Mittermanns Gastwirtschaft am Volkertplatz eine zweite Versammlung statt, zu der sich eingefunden hatten GR. Körber, Altvorsteher Jägerberger, die Bezirksräte Wiesinger und Jünger, Kooperator Persch, Betriebsleiter Niedermayr, der Obmann des christlich-deutschen Jungherrenklubs Landes-offizial Sechor, die Armenräte Nagy, Staudinger, Rudolf, Wöllner, Wimmer, Eppl u. a. m.

GR. Körber geißelte unter stürmischem Beifalle den Verleumdungs-feldzug des „Az Est“ gegen Reichsratsabgeordneten Dr. Mataja und forderte in zündenden Worten die Anwesenden auf, dem Angegriffenen das vollste Vertrauen der Wählerschaft zu bezeugen. (Stürmischer Beifall.) In ähnlichem Sinne sprach der Obmann des Arbeitervereines Futterlnecht, der auch das wucherische Treiben und die Praktiken „gewisser“ Lebensmittelhändler erörterte und bemerkte, daß die sozialdemokratische Konsumvereinswirtschaft im Kriege vollständig versagt habe. In anerkennenden Worten betonte Redner die rastlose Tätigkeit des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner. (Lebhafter Beifall.) Sodann wurde die Versammlung beendet.

## Der südslawische Nationalrat.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Ugram, 11. Oktober.

Der Bericht über die Verhandlungen zur Schöpfung des südslawischen Nationalrates wurde heute von der kroatisch-serbischen Koalition zur Kenntnis genommen. Damit ist der Nationalrat als geschaffen zu betrachten. Es handelt sich nur noch um einige Formalitäten, die schon in den morgigen Beratungen der Parteibesorgerten erledigt werden dürften. Der Nationalrat umfasst Kroatien, Slavonien, die kroatisch-serbische Koalition, die Starcevic-Partei, die Koalition der Dissidenten, die Bauernpartei, die Jung-Serben und die Sozialdemokraten, d. h. alle Parteien Kroatiens mit Ausnahme der Frank-Partei. Ferner in Bosnien und der Herzegovina sämtliche Parteien mit Ausnahme der kroatisch-separatistischen Stadler-Gruppe und der muslimanisch-separatistischen Arnautovic-Gruppe. Endlich in Dalmatien und Istrien alle kroatischen Parteien sowie die slowenischen Parteien im Krain und in das slowenischen Gebieten Kärntens und der Steiermark mit Ausnahme der Euferrasse-Gruppe, so daß der neugeschaffene Nationalrat 90 v. S. der südslawischen Bevölkerung Oesterreich-Ungarns umfaßt. Ihm werden auch die Südslawen aus Ungarn beitreten. Auch die serbische radikale Partei wird sich anschließen, während sich in der sogenannten Frank-Partei die Auflösung der gegenwärtigen Parteileitung vorbereitet, damit den übrigen Mitgliedern der Weg zum Eintritt ermöglicht werde. Auch Serbien und Montenegro sind vom südslawischen Nationalrat nicht ausgeschlossen.

Der Nationalrat sieht auf dem Standpunkt, daß die südslawische Frage keine innere Angelegenheit der Monarchie, sondern eine internationale Angelegenheit ist. Infolgedessen fordert er die Vertreter der Südslawen in der Monarchie auf, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Er vertritt alle Rechte der Südslawen in enger Anlehnung der Südslawen an Böhmen und Polen sowie an die künftige russische Konföderation, verschließt sich aber nicht der Notwendigkeit einer friedlichen Verständigung der befreiten Slawen mit dem demokratischen Deutschland und der befreiten ungarischen Nation.

**Die tschechischen Bestrebungen.**

Drahtmeldung des „Voissischen Zeitung“.

Wien, 12. Oktober.

Die Delegation der Tschechen, die beim Kaiser in Audienz erscheinen wird, wird die gleiche extreme Erklärung abgeben, die vor den Parlamenten abgegeben wurde. Falls der Kaiser eine provisorische Regierung des selbständigen tschechischen Staates anerkennen will, würden sich die Tschechen an einer Liquidation des alten Oesterreich beteiligen. Darüber besteht vollste Einigkeit unter den verschiedenen tschechischen Parteien und ihren fünf Vertrauensmännern Stanel, Klossac, Fiodler, Gruban, Tusar. Bei der Aufstellung eines eigenen Regierungsprogramms aber gehen die Ansichten dieser Herren auseinander.

Abgeordneter Stanel berollt jetzt den tschechischen Nationalrat in Prag für nächste Woche vor. Bis dahin wird der Entschluß des Kaisers feststehen und eine deutliche Antwort Willens

vorliegen. Die tschechischen Demokraten versuchen, den Chauvinismus ihrer Landsleute zu dämpfen. Klossac mißbilligt die scharfe Sprache gegen die Deutschen im Reichsrat, da das tschechische Volk nach dem Kriege einerseits im eigenen Lande mit erheblichen deutschen Minderheiten zu rechnen habe und mit Deutschland auf einem guten Fuße leben müsse; denn wirtschaftlich sei man aufeinander angewiesen, und Flume dürfe nicht den einzigen Ausgangshafen darstellen; die Elbe und Hamburg seien für Prag von großer Bedeutung. Hierin müßten viele Tschechen umlernen. Andererseits widersteht sich der tschechische Hochadel dem völkischen Aufsteigen in Oesterreich und hofft, daß die Slawen in einem föderalisierten Staate die Uebermacht gewinnen werden. Demgegenüber erstreben die tschechischen Demokraten ganz andere Ziele: Der neue tschechische Staat soll ein Staatswesen auf völlig demokratischer Grundlage sein.

Vorerst bildet aber für alle die Erringung der tschechischen Selbständigkeit und die Bildung einer provisorischen tschechischen Regierung die Hauptsache. Ebenso werden die Polen und Südslawen bei der Audienz, wenn auch höflicher im Ton, die kaiserliche Anerkennung ihres selbständigen Staates zur Voraussetzung jeglicher gemeinsamen Regierungsarbeit für die Liquidierung des Krieges machen.

## Der Systemwechsel in Oesterreich-Ungarn.

W Budapest, 11. Oktober.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

„Post Nipio“ meldet aus Wiener Quelle, daß Handelsminister Baron Eysler als homo regius eine politische Mission erhalten hat. Baron Eysler wird unverzüglich mit den Parteiführern in Verbindung treten und über seine Verhandlungen mit den Politikern, auch mit außerhalb des Parlaments stehenden Führern, dem König Bericht erstatten. Das gleiche Blatt meldet, daß die Person des Fürsten Windisch-Grätz abermals in den Vordergrund getreten sei. Man wolle durch eine Konstruktion Windisch-Grätz einen Übergang schaffen.

Die „Nz Ost“ von wohlinformierter Seite aus Wien vernimmt, ist dem Prinzen Ludwig Windisch-Grätz bei der Lösung der ungarischen Krise eine höchwichtige entscheidende Rolle zugebach. Er ist zum gemeinsamen Minister des Neußern anzuersuchen. Nach einer anderen Besart, die sich auf eine Mitteilung des Grafen Eissa in der gestrigen Besprechung der Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses stützt, laut der Graf Julius Andrássy der geeignetste Mann sei, um die Monarchie bei den Friedensverhandlungen zu vertreten, erzählt man, daß der Minister des Neußern Graf Burian seinen Platz verlassen müsse und an seine Stelle Graf Julius Andrássy treten soll.

Zu Abigen wird eine Reihe von Politikern als Kandidaten für die Ministerpräsidentenschaft genannt. Als erster Prinz Ludwig Windisch-Grätz, dann Baron Julius Blässies, den der derzeitige Ministerpräsident Dr. Welser als Nachfolger empfohlen hat, der aber abgelehnt haben soll, ferner Ludwig Kovacs. Die neue Regierung soll, dem Betrachtern nach, eine Koalitionsregierung aus den Vertretern aller Parteien sein, deren Hauptaufgabe die Durchführung der Demokratisierung der ungarischen Politik sein würde. Man sucht, an die Spitze der Regierung einen Politiker zu stellen, der im Krieg nach seiner Richtung hin exponiert ist.

Nach einer Nachricht wird der Redakteur des Zentralorgans der ungarländischen sozialdemokratischen Partei Ernst Carant auf Antrag des Prinzen Windisch-Grätz zum König zur Audienz berufen.

Aus politischen Kreisen Kroatiens wird der Berichtshatter des „Blag“ dahin informiert, daß Kroatien sich entschlossen habe, einen kroatischen Nationalrat zu gründen, weil es davon überzeugt sei, daß heute kroatische Politik nur auf äußerster Grundlage gemacht werden kann. Die Slowenen und Dalmatiner haben schon früher einen gemeinsamen Nationalrat errichtet. Das Auftreten des Grafen Eissa in Kroatien und Dalmatien hat die Parteien dort zu einem Zusammenschluß bewogen.

## Der Zusammenschluß der Deutschen.

Wien, 11. Oktober.

Der Obmann der deutsch-böhmischen Vereinigung hat den deutsch-böhmischen Sozialdemokraten mitgeteilt, daß die deutsch-böhmische Vereinigung dem Standpunkt der sozialdemokratischen Partei Rechnung trage, wonach an dem geplanten gemeinsamen deutschen Ausschusse nur Abgeordnete des allgemeinen Wahlrechts teilnehmen dürfen. Uebrigens hätten die Mitglieder des Herrenhauses auf die Teilnahme verzichtet. Die Sozialdemokraten antworteten, daß sie bereit seien, an der Beratung der deutsch-böhmischen Abgeordneten teilzunehmen, deren Zweck vorderhand eine Aussprache zur Orientierung über die Lage in Deutsch-Böhmen sein würde.

### Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Ungarn.

— Die Auffassung der Deutschen.

Aus Wien wird uns von deutsch-österreichischer Seite geschrieben:

Der Beschluß der deutschbürgerlichen Parteien den bekannt in einer gemeinsamen Besprechung mit den deutschen Sozialdemokraten von diesen vorgelegten Antrag, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Oesterreich, anzunehmen und die in derselben Richtung sich bewegende knappe, aber um so klarere Entschliebung des deutschen Volkstrates in Oesterreich, haben die innerpolitische Lage für die Deutschen außerordentlich geklärt. Sämtliche deutschen Parteien in Oesterreich haben damit der Entwicklung der Dinge Rechnung getragen und einen festen Boden unter ihren Füßen gewonnen, der tragfähig genug ist, um als Grundlage für ihre entscheidene Stellungnahme gegenüber allen Möglichkeiten zu dienen. Bisher hatten die deutschbürgerlichen Parteien der slavischen Politik gegenüber versucht, die zentralistische Auffassung vom Staate zu verteidigen, ohne Rücksicht auf die damit für sie verbundene nationalen Opfer. Dadurch, daß sie diese Position geräumt haben, ist die große slavische Offensive, die für die Herbitzung des Reichstrates verlaunt war, zum Aufstöße geworden während die Deutschen dadurch, daß sie sich auf ihr Selbstbestimmungsrecht zurückgezogen haben, sich in eine taktisch ganz unangenehme Stellung befinden. Daß dabei auch die nationalpolitische Einheit aller Deutschen in Oesterreich gewonnen wird, ist ein weiterer nicht hoch genug anzuschätzender Gewinn.

Die neue innerpolitische Front der Deutschen

ist damit, daß sie ihnen volle Freiheit des Handelns nach jeder Richtung hin gewährt, wie sie seit die Ereignisse an sich heranreifen lassen können, und darum ist es auch man gebracht schon bei dem gegenwärtigen Zustande der Dinge allerlei neue Verfassungskläre zu schmieben. In politischer, wirtschaftlicher und nationaler Beziehung genügt den Deutschen in Oesterreich das Selbstbestimmungsrecht vollständig. Der Vorschlag, jetzt schon die Gesamtheit der deutschen Reichsratsabgeordneten aus dem Abgeordnetenhaus auszuschließen und zu einer nationalparlamentarischen Vereinigung, ist deshalb ebenso unzeitgemäß, wie die Verhinderung der Rückführung der Dinge in Ungarn die Deutschen auf ein großösterreichisches föderatives Programm festzulegen.

Durch die Entwicklung der Dinge in Oesterreich ist auch in Ungarn die Frage der nationalen Autonomie als Ausfluß des nationalen Selbstbestimmungsrechtes akut geworden und in ungarischen Regierungskreisen besteht die Meinung, durch eine Revision des Ausgleichs mit Croatien einzustimmen und durch die Lösung der Realunion mit Oesterreich die ungarische Verfassung vor weiteren Erschütterungen zu schützen. Graf Apponyi ist der Ansicht, daß der Dualismus bereits der Geschichte angehöre, der „Reiter Sturz“ aber die Ansicht, daß Ungarn, im Falle des Verschwindens der letzten Reste der österreichischen Staatseinheit, seine Aktionsfreiheit wieder gewinnen würde, und der frühere ungarische Justizminister Greska berichtet sich dahin aus, daß der selbständige ungarische Staat bereits auf den kommenden Friedensverhandlungen eine eigene Vertretung erhalten müsse. Die Deutschen in Oesterreich stehen auf dem Standpunkte unzureichender Ursache zu haben, Ungarn zu Liebe die letzten Reste staatlicher Einheitlich-

keit in Oesterreich zu verteidigen, wie sie Veranlassung haben, zur Zeit mit größter Reichhaltigkeit Programme zu formulieren und Maßnahmen, Polen und Tschechen mit Vorschlägen nachzulassen, die, wenn sie durchführbar sind, weit mehr im Interesse der so Unwohlhabenden als in dem der Verbesserten liegen. Man hält es jedenfalls für viel klüger, sich auf den Antrag der wirtschaftlichen Verbände zu verlassen, der sich von selbst einstellt und gewisse Verbindungen schafft, als von vorneherein die Maßnahmen zu solchen Bindungen überreden zu wollen, was nur in Begehung sehr wesentlicher Opfer und Zugeständnisse seitens der Deutschen geschehen könnte. Wenn man die Deutschen braucht, und sie haben will, wird man auch den Weg zu ihnen finden; ihre Anschrift ist bekannt; deutsches Selbstbestimmungsrecht.

Dur die Zeit hat sich aus den Entschliebungen der deutschen Parteien zunächst die Notwendigkeit einer Umorganisation ergeben. Naturgemäß läßt sich diese nicht so rasch bewerkstelligen und so mußte die für den letzten Dienstag nach Prag einberufene Verkammlung der tschechischen Volkstrate verschoben werden.

12./X. 1918

**Oesterreichische Delegation.**

In der gestrigen Sitzung des Subkomitees des Heeresauschusses für Heereslieferungen erstattete Del. Glöckel das Referat über die mit dem Kriegsministerium in unmittelbarer Verbindung stehenden Zentralen. Er verlangt zunächst Aufklärung darüber, warum das Kriegsministerium durch lange Zeit die Aufbringung von Leder der Firma Allina und Schnabel überlassen habe, die dadurch außerordentliche Gewinne erzielte. Die Heeresverwaltung hätte vom ersten Tage an in eigener Regie die Aufbringung und Verwertung der Häute durchführen können, wie es im Deutschen Reiche üblich sei. Die außerordentliche Ledernot verlange gebieterisch Sparsamkeit in der Verwendung des Leders im Heere, aber auch eine wesentliche Erhöhung des Lederkontingents für die Zivilbevölkerung. Es sei unhaltbar, daß für das Jahr 30,5 Millionen Kilogramm für die Armee und nur 2,5 Millionen Kilogramm für die gesamte Zivilbevölkerung zugewiesen werden. Der Referent verlangt die sofortige Vorratsaufnahme von Leder und eine planmäßige Bekämpfung des Schleichhandels, da durch ausgedehnte Diebstähle und Mißbrauch der Amtsgewalt der Schleichhandel auf diesem Gebiete so ungeheuer habe um sich greifen können.

An der Geschäftsgebarung bei Aufbringung und Verwendung des Metalls übt Redner in der Richtung Kritik, daß Kunstgegenstände und Familienstücke aus der Metallsammlung in einer Ausstellung vereinigt und verkauft und verteilt worden seien. Dadurch habe man sehr berechtigte Empfindungen verletzt. Er verlangt, daß die Budabester Firma Manfred Weiß die Erzeugung von Kupfervitriol sofort einstelle, da sonst für sie die Verwertung sehr nahe sei, die zugewiesenen Kupfermengen nicht ausschließlich für Heereszwecke zu verwenden. Schließlich

stellt er die Anfrage, wie hoch die gegenwärtigen Vorräte an Metall, sowie die Kontingente an Petroleum, Benzin, Gas, und Heizöl sind und wieviel davon dem Zivilkonsum zugeführt werde.

Die Sitzung wurde hierauf abgebrochen.



## Kleindeutsch und großdeutsch.

Von Ludo W. Hartmann.

Die Entstehung des österreichisch-habsburgischen Weltreiches hatte das ohnehin schon lockere Gefüge des mittelalterlichen Deutschen Reiches gesprengt. Die Landesfürstentümer errangen sich seit dem Dreißigjährigen Kriege die Souveränität, und das stärkste von ihnen, Preußen, wurde selbst im achtzehnten Jahrhundert, zur Zeit Friedrichs des Großen, zur europäischen Großmacht. Damit war, als das von Napoleon schon bezugene Deutsche Kaiserreich in den Befreiungskriegen als Deutscher Bund wieder auferstand, der Dualismus zwischen Oesterreich und Preußen gegeben, der den deutschen Einheitsstaat in der europäischen Mitte unmöglich machte, solange das fürstliche Machtinteresse, das habsburgische wie das hohenzollerische, entscheidend blieb.

Als während der Stürme des Jahres 1848 auch in Deutschland die nationalen Wünsche wieder zu Worte kamen, boten sich logisch zwei Möglichkeiten der Lösung, um den Einheitsstaat zu begründen: die eine war die großdeutsche, welche über die Machtinteressen hinweg wirklich alle deutschen Länder in und unter einem Bundesstaat vereinigen wollte mit Einschluß der deutschen Provinzen Oesterreichs, wobei es dahingestellt blieb, in welches Verhältnis die übrigen habsburgischen Länder zu dem neu zu begründenden Deutschen Reiche zu treten hätten. Es war die demokratische Lösung der äußersten Linken des Frankfurter Parlaments, die in ihrem Programm verkündete: „Aus dem Rechte der freien Selbstbestimmung folgt, daß jeder Mensch, jede Gemeinde, jeder Einzelstaat, jede Nation die eigenen Angelegenheiten nach eigener Wahl entweder unmittelbar selbst oder mittelbar durch Beauftragte ordnen und besorgen kann. Die Achtung des Rechtes anderer bringt es mit sich, daß kein Mensch, keine Gemeinde, kein Einzelstaat, keine Nation andere unterdrücken, sich über sie erheben, sich in die eigentümlichen Angelegenheiten derselben mischen darf.“ Die Männer der anderen Lösung wollten den Knoten durchhauen, indem sie mit Berücksichtigung der fürstlichen Machtinteressen am Körper des Reiches eine Amputation durch Ablösung der deutschen Provinzen Oesterreichs vornehmen und dem verstümmelten Körper der Nation die preussische Spitze aufsetzen wollten. Diese kleindeutsche Lösung war eigentlich keine Lösung, sondern eine Umgehung des Problems. Aber die Revolution wurde durch die Fürsten gemeinsam niedergeworfen und so blieb alles beim alten, bis Bismarck das kleindeutsche Programm wieder aufnahm und es durch den Krieg von 1866 auch durchführte.

In diesem kleindeutschen Programm hat Bismarck seither unentwegt festgehalten und seine äußere Politik demgemäß gestaltet, indem er sich von landesfürstlichen und preussischen, nicht von demokratischen und nationalen Gesichtspunkten leiten ließ. Er schreibt in seinen „Gedanken und Erinnerungen“: „Neue Bildungen auf dieser Fläche (Oesterreich) könnten nur dauernd revolutionärer Natur sein. Deutsch-Oesterreich könnten wir weder ganz noch teilweise brauchen, eine Stärkung des preussischen Staates durch Erwerbung von Oesterreichisch-Schlesien und Stücken von Böhmen nicht gewinnen, eine Verschmelzung des deutschen Oesterreich mit Preußen würde nicht erfolgen, Wien als ein Zubehör von Berlin aus nicht zu regieren sein.“ Daher war sein Ziel die Erhaltung des alten undemokratischen und antinationalen Oesterreich und das Bündnis mit diesem Oesterreich, um es zu erhalten und aus ihm, aus seinen nichtdeutschen Bestandteilen eine Stütze des Deutschen Reiches zu machen.

Bismarcks außenpolitische Kombinationen, so großartig sie waren, waren doch bedingt und beschränkt durch seinen junkerlichen machtpolitischen Gesichtskreis. Das Schlagwort von der „Bindung der westslawischen Völker durch Oesterreich“, eigentlich eine Fortsetzung und Ausgestaltung der ungeligen Polenpolitik des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, war ein Ausfluß dieser Anschauungen und des Glaubens an die Möglichkeit, die Völker durch eine dynastische Vorherrschaft dauernd niederzuhalten. Es hat sich in diesem Kriege nicht bewährt und nicht bewähren können. Mit ihm ist die Bismarcksche kleindeutsche Außenpolitik zusammengebrochen, aus Gründen, die in ihr selbst lagen — mögen auch seine unfähigen Nachfolger zur Beschleunigung des Bankrotts beigetragen haben. Zugleich ist aber auch das neue demokratische Deutschland auf dem Wege, das den Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen aufgenommen und aus ihm jetzt seine Folgerungen zu ziehen hat.

Das Selbstbestimmungsrecht ist aber seit den neuesten Ereignissen auch in Oesterreich anerkannt und die sozialdemokratische Resolution hat aus ihm die richtige Folgerung gezogen, daß sich auch das deutsche Volk in Oesterreich vorbehält, über sein Verhältnis zum Deutschen Reiche selbst zu bestimmen.

12./X. 1918

97

## Die Berufungen zum Kaiser.

### Die Tscheken gegen ein Liquidationskabinett.

Morgen, Samstag, werden die Führer der Parteien im Abgeordnetenhaus vom Kaiser empfangen werden. Ueber den Zweck dieser Audienzen ist noch nichts bekannt geworden. Die Vermutungen in parlamentarischen Kreisen gehen teils dahin, daß die Krone sich über die Stimmung der Volksvertreter und über deren Ansichten, betreffend die nächsten Schritte in der Neuordnung des Staates unterrichten wolle, teils dahin, daß die Krone den Parteiführern eine wichtige Eröffnung zu machen beabsichtige, womit auch die Ankündigung eines kaiserlichen Manifestes zusammenhängt. Es ist heute für keine der beiden Versionen ein Anhaltspunkt gegeben, da noch nicht einmal über die Form des Empfanges etwas bekannt ist, und man nicht weiß, ob die Parlamentarier einzeln, bezw. parteiweise oder korporativ empfangen werden.

Ueber den Weg, auf dem nun die Neuorientierung der Staatsverfassung durchzuführen wäre, herrscht noch keinerlei Klarheit unter den Parteien. Die slavischen Erklärungen zielen bisher dahin ab, daß zunächst die Nationsvertretungen, die nationalen Gemeinwesen auf dem Boden Oesterreichs, geschaffen und dann über die Form der Verbindung derselben untereinander verhandelt werden sollen. Auch ein Teil der deutschen Abgeordneten wäre bereit, diesen Weg einzuschlagen mit der Begründung, daß es die nächste Aufgabe der Deutschen in Oesterreich sei, ihr Haus zu bestellen, und daß erst dann die gemeinsamen Interessen aus freien Entschlüssen festgestellt und organisiert werden sollen; überdies würde nach Auffassung dieser Kreise bei den slavischen Völkern, wenn man ihre Chauvinisten derart auslaufen ließe, am raschesten das Bewußtsein der gemeinsamen Interessen zur Geltung kommen. Auf der anderen Seite wendet man aber dagegen ein, daß dann in der Uebergangszeit die gemeinsamen Angelegenheiten ohne Schutz und Vertretung wären und daß ein allgemeines wirtschaftliches und finanzielles Debacle aus dieser Kozkur sich unfehlbar ergeben würde; man schlägt dort vor, daß sich die Nationen auf dem Boden des Reichsrates über die künftige Form nicht nur ihres nationalen Gemeinwesens, sondern auch des künftigen Zusammenschlusses verständigen sollen und daß zur Durchführung dieser Verständigung ein Konzentrationsskabinett geschaffen werden soll, in dem alle Volksstämme vertreten wären und das in die neuen Verhältnisse überleiten solle, ein Kabinett, das auch unter dem Namen eines Friedens- oder Liquidationsministeriums in den Erörterungen auftritt. Nach dem Muster Deutschlands sollten in dieser Regierung, welche die nationale Selbstbestimmung und die Friedensvorbereitung als Programm hätte, auch die Sozialdemokraten teilnehmen. Diese Absichten stoßen aber schon heute auf den fast isolierten Widerstand der Tscheken, die den Eintritt in ein solches Ministerium entschieden verweigern. Dies wird in einem Artikel des sonst gemäßigten Führers der tschechischen Sozialdemokraten Tuzar auf sehr interessante Weise begründet; er schreibt nämlich u. a.:

Die alte Firma soll neu angestrichen werden. Das Großkapital und der Adel arbeiten fieberhaft, um noch zu retten was zu retten ist. In Oesterreich soll ein Friedens- oder Liquidationsministerium gebildet werden. In dieses sollen Vertreter aller Völker eintreten und diese neue Regierung soll eine neue Verfassung schaffen. Dann würde man sofort in die ganze Welt verkünden: „In Oesterreich ist alles in der besten Ordnung. Um uns braucht Ihr Euch nicht zu bekümmern!“ Wir setzen voraus, daß die tschechische Delegation auf alle diese Lockungen mit einem energischen Nein und zehnmal Nein! antworten wird. Ueber unsere Zukunft werden nur wir und nur wir allein entscheiden! Wir werden uns eine Verfassung geben, die uns entsprechen wird. Ueber unsere künftigen Beziehungen zu den Nachbarvölkern werden wir entscheiden und verbitten uns alle Einmischungsversuche Wiens und Budapests in die Schicksale des tschecho-slovatischen Volkes. Unserer Ansicht nach liegen die politischen Dinge konkret folgendermaßen: Wir glauben, daß man in Wien eine ruhige Liquidation Oesterreichs wünscht. Auch wir wünschen

eine solche. Wir alle brauchen die Ruhe und Niemand unter uns will neue Kämpfe heraufbeschwören. Aus diesem Grunde müssen wir verlangen, daß die Verwaltung unserer Angelegenheiten in unsere Hände übergehe. Der tschechische Staat muß mit einer tschechischen Regierung an der Spitze konstituiert werden. In der Friedenskonferenz werden Vertreter dieser Regierung sich an den grünen Tisch setzen. Dort wird über die Schicksale und über die Organisation der Welt entschieden werden. Erst wenn wir diese Regierung haben werden, kann über die Liquidation Oesterreichs verhandelt werden. An der werden wir uns gerne und pflichtgemäß beteiligen.

Es ist die alte Hoffnung auf die Friedenskonferenz, die sich gewisse tschechische Kreise trotz gewisser Pressestimmen selbst in Verbandsländern nicht rauben lassen wollen. Wie weit außerdem die republikanische Propaganda unter den Sozialdemokraten hinter dieser Aufregung steckt, läßt sich nicht beweisen; sicher ist aber, daß bereits die tschechische sozialdemokratische Presse entschieden fordert, ihr neuer Staat müsse „ein sozialistischer“ sein, während die bürgerlichen Parteien und besonders die Agrarier vor diesem neuen sozialen Radikalismus schon einen heillosen Schreck haben. Das politische Leben im „tschecho-slovatischen Staate“ beginnt mit keiner friedlichen Ouvertüre und die inneren Kämpfe unter den Tscheken kündigen sich mit derselben Leidenschaftlichkeit an wie früher die äußeren.

An dem Empfange beim Kaiser werden sich 28 Parlamentarier beteiligen, da heute noch fünf dazu berufen worden sind. Es wurden eingeladen von den Christlichsozialen, wie berichtet, Geh. Rat Hausler, A. Fink und Dr. Mataja; von den Deutschnationalen Dr. Waldner als Obmann und Führer der Agrarier, Dr. Urban (Sudetendeutsche), Dr. Stözel (Alpenländer), Pachter (Deutschradikal) und Teufel (Deutsche Unabhängigkeitspartei); von den Liberalen Friedmann; von den deutschen Sozialdemokraten Dr. Adler, Seitz und Seliger; von den Polen Dr. Tertil und Graf Baworowski (Konservativ) und Reizes (Jude); von den Tscheken Stanel, Kiofac, Dr. Fiedler, Dr. Gruban, Tuzar; von den Rumänen Dr. Jzopescu-Grecul; von den Slovenen Dr. Korosec; von den Ukrainern Dr. Petruszewycz und Dr. Eugen Lewichy. Diese Liste, auf deren Zusammensetzung Ministerpräsident Jzch. v. Guffarel nach seinen Äußerungen keinen Einfluß genommen hatte, hat zu Vorstellungen seitens einiger Parteien bei der Regierung geführt, da einige Parteiführer übergangen waren. Es wurden daher heute noch fünf Parlamentarier eingeladen u. zw. die Abg. Dr. Steinwender, Wolf als Obmann der Deutschradikalen und Dr. Lodgeman, der Führer des radikalen Flügels der tschechischen Sozialdemokraten Habermann und Dr. Löwenstein für die polnischen Nationaldemokraten. Der Empfang wird auch nicht in Reichenau stattfinden, wie ursprünglich geplant war, sondern in der leichter zu erreichenden Kaiservilla in Baden. Die Parlamentarier werden morgen früh gemeinschaftlich von Wien abreisen und bis zum Nachmittage als Gäste des Kaisers in Baden peilen.

## Finis Austriae.

Das alte Oesterreich stürzt zusammen. Mit dieser Tatsache muß kühl gerechnet werden. Die Geschichte ist auch nicht gar so tragisch, wie sie aussieht. Man hat sich an dieses Oesterreich gewöhnt gehabt, wenn man auch nie recht mit ihm einverstanden war. So bildete sich die Meinung, es könne eben bei uns nicht anders sein und so entstand der schöne lateinische Spruch AFDU (Austria erit in orbe ultima), der sagen will, daß Oesterreich bis zuletzt in der Welt bestehen werde. An dieses AFDU hielten sich denn auch die braven Oesterreicher immer, sie glaubten daran und sie sind es, die jetzt betrübt die Köpfe hängen lassen mögen. Aber ihre Zahl ist klein, sehr klein geworden, namentlich in der letzten Zeit ist die Zahl der Anhänger des AFDU sehr zusammengeschmolzen. Es ist offensichtlich aus mit dem alten Oesterreich und dabei ist noch immer die Frage nicht gelöst, was an Stelle dieses alten Staatengebildes treten wird. Ein neues Oesterreich? Es spricht wenig für diese Annahme. Die Zeit, das alte Oesterreich umzubauen, ist versäumt worden. Und jetzt dürfte es überhaupt nicht mehr möglich sein, an Stelle des alten Oesterreich ein neues zu setzen. So müssen wir damit rechnen, daß es fortan überhaupt kein Oesterreich mehr geben wird. Man sucht eben vergebens nach den Klammern, die die einzelnen Bestandteile, aus denen das alte Oesterreich gebildet war, wieder zusammenhalten könnten. Was früher Kitt war, ist längst morsch geworden und hält nicht mehr, was früher gemeinsames Aufliegen war, wird als solches nicht mehr anerkannt. Man sucht gar nicht mehr das Gemeinsame, nur mehr das Trennende.

Wir stehen wieder vor einer Ministerkrise. Jetzt sieht man erst, wie vollständig überflüssig der Ministerrat des Herrn v. Seidler war, denn der von den Polen begehrte Dr. Hussarek hat die Sache auch nicht besser machen können. Aber unsere politischen Ministerstürzer im Lager der deutschen und slavischen Revolutionäre haben eine so große Freude, wenn ein Minister gehen muß, darauf werden sie sich auch jetzt wieder freuen, wenn Hussarek seinen Abschied nimmt. Jetzt handelt es sich aber nicht mehr um Personen, jetzt geht es beim Ministerwechsel um die Sache. Es gilt eben vom alten Haus Oesterreich endgültig Abschied zu nehmen. So werden Männer genannt, die berufen sein sollen, das Staatsschiff zu leiten, an die man früher nie hätte denken dürfen. Die da kommen sollen, sind ja auch berufen, die Totengräber Oesterreichs zu sein. Und das werden sie wohl beide gründlich besorgen. Dr. Tommash, der Hofrat mit den merkwürdigen Weltbeglückungsplänen, der Meritale reinsten Wassers, der mit der roten Sozialdemokratie des Dr. Adler so gut steht und Graf Eyllba-Tarouca, der tschechische Feudale, der zwar in der letzten Zeit die politischen Saltomortale der Herren Stanel, Stransky und Genossen nicht mitgemacht hat, von dem man aber doch nicht ganz sicher ist, daß er die tschechische Politik ernstlich verurteilt. Männer, von denen der eine sich rühmt, trotz des Hafses, mit denen uns Italiener, Engländer, Franzosen und Amerikaner überhäufen, doch nie „die Fühlung“ mit unseren Feinden verloren zu haben, der andere aber wohl nur aus tatsächlichen Gründen nicht mehr Arm in Arm mit den „elenden und erbärmlichen Matarnols“ zu sehen ist, mit denen er früher durch dick und dünn gegangen, ja, als deren geborener Führer er selbst gerne galt.

Das sind doch die richtigen Männer, für die Zeit, da es gilt, Abschied zu nehmen vom alten Oesterreich, denn was diese zwei miteinander ausklügeln werden, wird mit dem alten Oesterreich nichts gemein haben. Man beruft die Totengräber an die Spitze dieses Reiches! Sollen wir Deutsche in Oesterreich uns dagegen auflehnen? Man würde es so deuten, daß wir das alte Oesterreich wieder retten wollen und man würde uns, wenn wir das wollten, dies eben so danken, wie uns bis jetzt die treue Anhänglichkeit an das Habsburgerreich gedankt wurde. Darum lieber nicht! Wir werden besser fahren, wenn wir fortan nur mehr an uns selbst denken, uns gar nicht mehr darum bekümmern, was aus diesem Oesterreich werden wird, das man den Habsburgerstaat genannt hat. Selbstbestimmungsrecht für uns, Eigenrecht für unser Volk. Wenn das alte Haus Oesterreich zusammenstürzt, dann her mit den Quadern, die seine Capfeiler bildeten und die deutsch sind, her mit den festen, dauerhaften Steinen. Diese laßt uns zusammentragen und zusammenfügen, alles andere aber mag abseits liegen bleiben — — —

### Massentundgebung der Deutschen in Währing.

Der Deutsche Volksbund veranstaltete gestern beim „Wilden Mann“ in Währing eine Versammlung, die einen Massenbesuch aufzuweisen hatte. Den Bericht erstattete Abg. Dr. Waber, der seine Ausführungen mit den Worten schloß: „Wir müssen den Gedanken aufgeben, andre Völker zu beherrschen, wir wollen aber unser eigenes Haus bestellen, das Haus wohnlich einrichten und Herren in unserm Hause sein. Auch über unsere Beziehungen im Deutschen Reiche wollen wir selbständig entscheiden und ihnen gegenüber Treue mit Treue erwidern.“

Hierauf wurde folgende Entschliesung einstimmig angenommen:

„Die Versammlung des Deutschen Volksbundes stellt vor allem fest, daß das deutsche Volk in Oesterreich in unentwegter Treue für Herrscher und Staat im Weltkriege Opfer an Gut und Blut in überreichlichem Maße gebracht hat. Da nunmehr durch die Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten die bisherige Staatsform von der Regierung aufgegeben erscheint, sehen sich die Deutschen in Oesterreich vor eine neue Tatsache gestellt, der sie dadurch Rechnung tragen wollen, daß sie das den Slawen gewährte Selbstbestimmungsrecht restlos auch für sich in Anspruch nehmen. In diesem Sinne begrüßen wir den Zusammenschluß aller deutschen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei und fordern sie auf, unbestimmt um was immer für Interessen einmütig und unverzüglich alle vorbereitenden Maßnahmen zu treffen, die geeignet erscheinen, ein auf rein völkischen Grundlagen ruhendes Deutschösterreich zum Wohle des ganzen deutschen Volkes erstehen zu lassen.“

13./X. 1918

## Eine Rundgebung in Wien für Deutschösterreich.

Der Deutsche Volksbund veranstaltete am Donnerstag beim „Wilden Mann“ in Währing eine Versammlung, die einen Massenbesuch aufzuweisen hatte. Nach der Eröffnungsansprache des Vorsitzenden Landesgerichtsrates Dr. Lutz ergriff Abgeordneter Rittinger das Wort und führte in seiner Rede besonders aus, daß es die Hauptaufgabe des neuen deutschösterreichischen Staates sein werde, die Bevölkerung wirtschaftlich zu organisieren. Die von uns territorial getrennten Volksgenossen müßten auf jeden Fall durch Deutschösterreich und das Deutsche Reich geschützt werden. Abg. Dr. Waber beleuchtete die Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes in Oesterreich und sagte: Wenn wir in der Welt bestehen wollen, müssen wir nicht nur fleißig arbeiten, wir müssen auch unser ganzes staatlches und völkisches Leben auf einer neuen und gesunden Grundlage aufbauen. Deshalb ist es nur zu begrüßen, daß sich alle deutschen Abgeordneten und die deutschen Volkskräte unter dem Drucke der Kriegsverhältnisse auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes in Oesterreich gestellt haben. Das internationale Parlament, die internationale zentralistische Beamtenschaft, die internationale Schule in Oesterreich haben versagt. Wir müssen den Gedanken aufgeben, andere Völker zu beherrschen, wir sollen aber unser eigenes Haus bestellen, das Haus wohnlich einrichten und Herren in unserem Hause sein. Auch über unsere Beziehungen im Deutschen Reiche wollen wir selbständig entscheiden und ihnen

gegenüber Treue mit Treue erwidern. Hierauf wurde im Sinne der Ausführungen der Redner eine Entscheidung unter stürmischem Jubel einstimmig angenommen, in der der Zusammenschluß aller deutschen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei begrüßt und gefordert wird, unbedenklich um was immer für Interessen einmütig und unverzüglich alle vorbereitenden Maßnahmen zu treffen, die geeignet erscheinen, ein auf rein völkischen Grundlagen ruhendes Deutschösterreich zum Wohle des ganzen deutschen Volkes erstehen zu lassen.

## Um die Zukunft der Deutschen in Oesterreich.

Von Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Doktor Franz Dinghofer, Bürgermeister von Linz.

Der Friede ist auf dem Wege. Erleichtert aimen die vielen Völker auf in der Hoffnung, von der furchtbaren Geißel bald befreit zu werden. Nicht genug kann aber gewarnt werden vor der Meinung, mit dem Tage des Friedensschlusses seien alle Leiden und Entbehrungen, speziell die Ernährungsorgen, vorüber. Das ist falsch. Leider berechtigt die Ernährungslage in diesem Wirtschaftsjahre zu keinen günstigen Hoffnungen, vielleicht wird sie teils- und streckenweise sogar noch jämmerlicher als wie bisher. Unsere Lebensmittelvorräte österreichischer Herkunft, einschließlich derjenigen, welche im Schleichhandel und bei Hamstern stecken, reichen auch nach Abrüstung des Heeres nicht hin, um uns anständig zu ernähren. Niemand darf sich einbilden, daß die erste Sorge unserer ehemaligen Feinde oder der Neutralen sein wird, aus Menschlichkeitsgefühl die darbenende österreichische Bevölkerung aufzufüttern. Die werden zunächst mit sich selbst genug zu tun haben. Geben wir uns also keinen solchen Vorstellungen hin. Kommt es trotzdem besser, dann können wir uns um so mehr darüber freuen. Vor allem ist notwendig Ruhe und Besonnenheit, gerade die nächste Zukunft verlangt Festigkeit. Die wirtschaftliche Not ist fast in das unerträgliche gestiegen. Der Mangel an Lebensmitteln, Kohle, Wäsche, Schuhen, Kleidern, Wein, Seife usw. drückt jedermann. Dazu kommen noch die finanziellen Sorgen, die in der Bevölkerung noch immer, insbesondere von der breiten Masse unterschätzt werden, in der Meinung, es sei dies nur eine Angelegenheit der Bemittelten, sie hätten ohnehin nichts zu verlieren. Es ist dies eine vollkommen falsche Auffassung, denn gerade der Arme spürt es täglich und schmerzhaft am bittersten, wenn der Geldwert fortwährend sinkt und der Preis für die unentbehrlichen Gegenstände in das Fabelhafte steigt.

Darüber ist gar kein Zweifel, daß die nächste Zukunft die ernsteste Zeit ist, die jemals unsere vaterländische Geschichte und der einzelne von uns durchgemacht hat. Auch die Frage, wie das zukünftige Oesterreich ausschauen wird, ist eine Volksangelegenheit im bedeutendsten Sinne.hängt doch damit auf das innigste die fernere Lebensmöglichkeit, der wirtschaftliche Wiederaufbau zusammen. Heute diese Frage in der breiten Öffentlichkeit in ihrem ganzen Umfange bereits zu beantworten, wäre verwegend. Ihre Entscheidung steht in unzerreißbarem Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen selbst. Trotzdem dürfen wir nicht müßig die Hände in den Schoß legen und vielleicht darauf warten, was uns Wilsons Gnade beschert. Wir müssen schon in den nächsten Tagen klar werden, wie wir uns die Zukunft Oesterreichs vorstellen, speziell die Zukunft der Deutschen in Oesterreich. Diese Beurteilung darf in erster Linie nur von dem Standpunkt der Volkszugehörigkeit aus erfaßt werden, und es ist wohl eine unumgängliche Forderung, daß auch den Deutschen in Oesterreich die Möglichkeit geboten werden muß, bei den Friedensberatungen selbst Gehör zu finden. Dies um so mehr, wenn tatsächlich tschechische oder südslawische Vertreter als Beiräte beigezogen werden sollten. Die Gedanken

für die zukünftige Gestaltung bewegen sich je nach der Auffassung des einzelnen oder der verschiedenen Parteien im breiten Rahmen: von dem Gesichtspunkt bloßer Staatsgebiete, die eigentlich nur mit einer stark erweiterten Selbstverwaltung ausgestattet sind und vereinigt werden zu einem Oberstaat bis zu den vollständig unabhängigen Staaten ohne Oberstaat, also mit vollkommener Trennung voneinander, wobei andererseits wieder mehr oder minder ein enger Anschluß an Deutschland in Betracht gezogen wird.

Fretlich darf auch im letzteren Falle nicht außer acht gelassen werden, daß trotzdem immer sich einige gemeinsame Angelegenheiten von selbst mit Notwendigkeit ergeben werden. Wir sind Menschenkinder und an die Scholle gebunden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden uns dazu zwingen. Für die territorialen Grenzen des zukünftigen Deutschösterreichs ist maßgebend der Grad der Machtentwicklung auf der Friedenskonferenz in unserem Interesse und wird für uns das anerkannte Selbstbestimmungs-

recht der Völker ein guter Helfer sein. Die Kraftentfaltung wird aber um so mehr zur Geltung kommen, je eniger die Deutschen in Oesterreich sind. Vermeidung jeder Zersplitterung, Zurückstellung alles Kleinlichen muß für uns Deutsche jetzt der oberste Grundsatz sein. Was bedeuten heute Parteien, wenn es sich um die Zukunft und Existenz des ganzen Volkes handelt!

Nicht einzelne Parteien, nicht einzelne Volksteile, so zum Beispiel die Deutschen der Endetenländer, haben über den Norden oder die Steirer und Kärntner über den Süden Deutschösterreichs zu entscheiden, sondern die Gesamtheit des deutschen Volkes. Wenn wir einig zusammenstehen, ein Mann, ein Volk, dann kann uns um die Zukunft nicht bange sein. Sehr schwierig wird die Lösung der Frage hinsichtlich jener Gebiete, in denen sich unsere Sprachminderheiten befinden. Dieselben sind durchaus nicht geringfügig zu achten. Man denke unter anderem an Mähren, an die Gottschee, an die südsteirischen und ostschlesischen Städte. Auch dieser dürfen wir nicht vergessen. Sie sind uns ebenso wertvolle Brüder wie die Volksgenossen im geschlossenen Sprachgebiet. Bei allen politischen, nationalen und finanziellen Auseinandersetzungen muß aber vor allem für uns der oberste Leitgedanke und Führer sein: die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft der Deutschen in Oesterreich. Wir haben in erster Linie an uns selbst zu denken. Dann erst kann eine Regelung des Verhältnisses zu den anderen Nachbarn und in sonstigen Fragen gesucht und gefunden werden.

## Das Selbstbestimmungsrecht und die Deutschen.

Vom Abg. Geh. Räte Dr. Sylvester.

Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Oesterreichs bildet in den maßgebenden Kreisen der deutschen parlamentarischen Parteien gegenwärtig den Gegenstand eifrigster und eingehender Beratungen. Vor allem ist es der gemeinsame Standpunkt, daß die Deutschen in Oesterreich in voller Geschlossenheit den Weg zur Selbstbestimmung betreten müssen. In diesem großen Rahmen können dann erst die

verfassungsrechtlichen und Verwaltungsfragen zur Erörterung kommen. Die Grenzen von Deutschösterreich sind durch die deutschen Siedlungsgebiete bestimmt; wo in fremdnationalem Gebiete sich eine deutsche Diaspora befindet, müssen die nationalen Interessen und Bedürfnisse solcher Siedlungsgebiete im Wege der Verhandlung mit den anderen sie einschließenden Nationalitäten zur Regelung und Sicherung gebracht werden. Was die künftige Verfassung Deutschösterreichs betrifft, so kann sie nur auf streng demokratischer Grundlage mit allgemeinem, direktem und geheimem Wahlrecht, wie es jetzt schon besteht, zur Ausbildung gelangen. In dieser Richtung wird es, was die künftige Gesamtvertretung Deutschösterreichs anbelangt, keiner übermäßig schwierigen Arbeit bedürfen. Es wird aber auch notwendig sein, sich gründlich mit der Einheitlichkeit der Verwaltung und der Lösung der Frage zu befassen, was für eine Regierung an die Spitze des deutschösterreichischen Staates zu treten haben wird. Es ist selbstverständlich, daß bei der Bildung des eigenen Staates der Deutschösterreicher alle für den Uebergang von dem jetzigen Staatswesen in das neue Staatswesen zu berücksichtigenden Verhältnisse ernst und gründlich durchberaten werden müssen. Ueber Nacht, plötzlich, wie manche sich die Sache vorstellen, ist die Durchführung des von allen Nationalitäten Oesterreichs angenommenen Grundsatzes der Selbstbestimmung natürlich nicht denkbar. Nur nach und nach können die vielen und mannigfaltigen volkswirtschaftlichen, finanziellen, Verkehrs- und Heeresangelegenheiten usw. zur Vereinigung gebracht werden. Wenn Tschechen und Südslaven sich jetzt auf den Standpunkt stellen, daß sie sofort eine eigene Regierung haben müssen, so müßte auch für Deutschösterreich eine selbständige Regierung eingesetzt werden. Die Liquidierung der derzeit bestehenden gemeinsamen Verwaltungszweige ist eine wichtige Frage, deren Lösung mit aller Umsicht vorbereitet werden muß. Zusammenfassend kann ich sagen, daß man in allen deutschen Kreisen Oesterreichs entschlossen ist, in der Frage der Selbstbestimmung in keiner Weise hinter den anderen Völkern dieses Reiches zurückzubleiben. Was den anderen Nationen recht ist, das muß auch für die Deutschen in Oesterreich billig sein. Die Arbeiten, die jetzt zu leisten sein werden, sind ganz ungeheure, fast unübersehbare. Diese Arbeiten werden ihren Ausdruck erst dann finden können, wenn in den Hauptfragen eine lückenlose Einigung der großen deutschen Parteien erzielt ist. Zuerst die Arbeit, die Bewältigung ungemein schwieriger Aufgaben und dann der Ausdruck des Ergebnisses in bestimmter Form. Für Deutschösterreich, das aus dem Rechte der Selbstbestimmung ersteht, gibt es kein Zurück mehr, sondern nur ein zielbewusstes Vorwärts.

## Oesterreich-Ungarn.

## Die Ministerkrisen in Oesterreich und in Ungarn.

Wien, 12. Okt. (Telegr.) Telegr.-Union. Heute werden, laut Fremdenblatt, vom Kaiser 30 Abgeordnete in Audienz empfangen, zuerst die vier Vertreter der Deutschnationalen, ein tschechischer Sozialdemokrat und ein Pole. Es handelt sich um die Bildung eines Völkerminderjums, in dem sämtliche nationalen und politischen Parteien vertreten sein sollen. Die Tschechen haben bereits erklärt, daß sie nicht teilnehmen werden, dagegen gilt der Eintritt der Sozialdemokraten als sicher. Dr. Renner wird auf alle Fälle Minister werden. Eine hohe Persönlichkeit sagt in der Neuen Freien Presse, daß die Ministerkrisen in Ungarn als verschoben zu betrachten sei; jedenfalls werde der neue Kabinettschef in Ungarn eine Überraschung bedeuten. Ein Ministerium Tisza sei unter allen Umständen ausgeschlossen.

Wien, 12. Okt. (Telegr.) In der innern Lage ist noch keine Klärung eingetreten. Hussarek stellte eine Demissionsabsicht in Abrede; Lammash erklärte, mit der Bildung eines Kabinetts weder beauftragt zu sein, noch eine solche übernehmen zu wollen. Er gilt gegenwärtig nur als etwaiger Teilnehmer an der Friedenskonferenz. Der Ackerbauminister Sylva Tarouca, der ebenfalls mehrfach vom Kaiser empfangen wurde, kann als Kabinettschef wegen seiner scharf ausgeprägten feudalen und tschechophilen Gesinnung nicht in Frage kommen. Vor den morgen beginnenden Audienzen der 23 Parteiführer, von denen es heute heißt, daß der Kaiser nur ihre Meinungen über die Lage hören wolle, wird keine Klarheit zu erlangen sein. Abtrünnig lehnen die Tschechen und die Südslawen schon jetzt jede Teilnahme an einem etwa beabsichtigten Konzentrationsskabinett ab. Kramarisch bezeichnete in einer Rede zu Jungbunzlau die tschechische Frage als eine europäische; der künftige tschecho-slowakische Staat werde demokratisch sein und dafür sorgen, daß nicht diejenigen die Steuerträger seien, die die Steuer nicht ertragen könnten. Sein wirtschaftliches Programm sei nicht so leicht aufzustellen; mit den deutschen Nachbarn werde er in Hinsicht auf die Ausfuhr in Kampf kommen. Im übrigen könnten die Tschechen ihrer wirtschaftlichen Zukunft ruhig entgegensehen, da infolge des Krieges die Frage der Entschuldung der tschechischen Landwirtschaft gelöst worden sei. Die soziale Politik müsse sozial und keineswegs sozialistisch sein. Im Gegensatz zu der letztern Ansicht verkündete der tschecho-sozialdemokratische Kreistag zu Kolín, die ukrainische parlamentarische Gesamtvertretung protestiere gegen die Vergewaltigung des ukrainischen Selbstbestimmungsrechts durch den Aufruf des Warschauer Regenschafsrats und habe die Gründung eines ukrainischen Nationalrats in Lemberg als konstituierende Nationalversammlung beschlossen.

WTB Budapest, 12. Okt. (Telegr.) Ministerpräsident Bekerele führte heute in der Konferenz der 48er Verfassungsparlei aus:

In Beantwortung der Wilsonnote müssen wir mit Deutschland gemeinsam vorgehen, wie überhaupt die Friedensbedingungen für alle Eventualitäten im Einvernehmen mit Deutschland ausgearbeitet werden müssen. Auch müsse dafür gesorgt werden, daß Unarn bei den Friedensverhandlungen unmittelbar vertreten sei.

Oesterreich gegenüber stehe man bereits vor vollendeten Tatsachen. In den slawischen Fragen sei der ungarische Standpunkt der gewesen, daß Ungarn nichts gegen die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien habe, welche ja auf ungarischen Gesetzen beruhe. Bosnien und die Herzegowina aber möchten sich selbst entschließen, ob sie Kroatien oder Ungarn angehören wollten. Was die Ansprüche der Tschechen auf die slowakischen Komitate betreffe, so hätten die breiten Volksschichten dieser Komitate ohne jede behördliche Ingerenz sich gegen die Angliederung an Böhmen verwahrt. Eine schwerwiegende Sache sei es, daß man in Oesterreich vollständig zum Föderalismus übergegangen sei. Der österreichische Staatsgewalt scheine leider keine Kraft innewohnen, den tschechischen Bestrebungen zum Ausweichen auf vollständig föderalistischer Grundlage die Wege zu verlegen. Von strafrechtlicher Verfolgung gegen die Integrität Ungarns gerichteter Handlungen, welche die österreichische Regierung einmal versprochen habe, sei heute gar keine Rede. Der Ministerpräsident sagte angesichts der Ereignisse in Oesterreich die naturgemäß aufstrebenden Bestrebungen in Ungarn, welche gewöhnlich unter dem Sammelnamen Personalunion zusammengefaßt werden, präzisier dahin zusammen, daß es sich um die wirksame Geltendmachung der eignen, politischen, wirtschaftlichen und Verteidigungsinteressen der ungarischen Nation handle. (Lebhafte Zustimmung.) Hierbei dürfe man aber nicht mit Schlagworten hokern, sondern müsse ernsthafte und beharrliche Arbeit leisten. Angesichts der Gefährdung der staatlichen Integrität erscheine es notwendig, wenigstens bis zum Friedensschluß mit gemeinsamer Kraft unter Ausschaltung aller persönlichen Gegensätze aufzutreten. Leider sei die öffentliche Meinung nicht zur Gemüthe hiervon durchdrungen. Der Ministerpräsident habe seinen politischen Freunden und Vorberühmten ebenso wie der Krone erklärt, daß er bereit sei, falls keine Perfor auch nur im geringsten Maße der Konzentration hinderlich sein sollte, zurückzutreten, und die Krone erfuhr, Verfuß mit andern Staatsmännern zu unternehmen, von welchen Baron Julius Blaffics bereits in Audienz erschienen sei. Der Ministerpräsident betonte schließlich, daß die Nation ihren politischen Traditionen gemäß die Bande mit der Krone nicht nur nicht lockern dürfe, sondern noch fester schmieden müsse.

Ein lebhafter Ideenaustausch folgte den beifällig aufgenommenen Worten des Ministerpräsidenten, wobei allgemein der Ansicht Ausdruck gegeben wurde, daß Bekerele in der Lage sein werde, als Regierungschef auch weiterhin an der Verwirklichung dieses Programms zu arbeiten.



## Die Parlamentarier beim Kaiser Karl.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 12. Oktober.

Kaiser Karl erklärte bei dem heutigen Empfange einem tschechischen Sozialisten, daß eine Lösung der Nationalitätenfrage versucht werden müsse, die innere Unruhen ausschließe. Die tschechischen Abgeordneten sagten, sie würden sich in Zukunft nicht mehr mit Worten begnügen, sie wollten Taten sehen. Dem Kaiser erwiderte: „Ich bin auch zu Taten bereit.“ Die Tschechen warnten vor möglichen Unruhen. Darauf sagte der Kaiser: „Das wäre schrecklich! Das muß um jeden Preis verhütet werden!“ Auf den Wunsch der Tschechen, in den Sudetenländern möchten die deutsch-österreichischen und ungarischen Truppen durch tschechische Truppen ersetzt werden, gab der Kaiser keine Antwort. Er erklärte schließlich, seine Gesinnung den Tschechen gegenüber sei immer freundschaftlich gewesen. Er habe nicht immer alles tun können, was man von ihm wollte, da ihm oft die Hände gebunden gewesen seien. Der Obmann des Polenklubs Tertil legte dem Kaiser dar, wie sich die Polen die Zukunft des Staates denken. In ihrer Nationalversammlung ist sofort die staatliche Bildung vorzunehmen; während des Uebergangs seien aber die Polen bereit, im Reichsrat mitzuarbeiten. Der Pole v. Loewenstein erklärte, der Finanzausschuß, dessen Obmann er ist, werde wieder zusammenkriechen. Graf Barabrowski versicherte sogar, während des Ueberganges würden die Polen die Dynastie und die Monarchie stützen. Von den Herrenhausmitgliedern äußerte sich Fürst Fürstenberg sehr zuversichtlich; die ganze Frage werde in Ruhe gelöst werden.

Nach den letzten Berichten zeigte sich der Kaiser über das Gesamtergebnis der Unterredungen mit den Parlamentariern sehr optimistisch. Er will, bevor er zu extremen Lösungen schreitet, als welche man die Kabinette Lammasch und Karolyi betrachten mußte, es sowohl in Oesterreich als in Ungarn noch einmal mit gemäßigten Regierungen versuchen, und zwar in Wien mit dem Freiherrn v. Beck, dem früheren Ministerpräsidenten und jetzigen Präsidenten des Obersten Rechnungshofes, und in Budapest mit dem ehemaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Franz v. Kovacs.

Nach der heutigen mehrstündigen Kabinettsitzung wurde mitgeteilt, daß sich Freiherr v. Hussarek morgen zum Kaiser begeben dürfte, wahrscheinlich um ihm die Entscheidung über den Rücktritt des Kabinetts anheimzustellen.

Die Wiener „Politische Rundschau“ stellt gegenüber anders lautenden Meldungen fest, daß der Empfang der Parlamentarier durch den Kaiser im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten Hussarek geschehen ist.

Lugano, 13. Oktober.

Der Tschechenführer Dr. Benes warnte in einer Unterredung mit einem Ausrufer der „Epoca“ davor, schon jetzt die Unabhängigkeit Böhmens zu erklären. Die Loslösung des Königreiches von der Monarchie in diesem Augenblicke sei gefährlich und fast unmöglich, denn die Mittelmächte seien noch genügend stark, um den Krieg fortsetzen zu können. Es sei eine gefährliche Täuschung, annehmen zu wollen, daß ein Zusammenbruch oder eine Auflösung der Mittelmächte bevorstehe.

## Oesterreich-Ungarn.

## Der Umbau Oesterreichs.

★ Wien, 13. Okt. (Telegr.) Der gestrige Empfang der Parteiführer durch den Kaiser gilt allgemein als ein Fehlschlag. Die Tschechen, die Südslawen und — in gemäßigterer Form — auch die Polen beharrten auch dem Kaiser gegenüber bei der Ablehnung eines Konzentrationstabinetts und bei der Forderung, ihre Nationalstaaten selbständig zu errichten, bevor sie in Unterhandlungen über die künftige Zusammenfassung dieser Staaten und der übrigen Gebiete zu einem neuen Oesterreich eintreten. Man rechnet daher auch auf das Unterbleiben der kaiserlichen Kundmachung in der südslawischen Frage, die für Montag angekündigt war. Als der Urheber dieses ganzen, nunmehr gescheiterten Planes wird der Ackerbau-Minister Graf Silva-Tarouca betrachtet, der ihn hinter Huszaretz Kügen dem Kaiser vorgebracht hat. Den Ministerpräsidenten trifft daher auch keine Schuld an dem Scheitern des Planes, und somit besteht für ihn kein Rücktrittsgrund. Diese Wendung gibt neuerlich der deutschen Forderung erhöhte Kraft, alle Umbaupläne bis nach Friedensschluß zu vertagen, da erst dann wieder die Tschechen und die Südslawen mit sich reden lassen würden. Die Arbeiterzeitung entwickelt heute schon den Plan der Sozialdemokraten, falls die österreichischen Slawen ein Zusammenleben mit „Deutsch-Oesterreich“, das in drei Staaten — Innerösterreich, Deutschböhmen und Schlesiisch-Nordmährischer Staat — aufzubauen sei, abzulehnen, dieses Deutschösterreich dem Deutschen Reiche anzugliedern. Das Blatt begründet den Entschluß der deutschen Sozialdemokraten, am nationalen Zusammenschluß aller Deutschen Oesterreichs teilzunehmen, mit der Notwendigkeit, daß sich die frei gewählten Vertreter des deutschen Volkes in Oesterreich als Nationalversammlung konstituieren müßten, um durch eine nationale Exekutive das deutsche Volk bei den Friedensverhandlungen zu vertreten. Denn wenn die Tschechen, Südslawen und Polen bei diesen durch ihre im Auslande bestehenden Vertretungen Gehör heischen, könnten die Deutschösterreicher nicht darauf verzichten, dasselbe zu tun. — Am 10. Oktober hat hier die erste große deutsch-nationale Massenversammlung für das deutsch-nationale Selbstbestimmungsrecht stattgefunden. In einer Entschließung wurde festgestellt, daß das deutsche Volk in Oesterreich in unentwegter Treue für Herrscher und Staat im Weltkriege überreichliche Opfer an Gut und Blut gebracht habe, aber, da nunmehr durch die Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten die bisherige Staatsform aufgegeben erscheine, resillos auch für sich das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch nehme, den Zusammenschluß aller deutschen Abgeordneten auf dieser Grundlage begrüße und diese auffordere, alle Maßnahmen zur Errichtung eines Deutschösterreichs unermüßlich zu treffen.

## Der neue deutsch-österreichische Staat.

WTB Wien, 14. Okt. (Telegr.) In einem Artikel betitelt Der deutsch-österreichische Staat befaßt sich die Arbeiterzeitung mit der praktischen Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen Oesterreichs. Hierfür gebe es zwei Möglichkeiten. Erstens: die Schaffung dreier deutsch-österreichischer Staaten, nämlich eines innerösterreichischen Staates, umfassend Nieder- und Oberösterreich, die angrenzenden deutschen Bezirke Südmährens und Südböhmens, die deutschen Gebiete Steiermark, Kärntens und Tirols, endlich Salzburg und Vorarlberg, ferner eines deutsch-böhmischen Staates, umfassend die deutschen Bezirke Nordböhmens und Nordwest- und Westböhmens vom Riesengebirge bis zum Böhmer Wald, und schließlich eines schlesiisch-nordmährischen Staates, umfassend Westschlesien und die angrenzenden deutschen Bezirke Nordmährens und Ostböhmens. Diese drei deutschen Staaten sollen mit den Staaten und den andern Nationen Oesterreichs zu einem Bundesstaat vereinigt werden, also mit dem tschechischen, südslawischen und ungarischen Staat usw. einen österreichischen Staatenbund bilden. Wenn aber die andern Nationen einen solchen Bundesstaat überhaupt nicht wollen, oder nur in einer Form, innerhalb deren die deutsch-österreichischen Gebiete zu wirtschaftlicher Verklümmung verurteilt wären, dann müßten zweitens die drei deutsch-österreichischen Staaten als besondere Bundesstaaten sich dem Deutschen Reiche anschließen, d. h., das 1866 getrennte staatsrechtliche Band mit Deutschland würde in neuer Gestalt wiedergelüpft werden. Innerhalb des Deutschen Reiches würden die drei deutsch-österreichischen Staaten natürlich die gleiche staatliche Selbständigkeit besitzen wie Bayern, Sachsen, Baden usw. Die meisten Deutsch-Österreicher denken vorläufig nur an die erste Möglichkeit. Wollen aber die Tschechen ganz unabhängig sein, dann müssen sie damit rechnen, daß ihr Staat von Norden, Westen und Süden her vom Deutschen Reich umschlungen sein wird. Aber auch der Verband soll wissen, daß er Oesterreich nicht zerschlagen kann, ohne 10 Millionen Deutsche zum Deutschen Reiche zu schlagen. Das Deutsche Reich aber, zu dem wir kämen, wäre nicht mehr das imperialistische Deutschland von gestern, sondern das im Gefolge des Krieges entstehende demokratische Deutschland, dessen neue bundesstaatliche Mitglieder selbst demokratische Staaten sein würden.

**Ein Kabinett Sylva-Tarouca.****Bevorstehende Ernennung des Grafen Sylva-Tarouca zum Ministerpräsidenten.**

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird sich in allernächster Zeit der Kabinettswechsel in Oesterreich vollziehen. Freiherr v. Hussarek tritt zurück und an seiner Stelle wird Graf Sylva-Tarouca, der bisherige Ackerbauminister, Ministerpräsident. Die Ernennung des Grafen Sylva-Tarouca wird noch Anfang dieser Woche erfolgen.

Weiters heißt es, daß die Absicht bestehe, dem Hofrat Dr. Lammach und dem Abgeordneten Professor Dr. Redlich wichtige Ressorts in der neuen Regierung anzuvertrauen.

Ernst Graf Sylva-Tarouca ist im Jahre 1860 geboren. Nach Absolvierung der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien war er zunächst im politischen Verwaltungsdienst in Böhmen tätig, widmete sich aber in der Folge der Bewirtschaftung seiner Besitzungen. Graf Sylva-Tarouca, der Mitglied des Herrenhauses auf Lebensdauer ist, gehörte auch eine Reihe von Jahren hindurch dem Abgeordnetenhaus sowie dem böhmischen Landtage an. Er bekleidet die Würde eines Kämmerers und seit 1902 die eines Geheimen Rates. Im Jahre 1917 wurde er zum Vizepräsidenten des Herrenhauses ernannt.

## Der eintägige Generalstreik in Prag.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 14. Oktober.

Der heutige Tag, dem man mit großen Befürchtungen entgegengesehen hat, verlief in voller Ruhe. Militär und Polizei hatten die umfassendsten Vorbereitungen getroffen, doch gab es keinen größeren Anlaß zum Einschreiten. Nur in einer einzigen Versammlung wurde die Proklamation verlesen, und zwar vom Abgeordneten Stribrny, der sie in Prag VII. zur Verlesung brachte. Die Proklamation scheint die Extradition der sozialistischen Parteien zu sein. Die Proklamation wurde heute überall in Massen verteilt. Wie es heißt, wurde sie bereits in der am Samstag abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung beider sozialistischen Parteien, in der der eintägige Generalstreik beschlossen wurde, paketweise verteilt, um wohl am heutigen Tage unter die Massen geworfen zu werden.

### Eine Kundgebung des Statthalters.

Schon am frühen Morgen waren in allen Straßen Plakatafeln und an allen Straßenecken Kundgebungen des Statthalters angebracht, die vor unzulässigen Kundgebungen und Ausschreitungen warnten. Trotz der frühen Morgenstunde hatten sich sofort bei den Plakaten Menschenansammlungen gebildet, welche den Inhalt in sehr lebhafter Weise besprachen. Die Kundgebung lautet:

Fortgesetzt werden Gerüchte über durchgeführte Änderungen der Staatsform und erfolgte Umwälzungen auf dem Gebiete des österreichischen Staatswesens verbreitet, welche dazu angetan sind, die Bevölkerung zu Kundgebungen und Manifestationen zu verleiten. Diese Gerüchte sind unwahr. Die im Zuge befindlichen internationalen Beratungen sollen ein Ergebnis auf der Basis ruhiger Entwicklung zeitigen. Bis dahin bestehen die staatlichen Einrichtungen unverändert aufrecht. Jeder Versuch einer gewaltsamen Lösung muß ebenfalls mit Gewalt bekämpft werden. Die Mittel hierzu sind vorhanden. Es ergeht daher die eindringlichste Warnung, sich an unzulässigen Kundgebungen und Ausschreitungen zu beteiligen und an alle besonnenen Elemente die Bitte, dahin zu wirken, daß Vorfälle unterbleiben, welche nur persönliches Unglück und wirtschaftliche Schäden herbeiführen können, ohne den angestrebten Zweck zu erreichen.

Prag, 13. Oktober 1918.

Der L. L. Statthalter: Coudenhove.

Am 9 Uhr vormittags fanden in den Vororten Sitzungen der Gemeindevertretungen statt, um gegen die Lebensmittel- und Kohlenausfuhr aus Böhmen zu protestieren. Dann begab sich eine Abordnung der einzelnen Vororte und Stadtvertretungen zu einer Sitzung der Prager Stadtvertretung, die um halb 11 Uhr vormittags begann und dieselbe Tagesordnung hatte. Vor den Kathäusern hatten sich Arbeiter und anderes Publikum angesammelt. Als bald bildeten sich Versammlungen unter freiem Himmel. In Prag VII. sprach Abg. Stribrny, der die Proklamation verlas. In Weinberge sprach Abg. Klossac, in Lieben Abg. Kemecc. Es wurde Klage über die Approvisionierung und die Behörden geführt.

Nach den Sitzungen der Stadtvertretungen sollte eine gemeinsame Kundgebung auf dem Altstädter Ringplatz erfolgen, bei der die Abgeordneten Klossac, Kemecc und Soukup sprechen sollten. Diese Kundgebung wurde aber von der Behörde verhindert.

### Räumung des Wenzelsplatzes und des Altstädter Ringes.

Nach 11 Uhr war der Wenzelsplatz so von Neugierigen besetzt, daß zur Räumung des Platzes geschritten

wurde, die auch so vorgenommen wurde, daß der Platz in einigen Minuten vollständig leer war. Die Hausstoren mußten geschlossen werden, der Graben sowie die auf den Wenzelsplatz führenden Straßen wurden abgesperrt. In den ersten Nachmittagsstunden wurde dann der Kordon auf dem Graben wieder aufgelassen und es entwickelte sich ein lebhafter Korso. Ein lebhaftes Bild bot auch der Altstädter Ring vor dem Rathaus, der bereits vor 9 Uhr morgens von einigen tausend Personen besetzt war. Um 10 Uhr erschien auf dem Platz Gendarmerie, die den Platz vollständig räumte. Die Räumung ging in aller Ruhe vor sich, da der ehemalige Abgeordnete Johannis die Aufforderung an die Menge richtete, den Platz zu verlassen.

Gegen 6 Uhr abends wurde die Bereitschaft auf dem Ring, eine Stunde später wurden die Absperungsmaßnahmen aufgehoben. In den späten Abendstunden sammelten sich junge Elemente auf dem Wenzelsplatz an, sie sangen Nationallieder, wurden aber von der Wache bald zerstreut. Sonst kamen keine Ausschreitungen vor. Abends hatte der eintägige Generalstreik sein Ende genommen. Theater-, vorstellungen und Konzerte fanden statt, in den Zeitungs-sekretorien wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

### Der Empfang der Tschechen beim Kaiser.

Die „Narodni Politika“ meldet über die Audienz der vier tschechischen Vertreter (Abgeordneter Habermann habe aus prinzipiellen Gründen an der Audienz nicht teilgenommen, Abgeordneter Klossac, weil er die Einladung zu spät erhalten hatte), daß der persönliche Empfang sehr gütig war. Der Monarch fragte nach der Begrüßung die tschechischen Vertreter freundschaftlich, wie sie sich die weitere Entwicklung der Verhältnisse denken. Abgeordneter Stanek teilte in Konsequenz des Beschlusses der letzten tschechischen Beratung dem Kaiser folgende drei Grundforderungen des tschechischen Volkes mit: 1. Unverzügliche Einsetzung der tschechnationalen Regierung, 2. deren Teilnahme an dem Friedenskongresse, 3. Transferierung aller böhmischen Gebiete ins Vaterland (einige Zeilen konfisziert). Wir wissen, daß wir uns mit den Deutschen einigen müssen, daß aber diese Einigung keineswegs vielleicht die Wiener Regierung, sondern bloß unsere eigene Regierung zustande bringen kann, die mit den Deutschen direkt verhandeln wird.

Dann entwickelte sich ein lebhafter Dialog. (Ein größerer weißer Fleck.) Die tschechischen Abgeordneten machten den Kaiser darauf aufmerksam, daß die Verhältnisse äußerst kritisch zu werden beginnen und daß die Umwälzung nur dadurch verhindert werden könne, wenn eine eigene nationale tschechische Regierung errichtet werde. Es sei der Wunsch und der Wille der Tschechen, daß die Veränderung in vollständiger Ruhe und Ordnung durchgeführt werde. Die tschechische Öffentlichkeit sei durch die Schuld der Regierungen und der Deutschen so radikalisiert, daß niemand diese Strömungen eindämmen könnte. Deshalb werde ein weiterer Aufschub entschieden nicht empfohlen. Jetzt müsse man zu einer durchgreifenden Tat schreiten, welche die tschechischen Abgeordneten erwarten, da sonst die Völker selbst handeln würden. (Der Schluß abermals beschlagnahmt.)

## Zur innerpolitischen Lage.

Budapest, 14. Oktober.

Die Unsicherheit in der innerpolitischen Lage dauert noch immer fort. Herr v. Návay hat im Laufe des heutigen Tages als homo regius seine Besprechungen fortgesetzt und dürfte sie auch morgen weiterführen. Aber es ist wenig Aussicht vorhanden, daß aus ihnen sich eine allgemein befriedigende Entwirrungsmöglichkeit ergeben könnte.

Im Laufe des heutigen Tages verlautete in politischen Kreisen, daß nach der Ansicht des Herrn v. Návay Graf Albert Apponyi der Staatsmann wäre, dem unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen die Bildung eines neuen Kabinetts anvertraut werden könnte. Man erinnert jedoch in politischen Kreisen an einen Ausspruch, den kürzlich Graf Apponyi getan hat, demgemäß er selber bemerkt hätte, daß er aus den zukünftigen Kombinationen ausgeschaltet werden müsse, da seine Schulgebildung den heftigsten Reflex der Nationalitäten hervorgerufen habe.

Was in allem ist die Situation in der inneren Politik unklar, denn je, und man kolportiert in politischen Kreisen das geistreiche und zutreffende Wort eines Mitgliedes des Kabinetts Wekerle: Die Lage ist noch nicht verwirrt genug, um in ihr Klarheit zu können.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle reiste heute nachmittag um 3 Uhr 10 Minuten in Begleitung seines Sekretärs Barons Karl Nagy nach Wien. Nachmittags und abends begaben sich eine große Zahl der Delegierten und auch andere Mitglieder des Abgeordnetenhauses nach Wien, um an der morgigen Sitzung des auswärtigen Ausschusses der ungarischen Delegation teilzunehmen.

### Eine Deklaration der rumänischen Abgeordneten.

Die Mitglieder des rumänischen Nationalkomitees hielten Sonntag in Ragnovárad eine Sitzung, in der die politische Lage eingehend erörtert wurde. Es wurde beschlossen, in der Mittwochssitzung des Abgeordnetenhauses eine Deklaration zu unterbreiten, die die Stellungnahme der ungarländischen Rumänen enthalten wird. Die Deklaration wird durch den Abgeordneten Dr. Alexander Bajda vorgelesen.

Wie Keleti Ertesít melde, dementieren die rumänischen Politiker entschieden die Nachricht, als ob jemand im Auftrage der Partei mit dem Grafen Michael Károlyi oder irgendeinem anderen politischen Führer über die politischen Ziele der ungarländischen Rumänen unterhandelt habe.

### Das Komitat Baranya für die Unabhängigkeit Ungarns.

Aus Pécs wird gemeldet: Das Municipium des Komitates Baranya beschloß heute einstimmig, in einer Petition das Abgeordnetenhaus und die Regierung aufzufordern, alle Maßnahmen zur Sicherstellung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Ungarns zu treffen. Auch müsse Ungarn bei den Friedensverhandlungen durch besondere Bevollmächtigte vertreten sein, und es müsse die territoriale und politische Integrität des Landes unverfehrt erhalten werden. Es wurde ferner beschlossen, sämtliche politische Parteien aufzufordern, im Interesse der großen nationalen Ziele alle persönlichen Gesichtspunkte beiseite zu legen und mit voller Kraft und mit voller Eintracht für die Erreichung dieser Ziele zu arbeiten.

### Landeskongreß der Radikalen Partei.

Die Radikale Partei hielt heute abend 7 Uhr im großen Saale des alten Abgeordnetenhauses einen außerordentlichen Kongreß. Zu Präsidenten wurden Dr. Rudolf Krejcsí, Dr. Ruytem Bámbérh, Dr. Georg Körösh und Ludwlg Lányi gewählt.

Nach der Eröffnungsrede Dr. Rudolf Krejcsí ergriff Oskar Jáhy das Wort. Er beschäftigte sich in seiner Rede mit der außenpolitischen Lage und der Nationalitätenfrage. Eine neue Welt, sagte er unter anderem, ist im Entstehen begriffen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Demokratie und der Völker. Man müsse ein neues Ungarn schaffen. Wir müssen mit den Sünden der Vergangenheit brechen, durch die Konzentrierung aller demokratischen Kräfte, durch einen ehrlichen Ausgleich mit den Nationalitäten, durch die lokale Anerkennung der berechtigten Ansprüche der benachbarten neuen Staaten alle Garantien der friedlichen Entwicklung schaffen. Die territoriale Zerstückelung des Landes würde die Probleme nicht lösen, dagegen könnte ein freies, reiches, gebildetes, im amerikanischen Geist organisiertes Ungarn ebenso für das Ungarntum wie für die anderssprachigen Völker ein trautes Heim bilden. Nur die soziale Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung der Nationalitäten und eine pazifistische auswärtige Politik können Ungarn retten. Er empfiehlt eine Resolution zur Annahme, in der die Radikale Partei der Ueberzeugung Ausdruck verleiht, daß die territoriale Integrität Ungarns weder mit den berechtigten Ansprüchen der Nationalitäten, noch mit den rationalen Bestrebungen der im Entstehen begriffenen Staaten im Gegensatz steht. Von diesem Glauben geleitet, begrüßt die Radikale Partei mit brüderlichem Herzen das tschechische, polnische und südslawische Volk aus dem Anlasse, daß diese an der Schwelle der Verwirklichung ihrer auf die Schaffung eines nationalen Staates gerichteten Bestrebungen stehen. Dagegen hält auch die ungarische Demokratie unerschütterlich daran fest, daß die durch ein tausendjähriges Zusammenwirken entwickelte territoriale und wirtschaftliche Einheit Ungarns unverfehrt aufrecht erhalten werde. In dieser Einheit will sie ehrlich und ohne Hintergedanken den vollen und endgültigen Ausbau der kulturellen und munizipalen Autonomie aller Völker in Ungarn verwirklichen.

Die Radikale Partei fordert die unverzügliche Beilegung des gegenwärtigen Regimes und die Ernennung eines Kabinetts, das das Vertrauen aller wirklich demokratischen Parteien und Organisationen besitzt und unverzüglich die zeitgemäße Umgestaltung der Verfassung des Landes im Geiste der sozialen Gerechtigkeit und Gleichberechtigung der Nationalitäten in Angriff nimmt. Die Partei begrüßt zur Erreichung dieses Zieles die in diesem Sinne zum Ausdruck gebrachten Bestrebungen der ungarländischen sozialdemokratischen Partei.

Der Beschlusantrag wurde einstimmig angenommen. Paul Szende unterbreitete in Begleitung einer längeren Rede einen Beschlusantrag, in dem er die sozialen Reformen anführt, die unverzüglich durchgeführt werden müssen. Sodann hielt Schriftsteller Ludwig Biró eine kurze Rede, die mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Es sprachen noch Ludwig Nagy, Géza Supla, Alexander Turbósh, Mikolauš Kertész, Emerich Székely, Dr. Eduard Haimler und Dr. Julius Racz.

## Die innerpolitische Lage.

Budapest, 15. Oktober.

Geheimer Rat Ludwig v. Návay hat im Laufe des gestrigen Tages seine Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle, Grafen Stefan Tisza, Prinzen Ludwig Windisch-Graetz, Grafen Albert Apponyi, Grafen Michael Károlyi, Georg Platty und Elemér v. Simonkóts fortgesetzt. Diese Beratungen galten — wie bekannt — dem Versuche, eine Konzentration der politischen Parteien zu schaffen, die es ermöglicht hätte, daß Graf Albert Apponyi im Falle des Gelingens dieser Konzentration die Führung der Geschäfte übernehmen sollte. Wie in politischen Kreisen verlautet, ist dieser Versuch an dem Problem der Wahlrechtserweiterung gescheitert, denn Graf Tisza schien nicht geneigt, die das Wahlrecht betreffenden Wünsche des Grafen Albert Apponyi zu erfüllen. Herr v. Návay hat sich demnach gestern abend nach Wien begeben, um Sr. Majestät über die Ergebnisse seiner Besprechungen Bericht zu erstatten.

Graf Béla Serényi hat sich heute morgen nach Wien begeben und wird heute vom König in Audienz empfangen.

In politischen Kreisen verbreitet sich nach dem Versagen der Kombination Apponyi die Ansicht, daß Herr v. Návay dem König die Vertrauensstellung des Prinzen Windisch-Graetz mit der Kabinettsbildung vorzuschlagen beabsichtigt.

### Der Ministerpräsident in Wien.

Aus Wien wird gemeldet: Ministerpräsident Alexander Wekerle ist gestern abend 9 Uhr in Wien eingetroffen und im Ungarischen Hause abgestiegen.

### Die Hauptstadt für die Integrität und Unabhängigkeit Ungarns.

In der für morgen angesetzten Generalversammlung der Stadtvertretung von Budapest wird vor der Tagesordnung folgender Beschlusantrag des Stadtrepräsentanten Dr. Rudolf Szabás zur Verhandlung gelangen:

„Die ungarische Nation macht Schicksalsstunden durch. Mohi, Mohács und Bilágos waren für unser Vaterland nicht so verhängnisvoll, wie die gegenwärtige Wandlung der Weltordnung. Die Unversehrtheit des tausendjährigen ungarischen Reichsgebietes müssen wir auch um den Preis unseres Lebens schützen und werden sie auch schützen. Jeder treue Sohn des tausendjährigen Vaterlandes muß das fühlen, — dies müßten aber auch die seit achthundert Jahren mit uns in Staatsgemeinschaft lebenden kroatischen Brüder empfinden.

In seiner heutigen territorialen Unversehrtheit ist das Stefansreich allen seinen Völkern eine Quelle des Glückes und des Glüdes: ist diese Gebietsunversehrtheit gestört, so kann den Teilen bloß ein Vegetieren beschieden sein.

Die Haupt- und Residenzstadt wende sich mit einer Petition an das Abgeordnetenhaus, mit einer Aufforderung an sämtliche Municipien, sie wende sich an die ungarische Nation und an alle Bürger des Stefansreiches mit der Bitte, daß die Sicherung der Gebietsintegrität unseres Staates, die Einführung eines demokratischen Regimes, die Regelung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit des ungarischen Reiches im Einvernehmen mit dem Herrscherhause, die Sicherung unserer Verbindung mit den Weltverkehrsstraßen der Meere kraft des heiligen Rechtes des in tausend Schlachten vergossenen Blutes unserer Selbstenjung überall und jedermann gegenüber mit einträchtigem Willen und zusammengefaßter Kraft gefordert werde.“

Stadtrepräsentant Béla Minkó wird einen Beschlusantrag einbringen, wonach die Regierung aufgefordert werden soll, alles aufzubieten, um Ungarns Unabhängigkeit und mittels Aufhebung der Realunion mit Oesterreich den Uebergang zur Personalunion zu sichern.

## Oesterreichische Gegenströmungen

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Kl. Wien, 15. Oktober.

Wie ich erfahre, hat Kaiser Karl für morgen (Dienstag) einen Kronrat einberufen. Hofreise sollen aus Washington den Wind erhalten haben, man möge den Nationalitäten nicht zu viel versprechen, weil Wilson keine Zerstückelung Oesterreichs wolle. In gewissen Kreisen setzt man anscheinend Hoffnungen darauf, daß der frühere amerikanische Botschafter in Wien, Penfield, der Oesterreich sehr liebt und ein Bewunderer der Ungarn war, auch heute noch zugunsten der Donaumonarchie eintreten soll. Daraus erklärt sich der zögernde Versuch, ohne Taten auszukommen, erklärt sich auch die neue Orientierung der gouvemenentalen Zeitungen in Wien, die gegen die auseinanderstrebenden Kräfte auftreten, erklärt sich schließlich, daß die Christlich-Sozialen und die Deutschnationalen der sozialdemokratischen Führung, der sie zu folgen gewillt waren, jetzt nur noch geringe Bedeutung beizumessen.

Wie wenig die Slaven an dem alten Oesterreich festhalten wollen, zeigen Bestrebungen in gewissen tschechischen Kreisen, die für den Prinzen S o h e n b e r g, den Sohn des ermordeten Thronfolgers, die tschechische Krone in Vorschlag bringen. Völlig ententstimmte Kreise denken angeblich nach wie vor an den Sohn des Herzogs von C o n n a u g h t. Von sozialdemokratischer Seite wird wieder die R e p u b l i k erstrebt, für die heute durch Maueranschläge Stimmung gemacht wurde. Von dieser linken Seite wünscht man den Dr. B e n e s zum Präsidenten einer tschechischen Republik zu machen, deren erster Ministerpräsident K r a m a r z sein soll.

„Narodni Politika“ meldet in einem stark zensurierten Artikel eingehende neue Einzelheiten über den Empfang der Tschechen durch den Kaiser. So berichtete der Abgeordnete S t a n e l dem Kaiser, die tschechische Oeffentlichkeit sei durch die Schuld der Regierungen und der Deutschen so radikalisiert, daß niemand mehr diese Strömungen eindämmen kann. Das Agrarierblatt „Venkov“ meldet, daß die tschechischen Abgeordneten vom Kaiser auch die Bewilligung der Pässe für die tschechische Delegation nach der S c h w e i z gefordert haben.

Der Generaladjutant des Kaisers Prinz Jdenko L o b k o w i t z ist heute in Prag eingetroffen. Dem Besuch wird hohe politische Beizumessen.

### Die Gärung in Böhmen.

Drohbericht unseres Korrespondenten.  
g. Prag, 12. Oktober. Gegen die für heute  
beabsichtigten tschechischen Kundgebungen wurden  
scharfe Maßregeln erlassen. Prag gleich  
einem Feldlager. Sämtliche von den Vor-  
orten nach Prag führenden Straßen sind von  
Sturmtruppen, die mit Maschinengewehren und  
Handgranaten bewaffnet sind, abgesperrt. Nur  
mit Legitimationen kommt man nach Prag hin-  
ein. Die auf den Altstadtring einberufenen  
Kundgebungen wurden untersagt und die Stra-  
ßen, die auf den Altmarkt führen, sind abge-  
sperrt. Der Statthalter hat eine Kundge-  
bung erlassen, daß Gerüchte umgehen über  
eine gewaltsame Umwälzung im  
Staat. Diese Gerüchte seien un wahr. Durch  
Besprechungen auf internationaler Basis werde  
eine Entwicklung im ruhigen Wege vorbereitet, bis  
dahin bleibe die jetzige Staatsform bestehen. Der  
Statthalter warnt vor Gewaltanwendung, da  
Gewalt mit Gewalt gebrochen werde. Er richtete  
an die besonnenen Elemente die Bitte, sich vor un-  
überlegten Schritten zurückzuhalten. Gleichzeitig  
werden Proklamationen an das Volk verteilt, in  
denen mitgeteilt wird, daß die tschechisch-slowakische  
Republik proklamiert wird, und in der man sich  
gegen die Massenausfuhr von Lebensmitteln aus  
Böhmen wendet



15./X. 1918

**Die beiden Krisen und die Antwort des  
Präsidenten Wilson.****Die österreichische Krise.**

Wien, 15. Oktober.

Die Antwort des Präsidenten Wilson auf den Vorschlag des Grafen Burian ist auch heute nicht eingetroffen. Der Minister des Aeußern wird in der ungarischen Delegation sein Exposé halten und vielleicht wird er die Ursachen der Verzögerung mitteilen können. Aber die Meinung, die wir vertreten haben, ist durch die Ereignisse vollständig gerechtfertigt. Beschlüsse über die künftigen Einrichtungen von Oesterreich und eine damit zusammenhängende Bildung eines neuen Ministeriums würden nur die Gefahr mit sich bringen, daß nach Eintreffen der Antwort von Wilson alles wieder geändert werden müßte und daß die ohnehin herrschende Verwirrung noch größer wäre. Welche Überraschungen möglich sind, sehen wir aus den oben veröffentlichten Mitteilungen über die Bedingungen des Präsidenten Wilson.

Heute wird gemeldet, daß die Entscheidung über die Ministerkrise erst nach dem Eintreffen der Antwort von Wilson stattfinden solle. Diese Vorsicht ist nötig, damit sich Oesterreich, wenn es erfährt, was in Washington gefordert wird, in Ruhe überlegen könne, was es tun wolle und welche Persönlichkeit zur Ausführung am geeignetsten wäre.

**Die ungarische Krise.**

Graf Apponyi will nicht an die Spitze des Konzentrationsministeriums treten. Auch die ungarischen Staatsmänner hätten wichtige Gründe, auf die Antwort des Präsidenten Wilson zu warten, ehe sie der Krone ihre Vorschläge unterbreiten.

Auch wäre es gegen jede Vorsicht, jetzt schon Kundgebungen für die Personalunion zu veranstalten. Aber da sprechen Leidenschaften mit und in der heutigen Sitzung der ungarischen Delegation wird eine Kundgebung stattfinden, die nachträglich auch in Ungarn bedauert werden könnte.

**Eine Rundgebung der deutschen Fortschrittspartei in Böhmen.**

Das Prag. 14. d., wird uns berichtet: Die deutsche Fortschrittspartei in Böhmen hielt Sonntag in Prag eine Versammlung ihrer Vertrauensmänner aus dem Lande ab, in welcher folgende Entschliessung angenommen wurde: „Nach der jahrelangen und schweren Kriegszeit winkt nunmehr der Friede, welcher im Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zustandekommen soll. Das deutsche Volk in Oesterreich nimmt dieses Selbstbestimmungsrecht mit allen seinen Folgerungen uneingeschränkt auch für sich in Anspruch und erhebt die Forderung nach einem künftigen Zusammenschluss seiner gesamten Siedlungsgebiete. Kein von Deutschen bewohntes Gebiet darf in Zukunft einem nichtdeutschen Gemeinwesen einverleibt sein oder bleiben. Auf dieser Grundlage haben sich die deutschen Abgeordneten nach jahrelanger Zersplittertheit endlich geeinigt. Die deutsche Fortschrittspartei in Böhmen, welche stets für die deutsche Einheitsfront eingetreten ist, begrüßt aus vollem Herzen die nunmehrige Einigkeit und ist überzeugt, daß auf diesem Wege die berechtigten deutschen Hoffnungen und Forderungen in Erfüllung gehen werden. Sie tritt der Rundgebung der deutschen Sozialdemokraten und der Deutschböhmisches Vereinigung uneingeschränkt bei.“

15./X. 1918

## Der Tiroler Volkstag in Brixen. Kundgebung für die Einheit des Landes.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Innsbruck, 14. Oktober.

Der Tiroler Volkstag, der gestern im Hofe der Bischofsburg zu Brixen stattfand, gestaltete sich zu einer großen Kundgebung des gesamten Tiroler Volkes, sowohl der Deutschen wie der Ladinern und der Italienisch sprechenden Südtiroler, zu einer Kundgebung für die Einheit des Landes. Aus allen Landesteilen waren Vertreter aller Stände, aller Berufe und aller Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, erschienen.

Es sprachen Hofrat Professor Mahr, Hofrat Professor v. Hörmann, Hofrat Dr. Schoepfer, Senatspräsident Dr. v. Schumacher, Landeshauptmann Schraßl, Baron Merzi vom Landeskulturrat in Trient, Reichsratsabgeordneter Dr. Erlner, Dr. Sepp Straßner. Alle Redner traten für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Tiroler ein und protestierten namentlich gegen die etwaige Absicht, auch deutschtirolische und ladinische Gebiete abzutreten, auf das entschiedenste.

Die Tagung wurde nach zitta dreistündiger Dauer wider Erwarten vom Regierungsvertreter aufgelöst. Die Versammlungsteilnehmer wünschten nämlich, es solle auch Professor Edgar Mahr sprechen, für den, weil er ein Reichsdeutscher ist, ein Redeverbot besteht. Der Regierungsvertreter verweigerte ihm das Wort, worauf eine stürmische Enttäuschungskundgebung erfolgte, infolgederen der Regierungsvertreter die Versammlung unter Tumult als aufgelöst erklärte.

Die vom Landeshauptmann Schraßl vorgelegte Entschliebung, in der die Forderungen der Tiroler im Sinne der Redner formuliert sind, wurde aber trotzdem noch einstimmig und mit begeistertem Beifall angenommen.

Diese Entschliebung lautet: Der Tiroler Volkstag in Brixen begrüßt den Zusammenschluß aller deutschen Abgeordneten als gemeinsame Vertretung des deutschen Volkes in Oesterreich. Er hält es in diesem über die Zukunft Tirols entscheidenden Augenblick für dringend geboten, das durch Geschichte und wirtschaftliche Beziehungen zusammengehörige Land Tirol im vollen Umfange aufrechtzuerhalten, den Ladinern in ihrem Gebiete das volle freie Selbstbestimmungsrecht als selbständige freie Nation unbedingt zu gewähren. Der Tiroler Volkstag nimmt auch für Tirol das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Anspruch und verlangt die Anerkennung dieses Rechtes auch für den Fall, wenn Nichtdeutsche Tirols sich für das Verbleiben bei Tirol und Oesterreich entscheiden sollten. Der Volkstag wünscht weiter die Fortdauer und möglichst innige Ausgestaltung des Bundesverhältnisses zum Deutschen Reiche und verlangt insbesondere den innigen wirtschaftlichen Zusammenschluß an Deutschland. Der Tiroler Volkstag wünscht die rascheste Herbeiführung eines allgemeinen gerechten Völkerfriedens und begrüßt deshalb den Friedensschritt des Kaisers und seiner treuen Bundesgenossen.

## Die Krise in Oesterreich.

Wien, 14. Oktober.

Die Krise des Kabinetts Hussarek ist vorläufig formell noch nicht ausgebrochen. Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat in seiner gestrigen Audienz beim Kaiser ein Demissionsanbot nicht gemacht. Die nahezu zweistündige Audienz des Ackerbauministers Grafen Silva-Tarouca, die nach der Audienz des Ministerpräsidenten stattfand, hat gestern abend zu den Gerüchten Anlaß gegeben, daß Graf Silva-Tarouca zum künftigen Ministerpräsidenten designiert sei. Im Laufe des heutigen Tages sind jedoch auch andere persönliche Lösungen in Erwägung gezogen worden. Graf Silva-Tarouca wäre auf Grund eines von ihm der Krone unterbreiteten Programms mit der Bildung eines Kabinetts betraut worden. Nach den Ergebnissen der am Samstag stattgefundenen Empfänge der Parlamentarier aus beiden Häusern des Reichsrates beim Kaiser schließt man in parlamentarischen Kreisen, daß über die auf die Umgestaltung Oesterreichs in einen nationalen Staatenbund gerichteten Pläne vor dem Eintreffen der Antwort Wilsons und vor der Möglichkeit eines klaren Ueberblickes nicht entschieden werden wird.

Es ist in letzter Stunde ein neuer Entwurfsplan aufgetaucht. Es soll ein Geschäftsministerium als Uebergangsstadium errannt werden, dessen Aufgabe es wäre, die bei den einzelnen Nationen vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte zu sammeln und den Uebergang in die neue Staatsform vorzubereiten. Für alle Fälle müßte dieses Ministerium bestrebt sein, die Gemeinsamkeitsmomente auszuarbeiten und zu vertreten. Die Entscheidung über eine geeignete Persönlichkeit, die an die Spitze eines solchen Kabinetts zu treten hätte, ist bisher noch nicht getroffen.

In unterrichteten politischen Kreisen wird erklärt, daß der schleppende Verlauf der Krise darauf zurückzuführen sei, daß man ein Experiment für einige Tage vermeiden wolle. Es soll eine klarere Situation abgewartet werden, ehe eine neue Regierung berufen wird.

## Fürst Friedrich Lobkowitz in Wien.

Fürst Friedrich Lobkowitz ist heute in Wien eingetroffen.

**Oesterreich-Ungarn.****Gespannte Lage in Prag.**

Prag, 14. Okt. (Telegr.) Telegr.-Union. Infolge der beabsichtigten tschechischen Kundgebungen wurden die schärfsten Maßregeln erlassen. Prag gleicht einem Feldlager. Sämtliche von den Vororten nach Prag führenden Straßen sind, wie der Berliner Lokal-Anzeiger mitteilt, von Sturmtruppen, die mit Maschinengewehren und Handgranaten bewaffnet sind, abgesperrt. Nur mit Legitimation kommt man nach Prag hinein. Die auf den Altstädter Ring einberufene Kundgebung wurde untersagt, die Zugangsstraßen wurden abgesperrt. Der Statthalter hat eine Kundgebung erlassen, daß Gerüchte umgingen über eine gewaltige Umwälzung im Staat. Diese Gerüchte seien unwahr. Durch Besprechungen auf internationaler Basis würde eine Entwicklung im ruhigen Wege vorbereitet, bis dahin bleibe die jetzige Staatsform bestehen. Der Statthalter warnt vor Gewaltanwendung, die mit Gewalt gebrochen werde. Er richtet an die besonnenen Elemente die Bitte, sich von unüberlegten Schritten zurückzuhalten. Gleichzeitig wurden Flugblätter an das Volk verteilt, in denen mitgeteilt wird, daß die tschecho-slowakische Republik verkündet werden wird und in denen man sich gegen die Massenausfuhr von Lebensmitteln aus Böhmen wendet.

### Ein neues Österreich

Föderativ-Staatsgebilde der Tschechen, Südslawen, Polen, Rumänen, Ruthenen und Deutschösterreicher. Die Zukunft Ungarns  
(Von unserem Korrespondenten)

Wien, 10. Oktober.

Was ich in meinem letzten Artikel von der neuen Orientierung in Oesterreich sagte, gilt heute in noch weit erhöhtem Maße, zumal Freiherr von Hussarek vorgestern im Abgeordnetenhaus Klipp und klar vom Selbstbestimmungsrecht der Völker Oesterreichs gesprochen hat. Die österreichische Frage ist nun zu einer Reihe von Fragen geworden. Zu den gewohnten bisherigen, der tschechischen, der polnischen und der südslawischen zeigen sich schon die Ansätze für eine rumänische und ruthenische; wüchtig neuerstanden sind aber vor allem die deutsche und die ungarische Frage. Diese Neuorientierung hat in den Geistern überraschend schnell Platz gegriffen. Niemand verschließt sich mehr dem Föderativgedanken in seinem gebietsrätischen Auftreten, nur die Durchführungsmöglichkeiten bereiten Hindernisse. Daß auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes und im Sinne von Wilsons Programm die Südslawen, Tschechen und Polen eigene Staatsgebilde schaffen werden, erscheint sicher. Von tiefgehender Bedeutung ist die Realisierung der Deutsch-Oesterreicher und ihr feierlicher Beschluß, daß auch sie auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes ein eigenes Staatsgebilde verlangen; sie fordern, daß „sämtliche deutsche Gebiete Oesterreichs zu einem nationalen Gemeinwesen vereinigt werden, welches das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Oesterreich auszuüben berufen ist“. Gegen die Unterwerfung deutscher Gebiete Oesterreichs unter fremdnationale Gemeinwesen haben ferner sämtliche deutsche Abgeordnete auf das entschiedenste protestiert.

Es erscheint somit als unsere Zukunft, daß auf dem Boden Oesterreichs eine Reihe neuer staatlicher Gebilde entstehen soll. Was wird dann aus der Monarchie? Um sie braucht uns nicht bange zu sein; diese neuen Wege, an die man jetzt denkt, müssen keineswegs zur Aufteilung Oesterreichs, sondern, wie man hier glaubt, vielmehr zu einer Verjüngung Oesterreichs führen. Wer würde heute nicht mehr denn je des Wortes des tschechischen Historikers und Politikers Palacky gedenken, der einmal sagte: wenn Oesterreich nicht existierte, so müßte man es erfinden. Es ist kaum ein Zweifel, daß diese neuen Gebilde an und für sich zum Teil kaum, zum Teil gewiß nicht lebensfähig wären. Sie müssen sich daher in einer oder der anderen Form zusammenschließen, und so ist es leicht denkbar, daß der Begriff Oesterreich in nicht allzu ferner Zeit, wenn auch vielleicht unter einem anderen Namen und in anderer Form, weit mehr Land und Leute zusammenhalten wird als bisher.

So liegt das österreichische Problem, das trotz dieser „neuen Wege“ noch viele Schwierigkeiten bieten wird. Und dazu brauchen wir vor allem Männer — neue Männer, die die neuen Wege, die vorläufig nur gewissermaßen in der Idee existieren, ausstecken, ebnen und benützen werden. Und Ungarn? Daß man sich von Kroazien wird trennen müssen, daß man auf Bosnien, das man noch vor 14 Tagen, vor der Reise des Grafen Tisza nach Sarajewo an Ungarn „angliedern“ wollte, wird verzichten müssen, darüber gibt man sich heute schon kaum mehr einem Zweifel hin. Aber man hofft, daß man mit den Rumänen und mit den Slowaken in engen Verband wird weiterleben können. Im übrigen herrscht jetzt jenseits der Leitha das Verlangen „los von Oesterreich“, da es angeblich als Einheit nicht mehr erhalten bleiben wird. Nichtsdestoweniger will man — die Personalunion. Wie und mit wem ist nach dem Gesagten nicht ganz klar. Dafür sieht man aber in Ungarn bereits die Spuren eines kommenden Mannes: des Grafen Michael Karolyi, der seit langer Zeit schon die Demokratisierung Ungarns, eine weitgehende Bodenreform und den Frieden mit den Nationalitäten auf sein Programm geschrieben hat. Die Demokratisierung ist heute ein ausichtsreicher Wunsch, ein zugkräftiges Wort. Für die Verständigung mit den Nationalitäten dürfte aber Graf Karolyi etwas zu spät kommen. An ihm liegt die Schuld freilich nicht; denn schon vor Jahren hat er die Lösung der Nationalitätenfrage in Ungarn ehrlich gemollt, dafür aber nur Hohn und Verfolgung geerntet.

## Der Wille der Tiroler.

Die Volksratstagung in Brigen. — Die Massenversammlung wegen eines Zwischenfalles Edgar Meyer aufgelöst.

H. Brigen, 14. Oktober. (Priv.)

Unter ungeheurer Teilnahme fand gestern hier der Tiroler Volkstag statt, der von allen deutschen Parteien und Organisationen des Landes im Hofe des alten fürsterzbischöflichen Palais abgehalten wurde. Auch die Ladinern hatten Abordnungen entsendet. Als Hauptredner sprachen der christlichsoziale RAbg. Dr. Stumpf und Kreisgerichtspräsident Dr. v. Schumacher (Trient) sowie Landeshauptmann Schraffl und je ein Vertreter der vier deutschen bürgerlichen Parteien des Landes. Schon während der Rede des Landeshauptmannes Schraffl kam es wiederholt zu stürmischen Kundgebungen, als Landeshauptmann Schraffl schließlich an den Gerechtigkeitsinn des Präsidenten Wilson appellierte. Die Redner erklärten, es müsse das uralte feste Band zwischen Etsch- und Inngebiet vor dem Zerreißen behütet werden. Da Ministerworte keine sichere Gewähr bieten, müsse das Tiroler Volk selbst den Schutz seines Landes in die Hand nehmen. Im Namen der Ladinern sprach der Landeskulturrat Präsident Baron Meyer, der versicherte, daß ein großer Teil der Landesbevölkerung Welschtirols bei einer Volksabstimmung sicherlich sich für das Verbleiben im Rahmen Tirols aussprechen werde.

Als noch eine große Anzahl von Rednern vorgemerkt war, wurden aus der Mitte der Versammlung stürmische Rufe laut: „Professor Dr. Edgar Meyer möge sprechen!“ Da jedoch für Prof. Meyer, der Reichsdeutscher ist, ein Redeverbot besteht, legte der Regierungsvertreter gegen diese Forderung Einspruch ein. Dennoch bestand die Versammlung erregt darauf, daß Prof. Meyer das Wort ergreife. Die Tumultszenen griffen schließlich auf die Straße über, wo eine große Menge stand, die im Hofe nicht mehr Platz finden konnte. Als einzelne Teilnehmer gegen den Regierungsvertreter persönlich Stellung nahmen und die Lage kritisch wurde, löste der Regierungssprecher den Volkstag auf unter stürmischen Protestkundgebungen, Pjurufen usw. Landeshaupt-

mann Schraffl konnte nur noch bei dem Regierungsvertreter durchsetzen, daß dieser die Abstimmung über die im Laufe der Debatte vorgeschlagene Resolution gestattete. Unter stürmischen Heilrufen wurde

### folgende Entschließung

einhellig angenommen:

Der Tiroler Volkstag in Brigen begrüßt den Zusammenschluß aller deutschen Reichsratsabgeordneten als gemeinsame Vertretung des deutschen Volkes in Oesterreich.

Er hält es in diesem, über die Zukunft Tirols entscheidenden Augenblicke für dringend geboten, das durch Geschichte und wirtschaftliche Beziehungen zusammengehörige Land Tirol im vollen Umfange aufrecht zu erhalten, den Ladinern in ihrem Gebiete das volle, freie Selbstbestimmungsrecht als selbständige freie Nation unbedingt zu gewähren.

Der Tiroler Volkstag nimmt auch für Tirol das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Anspruch und verlangt die Anerkennung dieses Rechtes auch für den Fall, wenn Nichtdeutsche Tirols sich für das Verbleiben bei Tirol und Oesterreich entscheiden sollten. Er wünscht die Fortbauer und möglichst innige Ausgestaltung des Bundesverhältnisses zum Deutschen Reich und verlangt insbesondere den innigen wirtschaftlichen Zusammenschluß an Deutschland und raschestes Herbeiführen eines allgemeinen gerechten Völkerfriedens.

16./X. 1918

### Oesterreichische Delegation.

Der Heeresauschuss der oesterreichischen Delegation trat gestern zu einer Sitzung zusammen.

Delegierter Dr. Körner (Tschechischer Verband) führte aus, daß die tschecho-slowakische Nation eine anerkannt staatlich selbständige Individualität und der tschecho-slowakische Staat existent geworden sei. Deshalb erkläre Redner, daß er an den Verhandlungen des Ausschusses nur mit der Verwahrung der gekennzeichneten Rechtsüberzeugung faktischen Anteil nehme. Er beschäftigt sich mit den tschecho-slowakischen Legionen und wendet sich dagegen, daß man die Legionäre Eidbrüchige nenne, denn diese Männer seien Helden (!), die aus Liebe zu ihrem Vaterlande eine doppelte Gefahr bestanden haben, die Gefahr, von Feindeshand zu fallen, und für den Fall der Gefangennahme erschossen oder gehängt zu werden. Es sei an der Zeit, auch gegenüber diesen Personen, wenn sie in die Gewalt unserer Truppen kommen, Milde zu üben. (!)

Delegierter Dr. Schlegel (christlichsozial) bezweifelt, ob alle Angehörigen des tschechischen Volkes und insbesondere diejenigen, die im Kampfe stehen, der Anschauung des Delegierten Dr. Körner seien. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes durch feindliche Staaten könne für Völker, die jahrhundertlang in einem Staatsgebiete nebeneinander gewohnt haben, nicht ohne weiteres den Liquidierungsprozeß bedeuten und ein neues Gebilde existent machen. Auch seien die Grenzen des tschecho-slowakischen Staates durchaus nicht einwandfrei festgestellt. Es sei sehr zweifelhaft, ob sich Präsident Wilson damit einverstanden erklären werde, daß mehr als zweieinhalb Millionen Deutsche und die anderen Nationalitäten, die in dem erträumten tschechischen Staate wohnen, ohne weiteres in den tschechisch-slowakischen Staat einverleibt werden.

Kriegsminister Generaloberst v. Stöger-Steiner stellt gegenüber Dr. Körner fest, daß die Delegationen auf Grund von Befehlen einberufen sind. Vom Geiste der Versöhnung habe sich in der Rede des Dr. Körner nichts gefunden. Im Namen der Armee vermahnt sich der Minister aufs feierlichste dagegen, daß ihr Heldentum derart in den Kot gezerzt wird. Der Minister weist ferner auf die Tatsache hin, daß viele tschechische Truppen sich geradezu hervorragend geschlagen haben und ohne Zwang. Dr. Körner hat von der Generalität gesagt, daß sie nicht zu siegen verstände. Dieses Urteil wird durch die einfache Tatsache widerlegt, daß unsere Truppen überall im Feindesland stehen und unsere Fahnen überall siegreich flattern. Sodann beantwortet der Kriegsminister einige Anfragen des Delegierten Schlegel.

Delegierter Generaloberst Freiherr v. Dankl erklärt auf die Herabsetzung und Verunglimpfung des Fahneneides, des Heiligsten, was der Soldat mit sich zurückkommen zu wollen. Der Verrat an den Schultern an Schulter kämpfenden Kameraden ist seit Urbeginn der Geschichte als ein niedriges, ja, infames Verbrechen beurteilt worden (Zustimmung) und wird so beurteilt werden bis ans Ende der Welt. Das Stigma des Verrates wird — nicht von dem Volke, nicht von den Soldaten, sondern von den Führern und Offizieren — keine irdische und keine überirdische Macht der Welt nehmen können.

Was das Verhältnis der Armee zu den Nationalitäten anbelangt, so unterschreibe er vollinhaltlich, daß die Armee unparteiisch sein und über jede Politik stehen müsse. Aber er müsse auch ganz offen behaupten, daß in der letzten Zeit die Nationalität sogar höher gestellt und gehalten wird, als es der Rahmen und die Einheitlichkeit der Armee verträgt. So weit darf nicht gegangen werden, daß sich in der Armee nationale und politische Parteiströmungen und Spaltungen bilden.

Er kommt sodann auf das Verhältnis der Völker in der Monarchie zu einander zu sprechen und bemerkt, daß keines der Völker der Monarchie, die übrigens territorial voneinander kaum zu trennen seien, für sich allein existieren könne. Die Völker werden sich wieder alle zu gemeinsamen Zwecken zusammenschließen, gleichberechtigt und gleich geachtet.

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen.



## „Der tschecho-slowakische Staat ist ins Leben getreten.“

„Der tschecho-slowakische Staat ist nunmehr ins Leben getreten.“ Das hat das Mitglied der österreichischen Delegation im Heeresauschuss, Dr. Körner, verkündet. Dr. Körner ist ein tschechischer Abgeordneter. Er ist sonst — insbesondere in der letzten Zeit neben den Stanel und Stranzky — wenig hervorgetreten. Einen Namen hat er sich gemacht, als er im großen Prozesse vor dem Wiener Divisionsgerichte den Abgeordneten Kramarsch verteidigte. Als Jurist erregte sich Dr. Körner bei seinen Leuten offenbar großen Ansehens. Darum ist er auch in das Reichsgericht berufen worden. Das Mitglied des österreichischen Reichsgerichtes, jenes Gerichtes also, das als Verfassungsgericht durch die Staatsgrundgesetze bestellt ist, hat den Ausspruch getan, daß sich der tschechische Staat bereits gebildet und von Oesterreich losgelöst hat. „Jetzt besteht“, sagte Dr. Körner ausdrücklich, „nur ein Uebergangsstadium bis zur vollständigen Loslösung des neuen Staates von der österreichisch-ungarischen Monarchie.“ Deshalb nimmt auch das Mitglied des Reichsgerichtes, Dr. Körner, an den Verhandlungen des österreichischen Reichsrates und der Delegationen nur unter Verwahrung teil, ohne den Fortbestand der Verfassungsgesetze vom Jahre 1867 anzuerkennen.

Und am gleichen Tage, da Dr. Körner, das Mitglied des österreichischen Reichsgerichtes, in den Wiener Delegationen also sprach, ruhte im tschechischen Teile Böhmens die Arbeit in allen Betrieben. Prag zeigte sich im Feiertagsgewande, selbst der Straßenbahnverkehr war eingestellt, alle Geschäfte waren geschlossen und ein „sonntägliches Bild“, so melden die Berichte, war zu sehen. Das war ein Verwahrungsausstand, welcher der Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohle aus Böhmen galt. Man hat diese Umschreibung gewählt, weil man nicht offen sagen wollte, daß an diesem Tage, Montag den 14. Oktober, die volle Selbständigkeit des tschecho-slowakischen Staates auch praktisch in Erscheinung treten sollte, während sie Dr. Körner, das Mitglied des Reichsgerichtes, in den Delegationen verkündete. Es ist in Prag und auch sonst wohl in Böhmen eine politische Kundgebung verbreitet worden, deren Inhalt uns leider nicht bekannt ist. Maueranschläge haben offenbar dem tschechischen Volke die Errichtung des eigenen tschecho-slowakischen Staates verkündet. Das läßt uns eine Warnung des Statthalters erraten. In dieser neben der tschecho-slowakischen Kundgebung angeschlagenen Warnung des „I. I. Statthalters“ wird von den „Gerüchten“ gesprochen, „die verbreitet werden und in welchen von einer bereits durchgeführten Veränderung der Staatsform und erfolgten Umwälzung auf dem Gebiet des österreichischen Staatswesens die Rede ist“. Vor diesen „Gerüchten“ wird gewarnt und daneben war das feierliche „Manifest“ der tschecho-slowakischen Regierung angeschlagen. Vom 14. Oktober ab gebeten also offenbar die Tschecho-Slowaken den Bestand ihres selbständigen Reiches,

zu verzeichnen. Der 14. Oktober ist als geschichtlicher Gedenktag für die Selbständigkeits-erklärung der Tschecho-Slowaken in Aussicht genommen.

Gegen die Rede Dr. Körners im Heeresauschuss der Delegation haben zwei hohe Offiziere, der Kriegsminister und das Herrenhausmitglied Generaloberst v. Danl gesprochen. Sie haben sich „verwahrt“, sie haben die Beschimpfungen, denen das Heldentum österreichisch-ungarischer Soldaten von Seiten Dr. Körners ausgelegt war, „zurückgewiesen“, und den Verrat, den die tschecho-slowakischen Brigaden begangen haben, „verurteilt“. So hat sich noch einmal Oesterreich gegen den Bestand des tschecho-slowakischen Staates auflehnen versucht. Und der Prager Statthalter, der vor Ausschreitungen warnte, vor Ausschreitungen offenbar, die als Freudentungebungen zur verkündeten Errichtung des selbständigen tschecho-slowakischen Staates geplant waren, weist die Möglichkeit einer solchen Staatesgründung gar nicht zurück. Er spricht von „im Zuge befindlichen internationalen Beratungen“ und „bis dahin bestehen die staatlichen Einrichtungen unverändert aufrecht.“ Mehr hat der I. I. Statthalter von Böhmen gegen die Errichtung des tschecho-slowakischen Staates nicht zu sagen.

Und wir? Wir dürfen nicht mehr gewillt sein, uns für den Fortbestand Oesterreichs in der bisherigen Form und in bisherigem Umfange einzusetzen. Wir haben die völkische Pflicht, mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen. Darum ist es Aufgabe deutscher Politik in Oesterreich, die Folgerungen aus den Ereignissen des 14. Oktober zu ziehen. Es ist unklug, wenn auf die Zeit noch

dem Friedensschlusse verwiesen wird. Die Tschechen schaffen Tatsachen und die Staatsgewalt hat gar nicht mehr die Absicht, sie ernstlich daran zu hindern. Diesen Tatsachen müssen die Deutschen ebenfalls Tatsachen gegenüberstellen. Die Schaffung eines selbständigen deutschen Gebietes, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes und völkischen Eigenrechtes der Deutschen in Oesterreich darf nicht mehr hinausgeschoben werden. Wir haben keine Zeit mehr zu warten, wie einst in der unglückseligen Zeit der Herbst und der Schmerling.

16./X. 1918

## Ablehnung des Demissionsgesuches des Kabinetts Wekerle.

Eine Vertrauenskundgebung des Königs für die gegenwärtige Regierung.

Budapest, 15. Oktober.

Die Krise hat eine Lösung gefunden, die unter den Kombinationen, die um das innerpolitische Problem in den letzten Tagen reichlich emporschwebten, kaum vorausgesehen wurde. Der König hat heute das Demissionsgesuch des Kabinetts Wekerle ablehnend beschieden und diese Entscheidung damit begründet, daß die Regierung das volle Vertrauen des Herrschers besitzt. Damit ist die innerpolitische Krise beendet, bevor sie sich eigentlich wirklich eröffnen konnte.

Die Ablehnung des Demissionsgesuches des Kabinetts Wekerle ergab sich als notwendige Folge der Ereignisse, die sich in den letzten Entwicklungen der inneren Politik abgepielt haben. Nachdem die Berufung des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes und des Magnatenhauses Barons Julius Blasics keine Lösung der Krise in die Wege leitete, folgte die Vertrauung des Geheimen Rates Ludwig v. Návay, die ihr Ziel in einer Mission hatte, die zur Konzentration der Parteien eventuell unter einem Regime Apponyi führen sollte. Da die Mission Ludwig v. Návays durch ein negatives Ergebnis ihr Ende fand, wurde auch die nach vielen Berichten daran anschließende Kombination Windisch-Grätz fallen gelassen. Ueber die Ursachen, die diesen Versuch einer Lösung der innerpolitischen Differenzen ausgeschaltet haben, ist bis zur Stunde nichts bekannt, da die führenden ungarischen Politiker erst heute nacht von der Wiener Delegationsitzung in Budapest eintreffen werden.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle wird demnach morgen die Räume des ungarischen Parlaments auf seinem hohen Posten gefestigt durch die neue Bekundung des Vertrauens der Krone betreten und in der bedeutenden Sitzung des Abgeordnetenhauses, die morgen vor sich gehen soll, in intakter Regierungsmacht die Leitung der Staatsgeschäfte vertreten. Das innerpolitische Aktionsprogramm der Regierung dürfte nunmehr so abgewickelt werden, wie es in den Bestrebungen des Kabinetts vor Ausbruch der Krise sich befandete. Zweifellos wird der Ministerpräsident im Laufe die Aufforderung an alle Parteien ergehen lassen, sich zum Schutze unserer staatlichen Existenz zusammenzuschließen. Da jedoch eine Konzentration aller Parteien angesichts der extremen Tendenzen der Karolyi-Gruppe und ihrer politischen Gesinnungsnachbarn keine Aussicht auf Erfolg hat, da auch vorläufig eine engere Zusammenschließung der Apponyi- und Andrássy-Gruppen mit der Regierungspartei und der Partei der nationalen Arbeit nicht wahrscheinlich ist, darf angenommen werden, daß vorerst eine Fusion der Partei der nationalen Arbeit und der Achtundvierziger Verfassungskartei zu Stande kommen wird, wobei es als naheliegend betrachtet werden kann, daß Mitglieder der Partei der nationalen Arbeit in das Kabinett eintreten. Die so ersehende neue Regierungspartei wird sich in allen auslandspolitischen Fragen auf die Kooperation stützen können, die die Gruppen des Grafen Andrássy und des Grafen Albert Apponyi ausdrücklich und in Erkenntnis der großen staatlichen Interessen, die in diesen Angelegenheiten auf dem Spiele stehen, zugesagt haben. Demgegenüber wird in politischen Kreisen mitgeteilt, daß die Karolyipartei gegen die Regierung in scharfer Weise den Kampf aufnehmen will.

Die morgige Sitzung des Abgeordnetenhauses dürfte über die Stellungnahme der Parteien bereits volle Klarheit schaffen.

Magyar Ludósió meldet von zuständiger Stelle, daß der König die Demission des Kabinetts Wekerle nicht angenommen hat. Se. Majestät ließ im Laufe des heutigen Tages den in Wien weilenden Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle zu sich bitten und teilte ihm mit, daß er die Demission der Regierung nicht annehme, weil er der Regierung volles Vertrauen entgegenbringt.

Der Ministerpräsident begab sich um 7 Uhr 40 Minuten mit dem Separatzug der Delegierten nach Budapest zurück.

Ackerbauminister Graf Serényi und Geheimer Rat Ludwig v. Návay beim König.

Magyar Ludósió meldet aus Wien: Der König hat heute nachmittag halb 5 Uhr den Ackerbauminister Grafen Béla Serényi und den Reichstagsabgeordneten Ludwig v. Návay in Privataudienz empfangen.

Die Deklaration der Kroaten.

Wie dem Keleti Ertesítő aus Zagreb gemeldet wird, werden die kroatischen Abgeordneten des ungarischen Reichstages zur morgigen Sitzung nicht erscheinen. Mitin unterbleibt auch die von einigen Blättern signalisierte Deklaration.

16./X. 1918

### Eine Kundgebung über die Konstituierung von Nationalversammlungen.

Wien, 16. Oktober.

Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat die Obmänner der Parteien für heute nachmittags zu sich berufen. Wie in unterrichteten parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Freiherr v. Hussarek den Obmännern bei diesem Anlasse die Mitteilung machen, daß morgen eine Kundgebung erscheint, in welcher die Konstituierung von Nationalversammlungen eingeleitet wird.

Diese Nationalversammlungen hätten die Aufgabe, die Wahl von nationalen Regierungen vorzunehmen.

Die Kundgebung würde somit die Umwandlung Oesterreichs in einen Staatenverband einleiten.

#### Gemeinsame Beratung der südösterreichischen deutschen Volksräte.

Die am 13. d. im Sitzungssaale der Kärntner Handels- und Gewerbekammer in Klagenfurt versammelten Vertreter der südösterreichischen deutschen Volksräte im Einvernehmen mit dem deutschen Volksrate für Oesterreich in Wien haben nachfolgende Beschlüsse gefaßt:

1. die Reichsratsabgeordneten werden dringend aufgefordert, sofort zur Bildung einer alle deutschen Parteien umfassenden deutschen Nationalversammlung zu schreiten und dieser Nationalversammlung auch Vertreter der einzelnen Kronländer beizuziehen. Aufgabe dieser Nationalversammlung soll es in erster Linie sein, eine gemeinsame Plattform zu schaffen und in feierlicher Weise das volle Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Oesterreich in allen Belangen zu verkünden und nach innen und außen zu vertreten. Für den Fall, als bei den allgemeinen Friedensverhandlungen andere Nationen Oesterreich-Ungarns zugezogen werden, ist unbedingt eine gleiche Vertretung durch von der Nationalversammlung bestimmte Bevollmächtigte, und zwar gleichmäßig aus den Sudeten- und Alpenländern, als natürliche Folge des Selbstbestimmungsrechtes zu fordern.

2. In bezug auf die Triester Frage in unbedingt eine Lösung durchzusetzen, welche die freie und ungehinderte Ausnützung des Hafens für das deutsche Volk ermöglicht.

An die Deutschen Südoesterreichs wurde folgender Aufruf beschlossen:

Die am 13. Oktober 1918 in Klagenfurt tagenden deutschen Volksräte Südoesterreichs haben sich in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Volksrate für Oesterreich in Wien einmütig für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ausgesprochen.

Daher kann es in Zukunft nur mehr eine deutsche Volkspolitik geben, welche in allen Fragen nicht mehr die Sorge um den Staat, sondern lediglich die Interessen des deutschen Volkes als allein maßgebend gelten läßt.

In ernstester Stunde verlangen wir von unseren Abgeordneten eine unbengsame Stellungnahme nach diesem Grundsatz sowie die sofortige Bildung einer aus allen deutschen Parteien bestehenden Nationalversammlung zur entschiedenen Vertretung und Durchsetzung der unverrückbaren, aus dem Selbstbestimmungsrechte sich ergebenden Forderungen der Deutschen in Oesterreich.

Wir verlassen uns auf uns selbst, unser gutes Recht und unsere Kraft und nehmen die Gestaltung der Zukunft nunmehr in unsere eigenen Hände.

Bei rücksichtsloser Geltendmachung unseres völkischen Selbstbestimmungsrechtes braucht uns als Angehörigen eines Weltvolkes nicht hänge zu sein.

Einig und zielbewußt, in engster Gemeinsamkeit mit unseren Brüdern im Reiche, werden wir uns auf unserm alten Heimatsboden behaupten.

Ungebrochen, trotz Sturm und Not, geht unser herrliches, von hemmenden Fesseln befreites Volk seiner Zukunft entgegen.

## Die Sezession des Grafen Karolyi.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 15. Oktober.

Im Ausschusse der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten spielte sich heute, wie aus Budapest berichtet wird, ein Vorgang ab, der wohl als das Vorpiel der Trennung der beiden Hälften der Monarchie zu bewerten ist. Bevor Graf Burian im Ausschusse sein Exposé vortrug, gab der Führer der ungarischen Unabhängigkeitspartei Graf Michael Karolyi die angekündigte Unabhängigkeitserklärung ab und vollzog den Auszug aus der Delegation.

Der Vorsitzende des Ausschusses Graf Berzeviczy erteilte nach Eröffnung der Sitzung das Wort dem Grafen Karolyi. Dieser sagte folgendes: „Ich bin gekommen, Cäsar zu begraben, nicht ihn zu feiern. Ich misshaßte die Delegation und betrachte sie nur als Podium, das mir Gelegenheit bietet, gegen die gemeinsame österreichisch-ungarische Regierung vor ganz Europa Anklage zu erheben. Die Fehler, die die gemeinsame Regierung und die Delegation begangen haben, sind unverzeihlich. Graf Czernin und Graf Burian, der im Weltkrieg zweimal Minister war, haben absichtlich die Delegation nicht zusammenberufen, um nicht vor dem Richterstuhl erscheinen zu müssen. Die Tatsache, daß Graf Burian sie jetzt zusammenberuft, ist eine Verspottung des ungarischen Volkes. Graf Burian hätte die heutigen Einladungen mit einem Trauerrand absenden müssen. Die Achtundvierziger (Unabhängigkeits-) Partei ist seit jeher mit all ihrer ganzen Kraft gegen dieses unmögliche Instrument, die Delegation, aufgetreten. Ich klage das gemeinsame Ministerium und die Delegationen an, daß sie allein den Zusammenbruch der Monarchie verursachten, und so Ungarn in diese traurige Lage versetzt haben, in der es heute sich befindet. Die gemeinsame Regierung hat sich niemals um die Stimmung im Volke gekümmert, sondern auch in der ersten Zeit immer kleinliche Intrigen betrieben.“

Es folgte die Erklärung des Grafen Karolyi, daß seine Partei nicht länger diese Politik mitmache, und daß sie aus der Delegation ausscheiden werde. Die Unabhängigkeit Ungarns könne bei der jetzigen immer mißlicher werdenden Lage eine Erleichterung schaffen.

Ministerpräsident Dr. Bekerle antwortete auf diese mit aller Schärfe vorgetragenen Anklagen nicht weniger scharf. „Graf Karolyi hat“, sagte er, „zwei Vorwürfe erhoben: erstens daß man mit dem U-Boot-Krieg die Vereinigten Staaten herausgefordert und deren Macht unterschätzt habe, und zweitens, daß man mit dem Schlagwort „Mitteleuropa“ die Drohung des Wirtschaftskrieges herausbeschworen habe.“ Hierauf erwiderte er dem Grafen Karolyi, daß es für keine Partei eine Ehre sei, aus dem unglücklichen Kriegsverlauf einen Vorteil zu ziehen. Mitteleuropa sei nur eine Verteidigungsstellung, während der Wirtschaftskrieg der Entente eine Offensivaktion sei. Auch bei der Entente gebe es Pazifisten, aber man behandle sie als Vaterlandsverräther. Sie haben gesprochen“, rief Bekerle, „wir haben gehandelt. Wir haben so viel getan, um den Frieden herbeizuführen, daß wir uns schließlich lächerlich gemacht haben.“

Als nach dieser Rede Graf Karolyi den Sitzungsstahl verließ, wußten die Delegationsmitglieder noch nicht, daß inzwischen der Inhalt der zweiten Wilsonnote bekannt geworden war, die das Exposé des Grafen Burian gründlich über den Haufen werfen mußte. Es war bemerkt worden, daß dem Minister fortwährend Nachrichten gebracht wurden. Erstdem verlas Graf Burian seine auf den optimistischen Ton abgestimmte Friedensrede, die den baldigen Waffenstillstand versicherte und Wilson als den Mann seines höchsten Vertrauens hinstellte.

Als Graf Burian geendet hatte, konnte man noch den Eindruck haben, daß Graf Karolyi nur für eine Windheule gesprochen habe. Aber in den Abendstunden traten die ungarischen Parteiführer zusammen, um zu der Kundgebung Karolyis Stellung zu nehmen. Auch unter ihnen besteht eine starke Stimmung für die Unabhängigkeit.

Die Kroaten waren in der Delegationsstimmung nicht mehr erschienen. Sie werden heute in der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft eine Kundgebung über ihre Stellungnahme vorlesen. An dem Tage, an dem in Budapest die Unabhängigkeit Ungarns erklärt werden wird, dürfte auch in Ungarn die Unabhängigkeit der Südslawen erklärt werden.

### Diesseits und jenseits der Leitha

Es kracht in allen Zugen der alten Donau-Monarchie, die Kräfte drängen aufwärts und wollen die alte Schale sprengen, in der sie noch zusammengehalten werden. Der nicht mehr aufzuhaltende Zerfall Cisleithaniens in mehrere Reiche, für die ein gemeinsames Band noch nicht gefunden worden ist, hat nun auch seine Wirkung in Transleithanien ausgeübt. Man fühlt sich dort nicht mehr an den Ausgleich von 1867 gebunden, auf dem heute noch das staatsrechtliche Verhältnis zwischen den beiden Reichshälften beruht. Jener Ausgleich, so sagen die Ungaren, beruhte auf dem Grundsatz gegenseitiger Verteidigung und ist heute Oesterreich noch imstande, diese Pflicht auf sich zu nehmen? Angesichts der Bestrebungen, die in diesen Tagen auf völlige Trennung weiter Gebiete vom deutschen Oesterreich arbeiten, wird die Frage entschieden verneint und in Ungarn scheinen alle Parteien, von Tisza bis Karolyni, darin einig zu sein, daß an ein Weiterbestehen des jetzigen Verhältnisses nicht zu denken sei. „Unabhängigkeit und freie Hand auf der ganzen Linie!“ so tönt es heute von Osten über die Leitha. Als einziges Band zwischen beiden Ländern erkennt man in Ungarn nur noch die Personal-Union an. Sehr bezeichnend für die Lage ist die Tatsache, daß Ungarn jetzt schon darauf dringt, bei den Friedensverhandlungen durch einen eigenen Vertreter mitzuwirken. Der gemeinsame österreichisch-ungarische Außen-Minister könne unmöglich mehr die Interessen Ungarns und Oesterreichs zugleich vertreten. So soll Graf Julius Andrássy als ungarischer Unterhändler am Kongress sitzen.

Und zugleich ist im Ausschuß des Bundes der ungarischen Fabrik-Industriellen offen ausgesprochen worden, daß man bei der veränderten Lage Ungarns verlangen müsse, daß die in Salzburg mit Deutschland getroffenen Vereinbarungen für null und nichtig erklärt würden. Man rechnet also hier mit einer völligen Neuorientierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und sucht sich rechtzeitig vor unliebsamen Ueberraschungen zu schützen.

In engstem Zusammenhange damit stehen die Fragen des Südslawen-Reiches, an dem Ungarn direkt interessiert ist. In einer Audienz beim König haben die „vier Grafen“, die heute in Ungarn die Parteien repräsentieren, Tisza, Andrássy, Apponyi und Karolyni, einmütig erklärt, die Lösung der südslawischen Frage könne nur im Rahmen Ungarns erfolgen. Das heißt, wenn Kroatien, Slawonien, Bosnien und die Herzegowina sich zu einem neuen Staate zusammenschließen, so könne das nur im Anschluß an Ungarn geschehen. Kroatien mit Slawonien gehört bekanntlich schon jetzt zu den

Ländern der Stejanskrone. Man sähe es nun in Ungarn gerne, wenn sich Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina auch an dieses Land anschließen, unter Berufung auf das von allen Seiten proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Bevor die Ungaren aber in den Kampf für all diese Dinge eintreten, müssen sie im Innern die Einigkeit herstellen. Und so suchen sie gegenwärtig nach einem Manne, der die gegensätzlichen Elemente zusammenfassen könnte. Wefersle erklärt klipp und klar, er gehe, weil er keine Nebenregierung neben sich dulde. Als Nachfolger nennt man den Präsidenten des Magnatenhauses, Dr. Wlassics. Doch sind bisher noch keine Entscheidungen getroffen.

Auch in Cisleithanien ist eine Veränderung in der Regierung unmittelbar bevorstehend. Man berichtet, daß die Demission Husarcs angenommen und daß der bisherige Ackerbau-Minister, Graf Silva-Tarouca, zu seinem Nachfolger ausersehen sei. Amtliche Bestätigung liegt einstweilen noch nicht vor. Immerhin scheint der Name Lammasch ausgeschaltet. Bekanntlich wurde zunächst berichtet, es bestעה in Wien die Absicht, den bekannten Völkerrechtslehrer und Pazifisten mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Es war offenbar mehr der Wunsch einer bestimmten Richtung, als die Absicht der Krone.

In den amtlichen Kreisen denkt man daran, ein „Völkerministerium“ zu bilden, in das alle Nationen des Reiches einen Vertreter entsenden sollen. Ob heute noch alle mitmachen wollen? Nach den letzten Erklärungen der Tschechen ist das sehr zweifelhaft. Dieses Völkerministerium hätte nämlich die Aufgabe, die Konstituierung neuer Staaten nach nationalen Gesichtspunkten durchzuführen, aber — innerhalb der Grenzen des heutigen Oesterreich. Der Besprechung dieses Planes galt die Massen-Audienz, in der Kaiser Karl mit den Parteiführern verhandelte. Ueber ein greifbares Ergebnis dieser Verhandlung ist heute noch nichts bekannt.

### Das freie Ungarn.

Die neue Entwicklung der Völker in der alten Habsburger Monarchie hat dazu geführt, daß die ungarische Reichshälfte ihre Loslösung von Oesterreich proklamiert hat und damit in die Reihe der völlig selbständigen Staaten eingetreten ist, wenn auch das Band des gemeinsamen Herrscherhauses weiter bestehen soll. Diese Wandlung vollzieht sich in einer Zeit, in der auch das deutsche Volk eine Umgestaltung an Haupt und Gliedern erfährt. Das Bündnis der Regierungen, das seine Entstehung einem genialen ungarischen Staatsmann verdankt, hat sich im Laufe der Zeit und vor allem während der harten Kriegsjahre immer mehr zu einem Bündnis der Völker gestaltet. Die Waffenbrüderschaft ist zur Blutsbrüderschaft geworden. Das gibt uns die Gewähr, daß das neue Deutschland und das neue Ungarn, was immer in Zukunft geschehen möge, die treue Gemeinschaft weiter pflegen werden, die sich aus der Übereinstimmung der Interessen von selbst zu ergeben scheint.

Die Neubildung Ungarns vollzieht sich unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen. Soziale Fragen kreuzen sich mit nationalen Machtansprüchen. Die Demokratisierung, die sich unaufhaltsam vollzieht, bedeutet den Verzicht auf die nationale Einseitigkeit in Regierung und Verwaltung, in Kultur und Schule, die im großen und ganzen bisher aufrecht erhalten wurde. Aber die ungarische Nation zeichnet sich durch ein solches Maß von politischer Intelligenz, von sicherem Machtinstinkt, parlamentarischer Schulung aus, sie verfügt über einen solchen Reichtum an führenden Persönlichkeiten, daß wir an ihrer Zukunft auch unter den veränderten Verhältnissen keinen Zweifel zu hegen brauchen.

Das deutsche Volk begleitet die weitere Entwicklung des ungarischen Staatswesens mit Vertrauen und Sympathie. Ueberall in Europa lösen sich alte Bindungen. An ihre Stelle müssen und werden freie Vereinigungen freier Völker treten, aus der klaren Erkenntnis heraus, daß die freie Entwicklung nicht zur Völkervernichtung und Völkerverstärkung führen darf, sondern erzeugt werden muß durch eine gut europäische Gesinnung in Wort und Tat.

**Die Unabhängigkeitsbewegung in Ungarn.**

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 16. Oktober.

Die politische Lage in Ungarn ist wiederum völlig ver wandelt. Der König hat, wie schon mitgeteilt, die Demission Wekerles vorläufig abgelehnt. Im ungarischen Palais herrscht in den Nachmittagsstunden lebhaftes Treiben. Wekerle, Burian, Tisza, Zichy, Barta, ungarische Bischöfe und Magnaten sind zahlreich erschienen. Die Kroaten sind ausgeblieben. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung sprechen Tisza und Karolyi. Wekerle ruft die Unabhängigkeitserklärung Ungarns aus und sagt voraus, daß dies die letzte Tagung der ungarischen Delegation in Wien sein wird. Er beabsichtigt mit seiner Partei einen demonstrativen Auszug aus der Sitzung. Nach dem Exposé Burians soll im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Lage besprochen werden, falls nicht eine Ueberraschung kommt; von der Tisza-Partei ist vor der Sitzung der Rücktritt Burians gefordert worden. — Es ist zweifellos, daß auf die Budapestier Unabhängigkeitserklärung sofort die Unabhängigkeitserklärung der Kroaten in Ugram erfolgt.

**Die Kabinettskrise in Oesterreich.**

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Wien, 15. Oktober.

Im Vordergrund der Kombinationen steht heute der Name des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß. Einzelne slawische Parteien, insbesondere die Polen, auch die Christlich-Sozialen, werden, falls Dr. Groß mit der Bildung eines Kabinetts betraut werden sollte, diesem ihre Unterstützung wohl kaum verweigern. In anderen Kreisen wird auch heute noch von Beda und Sjava-Larouca gesprochen.

Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat für heute abend die Führer sämtlicher parlamentarischer Parteien zu einer Konferenz einberufen.

**Ein tschechischer Aufruf.**

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Prag, 15. Oktober.

Der tschecho-slowakische Sozialistenrat, der gestern abend eine Sitzung abhielt, an der zum ersten Male auch tschechische Sozialisten der Zimmerwalder Richtung teilnahmen, hat eine Rundgebung an das tschechische Volk gerichtet, worin u. a. gesagt wird: „Ostern hat das arbeitende tschechische Volk mit aller Deutlichkeit gesagt, was es als ein Selbstbestimmungsrecht betrachtet, was seine politischen Forderungen und was seine politischen Ziele sein sollen. Wir fordern die Errichtung eines selbständigen demokratischen tschechischen Staates. Die gestrige Bewegung war nur der Anfang systematischer Aktionen. Nun wird es von den Nachrichten aus dem In- und Auslande abhängen, was weiter geschehen soll.“

**Aus der österreichischen Delegation.**

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Wien, 15. Oktober.

In der heutigen Sitzung der österreichischen Delegation interpellierte der tschechische Delegierte Zahradnik den Kriegsminister über die Entsendung österreichisch-ungarischer Truppen an die Westfront. Der polnische Abgeordnete Dr. Gombinski richtete eine Anfrage an die gemeinsame Regierung über die Errichtung gemeinsamer österreichisch-ungarisch-polnisch-polnischer und polnisch-preussischer Liquidations-Kommissionen, sowie über die Einleitung weiterer aus der Urach-

**Hängigkeitsklärung der vereinigten Polen sich ergebenden Maßnahmen.**

Die Delegierten Dr. Koroska und Dr. Cingria richteten an den Minister des Aeußern und den Kriegsminister eine Anfrage über die Teilnahme der Südslawen an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen sowie über die Ueberlassung der Einleitung und Durchführung dieser Verhandlungen an die Vertreter der Nationen, die sich nationale Regierungen bilden werden. In der Einleitung der Interpellation wird darauf hingewiesen, daß durch die nunmehr auch von den Mittelmächten angenommene Erklärung des Präsidenten Wilson das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu dem Hauptprinzip der Menschheit gemacht wurde, wonach keine Nation ohne ihre Zustimmung beherrscht und regiert werden soll. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Südslawen wiederholt feierlichst erklärt haben, sie würden niemals einer Lösung ihre Zustimmung erteilen, die nicht die Vereinigung aller Teile der südslawischen, kroatischen und serbischen Nation in einen eigenen souveränen Staat mit sich bringt, da nur in dieser Weise die Autonomie gesichert erscheint.

\* Zürich, 15. Oktober.

Die englische Presse berichtet aus Rom: Die gegenwärtigen Missionen des tschecho-slowakischen Nationalrates in den alliierten Hauptstädten werden demnächst in richtige Gesandtschaften umgewandelt.



## Faule Gründungen.

Von kul. händigen Korrespondenten.

Wien, Mitte Oktober. So mühsig es im gegenwärtigen Augenblicke wäre, Mutmaßungen über die Umrisse des nach Neugestaltung ringenden Oesterreich aufzustellen, so können doch schon eine Reihe Feststellungen gemacht werden, die erkennen lassen, daß diejenigen, die von der Macht der Ereignisse überwältigt den völligen Zerfall der alten Monarchie voraussagen, im Unrecht bleiben werden. Langsam beginnen die österreichischen Slawen Wasser in ihren Wein zu schütten. Aus dem Siegesjubel bringt schon bemerklich ein Unterton, der zu einem bedächtigen Tempo mahnt. Renner dieses eigenartigen Staatengebildes haben immer behauptet, daß bei allen auseinanderstrebenden Tendenzen unter den österreichischen Volksstämmen der Kitt, der die einzelnen Kronländer zusammenhält, noch nie und ernstlich auf seine Festigkeit geprüft wurde. Nun ist die Stunde da, wo eine österreichische Regierung selbst feierlich den Völkern das Geschenk der Selbstbestimmung überreicht, und im selben Augenblick zeigt es sich, daß die Zusammenhänge unter den einzelnen Kronländern viel zu feste sind, als daß sich so ohne weiteres ein polnischer, tschechischer und südslawischer Staat daraus zusammenschweißen ließe. Ungefähr stellten sich die österreichischen Slawen die Sache so dar: Man zerstört das ganze Staatengebilde und baut aus dem Material drei neue. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die leichtfertigen Baumeister daran zu denken beginnen, wo sie während des Neubaus wohnen werden, und ob die Demolierung sie nicht so viel kosten würde, daß für den Aufbau der neuen Staaten nichts mehr übrig bliebe. Sie werden bald dahinter kommen, daß es besser ist, an das alte Gebäude anzubauen, statt es gänzlich umzubauen.

Am nachdenklichsten sind nach dem ersten Begeisterungsrausch, den der Warschauer Staatsstreich hervorrief, die österreichischen Polen geworden. Schon die Ankündigung des deutschen Reichskanzlers, daß so rasch wie tunlich die Besatzungsarmee das Land verlassen soll, war ein bitterer Tropfen in den Freudenbecher. Denn Zurückziehung der deutschen Truppen bedeutet, selber Ordnung im Lande zu halten, und der bisherige Modus war entschieden der billigeren und bequemeren. Die Lieber vom heiligen Wawelschloß im heiligen Krakau hängen ja recht schön und sehnüchtholl. Der Traum vom großen Wäpölen mit seinem eigenen Zugang zum Meer behält so lange seine beruhende Kraft, so lange er eben ein Traum ist. Nun die Herren in Warschau sich das Recht herausnehmen, Krakau und Warschau wirklich zu vereinigen, verfliegt der ganze romantische Schimmer, und die nüchternen Staatswirtschaft, die fragt, was dies koste, tritt die Herrschaft an. Zum Staatenaufbau gehört eben sehr viel Geld. Das dämmert den Herrschaften, die durch die kostenlose Befreiung etwas vermöhnt waren, allgemach auf in Verbindung mit der Frage, wer das Geld hergibt. Und da gibt es wohl auch nicht einen Polen, der sich etablieren würde, daß auf einer Friedenskonferenz Geld aus den Mittelmächten herauszupressen wäre. Und Geld von der Entente? Gerade die österreichischen Polen haben immer sehr viel Sinn für sogenannten praktischen Patriotismus gehabt. Immer hielten sie der Regierung zugleich mit der Linke, die den Stimmzettel hielt, auch die geöffnete Rechte hin. Bei ihnen mußte die Rechte stets, was die Linke zu tun hat. Und eben deshalb haben sie das trübe Vorgefühl, daß Wilson und Balfour sehr viel Sinn für Völkerbefreiung hatten, so lange sie mit diesem Grundsatz den Krieg zu gewinnen hofften, aber sehr taub sein werden, wenn die „Befreiten“ Geld haben wollen. Man stelle sich nur die in Wien verhätschelten Polenabgeordneten, von denen jeder mindestens einmal Ministerkandidat war, Diäten bezog, Verwaltungsratsstellen sammelte und Staatsgelder für Galizien kassig machte, nun plötzlich in einem neuen polnischen Staat vor, der das alles erst schaffen, erst aufbauen mußte, was Wien in so reichem Maße für das Solo polski übrig hatte. In einem Staat, der sich erst Kredit erwerben mußte, der in dem Augenblick, wo die deutschen Truppen das Land verlassen, hilflos den bolschewistischen und anderen Strömungen preisgegeben ist und augenblicklich eine polnische Armee aus der Erde stampfen mußte, um nur mühsam die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten. Ganz abgesehen davon, daß keine Friedenskonferenz der Welt etwas dagegen einzuwenden vermögen wird, daß der österreichische Staat die Uebernahme des auf Galizien entfallenden Teiles der Staatslast von dem neuen Königreich fordern wird, ein Vorgehen, der sich bei Deutschland und Rußland widerholen würde.

Bismarck hat einmal gesagt, er würde gern, wenn er es vermöchte, den Sozialdemokraten ein Stück Deutschland zur Verfügung stellen, nur da-

mit daran der Zusammenbruch der sozialistischen Ideen demonstriert werden könnte. Der bismarckische Gedanke ist auf dem besten Wege, hier verwirklicht zu werden. Die neuen Staatengründer werden erkennen müssen, daß der deutsche Zentralismus in Oesterreich das ganze Staatengebäude zusammenhält wie ein eisenfester Kitt, daß ihnen, wollen sie diesen Kitt aus den Fugen der Mauern entfernen, die Steine auf den Kopf fallen. Denn sie haben in ihrer Siegesfreude auch eines übersehen, daß jeder Punkt der Wilsonschen Forderungen, der die Aufrichtung des Völkerbundes bestimmt, ihnen eine ihrer größten Hoffnungen nimmt, nämlich sich durch eine antideutsche Bündnispolitik die Errichtung eines national-polnischen Volkwerks von Danzig bis Triest bezahln zu lassen. W. Urban.

17/X. 1918

**Ein Kundgebung des deutschen Volksrates in Böhmen.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 16. Oktober.

Der deutsche Volksrat für Böhmen hat in Pöbosiß eine aus allen Teilen Deutschböhmens zahlreich besuchte Vollziehung abgehalten, über die folgende Mitteilung ausgegeben wird:

Der deutsche Volksrat für Böhmen nimmt mit Genugtuung den Beschluß aller deutschen Reichsratsabgeordneten Böhmens zur Kenntnis, sich als berufene Vertretung des gesamten deutschen Volkes in Böhmen zu einer Nationalversammlung zu vereinigen und aus ihrer Mitte einen Nationalausschuß zu wählen. Der deutsche Volksrat erwartet den sofortigen Zusammentritt dieser Nationalversammlung und erblickt deren erste Aufgabe in der Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes Deutschböhmens durch Anschluß an das Deutsche Reich.

Der deutsche Volksrat betrachtet jedwede Verhandlung, die auch nur die Möglichkeit einer Einverleibung Deutschböhmens in den tschechischen Staat zum Gegenstande haben könnte, als Preisgabe unseres Volkstums, seiner politischen und wirtschaftlichen Zukunft.

Der deutsche Volksrat hat alle Vorkehrungen in Betracht gezogen, um jedem Versuch einer gewaltsamen Einbeziehung Deutschböhmens in einen tschechischen Staat mit Gewalt zu begegnen.

Um dem deutschen Volke Böhmens Gelegenheit zu bieten, seinen entschlossenen Willen zum Ausdruck zu bringen, wird der Nationalausschuß ersucht, in kürzester Zeit einen großen Volkstag einzuberufen.

**Der Volkstag der Deutschen Schlesiens.**

Aus Troppau, 15. d., wird berichtet: Heute, am Landesfeiertage Schlesiens, wurde ein von allen deutschen Parteien des Landes veranstalteter großer Volkstag abgehalten, auf dem gegen die von den Tschechen verlangte Einverleibung Schlesiens in einen czecho-slowakischen Staat nachdrücklichste Verwahrung eingelegt wurde. An 15.000 Personen drängten sich auf dem Oberring, wo der Volkstag unter freiem Himmel stattfand. Die Redner sprachen vom Balkon des Stadttheaters. Unter den Teilnehmern waren auch die deutschfreundlichen Polen Ostschlesiens sehr zahlreich vertreten.

Als Einberufer der Tagung eröffnete Vizbürgermeister Dr. Krommer den Volkstag mit einer Ansprache. Bürgermeister Kudlich begrüßte den Volkstag namens der Stadt Troppau und verwies darauf, daß den Deutschschlesiern in dieser bangen Zeit nichts übrig bleibe, als den bundesstaatlichen Anschluß an das Deutsche Reich zu erstreben. Kaiserlicher Rat Dr. Benzelides protestierte in entschiedenen Worten gegen jede Absicht einer Einverleibung Schlesiens in einen czecho-slowakischen Staat, gegen die Entrechtung des Landes und erklärte unter lautem Beifall, nur der Anschluß an das Deutsche Reich könne das schlesische Volk vor dem Untergang bewahren. Dr. Otte (Freudenthal) wies gleichfalls jede fremdnationale Vergewaltigung zurück. Dr. Kiehl wandte sich als Vertreter der deutschen Arbeiterschaft gegen die Ansprüche der Polen sowohl wie der Tschechen. Ganz Deutschösterreich fühle mit den Schlesiern.

Der seinerzeitige Reichsratsabgeordnete Heger legte der Versammlung folgende Entschliebung vor: „Tausende deutscher Schlesier aller Stände und Parteien, die heute am Volkstage in Troppau als Sendboten des gesamten deutschen Schlesiens teilnehmen, fordern, entschlossen bis zur äußersten Selbsthilfe und eines Sinnes mit allen Ostmarkdeutschen, das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht Deutschösterreichs. Einer Angliederung an einen czecho-slowakischen Staat werden wir heute und immerdar entschlossenen Widerstand bis zum äußersten entgegensetzen. Deutsches Volksrecht bricht tschechisches Staatsrecht. Wir wollen rücksichtslos unser Selbstbestimmungsrecht in einem völlig selbständigen Deutschösterreich und den Anschluß an das Deutsche Reich. Frei von jeder Fessel, wollen wir in Zukunft, auf Gedeih und Verderb mit unseren Brüdern in Österreich und im Deutschen Reich in untrennbarer Einheit verbunden, mitarbeiten an der Stärkung unseres großen deutschen Vaterlandes. Das walte Gott!“ Die Entschliebung wurde, nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, einstimmig angenommen.

## Ende des Dualismus.

Der Dualismus ist zu Ende. Der ungarische Ministerpräsident erklärte heute im ungarischen Abgeordnetenhaus, Ungarn erachte infolge der Föderalisierung Oesterreichs seine staatsrechtliche Gemeinschaft mit Oesterreich für aufgelöst, und wenn natürlich die dualistischen Gesetze und Einrichtungen ihre Wirksamkeit nicht sofort verlieren können, so hat die dualistische Gemeinschaft, die nun fünfzig Jahre währt, mit dem heutigen Tage dennoch ihr Ende erreicht. Seit der Revolution von 1848 währt der Kampf der Ungarn um ihre Unabhängigkeit. In der revolutionären Erhebung siegten sie, dann wurden sie von Wien mit Krieg überzogen, mit Hilfe der zarischen Soldaten geschlagen, ihre Selbständigkeit wurde ausgelöscht. Der Ausgleich vom Jahre 1867 brachte das Kompromiß zwischen den ungarischen Unabhängigkeitstendenzen und den Bedürfnissen der Großmacht; damit schien die Entwicklung abgeschlossen. Mit welcher Zähigkeit ist der Dualismus in diesen fünfzig Jahren verteidigt worden, und auch in Ungarn wurde es ein Glaubenssatz, daß an der staatsrechtlichen Verbindung, die er schuf, nicht gerüttelt werden dürfe. Und nun trennen sich die Ungarn, und man kann nicht sagen, daß das in Oesterreich irgendwo und irgendwie eine größere Bewegung hervorrufen würde. In Wahrheit steht es um den Dualismus so, daß seine Bedeutung während des Weltkrieges aufgezehrt worden ist. Ursprünglich hatte die Verbindung der „Erblände“ mit Ungarn den Sinn einer Verteidigung gegen die Türkengefahr; im Laufe der Jahrhunderte baute die beiden Staaten die Furcht vor Rußland zusammen, das Gefühl, den russischen Eroberungstendenzen nur gemeinsam bestehen zu können. Diese russische Gefahr hat der Weltkrieg und hat noch mehr die russische Revolution für immer beseitigt, und überhaupt weiß jeder, daß die neue Ordnung, die aus dem Weltkrieg hervorgehen muß und hervorgehen wird, die Möglichkeiten kriegerischer Eroberungen für immer beseitigt, also auch die Furcht vor ihnen überflüssig macht; der erste und letzte Zweck der Verbindung Oesterreichs und Ungarns, die gemeinsame Verteidigung nach außen, ist erschöpft. Und die wirtschaftliche Gemeinsamkeit! Man weiß, was die Ungarn, da sie sich einmal nicht bloß als ihr Vorteil, sondern als ein moralischer Zusammenhang bewahren sollte, aus ihr gemacht haben; das gemeinsame Handelsgebiet ist praktisch die Aushungerung Oesterreichs geworden. So kommt es, daß sich die Ungarn leichten Herzens von uns trennen und wir sie leichten Herzens scheiden sehen. Der Traum der Großmacht, die gegenüber Europa eine unerschütterliche Einheit sein wollte, ist ausgeträumt für immer.

Die Ungarn scheinen sich mit der Kündigung des Dualismus auch darum zu beeilen, um die große nationale Auseinandersetzung, die in Oesterreich nun anhebt, von ihrer Staatlichkeit fernzuhalten; sie wähnen noch immer, daß die nationale Frage an der Leitha aufhört und daß sie den ungarischen Staat, der auf der verzweigten Herrschaft einer Nation, auf der Unterdrückung aller anderen beruht, in den Feuern des Weltkrieges unversehrt behaupten werden. Aber wenn der Dualismus die Nationen in Oesterreich nicht mehr bindet: was soll sie denn dazu führen und verpflichten, den Fetisch der heiligen Stephanskronen zu respektieren? Was soll sie dann abhalten, ihre Nationsgenossen in Ungarn für ihre Staatlichkeit einzufordern? Warum sollen dann die Tschechen auf die Slowaken, der deutsche Staat in Oesterreich auf die Deutschen in Ungarn verzichten, wenn diese Nationsgenossen nicht einmal in dem weiten staatlichen Rahmen verbleiben, den der Dualismus bot, sondern geradezu einem fremden Staat einverleibt werden? Wovon die Ungarn meinen, daß es ihre Rettung sein werde, daß sie sich nämlich von der nationalen Auseinandersetzung in Oesterreich absondern, kann unschwer der Antrieb werden, daß die Forderungen der Nationen in Oesterreich nach ihren Brüdern in Ungarn die lebendige Kraft erst recht erhalten.

Morgen wird ein Manifest erscheinen, das die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Nationen in Oesterreich verkünden will. Nach allem, was man vernimmt, scheint die Regierung auch diesmal nur eine unfruchtbare Halbheit zu unternehmen, der deshalb eine un-

mittelbare Einwirkung auf die Dinge versagt bleiben wird. Aber das Recht auf Einheit und Freiheit der Nationen wird in Oesterreich nun wenigstens grundsätzlich anerkannt, und nach dieser Anerkennung werden die Nationen nicht weiter zögern, das Recht auch praktisch zu verwirklichen, indem sie vor allem zu ihrer Selbstregierung schreiten. Der Dualismus, diese Zwangsburg so vieler Völker, dieses Instrument des Militarismus, ist zu Ende, und die neue Ordnung, die gestützt sein wird auf die uralten Rechte der Völker, wird allmählich zur Wirklichkeit.

## Der Neuaufbau Oesterreichs.

Die Neugestaltung Oesterreichs soll nach dem kaiserlichen Manifest jedem nationalen Einzelstaat seine Selbständigkeit gewährleisten; sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksamer schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Oesterreich soll, wie es weiter in dem Manifest heißt, ein Bundesstaat werden. In diesen wenigen Worten ist ein ungeheures politisches und wirtschaftliches Programm gelegen, dessen Verwirklichung fast unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen wird. An dieser Stelle wollen wir uns nicht mit der politischen Seite der Frage befassen, sondern lediglich auf einige wenige wirtschaftliche Fragen hinweisen, die sich bei den Verhandlungen über die Bundesverfassung sofort zwingend aufdrängen.

Wohl eine der größten Schwierigkeiten, die sich bei der Lösung aller wirtschaftlichen Fragen entgegenstellen wird, ist die Tatsache, daß einer der künftigen Bundesstaaten, Ostgalizien und die Bukowina, von allen anderen getrennt sein, und zwar durch Ungarn, das ja nur mehr in der Personalunion mit Oesterreich verbunden sein wird, und durch Galizien, das einem fremden Staate angehören wird. Wenn also in Zukunft das Verhältnis zu Ungarn nur das einer reinen Personalunion bleiben sollte, so wäre es kaum abzusehen, in welcher Weise die räumliche Trennung zwischen Ostgalizien und der Bukowina und den anderen künftigen Bundesstaaten überwunden werden könnte. Aber auch sonst sind die Siedlungs- und Schichtungsverhältnisse in den einzelnen Ländern derart mannigfaltig, daß keine der bestehenden Bundesverfassungen Europas oder anderer Weltteile übernommen werden könnte.

Die wichtigste Voraussetzung des wirtschaftlichen Zusammenlebens der Bundesstaaten ist naturgemäß die gemeinsame Währung, ohne die die Befriedigung der gemeinsamen Lebensbedürfnisse einfach undenkbar ist. Zur Befriedigung dieser Bedürfnisse der Gemeinschaft bedarf es aber auch der Mittel, die durch Steuern aufgebracht werden müssen. Unbeschadet der Steuerhoheit der einzelnen Staaten, müßten daher Bundessteuern eingeführt werden, die auf die einzelnen Staaten nach ihrer Leistungsfähigkeit aufzuteilen wären. Nach dem Muster anderer Bundesstaaten müßten einzelne Steuern dem Bund reserviert werden, die sodann als Einnahmequellen für einzelne Mitglieder des Bundes entfielen. Die Steuerhoheit könnte den Staaten verbleiben. Gleich wichtig ist die Frage der Zölle. Die Aufhebung von Zollgrenzen zwischen den einzelnen Staaten würde geradezu eine mittelalterliche Kleinstaaterei herbeiführen und einen Warenverkehr zwischen zwei räumlich getrennten Bundesstaaten vollständig unmöglich machen. Welche Konsequenzen ein solcher Zustand für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und Entwicklung der einzelnen Staaten hätte, ist nicht schwer zu erkennen. Um überhaupt die Konkurrenz mit den wirtschaftlich fortgeschrittenen Staaten Europas bestehen zu können, müßte das gemeinsame Zollgebiet sich nicht auf die künftigen Bundesstaaten beschränken, sondern müßte Ungarn und vielleicht auch Polen umfassen.

Ebenso wichtig ist die Regelung der Eisenbahnfragen. Was durch eine richtige Lösung der Zollfrage antgemacht werden würde, könnte andererseits durch eine verfehlte Eisenbahnpolitik wieder verdorben werden. Neben einer notwendigen einheitlichen zentralisierten Eisenbahnerelative wäre eine Einschränkung der Tarifhoheit der einzelnen Staaten zugunsten des Bundes unumgänglich notwendig. Wenn jeder Einzelstaat seine eigene Tarifpolitik betreiben könnte, so wären alle Zollbindungen vergeblich, da es in der Macht eines jeden Staates gelegen wäre, die durch Zölle geschützte Konkurrenzfähigkeit durch entsprechende Tarifierstellungen im Eisenbahnwesen wieder aufzuheben. Bei der Lösung der Eisenbahnfragen wird im übrigen die Sprachenfrage Schwierigkeiten bieten, die die schon bisher bestandenen weitestens Werttreffen werden.

Vor den Verhandlungen über alle Fragen, die das künftige Bundesverhältnis betreffen, müßte, und zwar sofort, für die Uebergangszeit die Ernährungsfrage geregelt werden. Es wäre ein vollständig unhaltbarer Zustand, der jede ernste Verhandlung über die Bundesverfassung ausfälligen würde, wenn die industriellen Länder durch Unterbindung der Lebensmittelfuhr aus den überwiegend agrarischen Gebieten dem Hunger preisgegeben würden. Die staatliche Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel muß in ihrer jetzigen Form unbedingt solange aufrechterhalten werden, bis die neue Verfassung rechtlich in Kraft tritt.

## Handelskammerpräsident v. Schoeller über die Neuorientierung.

Die gestrige erste Planarssitzung der niederösterreichischen Handelskammer eröffnete Präsident Seheimer Rat Ritter v. Schoeller mit folgender Ansprache:

Der Augenblick, in dem ich unsere erste Herbstsitzung in diesem Jahre eröffne, ist, wie Sie es ja wissen, von ungeheurer Bedeutung für dieses Reich, in dem wir bisher gelebt und dem wir alle unsere Kräfte gewidmet haben. Das Ende des Blutvergießens auf den Schlachtfeldern steht nahe bevor und mit ihm eine neue Ordnung aller Verhältnisse in Europa, ja auf der Welt. Auch das Leben der in der Monarchie wohnenden Völker und ihr Verhältnis zueinander soll ganz neu geregelt werden, und eben in diesen Stunden wird durch ein kaiserliches Manifest der Versuch gemacht, dieser Regelung die Wege zu weisen. Bei der Neuheit des Ereignisses und bei der Unentschiedenheit aller Fragen, die mit den Friedensverhandlungen

nen im Zusammenhang stehen, glaube ich es unterlassen zu sollen, jetzt zu dieser neuesten Wendung der Dinge in Oesterreich Stellung zu nehmen. In einem aber glaube ich mich eines Sinnes mit Ihnen allen zu wissen: Das Selbstbestimmungsrecht, das von der Regierung als Richtschnur für die Völker dieses alten Staatswesens verkündet wurde, muß und wird auch von dem deutschen Volk in Oesterreich als maßgebendes Grundgesetz seines Handelns betrachtet werden. Wir müssen in dieser schweren Zeit alles daransetzen, daß von diesem Rechte die Deutschen den besten Gebrauch machen, was nur dann möglich sein wird, wenn sie einig und geschlossen vorrücken. Auch wir, die Vertreter der Wirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes, werden dabei in den Reihen unseres Volkes zu finden sein und werden daher alle unsere Schritte nur im Einvernehmen mit den politischen Vertretern des deutschen Volkes tun, mit denen wir ehestens Fühlung nehmen wollen.

### Die neue Verfassung.

Das kaiserliche Manifest, das die freie Selbstbestimmung der Völker Oesterreichs anerkennt, ist erschienen. Es enthält keine Ueberfassungen mehr, keine unerwarteten Wendungen an dem neuen Bauplan unseres Vaterlandes. Wir sind ja jetzt schon gewohnt, sehr sehr leicht zu denken und uns über das Udenkbare von gestern heute nicht mehr zu wundern. Die Rundgebung der Krone mußte naturgemäß die lokale Erfüllung der verschiedenen Punkte Wilsons im Friedensangebot der Monarchie zu einer Verpflichung der Staatsrepräsentanz geworden war. Nachdem der Neuaufbau der habsburgischen Erblande aber zu einem Bestandteil vorzubereitender internationaler Verträge geworden war, erdienten ihm nicht nur Inhalt und Form in ziemlich engermaßen Grenzen, sondern auch das Tempo vorgezeichnet. Mit der Erfüllung von Vorbedingungen zum Frieden dürfte natürlich nicht gezögert werden, und dieselbe Eiligkeit, die bei der Liquidierung des bisherigen und der Aufriichtung des neuen Oesterreich — ohne Wirksamkeit für Inhalt und Umfang der ferneren Gemeinsumfassen — fast schwindelerregend genannt werden muß, wird von uns gewiß nicht als übertrieben angesehen werden, wenn wir sie bei der Herbeiführung des Friedens anwendet finden.

Ein bißchen plötzlich kommt der „Wind der freien Völker“, für den der Name Oesterreich bewahrt bleiben soll, für den bisher doch vorwiegend centralistisch orientierten Mitösterreich. Er hat sich — sofern er sein unbestimmter Botsfräger war — immerhin vorstellen können, daß es zur Aufriichtung selbständiger nationaler Staaten auf den Stiedlungsgebieten der einzelnen Volkstämme Oesterreichs, das dann ein Bundesstaat werden mußte, in einem näheren oder ferneren Zeitpunkt als Ergebnis

naturgemäßer Entwicklung einmal kommen würde. Nur hat er sich ein allmähliches Gelingen der nationalen Ueberwindung, ein Heraushelfen der flüchtigen Gemeinsumfassen aus den erprobten Bedürfnissen des Nebeneinanderbestehens der nationalen Einzelstaaten vorzustellen. Mit einem Worte: eine Entwicklung von innen heraus, nicht aber ein Eingreifen von außen hinein. Heute ist es leider noch ganz ungewiß, in welchem Ausmaß und in welchen tatsächlichen Formen, durch welche handlungsfähigen und geeigneten Organe „eine gemeinsame Sinteressen“ dort geschäftet werden sollen können, „wo die Gemeinsumfassen ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist“. Viele Hoffnung und Erwartung ist nämlich alles, was der im Manifest entworfenen Plan des Neuaufbaues von der bisherigen Einheit des Vaterlandes übrig läßt.

Man sieht also, daß das alte Oesterreich mit seinen überkommenen Institutionen überaus freigebig ist, sie willig auf den Aussterbetat fest und ihnen nur noch eine Gnadenfrist

für den Uebergang zu erwirken sucht. Hier hat die Liebe zur Selbstbestimmung der Nationen wirklich keine Grenzen. Um so sorgfältiger, fast möchte man sagen ängstlicher, wahrt sie die Grenzen des ungarischen Staatsgebietes und der ungarischen politischen Ueberlieferung. Unsere eigene Staatsintegrität wird großzügig preisgegeben, die der Länder der heiligen Stephanskrone aber vollkommen gewahrt. Hat man drüben das Raubermittel gefunden, den Forderungen einer Zeit, die das alte Oesterreich so gründlich ungeschaltet, an den Grenzen Ungarns so wirksam halt zu gebieten, Notwendigkeiten, denen wir uns beugen müssen, einfach abzumitteln — so ist es jammerschade, daß man uns dieses Arkana nicht auch verrät. Zeigt sich doch schon, daß gerade die Tschechen und die Südslawen, für deren nationale Entwicklung der Neubau Oesterreichs in erster Reihe entworfen ist, die Darbietungen des Manifests schon im Augenblick seines Erscheinens gerade mit dem Hinweis darauf absehn, daß ihre nationalen Rechte und Wünsche nicht an den

rot-weiß-grünen Grenzpfählen halt zu machen bereit sind. Die ungarische Integrität droht also jetzt schon das Opfer unserer Integrität fruchtlos zu machen!

Es darf aber nicht fruchtlos werden, wenn bei uns geschieht, was geschehen muß. Auch der schälimste Zweifel an aufrichtiger Bewährung all dessen, was wir da jetzt über Hals und Kopf fertigstellen müssen, hat vor dieser Tatsache zu verschwinden. Der Entwicklung, die wir hier so übereilt fortzuschreiten sehen, kann und darf sich kein Einsichtiger entgegenstellen. Es ist kein Raum und keine Zeit für Bescheidenheit und historische Sentimentalität. Vorwärts geht's ja immerhin, und das ist lieber ein Trost. Nun eine begründete Hoffnung ist da: die Befreiung der Völker aus einer Staatsform, die ein Teil von ihnen so heftig bekämpft hat, müßte doch zumindest einen Waffenstillstand im österröschischen Völkerrrieg bringen. Davon aber, daß ein Waffenstillstand der erste Schritt zu einem ehrenvollen und glückwünschenden Frieden sein kann, sind wir doch alle überzeugt.

## Das Manifest über den Bundesstaat. Selbstbestimmung und Gemeinsamkeit.

Wien, 17. Oktober.

Heute abend ist das Manifest des Kaisers an die österreichischen Völker veröffentlicht worden. Oesterreich soll zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bilden würde. Die Neugestaltung soll, wie es in dem Manifest heißt, jedem nationalen Einzelstaat seine Selbstständigkeit gewährleisten: sie soll aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und sie überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist.

Die Zeit des Wiederaufbaues bis zur Durchführung zu vollkommen normalen Arbeitsverhältnissen wird jedenfalls eine Reihe von Jahren umfassen und dieser Zeitraum wird eine Zusammenfassung aller Kräfte erfordern, um die Schwierigkeiten des Ueberganges abzukürzen und die Wiederherstellung eines vollkommen geordneten Zustandes der Produktion und der Wirtschaft zu beschleunigen. Zur Gemeinsamkeit gehört selbstverständlich die Einheit der auswärtigen Politik und der Verteidigung. Nicht minder notwendig ist eine Gesamtbürgschaft der einzelnen Staaten für die öffentlichen Schulden, die im Kriege einen so starken Umfang angenommen haben. Oesterreich besaß vor dem Kriege eine Staatsschuld von rund 12 Milliarden Kronen und im Kriege sind durch die Kriegsanleihen sowie durch die Schulden bei der Notenbank und den Privatbanken bisher rund 70 Milliarden Kronen dazugetreten, so daß sich die gesamte Staatsschuld auf etwa 80 Milliarden Kronen stellen dürfte. Die Schulden der Länder dürften sich gegenwärtig auf eine halbe bis dreiviertel Milliarden Kronen belaufen und somit nur einen mäßigen Teil der Staatsschulden betragen. Aus diesen beiden Ziffern folgt die überragende Bedeutung der Staatsschulden, welche jedes einzelne Land berühren müssen. Denn die Kriegsanleihen haben, wenngleich das Privathapital in manchen Ländern größere Zurückhaltung geübt hat, doch überall in die weitesten Schichten Eingang gefunden; in jedem Lande sind ungeheure Beträge als Anlagen von Mündelgeldern, von Sparkassengeldern, von freien Mitteln der Banken und Industriegeellschaften in Kriegsanleihen investiert und so haben alle Länder ein gleichmäßiges Interesse an der Erhaltung der staatlichen Zahlkraft und der über jeden Zweifel hinausgehenden Sicherung des Zinsendienstes der Kriegsanleihen. Ueber die Beiträge der einzelnen Länder zu den Kriegsanleihen muß eine Einigung erzielt und der Dienst der Staatsschulden muß durch gemeinsame Organisationen und Einrichtungen gewährleistet werden.

Eine notwendige Folge aus der Gemeinsamkeit der öffentlichen Schulden bildet die Gemeinsamkeit der Geldverfassung. Denn die öffentlichen Schulden sind in der gemeinsamen Landeswährung aufgenommen worden, müssen in den Zahlungsmitteln dieser Währung verzinst und getilgt werden. Selbstständigkeit der Währung in den einzelnen Ländern würde mit Notwendigkeit auch eine verschiedene Bewertung dieser Währungen auf den großen Märkten herbeiführen und damit den Zinsendienst der Staatsschulden, zu welchem die Beiträge in Geld mit verschiedenen Werte geleistet werden würden, auf eine sehr unsichere Grundlage stellen. Auch abgesehen von der Staatsschuld bestehen zwischen den einzelnen Ländern die innigsten Beziehungen aus einem dicht verschlungenen Verkehre, der im Frieden einen noch weit größeren Umfang annehmen muß. Für diesen Verkehr wäre Verschiedenartigkeit der Währung die größte Behinderung; für die Aufnahme des Binnenhandels in dem früheren Umfange ist daher die Gemeinsamkeit der Geldverfassung und der Währung ebenfalls ein Lebensinteresse.

Gemeinsame Grundsätze müßten auch für die Steuer-gesetzgebung aufgestellt werden. Selbst eine noch so weitgehende Selbstständigkeit würde diese nicht empfehllich machen. In Deutschland, dessen Verfassung die eines Bundesstaates mit großer Selbstständigkeit der einzelnen Teile ist, erscheint die Frage der Steuer-gesetzgebung dahin gelöst, daß die indirekten Steuern dem Reiche zustehen, während die direkten Steuern Angelegenheiten der einzelnen Bundesstaaten bilden. Auch zwischen Oesterreich und Ungarn ist ein Grundgesetz und in den verschiedenen Ausgleichsvereinbarungen die Regelung getroffen, daß die Gesetzgebung über die mit der industriellen Produktion in enger Verbindung stehenden indirekten Abgaben nach gleichen von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen behandelt werden soll. Auch in dem zu gründenden Staatenbund aus den Völkern Oesterreichs müßte eine Einheitlichkeit der Grundsätze der Steuer-gesetzgebung aufgestellt werden. Bisher war die Steuer-gesetzgebung Sache des Reichsrates; die Länder waren auf die Umlagen angewiesen, zu denen einzelne spezielle Landesumlagen traten. Im Jahre 1913 betrug der Ertrag sämtlicher Steuern und Gebühren in Oesterreich für den Staat 1537,6 Millionen Kronen, für die Länder 215 Millionen Kronen. Eine unbedingte Forderung müßte selbstverständlich dahin gerichtet sein, daß die Freiheit des Verkehrs zwischen den Einzelstaaten erhalten bleiben muß und in keiner Weise durch Zwischenzölle, Ausfuhrverbote oder sonstige innere Hemmnisse beschränkt oder behindert werden darf. Die Sicherung einer solchen Freiheit des Verkehrs müßte durch gemeinsame Organe der Verwaltung und eine Gemeinsamkeit der Gesetzgebung gewährleistet werden.

18. X. 1918

## Gemeinsame Beratung der deutschen Parteien.

Die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ meldet:

Die Vertreter aller deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses hielten gestern nachmittags neuerlich eine Besprechung ab, in der nach eingehender Wechselrede folgender Beschluß gefaßt wurde:

1. Montag den 21. d. 5 Uhr nachmittags wird eine Vollversammlung aller deutschen Abgeordneten im niederösterreichischen Landtagsitzungsaal, Herrngasse 13, abgehalten, zu der alle deutschen Reichsrats-Abgeordneten sofort telegraphisch einzuberufen sind.

2. Zur Vorberatung der Tagesordnung dieser Versammlung findet Samstag 4 Uhr nachmittags im Abgeordnetenhaus eine neuerliche Zusammenkunft der Parteienvertreter statt.

3. Die technischen Vorbereitungen für die Vollversammlung werden von einigen dazu bestimmten deutschen Abgeordneten getroffen werden.

Wie aus deutschen Parteikreisen mitgeteilt wird, bestand der Plan, eine solche Vollversammlung einzuberufen, schon vor dem Bekanntwerden des kaiserlichen Manifestes über die Umgestaltung Oesterreichs in einen Bundesstaat, und es steht die Einberufung dieser Versammlung mit dem kaiserlichen Manifest nicht im Zusammenhang. An alle deutschen Reichsrats-Abgeordneten ist noch gestern die folgende Einladung verschickt worden: „Einladung zu der Montag den 21. Oktober 1918 um 5 Uhr nachmittags im niederösterreichischen Landtagsaale, Wien, 1. Bezirk, Herrngasse 13 (Eingang im Hof), stattfindenden Vollversammlung sämtlicher deutschen Reichsrats-Abgeordneten. Im Namen aller deutschen Parteien: Dr. Waldner.“

## Deutsche Aufgaben im neuen Oesterreich.

Von Prof. Dr. Benno Zmendorffer.

Was man in deutschen Kreisen Oesterreichs so lange befürchtet, was man so lange bekämpft hat, die Auflösung in eine Reihe von einzelnen nationalen Staaten ist nun Ereignis. Daß man diese Entwicklung nicht mehr aufhalten kann, wird allseitig erkannt. Nun, da sie vor ihrer Vollendung steht, ist es allerhöchste Zeit, daß man sich auch auf deutscher Seite klar macht, welche entscheidenden Aufgaben sich aus ihr für das deutsche Volk in Oesterreich ergeben. Das letzte Wort über die Gestaltung der Dinge im neuen föderativen Oesterreich ist noch lange nicht gesprochen, und die Zahl der denkbaren Möglichkeiten ist groß, es gilt also für alle Fälle gewappnet zu sein. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn das einheitliche Vorgehen aller deutschen Parteien gesichert ist und wenn die Beziehungen des künftigen Staates Deutschösterreich, oder wie immer er benannt sein möge, zu den anderen nationalen Staaten slawischen Gepräges derart geklärt und gesichert ist, daß es Gewähr auf Dauer in sich trägt.

Zunächst ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß das Potential aus dem Verband Oesterreichs ausscheidet, was ohne Zweifel für die unter allen Umständen schwierige Stellung der Deutschen einige Erleichterung bedeutet: man wird sich nur mit drei, statt mit vier slawischen Staaten auseinandersetzen müssen. Dem Beispiel der übrigen Völker der Monarchie folgend — oder muß man sagen nachhinkend? — haben sich die Deutschen erst in allerjüngster Vergangenheit auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gestellt. In diesem späten und zögernd gefaßten Beschlusse hat man wohl die Nachwirkung Jahrhunderte alter Gewohnheit und Ueberlieferung zu erkennen. Es ist in der Tat begreiflich, daß das deutsche Volk in Oesterreich, dem seine Rolle, das Staatsvolk als solches zu sein und Staatsnotwendigkeiten, vom Standpunkt des alten Gesamtstaates gesehen, stets an die erste, Volksnotwendigkeiten an zweite Stelle zu setzen, sozusagen in Fleisch und Blut übergegangen war, ganz andere innere Hemmungen zu überwinden hatte, ehe es ihm gelang, sich der neuen Lage der Dinge anzupassen. Die ganz eigenartige Stellung, die die Deutschen in Oesterreich bis vor kurzem innehatten, läßt sich nicht ohne empfindliche Opfer des Intellektes und des Gefühles räumen. Dennoch aber muß es uns bewußt werden, daß es seit geraumer Zeit eben nur eine Rolle war, die wir gespielt haben, daß wir in einer Fiktion lebten und daß dieser Zustand früher oder später an seiner inneren Unwahrheit zusammenbrechen mußte. Gewiß ist es nicht leicht, sich zu dieser Einsicht durchzuringen, und für viele sinkt ein Stück ihres Seins mit dem alten zentralistischen Oesterreich zu Grabe. Dennoch ist nichts notwendiger, nichts unerlässlicher, als daß wir alle uns nun mit vollem Bewußtsein auf den Boden der gegebenen Wirklichkeit stellen und aufgeben, was doch nur ein Traum gewesen ist und nicht einmal ein restlos schöner. Hält man sich gegenwärtig, was die Doppelstellung des österreichischen Deutschtums als Rückgrat des altösterreichischen Staates und als vorgeschobener Posten des gesamten deutschen Volkes an unerfüllbaren Aufgaben, an schwerem Widerstreit der Pflichten, an fortgesetztem Verzicht auf nationale Forderungen, endlich an Vergeudung der besten geistigen und materiellen Kräfte mit sich gebracht hat, dann muß man ein Gefühl der Erleichterung empfinden, endlich ganz den eigenen Belangen leben zu können. Daraus folgt aber weiter, daß nichts so sehr nottut, als daß wir uns in diesem entscheidenden Augenblick völlig klar werden über Umfang und Inhalt dieser deutschen Belange, die im neuen Bundesstaate oder Staatenbunde Oesterreich ihr Recht fordern.

Man wird wohl annehmen dürfen, daß es seine Wichtigkeit damit hat, daß die slawischen Völker, insbesondere die Tschechen, für den nun eintretenden Fall seit langer Zeit vorgesorgt haben und daß bei ihnen der ganze Apparat der eigenen selbständigen Staatlichkeit nur des letzten Hebeldruckes harret, um sofort in Tätigkeit zu treten. Auf deutscher Seite ist nichts Ähnliches vorhanden und damit tritt das deutsche Volk den neuen Verhältnissen von vorneherein in minder günstiger Lage entgegen. Es ergibt sich zunächst abermals der wenig erfreuliche Zustand, daß wir

auf die Initiative der Regierung angewiesen sind und uns von obenher vorschreiben lassen, was die anderen Völker aus eigenem sich selbst geschaffen haben. Auch darin schleppen wir eine stark belastete Erbschaft aus den Tagen des Zentralismus mit uns, der das deutsche Volk gewöhnt hat, in erster Linie zu fragen, nicht was brauche ich, deutsches Volk, sondern, was wird die Regierung tun? Da gilt es denn, sich mit einem kräftigen Ruck von dieser heute wesenlosen Ueberlieferung freizumachen und sich zu fragen, was braucht das deutsche Volk in seinem selbständigen deutschösterreichischen Staate? Gewiß ist der Kreis der Fragen, die hier in unser Gesichtsfeld treten, zunächst noch gar nicht übersehbar: Politische Einteilung und Verwaltung, Finanzen, Unterrichtswesen usw., kurz alle Seiten des modernen staatlichen Lebens erfordern tiefgehende Neuordnung. Immerhin wird es sich hier mehr nur um den neuen, verringerten Inhalt,

nicht so sehr um die Formen handeln, die ohne Schaden zunächst werden beibehalten werden können. Ganz anders aber liegen die Dinge bezüglich der Festsetzung des Verhältnisses zu dem anderen, nichtdeutschen Staaten Deutschösterreichs, zu Ungarn und zum Auslande. Die Durchführung der reinen Personalunion zwischen Ungarn und dem österreichischen Bundesstaate macht für uns Ungarn zum reinen Auslande, und es gilt ins Auge zu fassen, wie wir uns zu unserem Nachbarn im Osten stellen, denn von dem mehr oder weniger großen Geschehe unserer Vertreter bei den Verhandlungen mit Ungarn wird es abhängen, ob das neue Verhältnis uns Erleichterungen bringt oder uns abermals in Abhängigkeit von den Ländern der Stephanskronen zwingt. Die schwierigsten Aufgaben liegen aber nicht nach dieser Seite, sie werden erst an uns herantreten, wenn es gilt, die Beziehungen zum tschechischen und illyrischen Staate zu ordnen. Hier wird es vor allem nötig sein, daß wir unter uns ins reine kommen, was wir fordern müssen, was wir fordern können und worauf wir verzichten müssen und worauf wir verzichten können. Absichtlich sei dies nur in allgemeinen Ausdrücken berührt, denn der ganze Komplex der Fragen, der hier sorgfältigste Erwägung fordert, läßt sich im Rahmen eines kurzen Aufsatzes kaum in seinen Umrissen andeuten. Immerhin darf wenigstens der Versuch gemacht werden, eine oder die andere der wichtigsten Seiten der Gesamtaufgabe ins Auge zu fassen. Da ist zunächst die Anerkennung der territorialen Autonomie und die Ablehnung der s. h. historischen Grenzen des böhmischen Staates und des sogenannten böhmischen, richtig tschechischen, Staatsrechtes. Doch dies sind Fragen elementarster Bedeutung, die selbst politischen Weniggeschulten geläufig sind. Verwickelter ist die Frage der nationalen Minderheiten. Gerade hier wird es von entscheidender Bedeutung sein, zu unzweifelhafter Klarheit zu gelangen — sie sollte freilich heute schon vorhanden sein — worauf das deutsche Volk unmöglich verzichten kann und was es, mag es noch so schmerzhaft sein, wird preisgeben müssen. Aber dabei wird immer noch die Möglichkeit im Auge zu halten sein, Sicherheiten und Bürgschaften gegen nationale Vergewaltigung auch der preisgegebenen Minderheiten zu erlangen. Ganz gewaltige Arbeit werden die verschiedenen Fragen allgemein wirtschaftlichen Charakters machen: Handel, Verkehr, gegenseitige Zusicherung gewisser Rohstoffe und Lebensmittel, Kohlenlieferung usw., lauter Dinge, über die wir jetzt schon ein fertiges Programm haben sollten, wie es die Gegenseite zweifellos besitzt. Sollen wir hier nicht von vorneherein durch unsere Ununterrichtetheit ins Hintertreffen geraten, so ist es dringend nötig, so bald als nur möglich ein bestimmtes Ziel ins Auge zu fassen, an dem dann mit eiserner Beharrlichkeit festzuhalten wäre, von dem Abstriche nur gegen entsprechende Zugeständnisse auf der Gegenseite zu machen wären. Völlig im Dunkeln liegt es heute noch, wie sich das gemeinsame Heerwesen und die gemeinsame Führung der äußeren Angelegenheiten gestalten sollen. Hier ist es derzeit unmöglich, eine Voraussage oder auch nur Vermutungen auszusprechen und Ueberraschungen sind keineswegs ausgeschlossen. Sicher ist, daß nach dieser Hinsicht auch die kühnsten Erwartungen übertroffen werden könnten.

Es konnte hier nur in kurzen Strichen angedeutet werden, welche mannigfaltige und ungeheure Aufgaben das deutsche Volk in Oesterreich schon in nächster Zukunft zu lösen haben wird. Die Schicksalsfrage wird sein, ob sich Männer finden, deren Tatkraft, Einsicht und diplomatisches Geschick ausreicht, den richtigen Weg zu weisen.



## Der Umbau Oesterreichs.

In dem völkerreichen Oesterreich-Ungarn, dem Staate der Habsburger, sind es in der Hauptsache nur drei Völker, die als wesentliche Teile des Staatsganzen in Betracht kommen: die Deutschen, die Tschechen und die Madjaren. Der geographische Zwang, einen Staat zu bilden, ist im Gebiete dieser drei Nationen, von denen hier unter den Deutschen natürlich nur die Deutschösterreicher zu verstehen sind, so groß, daß die gesamte österreichische Geschichte von dem Problem dieser Staatenbildung und ihren fast unlöslichen Schwierigkeiten erfüllt ist. Hohe Gebirgsschranken grenzen dieses Gebiet nach außen ab; die Täler und Ebenen münden nach Wien und Budapest zu, die Handelsbeziehungen folgen diesen Wegen, die militärischen Interessen entspringen ihnen und den natürlichen Grenzen dieses Gesamtgebiets, und so sind die letzten Vorbedingungen für ein in sich abgeschlossenes Reich, einen Staat, gegeben. Als Hindernis steht dieser von der Natur gegebenen Einheit die Mehrheit der dort wohnenden Völker entgegen, von denen keines einem andern untertan sein und von denen jedes die Herrschaft über die andern erringen möchte, wie ja in jedem großen Staatswesen mit verwickeltem Bau eines seiner Grundelemente den Kristallisationspunkt für die andern abgibt: im Deutschen Reiche z. B. Preußen. Dieser staataufbauende Klärungsprozeß ist in der habsburgischen Monarchie nicht zum Abschluß gekommen: Deutsche, Tschechen, Madjaren ringen heute noch miteinander um die Vorherrschaft in der Donaumonarchie, weil keiner dieser drei Faktoren eine so ausgeprägte Macht zu erlangen vermocht hat, daß die andern sie anerkennen und sich ihm unter- oder nachordnen müßten. Der Klärungsprozeß ist lediglich soweit gediehen, daß der Dualismus geboren werden konnte, das heißt, dem am besten gefestigten Ungarn auf der einen Seite steht ein noch in starker Gärung begriffenes Oesterreich als Gegenstaat auf der andern Seite gegenüber. Dieses Oesterreich vereint in ein und demselben staatlichen Bau die Deutschösterreicher mit den Tschechen; die Polen — Galizien —, die auch in diesem Hause wohnten, sind im Ausziehen begriffen und können aus der österreichischen Rechnung ausgeschaltet werden.

Die Jahrzehnte und Jahrhunderte alten Kämpfe zwischen den Deutschösterreichern und den Tschechen sind im großen und ganzen genügend bekannt; sie haben heute, unter starker Mitwirkung äußerer Verhältnisse die Gestalt angenommen, daß die Tschechen mit aller Sicherheit ihre staatsrechtliche Unabhängigkeit zu erlangen hoffen können: ein tschechischer Staat in irgendeiner Form wird sicher entstehen; die Tschechen werden also aus dem Staate Oesterreich, den sie bisher mit den Deutschösterreichern gemeinsam gebildet haben, ausscheiden, um einen eignen Staat zu bilden. Ob dies für sie selber von Vorteil sein wird, wird erst die Zukunft zeigen können. Sie selbst empfinden den Kampf um einen tschechischen Staat als etwas wie einen nationalen Befreiungskampf, und der Gang der Dinge setzt sie in den Stand, ihr nationales Ideal der Verwirklichung zugehen zu sehen. Das in der Zweiten Morgen-Ausgabe veröffentlichte kaiserliche Manifest trägt dieser ganzen Entwicklung Rechnung, indem es den Gedanken der völkischen Selbständigkeit in die staatsrechtliche Wirklichkeit umzuleiten bestrebt ist. Der Kaiser von Oesterreich verkündet in ihm: „Meine Regierung ist beauftragt, zum Neuaufbau Oesterreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten. An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht mein Ruf, an dem großen Werke durch die Nationalitäten mitzuwirken, die, gebildet aus den Reichstagsabgeordneten jeder Nation, die Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehr mit meiner Regierung zur Geltung bringen sollen. So möge unser Vaterland, gefestigt durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als Bund freier Völker aus den Stämmen des Krieges hervorgehen.“ Oesterreich, die eine Hälfte der Donaumonarchie, soll also in einen „Bund freier Völker“ übergeleitet werden. Das bedeutet zunächst eine Zerlegung in kleinere Einzelstaaten, dann aber die Zusammenfassung dieser kleinern Nationalstaaten zu einem staatsrechtlich irgendwie zu konstruierenden Gemeinsamen, entsprechend den gemeinsamen Interessen der Länder infolge ihrer ausgesprochenen geographischen Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Dynastie. Man sieht, daß aus dieser Zukunftsmusik erst noch der lebendige, realpolitische Chorus sich herauschälen muß. An Einzelstaaten sind bekanntlich geplant: der deutschösterreichische Staat, der in der Hauptsache aus dem Massiv der Alpenländer besteht, dem sich die übrigen deutschen Teile Oesterreichs anschließen, ferner der tschechische Staat, ein südslawischer Staat und ein ukrainischer Staat. Auch die Rumänen und Italiener Oesterreichs sollen beglückt werden. Diese Umgestaltung erstreckt sich aber, wie schon betont, nur auf Oesterreich, nicht auch auf Ungarn, das unberührt bleibt wegen seines festern staatlichen Gefüges. Trotzdem nun das kaiserliche Manifest dieses Erneuerungsmark unter freier Mithilfe der

in Betracht kommenden Völker durchführen will, also an Entgegenkommen leistet, was nur verlangt werden kann, ist der Erfolg fraglich. Die Tschechen stehen abseits. Denn gerade weil die Umgestaltung vor Ungarn haltmacht, also die in Ungarn ansässigen, unter dem Namen Slowaken bekannten Tschechen aus dem neuen Tschechenreiche — soll man es „Tschechien“ oder „Tschechei“ nennen? — ausschließt, sind sie nicht befriedigt, verlangen mehr, nämlich die restlose politische Einigung aller Tschechen Oesterreichs und Ungarns in einem national unabhängigen Staate. Hier erheben sich starke Schwierigkeiten, denn haben die tschechischen Forderungen einerseits Wilson und den Verband hinter sich, so fehlt doch eben diesen bis heute — trotz allem — die Macht der Sieger, und der festgefügte ungarische Staat steht nicht danach aus, als wollte er unter dem Druck papierner Forderungen Landgebiete und Volksteile abtreten, die bisher ihm zugehört haben. So steht Anspruch gegen Anspruch, und jeder der beiden Gegner steht auf dem Standpunkt: Qui vivra, verra. Die Um- und Neugestaltung Oesterreichs wird dadurch nicht gefördert, und schließlich wird man gar den Tschechen ihren tschechischen Nationalstaat noch aufzwingen müssen. Das wäre dann freilich eine Ironie der Weltgeschichte.

☆ Wien, 16. Okt. (Telegr.) In Mährisch-Osttrau fand heute ein Generalkstreik für den tschecho-slowakischen Staat statt. Der Abgeordnete Profesich hielt vor 20 000 Streikenden unter freiem Himmel eine Triumphrede über das Ende der tschechischen „Knechtschaft“.

## Das Echo des kaiserlichen Manifestes.

Am nächsten Montag treten die Mitglieder der deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses zusammen, um sich als deutscher Nationalverband zu konstituieren; auch die Rumänen und Ukrainer bilden ihre Nationalvertretungen. Völlig abseits stehen noch die Tschechen und die Südslaven. Damit ist es ungewiß geworden, ob und wann man daran setzen kann, den Plan der Vereinigten Staaten von Oesterreich der sachlichen Prüfung zu unterziehen und der Ausführung näher zu bringen. Die Kolorierung des Reformversuches soll am Dienstag durch eine Rede des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause erfolgen; man muß sehr wünschen, daß in dieser Erklärung vom Regierungstische aus greifbare Handhaben geboten werden, um das künftige österreiche Staatengebilde konkret zu beurteilen und kritisch zu betrachten.

Die öffentliche Meinung steht natürlich unter dem Dampfe der großen Wandlung, die gestern angekündigt wurde. Es herrscht die ernste Stimmung des Abschiedes von vertraut gewordenen Einrichtungen und der Unsicherheit über das, was die neuen Zeiten bringen sollen. Die Parteizugehörigkeit und die Unabhängigkeit an die historische Größe des Bestehenden bestimmen natürlich das Ueberwiegen der einen oder der andern politischen Empfindung. Auch dem ersten Bedenken wird vielfach Ausdruck gegeben, ob nicht das Entgegenkommen gegenüber Wilsons Wünschen sich im Hinblick auf die Tante der Tschechen, Südslaven und Polen, die die Entscheidung vollständig der internationalen Friedenskonferenz überlassen, in allzu lebhaften Formen und zu raschem Tempo vollziehe. Gerade in Würdigung des Umstandes, daß jetzt „alles fließt“, ist es ein dringendes Gebot, die bestehenden Grundlagen unseres politischen Lebens zu schützen und nicht vorzeitig preiszugeben.

Da der Uebergang in die neuen Formen, die noch lange nicht genügend scharf umrissen vor unsern Augen stehen, erst gesucht werden muß, da sich dieser Uebergang auch nicht über Nacht vollziehen kann, weil selbst nach Paraphierung der Staatsverträge des Bundesstaates die Liquidierung des Alten, die Ueberleitung in die neue Gestaltung Monate und Jahre beanspruchen wird, darf unter keinen Umständen das alte Haus, das die Völker Oesterreichs so lange beherbergt hat, heute schon gewissermaßen auf Abbruch verkauft werden. Es geht nicht an, den noch zu Recht bestehenden Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen die materielle Gestalt abzuspreehen mit der Begründung, daß sie gewissermaßen im Bewußtsein der Bevölkerung verwurzelt seien. Das hieße, ohne jede Ueberlegung, der Anarchie zuzusteuern, dem Bolschewismus die Oberherrschaft überantworten und die Fortführung der unerlässlichen laufenden Aufgaben des Staates unmöglich machen. Vor Vollendung des außerordentlichen Umwandlungsprozesses darf nicht an den Fundamenten des Staates gerüttelt werden. Noch ist die 67er Verfassung, noch der Reichsrat in Kraft; noch gelten die Gesetze. Das neue Oesterreich muß sich aus dem Bestehenden organisch neu entwickeln, nicht auf dem Schutttrümmern zertrümmerter Einrichtungen aufgebaut werden.

1878. 1918

**Das Manifest über den Bundesstaat.****Bisher keine Zustimmung bei den Vertretern der einzelnen Völker.**

Wien, 18. Oktober.

Das Manifest hat die österreichischen Völker aufgefordert, an der Schöpfung des Bundesstaates mitzuwirken. Bisher ist jedoch von keiner Seite eine Zustimmung mitgeteilt worden. Die Tschechen verhalten sich gänzlich ablehnend, ebenso die Südslawen nach der Erklärung des Delegierten Koroschec und auch die Italiener nach der Erklärung des Delegierten Pittoni. Die deutschen Reichsratsabgeordneten werden ohne jeden Zusammenhang mit dem Manifest am nächsten Montag im Landhause eine Nationalversammlung bilden und eine Nationalvertretung wählen. Die Polen haben sich bereits als Bürger des großpolnischen Reiches erklärt. Das Manifest hat bisher gar keine unmittelbare Wirkung auf die Entwicklung und auf die Beschlüsse der im Reichsrate durch die Abgeordneten vertretenen Völker. Es wurde veröffentlicht, ohne daß der Ministerpräsident sich vorher die nötigen Sicherungen gegen einen solchen Mißerfolg verschafft hätte. Er hatte die Pflicht, dafür zu sorgen, daß feierliche Kundgebungen, die an die Völker unmittelbar gerichtet werden, sich nicht verbrauchen und durch die Wirkungslosigkeit ein Lusthieb werden. Die Völker bilden ihre Nationalversammlungen, aus diesen werden Nationalvertretungen gewählt und bisher hat keine einzige gesagt, daß sie nicht den eigenen Weg gehen wolle. Alle nehmen die Selbständigkeit voll in Anspruch und keine ist an die andere Völkerschaft herangetreten, um mit ihr über die Voraussetzungen der Gemeinschaft zu verhandeln. Die deutschen Parteien haben einen Ausschuß gewählt, welcher der Versammlung im Landhause die Anträge über die Politik des deutschen Völkerstaates unterbreiten wird. Die Staaten werden gebildet, aber der Bundesstaat, zu dessen Gunsten sie auf einen Teil ihrer Selbständigkeit verzichten sollen, ist nicht einmal in den Anfängen zu erkennen. Es ist für uns jetzt wichtig, aus den Ursprüngen der Vereinigten Staaten zu sehen, wie sich ein Bundesstaat bildet, freilich unter den viel günstigeren Verhältnissen eines gemeinsamen Nationalgefühls, unter der einigenden Kraft des Volksebewußtseins, der sprachlichen Zusammengehörigkeit. Dreizehn Staaten haben in einer Versammlung, in einer sogenannten Konvention erklärt, daß sie eine Föderation

bilden wollen. Als Bedingung dieses Bündnisses wurde jedoch festgesetzt, daß jeder einzelne Staat seine Souveränität, seine Freiheit und Unabhängigkeit sowie die Staatsmacht, die Gerichtsbarkeit behält, soweit sie nicht durch die Vereinbarungen ausdrücklich dem Kongreß der Vereinigten Staaten übertragen worden sind. Der Bundesrat braucht daher Vereinbarungen, wodurch unabhängige Staaten einen Teil ihrer Rechte auf ihn freiwillig übertragen. Tschechen und Slawen haben bisher jede solche Vereinbarung, ohne die der Bundesstaat nicht entstehen kann, wie das Beispiel aus der Geschichte der erwähnten dreizehn amerikanischen Staaten beweist, abgelehnt. Erst durch eine solche Vereinbarung, durch einen solchen Vertrag kann der Bundesstaat entstehen und dann ein Verfassungsstaat werden mit eigener Staatspersönlichkeit und mit eigener Vollstreckungsfähigkeit. Ein Bundesstaat, dessen Gliedstaaten zu einer Gemeinschaft nicht zu bringen sind, kann sich nicht so bilden, wie es das Manifest wünscht: unter treuer Mitwirkung der Völker.

**Die Erklärung für die Veröffentlichung des Manifestes.**

Da keine der Voraussetzungen, welche die Veröffentlichung des Manifestes hätten begründen können, gegeben ist, verbreitet sich die Ansicht immer mehr, daß der Beschluß, das noch gar nicht vorhandene neue Oesterreich durch Läuten der höchsten Turmglocke anzukündigen, aus Beweggründen der Friedenspolitik im Zusammenhange mit den vierzehn Punkten des Präsidenten Wilson entstanden sei. Ob unsere Diplomatie bereits Andeutungen über den Inhalt der Antwort an die Monarchie habe, ist nicht festgestellt, und es läßt sich nur sagen, daß diese Auffassung im Publikum stark verbreitet sei. Wir machen innere Politik unter dem Sternenbanner.

18.7.X. 1918

176



Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben das nachstehende Allerhöchste Manifest allergnädigst zu erlassen geruht:

## An Meine getreuen österreichischen Völker!

Seitdem Ich den Thron bestiegen habe, ist es Mein unentwegtes Bestreben, allen Meinen Völkern den ersehnten Frieden zu erringen, sowie den Völkern Oesterreichs die Bahnen zu weisen, auf denen sie die Kraft ihres Volkstums, unbehindert durch Hemmnisse und Reibungen, zur segensreichen Entfaltung bringen und für ihre geistige und wirtschaftliche Wohlfahrt erfolgreich verwenden können.

Das furchtbare Ringen des Weltkrieges hat das Friedenswerk bisher gehemmt. Heldennut und Treue — opferwilliges Ertragen von Not und Entbehrungen haben in dieser schweren Zeit das Vaterland ruhmvoll verteidigt. Die harten Opfer des Krieges mußten uns den ehrenvollen Frieden sichern, an dessen Schwelle wir heute, mit Gottes Hilfe, stehen.

Nunmehr muß ohne Säumnis der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen und daher zuverlässigsten Grundlagen in Angriff genommen werden. Die Wünsche der österreichischen Völker sind hiebei sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und der Erfüllung zuzuführen. Ich bin entschlossen, dieses Werk unter freier Mitwirkung Meiner Völker im Geiste jener Grundsätze durchzuführen, die sich die verbündeten Monarchen in ihrem Friedensanbote zu eigen gemacht haben. Oesterreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Oesterreichs mit dem unabhängigen polnischen Staate wird hiedurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält, den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend, eine Sonderstellung.

Diese Neugestaltung, durch die die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbständigkeit gewährleisten; sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Insbesondere wird die Vereinigung aller Kräfte geboten sein, um die großen Aufgaben, die sich aus den Rückwirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen.

Bis diese Umgestaltung auf gegenseitlichem Wege vollendet ist, bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht. Meine Regierung ist beauftragt, zum Neuaufbaue Oesterreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten. An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht Mein Ruf, an dem großen Werke durch Nationalräte mitzuwirken, die — gebildet aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation — die Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehre mit Meiner Regierung zur Geltung bringen sollen.

So möge unser Vaterland, gesefigt durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichten, das Glück aller Meiner Völker bedeute.

Wien, am 16. Oktober 1918.

Karl m. p.

Austriak m. p.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Wien, am 17. Oktober 1918.

Der k. k. Statthalter im Erzherzogthume Oesterreich unter der Enns:

Steynsen m. p.

## Das neue Oesterreich.

Die Erkenntnis, daß etwas Entscheidendes getan werden muß, damit nicht das wankende Staatsgebäude Oesterreichs in sich zusammenstürze, ist jetzt in der Stunde dringendster Gefahr in die Tat umgesetzt worden. Die Kundgebung des Kaisers Karl legt den Grundstein zur Errichtung eines Staatenbundes, dessen Einzelglieder über ihre Angelegenheiten selbständig entscheiden und Vertreter zu einem Nationalrat entsenden sollen, der die gemeinsamen Interessen der Völker im Einvernehmen mit der kaiserlichen Zentralregierung zur Geltung bringen soll. Das österreichische Kaisertum bleibt bestehen, aber nur noch als beaufsichtigende und ausgleichende höchste Instanz freier, sich selbst regierender Völker.

Die kaiserliche Kundgebung zeichnet die Umrisse des neuen Bundesstaates mit zu flüchtigen Zügen, aus daß die künftige Verfassung schon genau zu erkennen wäre. Deutlicher ergänzt wird das Bild nur in einer Hinsicht durch den gleichzeitig veröffentlichten Aufruf an Heer und Flotte. Ihre Geschlossenheit soll durch die politische Neuordnung nicht berührt werden. Durch traurige Erscheinungen der letzten Jahre in seiner Zuversicht nicht erschüttert, rechnet der Monarch auf unverrückbare Treue und Eintracht der in Heer und Flotte vereinten Streitkräfte zu Wasser und zu Lande. Aber auch hier bleiben schicksalsvolle Fragen offen. In den Aufrufen findet sich kein Wort über das Verhältnis zu den ungarischen Streitkräften, trotzdem ebenfalls gestern der ungarische Ministerpräsident die Basis der Personal-Union verkündet, als gemeinsames Band der bisher in der Doppelmonarchie vereinigten Länder nur noch die Person des Monarchen gelassen hat. Dabei betonte er die Selbständigkeit Ungarns nicht nur für die Wirtschaftspolitik, sondern auch für die Verteidigung, also Trennung der ungarischen von den österreichischen Streitkräften. Dagegen wird im kaiserlichen Manifest von Ungarn nur gesagt, daß die Integrität seiner Länder nicht berührt, das heißt, daß keiner seiner slavischen Bestandteile mit einem der künftigen österreichischen Staaten verschmolzen werden soll. Darin liegt viel Unklares, liegen die Keime von Kämpfen, da von den österreichischen Slaven gerade eine solche Verschmelzung erstrebt wird. Und noch eine Lücke zeigt sich. Es fehlt eine klare Bestimmung darüber, wie es mit der auswärtigen Politik gehalten werden soll. Gehört sie zwar zu den gemeinsamen, von den neuen Staaten im Einvernehmen mit der Kaisermacht zu regelnden Angelegenheiten, so wissen wir doch, daß beispielsweise die Tschechen ihre Auslands-Politik selbständig, und zwar mit Sympathien für solche Länder führen wollen, die heute noch Feinde Oesterreich-Ungarns sind.

Der Schwierigkeiten sind zu viele, als daß in der kaiserlichen Kundgebung eine Lösung mit Freuden begrüßt werden könnte. Aber als eine Verheißung wollen wir sie gelten lassen. Daher soll der aus den einleitenden Worten sprechende Optimismus des Kaisers keineswegs getadelt werden. Ohne einen gewissen Schwung und den Ausdruck der Zuversicht können so unwägbare Pläne nicht verkündet werden, wenn sie auf die Völker entscheidend wirken sollen.

Nicht belastet durch bisher geltende Ueberlieferungen, bekennt sich der Kaiser zu dem Geiste der im Friedens-Angebot betretenen Grundsätze. Darin liegt der deutliche Hinweis auf Wilsons Programm, der in der Botschaft vom 8. Januar 1918 als Punkt 10 fordert, „daß die Völker Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir gesichert und gewährleistet sehen wollen, die erste Gelegenheit zu selbständiger (autonom) Entwicklung geboten werden soll. Diese erste Gelegenheit sieht Kaiser Karl jetzt gekommen, indem er, noch bevor Wilsons Erwiderung auf

sein Friedens-Angebot, dessen Abendung längst angekündigt wurde, bekannt geworden ist, an der Schwelle eines ehrenvollen Friedens zu stehen vermeint. Der Zusammenhang zwischen der Neu-Organisation und der Friedens-Erwartung ist demnach unverkennbar. Wir heben das, ohne bestimmte Tendenz, nur als Tatsache hervor, aus der einstweilen keine Schlüsse gezogen zu werden brauchen.

Wie es zu dem Umsturz und der Notwendigkeit des Neuaufbaus so schnell gekommen ist, wurde erst gestern an dieser Stelle dargelegt. Es konnte dabei und kann auch heute nicht hinweggesehen werden über die Gewitter-Atmosphäre, bei der sich der Uebergang vollzieht. Tschechen und Ukrainer haben denn auch, als sie vom Ministerpräsidenten zur Orientierung über die Pläne geladen wurden, diesem eine Absage erteilt. Sie wollen von der Zentralstelle keine Fingerzeige entgegennehmen, rechnen also wohl darauf, daß von Außen die Kräfte kommen werden, die dem von ihnen erstrebten Staat zum Leben verhelfen sollen. Auch die Polen wollen sich nicht von Wien aus ihre Zukunft bestimmen lassen, und der Kaiser erklärt im Manifest, der Frage ihrer Unabhängigkeit nicht vorgreifen zu wollen. Ein Definitivum bietet er hinsichtlich der Einzelheiten überhaupt nur mit der Ankündigung einer Sonderstellung für Triest, wobei die Zukunft der anderen weltlichen Landesteile begreiflicher Weise unerwähnt bleibt.

Alles in allem bietet das kaiserliche Manifest nur Grundsätze, diese allerdings bestimmt und unzweideutig: Freie Mitwirkung der Völker bei der Entscheidung über ihre Angelegenheiten, jedem Volksstamm ein eigenes staatliches Gemeinwesen, jedem nationalen Einzelstaate Selbständigkeit, Gemeinsamkeit in allen denjenigen Interessen, deren Gemeinsamkeit für jeden einzelnen Staat Lebensbedürfnis ist. Unverzüglich soll der Neubau errichtet, bis zu seiner Fertigstellung das alte Gebäude bestehen bleiben. Mit dem Neubau wird also inmitten des Sturmes begonnen. Da wird es Niemandem, weder den Bauenden noch den Nachbarn verdacht werden können, wenn sie mit Sorgen auf das Werk blicken. Durch diese Sorgen aber sich im Mut zum Schaffen nicht beirren zu lassen, ist ein dringendes Gebot der Stunde. Die Völker, die abseits stehen bleiben oder gar das Werk stören wollen, laden eine Schuld auf sich, die sich, früher oder später, aller Wahrscheinlichkeit nach sehr bald, an ihnen selbst rächen wird. Leider aber muß gefürchtet werden, daß sie diese Schuld, wie in der Vergangenheit schon so manche, leicht nehmen werden, berauscht, wie sie sind, von der Hoffnung auf ihren besondern Völkerfrühling.

## Die österreichischen Umwandlungen.

Widerstand von allen Seiten.

Drahtbericht unseres Korrespondenten.  
 na. Wien, 18. Oktober. Der Gesamteindruck der Mitteilungen des Ministerpräsidenten an die einzelnen Parteimänner ist, daß keine Partei befriedigt ist und bei den meisten Anstoß erregt wurde. Von den Tschechen und Südslawen, die gestern noch gemeinsam berieten, ist bestimmt, eine gleichlautende Absage zu erwarten. Das vorläufige Ergebnis ist die Beilegung der Ministerkrise, da Hussarek den Auftrag übernommen hat, auf Grund der bevorstehenden Proklamation den Umwandlungsplan Oesterreichs in einen Bundesstaat durchzuführen. Die Tschechen erklären rücksichtslos, einer solchen Lösung des tschecho-slowakischen Staates nicht zustimmen zu können. Sie verlangen, daß zuerst der tschecho-slowakische Staat selbständig errichtet werde, dann werden sie mit den anderen nationalen Staaten in Verhandlungen eintreten. In einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten erklärten die Obmänner der deutsch-österreichischen Unabhängigkeitspartei dem Ministerpräsidenten, sie hielten das gegenwärtige Ministerium nicht für geeignet, die Umgestaltung Oesterreichs durchzuführen, auch sei die Bundesstaatsidee nach den Erfahrungen mit dem Dualismus vollkommen verfehlt. Der deutsche Volksrat in Böhmen hat in Lobositz eine Vollsitzung abgehalten, in der als berufene Vertretung des deutschen Volkes in Böhmen eine Nationalversammlung zu wählen sei, deren erste Aufgabe die Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechtes Deutsch-Böhmens durch Anschluß ans Deutsche Reich wäre. „Jede Verhandlung, die die Möglichkeit der Einverleibung Deutsch-Böhmens in den tschechischen Staat zum Gegenstand hat, ist eine Preisgabe unseres Volkstums.“ In Troppau faßten gestern am Landesfeiertag Schlesiens alle deutschen Parteien den Entschluß, sich bis zur äußersten Selbsthilfe das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Oesterreichs zu wahren. „Der Angliederung an einen tschecho-slowakischen Staat werden wir heute und immerdar entschlossenen Widerstand bis aufs äußerste entgegensetzen. Wir wollen rücksichtslos unser Selbstbestimmungsrecht in einem völlig selbständigen Deutsch-Oesterreich und den Anschluß ans Deutsche Reich. Frei von jeder Fessel, wollen wir in Zukunft auf Gedeih und Verderb mit unseren Brüdern in Oesterreich und im Deutschen Reich in untrennbarer Einheit verbunden mitarbeiten an der Stärkung unseres großen deutschen Vaterlandes.“

## Die Tschechen verlangen die Lausitz.

Drahtbericht unseres Korrespondenten.

d. Prag, 18. Oktober. Das tschechisch-agrarische Abendblatt erklärt: Die geplante Verfassung werde von den slowakischen Abgeordneten eine Lotgeburt genannt. Der zukünftige Friede müsse zurückgeben, was einst genommen wurde. Das Blatt verweist dabei auf die Lausitz und auf Preussisch-Schlesien. Es sei nicht allzubiel, was die Tschechen verlangen. Mit Herzeleid und Schmerz stünden sie am Grabe der baltischen Slawen und der Slawen am Elbestrand. Sie wissen wohl, daß sich die in diesen Gebieten verübte Gewalt nicht mehr gutmachen

lasse, allein die Rettung der Lausitzer Serben sei leicht möglich, und auch das Unrecht, das im 18. Jahrhundert an Schlesien verübt worden sei, könne gutgemacht werden.

Frankfurt, 18. Oktober.

Das Wort von dem „glücklichen Oesterreich“, das Heiraten schliesse, und dem Venus das gebe, was anderen Mars, ist nun über vierhundert Jahre alt. Es stimmt schon lange nicht mehr. In einer Zeit, da Völker und Staaten wie Gutshöfe verschenkt, vererbt oder auch weggenommen wurden, hatte ein solches Wort Sinn. Aber andere Zeiten sind gekommen, die Fürstenthümer sind nicht mehr der Kristallisationspunkt der Reiche, und Staaten, die nicht durch feste Bänder zusammengehalten werden als durch einen gemeinsamen Fürsten, geraten in Gefahr, auseinanderzubrechen und anderen Bildungen Platz zu machen. In dieser Gefahr befindet sich zur Zeit das alte Reich der Habsburger. Wir hören, daß der ungarische Ministerpräsident, als ob es sich um eine selbstverständliche Sache handelte, ohne alle Vorbereitungen die Personal-Union mit Oesterreich erklärt, also das seit mehr als einem halben Jahrhundert bestehende und durch feierliche Verträge festgelegte Verhältnis der Gesamtmonarchie einseitig und ohne Verständigung mit der anderen Reichshälfte löst, ohne daß von den verfassungsmäßigen Gewalten Oesterreichs, dem Reichsrat, der Regierung oder dem Kaiser ein Einspruch erfolgt. Man läßt es dort gehen, weil man es gehen lassen muß. Die habsburgische Macht, soweit sie bisher durch den Dualismus von 1867 zusammengehalten wurde, löst sich auf, und Ungarn beeilt sich, die politische Brücke über die Leitha abzubauen, um Herr im eigenen Hause zu sein und möglichst wenig von dem drohenden Einsturz in dem anderen Teil der Monarchie betroffen zu werden. Ob diese scheinbare Klugheit wirklich klug ist, werden erst die Folgen zeigen. Wenn Ungarn mit diesem Schritt etwa glauben sollte, einen Damm gegen die Oesterreich stürmisch durchbrausende Flut der nationalen Selbstbestimmung errichten zu können, so wäre das vermutlich ein verhängnisvoller Irrtum. Schon der Ursprung dieses Krieges zeigt, daß die südslawische Bewegung weit nach Ungarn hinübergreift. Von den Tschechen wissen wir, daß ihre nationalen Ansprüche auf die Angliederung der ungarländischen Slowaken ausgehen, und jetzt hören wir, daß auch die Rumänen Oesterreichs eine Nationalversammlung abhalten und die ungarländischen Rumänen einladen. Man wird auch in Ungarn mit den bisherigen Methoden, die nichtmagyarischen Völker der Stefanskrone zu regieren, nicht mehr auskommen, und die Formel von der neuen ungarischen Nation wird eine schwere Prüfung auf ihre Haltbarkeit durchzumachen haben. Es ist keineswegs ausgeschlossen, wenn auch nicht so unmittelbar drohend, daß Ungarn von ganz denselben Strömungen erfasst werden wird, die das alte Oesterreich schon hinweggespült und von ihm nur einige von den nationalistischen Fluten wildunspülte Mauerreste übrig gelassen haben.

Oesterreich besteht im Augenblick, streng genommen, als staatliche Macht nicht mehr. An der Zentralgewalt, die verfassungsmäßig in der Regierung und im Reichsrat sich verkörpern soll, gehen die Völker vorbei. Sie gilt ihnen nichts mehr. Am längsten haben die Deutschen, die von Anfang an und bis zuletzt das eigentliche Staatsvolk Oesterreichs gewesen sind, ausgehalten. Aber da alle anderen sich abwenden, sich um den Reichsrat gar nicht mehr kümmern, weil sie nicht von ihm, sondern von der siegreichen Entente die Erfüllung ihrer Forderungen erwarten, gehen auch die Deutschen daran, sich aus dem Lager Oesterreichs in ihre eigenen Zelte zurückzuziehen. Es gibt noch eine österreichische Regierung, ein Parlament, es gibt sogar einen gemeinsamen Minister des Auswärtigen. Aber es macht den Eindruck, als seien alle diese Einrichtungen über Nacht leere Hüllen geworden, deren Inhalt ausgeschossen ist. Der Inhalt ist natürlich noch da, aber wer vermöchte so sagen, ob es möglich sein wird, ihn so zu jammeln, daß er ein neues Gefäß „Oesterreich“ füllt? Noch gibt es ein österreichisch-ungarisches Heer, aber wir hören, daß die südslawischen Völker die sofortige Entlassung der aus ihnen gebildeten Regimenter fordern, und von den Tschecho-Slowaken, von denen ein Teil als „kriegführende Macht“ auf der Seite der Entente gegen Oesterreich kämpft, wissen wir, daß schon von Anfang des Krieges tschechische Regimenter ihre Sache von der des österreichischen Staates getrennt hoben und zum Feinde übergegangen sind. Es ist noch nicht viel mehr als ein Monat vergangen, seit Ministerpräsident Frhr. v. Hussarek vor den Vertretern der reichsdeutschen Presse die Kraft des österreichischen Staatsgedankens rühmte. Schon damals waren die Reichen der Zer-

setzung und der Auflösung der Staatsgewalt unverkennbar, und es ist merkwürdig, wie sehr Leute, denen das Geschick eines großen Staates anvertraut ist, sich über Dinge täuschen können, die eigentlich vor aller Welt offen daliegen. Vielleicht gab es damals noch Reste staatlicher Macht. Heute ist die Reichsgewalt nicht mehr imstande, das tschechische Böhmen zur Erfüllung seiner Pflichten gegen den Gesamtstaat zu zwingen. Wie vor dreihundert Jahren sagt sich Böhmen von Oesterreich los, aber es ist kein Ferdinand da, vor allem aber keine Macht, die imstande wäre, die Autorität Oesterreichs in Prag wieder aufzurichten. Und wie es in Krakau, so steht es in der Bukowina, so steht es überall außerhalb des deutschen Sprachgebets. Aber auch die Deutschen Oesterreichs können nicht einem Oesterreich zuliebe ihr nationales Leben opfern, das nur noch ein historischer Name ist.

Nun hat Kaiser Karl sich in einem Ausruf an seine „getreuen österreichischen Völker“ gewendet. Diese Bezeichnung soll vermutlich ein Lob für alle sein, aber wenn man genau sein wollte, müßte sie eigentlich als eine Unterscheidung aufgefaßt werden; auf alle Fälle wirkt sie im gegenwärtigen Augenblick in ihrer Allgemeinheit fast wie eine bittere Ironie, als wolle sie sicher nicht verstanden werden soll. In dem Ausruf wird nun den Völkern angekündigt, daß Oesterreich dem Willen seiner Völker gemäß zu einem „Bundesstaate“ werden soll, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen bilden soll. Der Vereinigung der polnischen Gebiete mit einem polnischen Nationalstaate soll nicht vorgegriffen werden. Triest soll eine Sonderstellung erhalten und die Integrität der Länder der ungarischen Krone soll nicht angetastet werden. Von den vier Nationalstaaten, die vorgesehen sein sollen, ist in dem Manifest des Kaisers keine Rede. Es war ein deutsch-österreichischer, ein tschechischer, ein südslawischer und ein ukrainischer Staat angekündigt. Ob die Weglassung dieser vier Staatsbildungen in der Proklamation nun darauf zurückzuführen ist, daß der Plan noch nicht fertig ist, oder ob die Einzelheiten in einer besonderen Ankündigung niedergelegt werden sollen, das wird man wohl bald sehen. Aber wir fürchten, dieses kaiserliche Manifest hintert dem hinter den Ereignissen her, die einen ganz anderen Weg zu nehmen scheinen. Schon erklären die Tschechen, daß zuerst der tschecho-slowakische Staat errichtet werden müsse, der natürlich nicht nur ganz Böhmen Mähren und vielleicht den größten Teil des österreichischen Schlesiens, sondern auch die zu Ungarn gehörige Slowakei umfassen soll und also mit dem kaiserlichen Manifest in unvereinbarem Gegensatz steht. Erst dann wollen sie mit den anderen Völkern, worunter natürlich in erster Reihe die Deutschen zu verstehen sind, in Verbindung treten. Ebenso haben die Ukrainer den Plan bereits abgelehnt, und von den Südslawen kann man dasselbe annehmen. Der Gedanke, daß eine Uebergangsgovernment das alte Oesterreich liquidieren und die neue Bildung, die aber gar kein Bundesstaat, sondern höchstens ein Staatenbund wäre, einleiten soll, wird, so ist zu fürchten, an der Unvereinbarkeit der nationalen Ansprüche zerschellen. Die ja auch den alten österreichischen Staat zerprengt haben. Aus bloßen Interessen kann man noch keine Staaten bilden, es gehört der Wille zum Staat dazu, und der scheint, mit Ausnahme der Deutschen, bei allen Völkern Oesterreichs, wenigstens heute noch und für die nächste Zeit, zu fehlen.

Der Prozeß, der sich heute in Oesterreich vollzieht, geht in der entgegengesetzten Richtung wie jene Heirats- und Handelspolitik, die diesen Staat gebildet hat. Daß diese Entwicklung einmal kommen würde, mußte man voraussehen. Aber eine kluge Staatspolitik hätte dieser Entwicklung vielleicht manches von ihrer zerstörenden Wirkung nehmen können. Die österreichische Politik ist über die alten Methoden nicht hinausgekommen. Daß die fürchterliche Weltrevolution dieses Krieges das Habsburgerreich erfasst, wie sie vorher Rußland erfasst hat, ist an sich eine natürliche Erscheinung, und wenn man will, kann man darin sogar eine historische Sühne für die Verfehlungen früherer Jahrhunderte sehen. Auch Deutschland wird von dieser Bewegung nicht unberührt bleiben. Aber unsere nationale Festigkeit wird uns trotz des Schmerzes, das heute über uns kommt, ermöglichen, diese Sturmfluten zu überdauern, die heute das verbündete Reich an der Donau wegzuschwemmen drohen und ihren Höhepunkt wohl noch nicht einmal erreicht haben.

**Wien, 17. Oktbr. (Priv.-Tel.)** Die Obmänner der österreichischen Parteien sind gestern zum Freiherrn v. Huszarék berufen worden, um von ihm die Mitteilung entgegenzunehmen, daß heute eine Proklamation erscheine, worin die Auflösung des österreichischen Kaiserreiches in einen Bund von vier Sonderstaaten kundgegeben wird. Gleichzeitig hat gestern Dr. Weyerle im ungarischen Reichstag die Personalunion für Ungarn verkündet. Somit hat das alte Habsburgerreich in seiner alten Form zu bestehen aufgehört und niemand weiß, ob es in seiner neuen wirklich auferstehen wird. Man nimmt an, daß diese weitgehenden Schritte geschehen sind, um den Forderungen Wilsons, die man erwartet und vielleicht auch schon beifügt, entgegenzukommen. In politischen Kreisen wird dieses eilige Verfahren sehr abfällig beurteilt, weniger wegen der Personalunion mit Ungarn, die unvermeidlich war bei dem realpolitischen Sinn der Magyaren, die gewiß nicht den Separatismus allzu weit treiben werden. Die große Schwierigkeit liegt in Oesterreich, wo keine Lösung möglich ist, die alle Völker befriedigt. Wie es heißt, wird Deutsch-Böhmen zu Deutsch-Oesterreich geschlagen, was natürlich die Tschechen wieder zum äußersten Widerstand aufreizen wird. Andererseits soll die Südböhmische Mark einem Groß-Slawonien angegliedert werden. Ferner wird die Bildung eines ukrainischen Sonderstaates die Polen sehr verletzen. Kurz es ist nicht abzusehen, wie durch diese Proklamation der Zustand geschaffen werden soll, den Wilson seinen Prinzipien nach wünscht und der für den Fortbestand des Reiches wenigstens den notwendigen äußeren Funktionen eine Garantie gibt. Es ist wohl ersichtlich, daß die Entente eine Auflösung Oesterreichs nicht mehr anstrebt, weil sie den Anschluß der Deutsch-Oesterreicher an das Deutsche Reich verhindern will. Aber es kann ihr auch hier ebenso ergehen wie in Russland, wo sie eine kleine Miljukow-Revolution begünstigte, und dann eine große Lenin-Revolution erlebt hat.



## Die österreichischen Nationen.

Wien, 18. Okt. (Priv.-Tel.) Das kaiserliche Manifest wurde gestern abend um 6 Uhr durch Extraausgaben der amtlichen „Wiener Zeitung“ in den Straßen verbreitet. Ein außerordentlicher Eindruck des Erscheinens dieses hochwichtigen politischen Schriftstücks läßt sich nicht verzeichnen. Teils war die Bevölkerung auf den Inhalt dieser staatsrechtlichen Kundgebung der Krone bereits vorbereitet, teils überrag schon von vornherein die Anschauung, daß das Manifest von der überwiegenden Anzahl der Reichsratsabgeordneten nicht als geeignete Grundlage für die Ueberleitung der Monarchie in einen Staatenbund befunden wird.

In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die praktische Durchführung der im Manifest enthaltenen allgemeinen Grundsätze vorläufig nicht abzusehen ist. Die Tschechen haben ihre Mitwirkung bereits gestern abgelehnt und vertreten den Standpunkt, daß die Gründung eines tschecho-slowakischen Staates eine internationale Angelegenheit sei, die nur auf dem Friedenskongreß vollzogen werden könne. Die vorgeschlagene Lösung sei auch schon aus dem Grund nicht diskutabel, weil auf dieser Grundlage infolge der Integrität Ungarns die Slowaken in die tschechische Staatsgründung nicht mit einbezogen werden können. Es scheint allerdings, als ob sich auch bei den Tschechen schon eine zum Einlenken bereite Strömung zeige. Die radikal-sozialistische Strömung, welche in den tschechischen Gebieteilen Böhmens immer erkennbarer die Oberhand gewinnt und immer deutlicher die Formen des Bolschewismus annimmt, macht einzelnen bürgerlichen Gruppen bereits Bedenken. Trotzdem kann damit gerechnet werden, daß sich der Verband der tschechischen Parteien gegenüber dem Manifest ablehnend verhalten wird. Dasselbe gilt von den Südslawen, deren Sprecher gestern im Delegationsausschuß für äußere Angelegenheiten erklärt hat, die Südslawen seien an dem Inhalt des Manifests vollkommen desinteressiert. Sie betrachten diese Lösung als einseitig, da Kroatien, Bosnien und die Herzegowina überhaupt nicht erwähnt sind.

Die Rumänen haben sich bereits gestern als Nationalversammlung konstituiert und an die fünf ungarisch-rumänischen Abgeordneten eine Einladung gerichtet, dieser Nationalversammlung ebenfalls beizutreten. Sie beanspruchen einen selbständigen Staat im Rahmen der Monarchie, der außer den rumänischen Gebieten in der Bukowina auch die auf ungarischem Territorium befindlichen Teile umfaßt. Es greifen also auch die rumänischen Aspirationen über den Rahmen der im Manifest vorgesehenen Lösung weit hinaus. Dasselbe gilt von den Ukrainern, die sich am 19. Oktober in Lemberg zu einer Nationalversammlung unter dem Abgeordneten Ritter Jspeskul Grecul als Obmann konstituierten und die Vereinigung der ukrainischen Gebiete Ostgaliziens, der Bukowina und Ungarns als Forderung aufstellen werden.

Was die Haltung der deutschen Abgeordneten betrifft, so wird von ihnen ausdrücklich erklärt, daß die am Montag in Wien zusammentretende deutsche Nationalversammlung unabhängig vom kaiserlichen Manifest erfolgt. Diese Versammlung wird aus allen deutschen Reichsratsabgeordneten bestehen. Ihre Tagesordnung wird Samstag Nachmittag festgestellt werden. Die Deutschen konstituieren sich auf Grund ihres Selbstbestimmungsrechts als Nation und warten alles übrige ab.

Der Gesamteindruck ist, daß die im Manifest vorgesehene Lösung niemanden befriedigt. Es wird daher in politischen Kreisen nur als ein Versuch angesehen, dessen Aussichten sehr gering eingeschätzt werden. Gänzlich in der Luft schwebt der Reichsrat, der im Sinne des Manifests seine Arbeiten bis zur Konstituierung der Nationalstaaten fortsetzen soll. Das Manifest hat vor allem die Wirkung, daß das mangelnde Interesse bei den Parteien an den Arbeiten des Parlaments womöglich noch geringer geworden ist als vorher. Das Abgeordnetenhaus soll am Dienstag wieder zusammentreten. Es kann aber als sicher angenommen werden, daß eine positive Arbeit vorläufig nicht möglich ist. Um die von der Regierung so dringend geforderte Steuervorlage kümmert sich niemand mehr. Wie das Kabinett Haffner die Durchführung der im Manifest vorgesehenen Lösung vollziehen will, weiß heute noch niemand.

## Der Wille zum Programm.

Von

Georg Bernhard.

Die nächste Woche wird von ganz außerordentlicher Bedeutung für das Schicksal des Deutschen Reiches sein. Die Parteien des Reichstages und insbesondere die Vereinigung der Mehrheitsparteien werden die Entscheidung darüber haben, ob an die Stelle der bisherigen passiven Kriegspolitik eine aktive Politik gesetzt werden soll, die dem Ziele, ohne unnötigen Zeitverlust das Ende des Krieges zu erreichen auf Grund eines fest umrissenen außenpolitischen Programms, aufstrebt. Für diese Entscheidung wird von beinahe ausschlaggebender Bedeutung die Fraktionsführung sein, die morgen die Zentrumsparlei abhält. Wie an dieser Stelle neulich bereits betont worden ist, trägt das Zentrum eine besonders schwere Verantwortung für die augenblickliche Regierung. Der Reichskanzler Graf Hertling hat seinerzeit sein Amt ausdrücklich auf Grund der Zustimmung der Mehrheitsparteien angetreten. Inzwischen hat von den Mehrheitsparteien mindestens die Sozialdemokratie keinen Zweifel daran gelassen, daß sie das alte Vertrauen der Regierung Hertling nicht mehr entgegenbringen kann. Dieses Vertrauen hat sie bisher allerdings nur recht platonisch bekundet. Sie hat selbst keinen Vertreter in die Regierung entsandt, sondern sich damit begnügt, Herrn v. Payer als ihren Vertrauensmann zu bezeichnen. Sie hat sich an diese Vertrauensbekundung insofern bisher gebunden erklärt, als sie im Parlament keine feindseligen Handlungen gegen die Regierung unternahm. Aber sie hat immerhin bei der Abstimmung über die Friedensverträge sich der Stimme enthalten, und sie hat im weitesten Umfange Kritik geübt.

Der praktische Erfolg dieser Haltung der Sozialdemokratie mußte natürlich sein, daß in den von ihr vertretenen Massen immer stärker ein gewisses Mißtrauen gegen die Regierung sich durchsetzte, das auch in der sozialdemokratischen Presse vielfach recht deutlich zum Ausdruck kam. In der Zwischenzeit ist nun aber die innere Kraft des deutschen Volkes durch die verschiedensten Ereignisse einer besonders schweren Belastungsprobe ausgesetzt worden, und es kann für die Folge nicht mehr genügen, daß die Sozialdemokratie im besten Falle als Gönner außerhalb der Regierung steht. In den Kreisen der sozialdemokratischen Partei scheint ja nun erfreulicherweise die gleiche Erkenntnis wach geworden zu sein. Man darf es wohl als sicher betrachten, daß sie unter gewissen Umständen bereit wäre, durch Entsendung von Vertretern in die Regierung die volle Mitverantwortung zu übernehmen. Dadurch würde eine wirkliche Einheitsfront hergestellt werden. Ueber die Bedingungen, unter denen die Sozialdemokratie ihre Bereitschaft zum Eintritt in die Regierung erklären will, ist ja nun in den letzten Tagen verschiedenes veröffentlicht worden. Aber ihre hauptsächlichste Voraussetzung dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach doch sein, daß ein Wechsel in der Regierung stattfindet. Und ob ein solcher Wechsel im gegenwärtigen Augenblick möglich ist, darüber liegt die Entscheidung einzig und allein bei der Zentrumsfraktion.

Der Reichskanzler Graf Hertling ist ein Zentrumsmann. Wenn das Zentrum sich geschlossen hinter ihn stellt, so ist an einen Wechsel im Reichskanzleramt nicht zu denken. Denn schon beginnen gerade die rechtsstehenden Parteien sich zum Kampfe für Hertling zu rüsten. Sie würden natürlich mit ganz besonderer Freude für ihn eintreten, wenn sie dadurch die Mehrheit zu sprengen vermöchten. Und darüber kann gar kein Zweifel bestehen, daß eine Unterstützung des Grafen Hertling durch die rechtsstehenden Parteien und das Zentrum gemeinsam eine Sprengung der Mehrheit bedeutet. Gewiß nicht theoretisch. Die interfraktionellen Besprechungen bleiben bestehen. Die Mehrheitsparteien werden weiter miteinander beraten. Aber diese Beratungen können zu einem praktischen Ergebnis, zu einer Durchsetzung einheitlicher Kriegsziele unter keinen Umständen mehr unter den veränderten Verhältnissen führen. Wenn dagegen in ihrer morgigen Sitzung die Zentrumsfraktion sich für einen Regierungswechsel ausspricht, so unterliegt es gar keinem Zwei-

Anforderungen ihres in dieser Beziehung unbeteiligten, aber mächtigeren Verbündeten geraten sind.

Welche Wandlung müssen die seinerzeit der Welt verbündeten italienischen Kriegsziele im Feuer der Schlachten, in dem jahrelangen Zermürbungsprozeß des italienischen Hinterlandes durchgemacht haben, wenn man sich dazu hergeben muß, dem Südslawentum einen Mitbesitz an „Mare nostrum“ zuzuerkennen.

Welche Wandlungen müssen aber auch den politischen Konzeptionen Sonninos auferlegt worden sein, wenn man sich daran erinnert, daß in seinen am 10. April 1915 an die Monarchie gestellten wahnwitzigen Forderungen auch der Besitz der bedeutendsten, Dalmatien vorgelagerten Inseln eine sehr wesentliche Rolle spielte.

Es mag ja sein, daß Sonnino schon damals das Gefühl hatte, solche Begehrlichkeiten seien mit den eigentlich nationalen Aspirationen in gar keinem Zusammenhang, ebensowenig wie die Ansprüche auf das Hinterland Triests; immerhin machte er sich zum Sprachrohr und offiziellen Vertreter dieser rein militärischen Wünsche. Damals war von Rücksichten auf die österreichischen Slawen keine Rede. Und es konnte auch nicht anders sein, wenn man erwägt, wie seit Menschengedenken in Istrien wie in Dalmatien das Italienerium mit dem Slawentum im Kampfe lag.

Allerdings Kämpfe, die sich diesseits der schwarz-gelben Grenzpfähle abspielten und über deren territoriale Ausgangspunkte nur ganz mangelhafte Vorstellungen im Auslande bestehen mochten. Erinnere ich mich doch des lebhaften Erstamens des damaligen italienischen Ministers Marchese di San Giuliano, als er anlässlich seines Besuches in Abbazia bei seinem österreichisch-ungarischen Kollegen die Wahrnehmung machen mußte, daß er in der Umgebung jenes Kurortes auf Schritt und Tritt in der Bevölkerung slawische Laute zu hören bekam. Indes setzten sich die Herren in jener Zeit mit sorgloser Unbefangenheit über solche Beobachtungen hinweg und vollends ein Jahr später schien sie die Beeinträchtigung anderer Nationalitäten wenig anzusehen, wo es ihnen nur darauf ankam, den Besitzstand des Erbfeindes im ganzen zu treffen. Damals gedachten sie wohl auch in systematischer Durchdringung die Grenzen des Slawentums immer weiter zurück- und von der Adria abzudrängen. Doch wie anders entwickelten sich seither die Dinge. Der Bär, den sie in leichtem Ansturm zu überwältigen gedachten und dessen Fell ihnen sicher schien, ist noch immer nicht erlegt. Feindliche Heere stehen auf italienischem Boden und ihre eigene Widerstandskraft bedarf in zunehmendem Maße der Stütze verbündeter Kräfte, um nicht zu erlahmen.

Je mehr Bedeutung aber diese Stütze gewinnt, desto mehr muß sich Italien deren Führung unterordnen, desto mehr muß es sich deren komplizierten Methoden anpassen, welche sich nicht auf ehrliche Kriegsführung beschränken, sondern alle erdenklichen Mittel verwerflichster Intrigen erfinden, um das innere Gefüge der Feinde zu lockern.

Für England und Amerika war es ein Leichtes, durch Anerkennung der in das russische Chaos verfrachteten czechoslowakischen Formationen, durch völkerrechtswidrige Förderung fremdstaatlicher Bewegungen das vielmißbrauchte Schlagwort vom Selbstbestimmungsrechte der Völker dort zu propagieren, wo es ihnen nützlich scheint und dem Feinde abträglich sein kann. Die politische Moral ist ja schon tief genug gesunken, um zweierlei Maße zur Regel zu machen.

Vollends aber sind jene Länder mit vornehmer Gleichgültigkeit über die mißliche Lage hinweggegangen, welche eine solche offensichtliche Protektion slawischer Aspirationen dem italienischen Genossen bereiten mußte, für den an der Adria wie auf dem Balkan das Slawentum den entschiedensten Widerpart der eigenen Pläne darstellt.

Es ist nur zu begreiflich, wenn gerade der Außenminister Italiens diese Klemme am empfindlichsten verspürte, wenn er dadurch seine ganze große italische Politik bedroht sah und die ganzen Ressourcen seines Geistes ausbot, um einen schicklichen Ausweg zugunsten der integralen Aufrechterhaltung der nationalitalienischen Kriegsziele ausfindig zu machen. Wie würden die italienischen Kriegsmacher in der Geschichte wie vor dem Richterstuhle ihres Volkes dastehen, wenn sie nach jahrelangem Blutvergießen in einem unerschütterlichen der Eroberung geltenden Kriege nicht mehr oder noch weniger nach Hause brächten, als was sie ohne Schwertstreich in einem verhängnisvollen Moment von der Nachbar-

### Italienisch-jugoslawische Betrachtungen.

Von Karl Freiherrn v. Machio.

St. u. f. Geheimer Rat und Botschafter a. D.

Wien, 21. September.

Wenn man kürzlich von den Meinungsverschiedenheiten las, welche im Schoße des italienischen Kabinetts die Frage der Anerkennung der jugoslawischen Selbständigkeitsgelüste und der Einstellung einer südslawischen Legion in der italienischen Front hervorrief, wenn man hörte, daß schließlich Sonnino, um eine Krise zu vermeiden, seine Bedenken der slawophilen Richtung Orlando unterordnen mußte, wird man unwillkürlich an die alte vatikanische Unterverfungsformel erinnert: *Laudabiliter se subiecit!*

Man kann daraus aber auch Schlüsse auf das Dilemma ziehen, in das die italienischen Staatslenker bereits zwischen den eigenen nationalen Bestrebungen und den

## Die südslavische Frage.

Von Dr. Ferdinand von Misch,

Sektionschef i. R. der kgl. kroat.-slav.-dalm. Landesregierung.

Es ist in der jüngsten Zeit viel Tinte verschrieben, viel Druckerwärme auf die Lösung dieses Problems verwendet worden, doch haben sich dabei die Vertreter der verschiedenen Standpunkte dies- und jenseits der Leitha, dies- und jenseits der Drau das berühmte Talleyrandsche „surtout pas trop de zèle“ nicht zu Eigen zu machen gewußt. Da mag es denn nicht unangebracht erscheinen, dieser Frage mit partei- und leidenschaftsloser Mäßigkeit, rein sachlich, näher zu treten und sich bei ihrer Erörterung der stets bewährten Methode zu bedienen, vom Allgemeinen ausgehend beim Besonderen zu halten.

Heute ist wohl das Allgemeinste, das gang und gäbe gewordene Schlagwort vom Selbstbestimmungsrechte der Völker. Nun, Napoleon III. hat gezeigt, wie man Plebiszite inszeniert, letzten Endes wurde er aber selber die Probe auf das Exempel dieser Regiekünste. Andere wieder ziehen es vor, um nicht in dieses Extrem zu verfallen und doch den Schein jenes Axioms zu wahren, die Durchführung des autoritativen Willens, worauf es in Wahrheit in allen diesen Fällen ankommt, mit einem konstitutionellen Feigenblatte zu bekleiden, indem sie die endgültige Entscheidung den „legalen Vertretern des Volkes“ zuweisen. Man erinnere sich doch nur, daß zur Durchführung der Wahlen in jenen dalmatinischen Landtag, der über die Vereinigung dieses Königreiches mit den Königreichen Kroatien und Slavonien zu beschließen hatte, Schmerling den Rat des Triestiner Obertribunales Ravenna nach Dalmatien entsandte, der den aus den ältesten Zeiten herstammenden Gegensatz zwischen der romanischen Küsten- und der kroatischen Binnenbevölkerung auszunutzen wußte, um mit einer seinem Herrn genehmen Mehrheit aufzuwarten. Man vergewaltigt sich, daß und wie unter der Herrschaft eines engherzigen Wahlgesetzes Wahlen gemacht wurden, daß und wie durch Beeinflussung der gewählten Mitglieder des Vertretungskörpers Abstimmungen in einem bestimmt gewollten Sinne herbeigeführt werden können, wofür es jedem Kenner der parlamentarischen Zustände nicht an genügenden Beispielen mangelt. Dann wird man auch dessen inne, wie es mit derlei Entscheidungen bestellt ist und wie in Wirklichkeit das vielgepriesene Selbstbestimmungsrecht der Völker aussieht. In dieses Bild bringt die durch Reisen fremder Emisäre in ein Volk getragene Propaganda ebensowenig einen neuen Zug, wie die Gewinnung

eines Kirchenfürsten, der angesehene und einflußreiche Politiker beeinflussen will, das heißt, eigentlich soll.

Die Forderung nach der Erstellung eines einheitlichen staatlichen oder zum mindesten politisch einheitlichen Gebildes auf Grund ethnographischer Zusammengehörigkeit, Geschichte und Ueberlieferung bewegt sich schon in engeren Grenzen. Aber auch hier wird oft mannigfach über das Ziel geschossen. Es ist ebenso verkehrt, hinsichtlich Bosniens nur aus seiner Bogumilenezeit und der Aera der autochthonen Dynastie mit den unmittelbar darauf folgenden Geschehnissen Rechtsansprüche für die Gegenwart herstellen zu wollen, wie es unzulässig ist, sich ein Risorgimento jenes Ländergebietes zum Ziele zu setzen, welchen der große Korse aus Bruchstücken verschiedener Länder im Süden der Monarchie zu einer administrativen Einheit verschmolzen hatte, ganz zu schweigen von den geradezu verwerflichen, auf die Wiederherstellung des Reiches Svatoptlufs gerichteten Bestrebungen, welche beide letzteren, von einer Reinkorporierung sich wesentlich unterscheidend, die gebietsmäßige Integrität usurpatorisch antasten. Eine allzu starre historische Observanz vernachlässigt leicht das Recht, das mit uns geboren, und vergeht, daß der Lebende recht hat. Eine Romantik, sei sie nun wahr oder gemacht, weckt Begehrlichkeiten, die, wenn sie an als unerschütterlich zu geltenden Grundlagen rütteln, den Keim zu schweren Verwicklungen in sich bergen. So erweist sich denn auch dieser Weg als alleiniger wenig gangbar, umwuchert von Gestrüpp, voll Lücken und Gefahren. Das kommt eben daher, daß kein Prinzip in seiner Reinheit anwendbar ist, es in der Welt der Wirklichkeiten nichts Absolutes, sondern nur Verhältnismäßigkeiten gibt.

Eine solche relative Größe ist auch jedwede politische Strömung oder Bewegung, zugleich aber auch eine, an der wahre staatsmännische Beugung zu messen ist. Schon bei der Entscheidung der Vorfrage, ob es sich nur um mehr oder weniger unmaßgebliche Phantastereien einiger weniger sogenannter Ideologen oder um ein weite Kreise, große Schichten der Bevölkerung Erfassendes handelt, tritt diese zutage. Noch viel mehr wird das der Fall sein bei der Bewertung der Stärke, die das weitere Verhalten bestimmt. Es heißt da prüfen und entscheiden, ob das Alte, wiewohl morsch und brüchig geworden, dessen ungeachtet wieder tragfähig zu machen ist, oder besser einem Neuen weichen soll. Wer die Zeichen der Zeit verkennend starrsinnig an dem überlebten Hergebrachten festhält mit dem Versuch, der herein gebrochenen Morgenröte Einhalt gebieten zu wollen, wird, von den Bogen des Hasses der Gegenwart hinweggespült, der Verachtung der kommenden Geschlechter verfallen. Dagegen wird dem, der, den Augenblick wahrnehmend, selbst Hand anlegt, um den Neubau ins Werk zu setzen, Mit- und Nachwelt den Tribut verehrungs-vollen Dankes zollen.

Das Vorhandensein einer südslavischen Bewegung in Abrede stellen, hieße Vogel Strauß spielen, und kommt wohl weiter nicht in Betracht. Wer sich oder andere glauben machen wollte, daß man über dieselbe so ohneweiters zur Tagesordnung übergehen könne, würde sich einer kaum zu rechtfertigenden Frivolität schuldig machen. Einer aber, der wähnt, er vermöchte dieselbe mit den veralteten Praktiken des einstigen Polizeistaates unterzukriegen, müßte alsbald in herber Enttäuschung ein solches Unterfangen versagen sehen. Es gibt da nur einen Ausweg, die verantwortlichen Faktoren selbst müssen sich an die Spitze der Bewegung stellen und ihr die Bahn weisen, ehe ihnen eine zügel- und gewissenlose Agitation die Leitung entreißt und die zurzeit noch ungefährliehe Gärung zu einem verderbenschwangeren Wildhabe anwächst. Mit anderen Worten, es gilt, gewisse

Forderungen als berechtigt anzuerkennen, und sie im Geiste der Moderne rechtzeitig zu erfüllen.

Als erstes ist die Vereinigung Dalmatiens in seiner ganzen heutigen Ausdehnung mit den zu demselben gehörigen Eilanden und den Inseln des Quarnero, deren Bewohner trotz staatsrechtlicher Trennung und administrativer Zuweisung auch heute noch nach der terra ferma Kroatiens und Dalmatiens und nicht nach Istrien gravitieren, mit Kroatien zu nennen. Geschichtlich begründet, ethnographisch bekräftigt, ist diese Einverleibung ein stetiger Programmpunkt sämtlicher gewesen und noch bestehenden Parteien Kroatiens, welcher hinsichtlich Dalmatiens auch im Krönungsseide, im Inauguraldiplome und im § 65 G. L. XXX/I: 1868 zum Ausdruck gelangt.

Zu diesem nicht allzu breiten Küstenstreifen bilden Bosnien und die Herzegovina das natürliche Hinterland, deren Angliederung an Kroatien das Zweite ist. Bei nur einiger Unparteilichkeit können über die Berechtigung dieses Verlangens keinerlei Zweifel obwalten. Man werfe nur ohne Voreingenommenheit und frei von Chauvinismus einen Blick auf die Landkarte. Vor der Okkupation war ein ansehnlicher Teil dieser Provinzen unter dem Namen Türkisch-Kroatien eingezeichnet, und nach derselben bilden deren Nordgrenze gegen Kroatien und Slavonien Flußläufe, welche nach der modernen, im Zeichen des Verfehres stehenden Theorie nicht als trennend, sondern als verbindend anzusehen sind. Nach allem ist Bosnien mit der Herzegovina ein zu dem Länderverbände Kroatien, Slavonien und Dalmatien gehöriges Anspruchsland und damit auch ein solches der St. Stefanskronen, nicht aber Ungarn im engeren Sinne, welche zwei Begriffe sich keineswegs decken. Die de lege ferenda erfließende staatsrechtliche Normierung kann in Hinsicht auf die geographische Lage und den völkischen Charakter nicht anders lauten, als Anschluß an Kroatien. Will man dabei etwa aus Opportunitätsgründen die gegenwärtig noch vorhandene Mentalität der Mehrheit der Population jener Provinzen, deren Grenzen im Laufe der Geschichte so vielfach verschoben wurden und deren Siedler im Wandel der Zeiten so oftmals ihren Herrn und auch ihren Glauben gewechselt haben, der schließlich als Islam zu einem kulturellen und politischen Faktor geworden ist, berücksichtigen, so wird es sich empfehlen, diesen Anschluß übergangsweise, bis der Zeitpunkt zur völligen Vereinheitlichung gekommen sein wird, als einem virtuellen zu belassen mit einer genau zu umschreibenden Autonomie der Exekutive, jedoch einer sofortigen einheitlichen Legislative. Ebenso wird der ständig am Sitze der gemeinschaftlichen Regierung sich befindliche kroatisch-slavonisch-dalmatinische Minister neben der Vertretung der Interessen dieser Königreiche auch diejenigen Bosniens und der Herzegovina wahrzunehmen haben und auf alle jene Verhältnisse, welche diese Königreiche und Länder, sowie das Königreich Ungarn gemeinschaftlich betreffen, unter Verantwortlichkeit Einfluß nehmen.

Diese territoriale Neugruppierung mit der Erweiterung der Kompetenz des dalmatinisch-kroatisch-slavonischen Ministers bedeutet eine Abänderung des G. L. XXX/I: 1868. Das ist das Dritte und der eigentliche springende Punkt. In diesem Herbst wird ein halbes Jahrhundert voll, daß dieses Ausgleichsgesetz in Rechtskraft erwachsen ist und das Ergebnis ist, daß der ungarisch-kroatische Ausgleich niemand befriedigt, Ungarn nicht, weil er dessen immer unverhüllter auftretenden Vereinheitlichungsbestrebungen dennoch unübersteigbare Schranken setzt, und Kroatien nicht, weil dieses seine im Rahmen der untrennbaren und unteilbaren staatlichen Zusammengehörigkeit trotzdem bestehende und mit derselben wohl vereinbare Sonderstellung nicht genügend gewahrt, seine Gerechtfame nicht ausreichend gesichert sieht. Das ist die nackte Wahrheit, der

## Maulwurfsarbeit in Oesterreich.

(Wiener Brief.)

Den Tschechen und Südslawen kann man nicht vorwerfen, daß sie aus ihren Herzen Mördergruben machen. Die Polen teilen sich in eine opportunistische und eine — aufrichtige Gruppe. Verblüffend ist nicht so sehr die Offenheit der Bekenntnisse, wie die Freiheit, die ihnen diese Offenheit mitten im Kriege, den man schließlich doch nur in einer Richtung führen kann, gestattet. Immerhin weiß man hier doch, woran man ist und kann sich darauf einrichten.

Weit bedenklicher ist die stille Maulwurfsarbeit, weil die Grenzen zu den offiziellen Kreisen sich hier bedenklich verwischen. Eine etwas gemischte Gesellschaft, die hier am Werke ist. Die meisten hüllen sich in das pazifistische Mäntelchen, das ja auch in anderen Ländern meist irgendwelche Bannware deutet, andere in das schwarzgelbpatriotische. Schon im Jahre 1915 erklärte Prof. Vammasch in einer Versammlung der Mittelpartei des Herrenhauses, der er damals noch angehörte, die Einberufung des Parlaments sei eine Notwendigkeit, um aus der Abhängigkeit von Deutschland herauszukommen. Wenn man die bisherige Tätigkeit des Parlaments überblickt, die soviel zur Desorganisation des Staates und zur Erschwerung der weiteren Kriegführung beigetragen hat, so versteht man, was Prof. Vammasch damals gemeint hat. Sehr eng sind die Beziehungen dieser Kreise zur Sozialdemokratie. Im Zusammenhang damit ist die für ihre Verhältnisse recht gemäßigte Sprache, deren sich die „Arbeiterzeitung“ seit einiger Zeit gegenüber der österreichischen Regierung befleißigt, während der Ton gegenüber der Deutschen der gleiche geblieben ist, beachtenswert. Es klingt als Unterton durch: keine Ungebuld, es geht alles nach Wunsch, wir kommen durch stille Arbeit mit unseren bürgerlichen Bundesgenossen ans Ziel.

Ueber dieses Ziel herrscht keinerlei Unklarheit. Der Friede ist hierbei nur Mittel, wenn er auch als Ziel schlechthin hingestellt wird. Dieser Friede ist natürlich nur durch weitgehendes Eingehen auf die Wünsche der Entente zu erreichen; dann aber wird der Völkerstaat Oesterreich im Schutze des Völkerbundes als vom Deutschen Reiche unabhängige Großmacht herrlich gedeihen. Die Sozialdemokraten wissen freilich genauer Bescheid und ahnen den Wirrwarr, der dann entstehen wird, und der ihre Saat zur Reife bringen soll. Aber bis es soweit kommt, wollen sie ihr Gespann gern von fremden Säulen ziehen lassen.

Nun könnte man dieses Treiben ruhig auf sich beruhen lassen, wenn man nicht nur die Sicherheit hätte, daß alle amtlichen Kreise ihm vollkommen fernstehen, sondern ihm auch dort, wo es gefährlich zu werden beginnt, alle staatlichen Machtmittel nachdrücklich entgegensetzen. Was ersteres betrifft, so kann man wohl nur Vermutungen hegen und gewisse Schlüsse ziehen; daß es in der Abwehr dieser Bestrebungen aber an jeder Entschlossenheit fehlt, sieht man alle Tage. Und das ist es, was die Freunde des Staates und des Bündnisses auch Schritte mit Besorgnis betrachten läßt, die ja auch einer harmlosen Deutung fähig sind, z. B. den letzten Friedensschritt des Grafen Burian. Der Zeitpunkt dafür mag übel gewählt, der bisher mit solchen Schritten gemachten Erfahrungen mag nicht gedacht worden sein; man könnte immerhin dafür anführen, daß er die Friedensfreunde in den feindlichen Ländern stärkt und der eigenen Bevölkerung das Durchhalten erleichtert, wenn ihr neuerdings bewiesen wird, daß es trotz aller Friedensbereitschaft infolge des Vernichtungswillens der Feinde keinen Weg zum Frieden gibt.

Kommt es wirklich zu Besprechungen, so kann man ja nicht gut annehmen, daß Graf Burian bereit sein sollte, Zugeständnisse zu machen, die Lebensinteressen der Mittelmächte preisgeben und den Annexionshunger der Entente befriedigen. Denn schließlich ist er doch Madjar und Intimus des Grafen Tisza. Ueber Abrüstung und Völkerbund wird er gewiß gerne Freund und Feind Vorträge halten, aber eine Einmischung der Feinde in die inneren Verhältnisse Ungarns und die Regelung seiner Nationalitätenfrage wird er sicherlich so wenig dulden, wie etwa, daß aus dem Körper des ungarischen Staates ein südslawischer zusammengeschnitten werde. Und an der Aufrechterhaltung des Bukarester Friedens, der Ungarn in Siebenbürgen eine bessere Grenzschafft, wenn auch dabei der Grundsatz „ohne Annexionen“ etwas zu kurz gekommen ist, wird sich Graf Burian gewiß mit aller Macht einsetzen, was aber doch wohl in sich begreift, daß gleiches auch für die Brestler Verträge gilt, wenn Graf Burian auch mit der Ratifizierung des Vertrags mit der Ukraine anscheinend keine besondere Eile hat. Trotz dieser aus der Per-

# Der erste christliche Arbeiterkongress Oesterreichs.

Zweiter Tag.

Gestern Sonntag fand der erste christliche Arbeiterkongress Oesterreichs nach einem Gottesdienste, dem die Delegierten in der Peterskirche gemeinschaftlich beiwohnten, seine Fortsetzung. Das Bild, das die Tagung bot, war womöglich noch eindrucksvoller als am Vortage, da weit mehr Teilnehmer als am Samstag erschienen waren, und zwar so viel, daß sich der große Sitzungssaal des Landhauses als zu klein erwies. Die Tagung wurde von **Dr. Spalowsky** eröffnet; er erteilte nach einigen Mitteilungen geschäftlicher Natur als erstem Referenten des Tages **Dr. Ullrich** das Wort, der über

## Die Ziele der christlichen Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben

**Dr. Ullrich** wies im Anfange seiner Ausführungen auf die Schäden hin, die die vier Kriegsjahre unserem Wirtschaftsleben zugefügt haben. Besonders unwillen sollte es ein, daß die Regierung den Vorgängen in unserem Wirtschaftsleben anscheinend wenig Beachtung schenke und durch maßlose Geldzettelwirtschaft den Kredit des Staates einer verhängnisvollen Schwächung ausgeliefert habe. Die Schuldenwirtschaft des Staates überantworte alle Böller Oesterreichs, mögen sie was immer für eine Sprache reden, dem Kapital auf Gnade und Ungnade. Es ist notwendig, daß Regierung und Parlament mit aller Kraft daran gehen, unser Wirtschaftsleben vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten. Es ist wohl nicht zu weit gegangen, wenn man im Angesichte dieser Aufgabe verlangt, daß endlich im politischen Leben Ordnung gemacht werde, daß insbesondere der Verfassungstreue durch die Inangriffnahme der auf diesem Gebiete zu lösenden Fragen ausgeschaltet werde, damit die Bahn zu wirtschaftlicher Arbeit frei wird. Wie stellen wir uns nun den Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens vor? Ich kann nur in Umrisen andeuten, nach welcher Richtung sich die diesbezüglichen Bemühungen zu betätigen haben. In erster Linie kommt hier die dem Kriegsende folgende **Uebergangsperiode** in Betracht. Das Aufheben der Lieferungen für den Kriegsbedarf wird die Industrie zwingen, sich wieder der Friedensgüterherzeugung zuzuwenden. Der Bedarf an solchen Gütern wird naturgemäß ein großer sein, jedoch mangelt es an Rohstoffen. Die einzige Reserve, die wir an Rohmaterialien noch haben, ist die des Heeres, von der wir aber nicht wissen, wie groß sie bei Kriegsende sein wird. Sicher sind aber beträchtliche Bestände da, und da müssen wir die Förderung erheben, daß diese Bestände nicht in Wucherhände geraten, sondern in einwandfreier Weise unmittelbar an die Industrie und das Gewerbe abgegeben werden. Wir müssen aber auch verlangen, daß die Produktionsfähigkeit unseres Staates nicht durch die Kriegslasten zerstört werde. Bei der Einführung der Steuern und Abgaben muß man darauf Rücksicht nehmen, daß der Produktionswille nicht gefährdet werde. Es müssen aber auch die Finanzen des Staates durch Aufstellung eines Finanzplanes, Durchführung der Vermögensabgabe und Schaffung neuer Monopole in Ordnung gebracht und saniert werden. Eine wesentliche Voraussetzung der Wiederaufrichtung der gewerblichen und industriellen Entwicklung ist ferner die **Wiederaufbau von Rohstoffen** und Halbfabrikaten. Die Verteilung der Rohstoffe, mögen sie nun aus der Förderung und Gewinnung des In- oder Auslandes stammen, muß in vollkommener Gerechtigkeit erfolgen und auch darauf muß geachtet werden, daß von den Fabriken aus den Rohstoffen in erster Linie solche Artikel erzeugt werden, die das Volk am notwendigsten braucht und nicht solche, die dem Unternehmer den größten Gewinn sichern. Von besonderer Bedeutung beim Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens wird auch die **Zoll-, Verkehrs- und Handelspolitik** sein, die unser Staat einschlägt. Wir müssen fordern, daß die einseitige Begünstigung einer Industrie durch die Regierung und die vielfältige Opferung unseres Interesses für ungarische Wünsche bei der Zollpolitik ein Ende finden, daß die Verkehrsfragen eine eingehendere Würdigung erfahren durch Ausbau unseres Bahnnetzes und Bestellung einer genügenden Zahl an rollendem Material, daß unsere Handelsverträge verbessert und unser Konfularwesen einer gründlichen Reform unterzogen werde. Ich habe nun eine Reihe von Forderungen besprochen, deren Erfüllung vornehmlich dem Parlamente und der Regierung obliegt. Gesetzliche Bestimmungen allein würden unserem Wirtschaftsleben aber sicher nicht die Gesundheit sichern; das wiederholt behauptete Verschwinden der Moralbegriffe, die Verwilderung der Sitten, die uns der Krieg im allgemeinen gebracht hat, haben leider auch in unserem Wirtschaftsleben ihren zerstörenden Einfluß geübt. Wucher und Schleichhandel, das sind die zwei Merkmale für die gesunkene Moral auch im Wirtschaftsleben. Es sind völlig neue Elemente in Handel und Gewerbe eingebracht, die auch nach dem Kriege ihr Unwesen treiben werden. Wenn unser Wirtschaftsleben gesund sein soll, so muß auch hier auf eine gründliche Besserung hingearbeitet werden. Es muß wieder **Treu und Glaube** im Wirtschaftsleben einkleben, ebenso christlicher Geist im Gegensatz zu dem jüdischen Wuchergeiste, der sich während des Krieges breit gemacht hat und den wir alle und überall bekämpfen müssen. (Lebhafte Beifall.) **Redner** wies nun auf die Erstarrung des Unternehmertums im Kriege hin und betonte, daß diesem ein Gegengewicht durch die Schaffung starker christlicher Organisationen geboten werden müsse.

**Redner** empfiehlt am Schlusse die Annahme einer im Sinne der oben stehenden Ausführungen abgefaßten Entschliessung.

Anschließend an das Referat des **Dr. Ullrich** ergriff **Dr. Christian Fischer** aus Graz das Wort zu dem Berichte über

## Die Ziele der christlichen Arbeiterschaft in der Sozialpolitik.

Er stellte zunächst fest, daß der Krieg das Festhalten an der Sozialreform und die Fortführung des Schutzes der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Uebergewichte des Großkapitals als unbedingte Notwendigkeit erwiesen hat. Die Arbeiterschaft hat in diesem Kriege in patriotischer Hingabe mehr als ihre Pflicht erfüllt, jedoch darf der wahnsinnige Raubbau mit den Kräften der Arbeiter nicht so fortgehen. Was im Kriege an sozialpolitischen Maßnahmen geschaffen wurde, entspricht nur den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft. Der **Redner** erwähnte die Schaffung der Beschwerdekommisionen, die Regeln der Arbeitspreise für die militärischen Heimarbeiten, die Zentralisierung der Arbeitsvermittlung, die dritte Teilnovelle zum bürgerlichen Gesetzbuch sowie die Reform der Kranken- und Unfallversicherung und stellte fest, daß fast alle diese Maß-

nahmen nur vorübergehende Verhältnisse treffen und nicht ändern an der Stellung des Arbeiterstandes, die nach wie vor unterdrückt ist. Auf rechtlichem Gebiete kommen als andere Ziele in Betracht: Die Schaffung eines eigentlichen Arbeiterrechtes ist eine unbedingte Notwendigkeit. In besonderer Weise bedarf das Arbeiterrecht der Staatsarbeiter und bedieneten einer Regelung. Die gesetzliche Immunität der Arbeitervertreter in den sozialpolitischen Institutionen wäre für die Zeit ihrer Amtsführung auszusprechen. Für die Angestellten im Privatdienste wäre besonders der Vertragszwang festzulegen. Das heute in Kraft befindliche Koalitionsrecht ist veraltet und muß den modernen Verhältnissen angepaßt werden. Ihren sichtbaren Ausdruck wird die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern in Oesterreich erst in der Schaffung von **Arbeiterklammern** finden. Diese müssen sich nach den Sprengeln der Handels- und Gewerbeämtern gliedern, die Wahlen müssen nach dem allgemeinen Wahlrecht und unter Anwendung der Verhältniswahl erfolgen, ihr Zweck ist die Wahrung der Arbeiterinteressen in jeder Hinsicht, ihre Aufgaben hätten sie durch Umlagen der Arbeiter zu beden und zu gemeinsamem Vorgehen müssen sie sich im Reichsarbeiterrat zusammenschließen. Zur Sicherung der Arbeiterexistenz fordern wir vor allem auf dem Gebiete der Lohnpolitik und des Arbeiterschutzes: Der Lohn eines erwachsenen Arbeiters muß genügen, eine Arbeiterfamilie erhalten zu können, von welchem Ziele wir heute weiter denn je entfernt sind, denn das Gerede von den „hohen Löhnen“ ist angesichts der Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel hinfällig. Der gesetzliche Arbeiterschutz muß in einer Weise ausgedehnt werden, daß dieser Schutz tatsächlich wirksam wird und eine weitere Verelendung des Arbeiterstandes hintanhält. Die bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze vor Leben, Gesundheit und Sittlichkeit müssen nicht nur wieder in Wirksamkeit gesetzt, sondern auch noch erweitert werden. Der **Redner** forderte besonders die Ausgestaltung der Gewerbeinspektion, die Einführung des Zehnstundentages und Freigabe des Samstagsmittags, die Regelung des gewerblichen Einigungswesens, die allgemeine Durchführung der Sonntagsruhe, die Ausgestaltung des technischen Arbeiterschutzes, die gesetzliche Regelung der Heimarbeit und vermehrten Schutz der arbeitenden Jugend. Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung stellte der **Redner** als unsere Ziele auf: In die Kranken- und Unfallversicherung sind auch die Land- und Forstarbeiter einzubeziehen. Der Staat und besonders die Gemeinden müssen sich in Zukunft mehr mit der Lösung der Frage der Arbeitslosenversicherung befassen. Unser Hauptziel auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung bleibt nach wie vor die Schaffung der Alters- und Invalidenversicherung sowie der Witwen- und Waisenversicherung. Der **Redner** nahm auch Stellung zu den vom Ministerium für soziale Fürsorge aufgestellten Leitlinien für den Ausbau der Sozialversicherung. Schließlich forderte er eine Verbesserung der Pensionsversicherung der Privatangestellten, insbesondere die unbedingt notwendige Erhöhung der geldlichen Leistungen. Unsere Ziele und die soziale Verwaltung bildeten den letzten Abschnitt der Ausführungen des Berichterstatters. Er erwähnte die Errichtung des **Ministeriums für soziale Fürsorge**, durch die alle Bestrebungen auf sozialpolitischem Gebiete zentralisiert wurden. Alle diese Bestrebungen können aber nur dann fruchtbringend werden und lebend wirken, wenn wirklich sozialer Geist in diesem Ministerium herrscht. Er besprach die Bestrebungen auf dem Gebiete des **Kinderschutzes** und der Jugendfürsorge und richtete an den Staat die dringende Aufforderung, den Gemeinden und Organisationen die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie eine entsprechende Wirksamkeit entfalten können. Die Lösung der Wohnungsfrage muß großzügig seitens der kompetenten Stellen in Angriff genommen werden; der gesetzliche Mieterschutz muß selbstverständlich aufrecht erhalten bleiben, weshalb wir alle gegenteiligen Bestrebungen zurückweisen.

Unsere sozialpolitischen Ziele müssen wir mit aller Kraft vertreten. Daß aber unsere sozialpolitischen Ziele bald Gesetz und Recht werden, dafür muß die Organisation der christlichen Arbeiterschaft Sorge tragen. Unsere sozialpolitischen Ziele dürfen nicht mehr von der Tagesordnung der Öffentlichkeit verschwinden. Die Parole muß vielmehr lauten: **„Bahn frei für die Sozialpolitik in Oesterreich!“** (Lebhafte langanhaltender Beifall.)

Der Referent empfiehlt eine Entschliessung zur Annahme, deren wesentliche Forderungen mit den vom **Redner** aufgestellten Postulaten im Einklang stehen.

An die Referate **Ullrich** und **Fischer** schloß sich eine rege Wechselrede, an der sich die Delegierten **Dassinger, Waldsam, Dr. Riebenböck, Unterwaller, Schmitz, Fil. Koyzar, Kaiser, Schmeisser, Preyer, Macho, Adam, Koteborsky, Bischof, Krikawa, Gasparschik** und **Vittner** beteiligten. Aus der Fülle von Anregungen und Anträgen seien nur zwei hervorgehoben. Den einen Antrag stellte der Delegierte **Waldsam** auf eine Stellungnahme des Kongresses für die ungeänderte Beibehaltung des **Mieterschutzgesetzes**. Der andere ging von **Dr. Riebenböck** aus, der sich dafür einsetzte, daß der Arbeiterkongress auch zu der Frage der Verfassungsreform Stellung nehme und folgende Entschliessung der Annahme empfahl: „Der Erste christliche Arbeiterkongress Oesterreichs hält mit aller Entschiedenheit an dem österreichischen Staatsgedanken fest. Aus diesem Staatsgedanken fließt die Forderung, daß allen im Staatsgebiete angesiedelten Völkern die Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit und eine diese Forderungen gewährleistende Autonomie gewährt, alle diese Völker aber zu einem kräftigen monarchischen Einheitsstaate zusammengeschlossen werden. Der Kongress lehnt daher jede Zerlegung Oesterreichs in lose verbundene Ländergruppen ab und fordert die Mitwirkung bei der dringend notwendig gewordenen Erneuerung der Verfassung.“

Bei der Abstimmung wurden diese Entschliessungen einstimmig angenommen.

Den Höhepunkt der Sonntagsveranstaltung bildete die Rede des **Dr. Kunjch** über die

## Sicherung der Volksernährung.

Das Referat, dem **Oberst Wallstorfer** beiwohnte und das oftmals der Gegenstand stürmischer bewegter und begeisterter Zustimmungsbildungen war, lautete wie folgt:

Die Ernährungsfrage ist ebenso ein brennendes Gegenwarts- wie ein zukünftiges Zukunftsproblem. Die Ernährungsfrage zu lösen, das heißt die Volksernährung für Gegenwart und Zukunft sicherzustellen, ist bedeutsamer als der glanzvollsten Erfolge im Waffengang, das ist der entscheidende Erfolg, das ist der Sieg. Leider muß mit Beschämung und Erbitterung zugestanden werden, daß wir von der Lösung der Ernährungsfrage weiter entfernt sind als je in einem anderen Zeitpunkte zuvor. Das stetige Umsichgreifen des Hungersdemoniums, besonders in weiten Gebieten Deutschböhmens, die zunehmende Häufigkeit der Erkrankungen und die erhöhte Sterblichkeit sind traurige Beweise dafür, daß es gerechtfertigt ist, über die Sicherung der Volksernährung so zu sprechen als ob es sich dabei um die Erforschung eines Neulandes handeln würde. Es hat tatsächlich den Anschein, als ob die berufenen Faktoren nicht den Mut zu Vornahme des notwendigen sozialhygienischen Eingriffes besitzen. So muß denn der Patient, das arme geduldige Volk, weiterleiden, bis es ohne Aussicht auf Erlösung über den Weg stumpfsinniger Resignation der Verzweiflung in die Hände fällt und sich schließlich in seinem Unmüte selber den roten Fahn der Revolution auf das Dach setzt. Ueber die Ernährungsnot der bereits hinter uns liegenden vier Kriegsjahre und der vor uns liegenden nächsten Monate zu reden, wäre gleichbedeutend mit dem Wühlen in offenen brennenden Wunden. Es aber auszusprechen, daß wir noch lange nicht den Gipfel der Entbehrung und des bitteren Leidens überschritten haben, das gebietet die Pflicht zur Wahrhaftigkeit. Allerdings liegen die Verhältnisse im Augenblicke, wenn auch noch immer schlecht genug, so doch weit günstiger als vor drei Monaten, da man uns mit der Kürzung der Brot ration bedachte. Was aber hat dies zu bedeuten gegenüber den Tatsachen, welche derzeit noch das sorgfältig gebütete Geheimnis der für den Ernährungsdienst verantwortlichen Faktoren und aller jener Kreise bilden, denen ein tieferer Blick in die Verhältnisseverhältnisse gestattet ist? Die Erfassung der Ernte steht mit ihrem Ergebnisse weit unter dem Bedarfe, sie entspricht nicht einmal annähernd dem wirklichen Ernteegebnisse. Wir bleiben sonach wie bisher nur in noch größerem Umfange auf die Einfuhr aus Ungarn und aus jenen Staaten angewiesen, mit welchen wir zwar nach der Sprache der Diplomaten im Frieden, in Wahrheit jedoch dauernd im verfeindeten Kriegszustande leben. Von Ungarns Gnade zu leben ist nicht nur überaus bitter, sondern auch wenig zuverlässig. Die Einfuhr aus dem Ausland hingegen ist beifällig nicht nur von politischen, sondern auch von ernsten transporttechnischen Schwierigkeiten bedroht. Die Sicherung der Volksernährung ist also in der Tat ein brennendes Gegenwartsproblem. Kann die Volksernährung überhaupt noch zur Not ausreichend sichergestellt werden und wenn ja, aus welchen Wegen, mit welchen Mitteln kann dies geschehen? Die Zahl derjenigen, die diese Frage mit einem verzweiflungs-vollen Nein beantwortet oder deren Beantwortung mit einer verzichtgrämigen Geste überhaupt ablehnen, ist leider viel größer, als man annehmen geneigt ist. Lassen wir uns aber nicht in eine solche Jammerstimmung versinken! Es ist zwar richtig, der Ernährungsnot steht tief im Morast, die schmutzigen Pluten der Korruption spielen bereits über seine Ästen und was noch trauriger ist, in seinem Gespanne fehlt die stärkste Kraft — das Vertrauen. Konsumenten wie Produzenten haben lange schon alles Vertrauen in die Leitung und Organisation, in deren Vertrauens ja selbst der Glauben an den guten Willen derselben verloren. Dennoch glaube ich, daß wir ohne zu starke Belastungsproben für die Geduld und für die Spannkraft unserer Bevölkerung über die Ernährungs-schwierigkeiten des Krieges hinwegkommen können.

## Der schwerste Mangel des Ernährungsdienstes.

Der schwerste Mangel des staatlichen Ernährungsdienstes liegt in dem Umfange, daß Oesterreich und Ungarn zwar ein gemeinsames Verteidigungsgebiet sind, daß die beiden Staaten aber ein scharf voneinander abgetrenntes Ernährungsgebiet bilden. Ich behaupte zwar auch heute noch, daß Oesterreich imstande wäre, aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen, namentlich bei starker Heranziehung des Futtergetreides und der aus Rumänien und der Ukraine eingeführten Mengen. Ich nehme bei meiner Behauptung Bedacht auf den Umstand, daß die Versorgung der Armee im Felde vorweg durch Ungarn besorgt wird. Doch gehen darüber die Meinungen sehr weit auseinander und es ist schließlich schwer, bei nicht genauer Kenntnis des einschlägigen Biffenmaterials den Nachweis für die Richtigkeit meiner Behauptung zu erbringen. Soweit es sich aber um die Kartoffelversorgung handelt, läßt sich meine Behauptung umschwer in ihrer Richtigkeit erweisen.

Die Friedensernnte an Kartoffeln betrug im Durchschnitts rund 145 Millionen Meterzentner, das ergibt unter der Abnahme eines 40prozentigen Ernterückganges noch immer 87 Millionen Meterzentner für die Kriegsernte. Rechnet man ein Fünftel für Saatgut ab, so verbleibt eine Menge von 70 Millionen Meterzentner. Davon ab 10 Prozent Schwund, verbleiben rund 63 Millionen Meterzentner. Bei Annahme einer Verfallsperiode von 44 Wochen und einer Menge von 2-5 Kilogramm pro Woche bei 18 Millionen Nichtselbstversorger sind rund 14-5 Millionen Meterzentner Kartoffel erforderlich. Es verbleiben somit für die restlichen 15 Millionen Selbstversorger, für den Mehrbedarf des Militärs sowie für Futter- und Industriezwecke noch immer 48-5 Millionen Meterzentner zur Verfügung. Man kann gegen diese Rechnung wohl nur den einen Einwand erheben, daß 24,5 Kilogramm Kartoffel pro Kopf und Woche für den Nichtselbstversorger eine zu geringe Menge ist. Demgegenüber verweise ich darauf, daß wir durch viele Wochen überhaupt keine Kartoffel bekommen haben und derzeit nur ein halbes Kilogramm pro Kopf und Woche zugeteilt erhalten.

Was nun die Forderung nach Schaffung eines gemeinsamen Ernährungsgebietes anlangt, so ist deren Berechtigung nicht nur in der Natur des Krieges und des Verhältnisses beider Staaten zueinander gegeben, für sie spricht auch deutlicher der Erfolg, den ihre Beachtung für beide Teile gewährleisten würde. Ziehen wir nur einige Biffen zum Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung heran. Das durchschnittliche Ernteegebnis an Weizen und Roggen betrug in Friedenszeiten 97 Millionen Meterzentner. Rechnet man mit einem 40prozentigen Rückgang der Ernte — Fruchtsernte nur von 20 bis 30 Prozent — so verbleiben als Kriegsernte noch immer 58 Millionen Meterzentner Weizen und Roggen. Zu dieser Menge an Getreide kommen — immer unter der Annahme eines 40prozentigen Ernterückganges — noch hinzu 17 Millionen Meterzentner Gerste, 15 Millionen Meterzentner Hafer und 27 Millionen Meterzentner Mais. Das ergibt zusammen eine Menge von 117 Millionen Meterzentner Getreide. Von dieser Gesamtmenge ein Fünftel, also gewiß viel gerechnet, für Saatgut in Abzug gebracht, verbleiben 98-6 Millionen Meterzentner und stellt man außerdem noch dem verbleibenden Futtergetreide die Hälfte, das sind 23-6 Millionen Meterzentner für Futter- und Industriezwecke zur Verfügung, so verbleiben noch immer für den menschlichen Konsum 70 Millionen Meterzentner Getreide zur Verfügung. Bei 90prozentiger Ausmahlung des Getreides — sie beträgt derzeit 92 Prozent — entfallen an Edelmehl allein 247 Gramm pro Tag und Kopf der Bevölkerung, zu welcher Menge als Streckungsmittel 63 Gramm Surrogatmehl hinzukommen, so daß pro Kopf

a  
24  
8

## Die südslawische Frage.

Graf Tisza hat in seiner Rede zu Sarajevo vermieden, seine Auffassung über die Lösung der bosnischen Frage bekanntzugeben. Die Redebungen, die aus Budapest Regierungskreisen kommen, besagen, daß auch dort noch kein endgültiger Entschluß gefaßt ist. Man hat nur mit der Tatsache zu rechnen, daß Ungarn eine Vereinigung des Schicksals Bosniens und der Herzegowina zugunsten seiner eigenen Machtphäre erstrebt und durchsetzen will. Angesichts dieser Sachlage bleibt immerhin noch die Möglichkeit offen, daß Ungarn seine Pläne vom Standpunkt des Gesamtinteresses der Monarchie und seines eigenen wohlwollenden Vorteils einer Überprüfung unterzieht. Die südslawische Frage greift empfindlich in das Gebiet der Stephanuskrone über, und das eigene Interesse der ungarischen Nation verlangt also, daß man eine solche Lösung der südslawischen Frage erstrebe, die den Südslawen das nationale Ausleben im Rahmen der Gesamtmonarchie gestattet, neuen Verwicklungen vorbeugt und nicht den Keim zu weitergehenden staatsbildenden Bestrebungen der Südslawen enthält, vielmehr dauernde Ordnung herbeiführt und Unruhe und Verärgerung im engeren ungarischen Gebiet ausschaltet. Aus diesem Gesichtspunkte ist die Schaffung eines Reichslandes die verhältnismäßig günstigste und am praktischste Lösung, eines Reichslandes, das Bosnien und die Herzegowina, Kroatien, Slavonien und Dalmatien umfaßt und zur Monarchie in ein ähnliches Verhältnis tritt wie es zwischen Osterreich und dem Deutschen Reich besteht. In diesem Falle wären die Opfer auf beiden Seiten gleichmäßig; desgleichen aber auch die Vorteile, weil Osterreich und Ungarn gemeinsam alle Gebiete des neuen Reichslandes in ihrer Hand behalten würden. Auch das Gesamtinteresse der Monarchie legt es den Ungarn nahe, in letzter Stunde diesen Erwägungen Rechnung zu tragen. Es soll kein Gegensatz zwischen Osterreich und Ungarn entstehen. Eine großzügige Lösung in diesem Sinne würde nicht nur allen Vorwürfen, die die Entente gegen Ungarn bereithält, die Spitze abbrechen, sondern auch Ungarn selbst dauernde Ruhe verbürgen. Die ungarische Regierung braucht ja nicht erst auf die Vorgänge aufmerksam gemacht zu werden, die sich vor ihren Augen und zu ihrem selbstverständlichen Mißvergnügen abspielen, auf die Fäden, die von den südslawischen Gebieten in das engere ungarische Staatsgebiet hinübergeworfen werden. In jedem Falle aber wird Ungarn damit rechnen müssen, daß Osterreich seine eigenen Interessen bei der Lösung der bosnischen Frage zu wahren sucht. Dem österreichischen Parlament erwächst die dringende Pflicht, mit aller Entschiedenheit zu beweisen, daß die Volksvertretung in der Schicksalsfrage der Monarchie nicht versagt, sondern Osterreichs berechtigten Ansprüche mit aller Kraft zu wahren und dessen Lebensinteressen zu schützen sucht.

### Die Beurteilung der südslawischen Frage im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Der Deutsche Nationalverband hat in seiner letzten Verbandsversammlung zur Erörterung der südslawischen Frage ein neungliedriges Komitee eingesetzt, dem unter anderem die Abgeordneten Dr. Waldner, Marchl, Bacher, Neunbecker und Dr. Urban angehören. Der Abg.

Dr. Waldner hat heute dieses Komitee zu einer Sitzung einberufen.

### Äußerungen von Abgeordneten.

Nach mehrtägiger Ruhepause beginnt man im Hinblick auf den nahen Zusammentritt des Abgeordnetenhauses das parlamentarische Leben wieder rege zu werden. Heute ist bereits eine größere Anzahl von Abgeordneten im Staatsratsgebäude erschienen, und im Privatgespräch wird die politische Lage lebhaft erörtert. Im Vordergrund des Interesses steht die südslawische Frage, die durch die bosnische Reise des Grafen Stephan Tisza besonders aktuell zu werden beginnt.

Ein führender deutscher Abgeordneter meinte in Bezug auf die südslawische Frage unter anderem, es sei fraglich, ob die von Ungarn geplante Lösung des südslawischen Problems von Dauer sein würde. Denn der Wille zur Vereinigung der Südslawen in eine staatliche Einheit sei vornehmlich bei den Slowenen sehr stark. Eine wichtige Frage wäre die Entschädigung an Osterreich für seine Aufwendungen in den annektierten Provinzen. Von einer Entschädigung territorialer Natur, wie etwa der Angliederung der überwiegend deutschen Komitate Besungarns an Osterreich wolle man in Ungarn anscheinend nichts wissen. Es gehe nicht an, die österreichische Kulturarbeit vieler Jahrzehnte in Bosnien und der Herzegowina sowie die großen Opfer an Gut und Blut, welche die Annexion sowie die Ausschließung des Landes gekostet haben, jetzt um ein Dinsengericht hinzugeben. Der erwähnte Abgeordnete spielte auch auf die Möglichkeit an, daß bei den vielfachen Schwierigkeiten, die allenthalben auftauchen, eine Erledigung der ganzen Frage auf verfassungsmäßigem Wege nicht zustande kommen könnte.

Der tschechische Sozialdemokrat Vizepräsident Tuzar kennzeichnet den tschechischen Standpunkt, indem er erklärte, die Tschechen seien dagegen, daß man auf der einen Seite das polnische Problem und auf der anderen Seite das südslawische Problem gesondert nach ganz eigenen Gesichtspunkten lösen wolle. Man würde durch eine derartige Politik alle Tschechen in das Lager jener treiben, die ihre nationale Existenz innerhalb Osterreichs gefährdet glauben. Ubrigens könne das südslawische Problem nicht ohne Befragung des Reichsrates gelöst werden, da es sich um eine Abänderung der 1867er Verfassung handle, schon im Hinblick auf Dalmatien, das ja im Abgeordnetenhaus vertreten sei. Aber auch bezüglich der Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina habe Osterreich durch seine Delegation ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Wird einmal in der Monarchie die Verfassungsfrage aufgerollt, dann müsse das Problem auf einmal als Ganzes gelöst werden. Die Tschechen würden in der südslawischen Frage nicht die Initiative ergreifen, aber solidarisch mit den Südslawen vorgehen, von denen ganz bestimmt zu erwarten sei, daß ihre Abgeordneten im Reichsrat nachdrücklich gegen die jetzt aufgetauchten Pläne auftreten werden.

### Der Aufenthalt des Grafen Tisza in Bosnien.

Budapest, 24. September. (Privattelegramm.) Aus Sarajevo wird dem „Pester Lloyd“ telegraphiert: Graf Tisza stattete Samstagabend dem Herrenklub einen Besuch ab, wo ihm auch zahlreiche Mitglieder des Ungarnvereines vorgestellt wurden. Dem Grafen Tisza gelang es, vielfach detaillierte Mitteilungen zu erhalten, und nach ungefähr zweistündigem Aufenthalt verließ er den Klub. Sonntag gegen Mittag empfing Graf Tisza abermals den großkroatischen Politiker Dr. Pilar. Die Abreise des Grafen Tisza erfolgte nachmittags.

Am Freitag nachmittag hatten die jugoslawischen Politiker dem Grafen Tisza ein von 23 Persönlichkeiten, darunter auch Gessellern,

Weltgeistern und Franziskanern, unterzeichnetes Memorandum überreicht. Für eine Regelung der bosnischen Frage im Sinne des großkroatischen Programms sprachen sich Oberbaurat v. Banca und Dr. Pilar aus, welsch letzterer ein darauf bezügliches Memorandum überreichte. Darin wird betont, daß eine Lösung im ungarischen Sinne im weiteren Verlaufe, wenn auch ungewollt, eine Vernichtung der Kroaten bedeuten würde. Für halbe Maßnahmen sei seine Partei nicht zu haben. Durch die Ablehnung aller kroatischen Forderungen seit Jahrzehnten habe man es dahin gebracht, daß das enttäuschte kroatische Volk aus Opposition den Jugoslawen in die Arme getrieben wurde. Eine Aenderung sei nur möglich durch Bewilligung der kroatischen Forderungen nach Vereinigung von Kroatien, Slavonien, Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina, wodurch das Interesse am Gedeihen der Monarchie gestärkt werden würde.

Die muslimanischen Politiker Dr. Spaho und Dr. Grasnica betonten die Einigkeit der drei südslawischen Völker und verlangten als hieraus resultierende Forderung den selbständigen südslawischen Staat. Besonders Spaho erklärte dem Grafen Tisza, daß der Gegensatz zwischen Muslimen und Serben in Bosnien immer mehr im Schwunden begriffen sei. Wafudirektor Arnautovic sprach sich für eine Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Ungarn aus, während der gewesene Saborspräsident Basagic zum mindesten eine Autonomie für Bosnien und die Herzegowina verlangte. Der Muslim Damjanovic erklärte, daß infolge Lahmung des parlamentarischen Lebens und der Unmöglichkeit, mit dem Volk in Fühlung zu treten, Äußerungen über die Lage und den Volkswillen nicht möglich seien.

Samstag nachmittag erschien eine Deputation jener Politiker, die als Führer das Memorandum bezüglich der jugoslawischen Lösung unterschrieben hatten, bei dem Grafen Tisza. Ueber den Inhalt des Memorandums kam es zu einer erregten Debatte, da Graf Tisza die darin niedergelegten Forderungen entschieden zurückwies. Die Teilnehmer der Deputation erklärten sich von dem Ergebnis der Unterredung mit dem Grafen Tisza nicht befriedigt.

### Besprechungen in Ragusa.

Budapest, 24. September. (Privattelegramm.) Aus Sarajevo wird dem „Pester Lloyd“ gemeldet: Graf Tisza war am 18. d. um 5 Uhr früh an Bord eines Torpedobootes aus Sarajevo in Ragusa eingetroffen und berief den Reichsratsabgeordneten und Delegierten Dr. Cingria, Domherrn Crinca, Dr. Bugliesi und Marquis de Bona zu einer informativen Besprechung. Dr. Bugliesi, der krank ist, konnte der Einladung nicht Folge leisten. Besonders lange dauerte die Unterredung mit dem Abg. Dr. Cingria. Gegen 12 Uhr mittags suchte Graf Tisza den Bischof Marcellie auf und fuhr sodann um 1 Uhr nach Siben weiter. Graf Tisza wird am Mittwoch, den 25. d., in Wien eintreffen, um dem Kaiser über das Ergebnis seiner Besprechungen mit den verschiedenen Parteien in den südslawischen Zentren sowie über seine in Betreff der südslawischen Frage gemachten Erfahrungen und Besprechungen Bericht zu erstatten.

# Neues Wiener Tagblatt.

demokratisches Organ.

Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postveränderung:

Monatlich	7 K	—	h
Wierteljährig	20 K	—	h
Halbjährig	40 K	—	h
Jahresjährig	80 K	—	h
Mit täglich zweimaliger Postveränderung:			
Monatlich	8 K	—	h
Wierteljährig	22 K	—	h
Halbjährig	44 K	—	h
Jahresjährig	92 K	—	h

Für das Ausland:

Mit täglich einmaliger Postveränderung für Deutschland vierteljährig 20 K für die andern Länder des Weltpostvereines 28 K.

Bei den Postämtern vierteljährig: In Deutschland Mark 13.50, Schweiz Fr. 16.50, Bulgarien Fr. 18.—

Zusätze übernehmen alle renommier-ten in- und ausländ. Annoncenbureau.

Dienstag, den 24. September 1918.

52. Jahrgang.

## Die südslawische Frage.

Alle Berichte aus dem Süden der Monarchie stimmen darin überein, daß die Ordnung der südslawischen Frage keinen Aufschub mehr duldet und daß, wenn nicht unüberbringliche Gelegenheiten entschwinden sollen, das Problem unverzüglich in Angriff genommen werden muß. Es ist letztes Säulen. Daß auch an regierenden Stellen diese Erkenntnis durchgedrungen ist, bezeugen die ununterbrochenen Beratungen der Staatsmänner und die einander jagenden, allerdings auch einander widersprechenden Meldungen über die geplanten Formen der Lösung. Heute liegen Mitteilungen vor einer dem Ballplatz nahestehenden Seite vor, wonach eine Angliederung Bosniens und der Herzegowina an die Länder der ungarischen Krone in Erwägung gezogen wäre und die genannten Provinzen zur Stephanskronen in ein ähnliches Verhältnis treten würden, wie es jenem von Kroatien und Slavonien zu Ungarn entspricht. Nach Budapest Nachrichten hingegen sollen Kroatien, Dalmatien sowie die annektierten Provinzen zu einem Großkroatien vereinigt werden, das auch weiterhin ein Nebenland Ungarns im Rahmen der Stephanskronen zu bilden hätte.

In Oesterreich wird jede der beiden Lösungsmöglichkeiten ernstlichen Bedenken und schwerwiegenden Einwendungen begegnen. Vor allem haftet ihnen der Fehler an, daß sie eine gekünstelte Lösung anstreben, die nicht geeignet wäre, den berechtigten nationalen Wünschen der Südslawen zu entsprechen. Einerseits hätte jede getrennte staatliche Konstituierung der annektierten Länder ohne Verbindung mit Kroatien und Slavonien den Nachteil, daß es der Bevölkerung dieser Gebiete unmöglich wäre, sich national auszuleben, man würde den Verleumdungen der Entente, daß es sich nur um ein Teufen und Beherrschen, um ein Divide et impera handle, neue Nahrung bieten. Andererseits würde die Angliederung dieser Gebiete einschließlich Dalmatiens einfach als Auslieferung an Ungarn gedeutet werden, und abgesehen hievon würde sich die Auseinandersetzung Ungarns mit Oesterreich, das ja für die annektierten Länder die größten Opfer gebracht hat, sehr schwierig gestalten.

Heute handelt sich's darum, im Rahmen des Möglichen und soweit menschliche Voraussicht reicht, eine dauernde und leidliche Ordnung zu schaffen, wodurch künftigen Verwicklungen vorgebeugt und die Quelle neuer Schwierigkeiten verstopft wird. Sicherlich hat, wie bei der polnischen Frage, jede Lösung ihre empfindlichen Schwächen; man muß jene wählen, die den nationalen Wünschen der Südslawen, soweit sie mit den Gesamtinteressen der Monarchie vereinbarlich sind, entgegenkommt, gleichzeitig aber die Lebensinteressen beider Staaten der Monarchie zu wahren sucht. Eine solche Möglichkeit bietet sich nur in einer Konstruktion, welche Kroatien und Slavonien, Bosnien und die Herzegowina sowie Dalmatien zu einem autonomen Gemeinwesen im Rahmen der Monarchie vereinigt, einem Gemeinwesen, das zur Monarchie in ein ähnliches Verhältnis tritt, wie es zwischen den Reichsländern und dem Deutschen Reich besteht. Nicht ein souveräner Staat im Rahmen der Monarchie soll gebildet werden, vielmehr ein Gebiet, das zwar seine inneren Angelegenheiten autonom regelt, jedoch keine selbständige Politik nach

außen treibt, sondern durch die stärksten pragmatischen Sicherungen der Wehr- und Wirtschaftsgemeinschaft mit beiden Staaten der Monarchie verbunden und somit gegen Lösungsbestrebungen gesichert ist; das paritätische Verhältnis Oesterreichs und Ungarns zu dem neuen staatlichen Gebilde könnte auch darin zum Ausdruck gelangen, daß dasselbe sowohl in der österreichischen wie in der ungarischen Delegation durch Abgeordnete vertreten ist.

Gewiß ist nicht zu verkennen, daß für Oesterreich das Schmerzliche dieser Ordnung der Dinge in der Lösung Dalmatiens vom engeren österreichischen Staatsverband läge. Dalmatiens Ausscheiden aus dem Verbände der Reichsratsländer wäre für uns ein herbes Opfer, aber doch das geringste unter den möglichen Opfern. Denn wenn Dalmatien der Bestandteil eines staatsrechtlichen Gebildes ist, das dem gleichberechtigten Einfluß Oesterreichs und Ungarns unterworfen bleibt, so geht uns dieses wertvolle langgesprochene Küstengebiet nicht verloren, und besser ist es jedenfalls, wir legen gemeinsam mit Ungarn die Hand darauf, als daß es nach ungarischen Wünschen in enge staatliche Beziehungen zu Ungarn tritt. Einfach alles beim alten zu lassen, ist auch, soweit Dalmatien in Betracht kommt, bereits unmöglich, dafür sind die Dinge zu weit gediehen; eine Politik des Status quo ante wäre heute nur mehr eine Politik der Angst vor jeder entscheidenden Tat, und sie würde für Dalmatien den schweren Nachteil, daß es wirtschaftlich und verkehrspolitisch kein rechtes Hinterland hat, zu einem dauernden gestalten. Hingegen bietet die hier angedeutete Lösung den Vorteil, daß Oesterreich und Ungarn gleichmäßig den Nutzen der dalmatinischen Küste genießen, und Ungarn erringt den ideellen Vorteil, daß es allen naheliegenden Verdächtigungen die Spitze abbricht.

Ein seltsames Vorspiel zur bevorstehenden Ordnung der südslawischen Frage wird soeben bei offenem Vorhang aufgeführt. Graf Stephan Tisza bereist das territoriale Amtsgelände des gemeinsamen Finanzministers und empfängt die Parteiführer, nimmt Fühlung mit der Bevölkerung und veranstaltet sozusagen die Vorprüfung einer Volksabstimmung. Niemand wird dem ungarischen Staatsmann die Eigenschaften absprechen, Land und Leute richtig zu erkennen, oder ihm das gute Recht, das ihm als ungarischem Patrioten zusteht, irgendwie bestreiten, aus eigener Anschauung ein klares Urteil über Vor- und Nachteile der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten der bosnischen Frage für Ungarn zu gewinnen. Nun wird aber berichtet, daß Graf Tisza nicht nur der Krone über seine Reiseeindrücke Bericht erstatten, sondern daß seinen Darlegungen bestimmender Einfluß auf die Entscheidung zukommen soll. Ob vor oder nach der Repräsentationsreise, die der neuernannte gemeinsame Finanzminister unternimmt, darüber liegt keine verlässliche Meldung vor. Diese Vorprüfung durch den ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten regt aber die Frage an, ob denn das Schicksal Bosniens und der Herzegowina, bisher eine gemeinsame Angelegenheit, noch eine österreichische oder, vor der Entscheidung bereits, eine ungarische Staatsangelegenheit geworden sei. In jedem Falle erscheint die Regie, mit der die Regelung in Gang gebracht wird, nicht nach paritätischen Grundlagen zu arbeiten, und



## Des Grafen Tiszas südslavische Reise.

Von Dr. F. Milsbar,  
Professor der königl. Universität Agrar.

Allerlei Gerüchte schwirren in der Luft über die bevorstehende Lösung der südslavischen, oder richtiger gesagt, der kroatischen Frage. Wiener und Budapest Zeitungen wissen davon zu erzählen, nur wir Kroaten, um die es geht, wissen von allem nichts. Wir hören immerwährend nur davon sprechen, was die Ungarn wollen und etwa, was die Oesterreicher nicht wollen, aber niemand fragt uns Kroaten, was das treue und verdienstvolle kroatische Volk will. Zwischen uns Kroaten und den Jugoslaven und Serben gibt es große Gegensätze, aber in einem sind wir einig — in dem Unwillen über solche Behandlung, über solche Entscheidungen de nobis sine nobis.

Soweit wir den Zeitungen entnehmen können, wäre der gegenwärtige Stand des Lösungsversuches folgender: Die Ungarn wollen Bosnien und die Herzegovina irgendwie an Ungarn und Dalmatien an Kroaten angliedern. Zu einer solchen Lösung wollen aber die Oesterreicher Dalmatien nicht hergeben. Die Oesterreicher wollen bezüglich Bosnien-Herzegovina und Dalmatien angeblich nur Zugeständnisse machen, wenn diese Länder mit Kroatien-Slavonien verbunden werden. Aber in Ungarn sind die maßgebenden Kreise, heißt es, entschieden dagegen. Die Argumente, die sie gegen die Angliederung Bosniens an Kroatien ins Treffen führen, sind folgende: Das serbische Element hat sich als zäher, aggressiver, fanatischer und stärker als das mehr passive kroatische Element erwiesen. Würde man noch Bosnien an Kroatien angliedern, so würde das kroatische Element von dem serbischen ganz erdrückt werden — und wir würden anstatt ein Groß-Kroatien mit eigener Hand ein Groß-Serbien geschaffen haben. Also gerade das Gegenteil davon, was wir angestrebt haben.

Man muß den Ungarn zugeben, daß sie ihre Sache geschickt zu vertreten verstehen, da ihre ganze Politik während des Krieges und vorher zielbewußt auf die Annäherung an Bosnien zugeschnitten war. Aber sie sollten nicht sagen, daß das serbische Element stärker sei als das kroatische. Jahrzehnte hindurch sind die Serben sowohl in Bosnien als in Kroatien auf das tatkräftigste gerade von den ungarischen Regierungen unterstützt und gefördert und die Kroaten ebenso sehr benachteiligt worden. Vielleicht genügt es, an die Thuenische Serbenpolitik in Kroatien zu erinnern. Konnten denn unter solchen Umständen die Kroaten sich stärker erweisen, nicht bloß als die Serben, sondern als Ungarn plus Belgrad und Petersburg und Frankreich, die alle hinter den Serben standen?

Die wahre Lebensfähigkeit und die Leistungsfähigkeit bekundet sich aber nicht im Sauf und Braus und unter den warmen Fittichen mächtiger Gönner, sondern im allerschwersten und langwährenden Kampfe ums Dasein. Wären die Kroaten nur halbwegs so gnädig behandelt worden wie die Serben, und die Serben nur halbwegs so verfolgt gewesen wie die Kroaten, so kann man ruhig sagen, daß es im Süden der Monarchie nur „kroatische Orthodoxe“, pravoslavni Hrvati, aber ganz bestimmt keine politisch-nationalen Serben heute geben würde. Aber in Ungarn wird man einwenden: Jetzt wenigstens im Kriege steht kein Belgrad, kein Petersburg, kein Montenegro oder sonst jemand hinter dem Serbentum, und es ist dennoch ein Faktor

## Die Berichte der Generalstäbe.

Wien, 23. September.

Amtlich wird verlautbart:  
„23. September 1918.  
Nichts Neues.“

Der Chef des Generalstabes.“

Berlin, 23. September. (Amtlich.)

„Großes Hauptquartier, den 23. September 1918.“

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Bei örtlicher Unternehmung südlich von Neuve Chapelle machten wir Gefangene. Die Artillerietätigkeit lebte zwischen Ypern und La Bassée beiderseits der Scarpe und im Kanalabschnitt südlich von Marquion auf.

Heeresgruppe Generaloberst v. Boehn: In den Abschnitten östlich und südöstlich von Epéhy sowie zwischen dem Omignonbach und der Somme nahm der Artilleriekampf am Nachmittag wieder größere Stärke an. Infanterieangriffe, die der Engländer gegen unsere Linien südöstlich von Epéhy richtete, wurden abgewiesen. Wie in den letzten Tagen, zeichnete sich auch gestern die zweite Garde-

im Süden der Monarchie gelieben. Nur scheinbar ist es so, aber in Wirklichkeit steht im Hintergrund die ganze Entente, welche dem Serbentum die moralische Stütze zum Durchhalten verleiht, während im Vordergrund mit direkten und materiellen Hilfsmitteln noch immer die offiziellen Stellen stehen, die das Serbentum heute noch in der Macht erhalten, in die es gerade vom Grafen Tisza während des Krieges als Regierungspartei Kroatiens glänzender als je eingesetzt worden ist.

In Budapest argumentiert man jetzt trotz aller dieser Tatsachen: Würde man die südslavische Frage im kroatischen Sinne lösen, wie es der andere Vorschlag will, dann würde die Monarchie im Süden schwächer und gefährdeter dastehen wie jetzt, da das unzuverlässige serbische Element über das zuverlässige kroatische Element die Oberhand gewänne. Wie? Die Monarchie würde im Süden, wenn man das unbedingt verlässliche Element, die Kroaten, durch Befriedigung seiner politischen Existenzbedingungen erstarken läßt, schwächer und gefährdeter sein, als wenn man das unverlässliche Element stärkt? Man wird in Wahrheit nie imstande sein, folgende Tatsache umzustürzen: In bezug auf die Gesinnung der Serben bleibt es vollkommen gleichgültig, ob die südslavische Frage im sogenannten ungarischen oder im kroatischen Sinne gelöst wird. Denn beide Lösungen sind den Serben gleich fremd und gleich unerwünscht und — provisorisch. Solange der Krieg dauert, bleiben die Serben, nachdem sie sonst nichts sein können, stille Beobachter und großserbische Optimisten, die auf den Endsieg der Entente und mit ihm auf das größte, noch nie dagewesene Groß-Serbien warten. Und, mag die Lösung der Frage im ungarischen oder kroatischen Sinne erfolgen, so werden die unverlässlichen Elemente weder durch ungarische noch kroatische Kraft allein im Zaum gehalten, sondern nur durch die Kräfte und das Schicksal des ganzen Vierbundes.

So steht die Sache während der Kriegsdauer. Grundsätzlich verschieden verteilen sich aber die Vor- und Nachteile der verschiedenen Lösungen für den Fall der Friedenskonferenzen und für die Nachkriegszeit.

Löst man die südslavische Frage im kroatischen Sinne zur vollen Zufriedenheit des kroatischen Volkes,

infanteriedivision besonders aus. Während der Nacht hielt starke Feuerstätigkeit an; in nächtlichen Angriffen östlich von Epéhy setzte der Feind in einzelnen Grabenstücken Fuß. Vorkämpfe an der Dife.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Zwischen Ailette und Aisne flaute die Gesechtstätigkeit gestern ab. Erkundungsgesechte in der Champagne.

Heeresgruppe Gallwitz: Zwischen den Cotes Lorraines und der Mosel war der Artilleriekampf am frühen Morgen zeitweilig gesteigert. Der Feind, der mit stärkeren Abteilungen gegen Haumont, südlich von Dampvoug und Rembercourt vorstieß und mit Erkundungsabteilungen mehrfach gegen unsere Stellungen heranküpfte, wurde abgewiesen. Westlich der Mosel schobem wir unsere Linie etwas vor.

Oberleutnant Doerzer errang seinen 42. Leutnant Baumer seinen 30. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.“

Berlin, 23. September. (Amtlich.)

„23. September 1918, abends.  
Von den Kampffronten nichts Neues.“

so wird die allererste Folge dieser Lösung ein unglaublich rapides Sinken der jugoslawischen Welle unter den Kroaten sein. Denn der Jugoslawismus unter den Kroaten ist eine Art Reaktion gegen die bisherige offizielle Politik im Süden der Monarchie; er ist der Ausdruck der Hoffnungslosigkeit auf eine Besserung des Schicksals des Kroatentums in unserer Monarchie überhaupt und unter der Hegemonie der Gentry Ungarns insbesondere. Beseitigt die Gründe dieser Erbitterung und dieser Hoffnungslosigkeit, und ihr habt den Jugoslawismus unter den Kroaten beseitigt! Die kroatische Lösung der südslavischen Frage würde der Monarchie ermöglichen, bei der Friedenskonferenz, wenn es sein müßte, sogar das Plebiszit sich gefallen lassen zu können, weil sie dessen sicher sein kann, daß zumindest eine starke Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung für die Monarchie, in welcher das kroatische Volk die Auferstehung seiner tausendjährigen staatlichen und politischen Individualität erlangt hat, stimmen würde, da sie nicht geneigt wäre, das für sich Erreichte an andere, an die Serben, preiszugeben. In diesem Falle würden auch zahlreiche Serben öffentlich für die Monarchie stimmen, da sie angesichts des sichern Ausganges der Abstimmung sich nicht mit der kroatischen Mehrheit, den Herren im Hause, würden verfeinden wollen. Ganz anders würde sich die Sache gestalten im Falle der ungarischen Lösung der Frage. Der Ernst dessen, was da zu kommen droht, kann nicht eindringlich genug verkündigt werden. Der Versuch eines solchen staatlichen Eingriffes würde den Jugoslawismus auf Kosten des getreuen Kroatentums noch mehr erstarken lassen, die loyalen Elemente noch mehr verbittern und zurückschrecken, und für den Fall des Plebiszits alle Serben und unter den Jugoslaven einen großen Teil der kroatischen Nationalisten gegen die Monarchie vereinigen.

Es sei das Gesagte kurz zusammengefaßt: Die kroatische Lösung der südslavischen Frage bedeutet für die innere Politik eine endgültige und zentripetale Lösung, aber für die auswärtige Politik eine sehr heikle Frage weniger. Die kroatische Lösung der südslavischen Frage stärkt unter allen, ja auch den unglücklichsten Fällen die Aussichten der Monarchie. Die ungarische Lösung würde

Neues Pest

und über die Approvisionierungsverhältnisse in Virovitica eingehende Erkundigungen ein. Vom Komitatspalais fuhr Graf Tija in das Rathaus, wo er Bürgermeister Dr. Pinterovics aufsuchte und mit ihm eine längere politische Unterredung pflog. Außerdem besuchte Graf Tija den Vizepräsidenten der Gesellschaft der Landwirte J. R. Schmidt in dessen Privatwohnung. Graf Tija war mit seiner Begleitung, dem Generalstabschef Oberstleutnant Rádasdy und Linienflottenkapitän v. Bukovich, heute mittag Gast der Offiziersmesse des Honvédregiments Nr. 23, wobei sich Sr. Exzellenz mit seinen kroatischen Kameraden in der animiertesten Weise unterhielt. Nach dem Diner fuhr Graf Tija im Automobil nach Bukovar, wo er heute nachmittag mit dem gewesenen kroatischen Minister v. Sidoghéthy und mit dem Abgeordneten Dr. v. Polajsek eine Begegnung hatte. Graf Tija steigt als Gast im Schloß des Grafen Elz ab. Von dort begibt sich Graf Stefan Tija zum Grafen Heinrich Khuen-Belasi nach Kustar und von dort nach Ujvidék. Auf der Fahrt nach Ostel nahm Graf Tija in dem benachbarten Dorf Kétfalu kurzen Aufenthalt und stattete dem lutherischen Pfarrer einen Besuch ab. Der Pfarrer weilte eben auf dem Felde und wurde von der Anwesenheit des Grafen Tija verständigt. Während dieser Zeit wartete Graf Tija in seiner Kanzlei. Nach Erscheinen des Pfarrers unterhielt sich Graf Tija eine Viertelstunde lang mit ihm. Die ungarischen Bewohner des Dorfes schmückten das Automobil des Grafen Tija mit Blumen und begrüßten ihn bei der Abfahrt mit Ejenzrufen. Gestern abends weilte Graf Tija beim Grafen Theodor Pejacsevic in Nasice. Dort hatte er mit dem Grafen Theodor Pejacsevic und seinem Sohne, dem Abgeordneten Grafen Markus Pejacsevic, eine längere Unterredung.

Wie wir erfahren, trifft Graf Stefan Tija am 26. d. in Budapest ein.

Aus Wien telegraphiert man: Die Wiener „Vol. Rundschau“ erhält von unterrichteter Seite folgende Mitteilung: Die in den heutigen Wiener Morgenblättern veröffentlichten Informationen über die Beratungen zur Lösung der südslavischen Frage, vor allem betreffend die künftige Gestaltung Bosniens und der Herzegowina, bedürfen noch einer Ergänzung, um gewisse Punkte von Belang in das rechte Licht zu rücken. Vor allem sei festgestellt, daß das Ministerium des Äußern lediglich den Zweck verfolgte, die Presse zu informieren. Die Veranlassung zu den betreffenden Äußerungen lag ausschließlich in der Tatsache, daß die Presse des feindlichen Auslandes mit sehr durchsichtiger Tendenz die Nachricht verbreitete, daß Bosnien und die Herzegowina im Königreich Ungarn aufgehen, das heißt ihre nationale und politische Selbständigkeit verlieren sollen. Deshalb erschien es auch von außerordentlichem politischen Interesse geboten, der falschen Auffassung entgegenzutreten, daß eine Inkorporierung Bosniens und der Herzegowina in Ungarn geplant sei. In einer Darstellung wird folgende Ansicht vertreten: Da die Autonomie Bosniens und der Herzegowina in manchen Punkten weitergehe als die Kroatiens und Slavoniens, würden auch die autonomen Berechtigungen Kroatiens entsprechend erweitert werden. Diese Frage ist nicht aktuell. Es sollte lediglich angedeutet werden, daß Kroatien in einem anderen staatsrechtlichen Verhältnis zu Ungarn steht als es Bosnien haben würde. Wie dies einmal geordnet werden wird, ob es nicht vielleicht zu einer Erweiterung der Autonomie in Kroatien führen werde, das ist eine Zukunftsfrage. Schließliche staatsrechtliche Verhältnis zu Ungarn steht, Schließliche sei nochmals mit Betonung darauf hingewiesen, daß die gegenwärtigen Besprechungen bisher zu keiner Entscheidung geführt haben, sondern sich in einem Stadium befinden, wo alle maßgebenden Faktoren ihren Standpunkt mit Aussicht auf Erfolg zu vertreten in der Lage sind.

### Die südslavische Frage.

Eine Äußerung des Ministerpräsidenten Bekerele. — Die Reise des Grafen Stefan Tija.

Ministerpräsident Alexander Bekerele hat sich heute dem Redakteur des „Magy. Hir.“ gegenüber über die südslavische Frage in folgender Weise geäußert:

„Nicht wir haben die südslavische Frage auf die Tagesordnung gebracht, sie wurde vielmehr infolge der systematischen Agitation aktuell, deren Zweck die Abänderung unseres staatsrechtlichen Verhältnisses ist. Es handelt sich nicht um eine nationale Vereinigung, der etwa wir im Wege stünden, sondern darum, daß gegen die Interessen der Monarchie und der ungarischen Nation solche verschiedene Rassen zusammengeschiebt werden, die weder ethnisch noch ethnographisch oder konfessionell noch vermöge ihrer Traditionen oder ihrer Lebensweise jemals eine Einheit gebildet haben und auch jetzt nicht bilden. Eine künstliche Einheit gegen uns zu schaffen, das mag die Bestrebung anderer sein, aber nicht die unserige. Es gibt auch keinen nennenswerten ungarischen Politiker, der diesbezüglich anderer Ansicht wäre. Die historischen Rechte Ungarns haben auch anlässlich der Annexion von Bosnien und der Herzegowina Anerkennung gefunden. Diesen ungarischen Standpunkt halten wir auch weiterhin aufrecht und wir halten an unseren gesetzlich gewährleisteten Rechten fest. Andererseits aber darf man nicht nervös werden, wenn auch Oesterreich zu dieser Frage Stellung nimmt. Mehrere ausdrückliche Bestimmungen unserer Gesetze verleihen Oesterreich das Recht, dreinzureden, so daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß wir den bestehenden Zustand nur im gemeinsamen Einvernehmen abändern können.“

Aus Ostel wird telegraphiert: Auf seiner Reise durch die südslavischen Länder traf Graf Stefan Tija, aus Nasice kommend, heute um 11 Uhr vormittag im Automobil hier ein und fuhr direkt ins Komitatspalais, wo er dem Obergespan einen Besuch abstattete und mit ihm über die politische Lage konferierte. Graf Tija weilte fast eine Stunde beim Obergespan und zog bei ihm über die Ernte

## Die südslawische Frage.

### Bosniens Angliederung an Ungarn.

Seit langem hat keine Angelegenheit unser Parlament in so tiefgreifende Erregung versetzt, wie die Mitteilung, daß Ungarn daran denke, die Reichsländer Bosnien und die Herzegowina „sich anzugliedern“. Wenn eine Abtretung Dalmatiens an Ungarn auch vorläufig als nicht aktuell bezeichnet wird, so lassen frühere Debatten im ungarischen Parlament, insbesondere Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle keinen Zweifel darüber, daß Ungarn es lediglich als eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit ansieht, wann es auch diese Forderung geltend machen wird. Die „Entschädigung“ für Oesterreich soll in der „austro-polnischen“ Lösung gefunden werden, das heißt, daß Galizien an ein künftiges Königreich Polen abzutreten wäre. Darauf haben sich die führenden ungarischen und führenden polnischen Politiker auf Konventionen, die vor Monaten in Budapest abgehalten wurden, geeinigt.

Einnützig wie in der Entrüstung über diese Pläne ist das gesamte österreichische Parlament auch in dem Gedanken, daß einer Verschönerung der Länder der österreichischen Kaiserkrone mit aller Schärfe entgegengetreten werden müsse. Woher nimmt Ungarn, so fragen sich die Parteien, den Rechtstitel für sein Verlangen? Im Staatsgrundgesetz über die österreichische Reichsvertretung vom Jahre 1867 wird Dalmatien ausdrücklich als österreichisches Staatsgebiet bezeichnet, und nur durch Beschlüsse einer Mehrheit von zwei Dritteln in beiden Häusern des Reichsrates und Sanktion der Krone ist eine Aenderung oder Abtretung möglich. Bezüglich Bosniens und der Herzegowina bestimmt ein Gesetz aus dem Jahre 1880, daß Oesterreich wie Ungarn gleichen Einfluß auf die Verwaltung dieser Länder besitzen. Das Recht ist mithin völlig klar und es spricht gegen Ungarn.

Ähnlich verhält es sich mit der nationalen Seite der Angelegenheit. Ungarn will angeblich durch Angliederung Bosniens die südslawische Frage lösen. Nun, würde der Herz der Beunruhigung, als welcher sich der Süden der Monarchie darstellt und der eine der Veranlassungen zum Weltkrieg war, verschüttet werden, so ließe sich darüber reden. Graf Tisza, der gegenwärtig wohl kein Amt bekleidet, bereist gegenwärtig nicht nur das zu Ungarn gehörige Kroatien, sondern auch das noch unter gemeinsamer Verwaltung stehende Bosnien und das österreichische Kronland Dalmatien und versucht überall bei den maßgebenden Persönlichkeiten, für die Angliederung an Ungarn Stimmung zu machen. In Zara hat er unter anderen den österreichischen Reichsratsabgeordneten Dr. Cingrija aufgesucht, um mit ihm die ungarischen Pläne zu besprechen. Serben, Kroaten und Muselmanen sind dem Grafen Tisza in Sarajevo mit aller Deutlichkeit entgegengetreten. In Kroatien wollen die Kroaten von den ungarischen Plänen nichts wissen. Sie sehen nur in einem Groß-Kroatien ihr Ziel.

Zu den staatsrechtlichen und nationalen gesellen sich wirtschaftliche Bedenken. Seit dem Jahre 1878, mithin seit 40 Jahren, hat Oesterreich 70 Prozent der Erfordernisse Bosniens bestritten, Ungarn 30 Prozent. Hunderte Millionen Kronen hat Oesterreich für bosnische Bahnen und Straßen angewendet, die übrigens zumeist so gebaut wurden, daß sie vor allem dem ungarischen Interesse entsprachen. Von den großen Opfern an Blut, die Oesterreich anlässlich der Okkupation Bosniens brachte, nicht zu reden. All dies soll nunmehr kostenlos Ungarn überantwortet werden. Bosnien hat Staatswälder, die einen Wert von Milliarden darstellen. Es besitzt reiche Eisenerzgruben, es besitzt Vieh. In einem Zeitpunkt, wo sich jedermann sagen muß, daß nach dem Krieg der Kampf um die Rohstoffe entbrennen wird, soll Holz, Vieh und Erz ausschließlich Ungarn überlassen werden.

Und dann Dalmatien. Wir führen den Krieg mit Italien nicht zum geringsten Teil wegen der Meeressüste. Erhält diese Ungarn, so hat es die Adria. Trieste wird als Konkurrent beherrschen und unser Handel mit der Levante wird bedroht. Da Ungarn Cattaro erhalten soll, so würde auch die Flotte fast gänzlich unter ungarischen Einfluß gelangen. Uebrigens verspürt Ungarn nebenbei auch Appetit auf Abbazia und hat für Hunderte Millionen Kronen Grundankäufe in der Nähe des Kurortes vorgenommen, um Abbazia als „ungarisches Territorium“ zu erklären.

Ein nach ungaro-polnischen Plänen im Norden und Süden amputiertes Oesterreich aber soll für die vielen Milliarden Kriegskosten aufkommen. Zu diesen trägt Ungarn, das seinen Nationalreichtum im Kriege durch die hohen Getroide- und Viehpreise russia vermehrte, be-

kanntlich ein Drittel, Oesterreich zwei Drittel bei. Galizien darf Oesterreich allein wieder-aufbauen.

Angeichts dieser ungarischen Pläne hat sich sämtlicher Parteien im Abgeordnetenhaus große Erregung bemächtigt. Einnützig war die Ablehnung der ungarischen Bestrebungen bei sämtlichen Parteien des Hauses. Klipp und klar haben die Christlichsozialen gesagt, wie sie sich zu der Sache stellen. Sie verlangen Mitteilungen an die Parlamente in Wien und Budapest über den Stand der Verhandlungen; keine Verquickung der südslawischen Frage mit der austro-polnischen Lösung; ein Groß-Kroatien als Grundlage für die Vereinigung der südslawischen Frage. Die deutschnationalen Parteien haben ein Student Komitee zur Beratung der Angelegenheit eingesetzt, dem unter anderen die Abgeordneten Professor Waldner, Bacher, Marchl, Doktor Urban und Neunteufel angehören. Während im einzelnen die Meinungen der Deutschnationalen über die Lösung der südslawischen Frage auseinandergehen, sind sie in zwei Punkten einig: daß durch die Slowenen den Deutschen der Zugang zur Adria nicht gesperrt werden darf und eine Aenderung bezüglich der Zugehörigkeit Bosniens nur mit Zustimmung des österreichischen Parlaments erfolgen könne. Die deutschen Sozialdemokraten lehnen sich heftig gegen eine Vermehrung des ungarischen Macht einflusses. Tschechen und Südslawen drohen mit der Aufrollung der Verfassungsfrage im verschärften Sinne. Die Ukrainer wenden sich gegen eine ungaro-polnische Lösung und die Polen selbst erklären, daß Ungarn nicht den richtigen Zeitpunkt gewählt habe und daß die Polen das größte Interesse wegen Triest hätten, daß Dalmatien bei Oesterreich verbleibe.

Gleich in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses werden eine Reihe dringlicher Anfragen von sämtlichen Parteien an die Regierung wegen Bosniens gerichtet werden. Ministerpräsident Freiherr von Sussarek wird noch im Laufe dieser Woche die Parteiführer zu Besprechungen empfangen. Wie bisher verlautete, hat die österreichische Regierung gegen die ungarischen Pläne nachdrücklichen Einspruch erhoben und sie wird bei einer solchen Haltung das ganze Parlament hinter sich haben.

Womöglich noch erbitterter als bei den Abgeordneten ist die Stimmung im Herrenhause, woselbst die ungarischen Pläne auf entschiedensten Widerspruch stoßen. Auch in der österreichischen Delegation, die Mitte Oktober zusammenrufen soll, stehen schwere Debatten bevor, und von den Aufklärungen, die der Gemeinsame Finanzminister Baron Spitzmüller geben wird, dem Bosnien anvertraut ist, wird es abhängen, ob seine Stellung noch als unerlöschert betrachtet werden kann.

kommende Friedensdiskussion einverleiben wollten, überhaupt vom Eintreten in die Friedensverhandlungen abhalten lassen, will ich nicht ganz verschließen. Ich halte sie aber nur teilweise für begründet. So sagen unsere Feinde, zum mindesten die Kriegsgefanatiker, die heute ihre Geschicke leiten. Wollten wir uns aber durch die Drohung, daß sie, wenn wir nicht diesen oder jenen Verzicht im voraus abgeben, sich nicht mit uns an den Verhandlungstisch setzen, aus einer Position in die andere drängen lassen, würden wir schließlich mit ebenso leeren Taschen zur Endabrechnung kommen wie sie mit vollen. Boverst, glaube ich, denken sie überhaupt nicht an Vernunft und Frieden und berausen sich an dem Gedanken unserer Zerschmetterung. Sollten sie dereinst einmal so viel Einsicht, Selbstbeherrschung und Selbstlosigkeit zeigen, daß wir ihnen unbeschadet unserer Interessen die Mitwirkung bei Fragen gestatten können, die sie, wenn überhaupt, jedenfalls nur indirekt berühren, können wir uns ja immerhin mit denjenigen, die neben uns direkt beteiligt sind, darüber verständigen, ob wir dann unter Wahrung der Gegenseitigkeit uns mit unseren derzeitigen Feinden auch über diese Fragen unterhalten wollen. Wie ich glaube, handelt eine verantwortliche Regierung, die mehr mit Tatsachen als mit der Hoffnung auf das Gerechtigkeitsgefühl und das Wohlwollen unserer etwas robuster und rücksichtsloser angelegten Feinde rechnen muß, pflichtbewusster, wenn sie den alten Satz nicht ganz vergißt: „Suche zu halten, was du hast!“

Schließlich ergänzte General v. Wisberg seine Ausführungen über die militärische Lage durch Mitteilungen über den Stand der Operationen in Mesopotamien und Persien.

Hierauf wird die Debatte auf morgen vormittag vertagt.

Die ungarische Regierung denkt derzeit in erster Reihe an die Lösung der Banuskrisis. Sie glaubt, daß die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Kroatien und Slavonien ihrer Meinung nach allen übrigen Schritten vorgehen müßte. Diese Ueberzeugung hat auch Graf Tisza, wie wir zu wissen glauben, von seiner Studienreise mitgebracht. Die nächsten Schritte der ungarischen Regierung werden sich auch nach dieser Richtung hin bewegen. Der zum Banus auserkorene Herr für Kroatien, Dr. Ujkelhüsser, wird bemüht sein, mit den maßgebenden kroatischen Politikern Beziehungen zu pflegen, um sich über die Aussichten seiner Mission zu informieren. Wenn diese Besprechungen günstig verlaufen, dürfte seine Ernennung alsbald erfolgen.

### Die Besprechungen des Grafen Tisza in Sarajevo.

Äußerungen des ehemaligen Banus Baron Paul Rauch und des Dr. Mehmed Spaho.

Wien, 24. September.

Die Besprechungen, die Graf Tisza in Kroatien und Bosnien mit hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens führte, haben überall Aufmerksamkeit erregt. Man ist der Ansicht, daß die Grafen Tisza empfangen hat, nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung bei der Lösung der südslawischen Frage bleiben werden. Wir veröffentlichen heute die Äußerungen zweier führender Politiker, mit denen Graf Tisza verhandelt hat. Baron Paul Rauch, der frühere Banus, ist ein genauer Kenner Kroatiens und Slavoniens. In ihm kommt der angesehenste Vertreter der großkroatischen Politik zum Vorschein. Dr. Mehmed Spaho ist einer der Führer der Mohammedaner Bosniens. Die Bedeutung, die seiner Ansicht beigemessen wird, geht aus dem Umstande hervor, daß Graf Tisza ihn als einen der ersten nach seiner Ankunft in Sarajevo empfangen hat. Die Äußerungen des Barons Rauch und Dr. Spaho verdienen daher große Beachtung. Nebeneinandergestellt zeigen sie auch, welche tiefen Gegensätze bei der Regelung des Verhältnisses der Monarchie zu überbrücken sind.

### Die Angliederung Bosniens an Ungarn.

Dr. Mehmed Spaho über seine Unterredung mit dem Grafen Tisza.

Mitteilung an die „Neue Freie Presse“.

Wien, 24. September.

Von dem Führer der moslemischen Politiker in Sarajevo Dr. Mehmed Spaho erhalten wir folgendes Telegramm, das eingehend über dessen Besprechung mit dem Grafen Stephan Tisza berichtet:

Ich wurde als zweiter unmittelbar nach Bojislav Sola am Freitag nachmittags von Grafen Tisza empfangen und von ihm über meine Ansicht über die Lage befragt. Ich benützte vor allem die Gelegenheit, um eine Klarstellung der mißlichen Lage der moslemischen Bevölkerung während des Krieges zu geben und besonders darüber Klage zu führen, daß man eine große Anzahl von Leuten, die jünger oder älter sind, als es das Gesetz vorschreibt, buchstäblich Kinder und Greise, zu Kriegsdienstleistungen heranzieht. Ich beschwerte mich auch über die mangelnde Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft, besonders die übermäßigen Viehrequisitionen, und bemerkte, daß all dies kaum im Verhältnis zu den Notwendigkeiten der Kriegsführung steht.

Auf die Lösung des bosnischen Problems übergehend, erklärte ich, daß ich auf dem Standpunkt der Vereinigung aller Südslawen stehe und daß meine Beobachtungen nach der größten Teil der moslemischen Intelligenz, des Mittelstandes und der unteren Schichten diesem Gedanken zuneige. Die Moslems hätten ein starkes Interesse daran, in Eintracht und Liebe mit dem übrigen Teil der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina zu leben. Die Gegensätze, die vor dem Kriege zwischen den einzelnen Konfessionen bestanden haben, würden während des Krieges bedeutend gemildert.

Den Grafen Tisza überraschte diese Äußerung sehr. Im Verlauf des weiteren Gesprächs erklärte er, daß der Dualismus eine Existenzfrage der Monarchie sei und daß es die Aufgabe eines jeden Realpolitikers wäre, das Problem in den Grenzen der Möglichkeiten zu lösen.

Ich bemerkte, daß die einzelnen Politiker kein Mandat hierzu hätten, sondern einzig und allein die gesetzmäßige Vertretung des Volkes, der Sabor.

### Die Kroaten und die südslawische Frage.

Von Paul Baron Rauch.

Geheimer Rat, ehemaliger Banus von Kroatien.

Ludbreg, 23. September.

Historisch genommen, bilden die von den südlichen Slawen bewohnten Gebiete der Monarchie seit jeher ein ausgesprochenes Grenzland in bezug auf Sprachen und Religionen. Geopolitisch gibt es hier mehrere kleine Einheiten, die aber von dem großen Raum des Donaubekens beherrscht werden. Den ethnischen Hauptkern bildet das katholische Kroatentum, kein künstliches Machwerk, sondern eine richtige Nation mit tausendjähriger Geschichte und

Länder zu einem selbständigen Reich im Rahmen der habsburgischen Monarchie unter dem Scepter des Königs Karl die einzige Möglichkeit, durch welche die historischen und positiven Forderungen der kroatischen Nation erfüllt, die Großmachtsstellung der Monarchie befestigt und die politischen Verhältnisse im Sinne der Monarchie konsolidiert würden.

Graf Tisza entgegnete, er halte eine Lösung der südslawischen, richtiger gesagt, der kroatischen Frage für möglich, durch die an der dualistischen Staatsform nicht gerüttelt würde. Er halte sonach die Angliederung Bosniens und der Herzegowina an das dreieinige Königreich, also an die Nebenländer der Stephanskronen, ebenso für möglich wie den unmittelbaren Anschluß Bosniens an das im engeren Sinne genommene Ungarn.

Dr. Bancas wendete dagegen ein, seine Partei erwarte, daß die ungarische Nation auch Verständnis habe für die Angehörigen anderer Nationen. Deshalb müßten die Kroaten ein selbständiges Großkroatien im Rahmen der Monarchie verlangen und sich entschieden gegen einen direkten Anschluß an Ungarn aussprechen.

Der ungarische Reichstagsabgeordnete Danilo Dimovic erklärte, die Anhänger aller kroatischen und serbischen Parteien mit Ausnahme der Stadlerpartei haben durch den gewesenen Landtagspräsidenten Sola dem Grafen Tisza ein gemeinsames Memorandum übergeben. Darin sind deren politische Absichten offen und klar dargelegt. Es ist das erste Mal, daß Kroaten, Serben und Slowenen ein einheitliches Programm aufgestellt haben. Serben, Kroaten und Slowenen seien ein einheitliches Volk. Sie hätten daher den Standpunkt eingenommen, daß die südslawische Frage nur in ihrer Gesamtheit gelöst werden könne. Eine teilweise Lösung würde den zukünftigen Frieden sehr bedrohen. Wir haben, sagte Dimovic, entschieden gegen die unmittelbare Angliederung und eine ohne Befragen der Volksvertretung geplante Vereinigung mit Ungarn Stellung genommen. Wir hoffen, daß die Söhne der ungarischen Nation, mit der wir schon infolge der geographischen Lage im besten und aufrichtigsten Einvernehmen leben sollten, unsere Bestrebungen begreifen werden.

Zur Besprechung des Memorandums wurden vom Grafen Tisza empfangen die ehemaligen Mitglieder des Landtagspräsidiums Sola und Dimovic, ferner die Abgeordneten Jelacic und Jolkic sowie der Direktor des Franziskaner-Gymnasiums Dr. Jlic.

Graf Tisza war sehr erregt und kritisierte sehr scharf das Memorandum. Die Parteien schieden unversöhnt.

Dr. Spaho erklärte: Ich bemühte in meiner Besprechung mit dem Grafen Tisza vor allem die Gelegenheit, eine Darstellung der mißlichen Lage der moslemischen Bevölkerung während des Krieges zu geben und besonders darüber Klage zu führen, daß man eine große Anzahl von Leuten, die jünger oder älter sind als vorgeschrieben, zur militärischen Arbeitsleistung im Zivilverhältnis heranziehe. Ich stehe auf dem Standpunkte der Vereinigung aller Südslawen, denn meiner Beobachtung nach neigt der größere Teil der moslemischen Intelligenz und des Mittelstandes diesem Standpunkte zu. Die Moslems haben ein starkes Interesse daran, in Eintracht und Liebe mit den übrigen Nationen Bosniens und der Herzegowina zu leben. Die Gegensätze, die vor dem Kriege zwischen den einzelnen Konfessionen bestanden, wurden durch den Krieg bedeutend gemildert.

Durch diese letzte Äußerung war Graf Tisza sichtlich überrascht. Im Verlauf des weiteren Gesprächs erklärte er, daß der Dualismus eine Existenzfrage der Monarchie sei und daß es Aufgabe jedes Realpolitikers sei, das Problem in den Grenzen der Möglichkeit zu lösen.

Scherif Eseni Arnautovic erklärte, er habe eine möglichst weitgehende Autonomie unter dem Habsburgerzepter verlangt und sehe in dieser Form die einzige den bosnischen Interessen entsprechende Lösung der Frage. In jedem direkten Anschlusse unserer Länder an irgendeinen Teil der Monarchie, sagte Arnautovic, sehe ich die Existenz der Moslems gefährdet. Unser Verhältnis zu den übrigen Teilen stünde in keinem Falle besser als 1:11. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich behaupte, daß 90 Prozent der Moslems meinen Standpunkt teilen, der zu seinen Anhängern auch zahlreiche Repräsentanten der moslemischen Intelligenz zählt. Alle andern Behauptungen, als würde ich fast die ganze moslemische Intelligenz zu einem andern Standpunkte bekennen, beruht auf Unwahrheit.

## Die südslawische Frage.

### Die Reise des Grafen Tisza.

Die Informationsreise des Grafen Tisza in Bosnien und der Herzegowina hat nach den vorliegenden Meldungen durchaus nicht ein Ergebnis gehabt, das den ungarischen Wünschen entsprechen würde, wenn wirklich diese Wünsche auf eine Angliederung Bosniens und der Herzegowina gerichtet sind. Es hat sich gezeigt, daß weder die Anhänger der großkroatischen Lösung noch die Moslems noch auch die maßgebenden Gruppen des Landtages von dieser „ungarischen Lösung“ etwas wissen wollen. Nach den vorliegenden Berichten soll Graf Tisza durch die ihm gewordenen Mitteilungen lebhaft überrascht gewesen sein und auch seinem Unmut über die ihm zuteil gewordenen Aufklärungen offen Ausdruck gegeben haben. Jedenfalls hat die Reise des Grafen Tisza klargestellt, daß der Plan einer Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Ungarn in den beiden Provinzen selbst ziemlich einhelligem, scharfem Widerstand begegnet. Da es sich aber nicht darum handeln kann, eine Lösung zu suchen, die die Unzufriedenheit zu einer dauernden macht und neue Verwicklungskeime in sich trägt, wird es notwendig sein, die Aufklärungen, die dem Grafen Tisza zuteil geworden sind, bei den künftigen Entscheidungen sorgfältig zu beachten.

Ueber die Besprechungen des Grafen Tisza liegen in Ergänzung des in unserm gestrigen Abendblatte bereits enthaltenen Berichtes nachstehende weitere Mitteilungen vor:

Budapest, 24. September. (Privattelegramm.) Ueber die Besprechungen des Grafen Tisza in den annektierten Provinzen liegen noch weitere Einzelheiten vor. Graf Tisza hat sich auf seiner Reise auch in Mostar aufgehalten. Dort empfing er den Franziskaneroffizial Fra David Revistic, den Bürgermeister Komadila, den Vizebürgermeister Smoljan und den Rechtsanwalt Maci. Mit Ausnahme des Bürgermeisters, der für die Autonomie Bosniens und der Herzegowina eintrat, erklärten sich die übrigen für die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in Kroatien. Dr. Pilar, der auf dem Programm der Starcevicpartei vom Jahre 1894 steht, hat vor dem Grafen Tisza die Auffassung vertreten, daß derzeit die Lösung der bosnisch-herzegowinischen Frage das wichtigste Problem für die Kroaten überhaupt ist, während alle andern sonstigen Fragen des Programms an Bedeutung zurücktreten. Er verlangt eine kroatische Lösung und lehnt eine ungarische Lösung ab. Denn für eine halbe Maßnahme seien weder er, noch seine Partei zu haben. Die sogenannte ungarische Lösung würde die bösesten Folgen zeitigen und notwendig zu neuen kriegerischen Verwicklungen führen.

Oberbaurat v. Bancas, von der Stadlerpartei, das ist die kroatische Rechtspartei in Bosnien, erklärte dem Grafen Tisza: Unsere Partei steht in der Berechnung aller kroatischen

stal

uer-  
imm-  
Bo-  
ktro-  
rsaal  
rüfte

hkure  
Luren

o Nr.

diso

en, De  
o K. G  
Preis.

fo Za

IN,

isse 2

arat.

sicht-

der

unt.

j in

sehe

darf

ieser

men

ihrer

es

vol-

zu

un-

de

IG

129

128

127

126

125

124

123

122

121

120

119

118

117

116

115

114

113

112

111

110

109

108

107

106

105

104

103

102

101

100

99

98

97

## Die Lösungsversuche in der südslawischen Frage.

Von Dr. Paul Samassa.

Vor einigen Monaten erschien ein Buch über die südslawische Frage von einem kroatischen Politiker, der sich unter dem Decknamen „Südlant“ verbirgt. Es ist etwas breit geschrieben, trotzdem sehr lesenswert, und berührt sympathisch durch den warmen Ton, in dem der Verfasser seine Sache vertritt. Geschichte und Ethnographie werden im reichsten Maße herangezogen, um zu beweisen, wie viel Unrecht dem kroatischen Volke im Laufe der Jahrhunderte geschehen ist; bald haben die Venezianer und die römische Kurie die Kroaten bedrängt, bald die Magyaren, Türken und Serben; im Kampfe gegen die Türken haben sie sich verblutet, von Oesterreich sind sie mit Unrecht gelohnt und im Stiche gelassen worden. Nur kurze Zeit hat die Herrlichkeit des großkroatischen Reiches im Mittelalter gedauert; nun gelte es, alles Unrecht gut zu machen, das großkroatische Reich möge unter der Krone Habsburgs wiedererstehen, Kroatien, Bosnien, Herzegowina, Dalmatien und die zu Istrien gehörigen Quarnerischen Inseln zu einem Staatsgebilde vereinigt werden, das durch pragmatische Verträge mit beiden Staaten der Monarchie in ein eigenes Verhältnis tritt. Von einem Anschluß slowenischen und serbischen Gebiets an diesen Staat will der Verfasser nichts wissen; in den Serben sieht er überhaupt den größten Feind des kroatischen Volkes.

Das Schicksal der Kroaten ist das typische Schicksal eines Grenzvolkes. Man betont gewöhnlich — und das tut auch „Südlant“ — daß es an der Grenze der Kulturen als leidenschaftlicher Verteidiger der mitteleuropäischen Kultur gegenüber der orientalischen, die durch die Serben verkörpert werde, stets gestanden habe und noch stehe. Kultur ist hier aber doch ein zu schwankender Begriff, man wird der Wahrheit näher kommen, wenn man sagt, daß es das Unglück hatte, dort zu stehen, wo die Machtkreise stärkerer Völker stets geschnitten haben. Nur in der glücklichen Abgeschlossenheit einer geographischen Lage, wie sie etwa Skandinavien aufweist, können kleine Völker sich leidlicher Unabhängigkeit erfreuen; der Weltkrieg hat uns freilich gezeigt, wie auch dieser Schutz immer problematischer wird, weil bei der Ausdehnung der Kampfgebiete selbst abgelegene Räume unseres Planeten für dessen Beherrschung von Bedeutung gewinnen.

Auch nach diesem Kriege wird das tausendjährige Reich nicht kommen. Die Entente verspricht zwar, dieser Krieg werde der letzte sein; wenn alle Völker den Preis dafür zahlen, sich der angelsächsischen Weltherrschaft zu beugen, so könnte es ja stimmen. „England ist unerbittlich gegen seine Feinde, aber mild gegen seine Sklaven“, sagte mir einmal ein Freund, der die Engländer auf Grund der Erfahrung fast eines ganzen Lebens gut kennt. Die Verfasser des jugoslawischen Programms verlassen sich auf diese Milde und darauf, daß der Herr ja ziemlich weit wohnen wird. Das ist für die Leibeigenen nicht immer ein Vorteil, denn der Bogt ist meist rücksichtsloser als der Herr. Der Bogt würden in diesem Falle die Serben sein; und wehe dann den Kroaten von der Gesinnung „Südlants“, die noch heute die Mehrheit des kroatischen Volkes bilden dürften. Wenn die Ententeträume aber nicht in Erfüllung gehen und wir uns behaupten, dann werden auch die Südslawen den Tatsachen Rechnung tragen und sich in Abhängigkeiten finden müssen, die durch den Verbleib des österreichisch-ungarischen Staates und durch die geographische Lage ihrer Wohnsitze bedingt sind. Oesterreich kann sich so wenig wie Ungarn durch einen südslawischen Staat vom Meere abschneiden lassen; bei allen Autonomie-Experimenten wird man sich aber immer vor Augen halten müssen, wie enge heute Politik, Verwaltung und Wirtschaft zusammenhängen. Und die Tatsache allein, daß beide Staaten als solche bestehen, ergibt die Notwendigkeit besonderer Lösungen für jeden Staat, womit natürlich nicht gesagt ist, daß er an der Lösung jenseits seiner Grenze nicht beteiligt sei, was in ganz besonderem Maße von Oesterreich gilt, von dem ja die Aufgabe von Rechten und Besitztiteln sowohl bezüglich Bosniens wie Dalmatiens gefordert wird.

Jenseits der Leitha will man nun an eine Neuordnung herantreten. Man braucht dies nicht gerade mit dem Wunsche in Zusammenhang zu bringen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach dem Programm der Entente zu verwirklichen und dadurch dem Frieden vorzuarbeiten. Denn vor den Augen des Herrn Wilson würden wir damit kaum Gnade finden. Aber es ist ja an sich gerechtfertigt, zwei Provisorien ein Ende zu machen, von denen das bosnische nun vierzig, das dalmatinische über fünfzig Jahre dauert; Krieg und Friedensschluß können ja wohl als Anlaß zu einem „Großreinemachen“ gelten. Geographie und Volksgeschichte sprechen für einen Anschluß Bosniens und Dalmatiens an die Länder der ungarischen Krone; das lehrt ein Blick auf die Landkarte. Die Ethnographie befürwortet innerhalb dieses Rahmens die Vereinigung mit Kroatien-Slowonien. Der Anspruch Ungarns auf freien Zugang zum Meer und wirtschaftliche Betätigung, aber auch auf politische Sicherung seiner Breiten und von allen seinen Grenzen verwundbarsten Südlant wird mit den berechtigten nationalen Ansprüchen der Kroaten auf Zusammenschluß und Selbstverwaltung irgendwie in Einklang gebracht werden müssen. Sind die Magyaren im Falle des Sieges des Vierbundes politisch und wirtschaftlich gegenüber den Kroaten und Serben die Stärkeren, so sind sie doch nicht so stark, daß sie nicht auch einen billigen Vergleich einem einseitigen Diktat vorziehen müßten. Zurzeit besteht der Gegensatz zwischen Magyaren und Kroaten darin, daß jene Bosnien-Herzegowina in unmittelbare Abhängigkeit von Ungarn bringen, diese es mit Kroatien vereinigen und den ungarisch-kroatischen Ausgleich vom Jahre 1868 einer

Revision unterziehen wollen. Ist das Bestreben der ungarischen Politiker begreiflich, Kroatien nicht zu stark werden zu lassen, so ist doch andererseits die bisher befolgte Politik, sich auf die Serben zu stützen, um die Kroaten niederzuhalten, ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, doppelt gefährlich, wenn das selbständige serbische Königreich wieder erstanden sein wird.

Der Rechtsanspruch Oesterreichs, sich in diese Frage einzumischen, ist zwar unanfechtbar; es ist der faktische Besitzer Dalmatiens und der paritätische Mitbesitzer Bosniens und der Herzegowina. Wenn also ohne seine Zustimmung keinerlei Neuordnung — weder im magyarischen, noch im kroatischen Sinne — möglich ist, so folgt daraus das unzweifelhafte Recht, diese Zustimmung von einer bestimmten Art der Lösung abhängig zu machen. Aus zwei Gründen scheint es mir aber nicht klug, von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Erstens pflegt man einen Gegenstand nicht zweimal zu bezahlen und gerade die Magyaren zu allererst. Wir haben aber für die Aufgabe unserer Rechte auf Dalmatien und Bosnien doch Forderungen zu stellen, die uns wichtiger sein müssen als die kroatischen Wünsche; sie liegen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, des Verkehrs und der Finanzen. Ein genaueres Programm hier aufzustellen, muß ich mir versagen. Zweitens wird eine Verständigung zwischen den Magyaren und Kroaten immer durch das Mißtrauen auf magyarischer Seite erschwert, die Kroaten ließen sich als Werkzeug „großösterreichischer“ Politik gegen Ungarn gebrauchen. Nun haben wir heute zwar, weiß Gott, andere Sorgen und gerade die Deutschen in Oesterreich, die ja allein die Träger einer „großösterreichischen“ Politik sein könnten, haben weit mehr das Bedürfnis, sich mit den Magyaren zur Abwehr gemeinsam drohender Gefahren zu verständigen, als ihnen Prügel zwischen die Füße zu werfen. Umso mehr wird man andere Kreise hinter der Haltung der österreichischen Regierung in der südslawischen Frage vermuten. Eine klare Stellungnahme der deutschbürgerlichen Parteien wäre darum sehr erwünscht. Sie müßte zum Ausdruck bringen, daß sie jede Lösung ablehnt, die das slowenische Gebiet einbezieht, was ja auch der Standpunkt der ungarischen Politiker ist; daß Oesterreich für die Aufgabe seiner Rechte entsprechende Entschädigungen fordert, die aber nicht etwa in Polen liegen dürfen, und daß es, wenn diese Frage befriedigend gelöst ist, sich in die Auseinandersetzung zwischen Magyaren und Kroaten in keiner Weise einmischen will, wenn es natürlich auch den Wunsch hat, die schließliche Lösung möge im Einvernehmen zwischen den beiden Völkern erfolgen und beide Teile befriedigen.

Die Korrespondenz „Austria“ meldet:

In der Christlichsozialen Partei hat man sich wiederholt mit der Lösung der südslawischen Frage beschäftigt. Insbesondere in den Beratungen des von der Christlichsozialen Vereinigung zum Studium der Verfassungsfragen eingesetzten Komitees unter Vorsitz des Abg. Dr. Schöpfer, das hierüber auch wiederholt mit dem deutschnationalen Verfassungskomitee unter Vorsitz Dr. Urbans und unter Beiziehung einer Anzahl von Herrenhausmitgliedern und Sachverständigen aus Gesandtenkreisen usw. gemeinsame Beratungen hielt. Die neuen Nachrichten über die im Werden begriffene Lösung der südslawischen Frage werden mit größtem Interesse verfolgt. Einmütig tritt bei diesen unverbindlichen Erörterungen die Auffassung hervor, daß diese Lösung nur unter Mitwirkung aller berufenen gesetzgebenden Körperschaften und im beiderseitigen Einvernehmen der diesseitigen wie der jenseitigen Reichshälfte erfolgen kann. Es wären demgemäß die Parlamente in Wien und Budapest sobald als möglich genau über die Pläne der beiderseitigen Regierungen und über den Stand ihrer Verhandlungen zu unterrichten. In christlichsozialen Kreisen hält man dafür, daß die südslawische Frage unter keinen Umständen mit der sogenannten austropolnischen Lösung verquickt werden darf, sondern vielmehr im Sinne des großkroatischen Programmes erfolgen soll.

### Eine Aeußerung Dr. Weterles.

D. Budapest, 24. September. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Die „Ungarische Korrespondenz“ meldet: In einem Interview mit dem Chefredakteur des „Magyar Hirlap“ hat sich Ministerpräsident Dr. Weterles über die südslawische Frage folgendermaßen geäußert:

Die südslawische Frage ist nicht von uns aufgerollt worden, vielmehr ist sie durch jene systematische Verletzung aktuell geworden, welche auf eine Aenderung der heutigen staatsrechtlichen Verfassung ausgeht. Es handelt sich nicht um eine nationale Vereinigung, der angeblich wir im Wege stehen, sondern vielmehr darum, daß entgegen dem Interesse der Monarchie und Ungarn solche Völkervereinigt werden sollen, die weder ethnisch, noch ethnographisch, weder in ihren Konfessionen, noch in ihren Traditionen, noch in ihrer Lebensweise jemals eine Einheit gebildet haben und auch heute keine bilden. Uns gegenüber eine künftige Einheit zu schaffen, das kann das Bestreben anderer sein, aber nicht das unsere. Es gibt auch keinen ungarischen Politiker von Gewicht, der in dieser Hinsicht anderer Meinung wäre. Die historischen Rechte Ungarns sind auch bei der Annexion von Bosnien und der Herzegowina anerkannt worden. Diesen ungarischen Standpunkt halten wir weiterhin aufrecht und halten an unserem im Gesehe zugestandenen Rechte fest, andererseits müsse in Betracht gezogen werden, daß auch Oesterreich in dieser Frage mitsprechen wird. In einer Anzahl von unseren Gesehen ist eine ausdrückliche Verfügung enthalten, die Oesterreich das Recht gibt, mitzusprechen, so daß es keinem Zweifel unterliegt, daß der bestehende Zustand nur im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden kann.

## Die Lösungsversuche in der südslawischen Frage.

Von Dr. Paul Samassa.

Vor einigen Monaten erschien ein Buch über die südslawische Frage von einem kroatischen Politiker, der sich unter dem Decknamen „Sübland“ verbirgt. Es ist etwas breit geschrieben, trotzdem sehr lesenswert, und berührt sympathisch durch den warmen Ton, in dem der Verfasser seine Sache vertritt. Geschichte und Ethnographie werden im reichsten Maße herangezogen, um zu beweisen, wie viel Unrecht dem kroatischen Volke im Laufe der Jahrhunderte geschehen ist; bald haben die Venezianer und die römische Kurie die Kroaten bedrängt, bald die Magyaren, Türken und Serben; im Kampfe gegen die Türken haben sie sich verblutet, von Oesterreich sind sie mit Unrecht gelohnt und im Stiche gelassen worden. Nur kurze Zeit hat die Herrlichkeit des großkroatischen Reiches im Mittelalter gedauert; nun gelte es, altes Unrecht gut zu machen, das großkroatische Reich möge unter der Krone Habsburgs wiedererstehen, Kroatien, Bosnien, Herzegowina, Dalmatien und die zu Istrien gehörigen Quarnerischen Inseln zu einem Staatsgebilde vereinigt werden, das durch pragmatische Verträge mit beiden Staaten der Monarchie in ein eigenes Verhältnis tritt. Von einem Anschluß slowenischen und serbischen Gebiets an diesen Staat will der Verfasser nichts wissen; in den Serben sieht er überhaupt den größten Feind des kroatischen Volkes.

Das Schicksal der Kroaten ist das typische Schicksal eines Grenzvolkes. Man betont gewöhnlich — und das tut auch „Sübland“ — daß es an der Grenze der Kulturen als leidenschaftlicher Verteidiger der mitteleuropäischen Kultur gegenüber der orientalischen, die durch die Serben verkörpert werde, stets gestanden habe und noch stehe. Kultur ist hier aber doch ein zu schwankender Begriff, man wird der Wahrheit näher kommen, wenn man sagt, daß es das Unglück hatte, dort zu siedeln, wo die Mächte der Welt stets gekämpft haben. Nur in der glücklichen Abgeschlossenheit einer geographischen Lage, wie sie etwa Skandinavien aufweist, können kleine Völker sich leidlicher Unabhängigkeit erfreuen; der Weltkrieg hat uns freilich gezeigt, wie auch dieser Schutz immer problematischer wird, weil bei der Ausdehnung der Kampfgebiete selbst abgelegene Räume unseres Planeten für dessen Beherrschung an Bedeutung gewinnen.

Auch nach diesem Kriege wird das tausendjährige Reich nicht kommen. Die Entente verspricht zwar, dieser Krieg werde der letzte sein; wenn alle Völker den Preis dafür zahlen, sich der angelsächsischen Weltherrschaft zu beugen, so könnte es ja stimmen. „England ist unerbittlich gegen seine Feinde, aber mild gegen seine Sklaven“, sagte mir einmal ein Freund, der die Engländer auf Grund der Erfahrung fast eines ganzen Lebens gut kennt. Die Verfasser des jugoslawischen Programms verlassen sich auf diese Milde und darauf, daß der Herr ja ziemlich weit wohnen wird. Das ist für die Leibeigenen nicht immer ein Vorteil, denn der Bogt ist meist rücksichtsloser als der Herr. Der Bogt würden in diesem Falle die Serben sein; und wehe dann den Kroaten von der Bestimmung „Süblands“, die noch heute die Mehrheit des kroatischen Volkes bilden dürften. Wenn die Ententeträume aber nicht in Erfüllung gehen und wir uns behaupten, dann werden auch die Südslawen den Lasten Rechnung tragen und sich in Abhängigkeiten finden müssen, die durch den Weiterbestand des österreichisch-ungarischen Staates und durch die geographische Lage ihrer Wohnsitze bedingt sind. Oesterreich kann sich so wenig wie Ungarn durch einen südslawischen Staat vom Meere abschneiden lassen; bei allen Autonomie-Experimenten wird man sich aber immer vor Augen halten müssen, wie enge heute Politik, Verwaltung und Wirtschaft zusammenhängen. Und die Tatsache allein, daß beide Staaten als solche bestehen, ergibt die Notwendigkeit besonderer Lösungen für jeden Staat, womit natürlich nicht gesagt ist, daß er an der Lösung jenseits seiner Grenze nicht beteiligt sei, was in ganz besonderem Maße von Oesterreich gilt, von dem ja die Aufgabe von Rechten und Besitztiteln sowohl bezüglich Bosniens wie Dalmatiens gefordert wird.

Jenseits der Leitha will man nun an eine Neuordnung herantreten. Man braucht dies nicht gerade mit dem Wunsche in Zusammenhang zu bringen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach dem Programm der Entente zu verwirklichen und dadurch dem Frieden vorzuarbeiten. Denn vor den Augen des Herrn Wilson würden wir damit kaum Gnade finden. Aber es ist ja an sich gerechtfertigt, zwei Provisorien ein Ende zu machen, von denen das bosnische nun vierzig, das dalmatinische über fünfzig Jahre dauert; Krieg und Friedensschluß können ja wohl als Anlaß zu einem „Großreinemachen“ gelten. Geographie und Volksgeschichte sprechen für einen Anschluß Bosniens und Dalmatiens an die Länder der ungarischen Krone; das lehrt ein Blick auf die Landkarte. Die Ethnographie beschränkt innerhalb dieses Rahmens die Vereinigung mit Kroatien-Slawonien. Der Anspruch Ungarns auf freien Zugang zum Meer und wirtschaftliche Betätigung, aber auch auf politische Sicherung seiner breiten und von allen seinen Grenzen verwundbarsten Südküste wird mit den berechtigten nationalen Ansprüchen der Kroaten auf Zusammenschluß und Selbstverwaltung irgendwie in Einklang gebracht werden müssen. Sind die Magyaren im Falle des Sieges des Vierbundes politisch und wirtschaftlich gegenüber den Kroaten und Serben die Stärkeren, so sind sie doch nicht so stark, daß sie nicht auch einen billigen Vergleich einem einseitigen Diktat vorziehen müßten. Zurzeit besteht der Gegensatz zwischen Magyaren und Kroaten darin, daß jene Bosnien-Herzegowina in unmittelbarer Abhängigkeit von Ungarn bringen, diese es mit Kroatien vereinigen und den ungarisch-kroatischen Ausgleich vom Jahre 1868 einer

Revision unterziehen wollen. Ist das Bestreben der ungarischen Politiker begreiflich, Kroatien nicht zu stark werden zu lassen, so ist doch andererseits die bisher befolgte Politik, sich auf die Serben zu stützen, um die Kroaten niederzuhalten, ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, doppelt gefährlich, wenn das selbständige serbische Königreich wiedererstehen wird.

Der Rechtsanspruch Oesterreichs, sich in diese Frage einzumischen, ist zwar unansehnlich; es ist der faktische Besitz der Dalmatiens und der paritätische Mitbesitzer Bosniens und der Herzegowina. Wenn also ohne seine Zustimmung keinerlei Neuordnung — weder im magyarschen, noch im kroatischen Sinne — möglich ist, so folgt daraus das unzweifelhafte Recht, diese Zustimmung von einer bestimmten Art der Lösung abhängig zu machen. Aus zwei Gründen scheint es mir aber nicht klug, von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Erstens pflegt man einen Gegenstand nicht zweimal zu bezahlen und gerade die Magyaren zu allererst. Wir haben aber für die Aufgabe unserer Rechte auf Dalmatien und Bosnien doch Forderungen zu stellen, die uns wichtiger sein müssen als die kroatischen Wünsche; sie liegen auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, des Verkehrs und der Finanzen. Ein genaueres Programm hier aufzustellen, muß ich mir versagen. Zweitens wird eine Verständigung zwischen den Magyaren und Kroaten immer durch das Mißtrauen auf magyarscher Seite erschwert, die Kroaten sehen sich als Werkzeug „großösterreichischer“ Politik gegen Ungarn gebrauchen. Nun haben wir heute zwar, weiß Gott, andere Sorgen und gerade die Deutschen in Oesterreich, die ja allein die Träger einer „großösterreichischen“ Politik sein könnten, haben weit mehr das Bedürfnis, sich mit den Magyaren zur Abwehr gemeinsam drohender Gefahren zu verständigen, als ihnen Prügel zwischen die Füße zu werfen. Umso mehr wird man andere Kreise hinter der Haltung der österreichischen Regierung in der südslawischen Frage vermuten. Eine klare Stellungnahme der deutsch-slawischen Parteien wäre darum sehr erwünscht. Sie müßte zum Ausdruck bringen, daß sie jede Lösung ablehnt, die das slowenische Gebiet einbezieht, was ja auch der Standpunkt der ungarischen Politiker ist; daß Oesterreich für die Aufgabe seiner Rechte entsprechende Entschädigungen fordert, die aber nicht etwa in Polen liegen dürfen, und daß es, wenn diese Frage befriedigend gelöst ist, sich in die Auseinandersetzung zwischen Magyaren und Kroaten in keiner Weise einmischen will, wenn es natürlich auch den Wunsch hat, die schließliche Lösung möge im Einvernehmen zwischen den beiden Völkern erfolgen und beide Teile befriedigen.

Die Korrespondenz „Austria“ meldet:

In der Christlichsozialen Partei hat man sich wiederholt mit der Lösung der südslawischen Frage beschäftigt. Insbesondere in den Beratungen des von der Christlichsozialen Vereinigung zum Studium der Verfassungsfragen eingesetzten Komitees unter Vorsitz des Abg. Dr. Schöpfer, das hierüber auch wiederholt mit dem deutschnationalen Verfassungskomitee unter Vorsitz Dr. Urbans und unter Beiziehung einer Anzahl von Herrenhausmitgliedern und Sachverständigen aus Gesandtenkreisen usw. gemeinsame Beratungen hielt. Die neuen Nachrichten über die im Werden begriffene Lösung der südslawischen Frage werden mit größtem Interesse verfolgt. Einmütig tritt bei diesen unverbindlichen Erörterungen die Auffassung hervor, daß diese Lösung nur unter Mitwirkung aller berufenen gesetzgebenden Körperschaften und im beiderseitigen Einvernehmen der diesseitigen wie der jenseitigen Reichshälfte erfolgen kann. Es wären demgemäß die Parlamente in Wien und Budapest sobald als möglich genau über die Pläne der beiderseitigen Regierungen und über den Stand ihrer Verhandlungen zu unterrichten. In christlichsozialen Kreisen hält man dafür, daß die südslawische Frage unter keinen Umständen mit der sogenannten austropolnischen Lösung verquittet werden darf, sondern vielmehr im Sinne des großkroatischen Programmes erfolgen soll.

Eine Äußerung Dr. Weterles.

D. Budapest, 24. September. (Tel. d. „Fremdenblatt“.) Die „Ungarische Korrespondenz“ meldet: In einem Interview mit dem Chefredakteur des „Magyar Hirlap“ hat sich Ministerpräsident Dr. Weterle über die südslawische Frage folgendermaßen geäußert:

Die südslawische Frage ist nicht von uns aufgerollt worden, vielmehr ist sie durch jene systematische Verletzung aktuell geworden, welche auf eine Aenderung der heutigen staatsrechtlichen Verfassung ausgeht. Es handelt sich nicht um eine nationale Vereinigung, der angeblich wir im Wege stehen, sondern vielmehr darum, daß entgegen dem Interessen der Monarchie und Ungarn solche Völkervereinigungen vereinigt werden sollen, die weder ethnisch, noch ethnographisch, weder in ihren Konfessionen, noch in ihren Traditionen, noch in ihrer Lebensweise jemals eine Einheit gebildet haben und auch heute keine bilden. Uns gegenüber eine künstliche Einheit zu schaffen, das kann das Bestreben anderer sein, aber nicht das unsere. Es gibt auch keinen ungarischen Politiker von Gewicht, der in dieser Hinsicht anderer Meinung wäre. Die historischen Rechte Ungarns sind auch bei der Annexion von Bosnien und der Herzegowina anerkannt worden. Diesen ungarischen Standpunkt halten wir weiterhin aufrecht und halten an unserem im Gesetze zugestandenen Rechte fest, andererseits müßte in Betracht gezogen werden, daß auch Oesterreich in dieser Frage mitsprechen wird. In einer Anzahl von unseren Gesetzen ist eine ausdrückliche Verfügung enthalten, die Oesterreich das Recht gibt, mitzupringen, so daß es keinem Zweifel unterliegt, daß der bestehende Zustand nur im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden kann.

29. IX. 1918

21

## Die staatsrechtliche Stellung Bosniens und ihr Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes.

Von einem gewiegten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina ist uns die nachstehende Darlegung des bosnischen Problems zugegangen:

In der Berliner Monatschrift „Dallan-Revue“ ist im Jahre 1914 eine längere Abhandlung über die bosnische Industrie erschienen,\*) in welcher dargelegt wird, daß die feinerzeitige Annexion Bosniens für die Industrie des Landes bedeutungslos gewesen ist. Man hätte erwartet, daß die durch die Annexion erfolgte Konsolidierung der dortigen Verhältnisse das Kapital zu Neugründungen in Bosnien veranlaßt hätte. — Dies ist jedoch nicht erfolgt; im Gegenteil, bei genauer Beobachtung könnte man in der Verfassung, die das Land damals bekommen hat, zwar nicht direkt, aber mittelbar, einen gewissen Hemmschuh für die Weiterentwicklung der Industrie erblicken, denn der bosnische Landtag hat sich nur bedingungsweise industriefreundlichen Bestrebungen sympathisch gegenübergestellt, da er sich, wie es im Wesen der dortigen Völker liegt, auch bei wirtschaftlichen Fragen nicht von persönlichen und sonstigen kleinsten Motiven lösen konnte.

Während schon die wirtschaftlichen Verhältnisse nach der Annexion einerseits vom Landtag beeinflusst waren, waren Bosnien und Herzegowina andererseits der Einflußnahme Oesterreichs und Ungarns nicht entzogen, denn, wenn auch der Schwerpunkt der Verwaltung zur Landesregierung verlegt und das Gemeinsame Finanzministerium fast nur mehr eine Kontroll- und Aufsichtsstelle geworden war, ist doch gerade in den für die Volkswirtschaft wichtigen Fragen ein gewisser Einfluß bei der Wiener Zentralstelle verblieben. So z. B. erfolgt die Konzessionierung von volkswirtschaftlich bedeutenderen Großbetrieben durch das Gemeinsame Finanzministerium in Wien. Nun kann sich naturgemäß der Gemeinsame Finanzminister bei seinen diesbezüglichen Entscheidungen nicht über die Interessen der beiden Reichshälften hinwegsetzen. Die Folge war, daß sich die Lösung wichtiger Probleme durch Herumlavieren zwischen österreichischen und ungarischen Interessensphären oft viel weiter hinauszog, als es im Interesse der Sache gut gewesen wäre. Denn leider ist das zustimmende oder ablehnende Verhalten der österreichischen oder ungarischen Reichshälfte in wirtschaftlichen Fragen Bosniens — wie ja übrigens auch in manchen anderem Belange — nicht nur von sachlichen Motiven abhängig; und so findet meist eine der beiden Regierungen Veranlassung Einsprache zu erheben. Wenn nun noch die Sorge des Ministers hinzutrat, bei wichtigen Entscheidungen auch dem Landtag nicht zuwiderzuhandeln, so ergaben sich so viele innere Konflikte, daß die Entscheidungen überhaupt nicht zustandekamen. An solchen inneren Konflikten krankte beispielsweise der Ausbau der Wasserkraftanlagen in Bosnien und der Herzegowina. Viele hunderttausend Pferdestärken Wasserkraft harren daher immer noch ihres Ausbaues und ihrer Verwertung.

Andererseits erscheint die Sache natürlich im österreichischen Dichte betrachtet: Für die vielen Opfer, die Oesterreich seit der Okkupation den Reichsländern gebracht hat, hat es durch seine Handelsbeziehungen zu jenen Ländern nur eine kleine, die wahren Kosten natürlich lange nicht bedeckende Kompensation gehabt. Die Bilanz zwischen Oesterreich und Bosnien schließt mit einem Guthaben von mehreren hundert Millionen für Oesterreich ab. Was bedeuten aber diese Beträge gegenüber den gewaltigen Imponderabilien der Kulturarbeit, die ein jahrzehntelanger, nahezu ausschließlich österreichischer Fleiß in jenen Ländern seinerzeit geschaffen hat!

Aber das Interesse für Bosnien ist bei uns in Oesterreich leider immer mehr erschlapft, und die Vertretung der österreichischen Interessen in der Wirtschaftspolitik des Landes ist von den maßgebenden österreichischen Stellen vernachlässigt worden. Institutionen, die für Oesterreich wertvoll waren, stammen daher nur aus solchen Zeiten, wo der Gemeinsame Finanzminister selbst ein für österreichische Interessen warmes Herz hatte. So ist in der Ära Bilinski einiges Wirtschaftliche in Bosnien geschaffen worden, was unter anderem für Dalmatien sehr nützlich war, wie die Uebernahme der Steinbeis-Werke in ärarischen Besitz und der Ausbau der Steinbeis-Bahn, welche sich eben jetzt als ein Segen erwiesen hat. Die Ära Koerber wäre in dieser Hinsicht jedenfalls noch segensreicher geworden, wenn sie nicht leider so kurz gewesen wäre. Im Uebrigen aber haben die Kenner der bosnischen Verhältnisse, insbesondere jene aus der guten alten erfolgreichsten Kallay'schen Schule den Kurs mit Betrübnis immer deutlicher von der österreichischen Linie abweichen sehen und waren machtlos gegenüber der Interesslosigkeit Oesterreichs und der geschulten und energischen Methode Ungarns.

Aus all dem folgt, daß der gegenwärtige staatsrechtliche Zustand, wonach Bosnien zu beiden Reichshälften gehört und außerdem mit einem eigenen Landtag behaftet ist, für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes die denkbar ungünstigsten Folgen hat und daß jedwede andere staatsrechtliche Lösung des Problems für die dortige Volkswirtschaft nur Vorteile bringen kann. Am unangenehmsten macht sich jetzt die Stellung Bosniens als Reichsland bei der Versorgung mit jenen österreichischen und ungarischen Produkten, welche in den beiden Reichshälften zentral bewirtschaftet werden, fühlbar. Weder im österreichischen noch im ungarischen Versorgungsplan war Bosnien aufgenom-

men und so war es darauf angewiesen, fallweise hier und dort bittlich zu werden, ein Zustand, der die verantwortlichen Faktoren natürlich oft in die schwierigsten Situationen versetzte.

Nun ist schon seit mehreren Jahren für den scharfen Beobachter ein ausgesprochen ungarischer Kurs in allen wirtschaftlichen Fragen Bosniens nicht zu verkennen gewesen. Die Ungarn scheinen sich darüber klar zu sein, daß ein politischer Erfolg am sichersten nach wirtschaftlicher Eroberung erzielt wird; sie haben insolge dessen mit Geschicklichkeit und Nachdruck zunächst die Lösung wirtschaftlicher Probleme in ihrem Sinne angestrebt. Die geographischen Verhältnisse haben diese Bestrebungen unterstützt und von kleinen und unbedeutenden Teilfragen ausgehend, hat sich schließlich ein großes, wirtschaftliches Programm entwickelt, bei welchem die ungarischen Interessen im Vordergrund stehen. Dies gilt beispielsweise für die Reorganisation und Ausgestaltung der ärarischen Montanwerke, im Verein mit einer gleichen Zwecken dienendem Verkehrspolitik, deren Vorteile vornehmlich der anderen Reichshälfte zufallen werden.

Diese Projekte tranken zwar in mancher Hinsicht daran, daß sie eine viel höher entwickelte Industrie und einen viel höheren Kulturzustand als dort vorhanden, voraussetzen; sie sind zu idealistisch für jenes Land. Immerhin machen sie den Exponenten der ungarischen Regierung, die sie verfaßten, wegen ihrer Großzügigkeit alle Ehre und das ganze Programm würde, mit entsprechend starker Zustimmung und Anpassung, vorsichtig in die Tat umgesetzt, neben Ungarn auch Bosnien wirtschaftlich und industriell heben können. Von diesem Standpunkte aus kann schließlich dem ungarischen Kurs nichts weiter nachgesagt werden.

So wäre denn die offizielle Angliederung Bosniens an Ungarn leider fast nur mehr eine Formalität, zur Befestigung tatsächlicher Ereignisse, die sich sozusagen vor den Augen Oesterreichs ungesehen abgespielt haben, und der unparteiische Beobachter könnte diese Lösung nur als eine von Ungarn sorgfältig vorbereitete und von Oesterreich selbst verschuldet bezeichnen.

Nichtsdestoweniger dürfte aber der politische Kurs in Bosnien nicht zu dem von Ungarn angestrebten Ziele führen, denn die Unterhandlungen des Grafen Tisza, die, allem Anscheine nach auf falschen Informationen aufgebaut, für ihn jedenfalls eine Enttäuschung zur Folge hatten, dürften ergeben, daß die offizielle Angliederung Bosniens an Ungarn nicht so ohne weiteres möglich sein wird. Wenn nicht aller Schein trägt, dürfte insolge dessen das Provisorium, nach welchem Bosnien hinsichtlich seiner staatsrechtlichen Stellung Zankapfel und hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Verhältnisse Stiefkind ist, noch lange nicht einem besseren Definitivum weichen.

\*) Die Entwicklung der Industrie Bosniens und der Herzegowina in den letzten zehn Jahren, von Ingenieur W. Gerbel, Zivilingenieur und Dampfmaschineninspektor, Wien.



Bezugsbedingungen:  
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
 Wöchentlich 1 Krone,  
 monatlich K 4.20, vierteljährlich K 12.60  
 Zum Abholen in den Filialen, in allen  
 Tabak-Exakten und Buchhandlungen:  
 Monatlich K 4.20.

Provinz und Ungarn:  
 Monatlich K 4.60, vierteljährlich K 13.80  
 bei freier Zustellung durch die Post.  
 Deutschland: Vierteljährlich K 20.—  
 für alle anderen dem Reichsministerium  
 angehörenden Länder: Vierteljährlich K 25.—  
 Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Reiche  
 Wienzeile 97, und in den Filialen:  
 I. Schulzestraße 19, Tel. 4191  
 II. Wagramergasse 30, Tel. 40223  
 X. Wiedenplatz 6, Tel. 63244  
 XIV. Wollingerplatz 6, Tel. 33126  
 XVI. Raasdorfstraße 14, Tel. 34146  
 XVII. Wackerstraße 23, Tel. 17170  
 XXI. Angereckstraße 14.  
 Für die an fremde Austräger oder  
 Buchhändler bezahlten Besträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 Offene Reklamationen sind portofrei.

# ung

ung.

r nachmittags.

XXX. Jahrgang.

## Lehter Augenblick.

In trüb-schwerer Zeit tritt das Abgeordnetenhaus heute zusammen. Die so lange genährten Illusionen von einer baldigen Beendigung des Krieges durch den Sieg auf den Schlachtfeldern sind zerstoßen und vor den Mittelmächten steht nun heute die Aufgabe, in einem Kampfe mit einem Bunde, der fast die ganze Welt umfaßt, das nackte Leben zu retten. Auch die Erkenntnis dringt durch, daß zu einem Frieden, der die lebenswichtigen Organe unangetastet läßt, der die Völker der Entente dazu führt, die Notwendigkeiten des Daseins der zwei Militärmonarchien anzuerkennen, eine tiefgreifende Veränderung dieser Mächte im Innern unerlässlich ist. Eine tiefgreifende, nicht bloß die Institutionen, sondern auch die ganze Denkweise der Menschen umwälzende; es reicht keineswegs aus, den feudalen, militärischen, absolutistischen Geist mit einem demokratischen Firnis zu umgeben, sondern es muß der ganze politische Sinn umgestaltet werden, und diese demokratische Reform, die den ganzen Staatsorganismus ergreift, darf nicht mit Widerwillen unternommen, nicht als Zwang empfunden werden, muß freudig und rückhaltlos geschehen. Im Deutschen Reiche scheint man, wenn auch leider allzu spät, für diese erzene Notwendigkeit das Empfinden zu haben, und wie immer der Versuch, eine parlamentarische Reichsregierung einzusetzen, unternommen wird, er ist doch der Ausdruck der Erkenntnis, daß der Obrigkeitstaat am Ende seiner Kräfte angelangt ist. Wie steht es aber in Oesterreich? Obwohl die Gewässer immer höher steigen und das Schicksal es selbst zu gebieten scheint, sich zu der Klarheit durchzuringen, wie dieser Staat überhaupt noch bestehen könne, sehen wir nur ein kindisches Zaudern und Stocken, eine Furcht vor jeder Tat; sehen wir noch immer die eitle Hoffnung walten, daß der Zauber dieser Staatlichkeit anreicher werden, die widerspenstigen Nationen in Schach zu halten und am Schlusse zu treuer Gefolgschaft zu befehlen. Aber die letzte Phase des Weltkrieges ist eine heiße Zeit, und es reifen heute die Dinge in Tagen rascher als sonst in Jahren und Jahrzehnten. Es könnte sehr leicht kommen, daß man, wenn man den Augenblick versäumt, Gelegenheiten versäumt, die die letzten sein können.

Es besteht die Meinung, daß es in Oesterreich nur eine Frage der slavischen Nationen gibt, nur diese es seien, die an den Nationalitätenstaat Forderungen zu stellen haben. Daß die Tschechen, die Südslaven, die Polen und die Ruthenen, daß sie alle ihre nationale Unabhängigkeit einfordern und, von der überlieferten Herrlichkeit unberührt, den eigenen Staat begehren, weiß jeder; und ebenso hat sich die Welt angewöhnt, die Deutschen als die berufenen Verfechter des Staates, wie er geworden ist und wie er nicht mehr bleiben kann, anzusehen und zu behandeln. Tatsächlich scheint es so, daß sich der ganze Umfang der nationalen Wünsche der Deutschen in Oesterreich darin erschöpfe, dem Nationalitätenstaat sozusagen einen deutschen Firnis zu geben und lächerlich unbeträchtliche „Konzessionen“ von der Gunst der Regierung zu erlangen. Das hat die dumme Nationalverbändlerei bewirkt, die, jeder tieferen Einsicht bar, eines schöpferisch nationalen Programms ganz unfähig ist. In Wahrheit gibt es auch eine deutsche Frage in Oesterreich und sie ist keine andere als die aller Nationen in diesem Staate, der alle entrechtet und alle um ihr Erstgeburtsrecht betrügt: es ist die Frage nach der Zusammenfassung des deutschen Volkes in Oesterreich zur Einheit und die Ausstattung dieser einheitlichen Nation mit Freiheit und Selbständigkeit, ihre Begründung in einem unabhängigen Staate. Der Nationalitätenstaat beruft sich gegenüber den drängenden Nationen auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die es allen zu einer zwingenden Pflicht machen, das gemeinsame große Wirtschaftsgebiet, an das ihrer aller Entwicklung geknüpft ist und in dem allein sie das Hilfsmittel ihrer vollen Entfaltung erlangen, zu erhalten. Wohl besteht diese Notwendigkeit, aber sie ist nur zu erfüllen, der gemeinsame Staatenverband ist nur zu erhalten, wenn die Nationen das Gefühl verlieren, von dieser Notwendigkeit gefangengehalten zu werden, wenn daneben ihre nationale Sehnsucht, die aus keinem Volke mehr auszutreiben ist, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, Erfüllung findet. Das Gemeinsame kann nur das Ergebnis des Selbständigen werden.

## Sturmjahren im Reichsrat.

Das Abgeordnetenhaus ist heute in die Debatte über die Regierungserklärung, verbunden mit der ersten Lesung der die Friedensfrage betreffenden Anträge eingetreten. Während der Verlesung der Anträge über die Friedensfrage, die geraume Zeit in Anspruch nahm, war kein einziger Minister im Hause anwesend, was den Abg. D a s z y n s k i zu dem wiederholten Zwischenruf veranlaßte: „Wo ist die Regierung!“ Nach der Verlesung der Anträge brachte der Abg. S e i z die Unterdrückung des Friedensantrages der Sozialdemokraten durch die Wiener Zensur zur Sprache. Er verwies darauf, daß durch diesen Uebergriff das Volk gar nicht in die Lage komme, den Gegenstand zu kennen, über den seine Vertretung in öffentlicher Sitzung verhandle und beschleße. Es handle sich hier entweder um einen frechen Uebergriff eines Staatsanwaltes, falls die Zensurorgane aber vorher bei der Regierung angefragt haben, um eine verbrecherische Dummheit der Regierung. Das Haus beschloß auch sofort einstimmig, die vorliegenden Anträge in Druck zu legen und die Regierung zu veranlassen, daß die Zensurverbote über diese Anträge sofort zurückgezogen werden. Hierauf ergriff als erster Redner Abg. S t a n e l namens des Tschechischen Verbandes das Wort.

Als der Abg. Stanel seine Rede in deutscher Sprache fortzusetzen begann, ging im Saal der Lärm los. Stanel, der eine sehr herausfordernde Rede hielt und u. a. auch die Bildung der tschecho-slowakischen Brigaden zu beschönigen versuchte, wurde von dem Abg. T e u f e l leidenschaftlich unterbrochen. Der Zwischenruf des Abg. Teufel: „Das ist eine tschecho-slowakische Gaunerei!“ entfesselte bei den Tschechen einen Sturm der Entrüstung. Sie drangen gegen die Estrade, hinter der Abg. Teufel stand, und bewarfen ihn mit allem, was zu erreichen war. Die Abg. S o u l a y und B i s y rafften auf der Ministerbank zusammen, was eben dort lag, darunter auch die Aktentasche des mittlerweile im Hause erschienenen Ministers P a u l, der auch von mehreren Wurfgeschossen getroffen wurde und sich hierauf entfernte, und die Bestandteile des Lintenzuges und schleuderten sie auf den Abg. Teufel, der fortgesetzt „tschecho-slowakische Schurkerei“ rief.

Der Präsident bemühte sich längere Zeit hindurch vergeblich, die Ruhe herzustellen. Erst als Abg. Teufel sich auf die andere Seite des Saales begab, konnte Abg. Stanel seine Rede fortsetzen. Er wurde jedoch von den mittlerweile in den Saal geeilten deutschböhmischen Abgeordneten, insbesondere dem Abg. W l a t i l mit leidenschaftlichen Zwischenrufen unausgesetzt unterbrochen. Zur Stunde spricht Abg. Stanel unter fortgesetzten heftigen Auseinandersetzungen zwischen den deutschen und tschechischen Abgeordneten noch fort. Nachstehend der Sitzungsbericht:

Präsident Dr. G r o s s eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 10 Minuten.

Es wird zur Verhandlung des ersten Punktes der Tagesordnung geschritten: Debatte über die Regierungserklärung, verbunden mit der ersten Lesung der die Friedensfrage betreffenden Anträge.

Sodann gelangen die eingebrachten Anträge zur Verlesung und zwar ein Antrag der Abg. Dr. L o m b i n s k i, S t a n e l, Dr. K o r o s e c und Genossen, in welchem beantragt wird die k. und k. Regierung möge dem Parlament eine erschöpfende wahrheitsgetreue Darstellung des Standes der Friedensfrage insbesondere betreffend den Standpunkt zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen und zu deren entscheidender Beteiligung am Friedenskongreß sowie genaue Aufklärungen über die militärische, wirtschaftliche und politische Lage geben.

### Ein Friedensantrag.

Die Abgeordneten Dr. A d l e r, S e i z, S e l i g e r und Genossen stellen einen Antrag, in welchem die Regierung aufgefordert wird, den Regierungen aller kriegsführenden Staaten Verhandlungen über den allgemeinen Frieden auf folgender Grundlage vorzuschlagen:

1. Errichtung eines Völkerbundes, der die internationale Abrüstung durchführt, alle Streitigkeiten zwischen den Völkern der Entscheidung obligatorischer internationaler Schiedsgerichte unterwirft und jenem Staate, der das Völker-

recht verletzt oder die Freiheit seiner Nachbarvölker bedroht, die vereinigte Macht des gesamten Völkerbundes entgegenstellt;

2. Vermeidung jedes Wirtschaftskrieges, gegenseitige Zusicherung der gleichen Behandlung aller Staaten im wirtschaftlichen Verkehr, internationale Vereinbarungen über den Arbeiterschutz gemäß den Beschlüssen der Gewerkschaftskonferenz von Bern und Leeds;

3. keine Annexionen, Wiederherstellung Serbiens, Montenegros und Belgiens;

4. keine Kontributionen, Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten kleinen Länder mit Hilfe eines internationalen Fonds, zu dem alle kriegsführenden Großmächte Beiträge zu leisten haben;

5. Oesterreich-Ungarn erklärt sich damit einverstanden, daß die Ostfragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker neu geregelt werden und daß die Friedensverträge von Brest-Litowsk und von Bukarest im Sinne der von einem allgemeinen Staatenkongreß, zu dem auch die russische Sowjetrepublik eingeladen ist, abzuschließenden Vereinbarungen abgeändert werden. Das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen, polnischen, litauischen, lettischen und estnischen Volkes soll unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

Was insbesondere Polen betrifft, erklärt Oesterreich-Ungarn, daß es die staatliche Zukunft des polnischen Volkes nicht einseitig durch Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich regeln will. Es will sich vielmehr dem polnischen Volke selbst überlassen, durch eine nach Warschau einzuberufende bei allgemeinem und gleichem Stimmrecht zu wählende Konstituante selbst seine staatliche Ordnung zu bestimmen.

6. Im Interesse des Friedens hat sich Oesterreich-Ungarn schon im Jahre 1915 bereit erklärt, Italien territoriale Zugeständnisse zu machen. In seiner Friedensnote vom 1. August 1917 hat der Papst seine Ueberzeugung ausgedrückt, daß der Friede nur dadurch ermöglicht werde, daß Oesterreich-Ungarn und Italien die territorialen Streitfragen, die zwischen ihnen bestehen, in verständlichem Geiste erörtern, indem sie nach Maßgabe der Möglichkeit und Billigkeit den Wünschen der Völker Rechnung tragen und ihr Sonderinteresse dem Gesamtwohl der menschlichen Gesellschaft unterordnen. Dieser Auffassung entsprechend, erklärt sich Oesterreich-Ungarn bereit, über die Lösung der territorialen Streitfragen im Süden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes des italienischen und des südslawischen Volkes zu verhandeln.

7. Die Regelung der Beziehungen zwischen den Nationen Oesterreich-Ungarns ist Sache dieser Nationen selbst. In Erwägung aber, daß die feindlichen Völker behaupten, die Unzufriedenheit vieler Nationen Oesterreich-Ungarns mit ihrer gegenwärtigen staatsrechtlichen Stellung werde in kommenden Zeiten den Frieden Europas gefährden, erklärt die österreichisch-ungarische Regierung, daß sie bereit ist, die Beziehungen der Nationen zum Reich auf Grundlage der Freiheit und Selbstregierung aller Völker neu zu gestalten. Zu diesem Zweck wird die Regierung den gesetzgebenden Körperschaften vorerst die Konstituierung besonderer Nationsvertretungen der einzelnen Nationen vorzuschlagen.

Jede dieser Nationsvertretungen, aus den auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählten Abgeordneten dieser Nation zusammengesetzt, soll einerseits die Verfassungs- und die Verwaltungsorganisation des zu schaffenden Gemeinwesens ihrer Nation ausarbeiten, andererseits mit den anderen Nationen des Reiches vereinbaren, welche Angelegenheiten den Nationen gemeinsam bleiben sollen und wie die Gesetzgebung über die gemeinsamen Angelegenheiten und die Verwaltung dieser Angelegenheiten geordnet werden sollen. Die Regierung erklärt, daß sie jeder solchen Regelung zustimmen werde, über die sich die Nationsvertretungen der einzelnen Nationen miteinander einigen.

und stand am Abend in Linie Vantelay—Billers Franqueux.

In der Champagne nahm der Franzose seine einheitlichen Angriffe wieder auf. Sie richteten sich am Vormittag gegen die Front St. Marie-a-Py bis Monthois und im Laufe des Tages gegen unsere Linien zwischen Somme-Py und Aure. Seine Angriffe sind gescheitert. Vertikale Einbruchsstellen wurden meist durch Gegenstöße wieder gesäubert. Neben den schon seit Beginn der Schlacht in Front stehenden preussischen und bayrischen Divisionen zeichnete sich gestern das Inf.-Reg. Nr. 406 besonders aus. Die in vorletzter Nacht beiderseits der Aisne neu bezogene Stellung verläuft von Monthois über Challerange, den Wald von Autry nördlich an Binerville vorbei und quer durch den Argonnenwald nach Apremont. Vortruppen wiesen vor dieser Front mehrfache feindliche Angriffe ab.

Heeresgruppe Gallwitz: In örtlichen Angriffsunternehmungen warfen wir den Amerikaner aus dem Ognonswald und den anschließenden Linien zurück.

Wir schossen gestern 27 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone ab. Hauptmann v. Schleich errang seinen 35., Vizefeldwebel Mai seinen 30. Lufttag.

Der Erste Generalquartiermeister:  
Ludendorff.

Berlin, 2. Oktober. (Amtlich).

„2. Oktober 1918, abends.“

Hestige Teilkämpfe in Flandern und in der Champagne. Vor Cambrai ruhiger Tag.“

## In schwerer, verantwortungsvoller Stunde.

Von Ausricius Observator.

Die „Reichspost“ hat sich um das Vaterland ein großes Verdienst erworben, indem sie in mehreren Leitartikeln mit aller Kraft gegenüber den Zauderern und den Zweiflern, die auch jetzt noch von ihrem verderblichen Tun nicht lassen können, das drängende Gebot der Stunde zur Geltung brachte: Zusammenschluß aller Völker und Parteien Oesterreichs und sofortige Inangriffnahme der Verfassungsreform auf breiterster Grundlage.

Es ist in der Tat keine Ueberstürzung und keine Uebertreibung, diese Forderungen mit allem nur denkbaren Nachdruck zu erheben, sondern kühle Erwägungen nüchternster Realpolitik führen mit zwingender Notwendigkeit zu diesem Schluß. Auch wenn es gelingt, das Loch am Balkan zu stopfen, ein Blick auf die Westfront, wo anscheinend der Höhepunkt der feindlichen Anstürme noch immer nicht erreicht ist, ein anderer Blick auf unsere Südwestfront, auf welche die neue Lage am Balkan zweifellos nicht ohne Rückwirkung bleiben wird, zwingt uns die Erkenntnis auf, daß alles getan werden muß, um der hart bedrängten Front die moralische Stütze einer festen Einigung des gesamten Hinterlandes bieten zu können. Wären wir im Innern geeint und fest, dann bräuchten wir den Ansturm des äußeren Feindes nicht zu fürchten. Man kann voraussehen, daß Deutschland mit der ihm gewohnten Entschlossenheit zu der erforderlichen Einigkeit seiner Parteien im Sinne einer aufrichtigen Demokratisierung seiner Politik in kurzem gelangen wird. Und wir sollten nicht imstande sein, alsbald die erforderliche Einigung unserer Völker zustande zu bringen? Nicht minder wahr als der Satz, daß beim Zusammenbrechen des Deutschen Reiches auch das Los

Oesterreich-Ungarns entschieden sei, ist auch der andere, daß ein Zusammenbrechen der Monarchie unaufhaltsam die Besiegung Deutschlands nach sich ziehen würde.

Aus diesem Satz klingen bringendste Mahnungen vor allem den Deutschösterreichern aller Parteien entgegen. Daß von ihnen jetzt weitergehende Entschlüsse gefaßt werden müssen, als noch vor Jahresfrist genügt hätten, wurde schon in der „Reichspost“ rücksichtslos ausgesprochen. Es ist eine traurige Genugtuung für jemand, der Monate und Jahre lang vergebens auf die innere Notwendigkeit des Einigungswerkes hingewiesen, sehen zu müssen, wie es jetzt durch den Drang der äußeren Ereignisse erzwungen werden soll. Denn es muß erwartet werden, daß dieser Drang den Vertretern des deutschen Balkes in Oesterreich die Einsicht in die unausweichliche Notwendigkeit bringen wird, aber auch die Entschlossenheit, sich durch kleinliche Bedenken von der Erfüllung ihrer Pflichten gegen Oesterreich und Deutschland nicht mehr abhalten zu lassen. Der da und dort laut werdende Desperatogedanke: „An einem derart umgestalteten Oesterreich haben wir Deutsche kein Interesse mehr, da lassen wir es in Teufels Namen zugrunde gehen und retten uns durch den Anschluß an das große deutsche Mutterland“ ist verhängnisvollster Selbstbetrug. Denn wenn Oesterreich jetzt zusammenbräche, so bräche auch Deutschland zusammen, es würde nicht einmal mehr einen Verständigungsfrieden erringen. In dem harten Verzichtsfrieden, den die Feinde ihm aufzwingen würden, wäre keine Rede davon, daß die deutschen Teile Oesterreichs ihm zugesprochen würden; die würden in mannigfacher Zerstückelung mit nichtdeutschen Staatsbildungen in hartem Zwang zusammengekoppelt werden. Freilich wäre eine so unnatürliche Schöpfung eines Gewaltfriedens unmöglich von Dauer, aber wie viel Jahrzehnte heftigster Kämpfe auf allen Gebieten würden dem Durchbruch des Rechtes gegenüber dem Zwang vorausgehen müssen, und als was für ein Reichen- und Trümmerfeld würde das kleine Europa dann daliegen zwischen den beiden Kolossen Asien und Amerika, die während der Zeit zu seinen absoluten Beherrschern sich emporgeschwungen hätten! Dieser „Ausweg“, die Flucht aus Oesterreich zu Deutschland, ist somit versperrt. Die Stimme Deutschlands selbst ist es, die aus harter Bedrängnis den Deutschen in Oesterreich zuruft, auf ihrem Posten in Oesterreich auszuhalten und alles zu tun, um eine innere Konsolidierung Oesterreichs zustande zu bringen.

Ein noch ernsteres Wort ist nach der Richtung der slavischen Völker der Monarchie hin zu richten. Auch sie erleben jetzt eine Schicksalsstunde, die Probestunde nämlich, ob sie politisch so reif sind, eine große Gesamtheit politischer Tatsachen ruhig und ernst zu überschauen, auch dann, wenn glänzende Bilder lodend sich vor ihnen erheben, oder ob sie, wie so manche Deutsche ihnen nachsagen, auch in der Politik rettungslos von Gefühl und Phantasie sich fortreißen lassen. Diese Probestunde tritt vor allem an die Südslaven heran, denen das Gaukelebild des großen südslavischen Staates jetzt nicht bloß mehr von England und Frankreich, sondern auch von Italien so blendend vor die Seele gestellt wird. Aber sie haben es ja im „Corriere della Sera“ vom 3. v. M. lesen können, wie Italien, nachdem es „ein noch schillernderes Ideal, als es der Seele jenes Volkes vor-schwebt, vorgepiegelt und aus der Aufstandsbewegung der Jugoslawen den militärischen Nutzen gezogen“, dann, stark „durch das Abkommen, das uns an Frankreich und England bindet“, und als „vierzig Millionen Bürger eines Staates, der für die Sache der Entente die blutigsten Opfer gebracht hat“, „leicht des maßlosen und lächerlichen Größenwahnes (der Jugoslawen!) Herr zu werden“ gedenkt. Und wodurch hofft Italien das „Leicht“ zu bewerkstelligen? Die Antwort trifft in der Tat das eigentliche Wesen der Donaumonarchie und sollte von allen ihren Völkern, in steinerne Gedenktafeln eingemeißelt, aufbewahrt werden: „Es wird uns um so leichter sein, so zu sprechen, wenn wir

# Verhandlungen mit den Nationalliberalen.

Der neue Reichskanzler hat, wie wir erfahren, den Wunsch ausgesprochen, den Zusammentritt des Reichstages möglichst zu beschleunigen. Der ursprünglich mitgeteilte Termin, nämlich der 8. Oktober, wird keinesfalls abgewartet werden. Es ist sogar möglich, daß die selbsterwählte Absicht, den Reichstag zum Sonnabend einzuberufen, ebenfalls bald überholt sein wird. Der Aeltestenausschuß des Reichstages, der heute mittag um 1 Uhr zusammentrat, um in dieser Frage zu entscheiden, vertagte sich ohne jede Beratung sofort wieder für 2 Uhr. In der Zwischenzeit sollen, wie wir hören, wichtige Besprechungen stattgefunden haben. Der Aeltestenausschuß wird bei seinem Wiederzusammentritt wahrscheinlich die Frage erwägen, ob das Plenum des Reichstages, zum mindesten aber der Hauptausschuß, nicht schon zu morgen einzuberufen werden soll.

Eine weitere wichtige Veränderung in der parlamentarischen Lage ist darin zu erblicken, daß der Eintritt der National-Liberalen in den Regierungsbund sehr heute wieder mit Aussicht auf Erfolg diskutiert wird. Diese Wendung ist dadurch eingetreten, daß sich die Mehrheitsparteien offiziell an die national-liberale Fraktion gewandt und ihr das Mehrheitsprogramm zum Zweck der Stellungnahme der Nationalliberalen überreicht haben. Die Mehrheit hat sich dahin ausgesprochen, daß das Verbleiben der national-liberalen Parlamentarier in der Reichs-, bzw. preussischen Staatsregierung sehr wünschenswert sein würde.

In der Frage der Besetzung der Regierungsämter vertritt die Mehrheit den Standpunkt, daß es gerecht sein würde, wenn die Nationalliberalen ihren bisherigen Besitzstand an Regierungsstellen weiter behielten. Auch die fortschrittliche Volkspartei wird sich in dieser Hinsicht voraussichtlich auf ihren Status quo beschränken. Sie dürfte außer Herrn v. Payer, der als Vizekanzler im Amt bleiben soll, keinen neuen Staatssekretäre erhalten, und der preussische Ministerposten, der der Volkspartei zugesagt ist, bedeutet keinen Zuwachs, sondern ist nur die Einlösung eines Versprechens, das der Partei schon 1917 gemacht worden ist.

Diesen Standpunkt in der Personenfrage vermag die national-liberale Partei allerdings nicht zu teilen. Es besteht aber die Hoffnung, daß sich in dieser Hinsicht eine Verständigung erzielen lassen wird, falls es gelingt, in der zweifellos wesentlicheren Frage des Programms zu einer Einigung zu gelangen.

Aus diesen Mitteilungen über die voraussichtliche Zahl der fortschrittlichen Regierungssitze geht hervor, daß die heutigen Angaben des „Vorwärts“ über die Zusammensetzung der neuen Regierung im Reich unrichtig sind. Wie wir hören, handelt es sich dabei lediglich um ein Projekt, das den Wünschen der Sozialdemokraten entspricht, von den anderen Mehrheitsparteien bisher aber nicht gebilligt wird.

Wenn die Unrichtigkeit der Mitteilungen des „Vorwärts“ richtiger sind als die angeführten Einzelheiten, so würde, abgesehen von der parlamentarischen Zusammensetzung, an der neuen Regierung ausführlich und wichtig sein, daß sie durch die kollegiale Beratung besonders wesentlicher Fragen sich bis zu einem gewissen Grade dem Charakter eines Reichsministeriums annähert, ohne ihn allerdings zu erreichen. Dazu fehlt die grundsätzliche Gleichstellung der Staatssekretäre gegenüber dem Reichskanzler, bzw. die Aufhebung ihrer Eigenschaft als Stellvertreter des Kanzlers, ferner aber auch das Stimmrecht der einzelnen Staatssekretäre in einem Ministerrat.

Mit ähnlichen Einschränkungen kann man die vom „Vorwärts“ angekündigte Einsetzung eines engeren Ausschusses, bestehend aus dem Reichskanzler, dem Vizekanzler und den beiden

Staatssekretären ohne Portefeuille mit der englischen Einrichtung des Kriegskabinetts vergleichen.

Es ist schon mehrfach erwähnt worden, daß zwei neue Reichsämter gegründet werden sollen, nämlich ein Arbeitsamt und ein Presseamt. Leider ist bisher über die Befugnisse gerade des letzteren nicht viel bekannt geworden. Es soll eine Zusammenfassung der bisher unabhängigen Presseabteilungen der verschiedenen Ämter bilden, doch ist noch nicht klar, in welcher Richtung es sich zu betätigen haben wird. Nur von seinen Funktionen als Propaganda-Ministerium wird gesprochen. Dagegen ist nicht gut zu verstehen, weshalb es die wichtigste Funktion auf dem ihm zuständigen Gebiet, nämlich die Ueberwachung der Zensur, nicht ausüben soll.

Schließlich bleibt immer noch die Frage nach der Besetzung einiger wichtiger Reichs- und Staatsämter offen, von denen auch im „Vorwärts“ keine Rede ist. Es ist verwunderlich, daß die Mehrheitsparteien im Verkehr mit dem Kanzler bisher noch keine Dispositionen über die Besetzung des Reichs-Marineamts und des Kolonialamts, des Ernährungsamts und des preussischen Kriegsministeriums getroffen haben.

Die vom „Vorwärts“ aufgestellte Ministerliste, die mindestens zum Teil bereits als überholt gelten kann, lautet:

Reichskanzlei. Reichskanzler: Prinz Max von Baden. Vizekanzler: v. Payer. Staatssekretäre ohne Portefeuille: Scheidemann und ein Zentrumsabgeordneter, ferner ein Sozialdemokrat als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Staatssekretariat des Aeußern. Staatssekretär: Einer von drei vorgeschlagenen Diplomaten, die alle drei mit ihrer Ueberzeugung auf dem Boden des neuen Regierungsprogramms stehen. Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre.

Reichsarbeitsamt. Staatssekretär: Ein Sozialdemokrat. (Ueber die Person soll noch die Generalkommission der Gewerkschaften befragt werden.) Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Ein Fortschrittler und ein Zentrumsmann.

Reichsamt des Innern. Staatssekretär: Ein Zentrumsabgeordneter.

Reichspresseamt. Staatssekretär: Erzberger (Ztr.). Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Ein Fortschrittler und ein Sozialdemokrat.

Reichswirtschaftsamt. Staatssekretär (wie bisher) v. Stein, ferner ein Sozialdemokrat als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Reichshygieneamt. Staatssekretär (wie bisher): Graf Roedern, ferner ein Zentrumsabgeordneter als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Preussisches Staatsministerium. Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschrittspartei stellen je einen Minister.

Die Sozialdemokratie stellt also: einen Staatssekretär ohne Portefeuille (Scheidemann), den Staatssekretär des Reichsarbeitsamts, einen preussischen Minister, je einen Unterstaatssekretär bei der Reichskanzlei, beim Reichspresseamt, beim Reichswirtschaftsamt und beim Reichsernährungsamt (wie bisher, Dr. August Müller).

Der „Vorwärts“ teilt weiter mit, daß die Entsendung des Abgeordneten Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille auf Vorschlag des Abgeordneten Obert durch einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes und des Fraktionsvorstandes erfolgt.



### Oesterreichischer Reichsrat.

#### Abgeordnetenhaus.

(87. Sitzung. — Beginn der Sitzung um 11 Uhr.)  
Mietungsvorlage.

Vom Finanzminister wird der Staatsrechnungsbuch des Verwaltungsjahres 1915/16 vorgelegt. Die Debatte über die Regierungserklärung und die Friedensfrage.

Abg. Dr. Stöckel (Deutschnational) bemerkt in seinen Ausführungen: In keiner Zeit wie in der jetzigen haben die Meinungen der Parteien voll und ganz und wahrhaft zum Ausdruck zu bringen. Wenn man vor der diplomatischen Öffentlichkeit verlangt, so muß man so mehr dieses Gebot der Offenheit für die Vertretung der Völker seitens der Abgeordneten annehmen, wie man nach seiner persönlichen Stellung in seinem Klub annehmen muß, im Rahmen dieses Klubs gesprochen. Er hat mit seiner Rede aber seinem Volke den allerhöchsten Dienst erwiesen, denn wenn man mit dem gesetzlichen Volke als einem vollkommenen auf der Höhe des parlamentarischen Lebens stehenden Kulturbild verhandeln soll, so darf ein solches Kulturbild nicht durch seinen legitimeren Träger im Hause eine Sprache führen, die nicht in das österreichische Parlament gehört. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Seine Rede schloß sich vor allem auf diejenige geistige Richtung, welche in den czechoslawischen Regionen zum Ausdruck gekommen ist. Wenn es aber durch Gerichtsordnungsmäßig geworden sei festgestellt wurde, auf welche Weise viele czechische Bezirke in die czechischen Regionen gepreßt wurden, die vielleicht gar nicht freiwillig in sie eintraten, weil sie noch brave Soldaten und irrwille Staatsbürger waren, daß man sie vielfach durch Hunger und körperliche Misshandlungen gezwungen hat, das Braudmal der czechischen Leiden zu sein, und war ein Bandmal im wahren Sinne des Wortes, auf sich zu rechnen, so steht es dem Führer des czechischen Volkes an, für diese czechischen Regionen einzutreten, ohne zugleich zu sagen, daß der größte Teil der Leute unrichtig an deren Verhalten ist. Ich möchte denn doch bitten, daß in diesem Parlamente nicht mehr von czechoslawischen Bezirken gesprochen wird, die freiwillig gegen unseren Staat, und von czechischen Soldaten, die unfreiwillig in unseren Reihen kämpften. Wenn dieses letztere Moment eingetreten ist, so ist die Ursache dafür lediglich in der maßlosen Verheerung zu finden, der das czechische Volk Jahrzehnte hindurch ausgeht war. Ist es denn wirklich wahr, daß die czechische Nation in diesem Staate nicht ihre Kultur erhalten habe? (Zustimmung links.) Ist ein Volk, das sich kulturell so entwickelt hat, in der Zwischenzeit ein Sklavenvolk gewesen? Und in welcher Weise hat sich das czechische Volk in den letzten 50 Jahren wirtschaftlich entwickelt? Wie viele Czechen sind hier auf der Ministerbank gesessen und wie viele haben maßgebenden Einfluß auf das gesamte Staatswesen gehabt? Ist ein solches Volk wirklich ein unterdrücktes, wie einzelne es in der Welt zu verkünden sich getrauen? Nein! Aber in Amerika, in England, überall dort, wo man durch eigene Wahrnehmung sich von den wirklichen Verhältnissen in Oesterreich nicht überzeugen kann, macht eine solche falsche Darstellung Einfluß. Diejenigen, welche diese Meinung über die Haltung wider das czechische Volk in Oesterreich verbreitet haben, tragen mit der Schuld am Kriege und an seiner Verlängerung. (Lebhafte Beifall links.) Wenn der czechische Staat sich wirklich so entwickelte, wie Abgeordneter Stanek verkündet hat, dann wird doch bald eine Zeit kommen, wo sich die Czechen mit Wehmut zurück erinnern werden an die Obhut der lieben alten Mutter Austria.

An dem schlechten Verhältnisse der Czechen zum Staate tragen auch die österreichischen Regierungen Schuld, und zwar deshalb, weil man systematisch, um über Augenblicksschwierigkeiten hinwegzukommen, immer die jeweils radikalste Partei, die jeweils brutalste Partei unterstützte und so die ruhigen Parteien im czechischen Volke unmöglich machte, ein Vorgehen, das auch bei anderen Nationen geübt wird. Und wenn die Deutschen noch nicht so weit sind, so ist das nicht ein Verdienst der jeweiligen Regierung, sondern es liegt der Grund in der Ueberzeugung des deutschen Volkes. (Zustimmung links.)

Abg. Daszynski würde dem polnischen Volke einen sehr schlechten Dienst erwiesen, wenn wir uns auf denselben Standpunkt stellen, den er einnimmt, und wenn vor allem die Regierung dies täte. Wie könnten wir es vor unserer Wählerschaft verantworten, einen Kreuzer für Galizien zu bewilligen, wenn wir das annehmen müßten, daß es ein uns feindliches Land ist. Was hätte das polnische Volk in Russisch-Polen getan, wenn nicht der preussische Militarismus, wie er es nennt, in Wirklichkeit aber die Truppen des deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns das Land von der russischen Kante befreit hätte. Vor Gorlice hat man hier anders gesprochen und auch in Galizien selbst führte man eine andere Sprache, als man noch nicht hoffte, von der Entente das zu bekommen, was man von uns tatsächlich erreicht hat.

(1 Uhr; die Sitzung dauert fort.)

#### Obmännerkonferenz über die Arbeitseinteilung.

Heute mittag trat unter Vorsitz des Präsidenten Viktor Groß und im Beisein des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Saffarek eine Obmännerkonferenz zusammen, in der über die weitere Arbeitseinteilung des Plenums des Abgeordnetenhauses beraten wurde. Präsident Dr. Groß legte an, die Parteien mögen auf ihre Reden dahin einwirken, daß die Redezeit möglichst beschränkt werde, damit die politische Debatte noch heute abgeschlossen werden könne. Im andern Falle müßte auch morgen noch eine Sitzung abgehalten werden. Es wurde dann vorgeschlagen, die Debatte über die innerpolitische Lage und über die Ernährungsfrage in einem abzuführen. Von südslawischer Seite wurde darauf Gewicht gelegt, die Ernährungsfragen besonders zu verhandeln. Abg. Seig erklärte namens seiner Partei, daß ihr eine zweite politische Debatte unnötig erscheine. Es wurde beschlossen, die Debatte über die auswärtige Lage und über die vorliegenden Friedensanträge entweder heute oder morgen zu beenden, um am Dienstag die gemeinsame Debatte über die Ernährungsfragen und über die innerpolitische Lage zu beginnen. Diese Debatte dürfte voraussichtlich die ganze kommende Woche in Anspruch nehmen.

#### Besprechungen über die Delegationsverhandlungen.

Auf Einladung des Domannes des Ausschusses für Außerer der österreichischen Delegation Dr. Baerndt hielt gestern die deutschen Mitglieder dieses Ausschusses eine Besprechung, die unverbindlichen Charakter trug. Die Beratung wird am Dienstag vormittag fortgesetzt werden. Es werden sämtliche deutschen Delegierten zu ihr geladen werden.

Bei allen deutschen Delegierten herrscht die Meinung, daß die Delegationsverhandlungen ebendort in vollen Fluß gelangen sollen. Delegationspräsident Hausner hat die Ausschüßobmänner der österreichischen Delegation für Dienstag nachmittag zu einer Besprechung einberufen, in der besonders über das Arbeitskalendarium der Ausschüße Vereinbarungen getroffen werden sollen.

#### Eine Abordnung der Rechten und der Reichspartei beim Grafen Burian.

Heute mittag begaben sich namens der Rechten des Herrenhauses Fürst Friedrich Koblowitz und namens der Reichspartei Baron Huber zum Minister des Außern Grafen Burian, um von ihm, ähnlich wie gestern die Abordnung der Verfassungspartei und der Mittelpartei des Herrenhauses, Ausführungen über die auswärtige Lage zu erbitten.

#### Der sozialdemokratische Antrag in der gemeinsamen deutschen Besprechung.

Mit dem gestrigen Delegationsantrag der deutschen Sozialdemokraten in der gemeinsamen Vertreterversammlung der deutschen Parteien wird sich der Ausschüß des Verbandes der deutschnationalen Parteien bereits heute nachmittag beschäftigen. Ein Teil der Abgeordneten des Verbandes sowie der christlichsozialen Partei ist am Prinzipie mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden. Man will die Czechen vor die Entscheidung zwischen litauischem und nationalem Staatsrecht stellen. Bei den czechischen Abgeordneten ist aber kaum ein Eingehen auf eventuelle in dieser Richtung laufende deutsche Beschlüsse zu erwarten. Im Vorjahr haben die Czechen mit sehr geringer Stimmenmehrheit den Beschluß gefaßt, sich an den Verhandlungen des Verfassungsausschusses nicht zu beteiligen. Jetzt werden sie schlußfösig zu werden haben, ob sie auf diesem negativen Standpunkte beharren oder mindestens bereit sind, über eine Neugestaltung Oesterreichs die Debatte zu eröffnen.

Die Ukrainer erklären, daß bei einem Programm, welches das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert, die Ukrainer nicht vergessen werden dürfen. Das Selbstbestimmungsrecht dürfe nicht in dem Sinne aufgefaßt werden, daß die Ukrainer in dem polnischen Staate ausgehen und es dem Belieben der Polen überlassen bleibe, in welchem Maße sie den Ukrainern entgegenkommen wollen.

#### Staatschuldenkontrollkommission.

Die Staatschuldenkontrollkommission hielt gestern eine Sitzung ab, in der Finanzminister Freiherr v. Wimmerer Mitteilungen über die zunehmende Vermehrung des Notenumlaufes machte. Seine Ausführungen bewegten sich im wesentlichen im gleichen Rahmen wie seine letzte Rede im Vernehmungsaußschüß. Der Finanzminister besprach auch seine Bemühungen, bei der Heeresverwaltung eine Einschränkung der militärischen Ausgaben durchzusetzen. Die Sitzung der Staatschuldenkontrollkommission war nur von Jur. Dr. Dourer, da der Obmann der Kommission Freiherr v. Czedeil als Mitglied der Abordnung der Mittelpartei des Herrenhauses sich zum Minister des Außern Grafen Burian begeben mußte.

## Keine Oberflächen- Parlamentarisierung.

Von  
Ulrich Kaufher.

Was jetzt, bei der Einrichtung und in der ersten Zeit der Parlamentarisierung geschieht, wird von ihren Freunden und Gegnern als Material für und wider sie besonders aufmerksam gesammelt und registriert werden. Wer daher in ihr eine Kraft sieht, die uns erhalten werden muß, wird um so sorgfamer bemüht sein, Hindernisse und Schwierigkeiten von ihr fernzuhalten, die nicht unbedingt notwendig sind.

Eins können wir nicht ändern: daß auch das Regieren gelernt sein muß! Daß dies in solch gefährvoller Reichslage stattfindet, die sofortige, energische Erfassung der Zügel verlangt, daß also Lernen und auch schon Ausführen gleichzeitig erfolgen muß, ist eins der ernstesten Argumente der Gegner einer Parlamentarisierung. Es wäre durchschlagend, wenn nicht auf der andern Seite der erhoffte gewaltige Gewinn an Volksvertrauen und Kräftezuwachs stände. Wenn der aber nicht voll zur Auswirkung gelangt, wenn er durch Ungestaltlichkeit in der Durchführung der Neugestaltung oder gar durch mangelnden Glauben der neuen Männer an sich selbst gehemmt wird, könnten die Nachteile einer Parlamentarisierung von heute, vor allem die nun einmal nicht zu vermeidenden Fehlgriffe der Eingewöhnungszeit, am Ende die Vorteile überwiegen. Eine solch gefährliche Ungestaltlichkeit würde darin zu sehen sein, daß man wohl an die Spitze der Reichsämter neue, andersgeartete Männer stellt, sonst aber so ziemlich alles beim alten beläßt. Denn das wäre eine Oberflächen-Parlamentarisierung, die vielleicht die Tonart der Regierung ändert, auch auf ihre hervorstechendsten Handlungen von Einfluß ist, aber nicht an ihren Geist rührt.

Man braucht sich nicht ins Blaue hinein auszumalen, wie sich die Verhältnisse gestalten würden; wir haben während des Krieges genug Beispiele erlebt, aus denen man sich ein genaues Bild machen kann. Nicht nur, was Einfluß und Stellung der bisher der Regierung einverleibten Parlamentarier anlangt. Dessenjenigen mit Portefeuille sind der Regierung einfach verloren gegangen und völlig zu Beamten geworden; sie sind Ressortmänner geworden und den Kollegen aus der amtlichen Laufbahn, die sich nie als Politiker fühlten, haben sie sich völlig assimiliert. Die Minister ohne Portefeuille sind allerdings Politiker geblieben, was schon ihre Tätigkeit als Mittelpersonen zu den Parlamenten erforderte, aber bei ihnen fehlte wieder die tiefer gehende Einwirkung auf die Behörden. Sie standen recht isoliert in einer ziemlich absehnenden Welt, meist mit Spezialaufträgen beschäftigt, ohne die Fortsetzung nach unten und nach den Seiten, die ein Ressort-Minister in seinem Amt und Beamten-Apparat findet. Der Ressort-Partikularismus hatte eigentlich die Geschäfte längst reinlich unter sich verteilt, als sie in ihre neuen Ämter berufen wurden, sodas theoretisch nichts für sie übrig blieb, und praktisch eben nur die Möglichkeit von Spezialaufträgen. Da diese meist schwieriger Natur waren, gab ihnen deren glückliche Durchführung eine gesteigerte politische Bedeutung, ohne daß deshalb ihre Kompetenz innerhalb der behördlichen Hierarchie gewachsen wäre.

Diese nicht zu leugnende Gegnerschaft der Ressortchefs wird wegfallen, wenn die Regierung ganz oder größtenteils einheitlich parlamentarisch besetzt ist. Sie wird sich dann als politische Körperschaft fühlen, ohne Rücksicht darauf, ob der eine einem benannten politischen Ressort oder einem unpolitischen, gar keinem vorsteht: jeder ist Exponent des Parlaments und seines Programms. Nun aber heißt es, erst die wirkliche Gefahr abzuwenden, die in dem bestände, was wir Oberflächen-Parlamentarismus genannt haben. Ein Chef, selbst ein tatkräftiger, rücksichtsloser, ist nahezu machtlos oder verbraucht wenigstens einen unverhältnismäßigen Teil seiner Kraft im Kampf, wenn er an die Spitze eines Amtes gesetzt wird, das ihm aktiven oder passiven Widerstand entgegensetzt.

Auch hierfür haben wir Beispiele, ob es sich nun um parlamentarische oder behördliche Außenminister gehandelt hat. Wie

einer Reihe anderer Momente, das kroatische Volk geschwächt, das serbische hingegen zahlenmäßig gestärkt. Nach Abgeben der Osmanenmacht (Friede von Karlowitz 1699) erscheint das einstige Volks- und Staatsgebiet der Kroaten in das habsburgische Kroatien-Slawonien, das venezianische Dalmatien und das osmanische Bosnien und Herzegowina zerstückelt. Die Politik der Kroaten strebt hauptsächlich danach, diese Länder wieder zu vereinigen und die einstige Staatlichkeit im Rahmen der habsburgischen Monarchie wiederherzustellen. Der Hauptvertreter dieses Strebens ist der kroatische Politiker Dr. Ante Starcevic (1832—1896). Die Kroaten mußten eine solche Politik betreiben, weil nicht nur diese politische Zerstückelung an sich für sie ein Schwächemoment war, sondern weil noch durch den Umstand verschärft wurde, als jedes dieser Teilgebiete für sich derart unglücklich geopolitisch situiert und gestaltet ist, daß es, getrennt von den übrigen Teilen, weder politisch noch national noch wirtschaftlich gedeihen und leben kann.

## Neues Wiener T

Dank diesem Trennungszustand konnten die Kroaten weder erstarben noch die Wunden aus der Türkenzeit überwinden. Um so weniger, als sie seit 1867 in eine neue Bedrängnis politischer Natur gerieten.

Die Sache beginnt eigentlich mit dem Verhältnis der Kroaten zu Ungarn. Seit 1102 in einem Staatsvertrage, lebten Kroaten und Ungarn 700 Jahre ohne größere sichtbare Reibungen. Solche beginnen erst seit Ende des 18. Jahrhunderts, als der Nationalismus und die Schaffung eines national einheitlichen Staates zur leitenden Idee der ungarischen Staatspolitik wurde. Im schärfsten prägte diese Politik Kossuth Bajos aus, denn er wollte Kroatien — ebenso wie Siebenbürgen — Ungarn restlos einverleiben, zu diesem Behufe Kroatien zerstückeln, die kroatische Autonomie auflösen und die Kroaten magyarisieren. Bekannt sind Kossuths Worte: „Wo ist Kroatien? Ich finde es nirgends auf der Landkarte!“ Besonders hatten es die Ungarn auf das fruchtbare Slavonien abgesehen, ihre politischen Bestrebungen sind im Schlagworte: „Három vármegyé vissza!“ (Die drei slawonischen Komitate zurück! Gemeint sind die Komitate Syrmien, Virovitica und Pozeega) geprägt. Allein Kossuths Politik führte zum Ungarisch-kroatischen Kriege von 1848, einem Ereignisse, das nicht tief genug beklagt werden kann. Es hat nämlich das Verhältnis zwischen Kroaten und Ungarn auf Jahrzehnte hinaus verdorben.

Aus ähnlichen Ursachen gerieten auch die süd-ungarischen Serben 1848 mit den Ungarn in kriegerische Verwicklungen, und die Kroaten und Serben halfen sich gegenseitig aus. Zur Jahre 1848 brachen die ungarischen Freiheitskämpfer zusammen, und neben der russischen Intervention schrieben die Ungarn die Hauptschuld an ihren Enttäuschungen den Kroaten zu, welche ihnen unter dem fähigen und sympathischen Heerführer Josef Grafen Jelačić besonders unangenehm geworden waren. Schon 1849 in die Türkei flüchtend, bot Graf Julius Andrássy, der Mitarbeiter Kossuths, den Serben ein Bündnis an, das eine unverkennbare Spitze gegen die Kroaten hatte. Dieses Bündnis kam zwar nicht zustande, aber 1867 kam Kroatien-Slawonien unter die ausschließliche Macht Ungarns, und Andrássy wurde zum führenden Staatsmann in der Monarchie. Es wäre gar nicht zu verwundern, wenn Andrássy, einmal ungarischer Ministerpräsident und Minister des Aeußern, auf seine alten Gedankengänge von 1849 zurückgegriffen hätte.

Franz Deak zog allerdings die Konsequenz aus den Ereignissen des Jahres 1848 und war den Bestrebungen der Kroaten entgegenkommender. Doch sehr bald schlug die Politik der Ungarn in eine entgegengesetzte Richtung um. Während im kroatisch-ungarischen Ausgleich das Verhältnis der Ungarn und Kroaten eine „Staatsgemeinschaft“ genannt wird, begannen die Ungarn 10 bis 12 Jahre nach dem Ausgleich dies als „staatliche Einheit“ zu interpretieren und eine scharfe Politik gegen die Kroaten einzuleiten. Hauptvertreter dieser Idee war der ungarische Historiker Friedrich Fesli, welcher die ungarische Politik ganz wieder in die von Kossuth gedachte Richtung drängte. So wurde die ungarische Politik von oben und unten wieder in die Bahnen des ungarischen Einheitsstaates geleitet eine Politik, welche letzten Endes auf restlose Auflösung der kroatischen Autonomie und Magyarisierung der Kroaten hinausläuft. Diese Politik, die jedoch im kroatisch-ungarischen Ausgleich ihr natürliches Hindernis hatte, mußte zu einer freien Interpretierung und ständigen Verletzung dieses Gesetzes, zu einem Abbau der kroatischen Autonomie führen. Dies stieß jedoch bei den Kroaten auf einen heftigen Widerstand und erzeugte eine steigende Begegnung dieses Volkes gegen die Ungarn. Hierdurch wurde aber bewirkt, daß die Ungarn im Sinne der seinerzeitigen Bestrebungen Verbündete in Kroaten suchen mußten und diese namentlich in den Serben fanden. Die Serben sahen im Bündnis mit den Magyaren

den besten Weg, die Kroaten zu schwächen und dieserart für die eigenen Aspirationen gefügig zu machen. Namentlich tritt dies im zwanzigjährigen Regime Thuen-Deberbar in Kroatien und dem nach Salay in Bosnien Platz greifenden Depine in Erscheinung, welche beide sich vornehmlich auf die Serben stützten. Nun spielt hier noch ein zweites Moment mit, das mit den in der ungarischen Politik in Erscheinung getretenen Richtungen parallel geht.

Mit 1867 und der Gründung des Dualismus wird die Monarchie in zwei Staatsphären geteilt, welche beide nach möglichster innerer Vereinheitlichung streben. Da war für eine Politik, wie sie die Kroaten trieben und treiben mußten, nämlich auf Vereinigung der kroatischen Länder in eine Staatlichkeit innerhalb der Monarchie, kein Platz. Aber noch ein Moment trug dazu bei, um die Kroaten in einen Konflikt mit der Staatsmacht zu bringen. Im Jahre 1867 wurden die kroatischen Länder unter die in Scheidung begriffenen Staaten geteilt, Ungarn bekam Kroatien-Slawonien, Desterreich Dalmatien. Dies war für die Kroaten der schwerste Schlag. Ihre ohnedies in Desterreich ungünstige Situation wurde weiter verschlechtert. Die Monarchie besaß nur die Randgebiete der kroatischen Länder, Kroatien, Slavonien, Dalmatien. Der Kern: Bosnien und die Herzegowina, war damals noch bei der Türkei. Nun wurden die Randgebiete noch zwischen den in Scheidung befindlichen Staaten geteilt und die Kroaten hüben und drüben zu einer belanglosen Minorität herabgedrückt, so daß sie politisch nicht zur Geltung kommen konnten. Es war dies in seinen Konsequenzen so etwas wie eine Teilung Polens. Im kroatisch-ungarischen Ausgleich wurde zwar das Unrecht der Kroaten auf Inkorporierung Dalmatiens anerkannt, aber beide Staaten der Monarchie waren darin einig, daß an der bestehenden Lage nichts geändert werden dürfe. Namentlich wollte Desterreich Dalmatien nicht hergeben, und die Ungarn sahen auch nicht gern, daß die Kroaten durch Dalmatien gestärkt würden. Dies bewirkte, daß die kroatischen Inkorporationsbestrebungen in beiden Staaten der Monarchie heftig bekämpft wurden. Somit wurde die Lage geschaffen, daß die Kroaten, wenn sie die Realisierung einer in einem vom ungarischen König sanktionierten Gesetze gemachten Zusage forderten, beide Staaten gegen sich hatten. So kam es, daß seit 1867 ständig gegen die Kroaten regiert wurde und daß der Staat, um die unnatürliche Lage im Süden gegen die Kroaten aufrechtzuerhalten, ständig auf die Italiener und Serben sich stützen oder die geschaffene Ordnung von 1867/68 untergraben lassen mußte.

Der Staat vermochte den gefährlichen zentrifugalen Kräften im Süden nicht wirksam entgegenzutreten, namentlich der großserbischen Forderung, welche schon seit 1860 im Stillen wirkt, sondern mußte seine natürlichen Feinde gegen ein loyales Element unterstützen. Und diese verberbliche Politik wurde so lange betrieben, bis die loyalen Kroaten einsahen, daß die Royalität ihnen nichts hilft und daß die Loyalen stets besser fahren.

Dies sind nun die Hauptmomente, unter deren Einfluß die Entwicklung der Dinge im Süden vor sich geht. Die Kroaten waren zwischen zwei Mahlsten geraten, zwischen die ihnen aus obengenannten Ursachen gegnerisch gewordene Staatsmacht und zwischen die auf die Schwächung und Serbifizierung der Kroaten hinarbeitende großserbische Bewegung. Dies hatte zur Folge, daß die Kroaten seit 1867 eine festsitzende und die Serben im Süden eine aufsteigende Richtung nehmen, daß der Staat die Serben durch die ständige Teilnahme an der Staatsmacht stärkte.

Um die Jahrhundertwende bemerken die Kroaten ihre verzweifelte Lage. Da sie gewahrt werden, daß der Staat namentlich durch ständiges Ausspielen der Serben und Italiener ihre Aspirationen zu vereiteln trachtete, so wird das Bestreben offenbar, daß die Kroaten ihrerseits sich den Serben und Italienern nähern.

Den nächsten Ausdruck findet dieses Bestreben in der sogenannten Fiumaner Resolution (3. Oktober 1906). Die leitende Idee der darin enthaltenen „Neuorientierung“ der Kroaten ist, den Kampf gegen Ungarn und Serben aufzugeben und den ersteren im Kampfe gegen Desterreich beizustehen, um eine Verbesserung der unerträglichen Verhältnisse in Kroatien-Slawonien zu erreichen und den Beistand der Serben für die Inkorporierung Dalmatiens zu gewinnen. Im geheimen scheint abgemacht worden zu sein, daß die Kroaten als Gegenleistung Bosnien der Interessensphäre der Serben zu überlassen gehabt hätten. Die Annäherung an die Serben fand ihre Formulierung im Prinzip der nationalen Einheit der Serben und Kroaten, in der Lehre, daß Kroaten und Serben im Wesen ein Volk mit zwei Namen seien.

So haben schließlich die Serben auch die Unterstützung der Kroaten gewonnen. Die geschwächten, desorientierten und verzweifelten Kroaten waren erheblich unter den Einfluß und die Führung der

## Die südslawische Frage.

Von L. v. Süßland.

Es ist nicht zu leugnen, daß man sich in Oesterreich-Ungarn noch vielfach über das wahre Wesen und den Inhalt der südslawischen Frage nicht im klaren ist.

Da man über die Grundelemente der Frage mit sich nicht im reinen war, so vermochte man auch nicht zur Lösung dieser seit langem schon als brennend erkannten Frage zu schreiten, noch jene Schritte einzuleiten, welche den nachteiligen Entwicklungen im Süden ein Ziel setzen würden. So wuchs sich die südslawische Frage zu einer — wie ein österreichischer Schriftsteller sich ausdrückte — schwärenden Wunde an Leibe Desterreich-Ungarns, ja zu einem Verhängnis für die Monarchie aus, denn es entstand aus ihr der Weltkrieg, die schwerste Prüfung, welche die alte Habsburger-Monarchie seit jeher zu bestehen hatte.

Es soll im nachfolgenden der Versuch gemacht werden, Inhalt und Wesen dieser Frage möglichst gedrängt und schematisch darzustellen.

Der Kern dieser Frage besteht darin, daß die Serben, ohnedies geopolitisch in der Mitte zwischen Kroaten und Bulgaren liegend, im Laufe ihrer Geschichte derart erstarbt sind, daß sie die beiden vorgenannten südslawischen Völker in ihre Macht zu bekommen und national aufzufangen sich bestreben. Dies ist der wahre Kern der sogenannten großserbischen Bewegung. Besondere Fortschritte machte das Serbentum nach der nordwestlichen Expansionsseite, gegen die Kroaten.

Da machten die Serben die größten Fortschritte sonderbarerweise während der Türkenzeit. Denn quer durch die kroatischen Länder ging die Front, welche Mittelamerika, repräsentiert durch das Haus Habsburg, gegen das andrängende Osmanentum im 15. bis 17. Jahrhundert halten konnte. Die Türkenkriege, welche fast 240 Jahre dauerten (1463 bis 1699), brachen die Kraft des kroatischen Volkes. Der größte Teil des Volkes ging in den unaußerblichen Kämpfen zugrunde und wurde von den Türken durch eine süds- und mittelbalkanische orthodoxe Bevölkerung ersetzt. So haben die Kroaten in allen ihren Ländern heute eine orthodoxe, daher orientalische Bevölkerung, die ursprünglich überwiegend gar nicht slawisch, sondern rumänisch und albanisch war, heute aber slawifiziert ist und sich als Serben fühlt. So wurde dadurch, daß



## Frankfurt, 7. Oktober.

Das uns verbündete Nachbarreich an der Donau sieht vor einem Wendepunkt. Es handelt sich nicht um eine der vielen Krisen, die seit Jahrzehnten die beiden Teile der Monarchie in längeren oder meistens kürzeren Zeiträumen bald mehr, bald minder heftig durchzurütteln und die dann, in Oesterreich wenigstens durch irgend eine vorläufige Lösung beendet zu werden pflegen, diesmal geht es um die Ganze, nämlich darum, ob und in welcher Form die Habsburger Monarchie fortbestehen soll. Die tschechische, die südslawische, die polnische, daneben aber noch die ukrainische, italienische und die rumänische Frage richten sich vor den Regierungen der beiden Staaten der Monarchie auf und verlangen immer dringender eine Lösung. Aus der Art der Lösung dieser Fragen aber könnte sich schließlich auch noch eine weitere, die deutsche ergeben, die dann möglicher Weise für den Bestand der Monarchie überhaupt entscheidend würde. Denn es ist klar und geht auch aus der Stellungnahme der deutsch-österreichischen Parteien hervor, daß keine Lösung der Probleme der Monarchie, vor allem aber keine Neuordnung Oesterreichs im engeren Sinne über den Kopf der Deutschen Oesterreichs hinweg gemacht werden kann, und ebenso ergibt sich, daß auch in Ungarn, wenn einer von einem Berliner Blatte gemeldeten Äußerung Tiszas zufolge eine Autonomie der Nationalitäten, entgegen der bisherigen ungarischen Politik, errichtet und gesichert werden soll, die ungarländischen Deutschen ihren rechtmäßigen Anteil verlangen werden.

Das alte Oesterreich hat in seinem Jahrhundertelangen Bestande manche schwere Erschütterung erlebt. Raum jemals hat es so ernst vor der Frage Bestehen oder Auflösen gestanden wie in diesen Tagen, in denen auch der Weltkrieg vor seiner Krise steht. Das Zusammentreffen ist kein zufälliges; denn an den Reichsländen, aus denen das vielsprachige Reich seit dem Erwachen der Nationalitäten in steigendem Maße besteht, hat sich dieser Weltkrieg entzündet, und wir dürfen nicht vergessen, daß er begonnen hat, weil Oesterreich-Ungarn glaubte, die zerstörenden Kräfte an seiner Südoostgrenze durch eine nachhaltige Rundgebung seiner einheitlich zusammengesetzten Staatsmacht zum Schweigen bringen zu müssen und weil bei dem Eingreifen Russlands Deutschland durch den Bündnisvertrag genötigt war, eben für den Bestand der Habsburgermonarchie das Schwert zu ziehen. So ist der Krieg wieder an seinen Ursprung zurückgekehrt, und die Entwicklung, der Oesterreich-Ungarn in nächster Zeit entgegengeht, wird uns vielleicht zum Nachdenken darüber nötigen, ob und unter welchen Opfern jenes angegedeutete Kriegsziel erreicht worden ist. Das Bündnis der Mittelmächte hat Jahrzehnte hindurch den europäischen Frieden beschützt, und Englands Staatsmänner haben dies bekräftigt. Die Bilanz dieses Bundes wird erst gezogen werden können, wenn das Ende und die Ergebnisse des Krieges feststehen. Für Deutschland wie für Oesterreich-Ungarn entsprach es nicht nur einer politischen Notwendigkeit, sondern doch auch dem Laufe der Geschichte und in hohem Maße auch dem Gefühl sehr großer Teile der Bevölkerung. In Oesterreich ist das heute bei den Slawen nicht mehr der Fall, und eben dieser Widerstreit der nach außen gerichteten Bestrebungen ist eine der Ursachen, weshalb es so schwer ist, dem Staate eine Gestalt zu geben, die Dauer verheißt und eine friedliche Betätigung und Auswirkung aller im Verbands des Staates lebenden Volksstämme ermöglicht.

Es hat ein merkwürdiges Auf und Ab in den politischen Lebenserscheinungen Oesterreich-Ungarns während des Krieges gegeben. Zunächst bereitete die Monarchie den Feinden, die des Glaubens waren, ein fester Stoß werde das „hausfällige Reich“, wie Lloyd George sagte, rasch umwerfen, eine große Enttäuschung. Dieses Reich stand, gestützt von der deutschen Macht, fest und unerschütterlich, und konnte, während Russland zusammenbrach, Serbien von den Heeren der Mittelmächte besetzt wurde und seine Regierung ins Ausland vertrieben wurde, seine Verfassung auf neue Füße stellen. Nur ein Scheitern schien festzustellen: daß die kurze auch während Moment noch schwerer als sonst ein Urteil abzugeben. Nach welcher Seite die Kursbewegung sich weiter fortsetzen wird, darüber ist natürlich im gegenwärtigen Augenblicke kein Urteil abzugeben. Ein Gefühl vermehrter Sicherheit zu geben.

losgesagt hatten. Es gab die bekannten Hochverratsprozesse gegen die tschechischen Parteiführer und kriegsgerichtliche Urteilungen von Verrätereien, die in bestimmten Regimenten vorgekommen waren. In jener Zeit war selbst bei ehemals slawenfreundlichen Politikern die Ueberzeugung lebendig, Oesterreich müsse in einer Weise neu geordnet werden, daß das eigentliche Staatsvolk, die Deutschen, dem Staate das Gepräge gäbe. In jener Zeit war auch die Erweiterung und Vertiefung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche und ihre verfassungsrechtliche Festlegung die Forderung aller Politiker, die überhaupt an eine Gesundung der inneren Verhältnisse Oesterreichs dachten. Selbst mit dem Tode des alten Kaisers änderte sich daran zunächst nichts. Vielmehr schien es, als wolle die Regierung des jungen Monarchen alle diese Reformen in noch entschiedenerer Weise betreiben. Freilich gab man sich dabei der großen Täuschung hin, man könne so tiefgreifende Umänderungen einfach über den Kopf der Völker hinweg, ohne das Parlament zu fragen, im Wege kaiserlicher Verordnung durchführen. Aber es scheint, daß man doch den Mut zu einem solchen Akt, der verfassungsrechtlich ein Staatsstreich gewesen wäre, nicht recht gefunden hat. Man jögerte, bis die russische Revolution ihre geistigen Wellen über die Grenzen warf und besonders die slawischen Völker stark in Bewegung setzte. In die Hofburg zog die Sorge um die eigene Krone ein, und während noch den Vertretern der Deutschen feierliche Versicherungen darüber gegeben wurden, daß der Kurs der Regierung „unverrückt“ der alte bleibe, war es doch schon, wie damals an dieser Stelle ausgesprochen wurde, klar, daß diese Sätze nur noch verträglich und begütigende Phrasen waren. Mit dem lange aufgeschobenen Zusammentritt des Reichsrates zeigte sich, daß das gewaltsame Schweigen, zu dem man die Slawen gezwungen hatte, eine nur um so gefährlichere Summe von Unzufriedenheit und Haß angesammelt hatte, die nun in wilden Ausbrüchen im Parlament explodierte. Es kam die Annesie für die verurteilten Tschechenführer, die in Prag im Triumphe eingeholt wurden, und nun folgte eine Politik kümmerlicher Auskünfte und Verlegenheiten, der man anmerkte, daß ihre Urheber außer von der Angst vor einem allgemeinen Umsturz von keiner bestimmten Triebkraft geleitet wurden. Man schleppte sich mit Provisorien und dem Notparagrafen fort, aber vergeblich suchte man nach dem leitenden Gedanken, der den Staat aus seiner Not herausführen könnte.

Nun hat diese Not offenbar einen Grad erreicht, der sich nicht mehr steigern läßt. Der Reichsrat ist aufs neue zusammengesetreten, aber wir haben von dort nichts vernommen, was einen Weg aus der Wirrnis anzeigte: immer wieder sehen wir nur die häßlichen Auftritte, die in diesem Parlament seit Jahrzehnten üblich sind, aber vergeblich suchen wir nach einer Regierung, die dem Uebel durch eine klare Politik zu steuern vermöchte. Daß es so nicht mehr geht, weiß man seit Jahren, und doch versucht man immer noch, in dem alten Stille ratlosen Fortwursteln den Wagen weiterzuführen. So ist man nun, wie es scheint, an dem Punkte angelangt, an dem von beinahe einem halben Jahrhundert Graf Hohenwart Schiffbruch gelitten hat, am Föderalismus. Diesmal soll es, und das ist freilich ein großer Unterschied, ein Föderalismus nicht der historischen und veralteten Kronländer werden, und Professor Lammasch, einer der Freunde des Kaisers — auch Graf-Martiniß und Graf Czernin galten dafür — scheint dazu ausersehen, ihn in die Wege zu leiten. Der Plan deckt sich zu einem Teil mit einem von der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie ausgehenden Vorschlag, der auch, wie es scheint, von den deutschen Parteien nicht abgelehnt wird. Die deutsche Orientierung wird, wenn Herr Lammasch regiert, natürlich aufgegeben. Aber darum handelt es sich nicht so sehr, als darum, ob die Slawen, vor allem die Tschechen gewillt sein werden, einen Staatenbund der Nationen, der mit ihrem historischen böhmischen Staatsrecht nicht vereinbar ist, anzunehmen. Sehr wahrscheinlich ist das nicht, und es ist auch zu bezweifeln, daß die Ereignisse der letzten Tage, in dem sie für ihre Erwartungen neue Bürgschaften sehen, sie geneigter machen werden, eine solche Lösung gutzuheißen. So scheint auch die neu angekündigte Lösung nichts anderes zu sein, als eine neue große Frage, die über der Zukunft Oesterreich-Ungarns schwebt.

National = Les

mächte infolge dieser langen unfreiwilligen Erziehung die tschecho-slowakischen Legionen bei allen Heeren der Entente aufgestellt. Dort haben unsere Leute ihr Blut vergossen für die idealsten Rechte der Menschheit, dort haben sie in den entscheidenden Schlachten und in den gefährvollsten Augenblicken die Situation gerettet. Besonders ist es laut Nachrichten das alleinige Verdienst dieser Legionen, daß Frankreich nicht noch mehr von den deutschen Truppen ausgeraubt worden und daß das Herz von Frankreich, Paris, und der Haupthafen Calais nicht den Deutschen als Beute zugefallen sind. (Lebhafte Beifall bei den Tschechen.)

Teufel, Obmann der Deutschnationalen: Das ist eine niederträchtige Rede! Diese Rede ist die größte Schandthat! (Stürmisch) So etwas hier zu reden ist eine Schandthat! Niederhauen soll man einen, wenn er die tschecho-slowakische Gaunerbande schützt! (Neuerliche stürmische Gegenrufe bei den Tschechen; Soukup ergreift eine Aktentasche von der Ministerbank und wirft sie gegen Teufel, ebenso Bijn einen Metallbestandteil einer Schreibstiftgarnitur von der Ministerbank; anhaltender, großer Lärm.)

Präsident: Ich muß meinem tiefsten Bedauern über die Vorfälle, die sich soeben abgespielt haben, Ausdruck geben und bedauere, daß mir keine anderen Disziplinarmaßnahmen zur Verfügung stehen, um Ordnung zu schaffen. (Fortdauernde Zwischenrufe und Lärm.)

Stanel: Es wird nicht mehr gelingen, das Mittelalter wieder aufzurichten. Diesen Siegeszug des freien demokratischen Geistes wird niemand mehr aufhalten können, keine deutsche und keine österreichische Regierung und keine mitteleuropäische Berufsdiplomatie, auch die Note des Grafen Burian und andere wie immer geartete Versuche dieser Machthaber und Autokraten nicht und auch nicht die Beschlüsse im heutigen Kronrat. Die Autokratie soll durch den geheuchelten Scheindemokratismus gerettet werden. Aber die Welt läßt sich nicht irreführen.

Ihre Friedensoffensiven sind unnütz, niemand verhandelt mit Ihnen, auch die österreichischen Völker sind der Verhandlungen satt, weil sie wissen, daß sie nicht angehalten werden. Ihnen über diese Klippe hinwegzuhelfen, dazu ist heute keine Lust und kein Mut vorhanden. Für die nichtdeutschen und nichtmagnarischen Völker haben Sie in den schweren Zeiten nur Spott, Kerker und Galgen gehabt; heute aber laden Sie uns — wieder nur hinterlistig — ein, daß wir Ihnen helfen, das Blutvergießen einzustellen. Ihr Endziel bleibt aber immer die deutsch-magnarische Hegemonie, die Vergewaltigung der nichtdeutschen und nichtmagnarischen Völker. (Lebhafte Beifall bei den Tschechen.) Dazu können Sie Verbündete anderswo suchen als bei den österreichischen Völkern. Wir wollen frei sein von dem Schmutz der österreichisch-ungarischen Nationalitätenpolitik. Wir wollen die Front der drei slawischen Staaten von Danzig über Prag bis zur Adria. (Stürmischer Beifall bei den Tschechen; Lachen links.)

Dr. Waldner (deutscher Nationalverband) erklärt, er müsse den

Ausbruch des Hasses zurückweisen, der soeben gegen unsere deutschen Verbündeten zu hören war; ebenso den Ausbruch des Hasses gegenüber dem Staate, dem der Vorredner noch angehört. Das sei nicht mehr Verrat an dem Staate; man müßte ein neues Wort für diesen schamlos ausgesprochenen Staatsbruch finden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Der Redner war Korošec (Slowene). Er sprach ungleich ruhiger: Die

Südslawen dankten verbindlich für jede Autonomie. Freiherr v. Hussarek kommt zu spät damit! (Beifall bei den Südslawen und Tschechen.) Vor dem Kriege wären sie dankbar dafür gewesen, jetzt, im fünften Jahre des Krieges, in welchem so viel unschuldiges Blut der Südslawen vergossen wurde, sagen sie: Niemals! (Beifall bei den Südslawen und Tschechen.) Durch alle Gänge der Südslawen geht ein mächtiger Ruf: Keine Freiheit oder Tod! (Beifall bei den Südslawen und Tschechen.)

Hause: (Christlichsozial): Die beste Vorbereitung für den Frieden nach außen wäre der Friede im Innern. (Lebhafte Zustimmung links.) Das ist jenes Gebiet, wo unsere Regierung eingzugreifen hat. Wir reden fortwährend von einem Völkerbunde. In Österreich hätten wir ihn; anstatt ihn aber zu befestigen und auszubauen, steht er jetzt leider sehr niedrig im Kurs. Die Völker Österreichs waren durch Jahrhunderte in Freud und Leid beisammen. Jetzt wäre es eine Torheit und eine Verfühlung nicht allein gegen das gemeinsame Interesse, sondern auch gegen das Interesse der einzelnen Völker, wenn wir uns voneinander trennen. (Zustimmung links.)

Ministerpräsident v. Hussarek: Heute vormittag durch eine dringende Beratung zu meinem lebhaften Bedauern an der Anwesenheit

im hohen Hause verhindert, habe ich erst aus den stenographischen Aufzeichnungen erfahren, daß der erste Redner bei seinen Erörterungen in maßloser Weise Auffassungen vertreten hat, welche, wie ich fest überzeugt bin, nicht die des tschechischen Volkes sind. (Widerspruch bei den Tschechen.) Der Kampf für nationale Ideale kann nicht durch Beherrschung von Hochverrat und Felonie, durch Beschimpfung jener Staaten geführt werden, deren Truppen an der Seite der Unseren fechten. (Lebhafte Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Stransty.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Stransty, Sie haben nicht das Wort!

Ministerpräsident Hussarek: Das Deutsche Reich und sein Oberhaupt, der ungarische Staat (Lebhafte anhaltende Zwischenrufe bei den Tschechen — Präsident gibt das Glockenzeichen) und die ungarische Nation stehen zu hoch, um durch Beleidigungen dieser Art gekränkt zu werden. (Erneute anhaltende Zwischenrufe bei den Tschechen.) Aber als Chef der Regierung bin ich verpflichtet, solche Ausführungen mit Empörung zurückzuweisen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen links. — Zwischenrufe bei den Tschechen.) Ich wahre die Würde Österreichs gegen solche Ausbreitungen eines Chauvinismus (Lebhafte Zustimmung links, anhaltende Zwischenrufe bei den Tschechen), der jeden inneren Halt, jedes Verständnis für die Wirklichkeit verloren hat und auf den blanken Schild unserer staatlichen Ehre, unserer unerschütterlichen Treue gegen die ruhmvoll bewährten Verbündeten keinen Schatten zu werfen vermag. (Lebhafte anhaltender Beifall und Händeklatschen links. Der Ministerpräsident wird vielfach beglückwünscht. Anhaltender großer Lärm und Zwischenrufe.)

Der Präsident ruft den Abgeordneten Dr. Stransty zur Ordnung.

### Wie steht es im Innern Österreichs?

London, 7. Oktober. (Reuter.) Gestern erhaltene glaubwürdige Telegramme melden, daß die Spannung und die Unruhe in Österreich steigen. In den letzten Tagen gab es in Wien zu wiederholten Malen Unruhen, und ein Telegramm besagt man befürchte zweifellos die Revolution.

## Sturmjahren in Österreichs Parlament.

Das österreichische Abgeordnetenhaus pflog vergangenen Donnerstag eine Debatte über die Friedensanträge, die von den verschiedenen Parteien eingebracht worden sind. Die Wiener Blätter melden darüber:

Zuerst ergreift der Sozialdemokrat Seitz das Wort, um einen

### Uebergriß der Zensur

darzustellen: Das Abgeordnetenhaus hat beschlossen, den Friedensantrag der deutschen Sozialdemokratie sofort in erste Tagesordnung zu stellen. Er wurde als erster Punkt auf die Tagesordnung gestellt. Der Wiener Zensur dagegen hat die unerhörte Frechheit gehabt wichtige Teile dieses Antrages zu unterdrücken. Das Haus befindet sich in einer in der Geschichte aller Parlamente bisher unerhörten Lage. Es ergibt sich, daß die Volksvertretung über einen Gegenstand verhandeln soll, den das Volk überhaupt nicht kennt. Diese Unterdrückung ist eine ganz unglaubliche Frechheit, ein Uebergriß sondergleichen, wenn die Regierung vorher nicht in Kenntnis gesetzt wurde

Wenn aber etwa gar der Zensur bei der Regierung angefragt hat und wenn er die Unterdrückung über Weisung verfügt hat, dann liegt eine geradezu verbrecherische Dummheit dieser Regierung vor (Lebhafte Beifall und Zwischenrufe), die glaubt, sich eine solche Zensur über das Volkshaus anmaßen zu können. Ich stelle folgende Anträge: Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, die jetzt in Verhandlung stehenden Vorlagen werden sofort in Druck gelegt und die Regierung wird angewiesen, das Zensurverbot über diese Vorlage sofort aufzuheben.

Diese Anträge werden vom Hause einstimmig angenommen.

Nun beginnt die Debatte und der erste Redner ist Stanel, der Obmann des tschechischen Verbandes. Er erläutert den

### Standpunkt der Tschechen:

Zwei Welten stehen in diesem beispiellosen Kriege gegeneinander: Die eine verbindet das Mittelalter. Uebermütig hat sie auf ihre Fahnen geschrieben: „Macht geht vor Recht!“ Der deutsche Geist, von dieser Parole getragen, hat sich eingebildet, daß er und einzig er berufen sei, die Welt zu beherrschen. Die Machthaber Österreich-Ungarns haben sich willig diesem Drange nach Gewalt und Vergewaltigung angeschlossen. Sie haben ja dieselbe Politik der Unterdrückung der Andersdenkenden längst gegenüber ihren eigenen nichtdeutschen Völkern ausgeübt. Sie haben es in der Erwartung getan, daß endlich die Stunde geschlagen habe, wo sie alle diese so verhassten slawisch-romanischen Völker würden auszrotten können. Alle Völker, bei denen die Friedens- und Freiheitsliebe kein leeres Schall ist, haben sich vereinigt, um den sie bedrohenden deutschen Geist, der in der deutschen Autokratie und in dem deutschen Militarismus seine Blüten gezeitigt hat, abzuwehren und für alle Zeiten unschädlich zu machen. Auf der einen Seite also das Mittelalter, auf der anderen einrichtige Freiheitsliebe und Demokratie. Es war vorauszu sehen, wo der endgültige Sieg sein wird und sein muß, soll die Menschheit nicht um einige Jahrhunderte zurückgeschleudert werden. Und wir? Wir sind seit langer Zeit von Österreich unterjocht, wir haben durch lange Zeit die österreichische Erziehung genossen und eben infolge dieser gründlichen Erziehung haben wir hier auch keine Legionen aufgestellt. Nicht ein Blutstropfen ist von uns freiwillig für die Zentralmächte vergossen worden. Unsere Konnationalen haben aber gegen die Zentral-

8. X. 1918

## Die tschechische Gefahr.

Der „Kärmer“ (Verlaggeber Freiherr v. Grotthaus, Verlag Greiner und Pfeiffer, Stuttgart) bringt im ersten Oktoberheft von besonderer Seite einen Beitrag zur böhmischen Frage, der geeignet erscheint, in weiten Kreisen beachtet zu werden:

Um was handelt es sich eigentlich in diesem deutsch-böhmischen Streit? Die Deutschen wollen in ihren Wohnsitzen ungestört von tschechischer Wühlarbeit ihrer Arbeit nachgehen. Der Deutsche will sich seinen Grund und Boden vor tschechischen Eroberungsgelüsten sichern. Deshalb wollen die Deutschen in Oesterreich die nationale Abgrenzung in Böhmen durchgeführt wissen: Das Kreisgericht in Trautmanau ist nur ein erster Schritt auf diesem Wege. Der frühere Ministerpräsident Dr. v. Seidler, der fallen mußte, weil er so unvorsichtig war, von einem „deutschen Kurs“ zu sprechen, hat bereits die Kreiseinteilung in Böhmen amtlich verkündet. National abgegrenzte Kreise sollen geschaffen werden, in denen die Deutschen vor den Eroberungsgelüsten der Tschechen gesichert wohnen und arbeiten können. Dagegen aber lehnen sich die Tschechen mit geradezu fanatischer Wildheit auf. Denn die Hussiten wollten Böhmen, Mähren und Schlesien, sowie einen Teil von Ungarn, in dem Slowaken wohnen, zu einem tschechisch-slowakischen Königreich vereinen. In Paris und London, neuerdings auch in Washington und Rom werden die lieben Tschechen freundlich ermuntert, diesem Ziele zuzustreben. Geschäftige Agenten sind in Oesterreich am Werke, mit dem Gelde des Lord Northcliffe diese Gedanken überall zu verbreiten! In den tschechischen Landesweilen Böhmens herrscht eine Stimmung, die man nur mit dem Worte Landesverrat bezeichnen kann. Neuerdings verlangen die tschechischen Bauern im Schleichhandel — der nirgends mehr blüht, als in Tschechien — für ihre Butter und Eier von den Städten Gewehre und Munition. Den Wiener Blättern ist die Mitteilung dieser Tatsache von der Zensur gestrichen worden. In den tschechischen Zeitungen aber kann man es lesen, wie dringend die tschechischen Bauern sich nach Gewehren und Kugeln sehnen... Warum wohl?

Die deutschböhmisches Frage ist keine „innere“ Angelegenheit Oesterreich-Ungarns. Denn die Tschechen behaupten für ihr zukünftiges Königreich auch einen Teil von Preussisch-Schlesien, von dem sie behaupten, daß dort Tschechen in der Mehrzahl wohnen. Die Ungarn haben sofort, als die Tschechen Anspruch auf Teile ihres Gebietes erhoben, in energischer Weise bei der Wiener Regierung Einsprüche gegen diese slavische Annahme erhoben. Warum tut die preussische Regierung nicht dasselbe? Die Tschechen verlangen doch einen Teil von Preussisch-Schlesien, also hätte die preussische Regierung alle Ursache, den frechen Hussiten gehörig auf die Finger zu klopfen! Es ist ja sehr schön, wenn man immer auf dem „korrekten“ Standpunkt steht, sich nicht in die „inneren“ Angelegenheiten Oesterreichs einmischen zu wollen, diese Korrektheit wird ja auch von Kramarsch und Genossen sehr dankbar empfunden, aber ob es dem deutschen Volke nützlich ist, wenn man in der Wilhelmstraße zu allen Prager Frechheiten schweigt, das überlassen wir dem Urteil der reichsdeutschen Bevölkerung...

Graf Tassse, der viel zu lange Ministerpräsident in Bisleithanien war, hat immer nach dem Grundsatz regiert „divide et impera“. Er hat stets ein Volk gegen das andere ausgespielt. Damals waren die liberalen Deutschen leider mächtig — die „Herbstzeitlosen“, wie Bismarck sie spöttisch nannte —, die in ihrer weltbürgerlichen Verträumtheit nie auf den Gedanken kamen, ihre Macht im Parlament dazu auszunützen, die deutsche Staatsprache für Oesterreich festzulegen. Damals wäre es glatt und ohne jede Aufregung gegangen. Heute ist es auf parlamentarischem Wege unmöglich, die deutsche Staatsprache einzuführen, weil nicht nur die Polen, Tschechen und Südslaven dagegen sind, sondern weil auch die sich der deutschen Sprache bedienende Sozialdemokratie in allen Fragen täglich versagt, die dem Deutschtum in Oesterreich nützen könnten.

Im ersten Jahre des Krieges, als die tschechischen Verräterei den greisen Kaiser Franz Josef so schweres Verzeleld bereiteten, da war der Ministerpräsident Graf Stürgg entschlossen, durch ein kaiserliches Patent eine Neuordnung der Dinge in Oesterreich zu schaffen: Die deutsche Staatsprache, die Kreiseinteilung in Böhmen und die Vormachtstellung des deutschen Staatsvolkes sollten für alle Zeiten durch ein kaiserliches Patent festgelegt werden. Graf Stürgg fiel durch die Revolverkugeln eines fanatischen Revolutionärs, des Sohnes des Führers der österreichischen Sozialdemokratie deutscher Junge, aber beließe nicht deutscher Gesinnung. Der Mörder des Ministerpräsidenten ist, wie die meisten Führer der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, jüdischer Rasse. Mit dem Tode des Grafen Stürgg ist auch dieser Plan begraben, denn der junge Kaiser Karl hat unzweideutig erklärt, er wolle nur parlamentarisch regieren. Auf

diesem Wege aber ist die deutsche Staatsprache und die Vormachtstellung der Deutschen — die nur zum Vorteile des Gesamtstaates Oesterreich ist — nicht zu erreichen. Der Sinn des Ausgleiches 1866 war, daß in Bisleithanien die Madjaren, in Bisleithanien aber die Deutschen der herrschende Volksstamm sein sollten. Die Madjaren haben mehr erreicht, als sie in ihren kühnsten Träumen hoffen konnten. Die Deutschen aber sind hinter den bescheidensten Erwartungen zurückgeblieben...

Wie will nun die Regierung die deutschböhmisches Frage lösen? Die Tschechen wollen ganz Böhmen erobern. Das sagen sie offen heraus, das genügt ihnen nicht einmal, sie wollen auch Mähren und Schlesien, einen Teil Ungarns und Preussens. Wenn man die Deutschen in ihren Wohnsitzen schützen will, so muß man sie vor der Eroberungsgier der Tschechen sichern. Wird die Regierung in Wien dazu die Entschlußkraft finden? Die Postkass' hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube... Den Tschechen wird das Erbherrn wirklich nicht schwer gemacht. Die Freizügigkeit gestattet ihnen, das ganze Gebiet Oesterreichs, in dem Deutsche wohnen, als ihr Jagdrevier zu betrachten. In Wien sind tschechische Trughäuser errichtet, denen leider auch aus den Kreisen der reichsdeutschen Hochfinanz viele Gelder zufließen. Die Verbindung der Dresdner Bank mit der Zivnostenska Banka in Prag ist in deutschnationalen Kreisen schon oft erörtert worden. Aber das Großkapital denkt eben international und pfeift auf den „Nachwächster von Czestau“, wie die geistreichen Börsenblätter höhnisch zu sagen pflegen. Wo jetzt ein deutscher Bauer im Kampfe für das Vaterland gefallen ist, da tauchen sofort bei der Witwe geschäftige tschechische Agenten auf, die ihr den Grund und Boden abschwaben. Dann zieht Hül in das einstmalige deutsche Bauernhaus der neue tschechische Besitzer ein. Das geschieht fast täglich in Oesterreich, das ereignet sich jede Woche in Niederösterreich, das kann man jeden Monat in Kärnten, Mähren, Schlesien, im Salzkammergut und in Tirol erleben. Aber die Regierung in Wien spielt immer unentwegt den Vogel mit dem berühmten langen Halse...

Mit eiserner Fähigkeit, unterstützt durch die Geldmittel des Feindes, setzen die Tschechen ihren Eroberungszug in Oesterreich fort. Tschechische Dienstdoten, Handwerker, Ärzte, Advokaten und Fabrikanten werden in alle Kronländer des Kaiserstaates geschickt. So geht die Sache seit Jahrzehnten, die Regierung sieht alles und duldet alles. Man scheint also in Wien entschlossen, die Stellung der Deutschen in der Monarchie preiszugeben? Zu diesem Schluß muß man doch unerbittlich kommen, denn die Unentschlossenheit der vielen Jahrzehnte hat jene unhaltbare Lage geschaffen.

Es handelt sich jetzt nur noch um die Frage: Will die Regierung den Deutschen in Oesterreich schützen, daß er auf keiner deutschen Scholle deutsch bleiben kann, oder will sie den slavischen Eroberungszug, an dem auch Polen und Südslaven teilnehmen, weiterdulden? Will man in Wien ein slavisches Oesterreich schaffen? Diese Fragen müssen laut und vernehmlich gestellt werden. Auch von Berlin aus. Denn für die Reichsdeutschen heißt es „tua res agitur“!

Die Deutschen wollen die Tschechen in Oesterreich nicht vergewaltigen. Aber die Tschechen wollen die Deutschen vergewaltigen, das ist des Pudels Kern. In ihren tschechischen Bezirken mögen die Hussiten ruhig ihre Sitten und ihre Sprache pflegen; da mögen sie ihren nationalen Idealen nachgehen. So lange das Gefüge des Gesamtstaates nicht darunter leidet, wird der Deutsche den Slaven niemals hindern, sich in seiner Eigenart auszuüben. Aber der Tscheche ist ebenso wie der Pole und Südslave von wilder Eroberungsgier gepackt. Da gibt es keine „Verständigung“ mehr, dieser Kampf muß ausgetragen werden durch das Recht des Stärkeren. Nun ist der Deutsche unbedingt der Stärkste in Oesterreich, wenn die Regierung sich auf seine Seite stellt. Der Deutsche ist weitaus der größte Steuerträger im Lande, er zahlt nicht nur die meisten Gelder in die Staatskasse, er leistet auch die größten Blutsopfer auf dem Felde der Ehre. Während Tschechen und Südslaven zu Hunderttausenden zum Feinde überliefen, haben die Deutschen überall ihre Treue zum Staat mit ihrem Blute besiegelt.

Der junge Kaiser Karl will das Beste. Davon sind die Deutschen überzeugt. Kaiser Karl hat es den deutschen Abgeordneten wiederholt gesagt, wie er die Leistungen der Deutschen für den Gesamtstaat Oesterreich zu schätzen weiß. An dem guten Willen des jungen Kaisers zweifelt kein einsichtiger Deutscher. Aber es ist höchste Zeit, daß dieser junge Kaiser endlich Ratgeber erhält, die seine freundlichen Gedanken für die Deutschen in die Tat überlecken.

# Parlamentarisches.

## Die neue Wendung im Verfassungsprobleme.

Die Selbstbestimmung der Deutschen. — Nationalversammlung gegen Parlament? — Das Echo bei den Tschechen.

Das Abgeordnetenhaus wird morgen in die Debatte über die innere Politik eintreten. Soweit die gespannte Erwartung auf den Erfolg des neuen Friedensangebotes für andere Erwägungen Raum läßt, wird diese Debatte von der bevorstehenden Einigung der deutschen Gruppen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in Oesterreich beherrscht sein. Die Deutschnationalen haben die von den deutschen Sozialdemokraten vorgelegte Entschlieung als Grundlage für die weiteren Verhandlungen angenommen und auch die Christlichsozialen, die in den nächsten Tagen hierüber Beschluß fassen werden, stehen diesem Antrage sympathisch gegenüber. Es sind Entscheidungen von historischer Tragweite für das Schicksal des Reiches wie für die Zukunft des deutschösterreichischen Volkes, die in diesen Beratungen zu treffen sind. Auf den Volksvertretern liegt heute die ganze Verantwortung für diese Zukunft und für die Folgen der weiteren Entwicklung. Die Entschlieung, die den deutschen Parteien vorliegt, sieht zunächst den Versuch einer Verständigung mit den übrigen Völkern vor und erst nach deren Mißlingen ein selbständiges Vorgehen. Es ist daher ein verfrühter Vorschlag, wenn heute von Abg. Teufel — der übrigens mit dem Abg. Gummer und dem Deutschen Zentrum eine neue Partei gegründet und sie die „deutschösterreichische Unabhängigkeitspartei nach einem üblen Vorbilde benannt hat — der Antrag gestellt wurde, eine deutsche Nationalversammlung einzuberufen, der sämtliche auf deutschem Gebiete gewählten Reichsratsabgeordneten beizuziehen wären und die außerhalb des Reichsrates über „die künftige Gestaltung der deutschen Gebiete Bisleithaniens“ zu entscheiden hätte, da das Parlament nicht mehr der geeignete Boden hierzu sei. Der gleiche Gedanke ist gleichzeitig auch auf tschechischer Seite aufgetaucht und der für morgen anberaumte, dann aber bis zum Einlangen der Wilson-Antwort vertagte Prager

tschechische Nationalkongreß sollte angeblich ebenfalls einen tschechischen Epodus aus dem Reichsrat verflünden, wie die Prager „Nar. Pol.“ in folgenden Worten andeutet:

Es ist kein Wunder, daß im Hinblick auf die Armseligkeit des ohnmächtigen und diskreditierten Parlaments die tschechische, südslawische und polnische Delegation erwägt, ob es am Platze sei, im Wiener Parlament die kostbare Zeit zu vergeuden, seinen Fall aufzuhalten und die nahenden großen Entscheidungen zu verlangsamen.

Die Vertagung dieser Frage beweist, daß nicht einmal der derzeit führende tschechische Chauvinismus diese Gelegenheit vorläufig schon für entscheidungsreif hält.

Obwohl ihnen jeder Einfluß auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschösterreicher von ihren eigenen Doktrinen bestritten wird, wenden sich die tschechischen Parteien dennoch mit Erbitterung und Empörung gegen die beabsichtigte Entschlieung der Deutschen. Die tschechische Presse beanstandet vornehmlich die Aufrechterhaltung des Dualismus, und erklärt, daß die Föderalisierung nicht als Grundlage angenommen werden könne, sondern daß zuerst die Nationalstaaten sich bilden und dann erst über die Regelung der gemeinsamen Interessen mit den Nachbarnationalstaaten verhandeln sollen; zuerst müssen daher die Nationalstaaten die internationale Garantie ihres Selbstbestimmungsrechtes anstreben. Es ist, wie man sieht, immer das gleiche Lied. — Die in Wien weilenden tschechischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten halten morgen Dienstag abend an Stelle des vertagten Prager Nationalkongresses in einem Wiener Hotel eine Beratung ab, in der eine Anzahl von Punkten der Prager Tagung vorberaten werden sollen.

Die Deutschen in Schlesiens bereiten eine große Kundgebung vor, die sich in erster Linie gegen die tschechische Forderung nach Zuteilung Schlesiens an den tschechoslovakischen Staat kehrt. Uebrigens hat bekanntlich auch der polnische Antrag im Abgeordnetenhaus Schlesiens für den polnischen Staat zu beanspruchen vermocht und gerät damit mit den tschechischen Bestrebungen in Widerstreit; der Kampf zwischen den Polen und Tschechen in Schlesien reicht auf Jahrzehnte zurück und war seit jeder eines der Hindernisse einer polnisch-tschechischen Verständigung.

### Ungarische Abschiedsworte an den Dualismus.

Man erinnert sich noch an das leidenschaftliche Echo, das bis vor kurzem die sanfteste österreichische Kritik an der 67-er Ordnung der Monarchie jedesmal in den herrschenden politischen Kreisen Ungarns hervorgerufen hat. In der ungarischen Regierungspresse wurden solche österreichische Stimmen ohneweiters „Staatsverbrechern“ zugeschrieben und Graf Tisza liebte es, in Reichstags- wie in Neujahrsreden jeden Zweifel an der Güte des Dualismus als „Wahnwitz“ und „Zerfän“ abzutun und den Weltkrieg als eine einzige große endgültige Rechtfertigung des 67-er Wertes auszugeben. Versuche österreichischer Blätter — die „Reichspost“ wählte davon zu erzählen — die Ereignisse mit anderen Augen zu betrachten und z. B. darzutun, daß aus dem Durchhalten der Monarchie im Weltkrieg nicht unbedingt auf die Vortrefflichkeit der dualistischen Ordnung geschlossen werden müsse, sondern mit mindestens derselben Berechtigung die auch durch den Dualismus unzerstört gebliebene Stärke des Zusammengehörigkeitsgefühls und Reichsgebantens gefolgert werden könne, wurden auf ungarischen Regierungswunsch hin von der Zensur unnachsichtlich unterdrückt. Es blieb nichts übrig, als sich mit den gegebenen Tatsachen bis auf weiteres abzufinden und die weitere Entwicklung abzuwarten. Eine einseitige Aenderung der 67-er Verfassung war ja ohnehin ausgeschlossen.

Nun scheinen die Ereignisse auch in Ungarn den Glauben an den alleinseligmachenden Dualismus erschüttert zu haben. Wenn ein Graf Apponyi, der allerdings seit langen Jahren der achtundvierziger Richtung sich angeschlossen hat und insofern die „67er Basis“ ablehnt, jetzt am Schlusse einer Aeußerung über den Friedensschritt der Mittelmächte festzustellen wagt, daß „der Dualismus zusammengebrochen“ sei, und dieser nämlich Graf Apponyi gerade jetzt mit Graf Tisza zusammen, als Anwärter auf Ministerposten im kommenden großen nationalen Kabinett Ungarns genannt wird, so ist dies wohl ein überzeugender Beleg für den Wandel, der in den herrschenden Kreisen Ungarns in der Wertung des Dualismus platzgegriffen hat.

Unter dem Eindruck der letzten Rede des österreichischen Ministerpräsidenten bemerkte der „Pester Lloyd“ vom 2. d. unter unangebrachten Gereiztheiten gegen den Sprecher wie gegen die Deutschen Oesterreichs, daß Ungarn, wenn die letzten Reste österreichischer Staatseinheit einer föderalisierenden Politik geopfert werden, „seine in diesem Falle nur durch die Pragmatische Sanktion beschränkte Aktionsfreiheit wieder gewinnt und von seinem guten Rechte zur Verteidigung der eigenen Staatseinheit, aber auch zum Schutze der Dynastie und der Großmachtsstellung den ihm beliebigen Gebrauch machen würde.“ In ähnlicher Weise findet der gewesene Justizminister Dr. Karl Grösz in einem die Herstellung der „inneren Einheitsfront“ in Ungarn empfehlenden Aufsatz im „Pester Lloyd“ vom 6. d., das Ende des Dualismus gekommen:

Die Gesichertheit der Großmachtsstellung der Monarchie und das ungeteilte Staatsgebiet der österreichischen Erbländer bilden somit die conditio sine qua non für das Weiterbestehen der dualistischen Staatsform. Sowie in den österreichischen Erbländern eine föderalistische Staatsform Platz greifen sollte, die uns die Erhaltung der Großmachtsstellung der Monarchie nicht mehr verbürgen kann, entfällt für uns die Bedingung, an die wir die Aufrechterhaltung des dualistischen Ausgleichsvertrages geknüpft haben. In demselben Augenblicke tritt aber an uns auch die Pflicht heran, das neue Band zu suchen, das uns

an das so veränderte Oesterreich in der Zukunft knüpfen soll. Die jüngsten Vorgänge im österreichischen Abgeordnetenhaus sind ein Beweis dessen, daß von einer im Ausgleichsvertrage bedungenen Anteilbarkeit der österreichischen Erbländer kaum mehr die Rede sein kann. Die Ereignisse drängen in nicht zu verkennender Dast zu einer föderalistischen Gestaltung des österreichischen Staatsgebietes. An die ungarischen Politiker tritt somit die Pflicht heran, einmütig Stellung zu nehmen zu diesen Bestrebungen und Zukunftsgestaltungen, und alle Vorzüge zu treffen für die Schaffung jener neuen Verbindung, in die der unabhängige ungarische Staat zu dem Föderativstaate Oesterreich treten soll und wird.

Ähnliche Stimmen ließen sich viele anführen. Es stellt sich kurze Zeit, nachdem die amtlichen Wortführer Ungarns jeden Zweifel an der Vollkommenheit, Unantastbarkeit und Ewigkeitsdauer der dualistischen Ordnung zum Verbrechen und Zerfän gestempelt haben, mit solcher Klarheit, daß man es auch in den siebenundsechziger Kreisen Ungarns gar nicht mehr zu leugnen versucht, die Tatsache heraus, daß der Dualismus nur ein Experiment, nur eine Episode, nur ein Durchgangsstadium, nur eine der möglichen Formen der verfassungsrechtlichen Ordnung Oesterreich-Ungarns darstellt, und daß jetzt im Rahmen der Pragmatischen Sanktion „ein neues Band“ gesucht werden müsse.

Einstweilen sprechen sich die ungarischen Stimmen für den Uebergang zur Personalunion aus, es gilt ihnen vor allem, wie Dr. Grösz sagte, „den äußeren und den inneren Feinden die Unversertheit und die völlige Unabhängigkeit des ungarischen Staates abzurufen“, zu welchem Zwecke Dr. Grösz u. a. verlangt, daß Ungarn bei den kommenden Friedensverhandlungen als selbständiger Staat eine eigene Vertretung erhalte. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob die bloße Personalunion Ungarn die bleibende Bürgschaft für seine derzeitige Einheitlichkeit und gegen die von ihm so gefürchtete nationalistisch-föderalistische Welle zu bieten vermag, sowie ob sie nicht doch den Rahmen der Pragmatischen Sanktion sprengen würde, deren Ziel die Schaffung einer Realunion gewesen ist. Es soll hier das Recht Ungarns, im Rahmen der pragmatischen Aktion und unter Bedachtnahme auf die seitherige Entwicklung das Glück seiner Zukunft nach eigenem Ermessen zu suchen, in keiner Weise in Frage gestellt, sondern nur aufgezeigt werden, wie vergeblich und unnütz und daher unrichtig es von der ungarischen Politik gewesen ist, den Dualismus als ein blühendes Nährmichtan zu betrachten, jede Aussprache über ihn rundweg abzulehnen und auf jede Kritik an ihm mit Grobheiten zu erwidern. Die Aussprache wird nun von den Ereignissen doch erzwungen; um wieviel leichter müßte es sein, zu einem erproblichen Ergebnisse zu kommen, wenn man jetzt, statt von neuem zu beginnen, gleich an eine der vorans durchbesprochenen Eventualitäten anzuknüpfen vermöchte! In der Politik ist aber das bloße starre Nein immer das Unfruchtbarste.

### Aeußerungen der Grafen Andrássy und Tisza.

Budapest, 7. Oktober.

Im „Pesti Hirlap“ schreibt Graf Andrássy: „Der Weg der Entwicklung ist gegeben. Er führt zum demokratischen, unabhängigen Staatswesen. Hierüber haben welthistorische Ereignisse entschieden. Das sine qua non dieser Entwicklung ist aber die Bezwingung der ersten Gefahren des heutigen Tages. Wir müssen die Integrität unseres Staates und unserer Ehre wahren.“ Graf Stefan Tisza erklärt, daß er mit dieser Auffassung des Grafen Andrássy durchaus übereinstimme und jedes Wort unterschreibe.

### Hinausschiebung der Herrenhausitzung.

Heute nachmittag fand unter dem Voritze des Präsidenten Fürst Windischgrätz eine Konferenz der Gruppenobmänner des Herrenhauses statt, in der man sich einigte, daß das Herrenhaus die nächste Sitzung erst nach Einlangen der Antwort Wilsons abhalten solle. Das Herrenhaus wird daher vermutlich am nächsten Dienstag die Herbsttagung eröffnen.

zu schaffen und man nenne als deren prädestinierten Leiter das Herrenhausmitglied Hofrat Dr. Lammasch, der auch bei der Opposition ein gewisses Maß von Vertrauen genieße und möglichst von den Sozialdemokraten aller Nationen vielfach unterstützt werden würde, obwohl er katholischer Gesinnung sei. Die ganze internationale Situation erfordere neue Männer, und Sache des Dr. Lammasch würde es sein, solche heranzuziehen.

**Die Erklärungen des Finanzministers im Finanzausschusse.**

In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses stellte, wie gemeldet, Abg. Mastalka den Antrag, mit Rücksicht auf die allgemeine Lage von der Behandlung der Steuervorlagen Abstand zu nehmen und die Beratung hierüber zu vertagen.

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer trat dem Antrage Mastalka entgegen und erklärte, daß die Regierung selbstverständlich auf dem Boden der gegenwärtig geltenden Verfassung stehe. Wenn auch Änderungen im staatsrechtlichen Baue Oesterreichs bevorstehen, so werde die Arbeit, die im Ausschusse geleistet werde, keine überflüssige sein, denn diese Steuern seien auch für ein staatsrechtlich umgestaltetes Oesterreich notwendig. Die Regierung müsse daher die dringende Bitte stellen, die Verhandlungen im Ausschusse fortzusetzen und die Vorlagen auch im Hause ehestens der Erledigung zuzuführen.

Sodann wurde die Verhandlung wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen.

**Die vertagte tschechische Nationalversammlung.**

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Prag, 8. Oktober.

Da die Vertagung der für heute angekündigt gewesenen tschechischen Nationalversammlung zu spät bekanntgegeben worden war, so waren viele Teilnehmer eingetroffen, welche sich im Repräsentationshause versammelten, wo Dr. Kramarz eine kurze Ansprache hielt, in welcher er die Gründe der Vertagung darlegte und über die Vorbereitungsarbeiten des Nationalausschusses Mitteilung machte. Als gegen Mittag die Teilnehmer das Repräsentationshaus verließen, wurden sie von der auf der Straße harrenden Menge mit Abfingung von nationalen Liedern und Rufen begrüßt.

**Oesterreichischer Reichsrat.**

**Die zweite politische Debatte.**

Wien, 8. Oktober.

Nach Entgegennahme der Erklärungen des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek über die Friedensnote an Wilson trat das Abgeordnetenhaus heute in die zweite politische Debatte ein. Die Trennung in zwei Debatten wurde in der Obmännertkonferenz auf Wunsch einiger Parteien vereinbart, und wenn auch in der vorigen Woche die außenpolitischen Fragen auf der Tagesordnung standen, während diesmal die innere Politik und die Ernährungsverhältnisse besprochen werden sollen, ist es doch begreiflich, daß nur wenige Redner diese Grenzen beachten. Auch nach dieser Debatte wird man vermutlich noch nicht zu den meritorischen Verhandlungen kommen, die in erster Reihe den Steuervorlagen gelten sollten, denn heute wurde wieder eine ganze Reihe von dringlichen Anträgen eingebracht, und auch die Vorgänge im Finanzausschusse beweisen, daß wenig Geneigtheit besteht, an die Erledigung eines Arbeitsprogramms zu jähren.

Der erste Redner in der heutigen Debatte war der Slowene Dr. Rybacz, der erklärte, daß sich seine Parteigenossen nicht mit kleinen Zugeständnissen begnügen, sondern auf der restlosen Erfüllung der südslawischen Forderungen bestehen. Insbesondere eine Teillosung, welche die Slowenen nicht an den südslawischen Staat anschließt, könne sie nicht befriedigen. Die Südslawen, sagte der Redner, legen ihr Schicksal in die Hände Wilsons. Abgeordneter Dr. Schürff wies darauf hin, daß die Deutschen während der Kriegsperiode selbst in der Zeit der größten Erfolge niemals so übermütig und so gehässig gesprochen hätten, wie es die slawischen Redner tun. Die Deutschen in Oesterreich sehen mit Ruhe und Vertrauen der weiteren Entwicklung entgegen, denn es sei zu erwarten, daß der Traum der Tschechen nicht in Erfüllung gehen werde und daß sie viele ihrer Ansprüche werden streichen müssen. Auch Abgeordneter Dr. Terzabek meinte, daß die Tschechen zu früh frohlocken, wenn sie ihren Zukunftsstaat schon errichtet sehen und wenn sie zu sehr auf die Dankbarkeit der Entente hoffen. Abgeordneter Dr. Heilinger trat dafür ein, daß das Selbstbestimmungsrecht nach dem Muster der Schweiz durchgeführt werde und nicht nach dem Prinzip der streitenden und zerklüfteten Balkanvölker. Abgeordneter Sondzin wandte sich dagegen, daß ein Teil der Tschechen ganz Schlesien dem tschechischen Staate angliedern wolle; das polnische Volk

**Importhaus**

nders

terstrasse 114

ren in riesiger Auswahl !!!

orkommende Bedienung.

tsprinzip:

kleinstem Einzelnutzen.

Abg. Seitz: Die Verhandlung ist eine Farce einer Gerichtsverhandlung. (Fortgesetzte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident ersucht wiederholt um Ruhe.

Minister für Landesverteidigung Feldmarschallentant v. Czapp: Auf weitere Einzelheiten einzugehen, bin ich angesichts der im Zuge befindlichen Hauptverhandlung nicht in der Lage, da ich der dem Gerichte allein zustehenden Beurteilung in keiner Weise vorgreifen kann. Ich muß mir daher vorbehalten, seinerzeit nach Rechtskraft des Urteils auf die Pauschalangriffe zurückzukommen, die in der Anfrage gegen die Ehre der Staatsorgane gerichtet werden. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte daher auch das hohe Haus dringend ersuchen, dem Urteil des Gerichtes nicht vorzugreifen und dies um so weniger, als die Informationen der Herren Fragesteller naturgemäß vorläufig nur einseitige sein können. Diesbezüglich möchte ich nur beispielsweise darauf hinweisen, daß die Behauptung, die Mannschaft sei erniedrigend behandelt worden, schon mit der Tatsache im Widerspruch steht, daß in den von der aufrührerischen Mannschaft überreichten Forderungspunkten kein Wort einer Klage über schlechte Behandlung vorkommt. Angesichts der besonderen Schwere der Tat kann dem Wunsche der Herren Fragesteller, eine Abolition des Strafverfahrens zu erwirken, nicht entsprochen werden.

Beantwortung der Interpellation über den Freispruch des Hauptmannes Wolfgang.

Auf die Dringlichkeitsanfrage des Abg. Dr. Benkovic und Genossen, betreffend den Waffengebrauch des Hauptmannes Maximilian Wolfgang gegen den Korporal Lujak, beehre ich mich, folgendes zu erwidern: Wie ich dem Herrn Abg. Dr. Benkovic bereits mitgeteilt habe, hat der Militäranwalt gegen den Freispruch des Hauptmannes Wolfgang die Nichtigkeitsbeschwerde erhoben, über die der Oberste Militärgerichtshof demnächst zu erkennen haben wird. Hieraus wolle das hohe Haus entnehmen, daß die Militärverwaltung alles getan hat, was in ihrer gesetzlichen Befugnis steht; sie kann nur veranlassen, daß der Militäranwalt ein Urteil, das ihrer Auffassung nicht entspricht, mit dem geeigneten Rechtsmitteln anfechte. (Zwischenrufe bei den Czechen und Sozialdemokraten.) Die Entscheidung steht dem oberen Gerichte zu.

Die Äußerungen slowakischer Abgeordneter über die Armee.

In der gestrigen Sitzung hat einer der Herren Redner vorgebracht, in der Armee herrsche eine Stimmung gegen den Staat, welche derartig um sich gegriffen habe, daß man sich aus diesem Grunde zu keiner Offensive entschließen könne. Diese Vorgebrachten haben mich dazu bewogen, mir heute das Wort zu erbitten, um festzustellen, ob die erwähnten Behauptungen gottlos nicht nur den tatsächlichen Verhältnissen in unserer Armee durchaus nicht entsprechen, sondern daß unsere braven Truppen nach wie vor getreu dem geschwornen Eide und durchdrungen von den Gefühlen der Pflicht, das Vaterland zu schützen, in ungebrochener Kraft dem Feinde die Stirn bieten. (Zwischenrufe bei den Czechen und Sozialdemokraten.) Ich kann den betreffenden Herrn Redner, das hohe Haus und die Bevölkerung dessen versichern, daß für die Frage, ob wann und wo eine Offensive stattzufinden hat, einzig und allein die strategischen und operativen Momente maßgebend sind und daß ein solcher Hinderungsgrund, wie hier behauptet wurde, bei unseren Truppen nicht besteht.

Weiter muß ich mich auf das schärfste gegen die Behauptung wenden, welche von dem Herrn Abg. Stanek am 2. d. hier vorgebracht wurde, wonach die tschechischen Soldaten nur gezwungen in unserer Armee kämpfen würden. Unsere Armee ist ein Volksherr, die allgemeine Wehrpflicht eine demokratische Einrichtung. (Lebhafte Zwischenrufe und andauernde Zwischenrufe bei den Czechen und Sozialdemokraten), welcher nicht wie den seinerzeitigen geworbenen Soldatenheeren der Stempel eines nicht vertretbaren Zwanges aufgedrückt werden kann. (Fortdauernder lebhafter Widerspruch.)

Abg. Zenker: Hoch die Demokratie!

Abg. Seitz: Aber Excellenz, machen Sie doch keine Witze! Wir sind eine ernste Versammlung, es ist würdelos, Witze zu machen! (Lebhafte andauernde Zwischenrufe.) Das ist ein schlechter Witz, das ist eine Beleidigung der Volksvertretung! (Lebhafte Zwischenrufe.)

Präsident gibt das Glockenzeichen und ersucht wiederholt um Ruhe.

Minister für Landesverteidigung FML. Freiherr v. Czapp: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich weiß die Würde des Hauses gewiß zu wahren! (Andauernde Zwischenrufe.)

Abg. Seitz: Nein! Wenn Sie Witze machen, wissen Sie die Würde des Hauses nicht zu wahren! Demokratische Einrichtung, das ist ein Witz!

Minister für Landesverteidigung FML. Freiherr v. Czapp: Ich mache Sie aufmerksam, daß es mir fern gelegen ist, einen Witz zu machen. Ich fasse mein Amt viel zu ernst auf, das können Sie mir glauben. (Zwischenrufe.) Sie haben Ihre Auffassung, ich habe meine, und ich bin ebenso berechtigt, meine Auffassung zu vertreten. Aber auch die Leistungen unzähliger Kämpfer tschechischer Nationalität, welche im Laufe des Krieges ihrer Soldatenpflicht opferfreudig entsprochen haben und diese Pflichttreue gegenüber dem obersten Kriegsherrn und dem Vaterlande mit Einbuße von Leben oder Gesundheit besiegelten, beweisen es, daß die Behauptungen des Herrn Abgeordneten Stanek, wie auch schon Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident festgestellt hat, nicht zutreffend sind und daß die leider Gottes vorgekommenen traurigen Vorfälle nur als das aufgefaßt werden dürfen, was sie wirklich waren: Als Verfehlungen Verblendeter und Irreführter gegen die beschworene Treue. (Zwischenrufe.)

Ich möchte auch daran erinnern, daß seitens mancher Abgeordneter tschechischer Nationalität wiederholt die Forderung erhoben wurde, daß die Leistungen ihrer Konnationalen an der Front in der Öffentlichkeit entsprechend anerkannt werden mögen. Diese Forderungen, die allerdings einige Monate zurückliegen, stehen mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stanek wohl in einem kaum lösbaren Widerspruch. Ich bedauere, daß diese Feststellung nur von meiner Seite im Namen der ihre beschworene Eidespflicht treu erfüllenden Offiziere und Mannschaften tschechischer Nationalität erfolgt. Ich möchte Sie aber, meine sehr geehrten Herren, neuerlich auf das dringendste bitten, gerade in der jetzigen schweren Zeit alles zu vermeiden, was nicht nur die Stimmung in der Armee, sondern auch die Stimmung des Volkes gegen das Volksherr herabsetzen kann, gegen sein eigenes Fleisch und Blut. (Lebhafte Zwischenrufe.) Dazu gehören aber alle Darstellungen, welche einzelne Mißhandlungsfälle mit nicht genug scharf zurückzuweisenden Ausfällen gegen das gesamte Offizierskorps generalisieren und sie als Konsequenz unseres militärischen Systems darstellen. Gerade im Volksherr überwiegen weitaus die dem nichtaktiven Stande angehörenden Offiziere und Unteroffiziere und vielfach sind Mißhandlungsfälle

Neue Freie Pr

### Oesterreichischer Reichsrat.

#### Abgeordnetenhaus.

(89. Sitzung.) Beginn der Sitzung 11 Uhr.  
Meliorationsfonds.

Der Ackerbauminister übermittelt den Rechnungsabstufung über die Gebarung mit dem staatlichen Meliorationsfonds im Verwaltungsjahre 1916/17.

Tagesordnung: Debatte über die Regierungserklärung vom 1. d. und dringliche Anfragen.

#### Freiherr v. Czapp über den Prozeß gegen meuternde Matrosen.

Minister für Landesverteidigung FML. v. Czapp: Hohes Haus! Auf die am 8. Oktober 1918 an den Herrn Ministerpräsidenten gerichtete dringliche Anfrage der Herren Abgeordneten Dr. Koroschec und Genossen beehre ich mich, im Namen des Herrn Ministerpräsidenten nach gefolgtem Einvernehmen mit dem Armeoberkommando folgendes zu antworten:

Die Tat der Marinepersonen, gegen die gegenwärtig die Hauptverhandlung im Zuge ist, stellt sich keineswegs als so harmlos dar, wie man nach Schilderung der Anfrage glauben sollte, sie war vielmehr eine der schwersten gewaltsamen Auflehnungen gegen die Pflichten der militärischen Disziplin, wie schon aus den bisher erklossenen rechtskräftigen Urteilen gegen einen Teil der Täter hervorgeht. Bezeichnend ist die Tatsache, daß diese Blut vergossen haben. Die Tat ist um so strenger zu beurteilen, als sie die Flotte mit der Gefahr des Verlustes unersehlicher Schiffseinheiten bedrohte.

Abg. Glöckel: Ueber die Verhandlung werden wir noch reden.

der schwedischen Macht immer größer wurde. Als schwedisch,

ich keine Nebenregierungen dulde." — „Welcher Gruppe gehört der von Euer Exzellenz vorgeschlagene Mann an? Steht er der Linken nahe?" Dr. Wekerle: „Er ist ein außerhalb der Parteien stehender neutraler Mann, der als geeignete Persönlichkeit betrachtet werden kann." — „Wo wohnt Prinz Windisch-Grätz noch Graf Michael Karolyi?" Dr. Wekerle: „Keiner von den beiden! Diese Worte sprach der Ministerpräsident mit größter Bestimmtheit. „Ich darf also berichten, daß Euer Exzellenz bereits Ihre Demission gegeben haben?" Dr. Wekerle: „Ja wohl! Ich gehe!" — Diese Worte sprach der ungarische Ministerpräsident mit scharfer Akzentuierung.

**Berufung des Präsidenten des Magnatenhauses Dr. Wlassics zum Kaiser.**

(Teleogramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 10. Oktober.

Der Präsident des Magnatenhauses und Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Dr. Julius Wlassics hat heute nachmittag eine Berufung zum Monarchen erhalten, und wird morgen vormittag in Audienz erscheinen. Die Berufung Dr. Wlassics' steht mit der latenten Krise, sofern man von einer solchen sprechen darf, in Zusammenhang. Sie folgt den Audienzen der Grafen Tisza, Andrássy, Apponyi und Karolyi, deren Zweck ein vielfacher war. In erster Reihe sollte den vier Politikern Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten über die außenpolitischen Fragen darzulegen. In dieser Beziehung haben Graf Tisza, Graf Andrássy und Graf Apponyi eine vollkommen einmütige Auffassung, die sie auch vor dem Monarchen zum Ausdruck brachten. In den Audienzen gelangte auch die Frage zur Sprache, wer Ungarn bei den Friedensverhandlungen zu vertreten berufen sei. Der Führer der Arbeitspartei, Graf Tisza, bezeichnet den Grafen Andrássy als den geeigneten Mann sowohl bei den Verhandlungen vor der Friedenskonferenz, wie in diesen selbst, die ungarischen Interessen zu vertreten.

Der zweite Gegenstand der Audienzen galt der südslawischen Frage. In dieser Frage vertraten sämtliche ungarischen Politiker den Standpunkt, daß eine Lösung im Rahmen Ungarns erfolgen solle. Die Audienz der ungarischen Politiker hat die südslawische Frage ihrer Lösung nicht näher gebracht. Die maßgebenden Faktoren sind zur Ueberzeugung gelangt, daß eine endgültige Lösung dieser Frage gegenwärtig nicht opportun wäre. Man müsse die weitere Entwicklung abwarten, ehe man zu einer endgültigen Lösung schreiten könne.

Der dritte Gegenstand der Audienz galt der Frage, inwieweit die gegenwärtigen Vorgänge in Oesterreich auf das Verhältnis der beiden Staaten der Monarchie zu einander zurückwirken werden. In dieser Frage vertraten sämtliche ungarischen Politiker, einschließlich des Grafen Karolyi, die Ansicht, daß eine Aenderung der im Ausgleichsgesetz enthaltenen Paritätsgrundlage das Recht Ungarns auf die Personalunion wieder ausleben lasse.

Die vierte Frage galt der Sanierung der innerpolitischen Lage. Seit einiger Zeit wird in den politischen Kreisen von einer schleichenden Krise gesprochen. Die politische Herbstkampagne wurde von der Regierung mit dem Bestreben eingeleitet, eine parlamentarische Majorität zu schaffen, sei es auf dem Wege einer Fusion, sei es auf dem Wege einer Konzentration der Parteien. Die außenpolitischen Ereignisse stellten die Schaffung eines Konzentrationskabinetts in der Vordergrund, weil sich das Land plötzlich vor die Lösung wichtiger Fragen gestellt sah, welche die Mitarbeit sämtlicher Kräfte ohne Unterschied der Parteistellung wünschenswert erscheinen ließen. Die Bestrebungen zur Schaffung eines Konzentrationskabinetts sind hauptsächlich an persönlichen Fragen gescheitert. Seit den Verhandlungen über die Wahlreform hat sich das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition verschlechtert. Für eine Kon-

**Meldungen über den Ausbruch einer ungarischen Ministerkrise.**

**Die Empfänge der Parteiführer beim Kaiser.**

Wien, 10. Oktober.

Die gegenwärtige Lage der Monarchie macht Gerüchte über Ministerkrisen immer glaubwürdig. Die Meldungen, daß auch in Ungarn eine Veränderung des Kabinetts bevorstehe, finden jedoch ihre Erklärung, schon in der Tatsache, daß die Verhandlungen über die Bildung eines Konzentrationsministeriums seit Wochen dauern, ohne bisher zu einem Ergebnisse geführt zu haben. Ministerpräsident Dr. Wekerle hat mit der ihm eigenen ruhigen Sicherheit und Geschicklichkeit die größten Schwierigkeiten überwunden. Er war Ministerpräsident einer Minderheit und abhängig von einer Mehrheit, an deren Spitze sich Graf Stephan Tisza befindet. Er mußte, um die Wahlreform zu erlebigen, sich von Parteien trennen, die an seiner Ernennung mitgewirkt haben, insbesondere von der Partei des Grafen Julius Andrássy und des Grafen Apponyi. Er hat sich die größte Mühe gegeben, ein Zusammenwirken zwischen den Parteien durch Bildung eines Konzentrationsministeriums zu sichern. Das ist an sachlichen und persönlichen Hindernissen bisher gescheitert. Da jedoch der Frieden überall Umwandlungen der Kabinette notwendig macht, so wird dieses Bedürfnis auch in Ungarn empfunden. Graf Stephan Tisza und Graf Julius Andrássy sind einzig in der Auffassung, daß auch für das Konzentrationsministerium der jetzige Ministerpräsident Doktor Wekerle der geeignetste Mann wäre. Es scheint jedoch, daß die Hindernisse nicht zu beseitigen sind, und so erklären sich die Ansätze zur Krise, von der auch Ministerpräsident Dr. Wekerle in der nachstehend veröffentlichten Unterredung gesprochen hat. Während in den amtlichen Kreisen von Budapest das Bestehen einer Krise in später Abendstunde bestritten wird, hat Dr. Wekerle sie heute selbst angekündigt.

**Das Gespräch über die Krise in Ungarn.**

(Teleogramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 10. Oktober.

Der in Wien weilende politische Redakteur des „Neuen Bester Journal" hatte heute im ungarischen Hause mit dem Ministerpräsidenten Dr. Wekerle nach dessen Audienz eine Unterredung. Der Redakteur berichtet über diese Unterredung folgendes:

Ministerpräsident Dr. Wekerle empfing mich sofort. Ich verwies auf die in Wiener parlamentarischen Kreisen verbreitete Meldung über eine ungarische Krise. Doktor Wekerle entgegnete: „Ja wohl! Ich gehe. Ich bin gerade daran, dem Monarchen meinen Nachfolger in Vorschlag zu bringen." — „Wer ist das?" Dr. Wekerle: „Das kann ich Ihnen noch nicht sagen, ich scheidet aber, weil

rchieden  
on 177:  
99 ver  
09 nach  
in West  
mit ih  
und hat  
nur da  
lands i  
im Ma  
war d  
von selb  
ben. Da  
ng mit  
eine pre  
tag aber  
igte die  
e Sell  
eiten de  
ten. Mi  
gegen 15  
in dieser  
provisori  
gung A  
iche Selb  
ver beton  
Jeher nu  
hierland  
den fin  
machen  
he zur  
etts  
minister-  
ehmen  
ober.  
rtikel,  
und  
Michael  
" an  
Nach-  
id ist  
ber.  
a Er-  
it der  
osito"  
orden,  
Ende  
der-  
ber.  
s der  
Franz  
unter  
sind  
Ent-  
der  
denen  
recht-  
gehen  
ganze  
gen  
erung  
in der  
die  
ver-  
alle  
nderer  
ein-  
arung  
hig  
Ber-

## Doppelkrise in der Monarchie.

### Die österreichische Krise.

Wien, 11. Oktober.

Samstag und Sonntag wird der Kaiser dreißig Abgeordnete empfangen. In der Liste befinden sich Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die sich über das Verhältnis zu Oesterreich in Reden, die erst vor wenigen Tagen gehalten worden sind, mit voller Rücksichtslosigkeit ausgesprochen und ihre Bewunderung für die czecho-slowakischen Brigaden kundgegeben haben.

Wer die Zusammenstellung dieser Liste gemacht und nach seinem politischen Urteil es für nützlich gehalten hat, daß auch solche Männer in dieser Krise ihren Rat geben, ist nicht genau festzustellen. In der Regel gehen solche Vorschläge von Regierungsstellen aus. In parlamentarischen Kreisen, die unterrichtet zu sein pflegen, wird erzählt, daß in diesem Falle bei den Einladungen nicht der sonst übliche Weg eingeschlagen worden sei. Die genaue Mitteilung ist jedoch nicht leicht möglich.

Eine formelle Krise ist bisher nicht ausgebrochen und die Wahrheit der Meldung, daß der Ministerpräsident selbst gesagt hätte, seine Stellung sei unhaltbar geworden, wird in politischen Kreisen bestritten.

Der Empfang hat einen doppelten Zweck. Die Abgeordneten sollen dem Kaiser mitteilen, welche Auffassung sie über die Bildung von Völkstaaten und über deren gegenseitiges Verhältnis sowie über deren Beziehung zu Oesterreich haben. Die Parlamentarier sollen dem Kaiser ihre Ansicht über die Grundfrage mitteilen: Wo enden die Grenzen des Selbstbestimmungsrechtes für die Völker und wo beginnt die Möglichkeit des staatlichen Lebens für Oesterreich? Kann neben den Völkstaaten, von denen wir nicht einmal wissen, welche von ihnen den Zusammenhang mit der Monarchie überhaupt wollen, der zu schaffende Ueberstaat oder Staatenstaat die Kraft zur wirksamen Tätigkeit und zu einer sich durchziehenden Gesamtleitung haben? Das ist der Kern des Problems, wobei die so wichtige Frage, was aus den großen Minderheiten in Böhmen, in Mähren, in Galizien und in den Alpenländern werden soll, ohne richtige Lösung zum Verhängnis werden kann.

Die dreißig Abgeordneten werden ihre Meinung auch darüber abzugeben haben, was jetzt geschehen soll, wenn Präsident Wilson die Frage aufwerfen würde, ob wir eine Volksregierung haben. Der von ihm verkündete Grundsatz des Interventionsrechtes in die inneren Angelegenheiten der Monarchie wird bereits so wie in Deutschland ohne Anwendung hingenommen. Empfindlichkeit haben wir uns rasch abgewöhnt. Die Abgeordneten dürften veranlaßt werden, sich

darüber auszusprechen, ob eine Volksregierung, zusammengeleitet aus Mitgliedern sämtlicher Parteien, mit der Bestimmung, den alten Staat zu liquidieren und den Uebergang zum neuen einzuleiten, gebildet werden solle.

Die Tschechen erklären jedem, der es hören will, daß sie durch ihre Vertreter an einer solchen Volksregierung nicht teilnehmen wollen. Die Polen haben in Gegenwart von zwei österreichischen Ministern und mit deren Zustimmung den Staatsstreich des Regentensrates in Warschau so freudig begrüßt, daß sie für eine österreichische Volksregierung kaum noch das nötige Interesse hätten. Von den Südslawen haben wir gestern in der Debatte gehört, daß sie frei sein wollen von jeder Fremdherrschaft, sie verlangen ihr eigenes nationales Parlament, ihre eigene nationale Regierung, ihren eigenen souveränen Nationalstaat.

Es zeigt sich, daß die slavischen Volksstämme sich in keiner Weise zu binden gedenken, bevor die Antwort des Präsidenten Wilson an die Monarchie eintrifft, und daß sie ihre Hoffnungen auf die Friedenskonferenz setzen. Die Wahrheit ist, daß die innere Politik von Oesterreich, wenn sie in gleicher Weise sich fortentwickelt wie in den letzten Tagen, nicht von uns, sondern in dem Friedensvertrage bestimmt werden wird.

## Die Gerüchte über die Ministerkrise in Ungarn.

### Die Frage der Personalunion.

Wien, 11. Oktober.

Die Gerüchte über eine Ministerkrise in Ungarn hängen ebenfalls mit der Friedensfrage zusammen. Es handelt sich darum, ob eine Konzentration sämtlicher Parteien oder nur eine Vereinigung zwischen der Arbeitspartei und einzelnen Gruppensplittern möglich sei. Davon werden die Veränderungen im Ministerium abhängen. Wenn die Konzentration durch den vom Kaiser berufenen Magnatenhauspräsidenten Herrn v. Blaffics gelingen sollte, würde Dr. Wekerle sich zurückziehen. Wenn es bei der Fusion bliebe, würde er als der geeignete Mann in seinem Amte bleiben.

Noch wichtiger als die Ministerfrage ist für Oesterreich die Tatsache, daß schon jetzt ganz maßvolle und erfahrene Persönlichkeiten den Zusammenbruch des Dualismus, des wirtschaftlichen Ausgleiches, der im Frieden den freien Verkehr sicherte, und die vollständige Trennung in Gestalt der Personalunion ankündigen. Herr v. Koerber hat als Ministerpräsident davor gewarnt, dieses Wort in den Mund zu nehmen. Er wird jetzt in Ungarn von den ehemaligen verlässlichen Anhängern dualistischer Einrichtungen in den



**Die innerpolitische Lage.**

Budapest, 11. Oktober.

Das Bild, das wir in unserem heutigen Abendblatt von der innerpolitischen Lage entworfen haben, hat auch im Laufe des heutigen Tages keine wesentliche Veränderung erfahren. Die Tatsache, daß der Präsident des Magnatenhauses Baron Julius Blässics nicht geneigt erscheint, die Aufgabe der Entwirkung zu übernehmen, erhellt auch aus dem Umstande, daß Geheimrat Reichstagsabgeordneter Ludwig v. Návay sich nach Wien begeben hat, wo er vor dem König in Audienz erscheinen wird.

Eine ausführliche Darstellung der Situation hat heute Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle selbst gegeben, in bedeutsamen Ausführungen, in denen er die Mitglieder des Vollzugsausschusses der Achtundvierziger Verfassungspartei über die Lage informierte. Wir teilen diese Ausführungen des Ministerpräsidenten in folgendem mit:

Zu bemerken ist noch, daß die Gerüchte, die mit durchsichtiger Tendenz zu erzählen wissen, daß sich Graf Stefan Tisza vom politischen Leben zurückziehen wolle, in entschiedener Weise dementiert werden. Diese Gerüchte, die in kräftigem Widerspruch zu dem stehen, was Graf Stefan Tisza gestern im Klub der Partei der nationalen Arbeit erklärt hat und was aus dem Wesen seiner Persönlichkeit folgt, zeigen, daß an einzelnen Stellen unseres politischen Lebens auch in dieser so stark umwandelnden Zeit auf die ältesten Mittelchen nicht verzichtet wird.

**Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle.**

Der Vollzugsausschuß der Achtundvierziger Verfassungspartei hielt heute abend eine Sitzung, in der Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle und die Minister Graf Béla Serényi, Baron Josef Szterényi, Alexander Popovics, Graf Mladár Zichy, Gustav Körh und Karl Uffelhuber anwesend waren. Präsident Franz v. Bolygár eröffnete die Sitzung und ersuchte den Ministerpräsidenten, die Mitglieder des Vollzugsausschusses über die auslands- und inlandspolitische Lage zu informieren.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle schilderte die Situation in längerer Rede. Betreffend die auslandspolitische Lage, so führte er aus, ist es bekannt, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika auf die an ihn gerichtete Note zwar nicht uns, doch dem Deutschen Reich die Antwort erteilt hat. Es handelt sich jetzt darum, welche Note von Deutschland auf diese Antwort ergehen soll. Diesbezüglich müssen wir ein gewisses gemeinsames Vorgehen mit Deutschland befolgen, denn in der Note Wilsons wird nicht nur von Deutschland, sondern überhaupt von den Zentralmächten verlangt, daß sie die besetzten Gebiete räumen. Das interessiert auch uns, denn es enthält eine Frage, die vermittelt im Wege Deutschlands an uns gerichtet wird.

Betreffend die Auslandspolitik erwähne ich, daß wir den Vertrag mit Finnland ratifiziert haben, auch der Vertrag mit Rußland ist ratifiziert, hingegen hat das Abkommen mit der Ukraine die Ratifikation noch nicht erhalten. Es ist Hoffnung vorhanden, daß auch der rumänische Vertrag in nächster Zeit ratifiziert werden wird. Mit der auslandspolitischen Lage hängt auch die Frage des Friedensschlusses und die Vertreibung Ungarns aus Anlaß dieses Friedensschlusses zusammen. Betreffend die Bedingungen des Friedens ist ein Abkommen mit Deutschland zustande gekommen, laut dem wir gemeinsam für alle Fälle die Bedingungen des zu schließenden Friedens ansarbeiten werden. Diese Punkte sind jetzt in Ausarbeitung. Wir müssen dafür sorgen, daß nicht nur die beiden Friedensverhandlungen geltenden Prinzipien festgestellt werden, sondern auch, daß Ungarn bei den Friedensverhandlungen unmittelbar vertreten sei. Das ist natürlich nicht so zu verstehen, daß Ungarn den Friedensvertrag separat abschließen. Das aber können wir verlangen und dafür müssen wir sorgen, daß die Interessen Ungarns bei dem Friedensschluß durch einen entsprechenden ungarischen Staatsmann unmittelbar vertreten und verteidigt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich wünsche mich noch über die österreichischen Zustände zu äußern, die heute allbekannt sind. Unsere Lage hat sich gegenüber Oesterreich wesentlich geändert. Hier stehen wir heute schon fertigen Tatsachen gegenüber.

Es ist bekannt, daß wir in der südslavischen Frage den Standpunkt eingenommen haben, der Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien nicht entgegenzutreten. Wir können dagegen auch nicht Stellung nehmen, denn es beruht auf unseren Gesetzen. Ganz anders liegen die Dinge betreffend Bosnien-Herzegowina. Diesbezüglich nahmen wir den Standpunkt ein, es soll von der Entschliebung von Bosnien-Herzegowina abhängig gemacht werden, ob es an Kroatien oder an uns angeschlossen werden soll.

Betreffend die Nationalitätenfrage haben wir in bezug auf die Friedensverhandlungen den Standpunkt eingenommen, daß allgemeine Prinzipien festgestellt werden, und zwar sollen diese allgemeinen Prinzipien als internationales Recht und als gemeinsames Abkommen der eventuell dem Völkerbund beitretenden Staaten festgestellt werden, und zwar so, daß sie Anwendung finden nicht nur bei uns, sondern auch in den Ententestaaten. Die Festlegung solcher prinzipiellen Grundlagen ist unser Bestreben und wir hoffen, daß es gelingen wird, diesen Standpunkt geltend zu machen, wenn die Note Wilsons und die an diese anknüpfenden Reden nach ihrem Geiste erklärt werden, das heißt, die Verhältnisse der den Völker-

**Ministerrat.**

Magyar Ludófitó berichtet: Heute um 1 Uhr mittag fand im Palais des Ministerpräsidenten ein Ministerat statt, in dem Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle die in der Hauptstadt weilenden Mitglieder des Kabinetts über die allgemeine politische Lage informierte.

**Die Audienz des Barons Julius Blässics.**

Aus Wien wird berichtet: Der König empfing heute den Präsidenten des Magnatenhauses Baron Julius Blässics in längerer Privataudienz.

**Ein Dementi.**

Magyar Ludófitó meldet: Einige Blätter verbreiten in Anknüpfung an die gestrigen Erklärungen des Grafen Stefan Tisza im Klub der Partei der nationalen Arbeit die falsche Nachricht, Graf Stefan Tisza habe erklärt, daß er sich vom politischen Leben zurückziehe. Graf Stefan Tisza hat eine derartige Erklärung überhaupt nicht getan und die ganze Nachricht ist nur tendenziöse Erfindung.

**Heimkehr des Grafen Michael Karolhi.**

Graf Michael Karolhi hat in Wien mit verschiedenen österreichischen Politikern, darunter mit Grafen Silo-Larouca, Professor Lammasch und mehreren Führern der sozialdemokratischen Partei Besprechungen gepflogen. Er ist mittags mit dem Schnellzug nach Budapest abgereist und hat verfügt, daß die Mitglieder seiner Partei Samstag, 6 Uhr abends, zu einer vertraulichen Besprechung zusammentreten.

**Die Einberufung des Abgeordnetenhauses.**

Wie Politikai Híradó meldet, hat die Unabhängigkeits- und Achtundvierziger-Partei beschlossen, das von über sechzig Abgeordneten unterfertigte Ansuchen um Einberufung des Abgeordnetenhauses morgen dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu übermitteln. Das Gesuch ist nach dieser Quelle auch von Mitgliedern der Bizonypartei unterfertigt.

**Eine Kundgebung der sozialdemokratischen Parteileitung.**

Die Leitung der ungarländischen sozialdemokratischen Partei läßt durch die Korrespondenz Munkás Híradó eine Resolution verbreiten, laut der die Parteileitung beschlossen hat, mit jenen Parteien, die an der Schaffung der letzten Wohlfahrt teilgenommen haben — welche Beiräumung diese auch haben mögen —, nicht in Verhandlungen zu treten und gegen jeden Versuch Stellung zu nehmen, der nicht einen Wechsel im auslands- und inlandspolitischen Kurs bedeutet.

Sonntag, 12. Oktober 1918

# Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

Stück 6 Mark bei tägiger zweimaliger Zustellung. Durch die Post zu bestellen ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40 %, Feuertageszuschlag. Die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 29-30. und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

2.26

Fernsprech Zentrale. Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 230, 15 231, 15 232 bis 15 291.

## Ungarn und die Südslawen.

Von

Dr. Alexander Reblitz.

Die Entwicklung der Verhältnisse in der österreichischen Reichshälfte hat in den letzten Tagen unter dem Druck der Ereignisse eine Richtung eingeschlagen, die an dieser Stelle mehrfach früher als notwendig bezeichnet worden ist. Ob die spätere Verwirklichung dieser Politik noch jene Vorteile zu zeitigen vermag, die wir uns vorher davon versprechen durften, mag heute dahingestellt bleiben. Immerhin kann die verströmte Zeit wenigstens teilweise durch ein beschleunigtes Tempo eingebracht werden, weil die neuen politischen Begriffe, gegen die man sich bisher vielfach gesträubt hat, immerhin unter den Politikern ziemlich landläufig geworden sind, und weil eine lange Werbearbeit zwar nicht ganze Parteien, wohl aber eine nicht unerhebliche Zahl von einzelnen politischen Persönlichkeiten mehr oder minder auf die Notwendigkeit des neuen Kurses vorbereitet hat. Wenn jetzt aber die gleichen Probleme auch an Ungarn herantreten, dürften sich ihrer Lösung größere Schwierigkeiten in den Weg stellen als in Oesterreich. Denn die bisher vorherrschende Gruppe, die Magyaren, die sich jetzt zu entscheidenden Zuständen an die anderen Nationalitäten des Staates entschließen sollen, sind sowohl ziffernmäßig wie auch politisch bei weitem stärker als die Deutschen in Oesterreich.

Der Umschwung, vor dem Ungarn jetzt steht, ist ein doppelter, und zwar sowohl nach der demokratischen, wie nach der nationalen Richtung. Das bisher führende Magyarentum steht unter dem beherrschenden Einfluß des Landadels und einer dünnen Bürgerschaft. Eine Demokratisierung würde zwar die wenigstens teilweise magyarische Arbeiterschaft von Budapest und aus den wenigen Industriebezirken in ihrem politischen Einfluß stärken, aber auch vor allem die nicht-magyarischen Nationalitäten, die durch die bisherigen Wahlrechte mehr oder weniger stark verdrängt gewesen sind, und zwar sowohl durch die Bestimmungen über die Kenntnis der ungarischen Sprache, wie auch teilweise durch den mehr oder weniger starken phantokratischen Anstrich dieser Wahlrechte. Denn zum mindesten ein Teil dieser Nationalitäten steht wirtschaftlich und intellektuell hinter dem Magyarentum zurück und mag deshalb stärker als diese von den einschränkenden Wahlrechtsbestimmungen betroffen. Ein vollkommen gleiches und geheimes (also jeder äußeren Beeinflussung entzogenes) Wahlrecht würde das Magyarentum in die Minderheit bringen. Denn wenn auch die offizielle Statistik etwas mehr als 50 Prozent Magyaren aufweist, so wird doch von gegnerischer Seite, und zwar nicht mit Unrecht, festgestellt, daß die Nichtmagyaren in Wirklichkeit schon heute mehr als die Hälfte der Kopfzahl besitzen. Dieses Verhältnis wird sich durch ihren stärkeren Bevölkerungszuwachs vermutlich rasch noch weiter zu ihren Gunsten verschieben.

Bei diesen Berechnungen sind aber die zum Königreich Ungarn gehörigen Südslawen mitbegriffen; und hier ist der Punkt, von dem aus man schon während der letzten Jahre die Hochspannung der Nationalitätenfrage zu mildern und dennoch die führende Stellung des Magyarentums zu festigen dachte. Die in Ungarn lebenden Südslawen sind bekanntlich Serben und Kroaten, zwei Nationalitäten von völlig gleicher Sprache, die außerdem zum Teil in gemischten Stämmen leben. Verfassungsmäßig genießen sie zum größeren Teil eine gewisse Autonomie, nämlich in den vereinigten Königreichen Kroatien und Slawonien, ein kleinerer, aber nicht unerheblicher Teil, nämlich die im Banat lebenden Serben, gehören unmittelbar zu Ungarn. Das Königreich Kroatien und Slawonien genießt in einer Anzahl von Verwaltungszweigen, nämlich Rechtspflege, Schulwesen, Inneres und einem bescheidenen Teil seiner Finanzen, Selbständigkeit. Es hat eine Volksvertretung, den Sabor (Landtag) und eine Regierung, an deren Spitze der Banus steht, und deren Ressorts von Sektionschefs geleitet werden. In den übrigen Angelegenheiten hängt Kroatien von Ungarn ab, also in den Wehrfragen, im Eisenbahn- und Postwesen und im größten Teil der Finanzgebarung. Die in Kroatien eingezogenen Steuern fließen nach Budapest, und Kroatien erhält eine feststehende Quote zur Deckung seiner Ausgaben. Größere Investitionen, zumal für wirtschaftliche und Verkehrszwecke, kann es also nicht machen. Es trägt zwar einen Teil der Kosten der Eisenbahnbauten; aber es hat weder auf die Linienführung noch auf die Festsetzung der Tarife Einfluß. Vielmehr fällt es sich gerade in dieser Hinsicht durch die ungarische Regierung auf das schwerste in seinem Wirtschaftsleben geschädigt.

Das sogenannte Ausgleichsgesetz von 1868, das die Grundlage des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen Kroatien und Ungarn bildet, wird von den Kroaten und Serben seit seinem

## Dr. Weyerle über die künftige Stellung Ungarns.

Ungarns Verhältnis zu Oesterreich und zur Dynastie.

Budapest, 11. Oktober.

In einer Konferenz der Achtundvierziger-Verfassungspartei führte Ministerpräsident Dr. Weyerle aus: Was die außenpolitische Lage betrifft, ist bekannt, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Antwort auf die an ihn gerichtete Note zwar nicht uns, wohl aber Deutschland erteilt hat. Nun ist die Frage die, mit was für einer Note Deutschland auf diese Antwort erwidern soll. In dieser Hinsicht müssen wir im Einklang mit Deutschland vorgehen. Denn die Wilsonsche Note verlangt nicht nur von Deutschland, sondern von den Mittelmächten im allgemeinen, daß sie die besetzten Gebiete räumen. Bezüglich der auswärtigen Politik, erwähnte Dr. Weyerle, daß der mit der Ukraine abgeschlossene Vertrag noch nicht ratifiziert ist. Es ist Hoffnung vorhanden, daß auch der Vertrag mit Rumänien demnächst ratifiziert werden wird. In Verbindung mit der auswärtigen Lage steht auch die Frage des Friedensschlusses und die der Vertretung Ungarns bei den Friedensverhandlungen. Hinsichtlich der Bedingungen des Friedens ist eine Vereinbarung mit Deutschland dahin zustande gekommen, daß wir für alle Eventualitäten die Bedingungen des abzuschließenden Friedens gemeinsam ausarbeiten werden. Diese Punktationen stehen jetzt in Bearbeitung. Wir müssen nicht nur dafür sorgen, daß wir die bei den Friedensverhandlungen zur Geltung gelangenden Prinzipien wahren, sondern auch dafür, daß bei den Friedensverhandlungen Ungarn unmittelbar vertreten sei. Dies ist natürlich nicht in dem Sinne zu verstehen, daß Ungarn separat den Frieden schließe wohl aber können wir verlangen, und dafür müssen wir auch sorgen, daß bei Abschluß des Friedens die Landesinteressen durch einen hierzu geeigneten ungarischen Staatsmann unmittelbar vertreten werden. (Ungarn war in dieser Art bei allen internationalen Verträgen der letzten Jahrzehnte vertreten und fertigte die Verträge auch mit. D. N.) Unsere Lage gegenüber Oesterreich hat sich wesentlich geändert. Hier stehen wir bereits veränderten Tatsachen gegenüber.

### In der südslavischen Frage

war unser Standpunkt der, daß wir gegen die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien nichts einzuwenden (!) hätten. Das können wir ja auch nicht tun, Beruht diese ja doch auf unseren eigenen Gesetzen. Ganz anders steht die Frage hinsichtlich Bosniens und der Herzegovina, bezüglich deren wir den Standpunkt einnehmen, daß es von der eigenen Entscheidung Bosniens und der Herzegovina abhängig gemacht werden soll, ob sie Kroatien oder uns angegliedert werden.

### Hinsichtlich der Nationalitätenfrage

werden wir bei den Friedensverhandlungen den Standpunkt einnehmen, daß allgemeine Prinzipien auf der Grundlage des allgemeinen Rechtes festgestellt werden, damit eventuell unter den im Völkerbunde befindlichen Staaten Vereinbarungen getroffen werden, die dann nicht nur bei uns, sondern auch in den Ländern der Entente Anwendung finden sollen. Wir hoffen, daß es auch gelingen wird, diesen Standpunkt zur Geltung zu bringen, wenn die Wilsonsche Note und die an diese geknüpften Neben ihrem Geiste nach interpretiert werden, d. h. die Verhältnisse sämtlicher Staaten des Bundes eine gleichmäßige Behandlung erfahren. Was die hinsichtlich der slowakischen Komitate geäußerten Wünsche der Tschechen betrifft, haben bereits mehrere dieser Komitate in dieser Frage Stellung genommen und mehrere Erscheinungen deuten darauf hin, daß die dort wohnenden breiten Volksschichten ohne jede Ingerenz der Regierung sich gegen die Angliederung an Böhmen vermahnen.

Eine schwerwiegende Sache ist es, daß man in Oesterreich vollkommen zum Föderalismus übergeht. Böhmen wünscht durchaus auf föderalistischer Grundlage auszuscheiden und einen separaten Staat zu bilden.

Leider haben wir keine Garantien dafür, daß man dort diesen tschechischen Bestrebungen den Weg verlege. Ich darf sagen, daß die österreichische Staatsgewalt keine Kraft hat, um diesen Bestrebungen entgegenzutreten. Von den Versprechen, die wir seinerzeit erhalten haben, daß in Oesterreich die Strafgesetze in der Weise werden ergänzt werden, daß die gegen die Integrität des ungarischen Staates sich richtenden Handlungen strafrechtlich verfolgt werden können, ist heute nicht einmal die Rede.

Unter den heutigen Umständen ist die Lage für uns von selbst gegeben. Wir können konstatieren, daß wir nicht jenem Oesterreich gegenüber stehen, mit dem wir in der Vergangenheit Abkommen getroffen haben. (So ist es!) Ob wir nun diese Abkommen so auslegen, wie wir sie stets ausgelegt haben, daß wir nicht mit jenen Provinzen, sondern mit unserem eigenen Fürsten Vereinbarungen geschlossen haben oder nicht, jedenfalls haben wir auch zu jenen Provinzen Beziehungen, die für die Zukunft nicht aufrecht bleiben können, denn die dortigen Verhältnisse haben diese Beziehungen aufgelöst. Selbst der Verteidigungspflicht vermag Oesterreich in seiner heutigen Form für die Zukunft nicht zu entsprechen. (!)

Daselbe gilt für die wirtschaftliche Gemeinschaft. Was die wirtschaftliche Gemeinschaft und unsere Beziehungen zu Oesterreich überhaupt betrifft, müssen wir bestrebt sein, die unabhängige Regelung unserer eigenen nationalen, politischen, wirtschaftlichen und Verteidigungsinteressen für die Zukunft zu sichern. (Lebhafte Zustimmung.) Man pflegt diese Bestrebungen unter dem Sammelnamen der Personalunion zu vereinigen. Dies kann die Feststellung einer Mischung sein, ist aber in sich eigentlich keine präzise Bestimmung. Der Begriff der Personalunion kann ja auch im öffentlichen Recht auf vielerlei Weise ausgelegt werden. Auch unser Verhältnis zu Oesterreich wird von manchen als Personalunion, von anderen als Realunion aufgefaßt. Ich konkludiere also dahin, daß wir, anstatt diesen Ausdruck zu gebrauchen, vielleicht sagen, daß unser Bestreben die wirtschaftliche und Verteidigungsinteressen sein möge. (Lebhafte Zustimmung.)

Dieses Bestreben ist bei uns vorhanden. Es ist in das Bewußtsein der ungarischen Nation übergegangen. Ich möchte nur davor warnen, daß wir dies zu sehr auf die Spitze treiben, zu viel in den Vordergrund drängen und immer wieder betonen. Dies würde ich nicht für politisch erachten. Gibt es ja ohnehin so viele Erscheinungen der Dissolution sowohl in Oesterreich als auch bei uns. Die Erscheinungen der Dissolution, die uns beim Friedensschluß zweifellos schwächen und unseren Standpunkt dabei erschweren, sollen wir bestrebt sein, nicht zu fördern, sondern so viel als möglich zu verringern. (Lebhafte Zustimmung.)

### Für eine ungarische Konzentrations-Regierung.

Wenn wir sehen, daß nicht einmal unsere staatsrechtliche Integrität in unbedingt intakter Form für die Zukunft vor uns steht, wenn wir sehen, daß wir ganz neuen Gestaltungen gegenüberstehen, die auch in unseren Beziehungen zu Oesterreich ebenso wie in unseren internationalen Beziehungen große Änderungen nach sich ziehen können, dann ist eine unabwiesbare Notwendigkeit vom Gesichtspunkte der Verteidigung unserer eigenen nationalen Interessen dafür vorhanden, daß alle für die nationalen Interessen Sinn hegenden Kräfte sich vereinigen. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Umstand hat zu der Idee geführt, daß die verschiedenen politischen Parteien, die verschiedenen politischen Persönlichkeiten alle in der Vergangenheit aufgetauchten Differenzen beiseitelegen und sich wenigstens bis zum Friedensschluß zur Erreichung dieser großen Ziele zusammenschließen. Leider, sagt Weyerle, sehe er, daß auch gegenwärtig gewisse persönliche Differenzen ein derart trennendes Moment bilden, daß das Zusammenwirken der Kräfte für eine Konzentration keinem großen Vertrauen begegnet. Er für seine Person wolle kein Hindernis bilden. Er habe deshalb den Herrscher gebeten, Versuche mit anderen Staatsmännern zu unternehmen und es sei unter solchen Persönlichkeiten, die auf seine (Weyerles) Empfehlung jetzt von Sr. Majestät in Audienz empfangen werden, auch Baron Julius Wlassics, der heute in Audienz erschien. Zu welchem Resultat dieser Versuch führen wird, wisse er nicht. Wie immer sich auch die Verhältnisse gestalten mögen, die Vergangenheit der ungarischen Nation rechtfertigt es, daß die Wahrung des Zusammenwirkens und der Eintracht mit dem Herrscher immer einer der unumgänglichen Grundsteine unserer politischen Bestrebungen war. Deshalb dürfen wir die Bande,

welche heute zwischen der Nation dem Herrscher bestehen, nicht nur nicht lockern, sondern wir müssen sie noch fester gestalten. (Lebhafte Beifall)

**Oesterreichischer Reichsrat.**

**Beendigung der politischen Debatte.**

Wien, 11. Oktober.

Ein zutreffendes Bild vom Hause hat heute der Abgeordnete Kraft in seiner Rede entworfen. Er sprach von der Verzichtstimmung für das alte Oesterreich, die bei den Parteien herrsche, von dem Altersprozesse, der über die Volksvertretung gekommen zu sein scheine. Statt beschlossen, wird kaum beraten; es sehe wie ein Auseinanderfallen aus. Wichtig ist auch, was der Redner über die Politik der Deutschen gesagt hat. Sie wollten den Staat erhalten und keines der Völker, die mit ihnen leben, in seinen Rechten verkürzen. Keines dieser Länder ist auch zu kurz gekommen. Nun aber sind auch die Deutschen zur Selbstbestimmung gekommen. Als Vorderung des weitestgehenden Teiles des deutschen Volkes in den Alpenländern bezeichnete er den bundesrechtlichen Anschluß an das Deutsche Reich, wie er auch früher unter unserer Dynastie bestanden hat. Gegen die ungarische Regierung erhob Abgeordneter Kraft den Vorwurf, daß sie während der ganzen Kriegszeit unser Ernährungsweisen gedrosselt und damit die Kriegsführung geschädigt habe, wie ihre Wirtschaftspolitik schon früher zu den Ferkelnissen mit den Balkanvölkern beigetragen habe. Die wirtschaftliche und finanzielle Absperrung sei beinahe schon durchgeführt und die Personalunion wäre nur die Anerkennung des bestehenden Verhältnisses.

Am Schlusse seiner Rede sprach Abgeordneter Kraft über die Zukunft Tirols und gab der Ansicht Ausdruck, daß die Bevölkerung mit Ausnahme von einigen italienischen Städten das Land einheitlich erhalten wissen wolle. Mehnlich äußerte sich der Abgeordnete Dr. Bugatto. Er sagte, daß sich die Italiener und Rumänen den Kündigungen an den Staat nicht angeschlossen hätten. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die jetzt hochgehenden Wellen sich glätten, daß der Desorganisation die Reorganisation folgen werde, da der Zug der Welt nach Zusammenfassung der Völker und nicht nach Teilung der Gebiete gehe. Es könne kein volles Selbstbestimmungsrecht, sondern nur ein Mitbestimmungsrecht geben, und nationale Aspirationen seien gewiß nicht das alleinige Prinzip der Staatenbildung. In Oesterreich sei genügend Möglichkeit vorhanden,

den, die Interessen der italienischen Bevölkerung zu schützen. Anders lauteten die Ausführungen des zweiten italienischen Redners, Abgeordneter Dr. Casser. Er erklärte, daß seine Gesinnungsgenossen die Entscheidung über die Zukunft der italienischen Gebiete Oesterreichs vom Friedenskongresse erwarten, da sie nicht als innere Frage des Staates behandelt werden könne.

Abgeordneter Dr. Michajda begrüßte namens der Polen Schlesiens die Ideen Wilsons. Seine Ausführungen zeigten, daß es zwischen Polen und Tschechen noch zu Auseinandersetzungen um den Besitz Schlesiens kommen werde. Schlesien gehört nach tschechischer Auffassung zu den Ländern der böhmischen Krone. Aber ebenso wie inngst der Abgeordnete Ponzin erklärte heute Dr. Michajda, daß die Polen Schlesiens mit dem polnischen Staate vereinigt werden wollten. Abgeordneter Wittek verlangte, daß die Polen im Sinne der Note Wilsons die ukrainischen Gebiete Polens, Pobjaschens, Wolhyniens und Ostgalizien sofort räumen; denn die polnische Macht dürfe sich nicht auf Gebiete einer fremden Nation erstrecken. Der Redner beschwerte sich über die Behandlung der Ukrainer durch die Polen und führte unter anderem an, daß den Bauern von den polnischen Großgrundbesitzern förmliche Kontributionen auferlegt werden. Abgeordneter Dr. Schachert forderte die Einstellung des Prozesses gegen die 384 Matrosen vor dem Kriegsgerichte in Cattaro. Vom Abgeordneten Doktor Degasperri wurde der Prozeß gegen 37 verhaftete Italiener in Innsbruck zur Sprache gebracht. Landesverteidigungsminister Freiherr v. Czapp erklärte, daß er den Antrag stellen lassen werde, die Strafsache in die Zuständigkeit des Militärkommandanten von Wien zu überweisen.

Die politische Debatte ist heute beendet worden. In der nächsten Woche finden keine Sitzungen des Abgeordnetenhauses statt, weil die Delegationen ihre Beratungen wieder aufnehmen.

**Abgeordnetenhaus.**

(91. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

**Klarungsdebatte und dringliche Anfragen.**

Abg. Wittek (ukrainischer Sozialdemokrat) führt aus: Durch die bitteren Enttäuschungen der austro-polnischen Lösung haben die Ukrainer gelernt, sich selbst um ihr Schicksal zu kümmern. Obwohl die Ukrainer den Zentralmächten die Treue stets bewahrt, wurden sie hier wie Stiefkinder behandelt. Wegen ihrer Haltung erfreuen sich die Ukrainer auch bei der Entente und bei Wilson keiner Gunst. Nichtsdestoweniger werden die Ukrainer doch als freie Nation leben und als solche an die Toren der allgemeinen Friedenskonferenz pochen. Die Ukrainer verlangen, daß die Polen, der Note Wilsons folgend, die ukrainischen Gebiete Polens, Pobjaschens, Wolhyniens und Ostgaliziens sofort räumen. (Lebhafte Zustimmung bei den Ukrainern.) Redner erinnert an die Behandlung der Ukrainer durch die Polen in Galizien unter der polnischen Autonomie und verweist auf die seither erfolgte Schaffung des selbständigen ukrainischen Staates auf Grund des Brest-Litowsker Vertrages. Trotzdem wissen die Polen ihre Macht gegenüber den Ukrainern mit Unterstützung der österreichischen Regierung und der Militärkommanden in Galizien zu mißbrauchen. Redner führt noch Beschwerde über die Behandlung der Ukrainer in Ungarn. Sie streben daher an, daß auch diese Gebiete mit dem übrigen ukrainischen Gebiet vereinigt werden. (Lebhafte Beifall bei den Ukrainern.)

Abg. Dr. Casser (Italiener) gibt den Klagen der Italiener über deren Behandlung durch die Regierung Ausdruck. Er führt Beschwerde über die Behandlung der in Cattaro vor Gericht gestellten Matrosen in Untersuchungshaft. Die italienischen nationalliberalen Abgeordneten halten eine Erörterung der neu angekündigten Prinzipien der Regierung schon deshalb für überflüssig, weil sie seit Kriegsbeginn der Ueberzeugung sind, daß das Schicksal der Italiener nicht als eine interne Frage des Staates behandelt werden kann. (Beifall bei den Italienern.)

Abg. Dr. Schachert (Sozialdemokrat) polemisiert gegen die Rede des Landesverteidigungsministers, der Einspruch gegen die Angriffe wider die Armee erhoben hat; eine neue Art von Zensur, gegen die man protestieren müsse. Mit der allgemeinen Wehrpflicht sei der demokratische Charakter der Armee auch schon erschöpft. Wenn man wirklich von Volkshoheit und Demokratie sprechen wolle, müsse man auch die Frage aufwerfen, wer über das Schicksal dieses Heeres entscheide. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen über Soldatenmißhandlungen, Ungleichheit der Verpflegung von Mannschaften und Offizieren erörtert Redner das Vorgehen der Militärgerichte mit besonderer Betonung des Cattarer Prozesses gegen meuternde Matrosen und die Mordtat des Hauptmannes Wolfgang gegen einen Zugführer. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bugatto (italienischliberal) bespricht die Ernährungsfrage mit besonderer Bezugnahme auf Görz und Gradiska. Bei Besprechung der politischen Lage gibt Redner dem Befriedigung Ausdruck, daß die Ideale, die jetzt angestrebt werden, dem Programm seiner Partei vollkommen entsprechen. Die Grundlage des Programms seiner Partei bilde die religiöse Ueberzeugung, daß das Ideal des höheren Rechts vor der Gewalt Macht haben soll. Als katholische Partei können sie mit Freude konstatieren, daß die jetzige Aufseherung des Horizonts ihren Anfang von dem Brief des Papstes vom 1. August 1917 nimmt. Die Italiener in Oesterreich, besonders die seiner Gruppe angehörigen, glauben, daß das Programm Wilsons durchführbar ist, ohne irgend jemandes Recht zu verletzen. Die italienische Bevölkerung wird immer die Pflicht und Aufgabe haben, mit ihren Nachbarn auszukommen. Die Minoritätenrechte, die wir beanspruchen, müssen gesichert werden. Wenn bisher ein staatsrechtlicher Schutz bestanden hat, so muß in Zukunft auf alle Fälle ein völkerrechtlicher internationaler Minoritätenschutz gesichert werden.

In diesem Hause hat man eine Reihe von Kündigungen an den Staat gehört und man muß sich fragen, wer die Stützen und Pfeiler des Staates eigentlich sind. Es ist nicht denkbar, daß der österreichische Böhmerverband aufgelöst werde, um einer Reihe von Kleinstaaten Platz zu machen, die sich bescheiden. Wenn die großen Staaten eine Vereinigung bilden, werden sich naturnotwendigerweise auch die kleinen Völker im Zentrum Europas wieder zusammensuchen müssen. Wir können nur mit Reid auf Deutschland blicken, das in der gegenwärtigen Zeit die Kraft aufgebracht hat, alle seine Volksergien zu sammeln, wo die beiden größten Parteien eine gemeinsame Plattform gefunden haben, um den Völkern den Durchbruch zu verhelfen. Wir können nicht fatalistisch darauf warten, was mit uns geschieht, wir müssen unsere eigene Existenz retten trachten. Das freiwillige Volk ist so brav und tüchtig, daß es alle Mißgeschicke und Schwierigkeiten überdauern wird. Es wird nicht untergeben. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Abg. Kraft (deutschnational) bemerkt, im Hause herrsche eine Art Verzichtstimmung für das alte Oesterreich. Er könne sich zu diesem Gedanken nicht bequemen. Er fühle sich eins mit seinem großen Volke und sehe, daß nach diesem ungeheuren Kriege, aber auch nach dieser ungeheuren Betätigung von Kraft und Energie ein aufrechtes Volk hier steht, das nicht besiegt ist und alle Elemente in sich fühlt, um sein eigenes Leben zum Siege zu bringen. Wir wollten den Staat erhalten und keines der Völker, die mit uns leben, an seinen Rechten verkürzen. Keines ist zu kurz gekommen, keines hat an Schulen zu wenig, überall sind nationale Beamte in genügender Zahl und die Geschichte wird einst sagen müssen, daß die Deutschen ihre historische Betätigung auf diesem Boden gewiß nicht zum Nachteile der Völker gelbt haben, mit denen sie gelebt haben. Nun ist das aber vorbei. Auch wir sind nicht nur zur Selbstbestimmung gekommen, sondern auch zur Selbstbestimmung. Wir besinnen uns auf unsere eigene Kraft und wollen in diesem Oester-

reich ein ganzes einheitliches Staatsgebilde aufrichten. Auf keinen Fall lassen wir uns diese unsere Selbstbestimmung verkürzen oder verkümmern. Das deutsche Volk in den Alpenländern fordert in seinem weitesten Teile wieder den bundesrechtlichen Anschluß an das Deutsche Reich. Es sind kaum fünfzig Jahre darüber verfloßen, daß dieser bundesrechtliche Anschluß unter unserer Dynastie geherrscht hat. Er verbürgt uns inmitten eines Siebzig-Millionen-Volkes unsere volle nationale und wirtschaftliche Kraft und Betätigung. Man sagt uns, Oesterreich sei kein lebensfähiges Gebilde. Redner verweist auf die Schweiz und legt dar, über wie große Naturschätze Oesterreich verfügt. Gegenüber den Bestrebungen, die in Ungarn die Personalunion verlangen, betont Redner, daß während des Krieges die Absperrung Ungarns bereits sich vollzogen habe. Die Trennung von Ungarn wird nicht schmerzlos vor sich gehen, aber wir werden den Schmerz zu ertragen wissen. In finanzieller Beziehung wird eine Auseinandersetzung kommen müssen. Die Gemeinsamkeit ist wichtig, solange wir als militärische Großmacht uns zu betätigen haben. Fällt dies weg, so wird uns an Ungarn nur mehr ein wirtschaftliches Band knüpfen, das wir in freier Selbstbestimmung besser gestalten können. Es dürfte kaum einem Ministerium, und wenn es mit Engagements reden würde, gelingen, die Völker heute wieder zusammenzubringen, die im Begriffe sind, eine reinliche Scheidung untereinander zu beginnen. Was uns eine Neubelebung bringen kann, ist vielleicht eine Gemeinschaft der Völker in diesem Hause: Bolschakien, Nationalräte, die mit der Regierung in Verbindung und in inniger Wechselwirkung stehen, können möglicherweise den Liquidationsprozeß nicht nur beschleunigen, sondern auch in eine Form bringen, die ein sonst drohendes Chaos verhütet.

Wir nähern uns offenbar dem Frieden. Es wird nicht lange dauern und es werden die Massen von den Fronten in die Länder zurückkehren. Es ist von der größten Wichtigkeit, dafür zu sorgen, daß dies in geordneter Weise sich vollzieht. Lange Sorge begleite nun die Bevölkerung Tirols, die nicht weiß, was aus dem Lande werden soll. Nach dem Rechte der Selbstbestimmung der Völker soll Tirol zerrissen werden, das aber die Bevölkerung mit Ausnahme von einigen Städten italienischer Zunge einheitlich erhalten wissen will.

Abg. Dr. Conci: Das ist nicht richtig!

Abg. Kraft: Das, was die Italiener als Trentino bezeichnen, ist alter deutscher Besitz. (Widerspruch bei den Italienern.) Redner spricht seine Ueberzeugung aus, daß auch die ladinische Bevölkerung nicht mit den Italienern gehen werde. Oesterreich und seine Völker stehen vor einer Schicksalsfrage, ob aus diesem Reich ein neues Oesterreich werden soll. Mag das alte Oesterreich zerfallen, es wird vielleicht ein neues Oesterreich entstehen — neues Leben blüht aus den Ruinen. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Damit ist die Rednerliste erschöpft und der Gegenstand erledigt.

**Der Militärprozeß in Innsbruck.**

Abg. Degasperri überreicht eine dringliche Anfrage, betreffend den in Innsbruck gegen Italiener anhängigen Militärprozeß; es wird die Anfrage gestellt, ob die Regierung geneigt sei, dem Parlament über den Stand des Prozesses und über die Anschuldigungen, welche gegen die Verhafteten erhoben werden, ehestens Bericht zu erstatten.

Das Haus erkennt der Anfrage die Dringlichkeit zu; die Anfrage wird sofort in Verhandlung gezogen und vom Abg. Dr. Degasperri begründet.

Minister für Landesverteidigung FML. Freiherr v. Czapp: Ich habe vor einigen Tagen angeordnet, daß der Untersuchungsakt mir vorgelegt werde. Nach meinem Einlangen werde ich ihn sofort dem Obersten Landwehrgerichtshof zur Erledigung einer dort anhängigen Haftbeschwerde übergeben und gleichzeitig bei diesem Gerichtshof den Antrag stellen lassen, die Strafsache in die Zuständigkeit des Militärkommandanten in Wien zu überweisen.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag den 22. d. 11 Uhr vormittags. Tagesordnung: Bericht des Budgetausschusses, betreffend ein Darlehen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank; Bericht des Finanzausschusses über die Schaumwein-, Wein-, Kohlen- und Zuckersteuer; Bericht des Unterrichts- und Hochschul-Ausschusses; Bericht des Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Seimarbeit.

## Endlich!

Was wir wiederholt gefordert haben, das Selbstbestimmungsrecht der Juden, wird nun auch von einem Teile der Juden selbst gefordert. Wie die jüdische Presse meldet, werden über Beschluß der zionistischen Exekutivkomitees in Wien und Lemberg am Montag, den 14. d. in ganz Oesterreich „zwecks Stellungnahme der Juden zu den inner- und außenpolitischen Ereignissen“ jüdische Massenversammlungen veranstaltet, in denen das nationale Selbstbestimmungsrecht der Juden proklamiert und für die Juden in Oesterreich die nationale Autonomie verlangt werden soll. Die Massenversammlung der Juden in Wien findet am Montag um 1/8 Uhr abends im großen Konzerthausaale statt. In dieser werden u. a. Abg. Dr. Straucher und der ehemalige Abg. Stand. Ing. Dr. Stricker und Rabbiner Otho Thon aus Krakau sprechen. Für den 20. d. ist in Wien eine Reichskonferenz der Zionisten Oesterreichs einberufen, auf deren Tagesordnung als erster Punkt „Der Friede“ und als zweiter Punkt „Der Umbau Oesterreichs“ stehen. Die Zionisten fordern die Schaffung eines Judenstaates in Palästina, für Oesterreich fordern sie die gesetzliche Anerkennung der Juden als Nation, der alle Rechte zu gewähren sind, wie den anderen Völkern des künftigen Föderativstaates.

Wir können nur bravo, bravissimo! dazu rufen. Die christlichen Völker, die sich jetzt so viel auf ihr Selbstbestimmungsrecht einbilden, erliegen einer bösen Selbsttäuschung, wenn sie glauben, ihre Selbstbestimmung wäre möglich ohne Selbstbestimmungsrecht der als Nation gesetzlich anerkannten Juden. Es ist jammerlich, daß das Selbstbestimmungsrecht der Juden, also die reinliche nationale Scheidung zwischen Jude und Christen erst so spät kommt, erst gewissermaßen als Schlußstück der Umgestaltung Oesterreichs. Sie hätte vernünftigerweise die erste der nationalen Scheidungen sein müssen. Es wäre dann vielleicht zu den übrigen Sezessionen, die den Bestand Oesterreichs bedrohen, gar nicht gekommen. Aber das Judentum, das die Torheit des vorigen Jahrhunderts der christlichen Völkerfamilie „assimilieren“ zu können wähnte, hat in Wahrheit wie Scheidewasser gewirkt. Die Bemühungen Einsichtiger, das Scheidewasser auszuschneiden, um den Organismus vor der Zerfegung zu bewahren, scheiterten an der

Berranntheit der verpöpten Bureaucratie, die sich aus der Großpresse — des Scheidewassers „orientierte“, an der Tatsache der „Intelligenz“, die das gleiche tat, und an der Passivität der vom eigenen Instinkt zwar richtig belehrten, aber vielfach von Kleingeistern oder Mielklingen irreführten Massen. Nun ist die Befreiung da, das Scheidewasser hat sein Werk getan, das altehrwürdige Oesterreich wurde im Rücken der Krieger, die es mit ihren Leibern gegen auswärtige Feinde schützten, durch chauvinistische Heze und bureaucratistische Mißwirtschaft unterhöhlt und zerfchlagen, statt der einst so herrlichen Harmonie der Teile erleben wir feindselige Kündigungen aller an alle. Nun löst sich auch das Scheidewasser von den Trümmern. Sehr spät leider, fast zu spät für die auseinander strebende christliche Völkerfamilie, aber besser jetzt, als gar nicht. Ganz anders als beim Auszug der Juden aus Aegypten die Aegyptier, die die Ziehenden mit List und Gewalt festzuhalten suchten, werden sich die Christen gegenüber diesen Massenversammlungen — daß es solche sein werden, bezweifeln wir nach den Massen, die wir während des Krieges im Hinterlande aufmarschieren gesehen haben, keine Sekunde — verhalten, von denen das Selbstbestimmungsrecht der jüdischen Nation gefordert werden soll. Vertiefte es nicht gegen das Selbstbestimmungsrecht, müßte man alle Juden zur Teilnahme an diesen Versammlungen veranlassen. Ja, die Juden sollen wieder ihre Nation haben, wieder auch von Gesetzes und Rechts wegen werden, was sie faktisch allezeit waren und immer bleiben werden, ein eigenes Volk mit allen Attributen eines solchen. Viel dringender, als an das eigene Selbstbestimmungsrecht zu denken, ist es für die Christen, dafür zu sorgen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Juden raschestens gesetzliche Wirklichkeit werde. Ein halbwegs genügendes Selbstbestimmungsrecht der christlichen Völker ist ohne jenes der Juden gar nicht realisierbar. Jeden, der mit offenen Augen während der Kriegszeit die Hinterlandsgreuel verfolgt hat, muß dies bestätigen. Nun, nach unter Dach gebrachter Ernte, wollen die Juden los von ihren schrecklich verarmten Wirtschaftlern. Und die letzteren sollen keine Minute zögern, diese Bestrebungen mit einem elementarem Ausschrei „Los von den Juden!“ nachdrücklich zu fördern. Juden-vollswille — Völkerville!

Wenn diese reinliche Scheidung geschehen sein wird — und sie muß unerbittlich bis in die letzte Konsequenz durchgeführt werden, soll das Selbstbestimmungsrecht der Christen nicht eine Spottgeburt bleiben — dann wird es auch nicht mehr vorkommen können, daß die Arbeiter ihre Literatur und ihre Presse von Fremdnationalen machen lassen; dann wird es nicht mehr vorkommen können, daß z. B. die arische Arbeiterschaft sich in dem Blatt, das sie für ihr Parteiorgan hält, weil die Juden, die es machen, den klugen Einfall hatten, es „Arbeiterzeitung“ zu nennen, durch Freuden ausbrüche über Oesterreichs schwerste Krisentage wie den folgenden verhöhnern lassen muß:

„Jetzt endet ihr Unternehmen (Der Verteidigungs-krieg der Monarchie gegen den Generalliberfall) damit, daß Wilson, daß der Friedenskongreß, daß also das Ausland unsere ganze innere Ordnung diktieren, daß es also nicht nur vereinzelt gerichtliche Erhebungen auf unserem Boden, sondern unsere ganze staatliche Ordnung seiner Kontrolle unterwerfen wird.... Jetzt mußte Oesterreich-Ungarn selbst, indem es die vierzehn Punkte Wilsons annahm, der Welt das Recht angestehen, auf seinem eigenen Boden Ordnung zu machen. Die Monarchie wollte einem kleinen Nachbarstaat ihren Willen aufzwingen und endet nun damit, sich selbst in den Grundbeziehungen ihres ganzen Lebens fremdem Willen unterwerfen zu müssen. Und wie unterwerfen! Die ganze Lage, in der sich Oesterreich-Ungarn befindet, wird am vollkommensten durch die Tatsache veranschaulicht, daß Wilson auf das Friedensangebot der Monarchie bisher keine Antwort gegeben hat.“

Diese Freude über eine vermeintliche Demütigung Oesterreichs! Diese Freude über den vermeintlichen Sieg des feindlichen Auslands und über die angebliche „Unterwerfung“ Oesterreichs! Diese Freude, daß Wilson auf Oesterreichs Friedensangebot gar nicht einmal antwortete, (ein Schwindel übrigens, denn er hat auch dem Deutschen Reich noch nicht geantwortet), sondern erst Eulenkündigungen eingegeben, die er für die Antwort braucht!) wodurch das Blatt der Friedensliebe Wilsons, den es erst vor ein paar Tagen als „Gott“ anbeten ließ, ein hübsches Zeugnis ausstellt. Aber las man es bisher nicht anders? Hat bisher die „A. Z.“ nicht ihre ganze Sophistik für den Beweis angewendet, daß sich Oesterreich-Ungarn gar nicht svergeben, wenn es die 14 Punkte Wilsons annehme? Und jetzt, da es geschehen ist, spottet das Blatt über Oesterreichs Unterwerfung „unter fremdem Willen“! Es wäre ein Irrtum, der Sozialdemokratie darob Vorhaltungen zu machen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat für Oesterreichs Freiheit und Unabhängigkeit wie alle anderen die größten Opfer an Gut und Blut gebracht. Sie kann für solchen Hohn nichts, er ist rein jüdisches Fabrikat. Darum — auseinander, Christen und Juden, und Selbstbestimmungsrecht für beide.

# Arbeiterzeitung

Österreich.

ersch. nachmittags.

**Preisbedingungen:**  
 Wien: Mit Zustellung ins Haus  
 Wöchentlich . . . . . K 1.-  
 Monatlich . . . . . 4.20  
 Vierteljährig . . . . . 12.60  
 Provinz und Ungarn:  
 Monatlich . . . . . K 4.60  
 Vierteljährig . . . . . 13.80  
 Deutschland: Viertelj. K 20.-  
 für alle anderen dem Weltpostverein  
 angehör. Länder: Viertelj. K 25.-  
 Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Rechte  
 Wienzeile 97, und in den Filialen:  
 I. Schulerstraße 18, Tel. 9191  
 II. Bazmantengasse 30, Tel. 49223  
 X. Kleonobplatz 5, Tel. 68344  
 XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 53133  
 XVI. Klausgasse 84, Tel. 54146  
 XVII. Postnergasse 24, Tel. 17175  
 XXI. Angererstraße 14.  
 Für die an fremde Ausländer oder  
 Versteigerer bezahlten Beträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 — Postmarkierungen sind hinfällig.

XXX. Jahrgang.

## Der deutschösterreichische Staat.

Die Tschechen, die Polen, die Südslaven wollen ihre eigenen Nationalstaaten errichten. Wir Deutschen in Oesterreich können sie daran nicht hindern; dazu sind wir nicht mehr stark genug. Und wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich wollen sie auch gar nicht daran hindern; denn da wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen, dürfen wir keiner Nation das Recht verweigern, sich ihren eigenen Staat zu errichten, wenn sie das tun will. Was soll aber mit uns Deutschen in Oesterreich geschehen, wenn sich Tschechen, Polen und Südslaven von uns trennen und ihre eigenen Nationalstaaten aufrichten? Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als gleichfalls unseren eigenen deutschösterreichischen Staat zu schaffen! Daher hat sich das ganze deutsche Volk in Oesterreich jetzt endlich zu der Erkenntnis durchgerungen, die zuerst unsere sozialdemokratischen Abgeordneten in ihrer Resolution ausgesprochen haben: Wir Deutschen in Oesterreich erkennen das Recht der Tschechen, der Polen, der Südslaven, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden, an; wir fordern aber auch die Vereinigung aller deutschen Gebiete Oesterreichs zu einem besonderen deutschösterreichischen Staat.

Aber mit diesem allgemeinen Grundsatz ist noch wenig getan. Wir müssen jetzt anfangen, darüber nachzudenken, wie denn eigentlich der zu schaffende deutschösterreichische Staat aussehen soll.

Die Deutschen wohnen in Oesterreich — von den kleinen Sprachinseln, die in slavische Gebiete eingesprenzt sind, abgesehen — in drei größeren, voneinander getrennten Gebieten. Da ist zunächst das innerösterreichische Gebiet. Es umfaßt Nieder- und Oberösterreich, die angrenzenden deutschen Bezirke Südmährens und Südböhmens, die deutschen Gebiete der Steiermark, Kärntens und Tirols, Salzburg und Boraarlberg. Das ist ein großes, wohl- abgerundetes Gebiet mit überwiegend deutscher Bevölkerung. Ein zweites, überwiegend deutsches Sprachgebiet ist Deutschböhmen; wir nennen so die deutschen Bezirke Nord-, Nordwest- und Westböhmens vom Riesengebirge bis zum Böhmerwald. Endlich gibt es in Oesterreich noch ein drittes deutsches Sprachgebiet; das ist Westschlesien mit den angrenzenden deutschen Bezirken Nordmährens und Ostböhmens. Auch das ist ein geographisch abgeschlossenes deutsches Gebiet. Diese drei deutschen Gebiete sind aber voneinander vollständig getrennt. Denn zwischen dem innerösterreichischen und dem deutschböhmischem, zwischen dem deutschböhmischem und dem schlesisch-nordmährischen, zwischen dem schlesisch-nordmährischen und dem innerösterreichischen Gebiet liegen tschechische Gebiete. Nun muß jeder Staat natürlich eine territoriale Einheit sein; man kann nicht drei Gebiete, die territorial voneinander vollständig getrennt sind, zu einem Staate vereinigern. Wir können also nicht einen deutschösterreichischen Staat schaffen; wir müssen vielmehr drei deutschösterreichische Staaten aufrichten: einen innerösterreichischen, einen deutschböhmischem und einen schlesisch-nordmährischen. Die beiden letzteren Staaten — der deutschböhmischem und der schlesisch-nordmährische — wären freilich sehr klein; aber als Gliedstaaten innerhalb eines Bundesstaates könnten sie sehr wohl bestehen. Im Deutschen Reich und in den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es bedeutend kleinere Bundesstaaten. Das also ist die erste Erkenntnis, zu der nüchterne Betrachtung der Lebensnotwendigkeiten zwingt: Nicht einen deutschösterreichischen Staat, sondern drei!

Betrachten wir nun diese drei Staaten etwas näher, so wird uns ganz klar, daß keiner von ihnen vollkommen unabhängig und selbständig bestehen könnte. Selbst der größte von ihnen, der innerösterreichische Staat, wäre dazu nicht imstande. Denn einerseits wäre der Boden dieses Staates zu arm, eine Bevölkerung zu ernähren; andererseits wäre der Markt dieses Staates viel zu klein für die große Industrie Niederösterreichs und der Steiermark. Auf sich selbst gestellt wäre also nicht einmal der innerösterreichische Staat ein wirtschaftlich entwicklungs-fähiges Gebilde. Noch weniger wären es die beiden anderen deutschösterreichischen Staaten. Die drei deutschösterreichischen Staaten können also keinesfalls

13./X. 1918

## Die Parlamentarier beim Kaiser.

Wien, 12. Oktober.

Am Standorte des Armeoberkommandos war heute ein denkwürdiger Tag. Der Kaiser hat die Parteiführer des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses gefragt, wie sie sich die Neugestaltung und den Umbau von Oesterreich vorstellen. Die Antworten, die der Kaiser auf diese Fragen bekommen hat, ergeben ein Spiegelbild der Meinungen im Reichsrate. Der Kaiser hat Meinungen gehört, wie sie im Abgeordnetenhause die Abgeordneten Stanek und Korfischek verkündeten, und die Meinungen der

deutschen Parteien und der Mitglieder des Herrenhauses. Durch die Äußerungen der Parteiführer zieht sich wie ein roter Faden die Parole von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, die zuerst von den Tschechen verkündet und schließlich von allen Nationen Oesterreichs, auch von den Deutschen, aufgegriffen wurde. Die Krone ist bereit, diesem Wunsche der Nationen Rechnung zu tragen. Die Voraussetzung dafür ist die Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit in einer Form, die auch dem Staate als Ganzes die Existenz ermöglicht. Diese Frage hat in den heutigen Audienzen der Parlamentarier des Reichsrates keine Klärung erfahren. Der Standpunkt der Tschechen, daß zuerst ihr nationaler Staat errichtet werden müsse und daß dieser Staat erst dann sich entscheiden soll, in welches Verhältnis er zu den übrigen nationalen Staaten treten wird, macht die Pläne, die in den letzten Tagen an eine eventuelle Verständigung der Nationen über einen Staatenbund geknüpft wurden, illusorisch. Der Gedanke des sogenannten Völkerministeriums ist bereits fallengelassen. Es war nur möglich, wenn alle Nationen damit einverstanden gewesen wären.

Die Ansicht und Meinungen, die heute in den Audienzen beim Kaiser von den Vertretern aller Nationen geäußert worden sind, ergeben folgendes Bild der Situation.

## Die Ansicht der deutschen Parteien.

Die deutschen Parteien sind erst durch die Ereignisse der allerletzten Zeit dazu gedrängt worden, das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für sich in Anspruch zu nehmen. Bis dahin wurde von den deutschen Parteien der Standpunkt vertreten, daß während des Krieges Reformen in der Verfassung nicht vorgenommen werden sollen. Die neue Richtung der deutschen Politik strebt eine Verständigung mit den übrigen Nationen zum Zwecke einer nationalen Staatenbildung an. Eine solche Verständigung wird von den slavischen Nationen abgelehnt. Damit ist nach der Ansicht der Deutschen auch die Idee eines Völkerministeriums, das den Übergang des alten Staates zu dem neu zu gründenden nationalen Staatenbund vorzubereiten hätte, als abgetan zu betrachten, da ein solches Völkerministerium nur dann möglich wäre, wenn alle Nationen ihre Vertreter entsenden. Die Tschechen und Südslawen sind jedoch dafür nicht zu haben. Die deutschen Parteien sind daher genötigt, ihr Verhalten nach dem der übrigen Nationen einzurichten. Sie können unter keinen Umständen darauf verzichten, ihre Minoritäten in den Sudetenländern zu erhalten. Der absolute Negationsstandpunkt der Tschechen macht jede Aenderung in der Verfassung im jetzigen Augenblick unmöglich.

## Tschechen und Südslawen.

Die Ansicht der tschechischen Parteien ist aus den Reden ihrer Abgeordneten zur Gemüthe bekannt. Die Tschechen haben ihre Politik auf die Friedenskonferenz eingerichtet. Sie erhoffen von der Entente das Maximum ihrer nationalen Forderungen. Aus diesem Grunde haben sie bisher alle Verständigungsversuche abgelehnt. Sie erwarten ihr Heil von Wilson und nicht von Oesterreich. Tschechische Politiker bekennen ganz offen, daß sie alle Vorkehrungen getroffen haben, um ihren czecho-slowakischen Staat auf ein gegebenes Niveau aufzurichten. Dieses Niveau fehlt bisher. Die Deklarationen der tschechischen Parteien sind bisher unverhüllte Absagen an Oesterreich. Die letzte Rede des Obmannes des tschechischen Verbandes ist eine rustikale Unterstreichung dieser Absage. Die Tschechen lehnen es ab, mit den Regierungen über das künftige Schicksal zu verhandeln, sie lehnen es ab, mit den übrigen Nationen eine Verständigung zu suchen. Der Standpunkt der Tschechen, den ihre Wortführer auch in der heutigen Audienz beim Kaiser vertreten haben, ist, daß sie zuerst die Errichtung eines czecho-slowakischen Staates verlangen und daß dieser Staat erst nachher sich darüber zu entscheiden habe, ob und in welche Beziehungen er zu den übrigen nationalen Staaten treten soll.

Der Standpunkt der Südslawen ist ein analoger. Die Südslawen verweisen auf die letzte Deklaration der allslawi-

schen Tagung in Laibach. Es ist derselbe Standpunkt, welcher in den Agitationen des Fürstbischöps Jęglie zum Ausdruck kommt und der auch von den südslawischen Rednern des Abgeordnetenhauses wiederholt hervorgehoben wurde. Für eine Verständigung sind auch die Südslawen nicht zu haben. Ihre staatsrechtlichen Ansprüche und Begriffe sind bereits darüber hinausgewachsen. Die Tschechen und Südslawen marschieren auf einer Linie.

## Der Plan eines Völkerministeriums fallen gelassen.

Die heutigen Audienzen der Parlamentarier beim Kaiser wurden in parlamentarischen Kreisen mit einem Plane in Verbindung gebracht, der in der letzten Zeit aufgetaucht ist, für den auch bei den Parteien Stimmung gemacht wurde und als dessen Urheber Ackerbannminister Graf Silva-Tarouca gilt. Nach diesem Plane sollte die Umgestaltung Oesterreichs in einen Staatenbund vorbereitet werden. Die einzelnen Nationen würden sich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes ihre nationalen Staaten selbst konstituieren, während des Uebergangsstadiums sollte ein sogenanntes Völkerministerium die Umgestaltung vorbereiten, in das alle Nationen ihre Vertreter zu entsenden hätten. Hätte dieser Plan bei den Parteien des Abgeordnetenhauses Anklang gefunden, so sollte die Durchführung durch ein kaiserliches Manifest gewährleistet werden. Dieser Entwurfsplan kann nach den heutigen Audienzen der Parteiführer beim Kaiser als erledigt betrachtet werden. Es hätte zur Voraussetzung gehabt, daß die Nationen untereinander zu einer gewissen Verständigung bereit sind und daß alle Nationen in dem Völkerministerium vertreten werden. Die ablehnende Haltung der Tschechen und Südslawen gegenüber jeder Verständigung schließt auch ein Völkerministerium im gegenwärtigen Augenblick aus.

## Andere Entwurfspläne.

Die Unmöglichkeit, momentan eine Verständigung mit den Nationen herbeizuführen, macht es notwendig, nach einem anderen Ausweg aus der gegenwärtigen unhaltbaren parlamentarischen Situation zu suchen. Im Vordergrund stehen zwei Entwurfspläne. Der eine wurde heute auch von den deutschen Parteien vertreten. Danach wäre vorläufig von allen Aenderungen der Verfassung abzusehen, da solche Aenderungen nur im Einverständnis mit den Nationen erfolgen können, einzelne Nationen jedoch momentan alle Verhandlungen ablehnen. Es wäre ein Uebergangsstadium zu schaffen, in welchem die Verständigung unter den einzelnen Nationen vorzubereiten wäre.

Nach einem anderen Plane soll abermals der Versuch gemacht werden, im Abgeordnetenhause eine Arbeitsmehrheit herzustellen, zu der diesmal außer den deutschbürgerlichen Parteien und den Polen auch die Sozialdemokraten herangezogen werden sollen.

## Das Ergebnis der heutigen Empfänge.

Wie alle heute beim Kaiser erschienenen Parlamentarier behaupten, hatte der Kaiser lediglich den Wunsch, sich persönlich über die Stimmungen und Wünsche der einzelnen Nationen zu informieren. Das deutet darauf hin, daß die Krone ihre weiteren Entschlüsse erst nach der Entgegennahme der Meinungen der einzelnen Parteiführer fassen wird. Als positives Ergebnis kann gelten, daß die Idee eines Völkerministeriums zur Vorbereitung eines Staatenbundes sich als undurchführbar erwiesen hat und daß der Gedanke, vorläufig an den bestehenden Verfassungseinrichtungen nichts zu ändern, sichtbaren Boden gewinnt.

## Ministerrat.

Heute nachmittag fand ein mehrstündiger Ministerrat statt, von dem angenommen wird, daß er sich mit der politischen Situation und mit den Empfängen der Parlamentarier beim Kaiser befaßt hat. Ministerpräsident Freyherr v. Hussarek dürfte im Laufe des morgigen Tages beim Kaiser in Audienz erscheinen.

## Die Empfänge der Parteiführer.

Standort des Armeoberkommandos, 12. Oktober.

Eine Stunde Eisenbahnfahrt von Wien, in der Stadt, in der sonst nur die großen militärischen Beratungen gepflogen werden, war heute politischer Cercle. Der Kaiser war im Standort des Armeoberkommandos erschienen und hatte dorthin die Führer der politischen Parteien des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses zu sich gebeten, um in diesen Tagen der Görungen und Klärungen in einer persönlichen Aussprache mit ihnen ihre Meinungen und Wünsche zu hören. Freimütig und ohne jeden Zwang sollte in diesen Audienzen gesprochen werden, und so war auch jede Förmlichkeit vermieden worden, die irgendwie als eine Einschränkung hätte gedeutet werden können.

Am Donnerstag nachmittag, als die ersten Nachrichten von den Berufungen der Parlamentarier zum Monarchen kamen, zählte die Liste der Geladenen, wie sie in der Kanzleibibliothek des Abgeordnetenhauses offiziell bekannt war, einundzwanzig Namen. Die tschechischen Abgeordneten Dr. Fiedler, Dr. Hruban und Lufar wünschten, daß auch der Obmann des Verbandes der tschechischen Parteien, Abgeordneter Stanek, und sein Stellvertreter, Abgeordneter Klossac, Einladungen erhalten. Dem Wunsche wurde sofort entsprochen, und auch diese beiden Abgeordneten wurden von den Absichten des Kaisers in Kenntnis gesetzt, sich durch eine persönliche Aussprache mit den Führern der Parteien zu informieren. Am Freitag wurde dann die Liste noch einmal beträchtlich erweitert. Abgeordneter Klossac, der in seinem Wahlbezirk weilte, konnte keinen Zug mehr erreichen, der ihn noch rechtzeitig nach Wien gebracht hätte, und dem Abgeordneten Habermann konnte die Einladung überhaupt nicht mehr zugestellt werden.

Die Automobile, die die Abgeordneten vom Bahnhofe abholen sollten, waren infolge eines Mißverständnisses ausgeblieben und so begaben sich die Politiker zu Fuß in die Villa, die sonst für Audienzwecke bestimmt ist, und von dort erst in das Kaiserhaus. Die Vertreter der Tschechen, die zuerst dort eintrafen, wurden auch als die ersten empfangen.

gemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes unter unmittelbarer Mitwirkung der Parteien erstanden ist, eine Kabinettsbildung, so demokratisch, wie in wenigen Ländern, auch nicht im Lande des Präsidenten Wilson. Diese Aufklärungen waren nach allem Vorausgegangenen selbstverständlich. Das Schwergewicht der neuen Note liegt in den Sätzen, welche die Räumung der militärisch besetzten Gebiete des Feindeslandes betreffen. Hier wird zum ersten Male eine amtliche Erklärung abgegeben, daß sowohl Deutschland als auch Oesterreich-Ungarn bereit seien, die Räumung vorzunehmen; damit ist ein Zugeständnis von überwältigender Bedeutung auf den Friedensaltar der Menschheit niedergelegt.

Es gibt in der gesamten neueren Geschichte kein ähnliches Beispiel, daß vor dem Friedensschlusse ein tief in Feindesland stehendes Heer freiwillig den feindlichen Boden geräumt und eine militärisch vorteilhafte Stellung vor der endgültigen, vertragsmäßigen Entscheidung des Krieges aufgegeben hätte. In dem Waffenstillstand von Brest-Litowsk, der im Juni 1813 zwischen Napoleon und Preußen geschlossen wurde, mußte zwar die gegen Oudinot erfolgreiche Armee Below hinter die preußische Grenze zurück, aber es räumte damals gleichzeitig Napoleon freiwillig Breslau und gab damit Vorteile preis, die mindestens ebenso groß waren wie jene, die von der preußischen Armee durch die Rücknahme an die Grenze aufgegeben werden mußten. Ganz anders liegen die Verhältnisse, wenn jetzt die Mittelmächte einer Räumung des feindlichen Gebietes zustimmen: Der Feind hat nun in Europa, wo die militärischen Entscheidungen allein, keinen nennenswerten Gegenwert zu bieten, an das Lothringische Gebiet, das in Feindeshänden befindet, ist ebenso unbedeutend, wie der kurze südliche Rand, an dem sich noch die Italiener krampfhaft halten. Die Nachteile der Räumung sind fast ganz auf Seite der Mittelmächte: Unsere Biadefront muß jetzt bei einer Räumung aus der straßenreichen, milden Ebene in das winterrliche Gebirge und aus starken Bollwerken in die Grenzstellung zurückgenommen werden, die der Verteidigung nicht überall Halt bietet und die nur in weitem Bogen ausbläht. Dabei stellen die gewaltigen Transporte, die mit der Rücknahme großer Massen an Menschen und Materialien verbunden sind, um so höhere Anforderungen an uns, als unsere Verkehrsmittel völlig für die Versorgung der Bevölkerung in Nahrung und Kohle überlastet sind. Der Feind gegen gewinnt den Vorteil sein Land ohne Opfer zu verlieren, nicht verheert von neuen Vernichtungskampagnen, und bei den Friedensverhandlungen einem Gegner sich gegenüberzusetzen, der kein kostbares Faustgeld mehr umfaßt hält.

So bringen die Mittelmächte jetzt dem Frieden durch ihre Bereitwilligkeit zu freiwilliger Räumung ein Preisgeschenk, wie es noch nie von kämpfenden Parteien einem Frieden in die noch leere Wiege gelegt worden ist.

Es wird keinem Menschen von gesunden Sinnen einfallen, sich die Räumung so vorzustellen, daß morgen die Soldaten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Hals über Kopf der Grenze zufliehen, gefolgt von ihren stehenden und schießenden Begnern. Schon das Wort Räumung sagt, daß es nicht eine Flucht geschlagener Armeen und auch keinen Rückzugskampf, sondern die geordnete Abführung der Truppen und ihres Kriegsmateriales bedeutet. Dazu sind Vereinbarungen der bisherigen Kampfgegner notwendig, die um so sorgfamer sein werden, je mehr es allen Teilnehmern daran liegt, mit dieser Räumung tatsächlich den Frieden vorzubereiten. Es verrät einen tatsächlichen Willen, wenn einzelne Stimmen in Paris und London erklären, es müsse eine bedingungslose Räumung

sein, für die es auch keine Waffenruhe gebe. Die Mittelmächte leisten mit der Räumung eine so ehrenvolle Bürgschaft für ihren Friedenswillen, indem sie sich auf ihre Grenzen zurückziehen, daß sie auch für sich die Gewähr beanspruchen können, in keine Falle geführt zu werden.

Dem Manne auf dem amerikanischen Präsidentenstuhle mag heute wohl das Herz höher schlagen. Es muß ein berauschernder Gedanke sein, mit diesem ritterlich vertrauensvollen Angebot Deutschlands und Oesterreich-Ungarns das Mittleramt für die nach Frieden und Versöhnung dürstende Welt in Händen zu haben. Die Lorbeeren, die Amerika erringen kann, indem es die Zahlenübermacht der halben Welt gegenüber den beiden Mittelmächten noch mit seinen Millionen vermehrt, gelten wenig neben dem immergrünen Reiz, das die Menschheit denjenigen schenken wird, die ihr einen dauerhaften Frieden, aufgebaut auf Gerechtigkeit und Völkerversöhnung, zu bereiten vermögen.

Die Mittelmächte haben dem Präsidenten Wilson, der heute noch unter ihren Feinden steht, ihr Vertrauen ohne Vorbehalt bewiesen, nun ist es an ihm, gestützt auf dieses Vertrauen und es mit gleichem Lohnend, in die Mitte zu treten und ein Werk zu vollbringen, so erhaben und groß, daß ihn die Engel im Himmel darum beneiden könnten.

## Monarchie und Herrscherhaus.

Von Dr. Fran Mikobar,

Professor der Agramer Universität.

Es gibt keinen zweiten Nationalitätenstaat, dem eine solche Struktur, wie unserer Monarchie, eigentümlich wäre. Ausland und die Schweiz sind auch Nationalitätenstaaten, ihre nationale Struktur ist jedoch eine solche, daß es eine Hauptnation gibt, die so stark ist, daß sie den Kern, den Kristallisationspunkt des Staates bildet und demselben das nationale Gepräge verleiht, da die anderen Nationalitäten infolge ihrer Minderheit stark zurück bleiben. In der Schweiz gibt es von 3,750.000 Einwohnern 2,600.000 Deutsche, 800.000 Franzosen, 300.000 Italiener, 40.000 Sardinier, die deutsche Bevölkerung macht also eine gute Zweidrittelmajorität aus. Im alten Rußland entfielen von den 128 Millionen 81 auf die Russen, während die 13 Millionen Türken, Tataren, 8 Millionen Polen, 5 Millionen Juden, 3 Millionen Litauer gegen die Hauptposition stark zurückblieben.

In unserer Monarchie steht das Verhältnis ganz anders aus. Die offizielle Statistik, die den herrschenden Nationen sicher sehr gewogen ist, tut gewiß ihr Möglichstes, um aus ihnen eine ebenjohle überwiegende Majorität zu machen, es geht aber doch nicht. Trotz allen Spitzfindigkeiten und künstlichen Korrekturen der wahren und natürlichen Verhältnisse sieht die wahre Struktur unserer Monarchie folgendermaßen aus:

Deutsche 12 Millionen, Magyaren 10 Millionen, Tschechen und Slowaken 8,5 Millionen, Estlandslaven 5,8 Millionen, Polen 5 Millionen, Ukrainer 4 Millionen, Rumänen 3 Millionen.

Wie daraus ersichtlich ist, gibt es in unserer Monarchie keine einzige Nation, die durch ihre stark überwiegende Anzahl der Gesamtmonarchie einen nationalen Charakter verleihen könnte, oder als herrschende Nation in der Monarchie angesehen werden müßte. Unsere Monarchie besitzt somit kein nationales Anziehungszentrum, keinen nationalen Kristallisationspunkt. Fügt man dann noch die nachteilige Eigenschaft hinzu, daß der größere Teil der Bevölkerung der Monarchie an solche Stammesgenossen außerhalb der Monarchie grenzt, die in stande

\* Der nachstehende Aufsatz sollte in der Agramer „Prota-Rundschau“ veröffentlicht werden, verfiel jedoch dem Stifte des



## Die Vorgänge in Oesterreich.

Je näher wir an den Frieden herankommen, je mehr spitzt sich das politische Leben im altersschwachen Oesterreich zu einer offenen Krisis zu. Anfänglich wirkte der Krieg in Oesterreich, wie anderwärts, zusammenfassend. Man war erstaunt, zu sehen, mit welcher Bravour sich die gemischtsprachigen Regimenter der Donaumonarchie schlugen. Erst spät las man von abtrünnigen Tschechen, von Verrätern und Ueberläufern. Sicherlich wäre Oesterreich, das militärisch auch heute noch gut dasteht, gefestigt aus dem Kriege hervorgegangen, wenn er sich nicht so lange hingezogen hätte. Aber die Opfer wurden zu große, die Leiden zu schwer, die Widerstandskraft begann zu erlahmen. Die staatliche Schwäche nützen heute die Separatisten mit geheimer und offener Unterstützung der Entente, die von jeher Oesterreich die Existenzberechtigung abgesprochen haben, aus. Es liegt natürlich auch in ihrem Interesse und in demjenigen Serbiens, das alte Oesterreich möchte, ähnlich wie Rußland, in möglichst viele Teile und magere Staatengebilde zerfallen. Ungarn, in dem die staatsgetreuen Magyaren eine kompakte Mehrheit bilden, wird vom Zeretzungsprozeß naturgemäß weniger heimgesucht, als das sich auf keine rechte Mehrheit stützende Oesterreich mit seinem unglaublich bunten Völkergemisch.

Das Abgeordnetenhaus war schon immer der Tummelplatz der verschiedengetriebenen Geister. Hier trugen die Kampfparteien ihre Streitigkeiten aus. Das Parlament blieb in Voraussicht dieser heftigen Zusammenstöße lange verlagert. Keine Regierung fand eine rechte Mehrheit, mit der sich regieren ließ. Alle Vorlagen mußten nur mit Ach und Krach und fortwährenden Kompromissen nach allen Seiten durchgebracht werden und ein Ministerium löste das andere ab. Jede Partei und jeder Volksteil lebte ausschließlich seinen Sonderinteressen und ließ sich im Parlament nicht im mindesten etwas abmarkten, was zu einer geordneten Fortführung der Regierungsgeschäfte, geschweige denn zur Einleitung eines sicheren Kurses hätte führen können. Während am ersten noch die Polen mit sich reden ließen, erwiesen sich die Tschechen und Südslaven immer intransigent. Es ging so weit, bis der Tschechenführer Stanek im Plenum des Abgeordnetenhauses dem Staate offene Feindschaft ankündigte, die tschechische Verräterei lobte und der österreichischen Staatlichkeit jedwede Existenzberechtigung absprach. Daraufhin wieder einmal Regierungswechsel. Der neue Ministerpräsident Hussarek ging ans undankbare Werk und bereitete eine Verfassungsrevision vor. Vermehrter Schutz der Minderheiten, Ausgestaltung Oesterreichs zu einem Bundesstaate sah der Verfassungsentwurf vor. Vor wenigen Tagen trat das Abgeordnetenhaus zu einer Tagung zusammen.

Mittlerweile hatten die Friedensbesprechungen mit Wilson eingeseht, das Programm Wilsons selbst wurde von der Regierung angenommen. Wilson aber schlägt darin mit Bezug auf Oesterreich-Ungarn vor: „Den Völkern Oesterreich-Ungarns, von dem wir wünschen, daß sein Platz unter den Nationen erhalten und gesichert werde, muß man weitgehendere Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung geben.“ Diesem Vorschlag, der doch immerhin diskutierbar war, da er keineswegs eine Auflösung der österreichischen Staatlichkeit vorsah, gegenteils in der Autonomiegewährung eine Stärkung Oesterreichs sah, suchte Hussarek Rechnung zu tragen, und es wäre wohl auch zu einer guten Lösung gekommen, wenn nicht wiederum die Tschechen opponiert hätten. Sie wollen gar weiter gehen als Wilson und verlangen nichts weniger als vollständige Selbständigmachung und Lösung von Oesterreich durch eigene Bestimmung. Natürlich haben bei diesem Programm die tsche-

gen Bauerngestalten, deren lebenswahre Gestaltung mit wenigen Messerschnitten aus dem Holze herausgeholt werden, sind heuer selbgraue Soldaten dazugekommen. An anderen Spielwaren gibt es ganze Schulen, Ställe, Häuser, Bären (auch der berühmte Teddybär als Schweizer Fabrikat ist darunter), Eisenbahnen, auch eine ganz originelle aus rohem Tannenholz für die ganz Kleinen, in seiner ungekünstelten Naivität ein entzückendes Ding! Auch die Tierfiguren, kauende Fische und Hunde, ganz prächtige Kühe und Stiere in den verschiedensten, natürlichen, ausdrucksvollen Stellungen, sind zu erwähnen. Ebenso die Figuren aus Stoff, wie sorgfältig ausgeführte, niedliche Seidenhündchen und allerlei lustiger Schabernack.

Elegante Sächelchen schweizerischer Herkunft liegen als Horn, Zelluloid- und echte Schildpattkämme in den Fenstern der Spezialgeschäfte und Coiffeure. Daß auch dieser spröde Stoff künstlerische Anordnung zuläßt, beweist ein Schaufenster an der Marktgasse, dessen weißer Riesenkamm wohl dartun will, in welcher laufigen Zellen wir leben. Die Genfer Parfümerien sind allenthalben glänzend vertreten. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: die kostbare und schön geformte Kristallhülle oder den noch kostbareren Inhalt, wo ein Milligramm aus dem Saft der Rose mit Gold aufgewogen wird.

Die Juwelierarbeiten schweizerischer Goldschmiede pflügen sonst in teuersten und schönsten Exemplaren, vom Auge des Schweizer Käufers unbesehen, ins Ausland zu wandern. Heute liegen sie, durch das Silber- und Goldausfuhrverbot zurückgehalten, in den Schaufenstern als Glanzstücke der Schweizer Woche. Die Uhrengeschäfte, deren Waren längst den Weltmarkt erobert haben, bemühten sich,

*Be  
Joh W*

*10. 1918.  
auf*

*110*

14

### Die Vorgänge in Ungarn.

ordentlicher Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie.

Gestern hat hier ein außerordentlicher Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie stattgefunden. Der Schauplatz der Versammlung war der Sitzungssaal des alten Abgeordnetenhauses. Vertreten waren durch Delegierte alle Arbeiterbranchen und Gewerkschaften der Hauptstadt und des Landes.

Den Vorsitz führte das Vorstandsmitglied Alexander Garbai, der in seiner Eröffnungssprache auf den Zerfall Oesterreichs in Einzelstaaten hindeutete und erklärte, die Arbeiterklasse Ungarns begrüße mit Freuden diese neuen Gestaltungen. Auch Ungarn wüßte sich zu einem unabhängigen Staat umzugestalten, aber nicht in der Weise, daß die Völker unterdrückt werden, sondern als demokratisches Land, das die Selbstbestimmung der Völker in Ehren hält. Die herrschenden Klassen predigen die Integrität des Landes, ihre Politik führe jedoch dahin, daß die Nationalitäten sich mit Haß vom Staate abwenden. Einzig die uneingeschränkte Demokratie und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker könne die Nationalitäten zur Verführung mit dem ungarischen Staate zurückführen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Vorschlag Jakob Weltners eine Entschließung angenommen, die die sofortige Entlassung aller wegen politischer Delikte verhafteten Personen fordert und die Männer begrüßt, die in Deutschland für den Frieden und die Demokratie gekämpft haben und jetzt ihre Ketten verlassen.

Sodann ergriff Sigmund Kunfi, der Referent der Tagesordnung, das Wort. Er unternahm heftige Ausfälle gegen das System der Sklaverei, das in Ungarn auch im Kriege fortbauere und das Land in eine Katastrophe zu führen drohe. Die Wahlrechtsreform, wie die Gesetzgebung sie beschlossen habe, stelle einen Betrug am Volke dar. Welkerle, der für diese Wahlrechtsreform verantwortlich sei, könne nicht weiter an der Spitze der Regierung bleiben. Sodann führt Nedner aus, daß die herrschenden Klassen, die den Krieg militärisch verloren haben, ihn jetzt nach innen gewinnen möchten. Sie wollen das alte System der Unterdrückung beibehalten. Ein Graf Andrássy, der behauptete, daß wir ohne den Löwen nicht leben können, ein Apponyi, der den Nationalitäten die Schule nimmt, ein Tiba, der das serbische Ultimatum mit dem Ruf: „Endlich!“ begrüßt hat, müssen aus der Reihe derjenigen ausscheiden, die Einfluß auf die Friedensverhandlungen nehmen können. Der Dualismus und das Bündnis mit Deutschland seien hinfällig geworden. Ungarn müsse eine neue Bahn beschreiten, sich der Gesellschaft der Nationen anschließen und dürfe zu keinem Staate enger Beziehungen unterhalten als zu allen übrigen. Ungarns Volk müsse sein eigenes Schicksal in die Hand nehmen und sich nicht zu sehr auf die amerikanischen Götter verlassen. Die Nationalitätenfrage heisse ihre Lösung auf Grund des Verständens und der Gerechtigkeit. Das nationale Interesse leinestwegs die Unterdrückung der Anderssprachigen. Die Arbeiter Ungarns hoffen, daß ein demokratisches Ungarn erkämpft werden könne, und sie richten an die Nationalitäten die Bitte, dabei mitzuwirken. In einem Ungarn, das eine demokratische Organisation gleich der Schweiz gewinne, werden die Nationalitäten weiter verbleiben wollen, wenn sie über ihr zukünftiges Schicksal zu entscheiden haben werden. Die Soldaten, die von der Front heimkehren werden, werden ihre Rechte und ihren eigenen Grund und Boden fordern. Nach dem Kriege werden große soziale Klassenkämpfe ihren Anfang nehmen, und die Arbeiter werden die neue Welt errichten, in der weder Sklaven, noch Ausgebeutete leben werden. Nedner unterbreitet sodann einen Beschlußantrag, worin es u. a. heißt: „Am Verhandlungstische will Ungarn als ein nach außen von jeder deutschen und österrei-

cher Gebundenheit freier, unabhängiger und selbständiger Staat erscheinen, der die Bürgschaften seines künftigen Bestandes und seiner Gebietsintegrität nicht in der Herrschaft von Gewalt und Waffen, sondern in der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, in der vollkommenen politischen Demokratie und die radikalen sozialen Umgestaltungen sucht.“

Nach Kunst sprachen die Vertreter der Nationalitäten, und zwar Fluorás, der im Namen der rumänischen Arbeiter den Parteitag begrüßte, dann Horváth, der Vertreter der slowakischen Arbeiter, der die Erklärung abgab: „Wenn Ungarn nicht demokratisch wird, so werden die Slowaken sich nach außen orientieren. Gestaltet sich Ungarn demokratisch um, so werden sie in einer Reihe mit den ungarischen Arbeitern stehen.“ Im Namen der serbischen Arbeiter erklärte Jivánovic, daß sie Schulter an Schulter mit der ungarischen Arbeiterklasse für ein demokratisches Ungarn eintreten werden. Der Vertreter der deutschsprachigen Arbeiter Ungarns, Knaller, sagte, die Nationalitäten können nur im Anschluß an die Sozialdemokratie ihre Ziele erreichen.

Es sprachen noch die Vertreter der Eisen- und Metallarbeiter, der Eisenbahner, der Buchdrucker, der Bergleute, der Privatbeamten, der landwirtschaftlichen Arbeiter und mehrere Redner aus der Provinz.

Nach all diesen Reden wurde der Beschlußantrag Kunst einstimmig zum Beschluß erhoben.

#### Das Komitat Pest für die Personalunion.

Heute vormittag hielt der Municipalausschuß des Pestor Komitats unter Vorsitz des Obergespan Libor v. Batay seine Quartalsversammlung ab. Nachdem Obernötar Theodor Agoraktó den Bericht vorgelegt und hierbei auch des Ablebens Ludwig Hollós gedacht hatte, widmete Aurel Förster der hervorragenden Rolle, die dieser verorbene Politiker im Leben des Komitats gespielt hat, pietätvolle Worte. Dann wurde Baron Desider Brónay anlässlich seines 70. Geburtstages im Namen des Komitats begrüßt.

Nun trat die Versammlung in die Beratung über die Zuschrift des Komitats Pozsony betreffend die Revision des Ausgleichsgesetzes ein. Diesbezüglich lag der Versammlung folgender Beschlußantrag des ständigen Ausschusses vor:

Der Municipalausschuß des Pestor Komitats beschließt, sich mit einer Petition an den Reichstag zu wenden, worin der Abschluß eines die Gebietsunversehrtheit des ungarischen Staates sichernden ehestbaldigen Friedens und die Vermittlung der Personalunion gewünscht wird. Ferner wird der Reichstag ersucht, sich mit seinem vollen Gewicht dafür einzusetzen, daß bei den Friedensberatungen Ungarn unabhängig von Oesterreich, durch besondere ungarische Bevollmächtigte, mit selbständigem Wirkungskreis vertreten werde. Der ehestbaldige Friede wird gefordert, weil Ungarn während des langen Krieges auch nicht für einen Augenblick von Eroberungsabsichten gelenkt wurde, sondern den Krieg ausschließlich zur Selbstverteidigung, für seinen Fortbestand und die Unversehrtheit seines Gebietes führt, seine nationale Existenz nicht vom launischen Kriegsglück abhängig machen will und von dem Verständigungsfrieden die Anerkennung seiner tausendjährigen Staatlichkeit erwartet. Ohne die Anerkennung dieser Staatlichkeit und Aufrechterhaltung seiner territorialen Integrität aber wird es in diesem von den Karpathen umgürteten, auch geographisch einheitlichen Gebiete nirgend Frieden geben. Die Personalunion wird gefordert, weil die Verhältnisse Oesterreichs und seiner einzelnen Provinzen sich so geändert haben, daß infolge dieser wesentlichen Veränderungen die im G. N. XII: 1867 niedergelegten Grundsätze nicht mehr geeignet sind, das Verhältnis zwischen Ungarn und Oesterreich zu regeln. Ja, die Versuche, die gewisse österreicherische Kreise gegen die Gebietsunversehrtheit Ungarns richten, ohne daß sie amtlicherseits geahndet oder auch nur zurückgewiesen würden, haben die durch G. N. XII: 1867 geschaffene staatsrechtliche Grundlage an ihrer Wurzel angegriffen. Doch wird die Personalunion auch aus dem Grunde gefordert, weil die ungarische Nation, obwohl der vierjährige Krieg mit allen seinen Erfahrungen verhängnisvolle Mängel der Gemeinamkeit mit Oesterreich klargelagt hat, und zwar sowohl vom Gesichtspunkte der Landesverteidigung, als auch des Wirtschaftslebens der Nation und ihrer Vertretung im Auslande, doch in biblischer Treue auf der gesetzlichen Grundlage stand, und alle Lasten der gemeinsamen und gegenseitigen Verteidigung und des Dualismus getragen hat.

Wenn wir aber sehen, daß die Staatsmänner Oesterreichs, auch die in verantwortungsvoller Stellung befindlichen, vor unseren Augen den auf der Vorbedingung des einheitlichen verfassungsmäßigen österreicherischen Staates ruhenden dualistischen Staatenbund verleugnen, daß die Nationalitäten Oesterreichs die Föderalisierung des österreicherischen Staates anstreben, ja einzelne österreicherische Völker als selbständige Staaten aus Oesterreich ausscheiden wollen, dann sehen wir, dem Gebot unserer alten Ueberlieferungen und des in unserer Nation lebenden gesunden Erhaltungstriebes Gehör schenkend, den Fortbestand des ungarischen Staates einzig und allein durch die vollständige Loslösung von Oesterreich gesichert. So fordern wir denn, daß das zwischen Ungarn und Oesterreich bestehende Band und Verhältnis so umgeformt werde, daß Ungarn alle Attribute des selbständigen staatlichen Daseins, eine besondere ungarische Nationalarmee, ein selbständiges Wirtschaftsleben, eine selbständige auswärtige Vertretung besitze und das Band zwischen Ungarn und Oesterreich sich ausschließlich auf die Identität der Person des Herrschers beschränke. Doch fordert das Komitat auch, daß bei den einzuleitenden Friedensverhandlungen Ungarn unabhängig von Oesterreich durch besondere ungarische Bevollmächtigte mit selbständigen Befugnissen vertreten sei, denn es ist vorauszusetzen, daß die Verhandlungen angesichts der bekannten 14 Punkte des Präsidenten der Vereinigten Staaten vor den bei ähnlichen Anlässen bisher gebräuchlichen internationalen Verührungen in Form und Wesen gleichemmaßen vollständig abzuweichen werden.

Es ist demnach zweifellos, daß es für Ungarn eine unumgängliche Forderung ist, bei den Verhandlungen besonders vertreten zu sein, denn wir können den Schutze der Interessen des ungarischen Staates nicht österreicherischen Staatsmännern anvertrauen, wo die Völker Oesterreichs ohne jeden Rechtstitel Gebiet aus dem tausendjährigen Körper des ungarischen Staates reißen und bis eigenen Interessen mit Aufopferung der ungarischen sichern wollen.

Als erster sprach Abgeordneter Elemér Prohly zu dem Antrag; er drückte seine Ueberzeugung aus, daß es keinen Ungarn geben werde, der nicht mit vollem Herzen in den Ruf „Los von Oesterreich“ einstimmte. (Stürmischer Beifall.)

Graf Gebeon Ráday betonte die Notwendigkeit der Entschlo-

Stefan Váldézy-Horváth ist aus: „Hoch das unabhängige Ungarn.“

Die Versammlung nimmt den Ausdruck mit slawischer Übersetzung auf. Nachdem noch Johann Régl, Behel, Hóder, Váty und Koloman Kovácsi — der diejenige verurteilt, die den Nationalitäten aus Populärstillschereit Versprechungen machen — gesprochen, nahm die Versammlung den Beschlußantrag einstimmig an.

#### Ein Protest der ungarländischen Ruthenen.

Wie man uns aus Maramarosziget meldet, haben sich die ruthenischen Führer des Komitats mit der Bitte um die schnellste Einberufung des Municipalausschusses zu einer außerordentlichen Generalversammlung an den Obergespan gewendet, damit das Ruthenentum bei dieser Gelegenheit erhalten, die in Oesterreich und im ferneren Auslande gefallene Verdächtigung, eine Nationalität von zentrifugalen Tendenzen zu sein, zurückzuweisen und festzulegen könne, daß das sogenannte Ruthenentum nicht anderes sei als ein Ungarum ruthenischer Zunge und die Gebietsunversehrtheit des Landes genau so am Herzen trage als welches ein ungarische Komitat der Tiefen ebene immer. Um die ungarisch-patriotische Gesinnung des Ruthenentums sichtbar zu bekunden, werden dessen Vertreter an die Regierung das Verlangen richten, die konfessionellen Schulen zu verstärken und andere Kulturinstitutionen ins Leben zu rufen, um so den Ruthenen die Möglichkeit zu geben, auch in Sprache und Kultur ungarisch geworden, die Bezeichnung „Nationalität“ abzuschleifen.

#### Die Forderungen der Landwirtepartei.

Der Präsidialrat der Provinzorganisationen der Landwirtschaftlichen Landwirtepartei hielt gestern unter Vorsitz des Abgeordneten Stefan Szabó eine Beratung ab. Nach eingehender Debatte wurde beschlußweise ausgesprochen, daß die Partei sich gegenüber jeder möglichen Kabinettsgestaltung volle Bewegungsfreiheit vorbehält. Mit allem Nachdruck wird die Partei auf die ungehemmte Durchführung der Loslösung von Oesterreich hinarbeiten, ferner darauf, daß bei den Friedensverhandlungen Ungarn durch eigene Staatsmänner vertreten sei, die an der Forderung der territorialen Unversehrtheit bedingungslos festhalten. In der Innenpolitik muß die Volksherrschaft aufgerichtet werden; sie wird auch die Gegensätze, die zwischen dem ungarischen Volk und den Nationalitäten künstlich hervorgerufen worden sind, aus der Welt schaffen. Die Politiker, die bisher ungarischerseits beim König waren, erkennt die Partei nicht als ausschließliche Vertreter des Volkes an und wünscht, daß auch die der Partei vom Herrscher unmittelbar angehört werden.

15. X. 1918

117

# PESTER LLOYD

## MORGENBLATT

Nagy, János & Co., Gb. Leopold, Ant. Hezel, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Högyl, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Anordnungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 12 Heller.

Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Ganzjährig 72 Kronen, halbj. 36 Kronen, viertelj. 15 Kronen, monatl. 6.50 Kronen. Bloss Morgenblatt: Ganzjährig 52 Kronen, halbjährig 26 Kronen, viertelj. 13 Kronen, monatlich 4.50 Kronen. Bloss Abendblatt: Ganzjährig 30 Kronen, halbj. 15 Kronen, viertelj. 7.50 Kronen, monatl. 2.60 Kronen. Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 3 Kronen zu entrichten. Für Wien auch durch Herrn Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzabrechnung vierteljährig: Für Deutschland 24 K., für alle übrigen Staaten 25 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

65. Jahrgang.

Budapest, Dienstag, 15. Oktober 1918

Nr. 241

### Budapest, 14. Oktober

Stopfloßigkeit in der Gefahr ist die schlimmste aller Gefahren. In unserer Monarchie herrscht augenblicklich Kapsfloßigkeit. Auf sturmgepeitschter See treibt das Schiff, und die Kommandobrücke steht leer. Wenn ja, wäre jetzt ein starker Führerwille not, dem unerschrockene Besonnenheit, unbeirrbares Urteil und eine Hand, die von dem Steuerruder den richtigen Brauch zu machen weiß, zur Verfügung stehen. Statt dessen erblicken wir überall Verwirrung in den Köpfen, Unsicherheit im Erfassen der Gebote dieser kritischen Zeit, Schwanken in den Entschlüssen und die Neigung, das drohende Verhängnis dadurch abzuwehren, daß man ihm auf halbem Wege entgegengeht. Man steuert schnurstracks dem Chaos zu, aber das wird nicht das Chaos sein, aus dem der tanzende Stern geboren werden kann.

Gleichzeitig sind in Oesterreich und in Ungarn Regierungskrisen heraufbeschworen. Unverständlich genug ist schon die österreichische. Baron Hussarek hatte es eilig, den Reichsrat einzuberufen. Ihn drängte es, die Gefahren, die schon da sind, und die anderen, die noch kommen werden, durch ein erlösendes Wort zu meistern. Dann stellte es sich heraus, daß dieses Zaubervort, von dem er sich die Rettung des inneren Führung verantwortlichen Staates aus Not und Gefahr versprach, die glatte Selbstverneinung Oesterreichs war. Was daraus folgen mußte, ließ nicht lange auf sich warten. Nach dem Abfall der Tschechen, Polen und Südslawen vom österreichischen Staatsgeden schlugen auch die Deutschösterreicher, dieses eigentliche und einzige Staatsvolk, einen neuen Weg ein, indem sie nunmehr auch für sich eine Sonderstaatlichkeit in Anspruch nahmen. Das erinnert an die bekannte Scherzsinfonie, die anfangs mit orchesterlicher Wirkung einsetzt, in der aber dann ein Instrument um das andere sich entfernt, bis zuletzt nur noch die große Trommel übrig bleibt; nach einem kräftigen Schlag in diese verläßt endlich auch der letzte Musiker den Orchesterstand. Das haben jetzt jenseits der Leitha die Deutschösterreicher getan. Sonderbarerweise tauchte, nachdem die Hussaretsche Staatskunst diesen schönen Erfolg gezeitigt, zu allgemeiner Verblüffung die Idee eines Völkerminderministeriums auf. Herr v. Seidler, heute Direktor des Zivilkabinetts, erinnerte sich seiner alten Liebe aus der Zeit seiner Ministerpräsidentschaft und holte sie (nach diesen Antezedentien!) aus der Kumpfkammer hervor. War die Idee damals schon absurd, so mußte sie jetzt, nachdem alle Welt sich vom österreichischen Einheitsstaate abgewandt, geradezu grotesk wirken. Der Ertrag des Versuches war, daß nach dem Paradeanzug aller Fraktionvertreter vor dem Kaiser von Oesterreich das mitwillig aus seiner Grabesruhe gestörte, totgeborene Kind unter mitleidslosem Hohnlächeln abermals, diesmal aber für immer, zu Grabe getragen wurde. Und nun scheidet Herr v. Hussarek aus

dem Ministerpräsidium und bleibt Herr v. Seidler noch wie vor Direktor des Zivilkabinetts. Im Zeitungsorgan der deutschösterreichischen Sozialdemokraten aber wird mit Genehmigung der Zensur verkündet, daß „kein Staatsrecht von oben und keine Revolution von unten eine österreichische Regierung hervorbringen könnte, die von allen Nationen das Mandat zu Friedensverhandlungen bekäme, weil“ — fürwahr man traut keinen Augen nicht bei diesen Zeilen — „weil viele Nationen eben überhaupt Oesterreich nicht mehr wollen, sich als Bürger Oesterreichs nicht mehr fühlen, jeder österreichischen Regierung, wie immer sie ausjäh, das Recht, ihre Sache zu führen, absprechen.“ Und mit voller Seelenruhe wird ebenda über die Möglichkeit gehandelt, daß Wilson vielleicht überhaupt nicht die österreichisch-ungarische Regierung zu den Friedensverhandlungen einladen wird, sondern nur die Vertreter der einzelnen Nationen Oesterreichs und Ungarns. Merkwürdiger aber noch müdet die Art und Weise an, wie das leitende Wiener Blatt des österreichischen Staatsgefühls, die Neue Freie Presse, auf diesen Stand der Dinge reagiert. Sie findet sich mit der Auflösung Oesterreichs in eine Vielheit von Sonderstaaten ohne weiteres ab, wofür die Einheit der auswärtigen Politik und der Verteidigung, die Freiheit des Verkehrs und die Gesamtbürgerschaft für die Staatsschulden noch irgendwie gerettet werden könnten. Freilich fügt sie mit schlauem Augenzwinkern hinzu, unter diesem „dürftigen Notdach“ ließe sich dann auf eine bessere Zukunft variieren „auf eine Wiedererhebung in späterer Zeit“. Dieses schlaue Augenzwinkern kennt man aber schon aus der Zeit nach dem 1867er Ausgleich. Das war eben der große, unzerstörliche Fehler Deutschösterreichs, daß es auch im Dualismus, statt ihn als bon coeur als dauernde Grundlage der staatsrechtlichen Struktur und der Großmachstellung zu betrachten und zu behandeln, nur ein dürftiges Notdach erblickte, mit dem Sintergedanken „auf die Wiedererhebung in späterer Zeit“.

So hat drüben auch die eigentliche Staatspartei das Fundament allmählich zerrütet, auf dem der österreichische Einheitsstaat sich hätte festigen können. Und nun steht dieses selbe Deutschösterreich ratlos vor dem Abgrund da und weiß nichts Besseres anzufangen, als den von den Slawen betriebenen föderalistischen Zerlegungsprozeß auch noch durch sein Zutun zu fördern. Es heißt, daß Oesterreich vielleicht schon morgen eine neue Regierung haben wird. Mehr als zweifelhaft ist es jedoch, ob die neue Regierung das alte Glend zu meistern imstande sein werde.

In Ungarn wird die bis jetzt schleichende Regierungskrise wahrscheinlich schon morgen offen ausbrechen. In ihrem tiefsten Grunde ist auch sie durch die Ratlosigkeit gegenüber der in den Wilsonschen Punkten nur in ganz undeutlichen Umrissen angedeuteten Zukunft der Monarchie als durch die parlamentarischen und inner-

politischen Verhältnisse des Landes veranlaßt. Unverantwortliche Faktoren jenseits der Leitha mögen in der herrschenden Unsicherheit die Neigung verspüren, den staatlichen Zerlegungsprozeß auch zu uns herüber zu verpflanzen. Immer schon hat ja in Oesterreich eine gewisse Scheelsucht gegenüber der bisher kraftvoll gewahrten straffen Einheit des ungarischen Staates gewaltet. Weil man, nicht mit Unrecht, in dieser straff gewahrten Einheit die Ursache des politischen Ubergewichts erblickte, das den ungarischen Staat innerhalb der Monarchie sich mit der Zeit erzungen hatte, war man drüben von jeher beflissen, die Tendenz der Staatszerüttung auch in Ungarn auszulösen. Wiederholt im Laufe der jüngsten Jahre haben wir auf dieses Streben aufmerksam gemacht und es das Streben nach der „Parität im Glend“ genannt. Soll uns jetzt diese Parität beschieden werden? Die ungarische Nation wird sich jedenfalls mit der ganzen Kraft, über die sie verfügt, gegen ein derartiges Beginnen, mag es von wo immer ausgehen, zur Wehr setzen. Ein Friede, der den ungarischen Staat zwingt, seine Einheit und die Unversiehrtheit seines Gebietes aufzugeben, müßte ihm von einem Feinde, der nach unserer Niederwerfung in Budapest eingezogen ist, diktiert werden. In Wilsons Rundgebungen, in denen sich seine Leitjäge für den künftigen Frieden finden, hat die ungarische Nation auch den Satz gelesen, den man in Oesterreich übersetzen zu haben scheint: den Satz, daß aus der Befriedigung der nationalen Ansprüche „sich nicht neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft ergeben dürfen, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden“. Wenn der kommende Friede ein Rechtsfriede sein soll, darf er unserem Staate nichts nehmen, was ihm seit einem Jahrtausend als rechtmäßiger Besitz zu eigen war. Und wenn er ein Dauerfriede sein soll, so darf er aus Ungarn nicht einen Brandherd von „Zwist und Gegnerschaft“ machen, darf er die seit einem Jahrtausend bestehende und geopolitisch als Naturnotwendigkeit begründete Einheit unseres Staatsgebietes nicht zertrümmern wollen, weil ein derartiges Unterfangen noch in viel höherem Maße, als es bisher auf dem Balkan der Fall war, den Frieden Europas mit voller Sicherheit immer wieder stören müßte. Das gilt, um endlich auch darüber ein offenes Wort zu sagen, ganz besonders von der Lösung der südslawischen Frage. Der Wilsonfriede, der den Polen einen „gesicherten, freien und zuverlässigen“ Zugang zum See verschaffen will, kann, darf und wird Ungarn nicht vom Meere abdrängen. Der ungarische Unterhändler auf dem künftigen Friedenskongreß wird auch darauf hinweisen können, daß Wilson und die Entente dem viel kleineren serbischen Königreiche ebenfalls den unheimlichen Zutritt zum Meere zu sichern wünschen. Von südslawischer Seite wird teils von einer Korridorlösung dieser Frage für Ungarn gesprochen, teils ein Beagevertrag in Aussicht gestellt, der dem ungarischen Staate die Be-

### Oesterreichs Schicksalsstunde.

Die Krisis erschien uns schon ehemals als der 1. und 2. Normalzustand. Begreiflich, daß wir in einer Stunde, da unser eigenes Schicksal ungeheuer über uns schwankt, nicht mit angespannten Sinnen auf das achten, was sich inzwischen jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle begibt. Unrecht dennoch; denn ein großes Stück deutschen Volkschicksals wird drüben mit entschieden.

Der Zerfall des alten „felix Austria“ ist oft zum unwiderruflich Lehnenmal angesagt worden. Oft haben wir demgegenüber auf die große beharrende und erhaltende Kraft des bloßen Staatsgedankens hingewiesen, der doch immer wieder sich als das Stärkere erwies gegenüber den auseinanderstrebenden, gegeneinanderstrebenden nationalen Sonderwünschen. Diesmal liegen die Dinge aber doch anders. Diesmal wirken auf das alte Gefüge des Hauses Oesterreich so gewaltige neue Kräfte mit Zug und Druck ein, daß ein völliger Zusammenbruch unvermeidlich scheint, wenn nicht ein Umbau gelingt, der einem völligen Neubau gleichkommen müßte, und für den die Zeit und die Verhältnisse wahrhaftig so ungünstig wie möglich sind.

Die Zensur diesseits und jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle hat diese Kriegsjahre her dafür gesorgt, daß wir uns über die Entwicklung der Zustände in Oesterreich wissenschaftlich und unwissenschaftlich belogen und betrogen. Natürlich sicherte dies und jenes und sehr vieles unter der Hand durch. Dennoch enthüllt sich uns jetzt mit verhältnismäßiger Plöflichkeit das Bild katastrophaler Zerfallsercheinungen, das heute die politische Gesamterscheinung Oesterreichs ausmacht. Unmöglich, das einzelne festzuhalten. Wie Strömung einer reisenden Ueberschwemmung treiben die Dinge vorüber. Namen, Ereignisse, Annahmen, letzte Hoffnungen, neue Verzweiflungen. Will man von dem einen als dem das Gesicht der Stunde Prägenden sprechen, ist schon wieder ein anderes im Vordergrund. Nur in Stichworten läßt sich heute von Oesterreich sprechen.

Geben wir ein paar Stichworte: Prag gleicht einem Feldlager. Sturmtruppen mit Maschinengewehr und Handgranate. Gerüchte von gewaltfamer Staatsumwälzung. Rundgebungen des Statthalters: Ich warne Neugierige, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Handzettel mit der Proklamation der tschecho-slowakischen Republik. In Krakau versammelt man den polnischen Landtag. In Krakau proklamiert man unter der Hand, wie in Prag die tschechische, so dort die polnische Republik. Los von Oesterreich! „Der Seine zum Seinen!“ Galizien zu Polen! Krakau gegen Wien. So die Südslawen, so die Ukrainer, so die Italiener. Endlich, endlich wünschen sich auch die Deutschen ob all dem Lärm die Augen aus und besinnen sich auf sich selbst.

Hilflos steht man in Wien all dem gegenüber. Wartet man dort doch noch auf eine Antwort von Herrn Wilson. Hat man dort doch den Kopf mit anderen Dingen bereits überfüllt. Eben das ist die noble Zuversicht der tschechischen, polnischen, slawonischen Herrschaften. Sie wollen im Trüben fischen. Politische Hyänen der europäischen Schlachtfelder. Nationalistische Leichensledderei. Kaiser Karl empfängt in Wien die Führer der Nationalitäten. Um ihren Rat zu hören? Um ihre Forderungen entgegenzunehmen. Um sich von Herrn Stanec sagen zu lassen, daß es nicht angehe, daß es als Verbrechen anzusehen sei, das alte Oesterreich in irgendeiner Form erhalten oder erneuern zu wollen. Gleichzeitig läßt ein anderer Tschechenführer durch das „B. T.“ den unumstößlichen Willen der Tschechen manifestieren: „Ueber unsere Zukunft wollen wir und nur wir allein entscheiden. Wir werden uns eine Verfassung geben, die unseren Wünschen und Bedürfnissen entspricht, und wir verbitten uns alle Einmischungsversuche Wiens und Budapests in die Schicksale des tschecho-slowakischen Volkes. . . . Der tschechische Staat muß mit einer tschechischen Regierung an der Spitze konstruiert werden. In der Friedenskonferenz werden sich Vertreter dieser Regierung mit an den grünen Tisch setzen. Dort wird über das Schicksal und über die Organisation der Welt entschieden werden. Erst wenn wir diese Regierung haben werden, kann über die Liquidation Oesterreichs verhandelt werden. . . . Solange wir jedoch die Wiener Regierung durch ihren Statthalter und ihre Bezirkshauptleute in Prag vertreten sehen, kann keine Rede davon sein, daß wir an dem Liquidationsprozeß teilnehmen. . . . Verhandeln wollen und werden wir allein nur als ein freies Volk mit einer nationalen Regierung an der Spitze. In Wien und Budapest möge man sich das gesagt sein lassen: wir vertrauen Brüssel mehr als Wien und Budapest zusammen.“

Nicht minder unzweideutig als die Tschechen kündigen die polnischen Abgeordneten dem Kaiser den „contrat national“. Nicht minder die Südslawen. Diese wollen sofort und vor allem anderen ihren eigenen Staat. Jene erklären, gar nicht erst noch einmal in den Wiener Reichsrat zurückkehren zu wollen. Krakau sei ihr Vaterland; Krakau der Nabel ihrer Welt; Krakau und Warschau. Mit Warschau

## Die Stunde Deutsch-Oesterreichs.

Von

Karl Lahm.

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

Wien, 14. Oktober.

Umlernen! In dem österreichisch-ungarischen Reiche, gerade wie im Deutschen, wurden gar plötzlich die höchsten Würdensträger eingeladen, auf ihre alten Tage Platz zu nehmen auf der Schulbank. Die alte Staatskunst hat fallit gemacht; zu den Allongeperücken ins Museum sollen Lackstiefel und Monstrosel kommen. Neue Gedanken, neue Männer drängen sich vor; es kracht das ehrwürdige Gefüge maria-theresianischer-metternichscher Diplomatenwissenschaft, als sollte hienieden nichts von Ewigkeitsdauer sein. Man streift sich in den Mittel-mächten gegenseitig über die Grenzen und fragt sich, wer wohl im schnellsten Tempo vorwärtstame, „unter dem Druck der allgemeinen Weltgestaltung“, von der Wilhelm der II. bei Hertlings Abschied gesprochen.

„Ihr habt's so leicht!“, sagte mir ein Wiener Staatsmann, der vor noch nicht zu langer Zeit die Zügel führte, im Hinblick auf die Tatsache, daß wir Reichsdeutschen „nur zu demokratisieren brauchen, während das arme Oesterreich, das bei allem aristokratischen Anstrich das demokratischste Land der Welt gewesen sei, sich „nationalisieren“, „autonomisieren“, „föderalisieren“ und also „dissolvieren“ müsse. Und der Kluge, seine *homme d'Etat* (man möchte unwillkürlich zu ihm in der von Alt-Wien so tiefgeliebten Sprache Talleyrands reden) malt voll Melancholie und Skepsis ein Bild, was aus dem so schwer, aber so virtuos regierten Oesterreich werden sollte, wenn — man bedenke — eine Bahnlinie durch sechs mehr oder minder zusammenhängende Bundesstaaten führen und in sechs verschiedene Verwaltungen zerfallen soll. Er zweifelt auch an dem deutschen Zusammen-schluß, den er sich noch nicht vorstellen kann und droht jedenfalls in Gedanken den Tschechen, die einst so klein waren, daß sie nach drei Jahren Trennung schon wiederkommen werden, weil sie alle, mitsamt den Polen, Südslawen, nicht vom heiligen Oesterreich werden lassen können. — Das leichtlebige Böcklein auf den Straßen aber sieht indessen im Traum schon den Frieden, da von Waffenstillstand gesprochen wurde, und lacht über die groben Abschiedsrufe der Stanel, Koroschec und Daszynski. Was dann? „Wien bleibt doch Wien!“, nicht wahr?

Die Hauptsache ist, daß Wien und Berlin das Aergste, was der Feind uns wünschte, erspart bleiben kann. Daß ohne inneren gewaltsamen Umsturz die neue Ordnung herbeigeführt wird und daß gerade aus jenen verpönten Ecken, die zu gern mit dem Stichwort „Landesverrat“ abgesperrt wurden, in ernstester Stunde der Ruf zur Landestreu erklingt. Viktor Adler, der von dem Opfer der deutschen Sozialdemokraten sprach, das sie mit dem Eintritt in ein prinzipielles Kabinett gebracht hätten, wies den, von allen verlassenen Deutschen Oesterreichs den Weg zum Heil und entpuppte sich für solche, die ihn nicht kannten, als ein national empfindender Mann mit wahrhaft deutschem Herzen. Seine Rede war eine Tat.

Ursprünglich wollte man dem Zusammenbruch der Deutschen ein nationalisiertes Gepräge geben, mehr als ein nationales. Da die Tschechen plötzlich die letzten Bande durchschnitten und von ihren Extremisten erklären ließen, sie wollten mit Wien nicht mehr das geringste zu tun haben und würden sich schon ihren selbständigen tschecho-slowakischen Staat am Friedens-tisch von der Entente geben lassen, da ebenso die Südslawen aus der Kriegslage den Mut schöpften, ganz abzuspringen, und da mit einemmal die Polen, abgesehen von den konfessionellen, nicht mehr das geringste von einer austro-polnischen Lösung wissen wollten und Großpolen forderten — zornentbrannt, machtlos auch, wollten da einige Alldeutschenationale sogleich von Kaiser Karl die Umwandlung in einen österreichischen Bundesstaat mit Anerkennung der äußersten deutschen Selbständigkeitsrechte fordern. Die Christlichsozialen, die bislang die schönsten Stützen des altösterreichischen Systems gewesen, empfanden fromm, daß jegliche weitere Aufpeitschung

## Fragen des Selbstbestimmungs-Rechtes.

Von

Dr. Alexander Redlich.

Seit die Deutschen Oesterreichs sich entschlossen haben, die staatsrechtlichen Bestrebungen der übrigen österreicherischen Nationen nicht mehr zu bekämpfen, sondern die gleiche Politik selbst einzuschlagen, hat innerhalb der deutsch-österreicherischen Parteien die Sozialdemokratie eine gewisse führende Bedeutung erlangt. Man muß deshalb einer Rundgebung des führenden Parteiorgans, der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, erhöhte Bedeutung beimessen, worin über das Schicksal der deutschen Teile von Böhmen, Mähren und Schlesien gesprochen wird. Der Artikel, den wir auszugsweise in unserer gestrigen Wendenausgabe wiedergaben, meint, das Selbstbestimmungsrecht der Deutsch-Oesterreicher solle praktisch durch die Gründung dreier Staaten bewirkt werden, nämlich eines inner-österreicherischen, eines deutsch-böhmischen und eines schlesisch-nordmährischen Staates. Zu dem inner-österreicherischen Staat sollen auch die deutschen Teile von Südmähren und Südböhmen gehören. An die beiden anderen neuen Staaten sollen die übrigen deutschen Gebiete von Böhmen, Mähren und Oesterreichisch-Schlesien verteilt werden. Diese drei deutschen Staaten sollen mit den auf dem Boden der Monarchie entstehenden nichtdeutschen Staaten einen Bund bilden. Kommt dieser österreicherische Staatenbund aber nicht zustande, dann würden die drei deutschen Staaten ihren Anschluß an das Deutsche Reich suchen und sich ihm als gleichberechtigte Bundesstaaten eingliedern.

Es ist der Plan, daß dem Deutschen Reich auch in seinem schwersten Augenblicke das Schicksal von fast 10 Millionen Stammesgenossen jenseits der Grenzen nicht gleichgültig sein kann und daß die Wiedervereinigung der Deutsch-Oesterreicher mit dem Reich stattfinden muß, wenn alle Versuche, einen Bund der österreicherischen Völker auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes zu schaffen, an dem Widerstand der Nichtdeutschen scheitert. Vor dieser Ultima ratio muß aber nach unserer Ueberzeugung der ernste Versuch zur Verständigung und zur Schaffung eines neuen föderativen Oesterreich gemacht werden. Und gerade die Deutschen Oesterreichs sind diesem ernstesten Versuch dem Deutschen Reich auf Grund einer politischen Solidarität schuldig, die über allen staatlichen Zusammenhängen steht. Die Deutsch-Oesterreicher haben die nationale Pflicht, nach Kräften dafür zu sorgen, daß auch in ihrem Interessentkreis der Begriff des Selbstbestimmungsrechtes jene verständige Auslegung erfahre, die das Deutsche Reich auf allen Gebieten seines eigenen politischen Einflusses zu fordern haben wird. Dieses Selbstbestimmungsrecht aber kann nicht in dem Auseinanderlaufen von Mitgliedern einer jahrhundertelangen Arbeitsgemeinschaft bestehen, sondern nur in dem neuen Aufbau dieser Gemeinschaft auf Grund der Freiwilligkeit und der kulturellen Unabhängigkeit seiner national verschiedenen Teile.

Soll also ein österreicherischer Staatenbund entstehen, so müssen die Einzelstaaten die organische Fortsetzung längst gewordener Einheiten sein, nicht aber aus ihrem Trümmern mehr oder minder willkürlich zusammengesetzt werden. Es ist bemerkenswert, daß der bedeutendste österreicherische Vorkämpfer der Weltfriedensidee, Prof. Lammasch, der — gleichgültig wie man politisch zu ihm stehen mag — zweifellos ein hervorragender Sachkenner ist, den allgemein üblichen Ausdruck „Völkerbund“ in „Friedensverband der Staaten“ umgewandelt wissen will, weil, wie er in seiner neuesten Broschüre ausführt, nicht die Nationen als Kulturverbände, sondern die Staaten als Rechtsverbände jene Verbindung untereinander eingehen sollten. Diese Scheidung würde kaum mit solcher Sorgfalt durchgeführt werden, wenn es sich nur um zwei verschiedene Namen für einen Begriff handelte. Vielmehr sind es offenbar zwei verschiedene Begriffe, die auch Lammasch auseinanderhalten will. Auf praktische österreicherische Verhältnisse angewandt, muß man aus

15. IX. 1918

für Wien.

**Bezugsbedingungen:**  
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
 Wöchentlich . . . . . K 1.—  
 Monatlich . . . . . 4.20  
 Vierteljährig . . . . . 12.60  
 Provinz und Ungarn:  
 Monatlich . . . . . K 4.60  
 Vierteljährig . . . . . 13.80  
 Deutschland: Viertelj. K 20.—  
 Für alle anderen dem Weltpostverein  
 angehör. Länder: Viertelj. K 25.—  
 Abonnements werden angenommen  
 in der Administration, V. Reichs  
 Wenzels 97, und in den Filialen:  
 I. Schülerstraße 13, Tel. 9191  
 II. Bognerstraße 20, Tel. 4223  
 X. Stefansplatz 6, Tel. 68244  
 XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33129  
 XVI. Klausgasse 24, Tel. 84146  
 XVII. Bachnergasse 22, Tel. 17175  
 XXI. Angererstraße 34.  
 Für die an fremde Adressen abet  
 Geschlechter bezahlten Beträge leisten  
 wir keine Garantie.  
 Keine Reklamationen sind hortofrei.

# Arbeiterzeitung

Oesterreich.

Freitag nachmittags.

XXX. Jahrgang.

## Selbstbestimmungsrecht und Wirtschaftsgebiet.

Die Deutschen sind in Oesterreich-Ungarn das eigentliche Industrievolk. Während selbst von den Tschechen noch zwei Fünftel, von allen anderen Nationen aber die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist, finden zwei Drittel der Deutschen in Oesterreich ihren Erwerb in der Industrie, im Handel und im Verkehrswesen. Diese Tatsache macht es begreiflich, daß die Denkweise der Deutschösterreicher so ganz anders ist als die der anderen Nationen. Während der Kampf der anderen Nationen um ihr Selbstbestimmungsrecht durch keine wirtschaftlichen Erwägungen gehemmt ist, fragt die Mehrheit der Deutschösterreicher besorgt: Was wird aus unserer Industrie werden, wenn durch die Verselbständigung der Nationen das große Wirtschaftsgebiet zerschlagen wird? Und weil die Deutschösterreicher, die ein Industrievolk sind, selbst ein sehr starkes Interesse an der Erhaltung des großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes haben, meinen sie, es müsse bei den anderen, überwiegend agrarischen Nationen gerade so sein, und schöpfen aus dieser Meinung die Hoffnung, die Nationen, die der nationale Freiheitsdrang zur Absonderung verlockt, würden durch das wirtschaftliche Bedürfnis wieder zusammengeführt werden.

Aber wer so denkt und hofft, der übersieht ganz, daß das große Wirtschaftsgebiet gar nicht mehr existiert. Bis zum Kriege bildeten Oesterreich und Ungarn ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet. Während des Krieges aber hat Ungarn seine Grenzen gesperret, es hat sich, durch die Verteilung der Heereslieferungen und der Rohstoffe nach dem Quotenschlüssel begünstigt, eine eigene bedeutende Industrie geschaffen, und es ist, durch den Krieg ungeheuer bereichert, jetzt entschlossen, auch nach dem Kriege seiner Industrie die Herrschaft auf seinem Markte zu sichern. Die Kriegswirtschaft hat ganz neue Mittel des Protektionismus geschaffen, die auch nach dem Kriege nicht verschwinden werden; mit Hilfe des Systems der Zwangssyndikate, der Einfuhrbewilligungen und der Transportscheine könnte Ungarn die Einfuhr österreichischer Industrieprodukte erschweren, auch wenn es keine Zölle auf diese Waren legt. In Wirklichkeit aber will Ungarn auch das tun; alle ungarischen Parteien fordern jetzt die vollständige Auflösung der wirtschaftlichen Gemeinschaft mit Oesterreich, die Schaffung eines vollständig selbständigen ungarischen Zollgebietes. Oesterreich hat kein Mittel, das zu verhindern. Mit der Verselbständigung Ungarns aber wäre das große Wirtschaftsgebiet, auf dem das Dasein unserer Industrie beruht, tatsächlich schon zerstört. Vor dem Kriege hatte unser Wirtschaftsgebiet 51.4 Millionen Einwohner; nach der Verselbständigung Ungarns würde es nur noch 28.6 Millionen Einwohner zählen.

Der Friede wird aber unser Wirtschaftsgebiet noch weiter verkleinern. Wenn die polnischen Gebiete Galiziens und das italienische Gebiet Tirols aus unserem Wirtschaftsgebiet ausscheiden, so verlieren wir abermals Länder mit wenigstens 4.5 Millionen Einwohnern. Unser Wirtschaftsgebiet wird dann von 51.4 Millionen auf 24.1 Millionen Einwohner verkleinert sein. Die Hälfte unseres Wirtschaftsgebietes ist also schon verloren. Es bleibt ein Wirtschaftsgebiet übrig, das für unsere Industrie viel zu klein ist; ein Wirtschaftsgebiet, dessen allzu enge Grenzen die weitere Entwicklung unserer Industrie sehr beengen werden.

Es ist aber gar nicht sicher, ob auch nur dieses ohnehin schon viel zu kleine Wirtschaftsgebiet erhalten werden kann. Kein agrarische Völker wie die Südslaven und die Ukrainer haben ja an der Erhaltung eines solchen Wirtschaftsgebietes keineswegs dasselbe Interesse wie das deutschösterreichische Industrievolk. Im Gegenteil! Ihre bürgerliche Oberschicht wünscht die wirtschaftliche Trennung von uns, um von der Konkurrenz der deutschösterreichischen Industrie befreit, eine eigene nationale Industrie entwickeln zu können. Die Südslaven wünschen die Vereinigung aller südslavischen Länder zu einem selbständigen Staats- und Wirtschaftsgebiet und ähnliche Wünsche werden jetzt auch bei den Ukrainern laut. Anders ist es freilich bei den Tschechen, die ja selbst eine bedeutende Industrie haben, darum ebenso wie wir

## Dynastiestaat oder Völkerbund?

Von Dr. Richard v. Krahl.

Die folgenden Ausführungen mögen als Anhang zum Artikel des kroatischen Abgeordneten Universitätsprofessor Dr. Fran Milobar (Agrar) „Monarchie und Herrscherhaus“ in Nr. 473 der „Reichspost“ gelten.

Als Aristokrat und Anhänger der organischen Staatstheorie bin auch ich Monarchist, und ich meine, die Monarchie ist etwas so Wertvolles, daß man ihr nicht zu viel zumuten soll, sondern ihr helfen muß. Die Monarchie ist zum Nutzen der Völker da, sie ist die Vollenkung des staatlichen Organismus, darum müssen sich die Völker auch etwas anstrengen, sie zu stärken. Aus den Völkern heraus sind die Monarchien erwachsen, nicht aus den Monarchen heraus die Völker. Oesterreich ist ein Werk seiner Völker mit Hilfe und Benutzung seiner Monarchen, seiner Dynastie. Oder Oesterreich ist sozusagen ein Werk des Schöpfers, der hier bei der Schöpfung die geographische Notwendigkeit eines organischen Staatswesens, einer Monarchie schuf. Darum die immer wiederholten Versuche, hier ein „Oesterreich“ zu schaffen, seit Marbod, seit Attila, Theodorich, Samo, den Babenbergern, Premysl Ottokar, Matthias Korvinus usw. Nach einer allerneuesten ethnographischen Hypothese soll den vielsprachigen Völkern der Monarchie eine einheitliche Urrasse zugrunde liegen, die durch Völkerverwanderungen und durch Annahme neuer Sprachen nur oberflächlich differenziert wurde; daher ein gemeinschaftlicher österreicher Typus. Aber das will ich dahingestellt sein lassen.

Das griechische Altertum und die klassische Philosophie des Staates unterschied scharf den Tyrannen vom legitimen Monarchen. Jener hat seine Macht durch Gewalt und List, vielleicht auch durch Gaukelei und Demagogie und Volksverblendung erlangt, wie Pisistratus; dieser, der legitime König, ist einfach der organische Exponent seines Volkes, mag er es nun durch Erbschaft oder Wahl oder Zuzuf oder Los sein. Die beiden Napoleone gehörten zweifellos in die Klasse der Tyrannen, trotz der Plebiszite, daher ihre kurz dauernde Autorität, welche allerdings viel größer war als die der legitimen Monarchen. Der legitime Monarch herrscht, durch Sitte und Gesetz beschränkt, auch dann, wenn das Gesetz nicht kodifiziert ist. Bekanntlich ist die monarchische Gewalt der beiden Kaiser von Mitteleuropa eine viel beschränktere als die eines republikanischen Präsidenten, der immer gewissermaßen als Diktator auftreten muß, um das zu ersetzen, was ihm an traditioneller Würde fehlt. Republiken waren immer mehr eine Gründung der Willkür, legitime Monarchien sind traditionell erwachsen, getragen von dem Bedürfnis des Volkes, auch dann, wo kein kunstvolles Wahlrecht dem Volkswillen Ausdruck gab.

So ist denn auch die Monarchie des Hauses Oesterreich durchaus keine Schöpfung dynastischer Willkür, sondern eine Schöpfung der völkischen Notwendigkeiten. Nicht die Dynastie hat sich einen Großstaat durch Heirat, Krieg, Diplomatie geschaffen, sondern das Volk, die Völker haben sich die Dynastie zum Ausdruck, zum Exponenten ihrer politischen Notwendigkeiten herangezogen. Dies ist ebenso wahr, als es leider fast unbekannt ist. Nur ein Beispiel. Als im Jahre 1913 die 200jährige Erinnerung an die Pragmatische Sanktion gefeiert wurde, erschraf und erstaunte ich, die wirkliche Bedeutung dieses viel-

gliedrigen Staatsaktes fast in allen Jubiläumsartikeln gänzlich verfehlt zu sehen. Immer wieder die Vorstellung, als habe die Dynastie den Ländern und Völkern die Anerkennung der Personal- und Realunion abgerungen. Ganz im Gegenteil. Nicht das dynastische Interesse, sondern das der Völker schuf und forderte diese Einheit. Die Nationen, besonders die Kroaten und die Ungarn, waren es, die sagten: „Wir wollen nicht länger davor zittern, daß die Großmacht des Hauses Oesterreich, die uns allein schützen kann, durch Familienteilung zersplittert werde. Und wir wollen zweitens nicht länger nur durch den guten Willen des gemeinsamen Monarchen geschützt sein. Nein, wir wollen, daß von nun an alle Völker und Länder der Monarchie sich selber rechtskräftig verbindlich machen, die Gesamtheit der Monarchie mit Blut und Gut zu verteidigen gegen äußere und innere Feinde: also gemeinsames Kriegswesen, gemeinsames Finanzwesen und was sonst noch zur Gewährleistung der untrennbaren Einheit gehört!“ — Darum wollten die Ungarn anfangs lieber direkt mit den anderen Landtagen der Monarchie den Einheitsvertrag schließen, aber der Kaiser Karl VI. überredete sie, daß es ebenso wirksam sei, wenn er die Willensmeinungen aller Landtage selber veranlasse und in seiner Hand vereinige. Erst als das geschehen war, wurde die Pragmatische Sanktion durch den ungarischen Landtag perfekt gemacht.

Die Pragmatische Sanktion ist also ein durch Vermittlung des Monarchen von den Völkern im eigensten Interesse geschlossener Völkerbund. Das ist sein Wesen. Darin ist die Pragmatische Sanktion typisch für die ganze österreichische Verfassungsgeschichte. In diesem Licht ist auch schon die Angliederung Ungarns und Böhmens im Jahre 1526 an das Haus Oesterreich zu verstehen. Es war auch hier das Interesse der Länder und Völker, was die Eingliederung zur europäischen Großmacht wesentlich ermöglichte, voraussetzte, ja gebieterisch forderte. In diesem Licht muß man auch den Ausgleich von 1867 betrachten.

Damit kommen wir auf das eigentliche Interesse, das die Völker der Monarchie haben und allzeit hatten und haben werden, sich zusammenschließen. Sie wollen und müssen zusammen eine *Großmacht* bilden, um sich zu erhalten, um größere Geltung zu gewinnen. Die Vorteile einer Großmachtstellung sind sehr mannigfaltige. Wird ein Kleinstaat überrannt, so ist das ganze Volk heimatlos, wie wir im Weltkrieg gesehen haben. Aber die von den Russen, Rumänen, Italienern vorübergehend überrannten Grenzbevölkerungen fanden im Großstaat einen Rückhalt, eine größere Heimat. Es ist in diesem Weltkrieg so viel vom Schutz der kleinen Völker gesprochen worden, offenbar nur deshalb, weil dieser Schutz ein schwieriges Problem ist. Die kleinen Staaten haben, auch wenn sie neutral blieben, bis auf die Blutopfer ebenso sehr gelitten wie die kriegführenden großen Staaten; wenn sie nicht neutral blieben, noch viel mehr. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Auflösung einer Großmacht wie Rußland in kleinere Staaten den Weltfrieden und das Glück der kleinen Nationen mehrt. Wir Mitteleuropäer können damit einstweilen wohl zufrieden sein, aber wir werden diesen Ostvölkern auch wieder eine gewisse föderative Beruhigung gönnen, besonders in Freundschaft mit uns. Von den Kleinstaaten am Balkan ging seit Jahrzehnten alle Beunruhigung des Weltfriedens und schließlich auch der Weltkrieg aus. Tschechen, Magyaren usw. würden in Kleinstaaten jene Bedeutung verlieren, die sie heute haben. Fast alle heute bestehenden Klein- oder Mittelstaaten sind nichts anderes als in der Entwicklung zurückgebliebene oder zurückgeworfene Großstaaten. Sie alle wollten einmal Großstaaten werden,

nime-  
wenn  
teil-  
s zu  
nicht  
sonst  
die  
in  
altur  
bei-  
altur  
d in

licher  
kten-  
mag  
elber  
Belt-

des  
des  
hren  
stige  
Aber  
Ge-  
roß-  
der  
An-  
irkt.  
ver-  
ung  
lon-

ge-  
ben  
Be-  
ter-  
eine  
und  
nen  
ber  
n d  
n d  
Teil

eine  
und  
ner  
son-  
fer  
148



## Die Delegationen. Oesterreichische Delegation.

Das Plenum der oesterreichischen Delegation trat gestern nachmittags um 4 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten Scheimen Rotes Haus zu einer Sitzung zusammen, um je zwei Ersatzwahlen für den Heeresauschuß und den Ausschuß für Neußeres vorzunehmen. Der Sitzung wohnten der Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek, der Kriegsminister Generaloberst Freiherr v. Stöger-Steiner, der Gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Spixmüller und der Chef der Marineektion des Kriegsministeriums Vizeadmiral v. Solub bei. In Vertretung des Ministers des Neußern Grafen Burian, der zur selben Zeit im auswärtigen Ausschuß der ungarischen Delegation sein Exposé hielt, waren der Erste Sektionschef des Auswärtigen Amtes Freiherr v. Flotow und Gesandter v. Wiesner erschienen. Die Erledigung der Tagesordnung wurde durch die Vorlesung des sehr umfangreichen Einlaufes erheblich verzögert. In Zuschriften des Kriegsministers wird mitgeteilt, daß an Stelle des verstorbenen FML. R. v. Höfer der GM. Göttlicher zur Erteilung von Aufklärungen ermächtigt ist und daß der Konteradmiral v. Leichgräber, der Linienschiffskapitän Heinrich Huber und der Sektionschef Firit behufs Erteilung von Detailaufklärungen in den Ausschüssen über die wirtschaftliche Gebarung des Kriegsministeriums, Marineektion, für die Jahre 1912 bis 1917 entfendet wurden.

Vom Kriegsministerium ist ferner eine titelweise Darstellung über den etatmäßigen Aufwands der Kriegsmarine in den Kriegsjahren 1914/15—1917/18 eingelangt.

Der Gemeinsame Finanzminister legt das gemeinsame Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1918 und die gemeinsamen Rechnungsabschlüsse für die Budgetjahre von 1914—1918 vor. Diese Vorlage wird dem Finanzausschuß zugewiesen.

### Eine Deklaration der Polen.

Die Delegierten Daszynski, Dlugosz, Gombinski, German und Letmajer überreichen folgenden Antrag:

„Die polnischen Mitglieder der Delegation erklären feierlich, daß die Gesamtheit der polnischen Reichsrats-Abgeordneten, im vollsten Einklang mit der öffentlichen Meinung und mit dem festen Willen aller Bevölkerungsschichten ihres Landes die am 2. Oktober 1918 im Abgeordnetenhaus durch alle polnischen Parteien abgegebene Erklärung als einzige politische Grundlage für die polnische Nation in der Monarchie, insbesondere Galiziens und des Großherzogtums Teschen anerkennt und sich von diesem Augenblicke an auch für Zugehörige und Bürger des freien, vereinten und unabhängigen polnischen Staates betrachtet, wobei sie sich sowohl auf die weltbekannten Erklärungen des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas, wie auch auf ihre Anerkennung durch die Centralmächte berufen.“

Die polnischen Mitglieder der Delegation fordern die U. A. Regierung auf, unverzüglich alle notwendigen Schritte einzuleiten, die zur Verwirklichung der Grundsätze des Herrn Präsidenten Wilson führen und in einer klaren Weise das Recht des polnischen Volkes bei der Teilnahme am Weltfriedenskongreß, Durchführung der staatlichen Abgrenzung und Anbahnung der notwendigen wirtschaftlichen Verträge zwischen dem souveränen polnischen Staat und den übrigen Teilen des oesterreichisch-ungarischen Staates zur Geltung kommen lassen.

Wir eruchen, die Delegation möge obige Deklaration zur Kenntnis nehmen.“

### Interpellationen.

Die deutschen Delegierten interpellieren den Kriegsminister betreffend die vom Armeegruppenkommandanten G. d. R. Franz Rohr verfügte Verhaftung, Ausweisung und Internierung des Reichsrats-Abgeordneten Universitätsprofessors Dr. Waldner.

Freiherr v. Fuchs interpelliert wegen der Behandlung der Salzburger Schützen, Zahradnik verlangt Auskunft über die Einstellung von Entbehrungen und geplante Musterung der Siebzehnjährigen, ferner über die Entsendung oesterreichisch-ungarischer Truppen an die Westfront, Dr. Gombinski verlangt die Errichtung von gemeinsamen polnisch-oesterreichisch-ungarischen und polnisch-preussischen Liquidationskommissionen und die schnelle Inangriffnahme weiterer aus der Unabhängigkeitserklärung des geeinigten Polen sich ergebenden Maßnahmen. Klossac führt Beschwerde über die Verhinderung des Verkehrs zwischen den Tschechen und Slowaken und eines Plebiszits in der Slowakei durch die ungarische Regierung, Dr. Freikler über die Mißachtung der Bedürfnisse des reisenden Zivilpublikums seitens des Offizierskorps; derselbe Delegierte interpelliert den Kriegsminister über den Ankauf des Hotels Matschakerhof durch das Kriegsministerium, Dr. v. Langenhan interpelliert betreffend die ungleiche Behandlung der aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Offiziere hinsichtlich Ausbezahlung der Gebühren.

### Die Haltung der Südslawen und Tschechen zu den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Die Abgeordneten Dr. Korosec und Genossen überreichen eine Anfrage an die gemeinsame Regierung betreffend die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen, in der sie ausführen, die Slowenen und die übrigen Südslawen werden niemals einer Lösung ihre Zustimmung erteilen, welche nicht die Vereinigung aller Teile der Nation der Slowenen, Kroaten und Serben in einen eigenen souveränen Staat mit sich bringt. Da sie in den bisherigen Vertretungskörpern nur noch mitarbeiten, um für den Frieden zu kämpfen sowie um in geeigneter Form die Lösung von den Nachbarn durchzuführen, fragen sie den Minister des Neußern und den Kriegsminister: 1. Ist die ge-

meinsame Regierung bereit, endlich einmal den Weg zum Frieden zu öffnen, indem sie den Vertretern der Nationen, welche sich zu Nationalregierungen konstituieren werden, die Einleitung und die Durchführung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen überläßt? 2. Ist sie bereit, sofort alle südslawischen Regimenter in ihre Heimat zu versetzen?

Die tschechischen Delegierten verlangen in einer Interpellation an die gemeinsame Regierung die Ueberlassung der Einleitung und Durchführung der Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen an Vertreter des tschechoslowakischen Staates, die sich als eine selbständige Regierung konstituieren werden, neben den Vertretern der anderen dieses Reich bewohnenden Nationen, und die Rückversetzung der böhmisch-slowakischen Regimenter in ihre Heimat.

(In der Einleitung zu dieser Interpellation wird der Text der vorgestern vom Delegierten Dr. Koerner in der Sitzung des Heeresauschusses abgegebenen Erklärung wiederholt.)

Die Delegierten Freiherr v. Parish und Miklas legen ihre Delegiertenmandate nieder.

Die Sitzung wird sodann geschlossen. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

### Heeresauschuß.

Der Heeresauschuß setzte gestern in Gegenwart des Kriegsministers die Debatte über dessen Exposé fort.

Delegierter Dr. Egner bespricht die Rückwirkungen einer möglichen Aenderung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn auf die gemeinsame Armee und kritisiert die verschiedene Behandlung der Reserve- und Berufsoffiziere. In diesem Zusammenhang drückt er sein Bedauern über die bezüglichen Interpellationsantwortungen durch den Minister für Landesverteidigung FML. Freiherrn von Czapp aus. Der Redner verlangt die Errichtung einer gemischten Kommission bei der Demobilisierung und eruchtet den Kriegsminister, er möge sich bei der Sachdemobilisierung an die zuständigen Korporationen wenden, denen die Aufgabe der Sachdemobilisierung zu übertragen wäre. Er sei autorisiert, zu erklären, daß alle industriellen Fachvereine bereit sind, sich dem Kriegsministerium zur Verfügung zu halten. Mit interministeriellen Kommissionen sei es nicht getan.

Delegierter Glödel beschäftigt sich zunächst mit dem Militärärztswesen. Er verweist darauf, daß nach mehr als vierjähriger Kriegsbauer man wiederholt in Wien und anderen Orten zahlreichen Aerzten begegne, die es bis heute verstanden haben, auch nicht einen Tag an der Front zu verbringen. Diese Aerzte vermochten nicht nur ihre Privatpraxis zu erhalten, sondern haben auch die Praxis ihrer Kollegen an sich gerissen. Gerade beim ärztlichen Stande werde die größte Protektion geübt und es sei daher notwendig, daß über die Frage des Austauschens der Aerzte eine Kommission entscheide. Er stellt einen diesbezüglichen Antrag. Hinsichtlich der Krankenpflegerinnen wünscht er Aufklärungen über die Verfügungen zu erhalten, die die Kriegsverwaltung getroffen hat, um die rechtliche und materielle Stellung der Militär-Krankenpflegerinnen zu verbessern. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kommt Redner darauf zu sprechen, daß in Wien allein noch immer 134 Schulgebäude für militärische Zwecke besetzt gehalten werden, und zwar nicht nur für Spitäler, sondern auch für Kanzeleizwecke. Er erinnert an den im Mai dieses Jahres erschienenen Bericht der Staatsschuldenkontrollkommission, in der darauf verwiesen wird, daß die Militärverwaltung ganz besonders hohe Anforderungen für Bezüge samt Zuschlägen der Stabsoffiziere stelle. Die Zahl der Stabsoffiziere in der oesterreichisch-ungarischen Armee sei wesentlich höher als die in allen anderen Armeen und es komme vor, daß an gewissen Stellen der Chargengrad dem Pflichtenkreis durchaus nicht entspreche.

Redner kritisiert die Verwendung von Stabsoffizieren in untergeordneten Stellungen und die Tätigkeit der militärischen Leiter in den Betrieben.

Er unterbricht sodann mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Stunde über Ersuchen des Vorsitzenden seine Ausführungen.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

### Ungarische Delegation.

Der Auswärtige Ausschuß der ungarischen Delegation hielt gestern nachmittags eine Sitzung. Schon vor Beginn der Sitzung hatten sich nicht nur die ungarischen Delegierten fast vollständig, sondern auch zahlreiche ungarische Abgeordnete eingefunden, die der Delegation nicht angehören, jedoch als Zuhörer der Sitzung beiwohnen konnten.

Präsident Albert v. Berzeviczy begrüßte die Erschienenen und verwies darauf, daß der Auswärtige Ausschuß am 6. Dezember v. J. seine letzte Sitzung gehalten hat. Das damals unterbreitete Exposé des Ministers des Neußern ist durch die seitdem eingetretenen Weltereignisse vollständig überholt. Heute, da der Ausschuß wieder zusammentritt, muß jedermann empfinden, daß die im Gesetzentwurf 12 vom Jahre 1867 niedergelegten staatsrechtlichen Grundlagen der Delegationsinstitution — nicht infolge unseres Fehlers — stark erschüttert sind.

Vor der Tagesordnung ergriff Graf Michael Karolji das Wort und begann mit dem Zitat: Begraben komm ich Casarn, nicht ihn preisen. Dieser Platz, sagte er, kann für uns kein verfassungsmäßiges Forum mehr sein, sondern bloß eine Tribüne, von wo wir zu den Völkern der Welt sprechen können. Graf Stephan Burian war zweimal Minister des Neußern während des Weltkrieges und niemals hielt er es für notwendig, die Delegation einzuberufen, nur jetzt, da das ungarische Volk laut seinen Willen verkündet, das vollständig unabhängige, freie und selbständige fordere und von der überlebten Einrichtung der Delegation nichts mehr wissen will. Das ist ein Faustschlag ins Gesicht der ungarischen Nation und die Einladungen zur Delegationsitzung konnten nur in Begleitung einer Parteiausgabe gegeben werden.

Redner will nur einige frappante Anklagepunkte vorbringen bei der jetzigen Gelegenheit, da der Minister des Neußern die Delegationen zum Reichsschmarn einberief.

Der serbische Krieg wurde von unserer auswärtigen Regierung provoziert (Widerspruch) mit jenem Ultimatum, das ein auf seine Selbständigkeit eifersüchtig behafteter Staat nicht annehmen durfte. (Widerspruch). Delegierter Vermeß: Man hat den Thronfolger ermordet. Unser Ministerium des Auswärtigen hat stets betont, daß die Demarche in Serbien selbständig ohne Wissen Deutschlands vorgenommen wurde. Dadurch sollte der Beweis geliefert werden, daß wir den Krieg nicht im Voraus beabsichtigten, sondern daß wir bloß eine

213  
137

Sendung ferner zur uns insges. Österreich  
und Feldpost, Morgen- und Abendblatt:  
Ganzjährig 72 Kronen, halb. 36 Kronen,  
viertel. 18 Kronen, monatl. 6.50 Kronen.  
Bliss Morgenblatt: Ganzjährig 60 Kronen,  
halbjährig 30 Kronen, viertel. 15 Kronen,  
monatlich 4.50 Kronen, Bliss Abendblatt:  
Ganzjährig 80 Kronen, halb. 40 Kronen,  
viertel. 20 Kronen, monatl. 7.50 Kronen.  
Für die separate Zustellung des Abend-  
blattes nach der Provinz sind viertel-  
jährlich 3 Kronen zu entrichten.  
Für Wien auch durch Herrn Goldschmidt,  
Für das Ausland mit direkter Kreuzband-  
endung vierteljährig: Für Deutschland  
25 K, für alle übrigen Staaten 28 K. Abonne-  
ments wurden auch bei sämtlichen aus-  
ländischen Postämtern entgegengenommen.

# PESTER LLOYD

ABENDBLATT

Pester Lloyd und in den Annoncen-  
Bureaus: J. Blockner, E. Lokstein, Györi &  
Nagy, Jankus & Co., Gab. Leopold, Ant. Mezöl,  
Rudolf Masze, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyl,  
Jos. Schwarz. Generalvertretung des  
Pester Lloyd für Österreich und das  
gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger, A.-G.,  
Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen  
renommierten Inseratenbureaus in Öster-  
reich wie im Auslande übernehmen An-  
kündigungen für den Pester Lloyd.  
Einzelnummer für Budapest und für  
die Provinz: Morgenblatt 20 Heller,  
Abendblatt 15 Heller.  
Redaktion und Administration: V. Mária  
Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in  
keinem Falle zurückgestellt. — Unfran-  
kierte Briefe werden nicht angenommen.

65. Jahrgang.

Budapest, Mittwoch, 16. Oktober 1918

Nr. 242

## Ein geschichtlicher Augenblick im Abgeordnetenhaus.

### Ministerpräsident Wekerle verkündet die Personalunion.

#### Ein stürmischer Zwischenfall.

Budapest, 16. Oktober.

Ein heiterer Herbsttag voll Sonne und Licht sandte seine Strahlen auf die Umgebung des Abgeordnetenhauses, die heute bereits in den frühen Vormittagsstunden ein ungewohntes Bild der Erwartung und der Bewegung bot. Doch das Ofner Meer lag unter den blauen und bläulich-weißen Schleieren des lichterbestrahlten Herbsttages, und herblich war auch die Stimmung, die vor den Pforten des Abgeordnetenhauses die Wartenden beherrschte. Es lag Sorge, hier und dort auch Versunkenheit in den Mienen. Gegen 10 Uhr vormittags hatte sich eine bedeutende Menge vor dem Abgeordnetenhaus angesammelt, die in freiwillig bisjubilant gestellten Reihen saum und in völliger Ruhe des Kommenden harzte. Zu dieser Stunde waren bereits zahlreiche Abgeordnete im Hause erschienen. In den Couloirs hülte die Antwortnote, die Präsident Wilson an den deutschen Reichkanzler gerichtet hat, den Gegenstand der Gespräche. Hinter den Fragen, die durch diese Erörterungen aufgeworfen wurden, traten die innerpolitischen Probleme sichtbar in den Hintergrund.

Um viertel 11 Uhr erschien Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle im Hause. Er ist ernst, doch aufrecht und völlig ruhig. Wenige Minuten früher hatte Geheimrat Ludwig v. Babay den Präsidenten des Hauses aufgesucht und konferiert mit ihm. Im Wandelgang führte ingewöhnlich von einer dichten Gruppe umgeben, Graf Stefan Tisza in gemessener kühler Weise das Wort. Später besuchte auch Graf Stefan Tisza den Präsidenten des Hauses, mit dem er in den Räumen des Präsidiums eine Besprechung hatte.

Im Saale hatten sich vor Eröffnung der Sitzung nur wenige Abgeordnete aufgehalten. Viertelstunde um Viertelstunde verstrich in gespannter Erwartung. Die Galerien sind überfüllt, auf der Journalistentribüne herrscht beängstigendes Gedränge. Wohllich strömen die Abgeordneten in den Saal. Das Glockenzeichen ertönt durch die goldprunkenden Räume. Endlich, um viertel 12 Uhr, eröffnet Vizepräsident Elemér v. Simoncsits die Sitzung. Die Mitglieder der Regierung sind vollzählig anwesend. Die Reihen zeigen kaum eine Lücke, doch die Höhe, wo die Kroaten ihre Plätze haben, ist leer. Ein hartnäckiges Gerücht, das seit Tagen verbreitet wurde, stelle in Aussicht, daß die kroatischen Abgeordneten heute eine Resolution einbringen würden, die die Frage des südslawischen Staates betreffen sollte. Dieses Gerücht erwies sich, vorläufig jedenfalls, als unrichtig, denn die kroatischen Abgeordneten sind heute im Sitzungssaale überhaupt nicht erschienen, nur in den Wandelgängen sah man einen Herrn aus ihren Reihen.

Der Vorsitzende berichtet, daß die Einberufung des Hauses auf Antrag einer der Geschäftszordnungen entsprechenden Anzahl von Abgeordneten erfolgt ist. Schnell und heinerrungslos wird dann der weitere Einlauf erledigt. Im Saale hat sich das Licht inzwischen bis zum Halbdunkel gedämpft und die elektrischen Lampen leuchten über der Präsidentenestrade auf. Man sieht, wie auf der Höhe des Zentrums der Slowake Turiga eingehend mit den Rumänen konferiert. Die Bank der Demokraten zeigt schwache Befügung.

Nach einer kurzen Bemerkung des Finanzministers, der den Gesetzentwurf über das Budgetprovisorium vorlegte, erhebt sich Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle zum Wort. Auf den Bänken der Karolipartei unterbrechen etwa zehn Abgeordnete hier und da die Erklärungen des Ministerpräsidenten. Das ganze Haus aber lauscht in gespannter Ruhe seiner Rede.

Der Ministerpräsident meldet dem Hause, daß der König die Demission des Kabinetts nicht angenommen hat. Die Regierung wird in ihren zukünftigen Arbeiten darauf bedacht sein, die Kräfte der Nation zu konzentrieren und die staatsrechtliche Umwandlung, die angesichts der Vorgänge in Österreich bei uns notwendig werden, durchzuführen.

Noch von Zwischenrufen der äußersten Linken unterbrochen, doch den Lärm der kleinen Gruppe überdröhnend, hallt nun das Wort des Ministerpräsidenten in den Saal:

— Wenn wir einem föderalistischen Österreich gegenüberstehen, so ergibt sich die unumgängliche Notwen-

digkeit, daß wir uns auf den Standpunkt der Personalunion stellen.

Die Worte des Ministerpräsidenten üben gewaltige Wirkung. Der Hauch der Geschichte weht durch den Saal. Stürmischer Applaus erhebt sich auf allen Bänken des Hauses und im Sturme des Beifalls gehen die Zwischenrufe der ganz kleinen Karolij-Gruppe spurlos unter. Während dieser brausenden Kundgebung steht Ministerpräsident Dr. Wekerle, die Hände gefaltet, das klassische Profil zur Linken gewendet, regungslos auf seinem Platze. Wieder schallt ein Ruf in den Saal: Abgeordneter Géza Bolónyi ruft, zur äußersten Linken gewendet, daß jeder Ungar sich der Kundgebung des Ministerpräsidenten freuen müsse. Eine dröhnende Applauswelle von der Rechten durch das Zentrum bis zur äußersten Linken reichend, ist die Antwort auf diesen Ruf Bolónyis.

Der Ministerpräsident spricht weiter. Er verweist auf die Rechte und Pflichten, die sich aus den Verfassungsregeln des Jahres 1723 für die Gemeinsamkeit ergeben. Mit erhobener Stimme deutet er darauf hin, daß unsere staatsrechtliche Integrität und die Unzerbrochenheit unserer staatslichen Einheit geschützt werden muß — um jeden Preis. Dem widerspricht nicht die Antwort, die wir auf die Note Wilsons erteilt haben. Denn es ist tausendjährige Tradition, daß in unserem Lande die Nationalitäten volles Recht genießen, und die Tatsache, daß die Nationalitäten in unserem Staate sich vermehrt haben, ist Beweis dafür.

Dann berührt Ministerpräsident Dr. Wekerle die Frage des Ausgleichs mit Kroatien, dessen Revision er ankündigt, indem er feststellt, daß die Regierung bereit ist, die Wünsche der kroatischen Völker betreffend die Revision des kroatischen Ausgleichs in wohlwollende Erwägung zu ziehen. Diese Absichten bedeuten jedoch nicht, daß nun in überstürzter Weise vorgegangen werden soll, doch sie bedeuten, daß man sofort an die Arbeit gehen muß, um die notwendigen Verfügungen zu treffen. So gestaltet, bedeuten die Absichten, die der Volkführung harren, keinesfalls den Weg zur Dissolution, sondern die Förderung der Einheit. Unter stürmischem Applaus der überwältigenden Mehrheit des Hauses schließt der Ministerpräsident mit der Bitte, alles Trennende zurückzustellen und die Einheitsliebe, die staatsliche Kraft in den Dienst der Aufgabe zu rufen, die uns heute durch die Existenzforderungen unseres Staates gewiesen sind.

Nachdem sich der Applaus gelegt hatte, erhebt sich Graf Michael Karolji zum Worte. Die zehn, zwölf Abgeordneten, die es versucht hatten, die Rede des Ministerpräsidenten durch Zwischenrufe zu stören, sind es wieder, die nun mit Händeklatschen den Beginn der Rede des Grafen Michael Karolji begrüßen. Im ganzen schwer verständlich, doch durch Kundgebungen seiner Parteifreunde eher gestört als gefördert, ringt sich die Rede des Grafen Michael Karolji durch die wachsende, teilnamtslose Unruhe der Mehrheit hindurch. Das Kabinet Wekerle, führt Redner aus, habe keinen Anspruch auf Vertrauen. Auch nicht in der Frage der Personalunion, denn dieses Kabinet habe vielfach keine Versprechungen nicht eingehalten. Schleuniges Handeln aber tue not. Ein langsames Vorgehen sei verderblich, denn es sei unumgänglich notwendig, daß bei den Friedensverhandlungen ein ungarischer Minister des Neufertn unsere Interessen vertrete, denn wir laufen Gefahr, durch einen gemeinsamen Minister des Neufertn ungarische Gebiete geopfert zu sehen, um dadurch österreichische zu retten. Er spricht dann von der ungünstigen Kriegslage, die uns zwingt, Frieden zu schließen. Dann will er feststellen, daß die Politik, auf der unser Bundesystem aufgebaut gewesen war, zusammengebrochen sei. Daraus folge die Wichtigkeit der Vorbereitungen, die auf die Vertiefung dieses Bundesystems und auf die Schaffung Mitteleuropas gerichtet waren. Die gestrige Rede des Ministers des Neufertn sei ein Stück des alten Systems und deshalb schädlich. Rückhaltlos müßte der Weg des Pazifismus, des Völkerbundes und der Abrüstung betreten werden, ein Weg, den die Partei des Redners längst gegangen sei. Die Stunde der Abrechnung habe geschlagen. Die Nation werde gegen die Mehrheit des Hauses entscheiden und seinen Freispruch fällen.

In dem Moment, wo Graf Michael Karolji schließen will, spielt sich plötzlich einer der größten Skandale ab, der in der Geschichte des ungarischen Abgeordnetenhauses vergeblich seinesgleichen sucht. Der Abgeordnete Martin Kovács ruft mit schriller Stimme die Worte, begleitet von Faustschlägen auf den Tisch, aus Leibeshelken in den Saal:

— Nehmen Sie zur Kenntnis, wir gehören der Partei der Entente an.

Zuerst wurden diese Worte nicht im ganzen Saale bekannt. In den letzten Bankreihen erhebt sich der Abgeordnete Guido Gändisch und schreit in den Saal: „Das ist eine Gemeinheit, das ist eine Niederträchtigkeit.“ Nun verbreitet sich die Geschichte dieses Skandals mit Blitzgeschwindigkeit im ganzen Saale. Die Abgeordneten Heinrich Béla, Baron Born, Ernst Kéjs stürzen auf die Bänke der Karolipartei zu, von wo sich der Abgeordnete Desider Polónyi und andere Mitglieder der Andrassy- und der Vizonygruppe beruhigend ihnen entgegenwerfen. Im ganzen Saale hallt im Chorus der Protest: „Schurke! Verräter! Rump! Hinaus mit ihm! Hinaus!“ Auch Graf Stefan Tisza hat sich von seinem Platze erhoben, und im tosenden Lärm suspendiert der Präsident die Sitzung. Doch ist die Ruhe damit noch nicht hergestellt. Keilförmig drängen die Abgeordneten der Rechten, an ihrer Spitze die Abgeordneten Ludwig Szilághy und Felix Szinyei-Merse, gegen die äußerste Linke vor, und wie aus dem Grollen des Meeres dröhnt der Ruf: „Hinaus mit ihm! Hinaus mit dem Verräter!“ Immer näher rückt der Bloß der äußersten Linken, und die Abgeordneten Desider Polónyi, Gabriel Ugron und andere sind bestrebt, einen Zusammenstoß zu vermeiden. Doch die Beruhigungsversuche sind nichts. Man hört den Abgeordneten Szinyei-Merse auf die Ministerbank schlagen. Genugtuung fordern für die Beleidigung, die der Würde der Ehre des Hauses zugefügt hat. Man sieht den Minister Prinzen Bindisch-Gracy, von einer Gruppe umgeben, leichenblau, schreiend aus der Mitte des Saales auf die Bankreihe der Karolipartei hinstürzen, bis auf die Tribüne hört man die Protestkundgebung des Ministers: „Ein Ungar kann hier nicht dulden.“ Vergebens ist Gabriel Ugron bestrebt, dem Minister zu beruhigen. Immer leidenschaftlicher ruft er seinen Probest in den Saal und wiederholt diesen, schrittweise den Saal verlassend, noch von der Höhe der rechten Bankreihen, wo er seinen Protest dem ihm folgenden Abgeordneten Desider Polónyi ins Gesicht schreit.

Inzwischen sind die Lichter im Saale erloschen. Halbdunkel herrscht. In diesem Halbdunkel hört man nur ein einmütiges Brausen, wie aus der Tiefe eines sturmgepeinigten Sees. Diese Stille wird aber plötzlich wieder durchbrochen. Der Saal ist zur Hälfte leer. Denn der Sturm hat sich in die Wandelgänge verzogen.

Im halbleeren Saal tritt nun der Abgeordnete Baron Lébay in die Mitte des Raumes an den Tisch des Hauses. Allein dastehend, wendet er sich zur Karolipartei, der er zuruft:

— Wir werden den Grafen Michael Karolji hinausjagen. Wir werden ihn mit Ohrfeigen hinausjagen!

Leichenblau erhebt sich der Abgeordnete Johann Góvóny von seinem Sitz. Er tritt an den Tisch des Hauses, stellt sich vor Baron Lébay in Postur und spricht:

— Dann stirbst Du! Los! Komme! Dann stirbst Du!

Mehrere Abgeordnete treten dazwischen und wieder herrscht die gedrückte, durch stilles Grollen unterbrochene Ruhe im Saale.

Im der Pause fand noch eine Besprechung des Grafen Stefan Tisza mit dem Ministerpräsidenten statt.

Nach etwa einstündiger Pause eröffnet der Vorsitzende Vizepräsident Elemér v. Simoncsits wieder die Sitzung. Er tat es, indem er seinem tiefen Bedauern darüber Ausdruck verlieh, daß die Würde des Hauses durch den Zwischenruf des Abgeordneten Kovács schwer beleidigt wurde. Präsident verliest das

# Journal.

Er scheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.  
Redaktion und Administration:  
Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34.  
Telephon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 28—31.

## Ungarn und Oesterreich.

Die Tatsachen haben sich stärker erwie-  
sen als die mißglückten Ablenkungsversuche des  
amtlichen Demontierungsapparates: die Regie-  
rungskreise sowohl in Ungarn wie auch in Oester-  
reich ist zum Ausbruch gekommen und läßt sich  
weiterhin nicht in Abrede stellen. In Oesterreich  
soll, nach einer Meldung der heutigen Wiener  
Mittagsblätter, die allerdings noch einer amt-  
lichen Bestätigung bedarf, sogar die Ministerkrise  
ihre Lösung gefunden haben, indem die Demis-  
sion des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Huszar  
angenommen und Graf Silva-Tarouca mit  
der Kabinettsbildung betraut worden sein soll.  
Bei uns soll in der heute stattgefundenen Mi-  
nisterkonferenz das schriftliche Rücktrittsgesuch des  
Westerle-Kabinetts in aller Form ausgefertigt  
und unterzeichnet worden sein. Trotzdem sonach  
das Demissionsgesuch der ungarischen Regierung  
der Krone noch nicht unterbreitet wurde, erhält  
Geheimrat Dr. Ludwig Kásov die Mission, als  
homo regius die Kabinettsbildung vorzubereiten.  
Es wird also auch weiterhin mit der alten Scha-  
blone gearbeitet und es ist keine Spur zu er-  
decken, als ob man mit den gewaltig geänderten  
Verhältnissen rechnen und den furchtbaren Ernst  
der Zeit erfassen wollte.

Dann in Wirklichkeit handelt es sich jetzt nicht  
bloß um Regierungskrisen in den beiden Staaten  
der Monarchie, sondern um eine wahre Staaten-  
krise. Der konstitutionelle Aufbau der Monarchie ist  
insanken geraten, der Dualismus, dieser  
Grundstein des ganzen künstlichen Staatshauses,  
droht ausgehoben zu werden und es ist nur eine  
Frage von Monaten, vielleicht nur von Wochen,  
daß dieses Staatengebäude zusammenstürzt und  
eine fünfzigjährige, nicht ganz ruhmlose Ver-  
gangenheit unter seinen Trümmern begräbt. In  
Oesterreich ist die Krise allerdings viel ernster  
als bei uns. Dort steht nicht nur die Struktur der  
Monarchie in Frage, sondern man hat auch mit  
der naheliegenden Möglichkeit zu rechnen, daß der  
österreichische Staat selbst in seine Atome zerfällt  
und auf seinem Gebiete neue Staatenbildungen  
zu gewärtigen sind. Das Wilsonsche Schlagwort  
vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, welches  
den Kampf der Tschechen, Slowenen und Polen  
in so verhängnisvoller Weise schwellen ließ, ist  
neuerlich auch von den Deutschen Oesterreichs  
aufgegriffen worden. Die Führer der deutschen  
Parteien und neuestens kein geringerer als der  
Präsident des Reichsrates Dr. Schönerer erklären  
klipp und klar, daß die Deutschen Oesterreichs  
entschlossen sind, das Prinzip des Selbstbestim-  
mungsrechtes auch für sich in vollem Maße anzu-  
wenden und nicht hinter den übrigen Nationen  
zurückzutreten. Es wird sogar die Möglichkeit  
öffentlich diskutiert, daß nicht ein, sondern gleich  
drei deutsch-österreichische Staaten gebildet und  
sie, falls ihre Existenzmöglichkeit nicht gewahr-  
leistet wird, dem deutschen Staatenbund ange-  
gliedert werden sollen. Aber auch dann, wenn,  
wie der Vorkämpfer des österreichischen Zen-  
tralismus Professor Dr. Heinrich Friedjung be-  
merkt, die Suppe nicht so heiß gegessen als sie ge-  
kocht wird, unterliegt es keinem Zweifel, daß ein  
föderalisiertes Oesterreich, wie es den Wiener  
maßgebenden Kreisen vorschwebt und als die gün-  
stigste Lösung der österreichischen Staatskrise er-  
hofft wird, kein Kompositum sein kann, mit dem

11  
16  
138

nal

Stroße Roulers-Merin an Feindlichen Widerstand brechend, rückten die Truppen auf der ganzen Front beträchtlich vor, wobei sie die Ortschaften Sandzeme, Cortemard, Geets, St.-Joseph, Hooghebe, Beveren, Kumbelle, Beythem, Dudenie und den St.-Gloz-Winkel besetzten. Gegen Mittag nahmen die Franzosen die Stadt Roulers im Sturm. Weiter östlich rückten die Belgier kämpfend über zehn Kilometer weit vor, nahmen Heghem und erreichten die Zugänge von Senbeled, wobei sie zahlreiche Zivilpersonen besetzten. Ihr Vormarsch schwankt zwischen vier und zehn Kilometern. Die Flieger der Alliierten verrichteten sehr mühselige Arbeit. 6000 Gefangene sind bereits gezählt.

## Die Räumung auf dem Balkan.

### Der französische Generalstabbericht.

Bericht der Orientarmee vom 16. Oktober: Die serbischen Truppen setzten mit Unterstützung der alliierten Truppen die Befreiung ihres Gebietes fort. Griechische Streitkräfte nehmen an Ihren Operationen teil. Wir machen unsererseits Fortschritte in der Zurückgewinnung Ostmazedoniens, das von den Bulgaren geräumt ist. Bei den glänzenden Kampfhandlungen, die sie in den Besitz von Prizrend und Mitrovicha brachten, machten die französischen Truppen eine Anzahl von Gefangenen. Sie nahmen Lazarette in Besitz, in denen sich zahlreiche Kranke und Verwundete befanden, darunter der mit der Verwaltung Albanens betraute österreichisch-ungarische General. Sie erbeuteten außerdem bedeutende Depots und reichliches Eisenbahnmaterial.

## Der König von England über das Ende des Krieges.

London, 15. Oktober. (Meldung der Telegraphencompagnie.) Der König hat dem englischen Roten Kreuz 10,000 Pfund überwiesen. In einem Begleitschreiben sagt der König, daß, obwohl der Krieg bald zu Ende sein werde, so werde das Rote Kreuz den Betrag doch für seine Arbeiten nach dem Kriege benötigen.

## Bayern für die Reichseinheit.

München, 15. Oktober. Die liberale Fraktion der bayerischen Abgeordnetenkammer hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Kammer wolle erklären: Angesichts der schweren Zeiten, die dem deutschen Volk bevorstehen, legt die bayerische Volksvertretung Wert darauf, ein Zeugnis abzulegen für die unerschütterliche Einheit des deutschen Volkes und für seine feste Entschlossenheit, alles Schwere gemeinsam zu tragen. Die weitverbreitete Erbitterung über manche Erscheinungen des öffentlichen Lebens und der feste Wille, den Einfluß Bayerns innerhalb des Reichsganzen zu gebührender Geltung zu bringen, ändert nichts an dem Treueverhältnis, das unlösbar alle deutschen Stämme umschlingt. Alle Gerüchte über Bestrebungen, die angeblich in Bayern darauf hinausgehen, die Reichseinheit zu lockern oder ganz aufzuheben, verweist die bayerische Volksvertretung in das Gebiet grundloser landesverräterischer Erfindungen. Wie das bayerische Volk fest auf den Schutz des Reiches vertraut, so kann das Reich in Not und Gefahr zuverlässig auf Bayern und alle seine Stämme zählen.

München, 15. Oktober. Der bayerische Landtag wird morgen zu einer Sonder Sitzung zusammenkommen. Ministerpräsident v. Dandl wird in der morgigen Eröffnungssitzung die Stellungnahme der bayerischen Regierung zur gegenwärtigen politischen Lage darlegen, womit eine allgemeine politische Aussprache einleitet wird.

## Die ungarische Krise.

Nichtannahme der Demission des Kabinetts. Budapest, 15. Oktober. Wie „Magyar Eudosto“ von kompetenter Stelle erfährt, hat der Monarch die Demission des Kabinetts Welker nicht angenommen. Der Monarch ließ heute den in Wien weilenden ungarischen Ministerpräsidenten Doktor Alexander Welker zu sich berufen und teilte ihm mit, daß er die Demission der Regierung nicht annehme, da er von vollem Vertrauen zu ihr erfüllt sei.

## Die Selbständigkeit Ungarns.

Budapest, 15. Oktober. (Privattelegraph.) In der für morgen angesetzten Generalversammlung der Stadtvertretung von Budapest wird vor der Tagesordnung ein Beschlusstratrag zur Annahme gelangen, welcher lautet:

„Die Haupt- und Residenzstadt wendet sich mit einer Petition an das Abgeordnetenhaus, mit einer Aufforderung an sämtliche Municipalitäten. Sie wendet sich an die ungarische Nation und an alle Bürger des Reichs, daß die Sicherung der Gebietsintegrität des ungarischen Staates, die Einführung eines demokratischen Regimes, die Regelung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit des ungarischen Reiches in Einvernehmen mit dem Herrscherhause, die Sicherheit der Verbindung mit den Weltverkehrsmitteln der Meere überall und jedermann gegenüber mit einträchtigem Willen und zusammengefaßter Kraft gefordert wird.“

Außerdem wird auch ein Beschlusstratrag eingebracht werden, wonach die Regierung aufgefordert werden soll, alles auszubieten, um Ungarns Unabhängigkeit und mittels Aufhebung der Realunion mit Oesterreich den Uebergang zur Personalunion zu sichern.

## Absentierung der Kroaten von den Parlamentsitzungen.

Budapest, 15. Oktober. Wie „Telek Erteltto“ aus Agram meldet, sind die kroatischen Abgeordneten zur Teilnahme an der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nach Budapest nicht abgewest. Die Meldungen einzelner Blätter, wonach die kroatischen Abgeordneten in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Deklaration verlesen würden, sind also hinfällig.

## Bertragung der Krise in Oesterreich.

Wie schon im gestrigen Morgenblatt gemeldet, dürfte die Lösung der Kabinettskrise in Oesterreich eine weitere Verschiebung erfahren, bis die politische Situation insoweit geläutert sein wird, daß sich ein einigermaßen verlässlicher Ausblick auf die künftige Gestaltung der Dinge eröffnen wird. In parlamentarischen Kreisen wurde gestern der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Kabinett Tuffarell die Geschäfte jetzt weiterleiten und erst dann zurücktreten werde, bis die Durchführung der einen oder der andern Kombination, die jetzt ins Auge gefaßt war, sich als nützlich erweisen wird. Der Widerstand der Tschechen und Südslaven einerseits und der deutschen Sozialdemokraten andererseits schließt gegenwärtig die Berufung eines parlamentarischen Ministeriums aus, und im Hinblick darauf wird angenommen, daß in der Zusammenkunft des Kabinetts bis auf weiteres keine Änderung eintreten werde.

## Die Delegationen.

Die Delegationen sind wieder zusammengetreten und sind eigentlich schon wieder nicht versammelt, da die ungarische Delegation sich bereits gestern verlagert hat. Die jetzige Session ist nur der Anschluß an die im Dezember des Vorjahres nach Wien einberufene Delegationskonferenz, und in diesem Falle gebührt der ungarischen Delegation der Vorrang für die Entgegennahme des Exposés des Ministers des Außern. Seit der letzten Tagung ist ein Personalwechsel auf dem Balkanplatz eingetreten. Wie noch Graf Burian in die Lage kam, gestern seine Darlegungen vorzubringen, nahm Graf Michael Karolhi das Wort, um unter Mitbenutzung der Geschäftsordnung eine Anzahl von Dingen vorzubringen, die er seit einigen Tagen bereits als Agitationsmittel verbreiten ließ. Wüßte man nicht, das Graf Michael Karolhi ein ganz seltsamer Eigenbrötler ist, der sich aber durch einige Tage zur Leitung des ungarischen Staates berufen fühlt, man wäre versucht zu glauben, daß die Entente, und zwar die Entente in ihrem der Monarchie feindseligsten Teile, gerade ihn erwählt hätte, sein Mandat als Delegierter auszuüben, also ein Mandat, das auf der Rechtsgrundlage des qualitativen Bestandes der Monarchie beruht. Er vernüht dieses Mandat dazu, um die schwersten Unwirsse gegen die Monarchie und überdies die heftigsten Ausfälle gegen Deutschland vorzubringen.

Wenn wir die Rede des Grafen Michael Karolhi wiedergeben, so geschieht es, um sie niedriger zu hängen. Ministerpräsident Dr. Welker hatte eigentlich leichtes Spiel, wenn er sich gegen die Ausführungen des Grafen Karolhi wendete. Insbesondere verwies er ihn und alle andere, welche diese gemeinsamen Institutionen zu den Toten werfen wollen, mit Recht auf die sommerkare Tatsache, daß heute diese Einrichtungen, insbesondere die Delegationen, geschäftlich zu Kraft bestehen, und so lange dies

der Fall ist, trotz aller Untriebe und „Rechtsverwehungen“ als geschäftliche Einrichtung geachtet werden müssen. Es wäre schief bestellt um die politische Einheit Ungarns, wenn Graf Michael Karolhi sich als Sprecher des Landes aufspielen dürfte.

Nachstehend die Berichte:

## Ungarische Delegation.

Der auswärtige Ausschuss der ungarischen Delegation hielt gestern nachmittags 4 Uhr unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Magnatenhausmitgliedes Albert v. Berzeviczy eine Sitzung.

## Die Ansprache des Präsidenten.

Präsident Albert v. Berzeviczy begrüßte die Erschienenen und verwies darauf, daß der auswärtige Ausschuss am 6. Dezember vorigen Jahres seine letzte Sitzung gehalten hat. Das damals unterbereitete Exposé des Ministers des Außern ist durch die später eingetretenen Weltereignisse vollständig überholt. Heute, da der Ausschuss wieder zusammentritt, muß jeder mann empfinden, daß die im Geschäftsartikel 12 vom Jahre 1867 niedergelegten staatsrechtlichen Grundlagen der Delegationsinstitution — nicht infolge unfres Fehlers — stark erschüttert sind.

Seit der jüngsten Sitzung des auswärtigen Ausschusses ist in der Person des Ministers des Außern ein Wechsel eingetreten. Obwohl Graf Ottokar Czernin nicht mehr hier ist, müsse Redner der Neuerungen gedenken, die Graf Czernin am 2. April gemacht hat und in denen er die in Verteidigung der Dynastie und der Monarchie an dem Tag gelegte muttergöttliche Opferbereitschaft und Treue der ungarischen Nation in so warmen und begeisterten Worten anerkannte. Gleichzeitig hat er die auf die Verstärkung unfres Vaterlandes gerichteten tollkühnen und die das Interesse der Monarchie untergraben den Bestrebungen, die heute in dem andern Staate der Monarchie bereits sozusagen ohne Widerspruch sich offenbaren können, mit so scharfen Worten verurteilt, wie wir dies von einem nichtungarischen Staatsmann noch niemals gehört hatten.

## Die Rede des Grafen Karolhi.

Vor der Tagesordnung ergriff Graf Michael Karolhi das Wort und begann mit dem Plak: Begraben komm' ich Csarn, nicht ihn preisen. Dieser Plak, sagte er, kann für und kein verfassungsmäßiges Forum mehr sein, sondern bloß eine Tribüne, von wo wir zu den Bänkern der Welt sprechen können. Graf Stephan Burian war zweimal Minister des Außern während des Weltkrieges, und niemals hielt er es für notwendig, die Delegation einzuberufen, nur jetzt, da das ungarische Volk laut seinen Willen verkündet, das vollständig unabhängige, freie und selbständige Ungarn fordert und von der überlebten Einrichtung der Delegation nichts mehr wissen will. Das ist ein Faustschlag ins Gesicht der ungarischen Nation, und die Einladungen zur Delegationskonferenz konnten nur in Begleitung einer Parteiausgabe werden.

Die Unabhängigkeitsparteien haben gegen die Einrichtung der Delegation stets Stellung genommen. Diese Institution hat so schlecht funktioniert, daß ihr und der gemeinsamen Diplomatie der Sturz der Monarchie zugeschrieben werden muß.

## Der serbische Krieg.

Der serbische Krieg wurde von unsrer auswärtigen Regierung provoziert (Widerspruch) mit jenem Ultimatum, das ein auf seine Selbständigkeit eifersüchtig bedachter Staat nicht annehmen durfte. (Widerspruch. Delegierter Vermeß: Man hat den Thronfolger ermordet.) Seit der Annexion wüßte jedermann, daß es nur eines Funkens bedarf, und wir haben den Weltkrieg. Trotzdem kam man mit dem Annemärchen, daß wir über den Inhalt des Ultimatus mit Deutschland gar nicht verhandelten.

## Die Enthüllungen des Herrn Mühlön.

Daß dem nicht so war, geht aus den Daten hervor, die der gewesene Direktor der Kruppwerke, Herr v. Mühlön (diese Enthüllungen wurden bereits von Herrn v. Mühlön, nachdem er den Direktorposten verlassen hatte, in der Schweiz gemacht und in der Ententepresse lebhaft besprochen. Von deutscher Seite erfolgte damals ein entschiedenes Dementi. A. d. R. dem Redner zur Verfügung gestellt hat. Danach hat Herr von Mühlön Mitte Juli 1914, keinesfalls nach dem 15. Juli, mit Helferlich gesprochen, der ihm sagte, in einer Zusammenkunft, der auch der deutsche Kaiser anwohnte, haben die Oesterreicher — offenbar die österreichischen Diplomaten — mit dem deutschen Kaiser und den deutschen Politikern den Text des Ultimatus besprochen. In dieser Konferenz war der damalige Staatssekretär des Auswärtigen von Jagow nicht zugegen. Der deutsche Kaiser habe gesagt, er werde zeigen, daß er keine schwache Puppe ist und daß er der ganzen Welt Schrecken einjagen wird. (Weiterlekt.) Redner bespricht, daß in einigen Tagen Ereignisse eintreten werden, die keinesfalls Anlaß zur Weiterleit geben dürften. Jagow habe zu Mühlön gesagt, er habe auf Wunsch des deutschen Kaisers an der Konferenz nicht teilgenommen, damit man dem Auslande sagen könne, an der Abfassung

## Oesterreich-Ungarns Schicksalszeit.

Während die Truppen der Donaumonarchie noch im Felde liegen, um den Bestand ihres Vaterlandes gegen den Ansturm der Feinde zu verteidigen, durchwühlen das Innere des Landes Kämpfe, die das Reich von innen auseinanderzureißen drohen. Die Nationalitätenfrage, die alle Schicksalsfrage Oesterreich-Ungarns, unter der die Länder jetzt ein halbes Jahrhundert geklitten haben, die ihre Entwicklung gehemmt und ein Erstarken verhindert hat, hat ihr Haupt so drohend erhoben wie nie zuvor. Vergebens stimmen die besten Köpfe darüber, wie sie ihrer Herr werden sollen. Der Kaiser empfängt Vorurtheile, um deren Anregungen entgegenzunehmen, die Minister ratschlagen, die Parteiführer debattieren. Ueber allem dem aber klaffen die Risse, die Volk und Land durchziehen, täglich breiter auseinander, so daß man läßt man den Schein sprechen, vor einem völligen Auseinanderfall der einst so stolzen, im Schutze des alten Deutschen Reiches wohlbehüteten deutschen Ostmark zu stehen meint. Ein entscheidender Tag schien vor allem der letztvergangene Montag zu werden. Zu ihm hatte der tschecho-slowakische Rat in Prag einen allgemeinen Streik gegen die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Böhmen angefangt. Alle Betriebe sollten stillgelegt werden. Selbst in den Konzertsälen, Theatern, Kinos und Vergnügungsorten, in den Redaktionen und auf der Straßenbahn sollte die Arbeit eingestellt werden. Alles bis auf den notwendigsten Verkehr und Sicherheitsdienst sollte ruhen, als ein einheitlicher tschechischer Protest dagegen, daß die reiche Kornkammer Böhmens den notleidenden deutschen Industriebezirken Nahrungsmittel zuführen müsse. Die umfassendsten Vorbereitungen dagegen waren ergriffen, da man hinter dem Proteststreik den Versuch vermutete, die tschecho-slowakische Republik auszurufen und, gestützt auf die feiernden Massen, durchführen zu wollen. Doch scheinen die Befürchtungen zu weit gegangen zu sein, der Streik verlief in Ordnung. Die Proklamierung der tschecho-slowakischen Republik aber erfolgte doch, allerdings nur durch namenlosen und deshalb wertlosen Anschlag an den Anschlagssäulen. Immerhin war der Tag mit seiner das ganze Land durchzitternden Unruhe ein Beweis dafür, wie sehr heute alles in der Doppelmonarchie auf des Messers Schneide steht.

Ausgangspunkt der jetzigen, das Reich an den Abgrund treibenden Wirren ist das leidenschaftliche Selbständigkeitsstreben der tschechischen Volkskräfte, die rücksichtslos die Ueberlieferungen einer gemeinsamen mehrhundertjährigen Geschichte hintanzusetzen, um von der verhassten Verbindung mit den Deutschen loszukommen. Sie fühlten sich schon bei Ausbruch des Krieges als Slaven, den Russen so viel näher als den österreichisch-ungarischen Landsleuten, daß sie weithin mit jenen gemeinsame Sache machten, um jetzt in den tschecho-slowakischen Regionen noch zu Hunderten gegen ihr österreichisches Heimland zu kämpfen. Sie nahmen zwar vom Kaiser Karl die Begnadigungen ihrer der Vaterlandsverräterischen Machenschaften wegen verurteilten Landsleute an, aber ohne sich in ihren Umtrieben etwa durch Dankbarkeit dafür lösen zu lassen. Vollends erhoben sie lähn und trotz ihr Haupt, als das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker zur Herrschaft erhoben wurde, als die Entente sie als ihre erklärten Lieblinge ausrief und Willen sie mit der Anerkennung des tschecho-slowakischen Staates bereits zu besonderer Staatlichkeit zu erheben versuchte. Seitdem gibt es für ihr Machbewußtsein, aber auch für ihre Umtriebe gegen den österreichischen Staat keine Grenze mehr. Sie haben dem Kaiser am Abend durch ihre Vertreter erklärt, daß sie eine Selbständige Nationalität in selbständige Nationalitätenstaaten anstreben, die dann vielleicht ihre gemeinsamen Angelegenheiten beraten könnten. Selbstverständlich, daß sich ihnen gegenüber auch die von ihnen beschiedenen Deutschen zur Wehr setzen.

Sie haben jetzt klar und nachdrücklich auch für sich das Selbstbestimmungsrecht ausgerufen und wollen, wenn die Wiener Arbeiterzeitung ihre Gedanken recht wiedergibt, die Bildung von drei deutsch-österreichischen Staaten, eines innerösterreichischen, eines deutsch-böhmischen und eines schlesisch-nordmährischen Staates anstreben. Diese deutschen Staaten sollen dann mit dem tschechischen, südslawischen und ungarischen Staat einen Staatenbund bilden oder aber, wenn dieser von den anderen abgelehnt wird, sich dem Deutschen Reich anschließen. Gleichzeitig bestimmen die Polen ihre Ansprüche dahin, daß die polnische Nationalversammlung ihr Schicksal bestimmen soll. Sie fühlten sich jetzt schon über die Landesgrenzen hinweg dem aus dem russischen Trümmerhaufen neugebildeten polnischen Staat so sehr zugehörig, daß sie einer Einladung des Regentschaftsrates in Warschau zu einer gemeinsamen polnischen Nationalbesprechung in Krakau in diesen Tagen folgten, die ihnen eigentümlicherweise sogar durch Vermittlung der österreichisch-ungarischen Regierung zugestellt wurde. Die Ukrainer verlangen einen ukrainischen, die Südslawen in Kroatien, Bosnien, Dalmatien und der Herzegowina ihren südslawischen Staat; ja, selbst die Juden Oesterreichs haben die Forderung nach einer besonderen Staatlichkeit im Lande aufgestellt. Also mehr Sonderbestrebungen, als ein Staatsbau ertragen kann.

Um aber das Maß der Sorge in Wien überwelt zu machen, hat jetzt auch Ungarn Trennungsaussichten bekundet. Von mahabender Stelle. Kein anderer als der Ministerpräsident Dr. Berek hat sich zu ihrem Wortführer gemacht, indem er betonte,

dadurch, daß Böhmen sich vom österreichischen Staate losreiße und einen Separatstaat bilden wolle, daß aber die österreichische Staatsmacht keine Kraft mehr habe, diesen Bestrebungen entgegenzutreten, sei die Stellung Ungarns zu Oesterreich von Grund auf verändert, da der neue föderalistische österreichische Staatenbund nicht mehr das alte Oesterreich sei, mit dem Ungarn im Jahre 1867 sein Staatsverhältnis eingegangen ist. Deshalb sei die Zeit gekommen, um die ungarischen nationalen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die ungarische Landesverteidigung unabhängig von Oesterreich zu sichern und als einziges Land noch die Person des Herrschers beizubehalten. Dem so von Trennungsaussichten bewegten Ungarn sieht aber selbst der Stachel im Fleisch, da ihm wieder die Siebenbürger die aus dem Selbstbestimmungsrecht entstehenden Forderungen angemeldet haben.

Die österreichisch-ungarische Staatsmaschine unter diesem Auseinanderstreben aller Teile wenigstens so recht im Gang zu erhalten, wie es zur Abwicklung der laufenden Geschäfte nötig ist, ist wahrhaftig keine geringere Arbeit, als die endgültige Lösung dieses verwickelten Nationalitätenproblems zu finden.

Beides gleicht der Aufgabe der Quadratur des Kreises. Da sich an belidem die Führenden der Regierung die Köpfe vergebens zermartern, jagt ein Gerücht vom Rücktritt der verantwortlichen Minister und Ministerpräsidenten das andere, aber nur in der unzweifelhaften Gewißheit, daß die neuen Männer sich alsbald wieder am Ende ihres Könnens sehen und deshalb zum Abgehen reif sein würden. Das Erschwerende der Lage ist, daß die gegeneinander Stehenden in dem Jahrzehnte währenden Kampf sich so fremd geworden sind, daß sie sich nicht mehr verstehen können und nicht auf ein Gemeinsames Bestimmen wollen. Deshalb trat der als neuer Ministerpräsident Oesterreichs jetzt bereits genannte Ackerbauminister Sylvester Turoczi die Regierung gar nicht erst an, weil sein eine gegenseitige Verständigung voraussetzender Regierungsplan an dem Widerspruch der Eigenwilligen doch gescheitert wäre. Deshalb gab man den Gedanken an ein aus allen Nationalitäten gebildetes Koalitionsministerium alsbald wieder auf und nahm seine Zuflucht zu dem Plan eines national ganz farblosen Ministeriums, gebildet aus von allen geachteten, unbelasteten Persönlichkeiten, dem vielleicht nationale Beiräte zur Seite gestellt werden können. Wie aber soll ein solches farbloses und deshalb von keiner Seite gestütztes Ministerium das Gewicht und die Autorität erhalten, die zur Behauptung der Führung bei der Entwicklung so komplizierter, leidenschaftlich umtobter Fragen notwendig ist? Zur Stunde hat man deshalb dieses Schattenministerium noch nicht ins Dasein gerufen, vielmehr Husarek und Bekerle die Zügel der Regierung der Doppelmonarchie belassen. Wünschen aber wird man der allen deutschen Östmark, daß die Verständigten unter den streitenden Nationen sich noch, ehe es zu spät ist und alles auseinanderfällt, darauf besinnen, daß schon um des wirtschaftlichen Fortschrittes willen ein Zusammenhang und Ueberbrücken der Gegensätze unter den aufeinander Angewiesenen notwendig ist.

Das Bestimmen auf das Gemeinsame läge für alle bisherigen Angehörigen der Donaumonarchie um so näher, als über ihr die Kriegswirren wie ein Damoklesschwert hängen. Der gemeinsame Minister des Außeren, Graf Burian, hat seine Entlassung eingereicht in demselben Augenblicke, da die Wilsonsche Note das Friedensangebot beantworten soll. Ihr Inhalt ist noch nicht bekannt. Unzweifelhaft aber birgt sie große Gefahren in sich. Ihnen zu begegnen, ist ein zerrüttetes Oesterreich-Ungarn außerstande. Was das für Deutschland bedeutet, liegt auf der Hand, zumal nach dem Abfall Bulgariens und den Niederlagen der Türkei. So müssen wir mit großen Sorgen nach Osten und Südosten blicken.

\* \* \*

17/X. 1918

**Beratung des deutschnationalen Leitungs-**

**Ein Verfassungsmanifest des Kaisers.**

**Ueber die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat.**

Wien, 16. Oktober.

Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat heute den Obmännern der Parteien des Abgeordnetenhauses mitgeteilt, daß eine Proklamations unmittelbar bevorstehe, mit welcher die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat eingeleitet werde. Die Völker Oesterreichs sollen sich auf Grund ihres von der Krone verbürgten Selbstbestimmungsrechtes auf ihren Siedlungsgebieten als nationale Staaten einrichten. Der Plan, nach welchem dabei vorgegangen wird, ist ungefähr folgender:

Die Abgeordneten der einzelnen Nationen würden sich als sogenannte Nationalversammlungen oder Nationalräte konstituieren. Diese Nationalversammlungen hätten die Aufgabe, 1. die Bildung der nationalen Staaten vorzubereiten, 2. die gemeinsamen Zusammenhänge zwischen den einzelnen nationalen Staaten festzustellen. Aus diesem Grunde hätten die Nationalversammlungen mit der Regierung in Verhandlungen zu treten und die Ausarbeitung neuer Verfassungsgesetze zu besorgen. Bis zum Insebetreten der neuen Staaten führt die Regierung die Geschäfte weiter. Die Regierung hätte alles zu unternehmen, was eine Annäherung zwischen den nationalen Staaten fördern kann, und hat im übrigen die Aufgabe, den Uebergang aus dem bestehenden Rechtsstaate in den künftigen Bundesstaat vorzubereiten. Die Regierung wäre nicht befugt, in die Beschlüsse der Nationalversammlungen einzugreifen. Die Proklamations wird es als wünschenswert bezeichnen, daß Vertrauensmänner aus allen Nationen in die Regierung eintreten, sozusagen als Bindeglieder, und dann auch zu dem Zweck, um die Durchführung der Umgestaltung überwachen zu können.

In der Proklamations soll die Errichtung von vier nationalen Staaten vorgesehen sein, und zwar eines deutschösterreichischen, eines tschechischen, eines südslawischen und eines ukrainischen Staates. Den Polen wird die Freiheit ihrer Entschlüsse vorbehalten. Trieste soll eine Sonderstellung erhalten, die wahrscheinlich in der Reichsunmittelbarkeit gedacht ist. Die bosnisch-herzegowinische und die rumänische Frage bleiben mit Rücksicht auf Ungarn offen. Die Integrität Ungarns wird durch das Manifest nicht berührt. Der Anschluß Deutschböhmens an Deutschösterreich ist vorgesehen. Für die Regelung der territorialen Grenzen werden Kommissionen eingesetzt werden. Als Grundlage wird die Reichsratswahlordnung angenommen werden. Die zur Durchführung bestimmte Regierung wird nach den Beschlüssen der Nationalversammlungen entsprechende Gesetze über die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat einbringen. Das kaiserliche Manifest, in welchem diese Umwandlung angekündigt wird, dürfte morgen abend erscheinen.

**Die Geschichte der Bundesstaatenidee.**

Die Idee, Oesterreich in einen Bundesstaat mit einem kaiserlichen Manifest anzukündigen, stammt aus deutschen Abgeordnetenkreisen. Sie sollte die Grundlage für ein Völkerministerium abgeben, welches die Neugestaltung Oesterreichs vorzubereiten hätte. Die ursprüngliche Idee ging weiter als der gegenwärtige Plan. Es wurde ursprünglich auch bereits mit Nationalregierungen gerechnet. Ebenso mit Nationalversammlungen im weiteren Sinne. Mit der Ausführung des Planes sollte Graf Silva-Tarouca betraut werden. Die am Samstag stattgefundenen Audienzen von Parlamentariern beim Kaiser stehen mit diesem Plan in Zusammenhang. Nach dem Ergebnis dieser Audienzen konnte an die Bildung eines Völkerministeriums nicht gedacht werden. Nunmehr hat Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek den bereits als erledigt gegoltenen Plan mit einigen Abänderungen wieder aufgenommen. Von Nationalregierungen ist darin vorläufig nicht die Rede. Die Nationalversammlungen sind im wesentlichen als die Gesamtheit der Reichsratsabgeordneten je einer Nation zu be-

trachten. Der ganze Umwandlungsprozeß würde sich auf dem Boden des Parlaments abspielen. Dazu kommt, daß die Abgeordneten der einzelnen Nationen heute bereits zumeist ohnehin in gemeinsamen Verbänden vereinigt sind. Es besteht bereits der Verband der tschechischen Parteien, der Südslawenklub, der Klub der ukrainischen Abgeordneten und der Polenklub. Bei den deutschen Parteien haben die letzten gemeinsamen Beratungen der gesamten deutschen Abgeordneten ebenfalls Anlässe zu einem solchen Verband geliefert. Diese nationalen Verbände würden sich nach dem vorliegenden Plan einfach als Nationalversammlungen oder Nationalräte organisieren. Diese Nationalversammlungen hätten dann das Recht, zu ihren Beratungen auch außenstehende Persönlichkeiten zuzuziehen, allerdings nur mit beratender Stimme. Beschlüsse könnten nur von den Abgeordneten allein gefaßt werden.

**Der Eindruck im Abgeordnetenhaus.**

In den Mittagsstunden wurde bekannt, daß Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek im Laufe des Nachmittags die Obmänner der Parteien des Abgeordnetenhauses einzeln empfangen werde, um ihnen das kaiserliche Manifest, mit welchem die Umwandlung Oesterreichs eingeleitet wird, anzukündigen. Die Empfänge der Obmänner beim Ministerpräsidenten dauerten den ganzen Nachmittag hindurch bis in die Abendstunden. Das Ergebnis der Aufnahme, welche die Mitteilungen des Ministerpräsidenten bei den Parteien gefunden haben, läßt sich im folgenden feststellen:

Die deutschen Parteien haben die Mitteilungen des Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen. Der Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien Professor Waldner erstattete den in Wien anwesenden deutschen Abgeordneten sofort Bericht und hat für morgen eine gemeinsame Besprechung aller deutschen Parteien einberufen. Zu dieser Einberufung ist Professor Waldner in der letzten gemeinsamen Besprechung das Mandat erteilt worden.

Die Tschechen haben der Einladung des Ministerpräsidenten überhaupt nicht Folge geleistet. Das Präsidium des Verbandes der tschechischen Parteien richtete als Antwort an den Ministerpräsidenten folgenden Brief:

„Gute Erzellenz! Es ist uns die Ehre zuteil geworden, zu Eurer Erzellenz für heute abend eingeladen zu werden. Dem Vernehmen nach sollte uns Mitteilung über den Umbau Oesterreichs in einen Bundesstaat gemacht werden. Aus Gründen, die Eurer Erzellenz bekannt sind, können wir einer solchen Lösung des czecho-slowakischen Staates nicht zustimmen und ersuchen, unser Nichterscheinen zu entschuldigen.“

Das ist eine deutliche Absage. Die Tschechen beharren auf ihrem Standpunkt, daß zuerst der von ihnen gewünschte czecho-slowakische Staat selbständig errichtet werden soll und daß sie erst nach Errichtung des czecho-slowakischen Staates mit den übrigen nationalen Staaten in Verhandlungen eintreten. Es ist das derselbe Standpunkt, den das Präsidium des Tschechischen Verbandes bereits am Samstag in der Audienz beim Kaiser vertreten hat.

Die Südslawen haben der Einladung des Ministerpräsidenten Folge geleistet. Der Obmann des Südslawenklubs Abgeordneter Dr. Korošec ist abends beim Ministerpräsidenten erschienen. Unmittelbar nach dieser Besprechung fand jedoch eine Konferenz zwischen den in Wien anwesenden südslawischen und tschechischen Abgeordneten statt, über welche nur so viel verlautbart wurde, daß eine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen erfolgt sei und daß die gemeinsamen Besprechungen morgen fortgesetzt werden. Das bedeutet wohl nicht weniger, als daß auch die Südslawen eine Absage vorbereiten.

Die ukrainischen Abgeordneten haben unmittelbar nach ihrer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten offiziell erklärt, daß sie mit dem Plane nicht einverstanden sind, weil er über ihre Forderungen nichts

Konkretes enthalte und nur allgemeine Richtlinien aufstelle. Auch die Ukrainer behalten sich vor, dazu Stellung zu nehmen und ihre speziellen Wünsche zu formulieren.

Die Polen konnten nicht eingeladen werden, da das Präsidium des Polenklubs gegenwärtig in Warschau ist. Im übrigen sind die Polen durch den Umwandlungsplan nicht berührt, da ihnen freie Hand vorbehalten wurde, ihre Entschlüsse aber ohnehin längst bekannt sind. Sie fühlen sich bereits als Mitglieder des neu zu entstehenden polnischen Staates. Die Rumänen sind mit Rücksicht auf Ungarn ebenfalls ausgeschaltet. Von den Italienern ist überhaupt nicht die Rede.

Der Gesamteindruck ist daher der, daß die Mitteilungen des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hussarek eigentlich keine Partei befriedigt, dafür aber bei den meisten Parteien Anstoß erregt haben. Eine Absage der Tschechen und Südslawen ist bereits heute mit Sicherheit zu erwarten. Wie unter solchen Umständen der Umgestaltungsplan durchgeführt werden soll, erscheint zweifelhaft.

Als vorläufiges Ergebnis ist anzusehen, daß die Regierungskrise vorderrhand beigelegt gilt. Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek hat über Befragen selbst einigen Abgeordneten mitgeteilt, daß von einer Regierungskrise nicht die Rede sei. Damit soll gesagt sein, daß Freiherr v. Hussarek die Aufgabe übernommen hat, den oben skizzierten Umwandlungsplan auf Grund der bevorstehenden Proklamations durchzuführen.

**Der Bundesstaat aus vier Staaten.**

**Ein deutscher, ein tschechischer, ein südslawischer und ein ukrainischer Staat.**

Wien, 16. Oktober.

In einem kaiserlichen Manifeste soll die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat eingeleitet werden, der sich aus einem deutschen, einem tschechischen, einem südslawischen und einem ukrainischen Staat zusammensetzen soll. Die Einteilung dieser Staaten soll der Wahlkreiseinteilung für die Reichsratswahlen folgen. Bei den Siedlungsverhältnissen der Oesterreich bewohnenden Volksstämmen wird es erheblichen Schwierigkeiten begegnen, die Grenzen für die nationalen Staaten festzusetzen. Die Reichsratswahlbezirkseinteilung ist aber auf dem Grunde aufgebaut, daß möglichst national einheitliche Kreise gebildet werden. Ein anderes Prinzip wurde in Mähren befolgt, wo sowohl die deutsche wie die tschechische Wählerschaft in einen Kataster aufgenommen wurde und selbständig wählte, sowie in Ostgalizien, wo Doppelmandate eingeführt wurden. In Böhmen sind 75 Wahlbezirke mit überwiegend tschechischer und 54 Wahlbezirke mit überwiegend deutscher Bevölkerung geschaffen worden. Neben Deutschböhmen müßten zum deutschen Staate gehören Teile Mährens und Schlesiens, ferner Nieder- und Oberösterreich, Salzburg und Brixental sowie die deutschen Gebiete Steiermarks, Kärntens und Tirols. Im Süden wäre die Grenze gegen den südslawischen Staat eine Linie südlich von Villach und Klagenfurt vielleicht längs der Drau. Die Grenze des ruthenischen Staates gegen Galizien würde etwa der San bilden.

Nach der Einwohnerzahl würde auf Grund der Volkszählung vom Jahre 1910 der deutschösterreichische Staat insgesamt 9.600.000 deutsch sprechende Bewohner zählen. Der tschechische Staat würde in Böhmen 4.242.000, in Mähren 1.869.000, in Schlesien 180.000 Tschechen, insgesamt also 6.291.000 Tschechen aufweisen. Im südslawischen Staat würden insgesamt 2.032.000 Slowenisch und Serbisch-Kroatisch sprechende Bewohner leben. Davon würden entfallen auf Steiermark 410.000, auf Kärnten 82.000, auf Krain 491.000, auf das Küstenland 438.000, auf Dalmatien 611.000. Der ruthenische Staat im Osten von Galizien würde 3.210.000 Ruthenisch sprechende Bewohner umfassen.

17. IX. 1918

## Sie wittern „Morgen“-Luft.

Von Prof. Dr. Benno Zmendorf.

Als Friedrich der Große nach der Schlacht bei Zorn-dorf einen Haufen gefangener Russen seinem Stabe vorführen ließ, sprach er dabei die Worte: „Sehen Sie, meine Herren, mit solchem Gefindel muß ich mich herum-schlagen.“ Er meinte damit aber nicht die Gesinnung des geschlagenen Feindes, sondern nur den tieferen Kulturstand. Aber das deutsche Volk in Oesterreich ist heute in der Lage, sich, nicht im Felde, sondern an der inneren Front mit Gefindel in sittlicher Bedeutung des Wortes herum-schlagen zu müssen, mit den Vertretern einer Gesinnung, die unter dem Deckmantel, daß sie die wahren Belange des deutschen Volkes allein zu wahren wissen, nichts anderes bezweckt als alle nationalen Ziele des deutschen Volkes verächtlich zu machen. Während des Krieges ist eine ganze Drachensaat von Mäthern aufgegangen, die diesem edlen Zweck dient. Die Herren, die hinter diesen giftigen Preherzeugnissen stehen, die eine Seuche politischer Irreführung verbreiten, schlimmer und verhängnisvoller als die spanische Grippe, mittern „Morgen“-Luft im Sinne eines ihrer widerlichsten Heftblätter. Gerade jetzt aber gilt es, diesen Bestrebungen aller Orten und überall mit größter Schärfe entgegenzutreten, denn hier hilft keine Vogelstraußpolitik, kein Totschweigen und es wäre verfehlt, sich darüber zu täuschen, daß diese Presse in Massen gekauft und gelesen wird, daß sie größeren Einfluß auf breite Schichten des Volkes übt, als dessen gesunde Entwicklung verträgt.

Die letzte Wendung unserer innerpolitischen Verhältnisse, die es endlich dahin gebracht hat, daß man sich auch in den führenden Kreisen der deutschen Parteien zur Erkenntnis durchgerungen hat, daß an die Stelle der bisherigen reinen Staatspolitik die des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zu treten hat, erfüllt die Wiener Tauchspritzenpresse offenbar mit einer Wut, deren Ursprung in einer gewissen Besorgnis gelegen ist, daß nun doch noch das deutsche Volk, sozusagen in zwölfter Stunde zur Einsicht kommen könnte, daß es ein Selbstbestimmungsrecht nicht nur Slaven und anderen offenen nationalen Gegnern gegenüber in Anspruch nehmen könnte, sondern auch jenen gegenüber, die, obgleich selbst durch keinerlei Beimischung deutschen Blutes dazu berechtigt, das Schicksal des deutschen Volkes nach ihrer Weise bestimmen wollen. Den reinsten, besser wohl den schmutzigsten Ausdruck dieser Wut finden wir im Wiener „Morgen“ vom 14. Oktober. In einem Aufsatz „Die Schuldigen“ wird hier gegen die „Deutschbürgerlichen“ in Haus und Wogen der Vorwurf erhoben, daß sie an dem maßlosen Anschwellen der slavischen Ansprüche und den jede Rücksicht auf den Gesamtstaat beiseite lassenden Sonderbestrebungen der Slaven die Schuld tragen. Der mit A. K. gezeichnete Verfasser der trübseligen Abhandlung macht sich die Sache leicht. Er rechnet mit Lesern, die nicht in der Lage sind, ernsthafte Kritik an seinem Geschrei zu üben und insbesondere die geschichtliche Sonde daran zu legen. Mit einer verblüffenden Oberflächlichkeit läßt er denn auch alle tieferen Gründe für die Entwicklung der Dinge, wie sie heute geworden ist, beiseite und behauptet kühn und frech, die „Deutschbürgerlichen“ seien Falscher des Staatsbildes, sie seien in Phrasen und falschen Vorstellungen befangen, sie seien nicht Gewählte des Volkes, sondern der Phrase, sie seien schließlich allein schuld daran, daß das Parlament im Kriege lange Zeit brach lag, daß die Slaven, die Vertreter der Wirklichkeit, nun siegreich auf den Plan träten usw. Die ganze Anklage läuft schließlich darauf hinaus, daß die deutschbürgerlichen Führer samt und sonders den „demokratischen und geistigen Kräften“ Oesterreichs Platz zu machen hätten. Nun ist in dieser ganzen Darlegung nicht das das Empörende, daß der bisherigen Politik der deutschnationalen Parteien Vorwürfe gemacht werden, sie war gewiß nicht fehlerlos und man sagt sich dies in ihren eigenen Reihen selbst, kann dies auch nur so eher tun, als es selbstverständlich ist, denn wäre die bisherige deutsche Politik schlechthin fehlerlos gewesen, hätte sie eben Uebermensürliches geleistet, abgesehen davon, daß es in keinem Reiche der Erde so schwer möglich war und ist, eine auf richtiger Voraussicht aufgebaute Politik zu treiben, wie eben in Oesterreich, dem klassischen Lande der Ueberraschungen und der Unwahrscheinlichkeiten.

Das Empörende in den Ausführungen des „Morgen“ ist, neben dem ordinären Tone (ein deutsches Wort wäre zu gut), die gewollte Einseitigkeit der Darlegung, die absichtlich im Leser die Vorstellung wachhalten will, daß die Deutschen es jederzeit in der Hand gehabt hätten, ihre Politik anders einzustellen, daß dem Leser verschwiegen wird, daß unter den Kräften, die zu der heutigen politischen Lage in Oesterreich geführt haben, die in manchen Beziehungen sicherlich verfehlt deutsche Politik — dies einsehen, heißt es besser machen wollen — lediglich ein Faktor unter vielen gewesen ist. Insbesondere, was die Großmachtspolitik, die Ueberlieferung, die gesamtstaatliche und zentralistische Einstellung der deutschen Politik anbelangt, so darf nicht vergessen werden, daß hier allerdings Dinge arbeiteten, die vermöge ihrer geschichtlichen Gewordenheit mit außerordentlicher Kraft auf

die Deutschen einwirken mußten. Es gehört die ganze nationale Gleichgültigkeit und die allerdings natürlich begründete Unfähigkeit, deutsche Empfindungen und Ueberlieferungen zu verstehen, dazu, um hier das tief Tragische, das in der politischen Leidensbahn des deutschösterreichischen Volkes gelegen ist, nicht zu verstehen. Es gehört ferner eine selbst das gewohnte Maß übertreffende Unehrlichkeit der Beweisführung dazu, die entscheidende Rolle, die gerade den Deutschen Oesterreichs gegenüber die Regierung und Leitenden Kreise gespielt haben, einfach außer Rechnung zu stellen; es gehört nicht minder ein unerhörter Mangel an Wahrheitsliebe dazu, die Schuld der verschiedenen Regierungen, nicht zuletzt der seinerzeitigen deutschliberalen, die doch dem Herzen des „Morgen“-Mannes näher stehen müßten, einfach unter den Tisch fallen zu lassen, es gehört endlich ein aufreizender Ueberschuß an bösem Willen dazu, jetzt, wo gerade das deutsche Volk im Begriffe ist, eine grundlegende Aenderung seiner politischen Einstellung vorzunehmen, die Fehler, wo sie gemacht wurden, immer deutlicher erkennt und den ehrlichen Willen zeigt, sie in Zukunft zu vermeiden, diesem deutschen Volke in den Rücken zu fallen, um sein kümmerliches „demokratisch-geistiges“ Süppchen, das nichts anderes ist als das Sonderinteresse eines Klüngels, der mit dem deutschen Volke nichts gemein hat, zu locken.

Es darf aber und es soll ausdrücklich betont werden, daß die Fehler, die der deutschnationalen Politik der letzten Jahrzehnte anhafteten, nicht alle, aber zum zum guten Teile begrifflich erscheinen, wenn man den engsten Zusammenhang der Dinge prüft. Wenn man weiß — auch der „Morgen“ weiß es, aber er unterschlägt es — wie die verschiedensten österreichischen Regierungen den Gedanken, daß die Deutschen das Reichsvolk, das Rückgrat Gesamtösterreichs, die Stütze des Staates, der mit Oesterreich, das zusammenfassende Band und wie all die schönen Redensarten heißen, in den Deutschen immer genährt haben, wenn man weiß, daß diese Regierungen gleichzeitig alle Sonderbestrebungen der Nichtdeutschen offen oder stillschweigend forderten, wenn man weiß, welche notwendigen Rücksichten die Deutschen wegen des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche und der Sicherheit des ganzen deutschen Volkes auf die Großmachtstellung der Monarchie üben mußten, wenn man endlich weiß und begreift, daß allerdings eine jahrhundertalte Ueberlieferung nicht von heute auf morgen über Bord geworfen werden kann, daß gewisse Gefühlswerte in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung, insbesondere der bäuerlichen, geschont werden mußten, daß man endlich ein Recht gehabt hat, wie die Dinge in der ersten Hälfte des Krieges lagen, eine völlig andere Entwicklung der Dinge als wahrscheinlich anzunehmen, dann allerdings erscheint die giftige Kritik des „Morgens“ erst in ihrer nackten Bosartigkeit und in ihrer inneren Unwahrheit. Hätte der Erfolg den Deutschen recht gegeben, daß dies nicht gesah, ist aber die Schuld ganz anderer Kräfte, nicht des deutschen Volkes, wäre heute der „Morgen“ sehr kleinlaut. Nun, da durch eine unglückselige Vertretung der Tatsachen, durch entscheidende Fehler, die nicht so sehr in Oesterreichs innerer Politik — das hieße ihre Bedeutung überschätzen — sondern in der hohen Politik, wie sie Männer bei uns und im Deutschen Reiche gemacht haben, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren, aber stets die Gunst des „Morgens“ genossen, das gesamte deutsche Volk in einer Lage ist, die lediglich seinen Feinden Vorteile bietet, die aber Leuten von der Gesinnung des „Morgen“ als höchst wünschenswert erscheint, nun hat es das edle Blatt leicht, billige politische Weisheit zu verschleifen.

Wir wissen aber, was diese Brunnenvergiftung bezweckt. Noch sind wir indessen nicht am Ende aller Dinge. Gerade die Selbstbestimmung des deutschen Volkes in Oesterreich, die sich endlich den Banden lang gehegter Ideale, die sich als unhaltbar erwiesen haben — „Morgen“-Leute können freilich deutsche Ideale naturgemäß nicht begreifen — entmunden hat, wird es neben anderem eine Hauptaufgabe aller wahrhaft Deutschdenkenden sein, dafür Sorge zu tragen, daß das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes vor den Ansprüchen der Hintermänner des „Morgen“ nicht Hamach t. Wir haben uns wahrlich nicht freigemacht von allen, unsern reinen völkischen Belangen verdunkelnden Rücksichten, um uns nun von völkischen Schlechthändlern mit politischer Kamschware wiederum auf Irrwege führen zu lassen! Aufgabe jedes Deutschen ist es heute mehr denn je, vom Morgen bis zum Abend dem Treiben jener Kräfte, deren eigenstes Interesse die Verwirrung des deutschen Volkes ist, entgegenzutreten.

In der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt werden. Graf Albert Apponyi wird in dieser Debatte bereits im Namen seiner heute neu konstituierten Partei einen Beschlusantrag einbringen.

### Der Verlauf der Sitzung.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm weiter diesen Verlauf:

Graf Michael Károlyi

will in erster Reihe zu den bedeutsamen Erklärungen des Ministerpräsidenten Stellung nehmen. Er und seine Partei begrüßen selbstverständlich freudig die Erklärung, daß die Regierung sich auf die Grundlage der Personalunion stellen will; es weckt bei ihnen jedoch das größte Mißtrauen, daß diese Erklärung aus dem Munde Dr. Weyerles abgegeben wurde. (Lärm und Ohnrufe rechts.) Noch vorgestern wollte niemand von einer Personalunion etwas wissen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Noch vorgestern standen sie alle auf der Grundlage des Dualismus. Mit Recht wird das Land fragen, weshalb diese Erklärung nicht von Männern abgegeben wurde, die jahrzehntelang dafür gekämpft haben, in erster Reihe vom Grafen Albert Apponyi, der in diesem Kampfe ergraut ist. (Ohnrufe links.) Ferner ist bekannt, daß Ministerpräsident Dr. Weyerle schon sehr häufig Deklarationen abgegeben hat, die er später nicht einhielt. (Zustimmung äußerlich, Lärm rechts.) Man braucht nur auf das Wahre hin zu weisen. Infolgedessen hegt man jetzt mit Recht Bedenken, daß auch diesmal die Durchführung nicht in einer Weise erfolgen wird, wie sie von einer für ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit kämpfenden Nation gefordert werden kann. Ministerpräsident Dr. Weyerle hat ja schon in seiner Rede erklärt, man könne die Umgestaltung nicht rapid durchführen. Redner weiß, daß der Ministerpräsident mit der Zeit nicht Schritt halten kann. Jetzt ist indessen keine Zeit zu versäumen. Die politische und die Weltlage fordern rasche Entschlüsse. Im Jahre 1848 konnte die damalige Gesetzgebung in einigen Wochen dreizehn fundamentale Gesetze schaffen, jetzt wird man vielleicht in noch rascherem Tempo arbeiten müssen. Tun wir dies nicht, so haben wir nicht nur den Krieg, sondern auch den Frieden verloren. (Beifall äußerlich, Lärm rechts.) So müssen wir denn schon heute die Personalunion durchführen, weil Ungarn mit Recht fordern darf, daß es bei den Friedensverhandlungen nicht durch gemeinliche Minister, sondern durch eigene Delegierte vertreten sein soll. Wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach schon in einigen Wochen vor den Verhandlungen stehen, und Ungarn muß einen besonderen selbständigen Minister des Aeußern haben. (Zustimmung links.) Der Ministerpräsident hat selbst festgestellt, daß, was ja jedermann weiß, Oesterreichs Zerfall eingetreten ist. Jedermann weiß, welche riesige Gegensätze auch zwischen dem bisherigen Oesterreich und Ungarn bestehen. Es ist unmöglich, daß ein gemeinsamer Minister des Aeußern diese Gegensätze ausgleichen könne. Wir sehen die besonderen Interessen der Tschechen, wir sehen die südslawische Bewegung, wir sehen die Unabhängigkeitsbestrebung Polens. Dürfen wir da die Interessen einem Mann anvertrauen, der nicht ausschließlich unsere Interessen vertritt? Wer bietet Gewähr dafür, daß ein gemeinsamer Minister, um Triest zu retten, nicht Siebenbürgen opfern wird? (Lebhafter Beifall links.) Man soll nicht mehr von Kriegsinteressen sprechen, wir müssen jetzt mit der größten Offenheit und Aufrichtigkeit die Wahrheit feststellen.

Abgeordneter Martin Lovázy: Die Zeit der Lügen ist vorüber! (Lärm auf beiden Seiten des Hauses.)

Graf Michael Károlyi: Die innere und auswärtige Lage haben den Redner und seine Partei veranlaßt, das Haus einzuberufen. Wir haben den Krieg verloren. (Bewegung rechts.) Es ist wichtig, daß wir den Frieden nicht verlieren. Eine sträfliche Leichtfertigkeit wäre es, unter den gegenwärtigen Verhältnissen unsere Lage verheimlichen zu wollen. Die Frage ist, wie Ungarn unter möglichst günstigen Bedingungen den Frieden mit der siegreichen Entente schließen kann. Dies läßt sich nur erreichen, wenn wir eine dringende und radikale Neuorientierung unserer inneren und auswärtigen Politik durchführen. (Lebhafte Zustimmung äußerlich.) Die bisher befolgte innere und äußere Politik ist schmähtlich durchgefallen, und man muß daraus die Folgerungen ziehen. Wir dürfen nicht auch weiter diese reaktionäre deutschfreundliche Politik, die bisherige Nationalitätenpolitik treiben. Wir würden dadurch die territoriale Unversehrtheit Ungarns gefährden. Zunächst ist eine Neuorientierung in der auswärtigen Politik notwendig. Mit dem Gedanken des Dreibundes, der deutschen Freundschaft, der Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland muß ein für allemal aufgeräumt werden. (Applaus äußerlich, Widerspruch rechts.) Wir müssen eine gerade entgegengesetzte Politik befolgen. Die mitteleuropäische Idee steht im Widerspruch mit dem Bund der europäischen Völker, im Widerspruch mit den Prinzipien, die jetzt triumphiert haben. Wir hätten schon vor dem Kriege, mindestens aber während des Krieges uns auf diese Grundlage stellen müssen. Selbst der Anschein, daß wir auch in Zukunft mit den Deutschen eine intime Freundschaft aufrecht erhalten wollen, kann nur Ungarn zum Schaden gereichen. Neben, wie Graf Burján sie gestern gehalten hat, gefährden die Integrität Ungarns. Wir müssen uns klar und deutlich zu den pazifistischen Grundsätzen bekennen. Redner und seine Partei haben sie zu einer Zeit verkündet, wo man sie deshalb des Hochverrats zieleh. Er erinnert nur an die Zweifeln, die man gegen den verstorbenen Abgeordneten Hollóschleuderte, als er in diesem Sinne hier im Hause zu sprechen wagte. Wem wird das Ausland eher Glauben schenken, denen, die unter dem Eindruck der Ereignisse mit zitternden Knien jetzt plötzlich diese Prinzipien verkünden, oder denjenigen, die auch früher, ungeachtet der Angriffe und Beschuldigungen, die man gegen sie erhob, sich zu diesen Prinzipien bekant haben? Die Stunde der Abrechnung ist da. Die Nation wird nicht dulden, daß die Teilhaber der bisherigen Politik auch die Baumer des Pazifismus vorantrogen, sondern wird sie zur Rechenschaft ziehen.

Abgeordneter Martin Lovázy: Sie haben eine Million Ungarn getötet! (Großer Lärm rechts.)

Eine Stimme rechts: Wie kann man solchen Blödsinn sprechen! (Großer Lärm.)

Graf Michael Károlyi: Die Nation wird von der Schuldigen Rechenschaft fordern. Unter Nation verstehe ich nicht diejenigen, die im Hinterland spekuliert haben, sondern die vielen Hunderttausende, die gefallen sind, oder, invalid geworden, jetzt in Lumpen umhergehen und zur Einsicht gelangen, daß der ganze Krieg eine Irreführung war. (Großer Lärm rechts und im Zentrum. Rufe rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung!)

Abgeordneter Emerich Kisskölcz: Das ist eine Ententerede.

Pest

und. (Rufe) will ein g annimm en, diese

## Die Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Alexander Weyerle im Abgeordnetenhause.

### Die Protestkundgebungen gegen den Zwischenruf des Abgeordneten Martin Lovázy.

Budapest, 16. Oktober.

In eine Bitte und in einen Rat mündete die Rede, mit der Ministerpräsident Dr. Alexander Weyerle heute im Abgeordnetenhause die Volksvertreter zum Gottesfrieden aufrief, aus: „Lasset uns bis zum Friedensschluß alle trennenden Fragen vergessen, lasset uns vergessen die Kämpfe und Gegensätze, die Unversöhnlichkeiten und Zwistigkeiten der Vergangenheit und lasset uns alle einig sein, nicht allein in der Verkündigung, sondern auch in der Verwirklichung des selbständigen unabhängigen Ungarns.“ Diese Worte des Ministerpräsidenten haben nicht nur in den Räumen des Abgeordnetenhauses Zustimmung, sondern auch bereits teilweise Befolgung durch die Tat erfahren. An anderer Stelle dieses Blattes berichten wir über die heutigen Konferenzen der Partei der nationalen Arbeit und der Achtundvierziger Verfassungspartei, in denen Verfügungen getroffen wurden, dazu bestimmt, die Fusion, und soweit diese nicht möglich ist, allenfalls die Konzentration oder Kooperation der Parteien anzustreben und zu verwirklichen.

So erfreulich die Nachwirkungen der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses in dieser Richtung sind, so schmerzlich muß die Tatsache empfunden werden, daß die schöne und fruchtbare Harmonie, in der sich heute alle Patrioten des ungarischen Abgeordnetenhauses zusammenfanden, in skandalöser Weise gestört wurde durch die Haltung einer verschwindend kleinen Gruppe, die die Dreistigkeit an die Stelle der Kraft, die Struppellosigkeit an die Stelle des Prinzips, die Schamlosigkeit an die Stelle der schweren Pflicht rückt. Wir sprechen von jener engeren Gruppe der Károlyipartei, die sich heute durch einen Zwischenruf des Abgeordneten Martin Lovázy und durch die Zustimmung, in der sie sich mit dieser unerhörten Tat identifizierte, unvergänglich mit Schande bedeckt hat.

Wir zeichnen es auf für die kommenden Geschlechter, daß die Károlyipartei gegenüber dem gesamten, einig für den Staat stehenden ungarischen Abgeordnetenhause den traurigen Mantel besessen hat, einen ihrer Führer unwidersprochen erklären zu lassen, daß diese Partei ententefreundlich gesinnt ist. Was ist nicht alles mit diesem Worte gesagt! Es gibt also eine kleine Gruppe ungarischer Abgeordneter, es konnte eine geben, die nicht erötet, wenn sie es ausspricht, daß sie Freundschaft hält jener Entente, durch deren Schwert Hunderttausende tapferer Söhne unseres Vaterlandes getötet worden, die ausgegangen ist auf die Vernichtung, die Verstümmelung und Zerkleinerung des Staatskörpers der heiligen Stefanskronen und deren Führer nicht aufgehört haben, bis auf den heutigen Tag den verräterischen Gegnern unseres staatlichen Bestandes ihr Ohr zu leihen. Unerbötlich soll es erhalten bleiben der Nachkommenschaft unserer unglücklichen Generation, daß im ungarischen Abgeordnetenhause, in den schwersten Stunden unseres staatlichen Lebens ein Mann ungarischen Namens, gefolgt von einem Duzend seiner Genossen, den Standpunkt vertreten konnte, daß er und seine Genossen Freunde des Feindes sind. Wahrlich, Herr Martin Lovázy und seine Genossen sind nicht Bannerträger des bürgerlichen Fortschrittes, sie kompromittieren nur seine Fahnen in beleidigendster Weise. Die Demokratie hat nichts gemein mit dem selbstischen Verrat höchster Güter der Staatsfiskalität.

Jun 1908 m 31

tann, wieder auf die Tagesordnung zu setzen können uns ganz vereinigen mit denjenigen, von solchen trennenden Fragen. unindost



## Das unabhängige Ungarn auf Grundlage der Personalunion.

Budapest, 16. Oktober.

Das war ein historisch denkwürdiger Augenblick, als Ministerpräsident Bekerle heute im Saale der ungarischen Volksvertretung die Botschaft an die Nation richtete, daß mit der bevorstehenden Neugestaltung Oesterreichs der Weg Ungarns zur Personalunion offen stehe und der ungarische Staat sein politisches, wirtschaftliches und Wehrsystem nunmehr auf dem Fuße der Selbständigkeit und Unabhängigkeit einrichten müsse. Der Dualismus, seit einem vollen Jahrhundert die Grundlage der Monarchie und ihrer Großmachstellung, ist damit ein Stück Vergangenheit geworden. Der Zerfall der österreichischen Staatseinheit, ihre Auflösung in mehrere Teilstaaten, die durch das lödore Band eines Staatenbundes irgendwie zusammengefaßt werden sollen, hat seinen Zusammenbruch herbeigeführt. Für Ungarn hat der Dualismus seit der ersten Stunde seines Bestandes immer den Verzicht auf einen Teil der Attribute einer vollkommenen Staatssouveränität, also ein Opfer bedeutet. Im Ausgleichswerke Franz Deak's hat unsere Nation dieses Opfer nach reiflicher Erwägung ohne jeglichen Vorbehalt auf sich genommen. So schmerzlich es uns auch bisweilen fiel, in der Gebundenheit, die wir uns freiwillig auferlegt hatten, auszuharren, und so schwer es uns in allen den fünfzig Jahren von Oesterreich gemacht wurde, des Opfers nicht überdrüssig zu werden, wir haben die Entfagung in unerfütterlicher Vertragstreue geübt und den bei einem lebenskräftigen Staate natürlichen Drang nach restloser Unabhängigkeit in beharrlicher Selbstüberwindung stets unterdrückt um des gegebenen Wortes willen und in der Ueberzeugung, daß die dualistische Grundlage unserem Staate in stürmischer Zeit eine feste Bürgschaft seines Fortbestandes sein werde. Diese Erwartung hat ja der Weltkrieg auch vollinhaltlich gerechtfertigt. Nicht in gleicher Weise hat der österreichische Staat die große Belastungsprobe bestanden. Seine Einheit, die seit jeher auf schwachen Beinen stand, ist im Weltkriege vollends in die Brüche gegangen. Das einigende Band eines gemeinschaftlichen Staatsgefüges hat sich in seinen Bökern niemals entwickelt, nie hat dieser Staat sich zur Selbstbehauptung ausgerüstet, nie den Willen bekundet, aus einem Konglomerat von Ländern eine organische Einheit entstehen zu lassen. Im Orkan des Weltkrieges mußte er von seinem Schicksal ereilt werden. In den nächsten Stunden soll ein kaiserliches Manifest erscheinen, das die Auflösung Oesterreichs in mehrere Teilstaaten besiegelt. Der dualistische Ausgleich wird damit hinfällig geworden sein. Automatisch hört dadurch die staatsrechtliche Verbindung auf, die seit 1867 zwischen Ungarn und Oesterreich bestanden hat, und es lebt damit das nur durch die Pragmatische Sanktion begrenzte Recht der ungarischen Nation wieder auf, die bisherigen Lücken ihres staatlichen Organismus auszufüllen, ihn auf der Grundlage der Selbständigkeit und Unabhängigkeit vollständig auszubauen.

Das Ungarn der Personalunion wird fortan mit den Zerfallsprodukten des österreichischen Einheitsstaates nur durch die Gemeinsamkeit des Herrschers und die Pflicht der gegenseitigen Verteidigung verbunden sein. Von ungeheurer Tragweite ist diese Umgestaltung für die künftige Entwicklung der ungarischen Nation. Befreit aus den Bindungen, die sie freiwillig eingegangen, wird sie künftig ihr Selbstbestimmungsrecht auf der ganzen Linie frei ausüben können. Dem König von Ungarn mag es nicht leicht gefallen sein, dem Kaiser von Oesterreich die Zustimmung zu dieser Neugestaltung abzugeben. Sein konstitutionelles Gewissen, die Erinnerung an den Krönungseid sind wohl die Quellen gemein, aus denen er die dazu erforderliche Willenskraft geschöpft hat. So ist König Karl der Erfüller ungarischer Freiheitssträume geworden, von denen seit Jahrhunderten gesagt und gesungen wird in Hütten und Palästen unseres Vaterlandes. Auch der Gedanke, die Königstreue unseres Volkes, wie sie im Weltkriege sich so leuchtend bewährt hat, mit einem Unterpande seines grenzenlosen Vertrauens zu entgelten, wird den König in seinem Entschlusse mitbestimmt haben. Den eigentlichen Ansporn gab ihm aber wohl die Erkenntnis, daß der ungarische Staat, der allen weltgeschichtlichen Gewätern eines Jahrtausends siegreich getrotzt hat, der Felsgrund ist, auf dem sein Thron in allen Gefahren fest und sicher zu stehen vermag und daß dieser tausendjährige Staat ihm und seinem Hause eine desto kräftigere Stütze sein wird, zu je größerer Mäßigkeit er im Stahlbad der vollen Unabhängigkeit sich entfaltet. Nicht als Geschenk nimmt Ungarn die Personalunion aus der Hand seines Königs entgegen. Unser Anspruch auf sie beruht auf lebendigem Recht, fußt in unserer Verfassung und unserer Gesetze. Der Dualismus war als bestimmte Voraussetzungen geknüpft; schwanden diese dahin, so war auch seinem Fortbestande der Rechtsboden entzogen. Dennoch wissen wir dem König Dank für seine entscheidende Mitwirkung an unserer staatlichen Regenerierungswerke, denn tat er auch nur seine Herrscherpflicht, so war er dabei gewiß auch von seinem Herzen beraten.

Mit der Personalunion ist ein Gesundheitskordon um unsere Grenze gezogen, der das Herüberkommen der Miasmen staatlicher Zerfetzung aus Oesterreich verhindern wird. Im Besitze aller Einrichtungen der staatlichen Selbständigkeit wird Ungarn inmitten des stürmischen Werdepotes des neuen Europa seine Einheit in die Zukunft hinüberretten können. Das will beiderseitig nicht heißen, daß Ungarn den herrschenden Ideen der neuen Zeit, die sich in den Nequinoktalfürmen des Kriegsausganges ankündigen, sich in trotzigem Beharrungsvermögen verschließen will. Der Geist der Demokratie zieht siegreich durch die ganze Welt, sein belebender Odem soll und wird auch unseren Staat verjüngen. Der Ministerpräsident hat heute die Reformen angedeutet, die zu diesem Ziele führen sollen. Die öffentliche Verwaltung muß sich mit den Ideen der neuen Zeit erfüllen, sie muß den breiten Volksmassen eine treue Schirmherrin ihrer Rechte, eine gewissenhafte Stütze ihrer Interessen und eine Helferin im Lebenskampfe sein. Den Nationalitäten muß die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre kulturelle Eigenart frei zu pflegen und innerhalb der Grenzen, die die Rücksicht auf die Staatseinheit zieht, ihre Sprache in Schule, Kirche und im öffentlichen Leben frei zu gebrauchen. Das unabhängige Ungarn wird auch seine Beziehungen zu Kroatien auf neuer Grundlage regeln. Die gesetzliche Grundlage der Personalunion, die Pragmatische Sanktion, stellt ausdrücklich fest, daß „Ungarn und die damit verbündeten Königreiche und Provinzen als untrennbar anzusehen sind“. Das ist der Rahmen, innerhalb dessen die Lösung der südslawischen Frage sich zu vollziehen hat. Die Angliederung Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina an das Königreich Kroatien-Slawonien kann geschehen nur innerhalb des Stefanreiches, also nur auf Grund der Staatsgemeinschaft mit Ungarn erfolgen. Klar ist jedoch, daß der ungarisch-kroatische Ausgleich vom Jahre 1868 für einen Gebietskomplex von solcher Ausdehnung zu eng bemessen ist. Das unabhängige Ungarn wird sich der Einsicht nicht verschließen, daß der Ausgleich mit Kroatien unter den neuen Verhältnissen und in einer ihnen angemessenen Weise einer Revision zu unterziehen ist und daß die neu zu schaffende staatsrechtliche Verbindung mit dem größeren Kroatien dem südslawischen Volke die Bürgschaften seiner selbständigen Entwicklung zu bieten haben wird. Freilich wird auch von den Südslawen zu erwarten sein, daß sie sich der Solidarität ihrer und unserer Interessen stets bewußt bleiben und die großen Vorteile nicht verkennen, die auch ihrem Volkstum aus der Mäßigkeit des ungarischen Staates naturnotwendig erwachsen müssen. Es soll in dieser feierlichen Stunde nicht verschwiegen werden, daß innerhalb des kroatischen Volkes in jüngster Zeit sich Regungen eines Geistes offenbarten, der von der Linie abzuweichen schien, die eine fast neunhundertjährige Vergangenheit und die zu Recht bestehende Staatsgemeinschaft mit Ungarn vorschreiben. Man muß hoffen, daß eine Umkehr von diesem falschen und verhängnisvollen Weg rasch und gründlich erfolgen wird. Mit den tschechischen und slowenischen Führern in Oesterreich, die ihre Zukunftsstaaten zum Teile aus Trümmern des Königreichs Ungarn errichten möchten, können die Kroaten nichts gemein haben wollen. Die Erfüllung ihrer nationalen Aspirationen ist ihnen auch innerhalb des Stefanreiches und in enger staatsrechtlicher Verbindung mit dem ungarischen Staate ermöglicht. Und überdies muß ein Blick auf die geographische Gestaltung ihres Gebietes sie darüber aufklären, daß ihr neues und vergrößertes Gemeinwesen ohne das ungarische Hinterland nicht lebensfähig wäre. Verschließen sie sich dieser Einsicht nicht, so wird der Interesseneinklang sich leicht herstellen lassen und dem kroatischen Volke eine glückliche Zukunft blühen.

Wie sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen des unabhängigen Ungarn zu den neuen Staaten jenseits der Weitha gestalten werden, ist heute schwer abzusehen. Auf ungarischer Seite wird es nicht an dem ehrlichen Willen fehlen, mit den einstigen Genossen im dualistischen Verbande sich im Geiste der Freundschaft friedlich auseinanderzusetzen und zu beiderseitigem Nutz und Frommen ein harmonisches Verhältnis herzustellen, wie es bedingt ist nicht bloß durch die Gemeinsamkeit des Herrschers und die Pflicht der wechselseitigen Verteidigung, sondern auch durch den Umstand, daß die Teilstaaten des neuen Staatenbundes ebenso sehr auf den ungarischen Markt für ihre Industrieerzeugnisse wie auch wir andererseits auf sie als Abnehmer unserer landwirtschaftlichen Produkte angewiesen bleiben werden. Nachrichten, die uns heute abend aus Wien zugehen, lassen es freilich als fraglich erscheinen, ob die neue Gestaltung in Oesterreich glatt vor sich gehen werde. Die Tschechen und die Slowenen scheinen eine trotzig ablehnende Haltung einnehmen zu wollen, die ersteren, weil sie auf die nordungarischen Komitate, die letzteren, weil sie auf die Vereinigung mit den Kroaten Anspruch erheben. Die Auflösung in Teilstaaten scheint also nicht die Zauberformel zu sein, die sofort Ordnung in das österreichische Chaos zu bringen vermag. Uns rächt die Sache übrigens nicht mehr an. Für Ungarn ist der Dualismus abgetan und der Übergang zur Per-

sonalunion gesichert. Der Gesundheitskordon ist gezogen, österreichische Krisen können auf unser Staatsgebiet nicht mehr herübergreifen.

## Ein historischer Parlamentstag.

Ministerpräsident Bekerele verkündete heute im Abgeordnetenhaus die Selbständigkeit Ungarns auf Basis der Personalunion. — Eine überaus stürmische Sitzung.

Ministerpräsident Dr. Bekerele verkündete in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, daß Oesterreich sich auf föderativer Grundlage einrichten und Ungarn, wenn dieser Fall eintreten wird, auf die Personalunion übergehen werde. Es ist dies ein großes, ja das größte Ereignis im politischen Leben Ungarns seit der Wiederherstellung seiner Verfassung. Alle Staatskunst muß jetzt darauf gerichtet sein, daß diese denkwürdige Errungenschaft, welche uns jetzt als reife Frucht vom Baume der Weltgeschichte in den Schoß fallen kann, sich durch ruhige, umsichtige und planmäßige Ausgestaltung im Leben der Nation durchsetze. Ungarn steht von heute ab vor einem zweifachen Problem. Das erste ist: die große staatsrechtliche Umgestaltung im Zusammenhang mit den dazugehörigen politischen, militärischen und ökonomischen Verzweigungen auf die Bahn einer ungestörten Fortentwicklung hinüber zu leiten. Das zweite Problem ist: die Kräftesammlung, die Konzentration aller politischen Energien der Nation zu diesem neuen Bauwerke. Jede Zersplitterung oder Vergeudung der Kräfte der Nation kann dem Werke schädlich und verhängnisvoll werden. Es klingt verheißungsvoll und beruhigend, daß der Ministerpräsident mit unserem Uebergang auf die Personalunion gleichzeitig unsere durchaus wohlwollende Haltung unseren Nationalitäten und unserem Schwesterlande Kroatien gegenüber in feierlichen Worten verkündete. Ebenso beruhigend wird allenthalben die Erklärung des Ministerpräsidenten wirken, daß die Pragmatische Sanktion und die aus ihr fließenden Bestimmungen durch unsere selbständige Einrichtung keine Schädigung erleiden werden. Die Regierung will alle ihre Kräfte daransetzen, daß die große staatsrechtliche Umgestaltung nach keiner Seite hin Mißverständnisse hervorrufe, sondern in voller Harmonie aller Teile des Volkes und aller Machtfaktoren des Staates zur Durchführung gelange. Der neuzugestaltende ungarische Staat sichert also der Dynastie die unverletzliche Aufrechterhaltung der Bestimmungen der Pragmatischen Sanktion zu, er gewährt dem Schwesterlande unter Wahrung und Aufrechterhaltung der Staatsgemeinschaft die Erfüllung seiner Wünsche im Sinne der selbständigen Entwicklung und will auch die Wünsche der Nationalitäten berücksichtigen unter selbstverständlicher Aufrechterhaltung unserer staatlichen Einheit.

Diesem Regierungsprogramm mit seinen großen, verheißungsvollen Ausblicken sollte in allererster Reihe die károlyische Unabhängigkeits- und 48er Partei jubeln. Ist es doch ihr Programm, welches endlich in Erfüllung gehen soll. Wie soll man sich den grellen Widerspruch erklären, daß gerade diese Partei es war, welche heute bei der Verkündung des Unabhängigkeitsprogramms wüste Skandaljenen aufführte und dabei nichts geringeres als den Kopf des Regierungschefs forderte? Bedenkt die Partei nicht, daß man im Lande selbst unter ihren politischen Anhängern sagen wird, daß ihr mehr um die Erlangung der Macht, als um die Erfüllung ihrer langgehegten Aspirationen gelegen ist? Sollte es in den Sternen geschrieben stehen, daß in Un-

garn kein Mensch und keine Partei den Unabhängigkeitsgedanken kompromittieren werde, als einzig und allein die Unabhängigkeitspartei? Einmal hat sie ihr Programm schon Bügen gestraft. Und zwar geschah dies zur Zeit der ersten Koalitionsregierung, als die Unabhängigkeitspartei von vorneherein sich der Krone gegenüber verpflichtete, die wirtschaftliche Gemeinsamkeit mit Oesterreich bis 1917 aufrechtzuhalten. Nachdem dieses Obligo geschrieben und besiegelt war, erklärte der damalige Unterrichtsminister Graf Apponyi in einer großen Rede an seine Jähberühmter Wähler, daß der Verwirklichung des Programms der Unabhängigkeitspartei nichts mehr im Wege stehe. „Nichts“, sagte eine hochsinnige Dame an einer Tafelrunde in Rátót, wo der Gutsherr die Apponyische Rede laut vorlas, „nichts steht der Verwirklichung im Wege, als die Dynastie und das Kabinett Bekerele, dessen Mitglied Graf Apponyi ist“. Wer und was nötigte die Unabhängigkeitspartei zu ihrem damaligen parteipolitischen Saltomortale? Niemand und nichts anderes als ihr eigenes Machtgelüste. Was ist nun der Unterschied zwischen damals und heute? Damals wollte sie herrschen, und sie herrschte, heute möchte sie wieder herrschen, aber sie kommt nicht daran. Die Partei ist des Glaubens, zuerst komme sie, dann ihr Programm. Nun bekam die Reihenfolge einen Riß, zuerst kommt das Programm und dann die Partei? Nun, diese kommt gar nicht. Daher Zeter und Mordio.

Wenn der Uebergang zur neuen Ordnung sich ohne Zudungen und ohne Störungen vollziehen soll, dann muß das Werk der Vollziehung in die Hände jener Elemente gelegt werden, welche allein in der neuen Verfassungsära die ruhige Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete besorgt haben. Soll die Verheißung zum Uebergang auf die Personalunion nicht für die Nation ein Danaergeschenk werden, dann müssen sich gerade die bisherigen 67er Elemente an die Arbeit des Neubaus machen, denn nur sie vermögen für den ruhigen Uebergang der Nation eine Gewähr zu bieten. Meint man, es klinge paradox, daß die 67er jetzt an die Durchführung des 48er Programms herantreten sollen? Durchaus nicht. Der 67er Ausgleich hat uns den Weg zum Uebergang auf die Personalunion ganz und gar nicht verrammelt. Die selbständige Armee, das selbstständige Zollgebiet und die gesonderte Bank sind dem Ausgleichsgesetz nicht zuwider. Wäre dem anders, dann hätten die mehrmals wiederholten Ausgleichsverhandlungen keinen Sinn gehabt. Wir haben aus freiem Willen und nicht aus gesetzlichem Zwang mit Oesterreich verhandelt. Dasselbe Gesetz, welches uns auf den Weg wies, mit einem einheitlichen und verfassungsmäßigen österreichischen Staate nach rechts zu verhandeln, gibt uns das volle Recht, nach links zu gehen, wenn der österreichische Staat aufhört, einheitlich oder verfassungsmäßig zu sein.

Wer gestern noch ein orthodoxer 67er war, kann heute, ohne jeden Widerspruch mit sich selbst, ein ebenso strenggläubiger 48er sein. Nicht wir, sondern die österreichischen Verhältnisse haben sich geändert und uns genötigt, auf jene Basis zurück-

zugehen, welche uns die 67er Gesetze offen liegen. Daraus folgt, daß nur die besonnenen 67er Elemente berufen sind, im Lande die volle Beruhigung zu erwecken darüber, daß der neue staatsrechtliche Ausbau der Personalunion, falls der innere Zerfall Oesterreichs unabwendbar und uns der Uebergang unvermeidlich werden sollte, nicht rückwärts, nicht als planloses Durcheinander, sondern in ruhiger, naturgemäßer Entwicklung sich vollziehen wird. Die Aufforderung des Ministerpräsidenten zur Mobilisierung aller wirkenden Kräfte des Landes klingt uns daher wie ein höchster Mahnruf entgegen. Die Weltgeschichte hat zu unseren Gunsten gesprochen, an uns liegt es, ihren Wahrspruch zu verstehen und auch zu beherzigen.

# Tagblatt Rundschau

Jährig K 60.—, halbjährig K 30.—, vierteljährig K 15.—, monatlich K 5.—  
K 60.—, halbjährig K 30.—, vierteljährig K 15.—, monatlich K 5.—  
vierteljährig Mark 48, halbjährig Mark 24.—, vierteljährig Mark 12.—

Alle Bestellungen durch die Post sind stets die bezüglichen Anschriftschleifen beizulegen.

28. Jahrgang.

## Der Bundesstaat.

Oesterreich soll ein Bundesstaat werden. Die Regierung hat vorläufig den Plan mitgeteilt und ein Auf-  
ruf des Kaisers soll in feierlicher Form die Neugestal-  
tung verkünden. Der Leitsatz ist, daß die Völker Oester-  
reichs auf Grund ihres ihnen von der Krone ver-  
hürgten Selbstbestimmungsrechtes auf ihren Sied-  
lungsgebieten sich als nationale Staaten einrichten.  
Die Abgeordneten der einzelnen Nationen tun sich als  
sogenannte Nationalversammlungen oder National-  
räte auf. Diese Nationalversammlungen haben die  
Aufgabe, die Bildung der nationalen Staaten vorzu-  
bereiten und die gemeinsamen Zusammenhänge zwi-  
schen den einzelnen Staaten festzustellen. Hierzu haben  
sich die Nationalversammlungen mit der Regierung zu  
beraten. Bis es zur Errichtung der neuen Staaten  
kommt, führt die Regierung die Geschäfte weiter. Der  
Regierung gibt man außerdem den Auftrag, alles zu  
unternehmen, was eine Annäherung zwischen den  
nationalen Staaten fördern kann. Sonst soll aber die  
Regierung nicht befugt sein, in die Beschlüsse der Natio-  
nalversammlungen einzugreifen.

Das ist der allgemeine Teil. Solcher Staaten sollen  
nun in Oesterreich vier errichtet werden, ein deu-  
tsch-österreichischer, ein tschechisch-slawi-  
scher, ein südslawischer, der Illirien genannt  
wird, und ein ukrainischer. Die Polen bleiben un-  
berührt. Für sie ist ja die Errichtung des eigenen pol-  
nischen Königreiches unter Anfügung anderer polni-  
scher Gebietsteile geplant. Auch von den Rumänen ist  
keine Rede. Triest soll eine Sonderstellung erhalten.  
Die für das gesamte wirtschaftliche Leben Oesterreichs,  
insbesondere aber auch des neu zu bildenden deutsch-  
österreichischen Staates überaus wichtige Hafenstadt,  
soll reichsunmittelbar werden, also gleichsam eine allen  
vier Staaten gemeinsame Stadt sein. Da der allgemeine  
Grundsatz aufgestellt ist, daß das Siedlungsgebiet der  
einzelnen Völker die Grenzen für die neuen Staaten  
abzustecken hat, so werden selbstverständlich die Deut-  
schen in Böhmen, Mähren und Schlesien nicht in den  
neuen tschecho-slavischen Staat einbezogen. Damit ist  
der Grundforderung der Deutschen Rechnung getragen.  
Allerdings kommt es jetzt bei der Absteckung der Gren-  
zen noch viel auf die Einzelheiten an. In Böhmen hat  
man es ja im großen mit einem geschlossenen Gebiet  
zu tun. Um so schwieriger ist die Frage in Mähren.  
Die Tschechen selbst stellen sich auf den Justament-  
standpunkt, sie haben sogar abgelehnt, zum Minister-  
präsidenten zu kommen, als dieser den Plan von der  
Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat ent-  
wickelte. Die Tschechen wollen eben ihren eigenen Staat  
nur aus den Händen der siegreichen Verbandsmächte  
nehmen. Die im Regierungsvorschlage vorgesehene  
Ausprache der Vertreter der verschiedenen Völker über  
die Durchführung, insbesondere über die Absteckung  
der Grenzen, wird also für den zu errichtenden tschecho-  
slavischen Staat nicht stattfinden können. Denn die  
Tschechen kommen ganz einfach nicht. Hier müßte die  
Regierung so viel Entschlossenheit aufbringen, um  
selbst zu handeln. Auch dem Verlangen der Tschechen  
nach Einverleibung der slowakischen Gebiete Ungarns  
wird im Regierungsplane nicht Rechnung getragen.  
Selbstverständlich ist auch von der angeblich tschechi-  
schen Lausitz keine Rede. Die Bestimmung der Grenzen  
für das zu errichtende illirische Reich wird auch große  
Schwierigkeiten bereiten. Hier scheint aber eine Aus-  
sprache zwischen Tschechen und Slovenen eher möglich.  
Um dies zu verhindern, haben sich aber bereits die  
Tschechen mit den Slovenen in Verbindung gesetzt und  
es scheint ihnen nach den letzten Mitteilungen gelingen  
zu sein, sie für den tschechischen Standpunkt zu ge-  
winnen. In Kärnten soll die Sprachgrenze ab Villach  
östlich die Drau bilden. Im südlichen Steiermark ist

der Zentralgewalt in Widerspruch steht, sondern stets in den Organismus des Gesamtstaates eintritt. Für das Verhältnis der Einzelstaaten zum Gesamtstaat setzt Ulrich drei Richtungen fest: Für gewisse Hoheitsrechte, zum Beispiel die äußere Repräsentativgewalt und die Militärhoheit, sind die Einzelstaaten außer Funktion gesetzt, der Bundesstaat erfüllt seine Aufgaben direkt und mit eigenen Mitteln. Für einen zweiten Teil der staatlichen Aufgabe ist zwar die souveräne Gesetzgebung des Gesamtstaates kompetent, allein die Vollziehung ist den Einzelstaaten unter Oberaufsicht des Gesamtstaates überlassen. In einem dritten Kreis von Angelegenheiten sind die Einzelstaaten weder der Gesetzgebung noch der Oberaufsicht des Gesamtstaates unterworfen.

Der Bundesstaat beruht nach Sellinel auf verfassungsmäßiger, nicht vertragsmäßiger Ordnung. Die der Gründung des Bundesstaates vorangehenden Vereinbarungen des Staates aber haben juristische Bedeutung, da sie die Bedingungen festsetzen, unter denen sich die künftigen Gliedstaaten in den zu gründenden Bundesstaat einzutreten gegenseitig verpflichten. Mit den Vereinbarungen über die Gründung des Bundesstaates erkennen die Staaten den Gründungsvorgang des Bundesstaates und den Bundesstaat selbst an. Als Bundesstaaten werden heute bezeichnet das Deutsche Reich, die Vereinigten Staaten und die Schweiz.

Das Manifest fordert die Völker auf, bei dem Neuaufbau Oesterreichs durch Nationalräte mitzuwirken, die aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation zu bilden sind. Es hätten somit alle Abgeordneten eines Volkstammes sich als Nationalrat zu konstituieren. Das österreichische Abgeordnetenhaus zählt 233 deutsche, 107 czechische, 82 polnische, 33 ruthenische, 24 slowenische, 13 serbo-kroatische, 19 italienische und 5 rumänische Abgeordnete. Mehr als fünfzig Mandate sind derzeit unbesetzt. Nach dem Wortlaut des Manifestes hätten sich die slowenischen und serbo-kroatischen Abgeordneten gesondert zu konstituieren. Die Nationalräte haben, wie das Manifest sagt, die Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehr mit der Regierung zur Geltung zu bringen. Bis zur Umgestaltung, die auf gesetzlichem Wege, mithin durch den Reichsrat, erfolgen soll, bleibt die bestehende Verfassung unverändert anzuwenden.

**Das Verfassungsmanifest und die Parteien.**

Wien, 17. Oktober.

Das kaiserliche Manifest ist heute abends erschienen. Es entspricht inhaltlich den Mitteilungen, die der Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek vorgestern den Obmännern der Parteien des Abgeordnetenhauses gemacht hat. Das kaiserliche Manifest enthält nur allgemeine Grundsätze. Alle Nationen erhalten ihr Selbstbestimmungsrecht, sollen auch in Siedlungsgebieten ihren eigenen Staat haben und dann zu einem Bundesstaat zusammengefaßt werden. Die Polen werden bereits als zum künftigen polnischen Staate gehörig betrachtet. Die Integrität Ungarns wird ausdrücklich hervorgehoben. Die Abgeordneten jeder Nation sollen sich als Nationalräte konstituieren und die Grundlagen für ihre eigenen Staaten, aber auch für die zukünftige Gemeinsamkeit im Einvernehmen mit der Regierung feststellen.

Die praktische Durchführung der in dem kaiserlichen Manifest angeführten allgemeinen Grundsätze ist vorläufig noch nicht abzusehen. Die Tschechen haben ihre Mitwirkung bereits gestern abgelehnt. Sie vertreten den Standpunkt, daß die Gründung eines czecho-slowakischen Staates eine internationale Angelegenheit sei, die nur am Friedenskongreß vollzogen werden kann. Sie erklären die vorgeschlagene Lösung auch schon aus dem Grunde als indiskutabel, weil auf dieser Grundlage infolge der Integrität Ungarns die Slowaken in die czechische Staatsgründung nicht miteinbezogen werden können. Es hat allerdings den Anschein, daß die radikalsozialistische

Strömung, die in den czechischen Gebieten Böhmens immer sichtbar die Oberhand gewinnt und immer deutlicher die Formen des Bolschewismus annimmt, einzelne bürgerliche Gruppen bedenklich macht. Trotzdem kann damit gerechnet werden, daß sich der Verband der czechischen Parteien des Abgeordnetenhauses gegenüber der in dem kaiserlichen Manifest vorgeschlagenen Lösung ablehnend verhalten wird. Dasselbe trifft bei den Südslawen zu. Abgeordneter K r o s c h e c hat heute im Ausschuß für Außerer der österreichischen Delegation erklärt, daß die Südslawen und Tschechen jede Erörterung über den Inhalt des kaiserlichen Manifestes als vollkommen überflüssig ablehnen. Auch die Südslawen betrachten die geplante Lösung als ungenügend, da Kroatien, Bosnien und die Herzegowina nicht erwähnt sind. Die Rumänen haben sich bereits als Nationalversammlung konstituiert und den Abgeordneten K o p e s c u l - G r e c u l zum Obmann gewählt. Gleichzeitig haben sie an die fünf ungarländischen rumänischen Abgeordneten eine Einladung gerichtet, dieser Nationalversammlung ebenfalls beizutreten. Die Rumänen beanspruchen einen selbständigen Staat im Rahmen der Monarchie, der außer den rumänischen Gebieten in der Bukowina auch die auf ungarischem Territorium befindlichen Teile umfaßt. Auch die rumänischen Aspirationen greifen also über den Rahmen der im kaiserlichen Manifest vorgesehene Lösung hinaus. Dasselbe ist der Fall bei den Ukrainern.

**Die ukrainische Nationalversammlung.**

Die ukrainischen Abgeordneten werden sich am 19. in Lemberg zu einer Nationalversammlung konstituieren und die Vereinigung der ukrainischen Gebiete Ostgaliziens, der Bukowina und Ungarns als Forderung ausstellen.

**Die deutsche Nationalversammlung.**

Die Präsidien der deutschen Parteien haben heute eine gemeinsame Beratung gehabt. Es wurde beschlossen, für Montag eine Vollversammlung aller deutschen Reichsratsabgeordneten einzuberufen. Diese Vollversammlung wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach als Nationalversammlung konstituieren und einen Nationalrat wählen. Zugleich werden in der Vollversammlung auch die Rechte festgesetzt werden, welche die Nationalversammlung für sich in Anspruch nimmt. Zur Vorbereitung der Vollversammlung wurde ein technisches Komitee eingesetzt, welches morgen bereits seine Arbeiten aufnimmt und am Samstag in einer Sitzung der Präsidien der deutschen Parteien Bericht erstatten wird. Von den deutschen Abgeordneten wird hiezu ausdrücklich bemerkt, daß diese Nationalversammlung unabhängig von dem kaiserlichen Manifest erfolgt. Die Deutschen konstituieren sich auf Grund ihres Selbstbestimmungsrechtes als Nation und warten alles übrige ab.

**Der Gesamteindruck des Manifestes.**

Der Gesamteindruck ist der, daß die in dem Manifest vorgeschlagene Lösung keine Partei befriedigt. Es wurde bloß als ein Versuch aufgefaßt, dessen Aussichten nur sehr gering eingeschätzt werden. Gänzlich in der Luft hängt dabei das Parlament. Im Sinne des kaiserlichen Manifestes soll der Reichsrat seine Arbeiten fortsetzen, bis eben die Konstituierung der Nationalstaaten vollzogen ist. Die Arbeit der Nationalräte ist im Rahmen des Parlaments gedacht. Das kaiserliche Manifest hat nun vor allem die Wirkung gehabt, daß das Desinteressement bei den Parteien an den Arbeiten des Parlaments womöglich noch größer geworden ist als vorher. Das Abgeordnetenhaus soll am 22. d. wieder zusammentreten, um mit seinen meritorischen Verhandlungen zu beginnen. Schon heute wird eine von den Rumänen veranlaßte dringliche Anfrage aller nichtdeutschen Parteien angekündigt, die sich mit der Neugestaltung Oesterreichs befaßt und insbesondere diese Neugestaltung im Zusammenhang mit Ungarn betrachtet. Nach den im Abgeordnetenhaus bestehenden Umständen wird daraus aller Voraussicht nach eine Ungarn-

**Der Bundesstaat.**

Wien, 17. Oktober.

Nach dem heute veröffentlichten Manifest des Kaisers soll Oesterreich ein Bundesstaat werden, in dem jeder Volkstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Jedem nationalen Einzelstaate soll die Selbstständigkeit gewährleistet werden. Die Neugestaltung wird, wie das Manifest sagt, auch die gemeinsamen Interessen wirksam schützen und sie überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Der Begriff des Bundesstaates ist in der Staatsrechtswissenschaft sehr umstritten. Während der Staatenbund eine dauernde, auf Vereinbarung beruhende Verbindung unabhängiger Staaten zur Verfolgung gewissen Zwecke, insbesondere des Schutzes des Bundesgebietes, ist und rechtlich die Souveränität der verbündeten Staaten nicht mindert, sondern sie nur verpflichtet, gewisse Funktionen gemeinsam auszuüben, ist der Bundesstaat ein aus einer Mehrheit von Staaten gebildeter souveräner Staat, dessen Staatsgewalt aus seinen zu staatlicher Einheit verbundenen Gliedstaaten hervorgeht. So definiert Sellinel den Bundesstaat. Laband bezeichnet als Bundesstaat den Staat, in welchem die Staatsgewalt der Gesamtheit der Mitgliedstaaten zusteht. Er schränkt dann diesen Satz selbst ein, indem er weiter nur von Beteiligung der Staaten an der Herstellung des Gesamtwillens spricht. Dieser eingeschränkten Formulierung hat sich auch Nehm in seiner Staatslehre angeschlossen.

Nach Ulrich ist der Bundesstaat die Verbindung mehrerer Einzelstaaten zu einem ihnen übergeordneten politischen Gemeinwesen mit selbständiger juristischer Persönlichkeit. Der Bundesstaat erhebt sich danach als selbständiger Organismus mit einer selbständigen Willensmacht und Willenssphäre über die Einzelstaaten. Dabei hält er es für wesentlich, daß jeder Teil, demnach sowohl der Gesamtstaat als jeder einzelne Gliedstaat, wirklich Staat, somit Subjekt von Hoheitsrechten und obrigkeitlichen Befugnissen ist. Im Bundesstaat herrscht somit eine mehrfache Staatsgewalt, die Zentralgewalt und die Staatsgewalt der einzelnen Staaten, die den Gesamtstaat bilden. Die Souveränität kommt der Zentralgewalt allein zu, sie ist der Gewalt der Einzelstaaten übergeordnet. Sie hat nicht nur die ihr ausschließlich zugewiesene Staatsfähigkeit auszuüben, sondern auch die Tätigkeit der Einzelstaaten innerhalb des ihnen gebilligten Gebietes so zu regeln und zu beeinflussen, daß sie sich nicht mit der Tätigkeit

und womit die Bestimmungen der Verfassung zu befolgen werden.

Morgenblatt.

# Reichspost

für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Freitag, den 18. Oktober 1918

XXV. Jahrgang

## Den Neuaufbau Oesterreichs.

### Die christlichen Völker zur Bildung von Nationalräten zur Verwirklichung des national gegliederten Bundesstaates.

Im Kaiserlichen Manifest:

### Christlichen Völker!

...entwegtes Bestreben, allen Meinen Völkern Oesterreichs die Bahnen zu weisen, die durch Hemmnisse und Reibungen, und wirtschaftliche Wohlfahrt erfolgreich...

...widerwertig bisher gehemmt. Heldenmut und Tapferkeit haben in dieser schweren Zeit Oesterreichs die Ehre erhalten, die dem Namen dieses Reiches zufließen...

...des Vaterlandes auf seinen Grundlagen in Angriff genommen und sorgfältig miteinander in Einklang gebracht, dieses Werk unter freier und ungestörter Handlung durchzuführen, die sich die Völker gemacht haben. Oesterreich soll, dem Namen entsprechend, in dem jeder Volksstamm seinen eigenen Gemeinwesen bildet...

...sich mit dem unabhängigen polnischen Staat Triest samt ihrem Gebiete in Sonderstellung...

...über der ungarischen heiligen Krone national Einzelstaaten seine Einheit auch gemeinsame Interessen wirksam zu verwirklichen ein Lebensbedürfnis der Völker aller Kräfte geboten sein, um die Ziele zu erreichen, nach Recht und Billigkeit...

...vollendet ist, bleiben die gemeinsamen Interessen unverändert aufrecht. Oesterreichs ohne Verzug alle Arbeiten, die das neue Reich sich gründen wird, Nationalräte mitzuwirken, die in jeder Nation — die Interessen der Nationen zur Geltung bringen sollen. Oesterreich hat der Nationen, die es umschließt, als Vorbild zu gehen. Der Segen des Allmächtigen sei mit uns, das wir errichten, das Glück aller...

Hussarek m. p.

### Behrlichkeit.

...und Flotte:

...abefehl.

...erfolgt ihr Zusammenschluß in dem Bundesstaat. Oesterreich im Zusammenleben der Völker be- Wohl des eigenen Volkes und des...

...an Armee und Flotte. In euren Reihen Nationen untereinander... rücker und auch jetzt voll bewährte Geist fortbestehen wird. Ihn wollen wir be- rechte Erbe, ihnen und mir zu Ruh und...

Karl m. p.

### Bezugspreise

täglich zweimaliger Zustellung für Wien:

monatlich ..... K 6.00  
vierteljährlich ..... 19.50  
halbjährlich ..... 39.-

Für Oesterreich-Ungarn:  
bei täglich zweimaliger Postver- sendung

monatlich ..... K 7.40  
vierteljährlich ..... 22.-  
halbjährlich ..... 44.-

bei täglich einmaliger Postver- sendung

monatlich ..... K 6.70  
vierteljährlich ..... 20.-  
halbjährlich ..... 40.-

Für Deutschland:  
vierteljährlich Kreuzbandsend. K 22.-  
und durch die Postämter laut dort auflegender Postgesetzgebung.

Bänder des Weltpostvereines:  
vierteljährlich Kreuzbandsend. K 22.-

...auf die Verreizung... sche Entwicklung, eine gemeinsame wirtschaft- niemand hinarbeiten würde zu Wirnissen ebnt. ... — „Glas“ als Äußerung einer

### Verfassungskämpfe.

...fassungszentralismus... ht von der neuen Ver- staates. Der Föderalib- e Gedanke Oesterreichs : Form, daß er heute r hebt. In den Stürmen ahren die föderalistische . Nach Ausbruch der einigem Schwanken Verfassung oktroyiert, die inder der Monarchie ste, zum ersten Male gebrauchte, die Länder nen Reichstag aus zwei . Dieser erste öster- 848 in Wien zusamen. R r e m s i e r verlegt, ausarbeitete, der zum kämpfe in Oesterreich hsttag aus einer Volks- aus direkter Wahl mmer, in die jedes Vertreter entsenden volution in Oesterreich Reichstag verjagt und 1849 oktroyiert. die die Gesamtmonarchie iß Ungarns, das als andeln wollte; diese it zwei Kammern vom hickt, deren zweite direkt h nie zusamen. Daher kabinettsschreibens von eses „Silvesterpatent“, e einen zentralisierten, in dem die Volksver- t wurde, der in den ine beratende Stimme kaiser ernannt wurden. in Italien wurde der i vom 5. März 1860 einzuberufende Reichs-

...Julii 1860 wurde

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

...Reichs-

### Die Verfassungsreform.

Wien, am 17. Oktober.

Der Abend hat sich gesenkt. Die Siebenundsechziger Verfassung geht schlafen. Das heute erschienene kaiserliche Manifest ist nicht die Verabschiedung dieser Verfassung, es ist kein Patent, das Verfügungen des Herrschers enthält, aber es ist ein Aufruf des Trägers der Krone an seine Völker, zu dem Neubaue des Staates zusammenzuwirken. Der Kaiser ordnet nicht an, daß an Stelle des zentralistisch regierten, auf seinen historischen Kronlandsgrenzen aufgeschichteten Oesterreich ein Bundesstaat werden soll, er beruft sich vielmehr in dieser feierlichen Kundgebung auf den „Willen seiner Völker“, die nach dem Bundesstaate verlangen, da die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen im staatlichen Rahmen Oesterreichs nicht anders verstanden werden kann. Die Regierung erhält angesichts des ganzen Volkes den Auftrag, ohne Verzug alle Arbeiten zum Neuaufbau Oesterreichs vorzubereiten, an dem die Nationen durch Bildung von Nationalräten mitarbeiten sollen. Die neue Verfassung soll tief aus dem Volke herauswachsen, nicht ein Erzeugnis absolutistischer Gewalt, wie ihrer Wurzel nach die bisherigen Verfassungen Oesterreichs — sondern aus dem Sinn und Willen des Volkes entspringen, ihre Fundamente in den demokratischen Geist unseres Jahrhunderts hinabsenkend.

So wie alles in den bisherigen Regierungshandlungen Kaiser Karls I. edelstes Wollen ist, geboren aus einer grundgütigen, arglosen Seele, die keine List und kein Falsch kennt und sich redlich abmüht, durch Milde, Großherzigkeit und treue Fürsorge den Völkern über die schweren seelischen und äußeren Konflikte dieser Zeit hinwegzuhelfen, so durchströmt auch diese menschlich warme kaiserliche Kundgebung ein Geist, der Zuversicht und Vertrauen erweckt.

Die Siebenundsechziger Verfassung, der Glanzzeit des österreichischen Liberalismus entstammend, ist ein halbes Jahrhundert alt geworden, ohne daß man behaupten könnte, daß sie mit dem politischen Denken der österreichischen Bevölkerung eng verwachsen wäre. Solange sie besteht, hat sie nicht nur unter den nichtdeutschen Nationen, sondern mindestens ebenso zahlreich unter den Deutschen Oesterreichs Kritiker gefunden, die sie als unnatürlich, künstlich, gewollt lächerhaft und widerspruchsvoll bekämpften, von Adolf Fischhof angefangen, der schon im Jahre 1869 sein Buch für den national gegliederten Bundesstaat „Oesterreich und die Bürgerschaften seines Bestandes“ schrieb, bis hinauf zu Gumpowicz, Bernatzki, Springer und Schüller. „Unsere Verfassung“, sagt nicht ohne Bitterkeit Wieser, also einer, der seiner politischen Gesinnung nach den liberalen Urhebern der Siebenundsechziger Verfassung nahesteht, „ist nicht aus den Wirklichkeiten unseres Staates herausgewachsen, sondern sie ist als Buchverfassung erstanden, wirklich und unwiderstehlich war nur der Drang nach einer Verfassung, aber der Inhalt, der ihr gegeben wurde, ist aus Büchern gezogen, in denen man die fremden Muster beschrieben fand.“ Der Mangel schöpferischen Geistes und staatsmännischer Voraussicht offenbarte sich bald nach 1867 an dem kritischsten Punkte der Verfassung: Sie hatte mit dem berühmten Artikel XIX, der alle Volksstämme des Staates als gleichberechtigt erklärt und jedem Volksstamm „ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache“ zubilligt, den Grund-

# Neues Wiener Tagblatt.

demokratisches Organ.

**Pränumerationspreise.**

**Für Oesterreich-Ungarn:**

Morgen- und Abendblatt mit täglicher  
einmaliger Postversendung:  
Monatlich . . . . . 8 K 20 a  
Vierteljährig . . . . . 23 K - a  
Halbjährig . . . . . 46 K - h  
Ganzjährig . . . . . 92 K - h

Mit täglich zweimaliger Postversendung:  
Monatlich . . . . . 9 K 20 h  
Vierteljährig . . . . . 26 K - h  
Halbjährig . . . . . 52 K - h  
Ganzjährig . . . . . 104 K - h

**Für das Ausland:**

Mit täglich einmaliger Postversendung:  
Für Deutschland vierteljährig 29 K  
Für die andern Länder des Westpost-  
verreiches 31 K.

Bei den Postämtern vierteljährig:  
In Deutschland Post 15., Schweiz  
Fr. 19., Bulgarien Fr. 21.,

Inserate übernehmen alle renommier-  
ten in- und ausländ. Annoncenbüreau.

Freitag, den 18. Oktober 1918.

52. Jahrgang.

## ung Desterreichs.

Verzug alle Arbeiten vorzubereiten. An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht Mein Ruf, an dem großen Werke durch Nationalräte mitzuwirken, die — gebildet aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation — die Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehr mit Meiner Regierung zur Geltung bringen sollen.

So möge unser Vaterland, gefestigt durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unsrer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichten, das Glück aller Meiner Völker bedeute.

Wien, am 16. Oktober 1918.

Karl m. p.

Suffaret m. p.

### Armee- und Flottenbefehl.

Gleichzeitig wendet sich der Kaiser folgendermaßen an Armee und Flotte:

#### Armee- und Flottenbefehl.

Den Wünschen aller Völker Oesterreichs entsprechend, erfolgt Ihr Zusammenschluß in nationale Staaten, vereint in einen Bundesstaat.

Werden hiedurch einerseits Hemmungen beseitigt, die im Zusammenleben der Völker bestanden haben, so soll andererseits geeintem Schaffen zum Wohl des eigenen Volkes und des Vaterlandes künftighin ungehemmt freie Bahn offen sein.

In diesem bedeutungsvollen Augenblick wende Ich Mich an Armee und Flotte. In euren Reihen haben Treue und Einigkeit alle Nationen untereinander und mit Mir stets unlösbar verbunden.

Unerschütterlich ist Mein Vertrauen, daß der seit altersher und auch jetzt voll bewährte Geist und Treue und Eintracht unverrückbar fortbestehen wird. Ihn wollen wir bewahren, er werde Oesterreichs neuen Staaten das kostbarste Erbe, ihnen und Mir zu Ruh und Frommen. Das wolle Gott!

Schönbrunn, am 17. Oktober 1918.

Karl m. p.

### Die Note Wilsons an Oesterreich-Ungarn.

An unterrichteter Stelle wird mit allem Nachdruck versichert, daß alle Gerüchte, die amerikanische Note an Oesterreich-Ungarn sei hier schon eingetroffen, vollkommen unbegründet sind. Hier habe man keine Anhaltspunkte darüber, ob die Note überhaupt schon abgesendet wurde, und ebenso erklärt man, keinerlei Kenntnis davon zu haben, welches ihr Inhalt sei. Wenn die Note eintrifft, werde sie augenblicklich veröffentlicht werden, und alle Vermutungen über etwaige politische Gründe, sie erst zu einem späteren Zeitpunkt auszugeben, seien durchaus haltlos. Die Note würde ohnehin durch den Telegraph früher verbreitet werden, als sie hier im Original eintrifft.

## Bundesstaat Oesterreich.

Das alte Oesterreich hat zu bestehen aufgehört. Nicht nur das Oesterreich Karls VI. und Maria Theresias, die den Grund gelegt haben zur straffen Zusammenfassung der habsburgischen Länder, auch die Schöpfung Franz Josefs I., der Ausgleich mit Ungarn, ist mit gestern zu Grabe geleitet worden, denn an demselben Tage, an dem in Oesterreich durch kaiserliches Manifest die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat verkündet wurde, hat im ungarischen Abgeordnetenhaus ein Staatsmann, der die stärkste Säule des Dualismus war, seine volle Abkehr von dem Werke des Jahres 1867 verkündet. Das Geschlecht, das in den Ueberlieferungen des Einheitsstaates und der Realgemeinschaft mit Ungarn aufgewachsen ist, kann nur mit tiefer Behmut eine Entwicklung betrachten, die die bisherigen politischen Besitztümer aufgibt, um in eine noch unbekanntere und unsichere Zukunft zu weisen.

Die Beweggründe und Absichten des Manifestes liegen klar zutage. Der Krieg ist im Zustande der Liquidation, die Monarchie muß die Folgerungen aus den unerbittlichen Tatsachen ziehen, und Kaiser Karl, der schon in der Proklamation beim Regierungsantritte den festen Willen bekundet hat, seinen Völkern den ersehnten Frieden zu bringen, sucht nun auch den Weg, um die innere Gestaltung des Reiches der neuen Weltlage anzupassen. Der Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist eine unwiderstehliche Macht geworden, er wird von dem stärksten Partner der Entente verkindet, und das Manifest soll bekunden, daß Oesterreich nicht nur gewillt ist, der Idee Rechnung zu tragen, sondern auch mit einem ganz bestimmten Programm für dessen Verwirklichung hervortritt. Dieses Programm wird in dem kaiserlichen Manifest vom 16. Oktober in seinen Umrissen bekanntgegeben. Da die Proklamation von dem verantwortlichen Ministerpräsidenten gegengezeichnet ist, stellt sie einen Regierungssatz dar, der der öffentlichen Beurteilung unterliegt und über den ein freimütiges Wort zu sagen nicht nur Recht, sondern auch Pflicht einer ihrer Aufgaben bewußten Presse ist.

Oesterreich soll ein Bundesstaat werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Wird dieser Grundsatz verwirklicht, dann wird von dem deutschen Volke in Oesterreich allerdings eine schwere Sorge genommen: denn er bedeutet, daß das Selbstbestimmungsrecht auch für die Deutschen restlos gelten, daß den Tschechen nicht gestattet sein soll, die beliebte Estamotage zwischen Selbstbestimmung und böhmischem Staatsrecht vorzunehmen und die Deutschen der Sudetenländer ihrem künftigen Gemeinwesen einzuverleiben. Von der Anerkennung dieses Grundsatzes zu seiner Verwirklichung und Ausgestaltung in den Einzelheiten ist freilich ein langer Weg, auf dem sich das alte und riesengroße Problem des Minoritäten-Schutzes aufwirft. Es wird eine der bornigsten Fragen und eine der gefährlichsten Klippen des Werkes der Neugestaltung sein, festzulegen, welche Siedlungsgebiete den einzelnen Nationalstaaten zugesprochen werden sollen. Bei der Schaffung des allgemeinen Wahlrechtes wurde der Versuch dieser Auseinanderlegung der nationalen Interessensphären mit Glück unternommen. Jetzt aber, wo es sich nicht um die Abgrenzung von

Wien: Mit Zustellung ins Haus:  
 Wöchentlich . . . . . K 1.—  
 Monatlich . . . . . 4.20  
 Vierteljährig . . . . . 12.60

Probing und Ungarn:

Monatlich . . . . . K 4.60

Wierteljährig . . . . . 13.80

Deutschland: Viertel . . . . . K 20.—

für alle anderen dem Weltpostverein

angehör. Länder: Viertel . . . . . K 25.—

Abonnements werden angenommen

in der Administration, V. Rechte

Wienzeile 97, und in den Filialen:

I. Schulterstraße 13, Tel. 0191

II. Baumgartenstraße 20, Tel. 4 228

X. Meiselplatz 5, Tel. 58244

XIV. Meiselplatz 6, Tel. 13133

XVI. Meiselplatz 24, Tel. 94146

XVII. Puchergasse 29, Tel. 17176

XIX. Angerkraße 14.

für die an fremde Ausländer oder

Beschleifer bezahlten Beträge leisten

keine Garantie.

Abonnenten sind portofrei.

# Arbeiterzeitung

erreich.

nachmittags.

XXX. Jahrgang.

## Der Bundesstaat.

Gut gemeint — das kann man vielleicht von dem Manifest sagen, wodurch den Völkern in Oesterreich die Botschaft wird, daß „Oesterreich zu einem Bundesstaat werden soll“. Wenn die Absicht dieser „Neugestaltung“ aus freiem Entschluß hervorgegangen wäre, aus der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit, also aus der Achtung vor den Ansprüchen und Berechtigungen der Nationen, wenn sich die Bereitschaft zur Tat rechtzeitig kundgetan hätte: so hätte ein solches Manifest wohl eine geschichtliche Bedeutung beanspruchen dürfen. Welche Wirksamkeit soll es aber heute entfalten können? Die Nationen wissen nur allzugut, daß man sich nur unter dem Zwange, auf einem anderen Wege zum Frieden nicht gelangen zu können, zu der Annahme der Wilsonschen Punkte bereit erklärt hat, daß das Manifest nur gleichsam die Durchführungsvorordnung zu dem Grundgesetz ist, das Wilson verkündet hat; daß sie also ihre Freiheit nicht der besseren Ueberzeugung der österreichischen Machthaber danken, vielmehr einer Macht außerhalb ihres Vaterlandes, einer Macht überdies, die sie nach den Verpflichtungen des Strafgesetzes sogar als „Feind“ zu betrachten hätten. Es ist also keine Ueberraschung, daß die Nationen von der Ankündigung, daß ihnen fortan die Selbständigkeit „gewährleistet“ werden soll, nicht gerade erschüttert zu sein scheinen. Es ist sehr spät mit dem Entschluß geworden, der sich in dem Manifest ankündigt; vielleicht zu spät. Doch wird es, der geschichtlichen Gerechtigkeit willen, auch notwendig sein, einmal festzustellen, wer an diesem Spät und Zuspät die eigentliche Schuld trägt. Es wäre töricht, zu meinen, daß die Krone, oder gar eine vergängliche Regierung, in jedem Augenblick die Kraft gehabt hätte, auch wenn ihre Erkenntnis dazu ausgereicht und dahin gerichtet gewesen wäre, diese Umgestaltung und Neugestaltung wirksam zu eröffnen. Das war insoweit nicht möglich, als die Deutschbürgerlichen dieser Notwendigkeit nicht nur verstoßt widerstrebten, sondern noch den mit den tatsächlichen Machtverhältnissen in so schroffem Gegensatz stehenden Plänen anhängen, in Oesterreich eine deutsche Vorherrschaft zu begründen. Wie so viele großen Pläne waren auch diese kleinen auf den Sieg der deutschen Waffen im Westen aufgebaut; mit dem Zusammenbruch des deutschen Sieges stürzten auch sie zusammen. Genau so, wie man den Weltfrieden, wenn man sich von der sinnlosen Verblendung freigehalten hätte, die ganze Welt aufs Knie bringen zu können, unter ungleich günstigeren Bedingungen erhalten hätte als die sind, die dem deutschen Volke heute drohen, genau so wäre die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat in ungleich leichterem und zweckmäßigerem Maße zu erlangen gewesen, als es heute der Fall ist, da hinter den Ansprüchen der slavischen Nationen der Sieg der Entente steht. Die schwerste Schuld, die Hauptschuld an dem heutigen Chaos, das jeder Entwirrung zu spotten scheint, fällt auf die Deutschbürgerlichen, die von dem Machtfrieden nach außen und von der Gewaltpolitik im Innern träumten, die, wie sie wähten, die ganze Welt unterjochen zu können, auch meinten, alle Nationen in Oesterreich zu Paaren treiben zu können. Das Manifest zieht unter eine Reihe schwerer Irrtümer und verhängnisvoller Versäumnisse den Strich; vielleicht beginnt nun doch eine Zeit, da ordnende Vernunft die Entwicklung bestimmt.

Das Manifest gibt sich recht dürftig und beschränkt sich auf die Verkündigung höchst allgemeiner Grundsätze; aber diese Bescheidenheit scheint uns nicht gerade ein Nachteil zu sein. Der Kaiser spricht aus, daß er zu der Umgestaltung seine Zustimmung gibt; zu mehr hätte er wohl nicht die Befugnis. Denn für jene Auffassung, die aus den alten Vorstellungen von der Krone stammt, als wäre sie die gleichsam von der Vorsehung bestellte Macht, die die Geschichte der Völker in letzter Hinsicht zu bestimmen habe, die das Maß ihrer Freiheit ihnen zuweise, die ausmessen, was an Selbständigkeit gewährt werden soll, an Gemeinsamkeit zu fordern sei, für diese ganze, alte Vorstellung von der Krone als einer über den Völkern schwebenden Allmacht ist in der Zeit des Selbstbestimmungsrechtes der Völker natürlich kein Raum mehr. Deswegen tut das Manifest gut daran, sich für die Umgestaltung auf den Willen des Volkes

zu berufen; dieser ist es, der sie erzwingt, dieser wird es sein, der sie bestimmen wird. Aus seinem Sein, weder aus seinem geschichtlichen noch aus seinem tatsächlichen, kann der Nationalitätenstaat auch keinen Anspruch auf irgend eine Gemeinsamkeit erheben; Gemeinsames wird zwischen den freien Nationalstaaten walten, wenn sie es wollen werden, und nur das und so viel an Gemeinsamkeit ist zu erzielen, als ihr Wille, der zwischen ihnen geschlossene freie Vertrag, es hervorbringen kann. Auch an diesem Punkte hat das Manifest die Illusionen aufgegeben, die durch seine ganze Geschichte Oesterreichs Erbgut waren: daß nämlich die Nationen müssen, daß Verzichte zu Gunsten einer vorweg feststehenden Einheit und Gemeinsamkeit ihre Pflicht wären; es bescheidet sich mit der Hoffnung, daß das Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen zu einer Gemeinsamkeit drängen, also sie begründen werde. Mit einem Worte, das Manifest erkennt das Selbstbestimmungsrecht der Nationen an und gesteht zu, daß das Verhältnis der in selbständige und unabhängige Staaten verwandelten „österreichischen Völker“ zu einander nur aus ihrem freien Willen hervorgehen kann; die Hausmacht- und Großmachtentendenzen, die uns so lange gequält haben, gibt es auf. Das sind Grundsätze, die, um ein Jahr früher angenommen und verkündet, die friedliche Umgestaltung wohl verbürgt hätten.

Doch mit Grundsätzen, mit der Bertröstung auf die „Vorbereitung“ der „Arbeiten“, die die Regierung „ohne Verzug“ vornehmen soll, können und werden sich die Völker nun nicht mehr zufrieden geben, und so kann das Manifest an der Spannung, an der Stimmung hängen Erwartens, die über Oesterreich lagert, nichts ändern. Die Völker wollen auf ihre Selbständigkeit nicht länger warten, sie wollen sie haben; und hier wirklich ohne Verzug, sofort und unmittelbar in ihren Besitz treten. Die Regierung weist sie auf den „gesetzlichen Weg“; aber das Gesetz bewahrt seine Bindung nur solange, als seine Grundlage ideell unangetastet bleibt; mit der Verkündigung des Selbstbestimmungsrechtes ist diese Grundlage schon aufgehoben und das Gesetz besteht nur noch materiell, nimmer aber rechtlich. Der praktische Vorschlag, den das Manifest bringt, ist nicht viel mehr als ein Wort: daß die Abgeordneten jeder Nation ein Nationalrat werden, oder vielmehr so genannt werden. Aber der Vorschlag, alles noch lange zu vereinbaren, alles in Gemütsruhe zu diskutieren und im sehr allmählichen Werden „vorzubereiten“, findet heute nur taube Ohren, kann auf empfängliche Gemüter nicht mehr rechnen. Die freien, selbständigen Nationalstaaten müssen sofort zu einer Wirklichkeit gebracht werden, müssen sichtbar und wirkend werden, und das ist nur möglich, wenn der alte Nationalitätenstaat freiwillig zurücktritt und die Befugnisse, die er nun mit Unrecht beansprucht, die er, nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes, nur noch usurpiert, ihnen, denen sie gehören, übergibt und zurückgibt. Die Nationalstaaten müssen ins Leben treten, sie müssen ihre eigenen Regierungen erlangen, sie müssen eben Staaten werden, die selbständig wirken und unabhängig sind. So lange sie gezwungen sind, beisammen zu bleiben, werden die Nationen die Gemeinsamkeit nur als Druck und Zwang empfinden; erst wenn sie frei sind, kann die Notwendigkeit des Gemeinsamen, die natürlich begrenzt sein wird, bei ihnen auf Erfüllung rechnen. Das Manifest ist eine Halbheit, denn es erkennt das Selbstbestimmungsrecht der Völker zwar an, hat aber kein Vertrauen zu ihm, hat nicht den Mut, ihm freie Bahn zu öffnen, ihm Form und Gehalt zu geben. Der alte Nationalitätenstaat abjiziert nur theoretisch; aber die Nationen wollen und können auf ihre Selbständigkeit nicht mehr warten.

Die neue Zeit wird mit dem Manifest nicht eröffnet; da haben die Völker ihren Entschluß schon längst, und nachdrücklicher, als es eine Verkündigung von oben vermöchte, verkündet und bekräftigt. Aber die alte Zeit sagt es ein, eine Zeit des Wahns, die mit den Bedürfnissen des Volkes immer im Streite lag. Das mag seine geschichtliche Bedeutung werden. Indes werden sich die Nationen dessen bewusst, daß sie keine Erlaubnis bedürfen, um

## Die Neuordnung in der Monarchie und die Volkswirtschaft.

Ein geschichtlicher Tag für die Monarchie: Gestern ist das Manifest des Kaisers erschienen, mit welchem die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat feierlich proklamiert wird. Die innerpolitische Entwicklung ist eine andere, als man sie zu Beginn des Krieges vorausgesehen hätte, aber man mag das nun schmerzlich beklagen oder begrüßen — mit unabänderlichen Tatsachen muß man sich abfinden, und das Gebot der Stunde besteht darin, sich zur neu geschaffenen Lage rasch zu orientieren. Gleichzeitig mit der Proklamation der Föderalisierung Oesterreichs ist in Ungarn von dem verantwortlichen Staatsmann die Selbständigkeit Ungarns angekündigt worden. Die alten Grundlagen erweisen sich also überall als überlebt, neue Formen für das Leben der Völker sollen geschaffen werden. Nun handelt es sich vor allem darum, über die Krise der jetzigen entscheidungsschweren Lage möglichst glimpflich hinwegzukommen, um dann rüstig an die Arbeit gehen zu können.

Im Manifest des Kaisers heißt es, daß die geplante Neugestaltung auch die gemeinsamen Interessen wirksam schützen und überall dort zur Geltung bringen wird, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Insbesondere wird, heißt es weiter, die Vereinigung aller Kräfte geboten sein, um die großen Aufgaben, die sich aus den Rückwirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen. Die Gemeinsamkeit ist in erster Linie in wirtschaftlicher Beziehung ein Lebensbedürfnis der Bevölkerung in allen Staaten, sie ist es besonders in dem Augenblicke, in welchem sich die Notwendigkeit ergibt, den Wiederaufbau planvoll und zielsicher in Angriff zu nehmen für Millionen heimkehrende Krieger Arbeit und Verdienst zu schaffen und die Abbürdung der Kriegslasten in die Wege zu leiten. Hier bedarf es dringlich der Konzentration der Kräfte. Und wenn der Monarch in seinem Manifest namentlich davon spricht, daß diese großen Aufgaben nach Recht und Billigkeit gelöst werden sollen, so wird man wohl mit der Annahme nicht fehlgehen, daß sich diese Worte auch auf die Uebernahme der Staatsschuld durch die einzelnen Staaten beziehen, die an die Stelle des alten Oesterreich treten sollen. Es kann nur eine Stimme darüber herrschen, daß die Uebernahme des aliquoten Teiles der Staatsschuld durch die neuen Staaten die einzig mögliche Lösung dieses Problems sein kann. Eine andere Konstruktion der Staatsschuldenfrage ist undenkbar, aus dem einfachen Gesichtspunkt, daß es die Kreditfähigkeit eines jeden Staates erfordert, den ernststen Willen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu dokumentieren. Es muß daher als selbstverständliche Voraussetzung, geradezu als *conditio sine qua non* für den geplanten politischen Neuaufbau angenommen werden, daß vorbehaltlos eine gleichmäßige Uebernahme aller finanziellen Verpflichtungen ohne Ausnahme, also ganz selbstverständlich auch der Kriegsanleihen durch die neuen Staaten erfolgt, so daß da gegenüber dem jetzigen Stande keine Aenderung erfolgt — eine Uebernahme aller finanziellen Verpflichtungen mit Ausnahme eines Teiles, der natürlich von Galizien, beziehungsweise vom polnischen Staat übernommen werden muß. Denn das ist ja eine selbstverständliche Verpflichtung des polnischen Staates, der sein Entstehen den Siegen der österreichischen und der deutschen Truppen verdankt, der aus den Kämpfen dieses furchterlichen Krieges hervorgegangen ist. Die wirtschaftliche Kraft zur Aufbringung der Mittel für die Verzinsung und Tilgung der staatlichen Anleihen wird jeder der neuen Staaten haben, weil jeder derselben über hinlängliche innere Ressourcen verfügt dank der Produktionsmöglichkeiten auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiete. Daraus geht wohl hervor, daß wegen der Föderalisierung Oesterreichs Besorgnisse hinsichtlich der Verzinsung der Kriegsanleihen nicht hätten auftauchen dürfen, da es eben keinen Vorwand geben kann und darf, unter welchem sich ein Staat dieser Verpflichtung entziehen könnte, soferne er sich seine Kreditfähigkeit erhalten will. Hier wird übrigens auch anzumerken sein, daß jeder Kriegsanleihebefitzer zur Sicherung der Kriegsanleihe beitragen kann: Das Vertrauen jedes Einzelnen stützt die Kriegsanleihe, Mangel an Vertrauen tut ihrer Bewertung Abbruch. Das sollen sich namentlich die geschulten Kapitalkreise vor Augen halten. Der neue deutsche sozialistische Staatssekretär Bauer sagte über die Kriegsanleihe: „Es komme, wie es wolle, die Kriegsanleihe ist gesichert, dafür wird Reichstag und Regierung sorgen.“ Das gilt auch für die österreichische Kriegsanleihe, das muß die Parole für alle neuen österreichischen Staaten sein, in der Erwägung, daß es die kleinen Sparrer, daß es Witwen und Waisen sind, die ihre Ersparnisse dem Vaterlande in der Zeit der Not zur Verfügung gestellt haben.

Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält nach der Proklamation den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend eine Sonderstellung. Triest soll reichsunmittelbar werden. Es ist besonders der Wunsch der Triester Wirtschaftskreise, daß die Stadt Triest und Gebiet als einziger großer See- und Handelshafen des gesamten österreichischen Hinterlandes, losgelöst von anderen benachbarten Verwaltungsgebieten, mit dem österreichischen Reiche in seiner Gesamtheit als selbständiges, autonomes Gebiet in dauernde unmittelbare Verbindung gebracht werde, daß ferner — um dem Reichshafen dauernd bis unerlöbliche

164



## Bundesstaat Oesterreich. Unabhängiges Ungarn.

# Kaiser Karl ruft seine „getreuen österreichischen Völker“, sein Heer und seine Flotte auf und teilt ihnen mit, daß „den Wünschen aller Völker Oesterreichs entsprechend, ihr Zusammenschluß in nationale Staaten, vereint in einem Bundesstaate“ erfolgen solle. Der junge Fürst beschwört den „Geist jener Grundsätze, die sich die verbündeten Monarchen in ihrem Friedensangebote zu eigen gemacht haben.“ Der Präsident der Vereinigten Staaten kann sich augenblicklich der Fülle begeisterter neuer Anhänger gar nicht erwehren. Ist es unart, zu fragen, warum denn die Führer der Mittelmächte gar so lange mit ihrer Zustimmung gewartet haben? Wer vorher die Ideen Wilsons bei ihnen verteidigte, der wurde als Hochverräter verurteilt oder bestenfalls als Ideologe angefallen und verhöhnt, und es bedurfte jener Ereignisse, für die der Ausdruck „Abwehr-Erfolge“ erfunden ward, um in den Mittelmächten ihre so überstürzte Zustimmung zur Völkerfreiheit zu verwirklichen. Für Oesterreich war seinem ganzen Aufbau nach stets der Bundesstaat, richtiger noch der Staatenbund, das einzig Denkbare; aber die trostlose Rückständigkeit seiner regierenden Bürokratie hat dies nie verstanden, sie steckte zu tief in der Vergangenheit, in den Vorstellungen eines höfisch patriarchalischen Obrigkeitstaates, als daß jemals ein Versuch hätte glücken können, die Beziehungen der Völker auf natürlichen und würdigen Grundsätzen zu verankern. Heute kann man das kaiserliche Manifest kaum lesen, ohne lebhaft zu bezweifeln, daß es zu spät kommt. Hätte Kaiser Karl es erlassen, als er die Regierung antrat, so hätte die gesamte Slawenwelt jubelt, er hätte seinen getreuen Völkern und der Welt den Frieden gebracht. Jetzt wirkt alles abgezwungen, und man glaubt diesem System nicht mehr, gleich wie man an allen Versprechungen Berlins zweifelt.

Bisher war der Grundgedanke Oesterreichs eine Dynastie, die Länder besaß so wie ein reicher Edelmann verschiedene zusammengeerbte Güter; jetzt sollen die Völker eine Dynastie haben, und man bemüht sich endlich zu begreifen, daß sie das Wesentliche, der Zweck, die Träger der Souveränität sind. Aber wollen denn die Völker noch dies Gemeinsame überhaupt? Es hat nicht gerade den Anschein, und der Bundesstaat wird gerade im selben Augenblick von Wien angeboten, wo er selbst bereits als zu wenig bietend zurückgewiesen wird. Die Tschechen haben schon ausdrücklich die Unterstützung dieses Planes abgelehnt; denn sie stehen auf dem Standpunkte, daß sie mit Wien überhaupt nichts zu tun haben und daß die Friedenskonferenz ihnen viel günstigere Bedingungen sichern kann als irgend ein Vertrag mit der Dynastie.

Das Manifest verweist die Völker auf ihre „Siedlungsgebiete“: das ist eine Auffassung, die dem überhöhten Imperialismus der einzelnen Nationalitäten nicht entspricht; die Tschechen wollen Deutschböhmern nicht preisgeben, so wenig wie die Magyaren die Gewalt über ihre verschiedenen Nationalitäten, die sie so hartnäckig und dauernd entrechtet haben. Ungarn hat erklärt, es habe mit der Proklamation des Bundesstaates in Oesterreich seine Selbständigkeit zurückgewonnen, es fordert nunmehr die reine Personal-

union und es bekennet ebenfalls seine Zustimmung zu den Wilsonschen Grundsätzen. Das ist der zum Pflanzenfresser gewordene Wolf; es ist aber leider anzunehmen, daß eher die Abstumpfung seiner Zähne als die Beredlung seiner Gesinnung diese läche Veränderung bewirkte. Der ungarische Reichstag erklärt sich „eins mit den Weltströmungen, die den edlen Prinzipien der Wilsonschen Punkte entsprechen.“ Er wird niemanden täuschen. Der ungarische Reichstag, das sind die Trabanten des Blutjunker Tisza, das sind jene, die den Krieg machten und ihm zustimmten, deren Eigennuß und Starrsinn Serbien vom Meere abschürzte und ihm die Ausfuhr sperrte. Das sind die brutalen und korrupten Herren der Gentry, die der nichtmagyarischen Mehrheit Ungarns jedes Recht weigerten, die Henker der Serben und Rumänen, die Fälscher des von Karl geforderten allgemeinen Wahlrechtes, die noch jede Freiheit sabotierten. Es wäre vollkommen sinnlos, die Welt zum Kampfe gegen das preussische Junkertum aufzurufen, aber die magyarische Gentry bestehen zu lassen, die böseste und rechtsfeindlichste Koterie der Welt. Nunmehr wimmert diese Gentry von der „Einheit und Unteilbarkeit“ ihres Landes, und mit unwürdigem Eifer ist sie bestrebt, unter Verrat ihrer Bundesgenossen, die sie ins Verderben riß, sich ihren Feinden anzubiedern. Aber die Wilsonschen Grundsätze werden schon kräftig genug sein, die Leitha zu überspringen und nicht dulden, daß dort viele Millionen von Rumänen, Serben und Slowaken als Knechte der Hazardreure und Magnaten des Nationalkasinos weiter frohnden. Es ist mir selbstverständlich, daß Ungarn bei der hiermit offiziell angekündigten Proklamation Oesterreichs seine volle Unabhängigkeit verlangt und proklamiert, aber es wird diesmal nicht bloß nach seiner alten Gewohnheit verlangen, sondern auch selbst zahlen müssen. Hier wie überall scheint das verhängnisvolle „zu spät“ zu gelten. Nach Jahrzehnten furchtbarer Unterdrückung der Rumänen, Serben, Deutschen und Slowaken hört die magyarische Gentry den Schritt der unerbittlichen Vergeltung. Während Oesterreich sich in einen Bundesstaat umzuwandeln versucht, hat Ungarn noch so wenig das Gebot der Stunde begriffen, daß es glaubt, es könne durch sein magyarisches Zentralparlament über jene Völker nach wie vor als über sein Eigentum verfügen. Mit einem kalten Lächeln der Verachtung wird Wilson diese neuesten und unwürdigsten seiner Anhänger abwehren.

Auch die Aussichten der österreichischen Liquidation, die mit den kaiserlichen Manifesten sozusagen offiziell eröffnet wird, stehen nicht eben günstig. Zu sehr wurde Oesterreich in den 20 Monaten seit dem Tode Franz-Josefs, dem gleichwohl vieles erspart blieb, auseinander regiert, als daß jetzt ein tüchtiges Begreifen der tatsächlich zwischen seinen Völkern vorhandenen Interessengemeinschaft zu erwarten wäre. Als Karl die alte Krone ergriff, da stand das Heer noch aufrecht, hatte der Hunger noch nicht die Provinzen so völlig desorganisiert, gab es noch ein Rußland, und die Hoffnungen der Slawen, die Jahre fürchterlicher Verfolgung durchlitten hatten, wären durch die Verkündigung des Bundesstaates übertroffen worden. Die große Gelegenheit ward verpaßt; man jagte der eitlen Hoffnung von Siegen und Machtmehrung außerhalb der Grenzen nach, man ließ sich von Ludendorff einschüchtern, man schwor auf Wilhelm statt auf Wilson, und das Ergebnis ist dieser Zusammenbruch, der wie eine Erneuerung aussehender möchte. Das Schicksal der beiden Staaten Kaiser Karls ist in den Händen Wilsons und des kommenden Friedenskongresses. Dort hoffen Tschechen und Südslawen und Polen viel mehr zu erhalten, als die Hofburg ihnen zu geben vermag, und deshalb ist ihre Erklärung heute nicht mehr als ein Eingeständnis des f. f. Willens, sich zu bessern. Nur der Friedenskongress könnte den Tschechen die Slowaken, den Serben Südungarn, den Rumänen die von ihren Stammesgenossen bewohnten ungarischen Komitate geben, die verschiedenen Irredentismen befriedigen. Von seiner Einsicht wird es abhängen, ob für das Gaukelbild reiner Nationalstaaten, die niemals zu schaffen sind und die letzten Endes in Osteuropa eine vollständige Verwirrung und ewige Feindschaft erzeugen müßten, die Hoffnung auf geordnete und dauernde Verhält-

nisse hingegeben werden muß. Alles wird dabei von der Einsicht der Union und der Westmächte abhängen. Wenn sie Deutschösterreich in die Verbindung mit Deutschland zu treiben, Deutschböhmern und Deutschsüdtirol zu Herden wildester Irredenta umzuwandeln wünschen, wenn sie uralte und gegebene wirtschaftliche und menschliche Beziehungen zerreißen, so darf man sich darauf gefaßt machen, daß der kommende Vertrag nur die Einleitung zu neuen und schwereren Zerlegungen bildet. Aber es bleibt eine Selbsttäuschung Wiens, wenn es vermeint, aus eigener Kraft eine Neuordnung und Umgestaltung vornehmen zu können. Die Tschechen, Südslawen und Polen werden bereit sein, in einem Staatenbunde mit Deutschösterreich zu verbleiben und weder ihre Deutschen noch ihre Ukrainer zu unterdrücken, wenn der Friedenskongress es von ihnen fordert und ihnen sowohl Bürgschaft für ihre Rechte wie Befehl für ihre Pflichten gibt. Aber kein lockendes und bittendes Wort der Hofburg wird sie dazu vermögen, kein Bekenntnis zu den Ideen des Selbstbestimmungsrechtes. Das Mißtrauen ist zu groß, und die abgepreßte Befehrerung zu deutlich im Zusammenhange mit dem militärischen Zusammenbrüche.

Die Ereignisse wirbeln immer schneller, und der deutsche Rückmarsch aus Frankreich und Belgien beginnt bereits das Eistempo des Vormarsches von 1914 anzunehmen. König Albert ist in Ostende eingezogen, Lille und Douai sind in den Händen der Alliierten, und in Deutschland wird — beraten. Man sieht nicht recht, was bei diesen unwürdigen Verzögerungen herauskommen könnte und was die Ludendorff und Hindenburg zu erzählen haben. Es gilt jetzt nur eines: endlich groß und würdig zu sein, nicht zu versuchen, zu markten und abzuhandeln, nicht zu glauben, man könne das eigene Volk und alle Völker täuschen. Die Entente hat leider Demütigungen verlangt, da muß Deutschland von selbst und ungefordert überreich die Beweise seiner inneren Umwandlung geben. Der wichtigste und entscheidende fehlt noch, und es erbittert, wenn man sieht, wie um den Kern der Dinge herumgeredet wird. Ein jeder Tag Zögern hindert das Unabänderliche nicht, aber er erreicht, daß sich dem Gefühle des Hasses bei den Alliierten noch jenes der Verachtung gesellt. Die Zeit der Halbheiten ist vorbei, und für polemische Erörterungen, für querelles allemandes ist die Zeit nicht eben glücklich gewählt. Je mehr Deutschland wartet, desto mehr rechtfertigt es die Auffassung jener Verbitterten unter seinen Feinden, die in der neuen Ära nur einen Täuschungsversuch sehen. Soll Eigennuß und Starrsinn einiger längst schon Verlorener das Unheil für Deutschland noch vergrößern? Dies ist die Frage. Oder soll Deutschland durch würdige Anerkennung der Lage, durch Aufrichtigkeit und Eingung in die Welt sich retten? Hier wird Zögern zum größten aller Verbrechen. Einmal muß die Staatskunst des „zu spät“ doch endlich aufhören. Auch für Oesterreich, wo der Herbst erschöpfte Blüten treibt, die im Frühling hätten gedeihen können, allen zur Freude.

(:) Wien, 18. Oktober. Der Wiener G.-Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ schreibt zu dem Manifest des Kaisers: Somit hat das alte Habsburger Reich in seiner alten Form zu bestehen aufgehört und niemand weiß, ob es in seiner neuen wirklich auferstehen wird. Man nimmt an, daß diese weitgehenden Schritte geschahen sind, um den Forderungen Wilsons, die man erwartet und vielleicht auch schon besitzt, entgegen zu kommen. In politischen Kreisen wird dieses eilige Verfahren sehr abfällig beurteilt, weniger wegen der Personalunion mit Ungarn, die unvermeidlich war bei dem realpolitischen Sinn der Magyaren, die gewiß nicht den Separatismus allzuweit treiben werden. Die große Schwierigkeit liegt in Oesterreich, wo keine Möglichkeit ist, alle Völker zu befriedigen.

Wie es heißt, wird Deutsch-Böhmern zu Deutsch-Oesterreich geschlagen, was natürlich wieder die Tschechen zum äußersten Widerstande aufreizen wird. Andererseits soll die Süd-Steiermark einem Groß-Slowenien angegliedert werden. Ferner wird die Bildung eines ukrainischen Sonderstaates die Polen sehr verletzen. Kurz, es ist nicht anzunehmen, wie durch diese Proklamation der Zustand geschaffen

werden soll, den Wilson seinen Prinzipien nach wünscht und der für den Fortbestand des Reiches wenigstens den notwendigen äußern Funktionen eine Garantie gibt. Es ist wohl ersichtlich, daß die Entente eine Auflösung Oesterreichs nicht mehr anstrebt, weil sie den Anschluß der Deutsch-Oesterreicher an das deutsche Reich verhindern will, aber es kann ihr auch hier ebenso ergehen wie in Rußland, wo sie eine kleine Nisskoff-Revolution begünstigte und dann eine große Lenin-Revolution ertrotzt hat.

### Die Bundesstaaten der Austria

«Tu Felix Austria nuber — „Du glückliches Oesterreich, heirate“ —, so hieß es einst und die Länder wurden zusammengeheiratet, während andere sie erobern mußten. Heute lautet es anders, in nüchternen Drahtmeldungen: Die Scheidung der glücklichen Heiraten ist hereingebrochen, nicht die vollständige, die kennt das gut lateinische Oesterreich nicht, aber die Scheidung an Tisch und Bett. Das ist schon viel, bedeutet eine gewaltige Umwälzung nach langen Wirrnissen, die auch mit der Neuordnung noch nicht gelöst sein werden. Daß sich die Geschiedenen jemals wieder vereinigen werden, dafür besteht heute keine Wahrscheinlichkeit. Szepter und Krone der Habsburger sollen sie zwar auch künftig zusammenhalten, bis auf das polnische Gebiet; von diesem heißt es im richtigen Liquidationsstil, der keine Hochzeitspoesie mehr hat, die Krone habe sich damit abgefunden, es an dem Besitzstand des Hauses Habsburg-Lothringen abzuschreiben.

Das ist noch nicht die ganze Prüfung der Felix Austria. Es sind erst von vier Bundesstaaten die Urtritte gezeichnet, dem deutsch-österreichischen, dem tschechischen, dem ukrainischen (Ostgalizien) und dem illyrischen (die slawischen Teile Steiermarks, Istriens und Dalmations umfassend). Was mit den Rumänen geschehen soll, wie es mit den österreichischen Rabinern gehen wird und mit den Südslawen, das heißt mit Kroatien, Slawonien, Bosnien und der Herzegowina ist noch in der Schwabe und bildet die große Sorge der Monarchie.

Unzweifelhaft müssen zwischen den selbständigen Staaten, wenigstens zwischen einzelnen, schon wegen ihrer geographischen Lage und Ausdehnung, gemeinsame Beziehungen bestehen, wenn sie lebenskräftig werden sollen, so in Handel und Verkehr, Bahnen und Meerhäfen. Im Innern mögen sich die Einzelstaaten nach ihren Sitten und Gebräuchen und nach ihrer Sprache einrichten, um ihre Kultur zu pflegen oder zu begründen. Dafür werden sie arbeiten müssen; denn mehrere der Völkerstämme in Oesterreich haben keine Sprache, die sie mit derjenigen großer Nationen teilen. Also ist der Boden für Entwicklung der Eigenart auf allen Gebieten reichlich gegeben.

Die Neuordnung war schon seit längerer Zeit vorgesehen, sie drängte sich auf durch den ewigen Zank namentlich mit den Tschechen und Polen, beschleunigt wurde sie durch die Unterhandlungen für den Frieden. Oesterreich will zugleich mit der Beantwortung der amerikanischen Note durch ein Kaisermanifest die Proklamation des Staatenbundes vornehmen, um vor Wilson hinstreten und ihm sagen zu können, daß es innert seiner Grenzpfähle das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Verwirklichung gebracht habe. Damit gewinnt Oesterreich Ausichten auf bessere Friedensbedingungen, hat ihm doch Wilson den Vorzug einer besondern Antwortnote gewährt. Denn Oesterreich muß Frieden schließen, mit solchen Umgestaltungen im Innern und mit Reden, wie sie im ungarischen Parlament gehalten werden, sind keine langen und großen Kriege mehr zu führen. Oesterreich-Ungarn hatte stets Sympathien bei der Entente und jeder weiß, daß die Tschechen oder Ungarn ihrerseits Freund-

schaftsgefühle namentlich für Frankreich hegen und für dessen Volkstemperament schwärmen. Man brauchte nur irgend einen internationalen Kongreß in Budapest mitgemacht zu haben, um sich davon überzeugen zu können. Die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest hatten die Entente auch gegen Oesterreich-Ungarn verstimmt und Serbien, Rumänien und Italien werden für die Friedenskonferenz ihre Forderungen vorweisen. Oesterreich hat sich wiederholt in Briefen, in privaten Besprechungen für den Frieden bemüht, es hielt sich lange für den berufenen Friedensvermittler und Czernin führte in dieser Rolle parlamentarische Zwiegespräche mit Wilson. Es muß den Frieden haben, um sich im Innern neu einzurichten und den Völkerstaat aufzubauen. Auch in diesem Unternehmen soll es eine Felix Austria bleiben, und werden aus seinen Völkerstaaten auch wirkliche Volksstaaten, so wird sein Ruhm noch größer sein.

Die Aufstellung Oesterreichs in Bundesstaaten ist schon an sich eine Gewähr für dauernden Frieden. Sie schließt Bündnispolitik und den Angriffskrieg für die Zukunft aus. Die Tschechen beantworteten schon das Manifest mit der Erklärung, daß sie mit Hussarek nicht zusammengehen wollen. Bündnisse könnten allenfalls nur noch einzelne Bundesstaaten schließen, wie etwa Deutsch-Oesterreich mit Deutschland. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ tritt schon jetzt für den Fall, daß das österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet nicht zu erhalten wäre, für die vollständige Vereinigung des deutsch-österreichischen mit dem reichsdeutschen Wirtschaftsgebiet ein. Zum Kriegführen wären aber solche Bündnisse nicht tauglich, denn dann würde es sofort zum Krieg unter den Bundesstaaten kommen. Die Neuordnung in Oesterreich ist also eine ausgezeichnete Vorbereitung für die Friedensverhandlungen.

Das Manifest Kaiser Karls sagt ausdrücklich, daß durch die Neugeschaltung in Oesterreich die Integrität der ungarischen Krone, in keiner Weise berührt werde. In Budapest sind aber zur Zeit, als das Manifest erschien, parlamentarische Debatten geführt worden, die wie Sturmögel ins Land hinausflattern. Graf Karolzi warf Deutschland den Bündel vor die Tür, das Bündnis und die seinerzeit im Hauptquartier vereinbarte Vertiefung sowohl wie die Waffenbrüderschaft, und verlangte ein unabhängiges Ungarn. Hat er auch mit seiner Heftigkeit das Maß überschritten, so ist die Rede doch ein Zeugnis, daß auch in Ungarn eine andere Orientierung ungestüm Platz greifen will.

Das wichtigste Land, das sich nun vom österreichischen Einheitsstaate ablöst, ist das Königreich Böhmen. Und gerade bei diesem Teile des habsburgischen Hausmacht ist die Geschichte seiner Erwerbung ein typischer Fall dynastischer Schicksalsbestimmung. In Böhmen und Ungarn herrschte zu Beginn des sechszehnten Jahrhunderts Vladislav II., ein Mitglied des Geschlechts der Jagellonen, deren Politik von jeher darin bestanden hatte, die deutschen Fürsten aus dem Osten fernzuhalten. Dieser Vladislav aber hielt es doch für geraten, bei einem der mächtigen deutschen Geschlechter eine Stütze zu suchen. Und er fand sie bei den Habsburgern. Kaiser Maximilian I. schlug mit Freuden ein und so gab es eine große Doppelverlobung: Vladislavs Sohn Ludwig heiratete die Tochter Maximilians, Maria von Oesterreich, und Maximilians Sohn Ferdinand die Tochter Vladislavs, Anna. Man sieht, die Sache wurde gründlich an die Hand genommen. Als Vladislav starb, kam sein Sohn Ludwig II. auf den Thron von Ungarn und Böhmen und Maria von Oesterreich war mit einem Schläge Königin beider Reiche. Aber die Herrlichkeit dauerte nicht lange, der jugendliche Ludwig kam in der unglücklichen Türken Schlacht von Mohacz elendiglich in einem Morast ums Leben und beide Throne wurden ledig. Natürlich trat sofort Erzherzog Ferdinand, Schwiegersohn des alten Königs und Bruder der Königinwitwe, als Prätendent auf und er wußte durch Beeinflussung des Adels die Sache so geschickt anzufangen, daß er, ohne seines Erbrechtes Erwähnung zu tun, von den böhmischen Ständen und ein Jahr später auch von den Ungarn zum König gewählt wurde.

Seit dieser Zeit haben die Habsburger in beiden Ländern geherrscht und sie haben es verstanden, die früher von den Ständen mit eifersüchtiger Sorge gehegten Wahlrechte zu unterdrücken. Die Krone wurde erblich und Böhmen mehr und mehr zur Provinz. Nachdem die Stürme des dreißigjährigen Krieges überstanden waren, hört man in der Geschichte nicht mehr viel von

diesem Lande. Erst im 19. Jahrhundert gibt es wieder eine böhmische Frage. Zugleich mit der Revolution erhob sich im Sturmjahre 1848 die tschechische Bewegung. Damals tagte in Prag der erste große Slawenkongreß, der mit Waffengewalt gesprengt wurde. Seitdem haben die Bestrebungen nach Wiederaufrichtung des alten selbständigen Böhmenreiches nie mehr geruht. Nun hat sie der Weltkrieg zur Reife gebracht.

Seit erheblich kürzerer Zeit gehört Dalmatien zu Oesterreich. Es wurde im Jahre 1797 mit Venedig im Frieden von Campo Formio erworben, ging dann in den Napoleonischen Kriegen wieder verloren und fiel 1814 zurück an die Donaumonarchie. Auch hier zeigten sich schon 1848 die Anfänge der Bewegung auf Gründung eines selbständigen südslawischen Reiches.

Galizien erblich, von dem nun ein Teil an Polen fallen, der andere, die Ukraine, als Bundesstaat beim neuen Oesterreich bleiben soll, ist bei den Teilungen Polens nach und nach zu Oesterreich gekommen.

Zum ältesten Bestiztum der habsburgischen Hausmacht aber gehören die Teile von Steiermark, die nun zum Südslawenreich fallen sollen. In Steiermark herrschten die Habsburger seit 1276. Die nicht-deutschen Teile werden von Slowenen bewohnt, die etwa 32 Proz. der Bevölkerung ausmachen.

187X. 1918

# Das Manifest des Kaisers. Die Neugestaltung Oesterreichs.

Der Kaiser hat nachstehendes Manifest erlassen:

## An Meine getreuen österreichischen Völker!

Seidem Ich den Thron bestiegen habe, ist es Mein unentwegtes Bestreben, allen Meinen Völkern den ersehnten Frieden zu erringen, sowie den Völkern Oesterreichs die Bahnen zu weisen, auf denen sie die Kräfte ihres Volkstums, unbehindert durch Hemmnisse und Reibungen, zur segensreichen Entfaltung bringen und für ihre geistige und wirtschaftliche Wohlfahrt erfolgreich verwerten können.

Das fürchterliche Ringen des Weltkrieges hat das Friedenswort bisher gehemmt. Heldenmut und Treue — opferwilliges Ertragen von Not und Entbehrungen haben in dieser schweren Zeit das Vaterland ruhmvoll verteidigt. Die harten Opfer des Krieges mußten uns den ehrenvollen Frieden sichern, an dessen Schwelle wir heute, mit Gottes Hilfe, stehen.

Nunmehr muß ohne Säumnis der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen und daher zuverlässigsten Grundlagen in Angriff genommen werden. Die Wünsche der österreichischen Völker sind hiebei sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und der Erfüllung zuzuführen. Ich bin entschlossen, dieses Werk unter freier Mitwirkung Meiner Völker im Geiste jener Grundsätze durchzuführen, die sich die verbündeten Monarchen in ihrem Friedensangebote zu eigen gemacht haben. Oesterreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volkstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet.

Der Vereinigung der polnischen Gebiete Oesterreichs mit dem unabhängigen polnischen Staate wird hiedurch in keiner Weise vorgegriffen.

Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält, den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend, eine Sonderstellung.

Diese Neugestaltung, durch die die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbständigkeit gewährleisten; sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Insbesondere wird die Vereinigung aller Kräfte geboten sein, um die großen Aufgaben, die sich aus den Rückwirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen.

Bis diese Umgestaltung auf gesetzlichem Wege vollendet ist, bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht.

Meine Regierung ist beauftragt, zum Neuaufbau Oesterreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten. An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht Mein Ruf, an dem großen Werke durch Nationalräte mitzuwirken, die — gebildet aus den Reichsrats-Abgeordneten jeder Nation — die Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehre mit Meiner Regierung zur Geltung bringen sollen.

So möge unser Vaterland, gefestigt durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichten, das Glück aller Meiner Völker bedeute.

Wien, am 16. Oktober 1918.

Karl m. p.

Guffarel m. p.

## Der Kaiser an Armee und Flotte.

Gleichzeitig wendet sich der Kaiser folgendermaßen an Armee und Flotte:

### Armee- und Flottenbefehl.

Den Wünschen aller Völker Oesterreichs entsprechend, erfolgt ihr Zusammenschluß in nationale Staaten, vereint in einen Bundesstaat.

Werden hiedurch einerseits Hemmnungen beseitigt, die im Zusammenleben der Völker bestanden haben, so soll andererseits geeintem Schaffen zum Wohl des eigenen Volkes und des Vaterlandes künftighin ungehemmt freie Bahn offen sein.

In diesem bedeutungsvollen Augenblick wende Ich Mich an Armee und Flotte. In euren Reihen haben Treue und Einigkeit alle Nationen untereinander und mit Mir stets unlösbar verbunden.

Unerschütterlich ist Mein Vertrauen, daß der seit altersher und auch jetzt voll bewährte Geist der Treue und Eintracht unverrückbar fortbestehen wird. Ihn wollen wir bewahren, er werde Oesterreichs neuen Staaten das kostbarste Erbe, ihnen und Mir zu Ruh und Frommen. Das wolle Gott!

Schönbrunn, am 17. Oktober 1918.

Karl m. p.

## Zur Lage in Böhmen.

(Von dem Korrespondenten der „Reichspost“.)  
K. Prag, 17. Oktober.

Im tschechischen Bevölkerungsteil Böhmens, wohl auch Mährens und Schlesiens, dürfte es kaum jemand geben, der nicht die Gegenwart für eine entscheidende Schicksalszeit ansieht. Sie soll der Nation die historische Selbständigkeit in neuzeitlicher Ausstattung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes bringen. Jetzt oder nie — ist die allgemeine Ueberzeugung.

Unter dem bestimmenden Einflusse der tschechischen Sozialdemokratie wurde mit dem historischen Staatsrecht das Nationalitätsprinzip verknüpft, um auf die slovakischen Komitate Ungarns Anspruch erheben zu können. Daher leidet das heutige tschechische Staatsprogramm an einem inneren Widerspruch von Rechtsansprüchen, der sich auch in den Parlamentsreden sachmännlich gebildeter tschechischer Staatsrechtler, wie Erzellenz Fiedler, offenbart. Gegenüber 3/4 Millionen Sudetendeutschen wendet man das historische Prinzip an, um sie an den böhmischen Staat zu fesseln und ihnen ein nationales Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, auf dessen Grundlage man die Slovaken fordert.

Daß die Deutschen in einen ausgesprochen tschechischen Staat sich nie und nimmer einfügen werden und daß es keine Gewalt gibt, sie dazu zu zwingen, steht außer Frage. Auch abgesehen davon, daß der vielbeichriene Bärge des Nationalitätsprinzips, Wilson, den Deutschböhmen ausdrücklich dasselbe Recht der Selbständigkeit zugesichert haben soll, wie den übrigen Nationen.

Der geschlossenen Haltung aller Deutschen in Oesterreich bei einer Bildung der „Vereinigten Staaten Oesterreichs“ mit der Dynastie Habsburg an der Spitze würde ein gleich fester Block der Tschechen, Südslaven und Polen gegenüberstehen.

Unter dem Einflusse der Kriegsereignisse glaubte man nun, im Namen der ganzen tschechischen Nation bei den Reichsratsverhandlungen die Erklärung abgeben zu müssen, daß die österreichische Regierung, die bisher die böhmische Frage nach dem historischen Rechte nicht lösen wollte, sie nunmehr nach dem Nationalitätsprinzip nicht lösen könnte. Denn diese Lösung würde eine Sanierung des Grundübeln im Verfassungsleben Oesterreichs, die Aufhebung des Dualismus voraussetzen. Daher erwarten die tschechischen Hoffnungen auf einen selbständigen tschecho-slovakischen Staat die Erfüllung ihrer Sehnsucht von dem Weltfriedenskongreß. In der Versammlung des Verbandes der tschechischen Abgeordneten (Cesky svaz) und des Nationalausschusses (Cesky vybor) am 29. I. W. in Prag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, zur Erreichung des gemeinsamen Zieles eines tschecho-slovakischen Staates mit keiner Wiener Regierung zu verhandeln. Ausdrücklich muß betont werden, daß die katholischen Abgeordneten Mährens und infolge dessen auch der Vertreter der Katholiken Böhmens keine andere Stimme abgaben.

Stillschweigend wurde bei solchem Beschlusse angenommen, die Entente werde das Maximum der tschechischen Forderungen bringen. Alle Vorkehrungen für den tschechischen Staat werden inzwischen von dem Nationalausschusse getroffen, dessen Vorstand gebildet ist aus: Kramar (Präsident), Svehla (I. Vizepräsident), Mlosac (2. Vizepräsident), Soukup (Schriftführer). Mit einer gewissen Malice wird bei diesen Vorbereitungen darauf hingewiesen, sie kopierten nur als Muster die Magyaren der nahen Vergangenheit und die Polen der Gegenwart. Den tschecho-slovakischen Legionären hätten die Klapka-Legion, den Masaryks die Kossuths zum Vorbild gedient.

Alle tschechischen politischen Parteien sind, wie bekannt, von geschlossener Einigkeit in dem Streben nach dem selbständigen tschecho-slovakischen Staat. Und ebenso von der festen Ueberzeugung getragen, ihn, wie Doktor Fiedler sich ausdrückte, von der vis maior zu erhalten.

Nun besteht eine breite und tiefe Kluft des kulturellen und sozialpolitischen Programms nicht nur zwischen den auf dem Boden christlicher Weltanschauung stehenden Vertreter der tschechischen Katholiken und den übrigen glaubensfeindlichen, bezw. glaubensgleichgültigen Parteien. Auch unter diesen letzteren selbst, namentlich zwischen den Anhängern des sozialistischen und liberal-kapitalistischen Bekenntnisses gibt es klaffende Gegensätze. Die Vorgänge bei dem Demonstrationsstreik haben dies vor aller Welt aufgelegt. Und so dürfte das Urteil von maßgebendsten Politikern zutreffen, das sich von der augenblicklich künstlich zusammengeleiteten Einmütigkeit nicht täuschen läßt: Der eigentliche Kampf um den Bestand des neuen böhmischen Staates wird erst nach seiner Aufrichtung beginnen.

Die Vorhuten sind in den letzter Zeit sich häufenden Deklarationen der vereinigten Sozialdemokraten und Nationalsozialen bereits zu erkennen. Klipp und klar wird

da verkündet, die bisher privilegierten Stände der „Bourgeois“ dürften in dem neuen tschechischen Staat nicht erwarten, daß die Fortsetzung ihrer Herrschaft auf Kosten der 50 Prozent Arbeiterklasse stillschweigend hingenommen werde. Eine Machtprobe sollte auch in der auf den 8. Oktober anberaumten Generalversammlung des Abgeordnetenverbandes und des Nationalrates mit Beteiligung der Vertreter der selbständigen Bezirks- und Städteorganisationen abgelegt werden. Denn das sozialistische Arbeiterorgan „Pravo Lidu“ kündigte tags zuvor das Erscheinen von 200 ungeladenen Vertretern der sozialistischen Parteien hiezu an. Diese Aussicht veranlaßte die Einberufer von der staatsrechtlichen Demokratie zu der Hals über Kopf erfolgten Abgabe, die selbst die meisten Abgeordneten nicht mehr rechtzeitig erreichte. Und die Kramar-Gruppe, vorab die Agrarier, machen gar keinen Hehl daraus, daß der von sozialistischer Seite inszenierte politische Eintagsstreik am 14. Oktober zu einem überaus gespannten Verhältnis innerhalb des Verbandes geführt hat.

Ohne Zweifel bedeutet die Solidarität aller Parteien, wie sie bisher besteht, für die tschechischen Katholiken künftighin die größte Gefahr, wenn sie das gemeinsame Ziel des tschecho-slovakischen Staates auch in der konkreten, vom radikalen Flügel gebotenen, aus dem Ausland importierten Form stillschweigend hinnehmen.

Es ist nun auffallend, daß die maßgebenden katholischen Abgeordneten bei der letzten Versammlung der vereinigten katholisch-nationalen und christlich-sozialen Partei über ihren Programmpunkt des offenen Bekenntnisses ihrer dynastischen Treue sich ausschwiegen. Ihre 120.000 katholische Wähler haben doch die bisherigen Resolutionen mit ihrer nachdrücklichen Betonung des treuen Festhaltens an der habsburgischen Dynastie stets mit Begeisterung aufgenommen. Und die zu mehreren Zehntausend in Belehrad versammelten Katholiken ließen in ihrer Haltung auch nicht den geringsten Zweifel über ihre unentwegte Loyalität gegen die Dynastie aufkommen. Woher auf einmal dieses Schweigen?

Dieselben Bestrebungen machten sich an den Wenzelstagen bei den Versammlungen der katholischen Partei in Böhmen geltend. Was geht hier vor? Welche Kräfte sind da am Werke? Für den objektiven Beobachter der Entwicklung, welche die Dinge in den letzten Wochen im katholischen Lager geommen, ist klar ersichtlich, daß es sich um eine wohlangelegte Minierarbeit handelt. Durch eine Bresche suchen die radikalen Agrarier mittels ihrer „auchkatholischen“ Weislichen vom Schläge Zahradnik und Krojher ins katholische Lager einzubringen und eine Spaltung in die katholischen Reihen zu tragen, das ausgesprochene Ziel dabei ist, die katholische Partei in einer Fusion unter dem Hochdruck der einheitlichen Begeisterung für die tschechische Staatsidee zu absorbieren, und damit des lästigen Gewissenswunders los zu werden. Denselben Zweck muß auch die systematische Suche von dieser Seite gegen die Hierarchie dienen, um die Kirche in ihrem Lebensnerv, dem kanonischen Gehorsam, zu treffen.

Geillose Verfahrenheit, wohin der Blick sich wendet. Und wie da herauskommen? Nur eine Möglichkeit. Die Verstärkung von Volk zu Volk unter Ausschaltung der Professionsbeher, die die Theorie von Hammer und Amboss vertreten. Für Gleichberechtigung im selbständigen böhmischen Staat sind im Grunde genommen die besonnenen Elemente aller Parteien. Selbst bei den Agrariern. Der Radikalismus des disziplinlosen agrarischen „Bentov“, der unlängst einer Politik der „Wiedervergeltung“ das Wort redete, darf in diesem Punkte keineswegs als Parteiansicht angesprochen werden. Die Wasser sind nicht zu tief, als daß man nicht zu einander kommen könnte. Es gilt nur die erste Scheu überwinden. Doch zeigt die Uhr die zwölfte Stunde.

Mitglieder derselben teils in die Regierungspartei, teils in die Apponyi-Partei eingetreten wären. Demgegenüber erklärt das Präsidium der Partei, daß diese Nachricht der Wahrheit nicht entspreche und daß zu einer Auflösung der Partei gar kein Grund vorhanden sei.

**Die Durchführung der Personalunion.**  
Wie wir aus Regierungskreisen erfahren, wird das Kabinett schon in der aller nächsten Zeit einige infolge der Einführung der Personalunion notwendige Gesetzeswürfe dem Parlament unterbreiten, deren Verhandlung raschestens erledigt werden soll.

**Die morgige Sitzung des Abgeordnetenhauses.**  
In der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird die Debatte über die gestrige Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Bekerle fortgesetzt. Die Reihe der Redner dürfte Graf Albert Apponyi eröffnen. Ihm folgen die Nationalisten

Ferdinand Juriga und Alexander Bajda, ferner ist noch der Volksparteiler Karl Sußár vorgemerkt. Sollte die Debatte beendet werden, wird Ministerpräsident Dr. Bekerle auf die Ausführungen der einzelnen Redner reflektieren.

**Vom kroatischen Landtag.**  
Wie man aus Zagreb meldet, wird der kroatische Landtag vorerst nicht zusammentreten, nachdem die die Einberufung des Landtages anstrebenden Abgeordneten die erforderliche Anzahl von Unterschriften nicht zusammenbringen konnten.

Eine Deputation der Unabhängigkeitspartei des hauptstädtischen 7. Bezirks unter Führung Eugen Beláßis erschien heute abend im Klub der Unabhängigkeitspartei, um den Grafen Michael Károlyi zu begrüßen. Graf Michael Károlyi dankte und erklärte, daß jetzt jeder ungarische Politiker nur ein Ziel vor Augen haben könne: den möglichst raschen, ungarischen Frieden. Wir dürfen jetzt, wo es sich um unsere Existenz handelt, auf niemanden mehr Rücksicht haben. Die Deputation begrüßte sodann auch den Grafen Theodor Batthyány, den Ehrenpräsidenten der Unabhängigkeitspartei des hauptstädtischen 7. Bezirks.

## Das Parlament und die neue Gestaltung.

Debatte über die Regierungserklärung. — Rede des Grafen Stefan Tisza. — Verurteilung der Abgeordneten Lováßy und Wass.

Den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bildete die große Rede, welche Graf Stefan Tisza in Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung hielt. Es war dies eine höchst beachtenswerte Kundgebung des Führers der derzeit größten Partei des Hauses über alle Fragen, welche gegenwärtig die Gemüter beherrschen. Man lauschte gespannt seinen Worten und nur die kleine Károlyi-Partei war bestrebt, den Redner in ihrem Haß durch fortwährende lärmende Unterbrechungen zu konfundieren, was ihr aber angesichts der bekannten Comenance Tiszas nicht gelang. Vor allem billigte Tisza vollständig die Deklaration Bekerles über die Personalunion mit allen staatsrechtlichen Konsequenzen, die er in sehr interessanter Weise erläuterte, so zum Beispiel, daß Ungarn schon bei den Friedensverhandlungen seine eigenen ungarischen Vertreter haben müsse. Unter großer Bewegung sagte dann Tisza unverbümt heraus, daß wir den Krieg verloren haben und einen ehrenvollen Frieden schließen müssen. Der Umstand, daß wir die Wilsonschen Forderungen akzeptierten, involvierte nicht, daß wir dadurch unsere Mission in der Weltkultur nicht behalten. Eben darum müssen wir alle nationalen Kräfte vereinigen, um allen Anstürmen standhalten zu können. Seit Jahren habe er das gute Einvernehmen mit den Nationalitäten angestrebt und auch heute tue er dasselbe, wobei er in Abrede stellte, daß die nichtmagyarischen Bewohner Ungarns unterdrückt werden. Auch die Demokratisierung finde bei uns willige Förderung. Das neue Wahlgesetz gehe diesbezüglich bis an die Grenze der staatlichen Interessen. Darob brach die Außerstlinke in ein wahres Wutgeschrei aus. Viel bemerkt wurde das warme Lob, welches Tisza der patriotischen Haltung der Nationalitäten, besonders der Slovaken, im Kriege wie im Frieden spendete. Die Rede Tiszas wurde nicht nur von seiner Partei, sondern auch von der Bekerleschen Verfassungspartei und den Apponyianern mit Elans und langanhaltendem Applaus aufgenommen.

Nach einer Pause sprach Johann Benedek, welcher trotz seines oppositionellen Standpunktes einem Teil der Rede Tiszas zum Verdruß der Károlyi-Gruppe Anerkennung spendete. Als er dann das Haus aufforderte, sofort die Unabhängigkeit Ungarns zu proklamieren, erhob sich die ganze Linke demonstrativ von den Sitzen und applaudierte einige Minuten hindurch. Seine Erklärung aber, daß die territoriale Integrität unverletzt bleiben müsse, fand den Beifall des ganzen Hauses mit Ausnahme der wenigen nationalitätlichen Vertreter. Benedek brachte einen entsprechenden eigenen Beschlußantrag ein.

Im Namen des Immunitätsausschusses wurde dann der Bericht unterbreitet, demzufolge die Abgeordneten Lováßy und Wass wegen ihrer gestrigen Stellungnahme für die Entente zur protokolllarischen Rüge, verschärft durch Plakatierung dieser Rüge in ihren Wahlbezirken, verurteilt wurden. Nach kurzer Diskussion wurde der Bericht mit 18 Stimmen Majorität angenommen.

Nachdem Alexander Siehwein noch seine pazifistischen Ansichten dargelegt und die Entsendung eines Parlamentsausschusses zur Förderung des Völkerbundes beantragt hatte, wurde die Fortsetzung der Debatte auf morgen vertagt.

Vizepräsident Elemér Simontits eröffnete die Sitzung um 10<sup>1/2</sup> Uhr vormittag. Auf der Ministerbank sind die Mitglieder des Kabinetts vollzählig anwesend.

**Graf Stefan Tisza:**  
Geehrtes Haus! Mit Rücksicht darauf, daß bei der bevorstehenden Verhandlung des Budgetprovisoriums Gelegenheit geboten sein wird, Fragen zu erörtern, deren Klärung im Interesse des Landes gegenwärtig notwendig ist, will ich meine Rede möglichst kurz fassen. Ich glaube jedoch im Interesse des Landes zu handeln, wenn ich heute gewisse Fragen kläre, die angesichts der jetzigen Lage des Landes geklärt werden müssen.

**Die Personalunion.**  
Vor allem muß Redner auf die gestrigen hochbedeutenden Ausführungen des Ministerpräsidenten anknüpfen. Redner war vielleicht der erste, der vor länger als einem Jahre darauf aufmerksam machte, daß in Oesterreich Symptome auftauchen, daß die österreichischen Zustände eine Wendung nehmen, die uns veranlassen können, dem österreichischen Staat gegenüber, mit dem wir auf der Grundlage des Dualismus in Verbindung stehen, aufzutreten. Leider haben sich diese Symptome nicht nur wiederholt, sondern sie haben in einem Maße zugenommen, das die Aufrechterhaltung des Dualismus vollständig unmöglich macht. (Zustimmung rechts und im Zentrum. Lärm außerstlinks.) Es ist eine historische oder eine akademische Frage, ob man das für erfreulich hält oder nicht. Von praktischer Wichtigkeit ist nur die Tatsache, die wir im Interesse des Landes feststellen müssen, und hinsichtlich deren es zwischen Ungar und Ungar keine Meinungsverschiedenheit geben kann, daß die Konsequenz dieser österreichischen Verhältnisse nur die Unabhängigkeit des ungarischen Staates, die Personalunion, sein kann. (Lebhafte Zustimmung, Großer Lärm außerstlinks.) Derjenige erweist dem Vaterlande keinen großen Dienst, der aus irgendeinem Gesichtspunkte diese Tatsache, diese Wahrheit verdunkeln wollte. Natürlich darf mit dem Schlagwort der Personalunion kein Spiel getrieben werden. (Großer Lärm außerstlinks.)

Ladislaus Fényes: Man darf das Volk nicht betriegen. (Großer Lärm rechts und im Zentrum.)  
Bela Kun: Die Mehrheit hat uns immer ausgetrieben.  
Mátyás Baka: Jetzt bringt man die Personalunion mit Delegationen.

Vizepräsident Elemér Simontits ersucht die Abgeordneten, die Ausführungen des Grafen Stefan Tisza ruhig anzuhören.

Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Mit halben Maßnahmen darf man sich nicht mehr bemühen. Der Umstand, daß die Umgestaltung der österreichischen Verhältnisse, die die Erhaltung und Anwendung des Geseftels XII: 1867 unmöglich machen, und der Umstand, daß das die Geltung des Geseftes vom Jahre 1723 nicht verändert, können die Durchführung der vollständigen Personalunion nicht verhindern. Das 1723er Geseft stellt die gegenseitige Verteidigungspflicht fest.

Mátyás Baka: Wir brauchen keine gegenseitige Verteidigungspflicht.

Bela Kun: Wir fordern die vollständige Kostrennung von Oesterreich.

Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Die gegenseitige Verteidigungspflicht kann durch vollständig abgeforderte Heere erfüllt werden. In jeden Zweifel ausschließender Weise können wir feststellen, daß wir eine vollständige Trennung des Heeres wünschen. (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und links. Lärm und Zwischenrufe außerstlinks.)

Bela Kun: Wir haben das schon vor Jahren gefordert. (Andauernder Lärm.)  
Ladislaus Fényes: Sie haben die Abgeordneten, die das gefordert haben, aus dem Saale hinauswerfen lassen. (Andauernder großer Lärm.)

Graf Stefan Tisza (fortfahrend): In der gegenwärtigen ersten Zeit kann mich kein Zwischenruf auf ein Nebengeleise bringen. Ich werde meine Pflicht erfüllen, ohne mich stören zu lassen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Ladislaus Fényes: Wo war die Redefreiheit, als man die Abgeordneten hinauswarf?  
Vizepräsident Elemér Simontits: Ich bitte den Herrn Abgeordneten Fényes, sich zu beruhigen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Die Personalunion muß außerdem eine besondere auswärtige Vertretung des ungarischen Staates zur Folge haben. (Lebhafte Zustimmung auf beiden Seiten des Hauses.) Dieses wichtige Prinzip muß auch schon im Uebergangsstadium in Anbetracht der hoffentlich bald eintretenden Friedensverhandlungen verwickelt und es muß unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß die Interessen der ungarischen Nation bei den Friedensverhandlungen durch einen mit einerentsprechenden Position und Vollmacht ausgestatteten Ungarn vertreten werden. (Stürmischer Beifall und Applaus rechts, im Zentrum und links.)

### Frieden im Einvernehmen mit Deutschland.

Eine zweite Frage, die mit der größten Seelenruhe und Besonnenheit behandelt werden muß und die Bereinigung der Kräfte gebietet, ist die Frage der Beendigung des Krieges. Redner will keine Spiegelrede treiben, sondern er gibt zu, daß Graf Károlyi darin recht hat, daß wir diesen Krieg verloren haben. (Großer Lärm außerstlinks. Zwischenrufe außerstlinks: Gestern wollte man deshalb den Grafen Károlyi hinauswerfen.) Wir haben den Krieg verloren, nicht aus dem Gesichtspunkte, als ob wir nicht weiter durchhalten und durch heldenmütige Verteidigung erzwingen könnten, daß der Feind den endgültigen Sieg sehr teuer bezahlen müßte. Wir haben den Krieg in der Hinsicht verloren, daß wir infolge der unverhältnismäßigen Verschiebung der Kräfteverhältnisse keine Hoffnung mehr besitzen, den Krieg zu gewinnen, so daß wir einen Frieden anstreben, unter Bedingungen, die wir unter solchen Verhältnissen annehmen können. (Lebhafte Zustimmung.) Die Aufgabe, die unser ohne Unterschied der Parteien harret, ist, den Frieden, den wir auf Grund der vierzehn Punkte Wilsons schließen wollen, für die ungarische Nation möglichst vorteilhaft zu gestalten. (Lebhafte Zustimmung auf beiden Seiten des Hauses.) Wir sind es dem guten Rufe der ungarischen Nation schuldig, zu betonen, daß die aus den Verhältnissen sich ergebende Neuorientierung unserer auswärtigen Politik nichts in sich begreifen kann, was als Treulosigkeit gegen unseren deutschen Bundesgenossen gedeutet werden könnte. (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und links.) Im Einvernehmen mit unseren deutschen Bundesgenossen haben wir uns auf die Grundlage dieses neuen Prinzips gestellt. Das kann alles eher sein, als ein feindseliger Schritt gegen unseren Bundesgenossen. Im Gegenteil, Redner ist überzeugt, daß auch bei dieser Neuorientierung der Völker wir uns bei zahlreichen Anlässen, bei zahlreichen gemeinsamen Punkten mit unseren deutschen Bundesgenossen zusammenfinden werden. (Stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und links.)

### Wahrung der territorialen Integrität.

Es ist nun unsere Aufgabe, ohne Unterschied der Parteien den Frieden möglichst vorteilhaft für die ungarische Nation zu gestalten, unsere territoriale Integrität, die durch die vierzehn Punkte Wilsons überhaupt nicht angegriffen wird, die Einheit des ungarischen Staates, die innere Konsolidierung sicherzustellen. Es gibt keine größere und grundlosere Verdächtigung in der Weltgeschichte als die, die im Ausland mit Erfolg gegen uns verbreitet worden ist, und in der Ungarn, das für die Sicherheit Europas und die Freiheit seiner Völker so große Opfer gebracht hat, als Feind der Völkerfreiheit hingestellt wird.

# PESTER LLOYD

## MORGENBLATT

Verantwortl. für die Administration des Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blokkner, B. Eckstein, Györi & Nagy, Julius & Co., Gab. Leopold, Ant. Mezel, Rudolf Mosso, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyl, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Österreich und das gesamte Ausland: H. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Österreich wie im Auslande übernehme Anordnungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 12 Heller.

Redaktion und Administration: V. Mária Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Budapest, Samstag, 19. Oktober 1918

Nr. 245

### Budapest, 18. Oktober.

Ein machtvolles Empfinden, zielbewußt und zielstrebig, geht sichtbar und heilend durch die Welt. Der Goethe'sche Gedanke mag es bezeichnen: Eine neue Epoche der Weltgeschichte bricht an! Und alle, die dabei sind, können stolz und erhoben sein. Das ist das Zusammenfassende und das Ausgleichende in diesen abrollenden Stürmen der Konflikte, in diesen langsam sich schließenden Tiefen der Zerrissenheit. Es ist der Weg und es ist die Wahrheit, die aus den Verwirrungen verfloßener Ideale zu erneuertem Leben führt. Die Entwicklungen der äußeren Politik der Monarchie und unserer inneren Politik bezeugen, daß auch das ungarische Volk und seine berufene Vertretung von diesem Geiste des Trostes und der Erhöhung erfüllt sind. Die Debatte, die im ungarischen Abgeordnetenhaus über die Regierungserklärung geführt wird, hat seit ihrem Beginne schon eine Reihe bedeutungsvoller Offenbarungen aufzuweisen, die nahezu durchweg fortschrittliche Gesinnung, unverhüllte Bekenntnisse zu völkischer Freiheit und demokratischer Entwicklung enthalten, dabei aber auch den Wirklichkeitsstimm und das Festhalten an den Grundprinzipien der bürgerlichen Staatsorganisation nicht vermissen lassen. Diese willige und tätige Einordnung aller Faktoren unseres öffentlichen Lebens in die Bahnen, die uns der Zeitgeist gewiesen hat, dürfte die Hoffnung auslösen, daß im ungarischen Abgeordnetenhaus auch aus den Reihen der Nationalitätenvertreter bedachtes und richtiger wertendes Verhalten dem allgemeinen Ziele, der Festigung der staatlichen Einheit, durch die Ausschaltung noch bestehender Reibungsflächen fördernd zustreben werde. Diese Erwartung ist durch die Rede, mit der der Rumäne Alexander Bajda heute in die Debatte eintritt, und noch mehr durch die Deklaration, die er im Namen des Exekutivkomitees der rumänischen Nationalitätenpartei unterbreitete, durchaus enttäuscht worden. Diese Rede und diese Deklaration, die vom Standpunkte des Gesetzes und der Verfassung aus keinen Anspruch auf Duldung erheben könnten, sind nicht nur Rechtsbeugung, sie sind vor allem ein Vergehen gegen die Idee des Entwicklungsprinzips des staatlichen Fortschritts, in dessen Dienst sich Ungarn ebenso gestellt hat, wie es die ganze zivilisierte Welt tut. Alexander Bajda hat slavisch österreicherische Vorbilder nachgeahmt, indem er für das ungarische Rumänentum eine gesonderte Staatlichkeit beanspruchte. Ungarn, das zeigen die nackten Tatsachen, ist nicht nur geographisch, sondern auch ethnographisch, sozial und politisch völlig anders situiert als Oesterreich. Stellung und Macht, über die die nationalen Parteien jenseits der Leitha verfügen, die Widerstände, die sich ihnen in Oesterreich entgegenstellen konnten, sind quantitativ und qualitativ grundverschieden von den entsprechenden Umständen, mit denen die Nationalitätenpartei im ungarischen Parlament zu rechnen hat. Was in Oesterreich als unheilverheißendes Rothen des Schicksals an den Loren einer zerrütteten Staatlichkeit erscheinen und wohl auch Wangen und schließlich sogar jähe Wandlungen verursachen konnte, mußte im ungarischen Ab-

geordnetenhaus, von der Biermännerpartei angeregt, als Illusion oder als unernster Uebergriff wirken. Es geschah so. Herr Alexander Bajda bot sich heute Gelegenheit, Wünsche, die im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten liegen, zu vertreten und sich einer unleugbar vorhandenen Bestrebung zur Verbreiterung der völkischen Entwicklungsbasis der ungarländischen Rumänen fördernd anzuschließen. Er schädete, so gut er konnte, dieser Entwicklungstendenz, die zu vertreten er vorgab, indem er sie durch die Maßlosigkeit seiner Forderungen schwer kompromittierte.

Der Sprecher der rumänischen Nationalitätenpartei hat es versucht, seine Ausführungen auf die Punkte der Botschaft des Präsidenten Wilson zu stützen. Die Monarchie hat diese Punkte als Grundlage des ersuchten Friedens angenommen. In diesen Punkten und in den Ergänzungen, in denen Präsident Wilson seine Botschaft näher beleuchtet hat, fehlt aber beherrschend als Leitmotiv ein Streben nach Wahrhaftigkeit immer wieder. In der Vergangenheit haben die Wortführer der Nationalitätenpartei in der in- und ausländischen Presse, in Komitees und Versammlungen oft und strupellos gegen dieses Prinzip gesündigt. Schlagend konnte Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle in seiner Antwort, die er heute auf die Ausführungen Bajdas erteilte, beweisen, daß auch der aus der Zukunft allen Völkern entgegenwehende Geist einer Moralisierung der Politik an der Unwahrhaftigkeit der Argumente dieser Herren nichts geändert hat. Alexander Bajda hatte es versucht, der Deklaration seiner Partei eine Begründung zu geben, indem er ein Bild herzloser und rechtswidriger Mißhandlung der Nationalitäten vor dem Hause entrollte. Vom Hause, sogar von der Ministerbank wurde ihm die Forderung, Namen und Belege zu nennen, entgegengerufen. Was hatte er zu antworten? Daß einige Rumänen unter dem Verdachte des Verrates schuldlos acht Monate in Untersuchungshaft gewesen seien. Keine Strafgesetzgebung der zivilisierten Welt schließt diese Möglichkeit aus. Nahezu alle Kulturstaaten sorgen in ihrer Strafgesetzgebung institutiv vor für die Entschädigung solcher, die unschuldig durch die Justiz einer Freiheitsentziehung unterworfen werden. So würde denn, hätte Herr Bajda die Wahrheit gesagt, ein einziger solcher Fall keinesfalls einen Beweis für die Verfolgung einer Nationalität abgeben können. Doch auch dieses fadenscheinige, armelige Argument zerfloß. Der Ministerpräsident bewies, und Herr Bajda und seine Parteifreunde bestätigten es durch ihr verlegenes Schweigen, daß auch in diesem einzigen angezogenen Falle die ungarische Regierung es war, die bei der Militärbehörde, welche die Verhaftung auf Verdachtsmomente hin verfügt hatte, interveniert hat mit dem Erfolge, daß der Verhaftete, sobald der gegen ihn erhobene Verdacht hinfällig geworden war, in Freiheit gesetzt wurde. Diese Intervention der ungarischen Regierung ist auf Gesuch eines rumänischen Abgeordneten erfolgt, der heute an der Seite Alexander Bajdas saß. War es also nicht ein Schlag ins Gesicht der Wahrheit, wenn Herr Bajda die Wohltat durch die hollöse Verleumdung lohnen wollte?

Ist durch dieses Detail nicht die ganze Haltung der Nationalitätenvertreter vor aller Welt kompromittiert?

Und Geist vom Geiste dieser Unwahrhaftigkeit kennzeichnet auch, vom Kleinen zum Großen kommend, die Auslegung und die Anwendung, die der Redner der Rumänengruppe der Botschaft des Präsidenten Wilson zuteil werden ließ. Diese Botschaft war gedacht und bezeichnet als ein Weg zum Frieden. Unter stürmischem Beifall des ganzen ungarischen Abgeordnetenhauses haben heute Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle und Graf Albert Apponyi aus dem Wortlaut dieser Note festgestellt, was ihr Inhalt betreffend die Nationalitätenfrage sein kann. Ihre Friedensziele sind nur denkbar, wenn sie bedeuten, daß der Friedenskongreß einheitliche Maximen schaffen soll, die eine gleichmäßige Behandlung der Nationalitätenfrage in den Staaten alle Kontrahenten sichern. Es kann aber den Frieden nicht fördern und seinen Bestand nicht sichern, wenn störend neue Elemente des Zwistes in die zivilisierte Gesellschaft der kommenden Staatenverbindung eindringen. Damit würden Konflikte und Gegensätze nicht ausgeschaltet, sondern erst recht geschaffen. Wenn demnach die Deklaration des rumänischen Exekutivkomitees fordert, daß die ungarländischen Rumänen selbst „ihre institutive staatliche Einrichtung und das Verhältnis ihrer Koordination“ bestimmen sollen, wenn sie die die Berechtigung des ungarischen Parlaments und der ungarischen Regierung, für einen Teil der Bevölkerung Ungarns zu sprechen, bestreitet, so ist damit allerdings gesagt, daß die Annahme dieses Standpunktes den wirklichen Frieden unmöglich machen müßte. Unmöglich schon deshalb, weil die Verwirklichung dieses Standpunktes der Deklaration technisch undenkbar ist. Siedlungsverhältnisse der ungarischen Nationalitäten sind durchaus eigenartig. Von der verhältnismäßig kleinen Rutheneniedlung abgesehen, ist eine fest zusammenhängende Siedlung nach Sprachen der Bevölkerung in Ungarn nicht zu verzeichnen. Das Deutschstum in Ungarn zieht sich in dünnen Streifen von Pozsony bis zur unteren Donau, die Slowaken ebenso von Norden und Nordwesten bis in den Süden und Südosten. Und wie diese Nationalitäten, so sind auch die übrigen verteilt, sozulagen auf das ganze Gebiet, jedenfalls auf sehr weite Gebiete der Länder der Stefanskronen. Eine Auflösung in nationale Teilstaaten nach österreicherischem Muster ist bei solchen Siedlungsverhältnissen ein Widerspruch. Ein Blick auf die ethnographische Karte Ungarns zeigt, daß zwischen Karpathen und Adria nur ein einheitlicher Staat bestehen und dieser vermöge der ziffermäßigen und kulturellen Ueberlegenheit des ungarischen Elements eben nur der ungarische Einheitsstaat sein kann. Wenn Herr Bajda seinen heutigen Gedanken zur Durchführung bringen will, so ist damit nicht weniger gesagt, als daß er die Wilson'sche Idee als Werkzeug betrachtet, um Millionen in Siebenbürgen und im weiteren Ungarn lebender Bürger nicht-rumänischer Zunge unter das politische Verfügungsrecht einer rumänischen Minorität zu stellen. Doch höher noch als die technische Unmöglichkeit steht die politisch-sittliche des Bestrebens, aus der Wilson-



## Die Slawen gegen das Manifest.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

kl Wien, 17. Oktober.

Die Aufnahme, die Ministerpräsident Hussarek mit der von ihm ausgearbeiteten Proklamation bei den einzelnen Nationalitäten gefunden hat, ist die denkbar schlechteste. Es war denn auch heute im Reichsrat das Gerücht verbreitet, daß das Manifest eben wegen dieser schlechten Aufnahme nicht zur Veröffentlichung gelangen werde. Demgegenüber erklärte Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek, der die polnischen Abgeordneten um 12 Uhr empfing, das Manifest werde auf jeden Fall erscheinen. Freilich hat es wesentliche Veränderungen erfahren. Es ist kurz gefaßt und spricht überhaupt nicht von Grenzen, sondern nur allgemein von Siedlungsgebieten. Man nennt auch nicht die Zahl der zu errichtenden Staaten, so daß also auch die Italiener und Rumänen sich konstituieren können. Es wird dagegen die Integrität Ungarns betont.

Die Tschechen haben der Einladung des Ministerpräsidenten nicht Folge geleistet, sondern durch das Präsidium ihres Verbandes dem Freiherrn v. Hussarek folgenden Brief gesandt:

„Es ist uns die Ehre zuteil geworden, zu Eurer Exzellenz zu heute abend eingeladen zu werden. Dem Betnehmen nach sollen da Mitteilungen über den Umbau Oesterreichs in einen Bundesstaat gemacht werden. Aus Gründen, die Eurer Exzellenz bekannt sind, können wir einer solchen Lösung des tschechisch-slowakischen Staates nicht zustimmen und ersuchen daher, unser Nichterscheinen zu entschuldigen.“

Diese deutliche Absage dürfte von den Südslawen mit unterschrieben werden.

Die ukrainischen Abgeordneten haben dem Ministerpräsidenten sogleich offiziell erklärt, daß sie mit dem Vorschlage nicht einverstanden sind, weil er über ihre Forderungen nichts Greifbares enthalte und nur allgemeine Richtlinien aufstelle. Die Polen waren überhaupt nicht eingeladen worden, da ihr Präsidium sich in Warschau befindet und die Proklamation ihnen freie Hand läßt, in welcher Form sie ihren staatlichen Ausbau und Anschluß an Oesterreich vorziehen wollen. Das Manifest hat in polnischen Kreisen große Bestimmung hervorgerufen, und die Aktivisten sowie die Anhänger der austro-polnischen Lösung haben bewirkt, daß sich jetzt alles Interesse auf Warschau konzentriert, der Maximalisten-Gruppe Glombinski zu.

## Ein Aufruf der Deutsch-Böhmen.

Für den Anschluß an Deutschland.

kl Wien, 17. Oktober.

Aus Prag wird gemeldet, daß der Deutsche Volksrat für Böhmen in Lodossitz eine aus allen Teilen Deutsch-Böhmens zahlreich besuchte Vollversammlung abhielt, über deren Beschlüsse folgendes bekanntgegeben wird: „Der deutsche Volksrat für Böhmen nimmt mit Genugtuung den Beschluß aller deutschen Reichsratsabgeordneten Böhmens zur Kenntnis, sich als berufene Vertretung des gesamten deutschen Volkes in Böhmen zu einer Nationalversammlung zu vereinen und aus ihrer Mitte einen Nationalausschuß zu wählen. Der deutsche Volksrat erwartet den sofortigen Zusammentritt dieser Nationalversammlung und erblickt deren erste Aufgabe in der Geltendmachung des Selbstbestimmungsrechts Deutsch-Böhmens durch Anschluß an das Deutsche Reich. Der deutsche Volksrat betrachtet jedwede Verhandlung, die auch nur die Möglichkeit einer Einverleibung Deutsch-Böhmens in den tschechischen Staat zum Gegenstand hat, als Preisgabe unseres Volkstums und seiner politischen und wirtschaftlichen Zukunft. Der deutsche Volksrat hat alle Vorkehrungen in Betracht gezogen, um jedem Versuch einer gewalttätigen Einbeziehung Deutsch-Böhmens in den tschechischen Staat mit Gewalt zu begegnen. Um dem deutschen Volk Böhmens Gelegenheit zu geben, seinen entschlossenen Willen zum Ausdruck zu bringen, wird der Nationalausschuß ersucht, in kürzester Zeit einen großen Volksrat einzuberufen.“

## Der südslawische Nationalrat.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Ugram, 17. Oktober.

Heute bildete sich hier der südslawische Nationalrat, der die Aufgabe hat, den südslawischen Staat zustande zu bringen. Der Ausschuß besteht aus 33 Mitgliedern; Vertreter Kroatiens, Sloweniens, Dalmatiens, Istriens, Bosniens, der Herzegowina, ferner solche aus Kärnten, Krain und Steiermark sind darin vertreten, somit sämtliche südslawische Staaten und Volksteile. Der Ausschuß wurde mit der Mission betraut, die Verhandlungen und die Propaganda im Interesse der Errichtung der südslawischen Staaten zu führen. Der Ausschuß steht auf dem Standpunkt eines selbständigen, einheitlichen südslawischen Staates. Die Ausführungen des ungarischen Ministerpräsidenten, der noch immer von südslawischen Fragen spricht, wurden in diesem Ausschusse ironisch kommentiert. — In Ugram herrscht eine begeisterte Stimmung. Es werden kroatische und tschechische Lieder gesungen, aber auch die Marxellaise, die lebend angehört wird.

Budapest, 17. Oktober.

Ministerpräsident Dr. Bekker stellte in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses die Verleihung individueller Rechte an die in Ungarn lebenden Nationalitäten in Aussicht. „Unser Verhältnis zu Kroatien“, fuhr Bekker fort, „unterliegt selbstverständlich einer anderen Beurteilung, da die kroatische politische Nation und ihr Gebiet nicht nur gesetzlich anerkannt, sondern auch gewährleistet wird. Unter Wahrung und Aufrechterhaltung der Staatsgemeinschaft geben wir bereitwillig dem Wunsche der Kroaten Raum, das mit ihnen getroffene und im Gesetzkreis XXX vom Jahre 1868 inaktivierte Adlomen auf dem dort vor-

geschriebenen Wege einer Revision zu unterziehen und die Erfüllung ihrer Wünsche im Sinne ihrer selbständigen Entwicklung möglichst zu machen.“

## Wasilkows Anklagerede.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

kl Wien, 17. Oktober.

In der Delegation hielt heute nachmittags der ungarisch-ukrainische Abgeordnete v. Wasilkow die von mir bereits angekündigte, aufsehenerregende Rede (s. die gestrige Ueberausgabe der „Wossischen Zeitung“), in der er eine Reihe unbekannter diplomatischer Dokumente der letzten Zeit, die zur Beleuchtung der gegenwärtigen Lage wesentlich beitragen, bekanntgab. In der Rede erklärte er es für ein Zeichen der Weltfremdheit des Grafen Burian, aus gesetzlichen Vertretungskörpern einen Beirat für die diplomatischen Verhandlungen schaffen zu wollen. Er sei ein magyarischer Aristokrat, aber ohne direkte Fühlung mit der Bevölkerung, die er nicht gesucht habe, da er einzig die oberen Schichten vertrete. Wie sollte dieser Mann mit den Regierungen der Entente verfahren, deren Stärke gerade auf ihrem Zusammenhange mit den Volksmassen ihrer Nationen beruhe? „Graf Burian“, sagte Wasilkow, „war längere Zeit in Bulgarien. Man rühmte ihm eine genaue Kenntnis der bulgarischen Verhältnisse nach. Nachdem hat kaum vierzehn Tage nach seinem letzten Gespräch mit dem Zaren Ferdinand von Bulgarien dieses uns im Stich gelassen, und zwar kam dies für den Grafen Burian „überraschend“. Jetzt belästigt er andauernd die Polen mit seinen Emisariats, welche mit Hartnäckigkeit für die austro-polnische Lösung eintreten. Er soll das letzte Halbjahr, das diplomatisch das wichtigste in diesem Kriege ist, statt Deutschland zu einem Verständigungsfrieden zu bewegen, es unausgeseht für seine fixe Idee der austro-polnischen Lösung zu gewinnen gesucht haben. Ebenso wurde er den Polen zuliebe den Ukrainern wortbrüchig. Er hat eine solche Bestimmung in Deutschland erzeugt, daß er natürlich in der wichtigen Friedensfrage dort jeden Einfluß verloren hat. Er machte sich weiter, indem er für die Idee der Loslösung Galiziens von Oesterreich eintrat, zu einem Schrittmacher für die Loslösungsbestrebungen aller übrigen Nationen in Oesterreich.“

Wasilkow, der selbst in Brest zugegen war, berichtete weiter: „Es dürfte dem Grafen Burian nicht unbekannt sein, daß die Stärke der ukrainischen Volksrepublik in Brest auf drei Faktoren beruhte: 1. darauf, daß Trotzki kein Burian, sondern ein Idealist war, welcher einer Idee wegen solange wie möglich die Friedensverhandlungen verzögerte; 2. daß unser lieber Ministerpräsident Dr. Richard von Seidler hier folgt ein harter Ausdruck Furcht hatte und in Angstdepechen den unzweifelhaften Ausbruch der Revolution in Wien ankündigte, wenn kein Frieden in Brest-Bischoff zustande käme; 3. daß unser militärischer Nachrichtendienst im Osten keine Ahnung davon hatte, daß die russische Front schon zusammengebrochen war. Das sind die wahren Gründe, weshalb der Frieden mit der Ukraine geschlossen wurde um jeden Preis, den die ukrainische Volksrepublik verlangte; und sie verlangte die Trennung Ostgaliziens und der nördlichen Bukowina. Beim Grafen Burian traten alle anderen Schwierigkeiten und Folgen zurück vor der fixen Idee, daß unser Kaiser König von Polen werden könnte, gleichgültig, ob dabei ein Stück von Oesterreich und ein Stück des preussischen Bundesgenossen stüben geht. Die Ukrainer stoßen jetzt den Ruf aus: Los von der polnischen Herrschaft! Wenn zwischen uns und der habsburgischen Dynastie keine Unmittelbarkeit der Beziehungen bestehen kann und sich die Polen hineinschieben, so ist dieses Band zwischen Dynastie und der Ukraine zerrissen, und wir sind gezwungen, die äußerste Konsequenz zu ziehen, nämlich unser Selbstbestimmungsrecht zu verlangen.“

Wasilkow deutete an, daß auch die Südslawen Enthüllungen über die Diplomatie des Grafen Burian zu machen haben werden. Er sei nicht zu der Mitteilung berufen, welche Attentate Burian gegen die Südslawen geplant habe. Weiter erklärte Wasilkow, daß Graf Burian während seiner Amtswirklichkeit das Verhältnis zu Deutschland verdorben habe. Das Angebot zu Friedensverhandlungen sei angeblich mit Wissen Deutschlands erfolgt, so habe er es immer dargestellt. Selbst Gegner des Bündnisses mit Deutschland müssen zugeben, daß, nachdem wir vier Jahre lang mit Deutschland Schulter an Schulter gekämpft haben, wir auch am konferenztisch gemeinsam und harmonisch vorgehen müssen, und daß daher das Mißtrauen, welches Berlin gegen Burian hegt — und ich glaube diesbezüglich sehr gut informiert zu sein —, uns bei den kommenden Friedensverhandlungen, wenn er an denselben teilnehmen sollte, viel Schaden bringen kann. Das heutige Herrenhaus-Schlagwort lautet: Einen Minister, der den Frieden bringt, stürzt man nicht! Den Frieden bringt uns Graf Burian nicht. Deutschland fügte sich der zwingenden Notwendigkeit, Frieden zu suchen, und deshalb kommen wir zum Frieden, keineswegs aber durch die diplomatische Geschicklichkeit des Grafen Burian, der von seinen Getreuen geflissentlich die Version verbreiten ließ, er habe nach der bulgarischen Ueberaushebung Deutschland verhindert, ein sofortiges Waffenstillstandsangebot zu machen. Präsident Wilson hat bis heute die österreichische Note nicht beantwortet. Nur wenige werden sich an ein öffentliches Communiqué aus der ersten Ministerschaft des Grafen Burian erinnern, welches lakonisch lautet: „Die Entsendung eines österreichisch-ungarischen Votschafters nach Washington wird derzeit nicht in Erwägung gezogen.“ Auch Wilson ließ längst durch ein Communiqué sagen, Oesterreichs Note werde derzeit nicht in Erwägung gezogen. . . Um den Zusammenhang dieser beiden Verlautbarungen zu finden, muß man sich daran erinnern, daß, nachdem der Votschafter von Dumba Washington verlassen hatte, Präsident Wilson an Oesterreich das Ersuchen stellte, möglichst bald einen anderen Votschafter nach Washington zu entsenden. Wilson erhielt darauf die oben zitierte Antwort; und jetzt soll Graf Burian Minister des Kaiserreichs bleiben, der mit Wilson zu verhandeln hätte!“

Karl Lahn



# PESTER LLOYD

## MORGENBLATT

Ganzjährig 72 Kronen, halb, 36 Kronen, viertel, 18 Kronen, monatlich 6.50 Kronen.  
Blatt Morgenblatt: Ganzjährig 52 Kronen, halbjährig 26 Kronen, viertel, 13 Kronen, monatlich 4.50 Kronen. Blatt Abendblatt: Ganzjährig 30 Kronen, halb, 15 Kronen, viertel, 7.50 Kronen, monatlich 3.50 Kronen.  
Für die separate Zusendung des Abendblattes nach der Provinz sind vierteljährlich 2 Kronen zu entrichten.  
Für Wien auch durch Herrn Goldschmidt.  
Für das Ausland mit direkter Kreuzbandendung vierteljährig: Für Deutschland 24 K., für alle übrigen Staaten 28 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

Bureau: J. Bökner, B. Eckstein, Györi & Nagy, János & Co., Ges. Leopold, Ant. Mezal, Rudolf Mosse, Jul. Tenzor, Ludwig Hegyl, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G. Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbüros in Oesterreich, wie im Auslande übernahmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.  
Einzelnnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 20 Heller, Abendblatt 12 Heller.  
Redaktion und Administration: V. J. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

65. Jahrgang.

Budapest, Freitag, 18. Oktober 1918

Nr. 244

### Das kaiserliche Manifest über die Neugestaltung Oesterreichs.

Budapest, 17. Oktober.

aus mit Ergriffenheit und aufrichtiger Besorgnis kann Ungarn auf das gewagte Experiment blicken, das in Oesterreich durch das heute abend veröffentlichte kaiserliche Manifest in die Wege geleitet wird. Das Gefüge des österreichischen Staates soll gesprengt, der Einheitsstaat in mehrere Nationalstaaten zerfallen werden, an die österreichischen Völker geht vom Throne herab der Ruf zur Mitwirkung an der Umbildung Oesterreichs in einen Bundesstaat. Das alte Oesterreich mit seiner einheitlichen Verwaltung und seiner Verfassung, die im Zentralparlament und im direkten allgemeinen Wahlrecht die Einrichtungen eines Staatsganzen besaß, das eine Unverteilbarkeit und ein geschlossenes Wirtschaftsleben war, soll aufgelöst werden. Aus den letzten Elementen, aus denen ein Staatsorganismus sich aufbaut, aus den ungegliederten Nationen der Staatsbürger, soll ein anderes Oesterreich gestaltet werden, grundverschieden von dem geschichtlich gewordenen, zweifelhaft in seiner künftigen Bestandfestigkeit. Schon heute, am Tage der Veröffentlichung des kaiserlichen Manifestes, ist das innerste Wesen Oesterreichs umgestürzt. Die Bezirkshauptleute und die Bezirksgerichte werden wohl weiter amtieren, die Eisenbahnen werden nach den alten Jahrsplänen und Betriebsregeln weiter laufen, die Kronländer durchfahren. Die Gesetze, die bisher galten, werden einstweilen auch weiter noch den Beamten und Behörden die Richtlinien für die Ausübung der staatlichen Funktionen liefern. Allein die staatsrechtliche Grundlage selbst, die die Quelle und Stütze des ganzen reichverwickelten Staatslebens ist, wurde mit dem heutigen Tage in Frage gestellt.

Oesterreich hat kein einheitliches, in sich geschlossenes Verfassungsrecht. Die Staatsgrundgesetze von 1867 sind nur Fragmente. Als konstitutive Grundgesetze, die gleichsam die obersten Voraussetzungen für den Staat, für die Zusammengehörigkeit der zu verschiedenen Zeiten an die Dynastie gekommenen Erbländer aussprechen, gelten die Pragmatische Sanktion, das nie durchgeführte Oktoberdiplom und das Februarpatent. Aus dem im Februar 1861 verkündeten Staatsgrundgesetz ist die gegenwärtige österreichische Verfassung herausgewachsen; was jetzt an verfassungsrechtlicher Ordnung besteht, ist Ausführung oder Abänderung der im Februarpatent ausgesprochenen Grundzüge. Das heutige Manifest wirft das Februarpatent zu den Laten. Nicht aus den Kronländern, wie nach der Urkunde vom Februar 1861, sondern aus den Völkern soll das künftige Oesterreich sich aufbauen, nicht als Einheitsstaat, dessen Verwaltungsgebiete die Länder waren, sondern als Bundesstaat, in dem jeder nationale Einzelstaat seine Selbstständigkeit haben soll. Wenn das Februarpatent ausfällt, bleibt von den österreichischen Staatsgrundgesetzen nur die Pragmatische Sanktion, die im Wesen nur Gemeinsamkeit der Dynastie

und eine gegenseitige Verteidigungspflicht vor-schreibt. Zwei Jahrhunderte einer staatlichen Entwicklung sollen übergangen werden. Oesterreich hatte nicht wie Ungarn das Glück, daß von seiner alten Ständeversammlung zum modernen Staat eine feste, in festen rechtlichen Bahnen laufende Entwicklung sich hinzog. Nach dem Zusammenbruch des Absolutismus jagten im Nachbarstaate die Verfassungsexperimente einander in raschem Tempo. Allein seit fünfzig Jahren ungefähr waren die geltenden Verfassungseinrichtungen der Rahmen, in dem der österreichische Staat lebte und sich sozial und wirtschaftlich entfaltete. In diesem halben Jahrhundert hat sich immerhin eine gemeinschaftliche Tradition herausgebildet, die gemeinsamen Gesetze schufen ein gemeinschaftliches Rechtsempfinden, die sozialpolitische Gesetzgebung hat den arbeitenden Schichten im ganzen Staate eine gemeinsame Grundlage sozialen Aufstieges. Aus diesen Bestandteilen gemeinsamen öffentlichen Geistes konnte, wenn die nationalen Streitigkeiten geschlichtet worden wären, sich ein gemeinschaftlicher Staatsgeist und ein Staatsgefühl entwickeln. Diese Linie stetigen inneren Wachstums soll jetzt abbrechen. Nach dem Manifest werden, da alle verfassungsrechtlichen Quadersteine umgestürzt sind, nur „die bestehenden Einrichtungen“ als verlässige Grundlage der Staatsexistenz übrig bleiben. Oesterreich wird nach der drüben erfundenen Bezeichnung bis zur Aufrichtung des neuen Gerüstes ein *via facti*-Staat sein. Den Neuaufbau will die Rundgebung der Krone auf den „natürlichen und daher zuverlässigen Grundlagen“ in Angriff nehmen. Zwei natürliche Grundlagen hat jedes Staatswesen: den Boden und die Menschen. Nach dem neuen Plan soll eine dieser Grundlagen, der Boden, die geographischen Bedingungen, der Lauf der Flüsse, der Zug der Berge und Täler, vernachlässigt werden. Die Nationen allein werden als natürliche und zuverlässige staatsbildende Elemente anerkannt. Zu den natürlichen Grundlagen muß aber, soll ein Staatsbau lebensfähig sein, ein geistiger Faktor hinzutreten, der Wille der auf dem Staatsboden lebenden Menschen, miteinander die geschichtliche Bahn zu durchmessen. Staatsempfinden, Liebe und Treue zum gemeinsamen Ganzen sind die zuverlässigste Grundlage, auf der ein Gemeinwesen ruht. Wenn die Bande durchrissen werden, die das lebende Geschlecht mit der Vergangenheit verbinden, wenn die un-möglichen und un-mechbaren Kräfte ausgeschaltet werden, die aus der Sicherheit geschichtlicher Stetigkeit das Staatsgefühl gestalten, fehlt die stärkste Klammer, die nebeneinander siedelnde Menschenmassen zu Staatsbürgern macht. Mit allen seinen Fehlern war das alte Oesterreich immerhin ein Staat, ausgestattet mit allerdings aus eigenem Verschulden nie vernünftig ausgenützten Möglichkeiten starken staatlichen Lebens. Dieses Oesterreich wird von der Staatentafel weggewischt.

Das neue Oesterreich soll ein Bundesstaat werden. Auch solche Staatsgebiete können gewaltige innere Kräfte entbinden. Die Schweiz, das Deutsche Reich sind Bundes-

staaten auf alter geschichtlicher Grundlage, die Vereinigten Staaten von Amerika sind das Beispiel einer Staatenföderation aus jungfräulichem Boden heraus. Alle drei Bundesstaaten stehen an starkem Gemeinschaftsgefühl ihrer Bürger den Einheitsstaaten nicht nach. Die Bundesstaaten haben rein verfassungsrechtlich ein ziemlich lockeres Gefüge, gleichwohl hat sich der amerikanische Patriotismus, das wunderbare Einheitsgefühl der Nation, in diesem Kriege in eindrucksvoller Grobartigkeit der Welt dargestellt; aus der Blut des einheitlichen Empfindens sind alle Hindernisse, welche die Föderativverfassung der straffen Kriegsführung entgegenstellen mochte, spielend leicht überwunden worden. Auch im Bundesstaat müssen die Herzen der Bürger in gleichem Takte schlagen, auch der Bundesstaat besteht durch den Willen seiner Bürger, auch in einer Staatenföderation ist das Bundesstaatsgefühl die oberste Bedingung gemeinsamen Lebens. Dieses Gefühl erst gibt den verfassungsrechtlichen Einzelbestimmungen Blutmärme und Lebensfähigkeit. Wird der österreichische Bundesstaat von einem solchen Bundesstaatsgefühl getragen sein? Das Manifest spricht aus, daß die Wünsche der österreichischen Völker sorgfältig miteinander in Einklang gebracht werden, daß die gemeinsamen Interessen, die Gemeinsamkeit der Lebensbedürfnisse der einzelnen Staatswesen im Bundeschutz finden sollen. Ist jedoch Gewähr vorhanden, daß jene Wünsche im Gleichklang zusammenstimmen werden, daß die Völker gemeinsame Interessen anerkennen, gemeinsame Lebensbedürfnisse empfinden werden? Oesterreich soll ja jetzt gerade darum ein Bundesstaat werden, weil im Einheitsstaate der einigende Wille, sich zu verteidigen, miteinander zu leben, nicht geschaffen werden konnte. Soll das Gefühl sich ändern, weil der Name ein anderer wird? Ist nicht zu befürchten, daß die Völker, wenn sie sich zu Sonderstaaten konstituiert haben, noch weiter als bisher voneinander abdrücken werden? Ein lebensgefährliches Experiment wird an dem Körper des Nachbarstaates angestellt. Die Gefahren sind um so drohender, weil die vernachlässigte Geographie kaum lösbare Probleme aufwirft. Ein ruthenischer Staat in Ostgalizien, gar ein rumänischer Zwergstaat in der Bukowina würden nur über fremden Staatsboden mit den anderen Bundesstaaten in Verkehr treten können. Auch Deutschböhmen und Deutschschlesien sind vom übrigen Deutschösterreich geographisch getrennt. Wenn der tschechische Staat sich vor ihnen verschließt; könnten die Teile Deutschösterreichs nur auf weiten Umwegen miteinander in Verbindung bleiben. Wie sollen bei solcher Konfiguration die einzelnen Staaten sich ernähren, wie die Sicherheit industrieller Entwicklung erhalten? Welche gewaltige Hindernisse türmen sich da auf, wenn nationale Leidenschaft wie bisher das Wort führt, wenn keine oberste Gewalt besteht, die den lebenden Wirtschaftskörper vor dem Siechtum bewahrt, mit dem ihn die Zerstückelung des Staatsgebietes droht? Das sind ernste Schicksalsfragen, die der Inhalt des kaiserlichen Manifestes